Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/4326

24. 11. 75

Sachgebiet 700

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Jahresgutachten 1975 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vorwort

1. Gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Juni 1967 [1]) legt der Sachverständigenrat hiermit sein zwölftes Jahresgutachten vor [2]).

2. Der Bundespräsident berief Dr. Olaf Sievert, Professor an der Universität des Saarlandes, am 21. Februar 1975 für eine weitere Amtsperiode zum Mitglied des Sachverständigenrates.

3. Die Hoffnung, das Jahr 1975 werde neben mehr Stabilität auch wieder mehr Beschäftigung bringen, hat sich nicht erfüllt. Der Einbruch der Auslandsnachfrage verstärkte die Folgen der eigenen Stabilisierungsstrategie. Bald erwies sich, daß die Bundesrepublik weiter als jemals zuvor in den letzten zwei Jahrzehnten von einem hohen Beschäftigungsstand entfernt war, und daß die Arbeitslosigkeit vorerst hoch bleiben werde.

Der Sachverständigenrat legte der Bundesregierung am 17. August 1975 ein Sondergutachten zur konjunkturpolitischen Lage vor und veröffentlichte es im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft [3]).

---

[1]) Das Gesetz mit den Änderungen durch das Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967 sowie die §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes sind als Anhang I und II angefügt. Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im Vorwort der Jahresgutachten 1964/65 bis 1968/69 erläutert.

[2]) Eine Liste der bisher erschienenen Jahresgutachten und der Sondergutachten ist als Anhang III abgedruckt.

[3]) Das Sondergutachten vom 17. August 1975 ist als Anhang IV abgedruckt.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn 1
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestraße 56, Telefon (0 22 21) 36 35 51

4. Die Einsicht nimmt zu, daß die Fehlentwicklungen, die aus einem längeren Zeitraum in der Vergangenheit erwachsen sind, nicht rasch behoben werden können. Die Wirtschaftspolitik hat daher Anstrengungen zur Überwindung der Krise zu unternehmen, gleichzeitig aber die Weichen für dauerhafte Stabilität, hohen Beschäftigungsstand und befriedigendes Wachstum zu stellen. Konjunkturpolitik heißt deshalb in der heutigen Situation nicht nur stetige Geldmengensteuerung, expansive Finanzpolitik und zurückhaltende Lohnpolitik; sie heißt auch Konsolidierung des Staatshaushaltes. Expansion und Konsolidierung zugleich, das also ist es, worauf es ankommt.

5. Der Sachverständigenrat hatte in den vergangenen zwölf Monaten mehrfach Gelegenheit, mit dem Bundesminister für Wirtschaft, dem Bundesminister der Finanzen sowie mit dem Präsidenten und den Mitgliedern des Direktoriums der Deutschen Bundesbank aktuelle konjunktur- und währungspolitische Fragen zu erörtern.

Aus gegebenem Anlaß führte der Rat Gespräche mit dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, mit dem Parlamentarischen Staatssekretär des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit, mit Mitarbeitern des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung sowie des Bundesministeriums für Verkehr.

Der Rat erörterte im Mai 1975 mit der Landesregierung von Baden-Württemberg konjunktur-, finanz- und regionalpolitische Fragen; er entsprach damit einer Einladung des Ministerpräsidenten dieses Bundeslandes.

Die Urteilsbildung des Rates erleichterten Berichte des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, des Präsidenten der Deutschen Bundesbahn und des Direktors des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Wie in früheren Jahren hat der Rat Vertreter der Sozialpartner, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu anstehenden Problemen gehört. Auch der Bundesverband Deutscher Banken wurde zu einer Anhörung geladen. Fragen grundsätzlicher Art erörterte der Rat im September 1975 mit dem Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften gab dem Sachverständigenrat im Oktober 1975 Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch über Aspekte der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Der Rat nahm an den Sitzungen der Konzertierten Aktion beim Bundesminister für Wirtschaft teil; er war zudem bei der Sozialpolitischen Gesprächsrunde des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vertreten.

6. Mit Vertretern der Wirtschaftswissenschaften an Hochschulen und Forschungsinstituten hat der Rat Gespräche führen

Zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers vom 24. November 1975 — I/4 (IV/2) — 600 06 — Gu 11/75.

können, die ihm für seine Arbeit wertvolle Hinweise vermittelt haben. Im Januar 1975 diskutierte er in Wiesbaden mit dem Dänischen Rat für Wirtschaftsfragen Probleme von gemeinsamem Interesse.

Zu einzelnen Fragen, denen der Rat besondere Aufmerksamkeit zu widmen hatte, stellten ihm Dr. K. Höpfner, Tübingen, Dr. H. Schmitz, Nürnberg, und Professor Dr. H. Seiler, Karlsruhe, schriftliche Ausarbeitungen zur Verfügung. Wiederum hat der Deutsche Industrie- und Handelstag dem Rat durch kurzfristige Umfragen bei den Kammern besonders aktuelle Informationen zukommen lassen.

7. Bei den Abschlußarbeiten an dem vorliegenden Gutachten haben uns Privatdozent Dr. Hermann Albeck, Tübingen, Diplom-Volkswirt Christian Augustin, Saarbrücken, Professor Dr. Manfred Feldsieper, Köln, und Dr. Horst Tomann, Saarbrücken, geholfen. Wir fanden ferner wiederum wertvolle Unterstützung durch Diplom-Volkswirt Bernhard Filusch, Essen, Professor Dr. Hans Jürgen Schmahl, Hamburg, und Diplom-Volkswirt Klaus-Dieter Schmidt, Kiel. Ihnen allen gilt der Dank des Rates.

8. Die volkswirtschaftliche und die statistische Abteilung der Deutschen Bundesbank haben wie immer den Sachverständigenrat bei seinen statistischen Arbeiten in großzügiger Weise unterstützt, in zahlreichen Einzelfragen beraten und ihm bei der Materialbeschaffung wertvolle Hilfe geleistet.

Unterstützung bei der Beschaffung von Informationen und statistischem Material hat der Sachverständigenrat außerdem durch die Kommission der Europäischen Gemeinschaften erfahren.

Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahr sehr gut. Der weit über das Normale hinausgehende Einsatz vieler Angehöriger des Amtes, insbesondere der ständigen Mitarbeiter der Verbindungsstelle, hat die Arbeiten des Rates wesentlich erleichtert. Allen Beteiligten zu danken, ist dem Rat ein besonderes Anliegen.

9. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Arbeit seiner Mitarbeiter nicht erstellen können. Dem wissenschaftlichen Stab des Rates gehörten beim Abschluß dieses Gutachtens an: Dr. Willy Friedmann, Dr. Hans-Hagen Härtel, Diplom-Volkswirt Gerhard Kaufhold, Diplom-Volkswirt Ulrich Stiehler, Dr. Carsten Thoroe, Diplom-Volkswirt Rainer Vollmer, Dr. Dieter Wermuth.

Ein besonderes Maß an Verantwortung für die wissenschaftliche Arbeit des Stabes hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Dr. Hans J. Barth, zu tragen.

Alle Fehler und Mängel, die das Gutachten enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, 20. November 1975

A. Gutowski N. Kloten G. Scherhorn K. Schmidt O. Sievert

Inhalt

Seite

Eine kürzere Fassung 1

Erstes Kapitel: Die Konjunkturlage 17

Teil A: Der internationale Rahmen 17

I. Weltweite Rezession 17
Konjunkturgleichschritt verzögert Erholung 20
Abnehmende außenwirtschaftliche Ungleichgewichte 21

II. Mühsamer Stabilisierungsprozeß in Europa 23
Verbesserung der Terms of Trade mildert außenwirtschaftliche Anpassungslast 25
Unterschiedliche Stabilisierungserfolge 26
Ausweitung des Finanzierungsspielraums 26
Stark ansteigende öffentliche Verschuldung 28
Steiniger Weg zur Wirtschaftsunion 34

III. Außenwirtschaftliche Anpassungsprobleme gemildert 35
Bedrängte Entwicklungsländer 36
Flexibles Weltwährungssystem 37

Teil B: Die Binnenkonjunktur 1975 40

I. Überblick 40

II. Ursprünge der Krise 41

III. Erholung verzögert 47
Einbruch der Auslandsnachfrage 47
Anhaltend schwache Investitionsneigung 48
Verbraucher wenig ausgabefreudig 51
Erhebliche Unterauslastung der Kapazitäten 53
Hohe Arbeitslosigkeit 55

IV. Klimawechsel in der Einkommenspolitik 60
Mäßigung in der Lohnpolitik 60
Entlastung durch die Steuerreform 67
Hohe Transfereinkommen 69

V. Preisauftrieb abgeschwächt 70
Deutliche Beruhigung bei den Erzeugerpreisen 70
Verlangsamter Anstieg der Verbraucherpreise 73

Seite

VI. Abbau der außenwirtschaftlichen Überschüsse 75
Mehr langfristiger Kapitalexport 81
Vorübergehende Abwertung der D-Mark 82

VII. Monetäre Politik auf angekündigtem Expansionskurs 82
Zentralbankgeld wieder reichlich 83
Ausgeprägte Liquiditätsneigung 87
Konjunkturgerechter Zinsrückgang? 88
Versiegende Kapitalmärkte 91
Zur Instrumentierung der Mengensteuerung 93

VIII. Finanzpolitik: Massive expansive Impulse 94
Expansive Haushaltspläne und Sonderprogramme 94
Kürzungen im Haushaltsvollzug 97
Unerwartet hohe Steuerausfälle 98
Konjunkturelle Impulse nicht voll wirksam 101
Exkurs: Öffentliche Schuld und Zinslast 106

Zweites Kapitel: Zur voraussehbaren Entwicklung 109

I. Die Weltkonjunktur im Jahre 1976 111

II. Zur voraussichtlichen Entwicklung der Binnenkonjunktur 113

Drittes Kapitel: Krise der Marktwirtschaft? 121

I. Die Probleme 121
Qualitatives versus quantitatives Wachstum 121
Verteilungsgerechtigkeit 123
Versorgung mit öffentlichen Gütern 124
Mehr Strukturpolitik? 125

II. Wachstum und Vollbeschäftigung 127
Die zentrale Rolle der Investitionen 128
Unechte Strukturprobleme 133
Außenwirtschaftliche Aspekte 134
Zum Spielraum für mehr Produktion und mehr Beschäftigung 135

III. Revision der Staatstätigkeit 137
Öffentliches Geld ist knapp 137
Beispiel: Personalausgaben 139
Beispiel: Sozialausgaben und Finanzhilfen 140
Beispiel: Bundesbahn 140
Beispiel: Sozialversicherungen 142
Ansätze 144

Seite

IV. Probleme der Einkommenspolitik 145
Gewinnbeteiligung bei begrenzter Haftung 148

V. Reinigungskrise der Globalsteuerung 152
Unvermeidliche Stabilisierung 152
Folgen der Inflationserfahrung 153

Viertes Kapitel: Expansion und Konsolidierung zugleich 156

I. Ziele und Wirklichkeit 156

II. Stabilisierung der Erwartungen 157
Was für die Expansion zu tun ist 158
Monetäre Politik 160
Finanzierungsspielraum und Schuldenpolitik des Staates 161
Währungspolitik 164
Finanzpolitik 166
Arbeitsmarktpolitik 173
Einkommenspolitik 174

III. Varianten 176

Anhang

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 183

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 185

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 186

IV. Sondergutachten vom 17. August 1975: Zur konjunkturpolitischen Lage im August 1975 187

V. Methodische Erläuterungen 202

VI. Statistischer Anhang 207

Sachregister 293

Verzeichnis der Schaubilder

		Seite
1	Industrieproduktion ausgewählter Länder	19
2	Exportabhängigkeit wichtiger Industrieländer	20
3	Wechselkursentwicklung europäischer Währungen	27
4	Zinsentwicklung in der Gemeinschaft und in den Vereinigten Staaten	29
5	Gewogene Auf- und Abwertungen ausgewählter Währungen	38
6	Zur Gewinnentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe	42
7	Lohnniveau und Staatsquote	43
8	Konjunkturelle Nachfrageschwankungen	47
9	Investitionsgüternachfrage	49
10	Zielsetzung der Investitionen	49
11	Vorratsinvestitionen	51
12	Verfügbares Einkommen, Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte	51
13	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotential	54
14	Kapazitätsauslastung in der Verarbeitenden Industrie	54
15	Arbeitsproduktivität	55
16	Beschäftigung und Arbeitsmarkt	55
17	Beschäftigung im Produzierenden Gewerbe	56
18	Löhne und Gehälter in der Gesamtwirtschaft	63
19	Zur Knappheit von Arbeit und Kapital	67
20	Belastung eines durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalts mit Steuern und Sozialabgaben im Jahre 1975	69
21	Zur Entwicklung der Rohstoff- und Grundstoffpreise	70
22	Industrielle Erzeugerpreise	71
23	Struktur der industriellen Erzeugerpreise auf mittlere Sicht	72
24	Struktur der Verbraucherpreise auf mittlere Sicht	73
25	Zur Preisentwicklung auf den Nahrungsmittelmärkten	74
26	Preisverbund zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen	75
27	Außenhandel und Industrieproduktion	76
28	Deutscher Export und Welthandel	77
29	Außenhandelspreise und Terms of Trade	79
30	Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge	86
31	Zur Entwicklung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes	88
32	Ausgewählte Zinssätze in der Bundesrepublik Deutschland	90
33	Laufzeiten, Emissionsrendite und Nettoabsatz von Wertpapieren	91
34	Änderungen der realisierten Staatsquote	103
35	Sozialprodukt und wichtige Komponenten	114
36	Öffentliche Leistungen je privater Haushalt	145
37	Finanzierungsströme 1976	163
38	Zur wirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1976	178

Verzeichnis der Tabellen im Text

		Seite
1	Arbeitslosenquote in ausgewählten Ländern	18
2	Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern	20
3	Salden der Handels- und Leistungsbilanz ausgewählter Länder	22
4	Reales Bruttosozialprodukt in wichtigen Industrieländern	23
5	Lohnkosten je Produkteinheit in den EG-Ländern, den Vereinigten Staaten und in Japan	24
6	Bruttoeinkommen in den EG-Ländern, den Vereinigten Staaten und in Japan	25
7	Geldmenge und inländische Kreditvergabe	28
8	Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland	30
9	Der Staatshaushalt in den EG-Ländern	33
10	Zur Entwicklung der Exportpreise	46
11	Konsumentenkredite	52
12	Arbeitslose nach Altersgruppen und Dauer der Arbeitslosigkeit	58
13	Einkommenspolitisch wichtige Ereignisse	61
14	Zur Entwicklung der Reallohnposition	64
15	Verteilung des Volkseinkommens	65
16	Zur Entwicklung der funktionellen Einkommensverteilung	66
17	Progression der Lohnsteuer und Inflation	68
18	Außenhandel nach ausgewählten Ländern	78
19	Zur Entwicklung der Zahlungsbilanz	80
20	Maßnahmen der Deutschen Bundesbank	83
21	Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge	85
22	Netto-Absatz festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten	92
23	Finanzpolitisch wichtige Ereignisse	95
24	Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	99
25	Das Aufkommen der wichtigsten Einzelsteuern	100
26	Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte	102
27	Die Haushalte der Gebietskörperschaften in konjunktureller Sicht	104
28	Zur internationalen Konjunkturentwicklung	112
29	Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	116
30	Einnahmen und Ausgaben des Staates	119
31	Auswirkungen einer Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer	151
32	Konsolidierung der öffentlichen Haushalte	168
33	Die Haushalte der Gebietskörperschaften 1976	170
34	Zur wirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1976	177

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

		Seite
1*	Bevölkerung und Erwerbstätige in den EG-Ländern	212
2*	Beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose in den EG-Ländern	213
3*	Bruttoinlandsprodukt in den EG-Ländern	214
4*	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in den EG-Ländern	215
5*	Verfügbares Nettovolkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in den EG-Ländern	216
6*	Privater Verbrauch in den EG-Ländern	217
7*	Staatsverbrauch in den EG-Ländern	218
8*	Bruttoanlageinvestitionen in den EG-Ländern	219
9*	Außenhandel der EG-Länder	220
10*	Industrielle Produktion in den EG-Ländern	221
11*	Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	222
12*	Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	224
13*	Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	225
14*	Beiträge zusammengefaßter Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt	226
15*	Sozialprodukt und Volkseinkommen	230
16*	Verteilung des Volkseinkommens	232
17*	Volkseinkommen und Produktivität	233
18*	Verwendung des Sozialprodukts	234
19*	Investitionen	238
20*	Einkommen und Ersparnis der privaten Haushalte	240
21*	Käufe der inländischen privaten Haushalte für den Privaten Verbrauch nach Verwendungszwecken	242
22*	Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu den anderen Sektoren der Volkswirtschaft und zur übrigen Welt	244
23*	Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Finanzierungssalden	246
24*	Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften	248
25*	Kassenmäßige Steuereinnahmen	250
26*	Verschuldung der öffentlichen Haushalte	251
27*	Konsolidierte Bilanz des Bankensystems (Geldvolumenrechnung)	252
28*	Zahlungsmittelbestände und Kredite	254
29*	Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie	255
30*	Auftragsbestand in der Verarbeitenden Industrie	258
31*	Umsatz in der Industrie	260
32*	Industrielle Produktion	263
33*	Beschäftigte in der Industrie	264
34*	Geleistete Arbeiterstunden in der Industrie	266
35*	Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde in der Industrie	267
36*	Baugenehmigungen	268
37*	Auftragseingang und Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe	269
38*	Umsatz, Beschäftigung und Produktion im Bauhauptgewerbe	270
39*	Einzelhandelsumsatz	271
40*	Zahlungsbilanz	272
41*	Kapitalverkehr mit dem Ausland	274
42*	Außenhandel: Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte	276
43*	Aus- und Einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik	277
44*	Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	278
45*	Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	279
46*	Warenausfuhr nach Ländergruppen	280
47*	Wareneinfuhr nach Ländergruppen	281
48*	Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	282
49*	Index der Grundstoffpreise	283
50*	Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	284
51*	Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise	285
52*	Index der Ausfuhrpreise	286
53*	Index der Einfuhrpreise	287
54*	Preisindex für die Lebenshaltung, alte Systematik, 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte	288
55*	Preisindex für die Lebenshaltung, neue Systematik, 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte	289
56*	Preisindex für die Lebenshaltung, neue Systematik, alle privaten Haushalte	290
57*	Preisindex für die Lebenshaltung, alte Systematik, Zusatzdarstellung	291
58*	Löhne und Gehälter	292

Statistische Materialquellen

Angaben aus der amtlichen Statistik für die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anderes vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West); andere Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt.

Material über das Ausland wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen. Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

Abkürzungen

Eur	=	Rechnungseinheit der Europäischen Gemeinschaften (= 0,88867088 Gramm Feingold)
JG	=	Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
JWB	=	Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
SG	=	Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
BA	=	Bundesanstalt für Arbeit
DIW	=	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EFTA	=	Europäische Freihandelsvereinigung
EG	=	Europäische Gemeinschaften
EGKS	=	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
ERP	=	Marshallplan
ESVG	=	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
HWWA	=	HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg
Ifo	=	Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
ILO	=	Internationale Arbeitsorganisation
IFW	=	Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
IWF, IMF	=	Internationaler Währungsfonds
OECD	=	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Öffa	=	Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG
OPEC	=	Organisation ölexportierender Länder
RWI	=	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
SZR	=	Sonderziehungsrechte
UN	=	Vereinte Nationen
WSI	=	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH, Düsseldorf

Zeichenerklärung

±0	= nichts
0	= weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
.	= kein Nachweis
...	= Angaben fallen später an
— oder |	= der zeitliche Vergleich ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt
×	= Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu

Eine kürzere Fassung

Weltweite Rezession

1*. Das Jahr 1975 stand in den westlichen Industrieländern im Zeichen der schwersten Rezession der Nachkriegszeit. Daß sie weit über das gewohnte Maß hinausging, hatte nicht nur konjunkturelle Gründe. Allzu lange hatte die Zuversicht regiert, Vollbeschäftigung sei unabhängig vom Geldwert zu sichern; allzu nachgiebig hatte die Wirtschaftspolitik über die Jahre hinweg steigende Inflationsraten toleriert, und allzu leicht hatte das reichliche Angebot an internationaler Liquidität über Zahlungsbilanzprobleme hinweggeholfen. Die plötzliche Vervierfachung des Preises für Erdöl machte dann schlagartig die Grenzen eines solchen Tuns sichtbar.

Waren bis dahin nur wenige Länder den inflatorischen Auswüchsen durch eine restriktive Wirtschaftspolitik entgegengetreten, so wurde nunmehr auch anderen Staaten bewußt, daß ohne ernsthafte Gegenmaßnahmen die Teuerung noch mehr ausufern würde und die außenwirtschaftlichen Defizite noch bedrohlicher anschwellen müßten. Die Wirtschaftspolitik war daher im Verlauf des Jahres 1974 überall energisch auf Restriktionskurs gegangen. Die Gefahren für die Beschäftigung wurden jetzt hingenommen, auch wenn sich vielfach schon konjunkturelle Abschwächungstendenzen abzeichneten. Zyklische und stabilisierungspolitische Einflüsse verstärkten sich gegenseitig. Im Herbst 1974 kam es zu einem außerordentlich steilen, sich kumulierenden Abschwung (Ziffern 1 ff.).

2*. Die Weltrezession konnte nur durch gleichgerichtetes Handeln aller, oder wenigstens jener Länder behoben werden, die im Welthandel großes Gewicht haben.

Seit dem Frühjahr 1975, als das Ausmaß der Rezession in den Industrieländern deutlich wurde, haben die Regierungen den Spielraum zum Gegensteuern genutzt, den die Erfolge im Kampf gegen Inflation und außenwirtschaftliche Defizite gewährten. Vor allem die Finanzpolitik versuchte, einem weiteren Rückgang der Beschäftigung entgegenzuwirken. Angesichts der noch immer hohen Inflationsraten weitete die Geldpolitik den Finanzierungsspielraum im allgemeinen nur behutsam aus (Ziffern 7 ff.).

3*. Die schwere Wirtschaftskrise in den Industrieländern hat entgegen weitverbreiteten Befürchtungen nicht dazu geführt, daß der internationale Handels- und Kapitalverkehr beschränkt wurde. Nur vereinzelt wurden Einfuhren administrativ erschwert. Keines der wichtigen Handelsländer griff zu Kapitalverkehrskontrollen. Ein unheilvoller Abwertungswettlauf, wie er während der dreißiger Jahre stattgefunden hatte, blieb ebenfalls aus; im Gegenteil: Die Defizitländer waren sogar bestrebt, eine Abwertung ihrer Währung zu verhindern. Dazu hat nicht zuletzt beigetragen, daß die hohen Leistungsbilanzdefizite beträchtlich vermindert werden konnten (Ziffern 41 ff.).

4*. Es gibt Anzeichen dafür, daß seit Beginn der Krise Anpassungsprozesse in Gang gekommen sind, die auf mittlere Sicht eine Konsolidierung begünstigen:

— Die Ölförderländer haben ihren plötzlichen Devisenreichtum rascher und in größerem Umfang als erwartet dazu verwendet, Industriegüter zu kaufen, die sie für ihre Entwicklungspläne benötigen.

— Bedeutsame Wirkungen auf die Handelsbilanzen werden nach und nach auch davon ausgehen, daß die Industrieländer ihre Abhängigkeit von Ölimporten verringern.

— Schließlich sind inzwischen auch die Probleme des Recycling, also des Umleitens der finanziellen Überschüsse der OPEC-Länder in Länder mit Leistungsbilanzdefiziten, kleiner geworden (Ziffer 44).

5*. Gleichwohl ist zu vermuten, daß die Leistungsbilanzprobleme der Industrieländer auf kurze Frist noch keineswegs ausgeräumt sind. Mit dem konjunkturellen Aufschwung dürfte es sich — angesichts der gegenwärtig sehr niedrigen Lagerbestände — schon bald wieder als notwendig erweisen mehr zu importieren. Zudem ist zu erwarten, daß solche Nachfragebelebung die Einfuhren erneut verteuern wird. Die Gefahr, daß die Defizite zunächst wieder zunehmen, wird um so größer sein, je eher die Stabilisierungsprozesse im Verlauf des Aufschwungs abgebrochen und die Inflationsdifferenzen zwischen den Industrieländern wieder größer werden. Zusätzliche Probleme könnten entstehen, wenn die OPEC-Länder die Ölpreise erneut kräftig anheben sollten. Die Europäische Gemeinschaft hat die Zwischenzeit nicht genutzt, Vorkehrungen für allfällige Rohstoffkrisen in der Zukunft zu treffen. Die neu geschaffenen Kreditsysteme im Rahmen des Internationalen Währungsfonds und der OECD sind nur Sicherheitsnetze, die der Zahlungsunfähigkeit vorbeugen sollen.

Nur wenn die Stabilisierungserfolge einigermaßen verteidigt werden, ist zu erwarten, daß die außenwirtschaftlichen Störungen immer mehr an Gewicht verlieren (Ziffer 45).

6*. Während sich in den Industriestaaten 1975 die außenwirtschaftlichen Probleme im Vergleich zum Vorjahr beträchtlich verringerten, gerieten die nichtölfördernden Entwicklungsländer zunehmend in

Schwierigkeiten. Besonders betroffen waren jene, die über gar keine Rohstoffquellen verfügen. Auf der anderen Seite haben die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit, insbesondere der Erfolg des OPEC-Kartells, allem Anschein nach zu einer größeren handelspolitischen Konzessionsbereitschaft der Industrieländer geführt. Dazu mag beigetragen haben, daß eine gesicherte Rohstoffversorgung von diesen heute höher veranschlagt wird als vor dem Ölschock, und daß man bereit ist, dafür einen Preis zu zahlen. Langwierige Verhandlungen über einen erleichterten Zugang aller Entwicklungsländer zu den Märkten der Industrieländer konnten 1975 abgeschlossen werden (Ziffern 46 ff.).

Mühsamer Stabilisierungsprozeß in Europa

7*. Für die Europäische Gemeinschaft, betrachtet man sie als Ganzes, läßt sich der Beginn des Konjunkturrückgangs auf den Sommer 1974 datieren. Von da an ging in der Gemeinschaft die Nachfrage nach Bauleistungen und Investitionsgütern stark zurück, während die Nachfrage der Konsumenten und die Ausgaben des Staates weiter, wenn auch verlangsamt, zunahmen. Die Ausfuhren in Drittländer schwächten sich seit Anfang 1975 ab, als die Auftragsbestände weitgehend abgebaut waren und die europäischen Nachbarländer ebenfalls in den Abschwung gerieten. Die Nachfrageschwäche in den Mitgliedstaaten übertrug sich auch auf den innergemeinschaftlichen Handel.

Die Talsohle war in der Bundesrepublik im Sommer 1975 erreicht, etwas später in Frankreich, Belgien und in den Niederlanden; in Großbritannien und in Italien setzte sich der Abschwung bis in den Herbst hinein fort. Der steile Anstieg der Arbeitslosigkeit, der im Herbst 1974 begonnen hatte, hielt 1975 fast unvermindert an. Im Jahresdurchschnitt dürften in der Gemeinschaft fast fünf Millionen Menschen ohne Arbeit gewesen sein, zweieinhalbmal so viel wie im Rezessionsjahr 1967. Die Effektivlöhne nahmen 1975 in der Gemeinschaft mit rund 14 vH immer noch sehr kräftig zu; die lohnpolitische Reaktion auf die hohe Unterbeschäftigung blieb in den meisten Ländern also vorerst gering. Die Ursache für den anhaltenden Lohnauftrieb war bei verminderter Streikaktivität wohl vor allem die weitverbreitete Bindung der Löhne an den vorangegangenen Anstieg der Verbraucherpreise (Ziffern 13 ff.).

8*. Die Gründe für den tiefen Konjunktureinbruch in der Gemeinschaft sind vielfältig. Nicht gerechtfertigt scheint die Ansicht, daß die Rezession vor allem durch einen Ausfall der Nachfrage aus Drittländern ausgelöst wurde. Die Europäische Gemeinschaft stellt einen Binnenmarkt dar, der nicht viel kleiner ist als der amerikanische. Der Anteil der Exporte am Bruttosozialprodukt betrug 1973 in der Europäischen Gemeinschaft 9½ vH, in den Vereinigten Staaten 5½ vH. Die Hauptursache für die europäische Rezession ist daher im Innern der Gemeinschaft zu suchen. Wie in den übrigen Industrieländern bildete auch hier die Ölkrise einen Wendepunkt. Sie schärfte den Blick dafür, daß die Möglichkeit, Waren aus dem Ausland beziehen zu können, vor allem abhängt von der Fähigkeit, eigene Produkte an das Ausland zu verkaufen. Im Jahre 1974 begannen die Länder, deren Leistungsbilanzdefizite außer Kontrolle zu geraten drohten, die wirtschaftspolitischen Bremsen anzuziehen (Ziffer 18).

9*. Damals gingen jedoch schon von der Bundesrepublik rezessive Impulse auf die Partnerländer aus. Das Konjunkturgefälle innerhalb der Gemeinschaft hatte 1974 bewirkt, daß die Ausfuhren der Bundesrepublik in die anderen Länder der Menge nach zunahmen, während die Einfuhren zurückgingen. Gleichzeitig fiel es den Partnerländern schwer, die Preise ihrer Ausfuhrgüter um mehr anzuheben, als sich ihre Importwaren verteuert hatten. Aufgrund des großen Gewichts des deutschen Außenhandels verschärften sich ihre ohnehin schon besorgniserregenden Zahlungsbilanzprobleme. Die ernste außenwirtschaftliche Lage veranlaßte sie zu einer sehr restriktiven Wirtschaftspolitik. Dabei haben sie jedoch offenbar mehr getan als notwendig war, weil sie die rezessiven Impulse, die von der Bundesrepublik ausgingen, zunächst unterschätzten. Es spricht vieles dafür, daß der tiefe Konjunktureinbruch hätte gemildert werden können, wenn alle Gemeinschaftsländer zusammen bereits 1973 einen Stabilitätskurs eingeschlagen hätten. Die Preise wären nicht so stark gestiegen und der Bedarf an Restriktionspolitik wäre kleiner ausgefallen. Der Abschwung wäre dann zwar ebenfalls eingetreten, hätte aber zu geringeren Beschäftigungseinbußen geführt. Im Jahre 1975 steigerte die Bundesrepublik, der europäischen Konjunkturentwicklung weiterhin voraus, als einziger Mitgliedsstaat wieder ihre Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen der Partnerländer und wirkte damit konjunkturstützend für die anderen (Ziffer 20).

10*. Heilsame Wirkungen hatte die Stabilisierungskrise für die (zusammengefaßte) Zahlungsbilanz der Europäischen Gemeinschaft. Die Einfuhr nahm 1975 so stark ab, daß die Handelsbilanz gegenüber Drittländern, die im Jahr 1974 ein Defizit von 3,5 Mrd Dollar aufgewiesen hatte, 1975 mit einem Überschuß von 13 Mrd Dollar abschließen dürfte. Das reale Austauschverhältnis (Terms of Trade), das sich in den beiden Vorjahren durch Rohstoffhausse und Ölverteuerung um rund 10 vH verschlechtert hatte, verbesserte sich 1975 wieder um mehr als 5 vH; entsprechend verminderte sich die Menge der Güter, die erforderlich war, um unter anderem die Erdöleinfuhren zu bezahlen. Für die Gemeinschaft im Ganzen gab es also 1975 keine Verschuldungsprobleme. Innerhalb der Gemeinschaft blieben allerdings Ungleichgewichte bestehen, wenn sie auch bei weitem nicht mehr so groß waren wie 1974 (Ziffern 21 f.).

11*. Weniger erfolgreich waren die Gemeinschaftsländer in ihrem Kampf gegen den Geldwertschwund. Die unstreitigen Erfolge auf den Erzeuger- und Großhandelsstufen — nach der Jahreswende 1974/75 stiegen die Preise in den meisten Ländern kaum mehr — wurden überschattet von den immer noch recht ho-

hen Inflationsraten auf der Verbraucherstufe. Sie hatten sich bis zum Frühjahr 1975 zwar nennenswert zurückgebildet, wenn auch mit großen Unterschieden von Land zu Land, sanken aber im Laufe des Jahres insgesamt nicht unter 10 vH (Ziffern 23 ff.).

12*. Die monetäre Politik war 1975 in allen Ländern der Gemeinschaft bestrebt, den rezessiven Einflüssen entgegenzuwirken. Mehr als in früheren Abschwungsphasen wurde ihre Aufgabe aber dadurch erschwert, daß die Ursachen für die Restriktionspolitik des Vorjahres — hohe Inflationsraten und Sorgen um Wechselkurse und Zahlungsbilanzdefizite — auch 1975 keineswegs behoben waren. Die Notenbanken bemühten sich daher, einen nur wenig expansiven Kurs einzuschlagen. Die Nachfrage nach Krediten blieb sehr verhalten, der Finanzierungsspielraum wurde von der Wirtschaft nicht einmal ausgeschöpft (Ziffern 28 ff.).

13*. Die Haushaltspläne der Gemeinschaftsländer für das Jahr 1975 waren im Herbst 1974 zumeist restriktiv angelegt worden. Den scharfen Rückgang der Produktion in den Wintermonaten hatte man nicht vorausgesehen. Nur die Bundesrepublik und die Niederlande, die beiden Länder mit den höchsten Leistungsbilanzüberschüssen, verfolgten schon seit Mitte 1974 eine konjunkturstützende Finanzpolitik.

Als das Ausmaß der Rezession im Frühjahr 1975 überall in der Gemeinschaft erkennbar wurde, rückte das Beschäftigungsziel immer mehr in den Vordergrund. Die Finanzpolitik ging von Monat zu Monat auf einen expansiveren Kurs über. Die zahlreichen Konjunkturprogramme sowie die Mehraufwendungen für die steigende Zahl von Arbeitslosen führten 1975 dazu, daß die öffentlichen Ausgaben in der Gemeinschaft rascher zunahmen als 1974. Real betrachtet hat der Staat 1975 in allen Ländern der Gemeinschaft seine Ausgaben etwa im gleichen Maße gesteigert wie in der Vergangenheit. Vergleicht man dies mit der starken Abnahme der Investitionen und der Exporte sowie mit der nur leichten Zunahme des privaten Verbrauchs, so wird deutlich, daß die Ausgaben des Staates 1975 die wichtigste konjunkturelle Stütze darstellten (Ziffern 32 ff.).

14* Die Ausgaben und Einnahmen der europäischen Behörden haben sich innerhalb von sieben Jahren verdreifacht. Auch wenn man berücksichtigt, daß die Gemeinschaft in der Zwischenzeit um Großbritannien, Dänemark und Irland erweitert wurde, ist der europäische Haushalt wesentlich rascher gestiegen als die Staatshaushalte in den Mitgliedsländern. Die Zahl der Aufgaben, die gemeinschaftlich in Angriff genommen werden, hat sich von Jahr zu Jahr vergrößert. Dadurch hat sich der Anteil der Agrarausgaben an den Gesamtausgaben auf drei Viertel verringert. Das darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Aufblähung des europäischen Haushalts vorwiegend der Agrarpolitik zuzurechnen ist. Nach wie vor kommt es durch die Marktordnungsbeschlüsse des Ministerrats, die vor allem Abnahmegarantien zu festgesetzten Preisen enthalten, bei einzelnen Nahrungsmitteln zu einer strukturellen Überschußproduktion, die nachträglich dann von den Mitgliedstaaten finanziert werden muß (Ziffern 38 ff.).

15*. Innerhalb des europäischen Floatingblocks kam es 1975 nur zu geringen Spannungen. Allerdings unterschied sich die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Ländern auch nicht wesentlich. Sie legte daher auch überall ähnliche wirtschaftspolitische Reaktionen nahe. Da die monetäre Politik in der Bundesrepublik früher als in den Partnerländern auf einen expansiven Kurs einschwenkte und die Zinsen hier kräftiger als dort zurückgingen, befand sich die D-Mark meist am unteren Ende der „Schlange" und mußte gestützt werden. Der französische Franken, der den Floatingblock im Januar 1974 verlassen hatte und danach gegenüber den Währungen des Blocks zunächst stark im Kurs gesunken war, kehrte am 10. Juli 1975 zu seinem alten Leitkurs in den Verbund zurück.

Obwohl spätestens mit dem vorübergehenden Ausscheiden Frankreichs aus dem Floatingblock deutlich geworden war, daß der Block nur dann auf Dauer zusammenhalten wird, wenn die Regeln für die Mitgliedschaft stabilitätspolitisch gehärtet werden, unternahmen die im Block verbliebenen Länder nichts. Vielmehr honorierten sie den Wiedereintritt des Franken mit einer von Frankreich geforderten Ausweitung des währungspolitischen Beistandsmechanismus, die höhere finanzielle Risiken für alle Beteiligten mit sich bringt. So sehr zu begrüßen ist, daß die Europäische Gemeinschaft wenigstens nicht mehr in vier Währungsräume gespalten ist, seit Frankreich in den Festkursverband zurückgekehrt ist, so wenig ist die Gefahr zu übersehen, daß die noch immer hohen Inflationsraten eines so großen Landes rasch auf die übrigen Länder ausstrahlen können (Ziffer 53).

Die Bundesrepublik im Konjunkturtal

16*. In der Bundesrepublik herrschte 1975 ebenso wie in fast allen anderen westlichen Industrieländern erhebliche Unterbeschäftigung. Die deutsche Wirtschaft hatte zwar stabilitätspolitisch und konjunkturell einen Vorlauf vor dem Ausland, so daß die Wirtschaftspolitik früher als anderswo auf Expansionskurs gehen konnte; ihre Exportabhängigkeit erwies sich jedoch als zu groß, als daß sie sich der weltweiten Rezession hätte entziehen oder gar im Aufschwung hätte vorangehen können. Der Einbruch der Auslandsnachfrage brachte die monetären und finanzpolitischen Expansionsmaßnahmen um die erhoffte Wirkung. Investoren und Konsumenten blieben zurückhaltend. Der Staat allein konnte die Nachfragelücke nicht füllen. Die Kapazitätsauslastung ging das Jahr über weiter zurück, und der Beschäftigungsabbau setzte sich fort. Preissteigerungen waren immer schwerer durchzusetzen, am wenigsten bei Industrieerzeugnissen, wo die Auslandskonkurrenz nun besonders groß war; auf der Verbraucherstufe blieb der Geldwertschwund allerdings noch vergleichsweise hoch.

Gegenwärtig, im Herbst 1975, ist die konjunkturelle Lage im Inland bei geschwächtem Preisauftrieb noch immer durch eine unzureichende Auslastung der Produktionsanlagen und hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Die Zeichen für einen Aufschwung mehren sich jedoch (Ziffern 55 f., 85 ff.).

17*. Die Bundesbank hatte bereits im Dezember 1974 verkündet, daß sie das Geldangebot — genauer: die Menge des Zentralbankgeldes — im Verlauf des Jahres 1975 um 8 vH ausweiten wolle. Der gesamtwirtschaftliche Finanzierungsspielraum sollte damit weiter bemessen sein, als er es 1974 war, wenn auch nicht so weit, daß jedwede Preis- und Lohnerhöhung ohne Beschäftigungsrisiko durchgesetzt werden konnte, und dies sollte allen von vornherein bekannt sein. An ihre Ankündigung hat sich die Bundesbank auch gehalten. Die monetäre Voraussetzung für einen Aufschwung war also gegeben. Aber auf dem Weg in die Sachanlagen — in Käufe von Konsum- und Investitionsgütern — lagen Hindernisse. Die Konsumenten blieben zurückhaltend; ihre Inflationserwartungen waren noch hoch, ihre Einkommenserwartungen schon gering. Erst im zweiten Halbjahr wurde die extrem hohe Sparquote etwas geringer, und auch die Konsumentenkredite nahmen wieder etwas zu. Die Investoren fanden zu wenig Nachfrage und hatten zu unsichere Erwartungen, um den gesunkenen Zins attraktiv zu finden.

Zudem verzögerte sich das Sinken der kurzfristigen Zinsen, der Zins für langfristige Geldanlagen gab zwar nach, blieb aber doch auf recht hohem Niveau, weil die Anleger unter dem Eindruck der großen öffentlichen Verschuldung nicht daran glaubten, daß der Kapitalmarkt alle Kreditwünsche bei niedrigem Zins befriedigen würde. Die öffentliche Hand hat zwar ihren Kreditbedarf decken können; aber die längerfristige Kapitalanlage zu festem Zins blieb blockiert. Auch massive Interventionen der Bundesbank zugunsten von Staatstiteln änderten dies nicht entscheidend.

Im ganzen braucht die Bundesbank mit den Ergebnissen ihrer Politik im dritten Jahr der konsequenten Steuerung der Zentralbankgeldmenge, dem ersten im Zeichen einer selbstgesetzten quantitativen Leitlinie, nicht unzufrieden zu sein. Der Mengensteuerung gelang es, ihr aus mittelfristiger Orientierung gewonnenes Ziel zu erreichen. Der wichtigste Beitrag der Geldpolitik dazu, daß sich die konjunkturellen Auftriebskräfte wieder beleben, wurde damit geleistet (Ziffern 175 ff.).

18*. Ganz auf Beschäftigungsstützung waren die öffentlichen Haushalte angelegt. Schon die Pläne für 1975 sahen beträchtliche Erleichterungen durch die Steuer- und Kindergeldreform und kräftig steigende Ausgaben vor. Um diese expansiven Impulse zu verstärken, verabschiedete die Bundesregierung zudem noch vor der Jahreswende ein Sonderprogramm. Es enthielt zusätzliche öffentliche Investitionen von 1,13 Mrd DM und unmittelbare Arbeitsmarkthilfen von 0,6 Mrd DM; außerdem sollte ein möglichst großer Teil der für das ganze Jahr 1975 geplanten Ausgaben in die erste Jahreshälfte vorgezogen werden. Zur Anregung der privaten Investitionstätigkeit wurde eine befristete Investitionszulage von 7,5 vH gewährt. Als die erhoffte Belebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ausblieb, wurde im August 1975 ein weiteres Konjunkturprogramm in Höhe von 5,75 Mrd DM verabschiedet, das die Winterarbeitslosigkeit insbesondere im Baugewerbe dämpfen sollte.

Will man den konjunkturellen Impuls erfassen, der 1975 von den öffentlichen Haushalten ausging, so darf man nicht einfach das Finanzierungsdefizit von fast 78 Mrd DM zum Maßstab nehmen. Berücksichtigt man die konjunkturbedingten Steuerausfälle sowie eine gewisse Normalverschuldung des Staates, so steht für den konjunkturellen Impuls aber immer noch ein Betrag von mehr als 40 Mrd DM, mehr als jemals zuvor. Die sich wechselseitig verstärkenden rezessiven Tendenzen waren zu stark, als daß sie durch die Finanzpolitik hätten kompensiert werden können. Was die Investitionszulage an Verbesserung der Ertragsaussichten von privaten Investitionsvorhaben bringen konnte, wurde zum großen Teil durch den Einbruch der Auslandsnachfrage zunichte gemacht. Immerhin hat sie, wenn sie auch als eine sehr teure Maßnahme zur Konjunkturbelebung angesehen werden muß, einen weiteren Rückgang der Investitionsnachfrage in diesem Jahr verhindert. Eine weitere Aufstockung der öffentlichen Ausgaben hätte man zwar aus beschäftigungspolitischer Sicht wünschen können, und auch stabilitätspolitisch hätte sie nicht bedenklich sein müssen. Aber der Staat kann fehlende private Nachfrage nicht voll kompensieren, da er nur sehr begrenzt solche Sachgüter und Dienstleistungen zusätzlich nachfragen kann, die sonst von den Privaten gekauft werden. Auch ist zu bedenken, daß eine expansive Haushaltspolitik die Erwartungen und Dispositionen der Privaten nicht nur positiv beeinflußt. Insbesondere in Zeiten stark steigender Defizite können zusätzliche öffentliche Ausgaben die Privaten in der Weise verunsichern, daß diese die kurzfristige Ausweitung der Ansprüche des Staates auch für die mittlere Frist erwarten und damit den Spielraum für die Realisierung eigener Ansprüche zu eng sehen.

Die mangelnde Wirksamkeit seiner finanzpolitischen Mittel hat der Staat mit zu vertreten. Die Finanzpolitik der vergangenen Jahre hatte dazu geführt, daß der Staat zur Finanzierung der Leistungen, auf die er sich festgelegt hatte, bereits in so hohem Umfang Kredite in Anspruch nehmen mußte, daß die Privaten auf kreditfinanzierte zusätzliche Ausgaben zunehmend verunsichert wurden. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen stand an, als die konjunkturelle Entwicklung eine expansive Finanzpolitik erforderte (Ziffern 205 ff.).

19*. Ob die Unternehmen die Investitionen ausweiten würden, schien angesichts der geschrumpften Gewinnmargen vor allem vom Ausgang der diesjährigen Lohnrunde abzuhängen. Auch von dieser Seite her zeichnete sich Anfang 1975 eine Verbesserung der Investitionsbedingungen ab. Die Lohnabschlüsse ließen diesmal, mehr als 1974, Rücksicht

auf die Beschäftigungsrisiken erkennen. Lohnsteigerungen von 6 vH bis 7 vH signalisierten eine Wende in der Lohnpolitik, die für die Zukunft auf der Kostenseite Entlastung für die Investoren versprach. Im nachhinein zeigte sich jedoch, daß die Arbeitnehmer — möglicherweise entgegen ihrer Bereitschaft — den Unternehmen nichts von ihrer Verteilungsposition preisgegeben hatten. Die Reallöhne stiegen um etwa 1 vH, darüber hinaus sorgte die Steuer- und Kindergeldreform für zusätzlich verfügbares Einkommen.

Trotz der mäßigen Tarifabschlüsse blieb die Kostenbelastung hoch, weil die Nachfrage hinter den ohnehin gedämpften Erwartungen noch weit zurückblieb. In der Industrie, wo die Produktion weniger als im Vorjahr die Kapazitäten auslastete, hat sich der Anstieg der Lohnstückkosten mehr noch als in der Gesamtwirtschaft beschleunigt. Auch die Verbilligung importierter Rohstoffe und Halbwaren sowie die Senkung der Kapitalzinsen brachten keine spürbare Entlastung. Der zunehmende Wettbewerb auf den inländischen und ausländischen Märkten machte es schwer, Kostensteigerungen über die Preise weiterzuwälzen. Die Gewinnmargen dürften sich daher noch nicht verbessert haben. Auch die Gewinnsumme in der Gesamtwirtschaft ist noch wenig gestiegen (Ziffern 120 ff.).

20*. Daß die Inlandsbestellungen in den Investitionsgüterindustrien nach der Jahreswende anzogen, wurde vielfach als Zeichen für den Beginn des erhofften Aufschwungs gewertet. Bald zeigte sich jedoch, daß solche Hoffnungen verfrüht waren.

Mit der weltweiten Stabilisierungskrise waren die Auslandsaufträge vom Herbst 1974 an rasch geschrumpft. Innerhalb weniger Monate mußte die verarbeitende Industrie einen Rückgang ihrer Auslandsaufträge um annähernd ein Fünftel hinnehmen. Der Rückgang kam im Frühjahr 1975 zwar zum Stillstand, doch war er weit über das erwartete Maß hinausgegangen. Viele Investoren waren sich nun auch ihrer künftigen Absatzchancen im Ausland nicht mehr sicher. So zögerten sie, wieder mehr zu investieren, weil die Binnennachfrage allein, selbst wenn sie sich belebte, vielfach noch für lange Zeit keine ausreichende Auslastung ihrer Anlagen versprach.

In den ersten neun Monaten wurden dem Volumen nach rund 12½ vH weniger Güter ausgeführt als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Das deutsche Exportvolumen ist damit erheblich stärker geschrumpft als der Welthandel. Zu sehen ist dies vor allem vor dem Hintergrund der ungewöhnlich starken Ausfuhrexpansion in den vergangenen Jahren, die im wesentlichen Folge des starken Konjunkturgefälles gewesen war. Je mehr die Kapazitätsauslastung im Ausland zurückging, um so mehr gewannen ausländische Konkurrenten verlorenes Terrain zurück. Insoweit kann davon gesprochen werden, daß ein beträchtlicher Teil des Exportrückgangs „Normalisierung" bedeutet.

Mit umgekehrtem Vorzeichen war ähnliches bei unserer Einfuhr zu beobachten. Obwohl der Konjunktureinbruch 1975 erheblich tiefer war als der von 1967, sind die Importe diesmal nicht zurückgegangen; in den ersten neun Monaten sind dem Volumen nach sogar 1½ vH mehr Güter eingeführt worden als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Marktanteil ausländischer Enderzeugnisse hat 1975 spürbar zugenommen.

Die mengenmäßige Entwicklung des Außenhandels hat sich nicht in vollem Umfang in einem Abbau der außenwirtschaftlichen Überschüsse niedergeschlagen, da sich das Verhältnis von Ausfuhr- zu Einfuhrpreisen (Terms of Trade) kräftig zugunsten des Inlandes verschoben hat. Dieses Austauschverhältnis war während der ersten neun Monate des Jahres 1975 knapp 9½ vH günstiger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Für eine gegebene Menge von Exportgütern konnten wieder etwa ebenso viele Güter eingeführt werden wie vor dem Preisdiktat der Ölförderländer. — Der Überschuß in der Handelsbilanz belief sich in den ersten neun Monaten noch auf 28 Mrd DM, nach 37 Mrd DM im entsprechenden Vorjahreszeitraum (Ziffern 152 ff.).

21*. Im Verlauf des Frühjahrs fielen die Inlandsbestellungen von Ausrüstungsgütern auf den Stand von Ende 1974 zurück. Auch die Baunachfrage verharrte trotz der Zinssenkungen auf ihrem niedrigen Niveau. Zur Jahresmitte, als die Frist ablief, bis zu der Investitionsgüter in Auftrag gegeben werden mußten, wenn die Zulage nicht aufs Spiel gesetzt werden sollte, kam es zwar zu einem kräftigen Nachfrageschub; die Investitionsgüterhersteller hatten es jedoch nicht eilig, ihre Produktion auszuweiten, da die Investoren nicht auf Lieferung drängten. Auch in den anderen Wirtschaftsbereichen gab die Nachfrage den Unternehmen das Jahr über wenig Anlaß, ihre Fertigung zu steigern und wieder mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen. Die Sorge um die Arbeitsplätze und die Ungewißheit über die weitere Wirtschaftsentwicklung hielt auch die Konsumenten davor zurück, wieder mehr von ihrem Einkommen auszugeben, obwohl die Kaufkraft durch die Steuerreform gestiegen und die Banken sie mit zinsgünstigeren Kreditangeboten umwarben.

Bei geringer Kapazitätsauslastung konnten die Unternehmen ihre Arbeitskräfte nicht so produktiv einsetzen, wie sie es nach den Rationalisierungsanstrengungen der vergangenen Jahre wohl erwartet hatten. Die Arbeitslosigkeit nahm, sieht man von saisonalen Schwankungen ab, das Jahr über ständig zu. Ihr Anstieg wäre noch stärker gewesen, wäre nicht gleichzeitig eine große Zahl arbeitsloser ausländischer Arbeitnehmer in ihre Heimatländer zurückgekehrt. Auf einem Niveau, das ohne Saisoneinflüsse einer Anzahl von 1 300 000 Arbeitslosen entspricht, scheint die konjunkturelle Arbeitslosigkeit nun ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Daß sie insgesamt doppelt so hoch war wie 1967, ist weniger auf den Umfang der Entlassungen in der Industrie als vielmehr auf den Beschäftigungseinbruch in der Bauwirtschaft und auf die Freisetzung von Arbeitskräften im Dienstleistungssektor zurückzuführen (Ziffern 89 ff., 102 ff.).

22*. Inzwischen scheint sich die Baunachfrage zu festigen. Bei den Bestellungen von Ausrüstungsgü-

tern ist die Lücke ausgeblieben, die nach dem Auftragsschub um die Jahresmitte vielfach erwartet worden war. Die Auslandsnachfrage hat zuletzt wieder angezogen. Viel dürfte davon bis Ende des Jahres allerdings nicht mehr beschäftigungswirksam werden. Aufs ganze Jahr gesehen dürfte das reale Sozialprodukt 1975 um $3^1/_2$ vH niedriger sein als im Vorjahr, und die Arbeitslosenquote dürfte fast 5 vH betragen. Für viele tritt dahinter zurück, daß der Geldwertschwund, mißt man ihn am Anstieg der Verbraucherpreise, im Jahresdurchschnitt von 7 vH auf 6 vH zurückging (Ziffern 138 ff.).

Anatomie einer Stabilisierungskrise

23*. Die Ursprünge der heutigen Krise reichen bis zum Ende der sechziger Jahre zurück. Denn schon 1972, als der letzte Aufschwung einsetzte, war deutlich, daß die Chancen vertan waren, die der Abschwung nach dem Boom der Jahre 1969/70 für die Stabilisierungspolitik eröffnet hatte. Der Geldwertschwund war von einem konjunkturellen Problem zu einem Trendproblem geworden. Dies hatte binnenwirtschaftliche wie außenwirtschaftliche Gründe (Ziffern 63 ff.).

— Unter den binnenwirtschaftlichen Gründen ist als erster der Verteilungskampf zu nennen, der sich seit der Boomphase 1969/70 verschärfte, sei es weil sich die beteiligten Gruppen über den Verteilungsspielraum irrten, sei es weil sie sich sorgten, die Gegenseite könne bei eigener Zurückhaltung einen Vorsprung gewinnen, sei es weil sie ihre Anteile am Gesamteinkommen ausbauen oder verteidigen wollten.

— Ein weiterer Grund ist darin zu sehen, daß der Staat zugleich mit den Privaten seine Ansprüche an das Produktionspotential erhöhte, weil er sich mit zahlreichen Reformvorhaben bei der Versorgung mit öffentlichen Gütern und bei der Korrektur der marktmäßigen Einkommensverteilung in die Pflicht begeben hatte, ohne die privaten Ansprüche entsprechend zurückzudrängen.

— Außenwirtschaftlich kam das allzu lange Festhalten an fixen Wechselkursen hinzu. Damit wurde der Bundesbank die Herrschaft über die Geldversorgung vorenthalten, so daß sie sich außerstande sah, die Finanzierung der inflatorischen Ansprüche von Privaten und Staat zu verhindern.

— Schließlich setzte Inflationsgewöhnung ein. Der Widerstand gegen Preissteigerungen ließ nach, und mehr und mehr regierte die Erwartung eines anhaltenden Geldwertschwunds das wirtschaftliche Verhalten. Dies beschleunigte die Inflation.

24*. Die Verschärfung des Verteilungskampfes ist im Zusammenhang mit einem ungewöhnlich langen Lohn-lag während des Aufschwungs zu sehen, der der Rezession von 1967 gefolgt war. Statt die niedrigen Lohnabschlüsse durch Zügelung der Nachfrageexpansion marktkonform zu machen, hatte die Wirtschaftspolitik dem Aufschwung seinen Lauf gelassen. Die Gewinne waren daher den Arbeitnehmereinkommen weit vorausgeeilt. Als dies offenbar wurde, kam es vom Herbst 1969 an zu einer massiven Lohnwelle, die zunächst im Zeichen von Nachholansprüchen stand, sich in der Folgezeit von diesen aber mehr und mehr löste.

Der Versuch der Unternehmen, sich des zunehmenden Kostendrucks durch Preiserhöhungen zu erwehren, führte dazu, daß der Preisauftrieb im Abschwung nur wenig schwächer wurde. Auf der Verbraucherstufe erreichte der Geldwertschwund immer größere Raten; in der zweiten Jahreshälfte 1971 war die Inflationsrate, die 1969 noch bei 1,9 vH gelegen hatte, bei fast 6 vH angelangt. So hoch die Preissteigerungen für sich genommen auch waren, sie verhinderten einen Rückgang der Gewinnmargen nicht.

25*. Je geringer die Aussichten der Unternehmen wurden, trotz beschleunigt steigender Preise auf ihre Kosten zu kommen, um so geringer wurde die Investitionsneigung. Während die Bruttoanlageinvestitionen des Unternehmenssektors, in konstanten Preisen gerechnet, im Abschwungsjahr 1971 noch um 5,9 vH stiegen, nahmen sie in den Aufschwungsjahren 1972 und 1973 nur mehr um 4 vH und 0,7 vH zu. Der Rückgang der Investitionsneigung schuf doppelte Beschäftigungsrisiken: kurzfristige, weil Nachfrage ausfiel, und mittelfristige, weil weniger neue Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Die Investitionstätigkeit wäre noch stärker zurückgegangen, hätte die Inflation nicht auch in einzelnen Teilbereichen, wie vor allem im Wohnungsbau, manchem Investor eine Zeitlang leichte Gewinne versprochen. Damit wurden zwar Kapital und Arbeitskräfte fehlgeleitet, wie sich später herausstellen sollte; fürs erste aber wurde der Beschäftigungsrückgang dadurch aufgehalten.

26*. Daß die Beschäftigungswirkungen nicht sofort sichtbar wurden, war auch darauf zurückzuführen, daß die Unternehmen wie in früheren Jahren mit verstärkten Exportanstrengungen ihre Kapazitäten auslasten konnten. Die zu gering bemessene Aufwertung der D-Mark vom Herbst 1969 hatte daran wenig geändert; die D-Mark blieb unterbewertet, die Aufwertungserwartungen und mit ihnen die Devisenzuflüsse lebten schnell wieder auf. Mit der Freigabe des D-Mark-Kurses vom Mai 1971 schien sich das Blatt für die heimischen Exporteure zu wenden; doch setzte das Realignment dem Aufwertungstrend schon im Dezember 1971 ein neues Ende. Der Exportanstieg verlangsamte sich nur vorübergehend. Vom Herbst 1972 an kam es mit dem Anziehen der Weltkonjunktur sogar zu einer wahren Nachfrageflut aus dem Ausland.

27*. Die expansiven Impulse der öffentlichen Haushalte seit 1970 trugen ebenfalls dazu bei, daß die Beschäftigungswirkungen des Kostendrucks eine Zeitlang verdeckt blieben; zugleich aber förderten sie den Fortgang der Inflation.

Für den Staat ergab sich aus dem raschen Lohnanstieg als unmittelbare und sichtbarste Folge eine beträchtliche Zunahme seiner Personalausgaben. Der

Versuch, dies durch Ausgabenbeschränkung an anderer Stelle auszugleichen, hätte zu Konflikten mit den übrigen staatlichen Aufgaben und den Reformplänen geführt. In dem Bestreben, diese möglichst ungekürzt zu lassen, wurden die Ausgabenansätze im Ganzen entsprechend erhöht. Erleichtert wurde dies dadurch, daß die Inflation dem Staat hohe zusätzliche Steuereinnahmen bescherte. Allerdings rächte sich diese Politik für den Staat insofern, als sie den Preisauftrieb förderte, der den Ausgabenanstieg sogleich entwertete; so konnten die staatlichen Ansprüche an das Produktionspotential doch nicht voll realisiert und nicht alle Leistungsversprechen konnten eingehalten werden.

28*. Hätte der Staat seine Ansprüche stabilitätsgerecht durchsetzen wollen, so hätte er die privaten Ansprüche stärker zurückdrängen müssen. Er hatte die Bürger jedoch nicht darauf vorbereitet, daß zusätzliche staatliche Leistungen ihnen auch mehr abverlangten und brachte nicht die Kraft auf, die Widerstände der Privaten zu überwinden. Dies wurde erstmals 1970 ganz deutlich: Statt den Bürgern dauerhaft höhere Steuern aufzuerlegen, begnügte sich der Staat mit der Erhebung eines rückzahlbaren Konjunkturzuschlags zur Einkommen- und zur Körperschaftsteuer, von der die Bezieher niedriger Einkommen zudem ausgenommen blieben. In der Folgezeit wurden zwar einige spezielle Verbrauchsteuern erhöht; vor einer durchgreifenden Veränderung der Einnahmeregelungen schreckte der Staat aber nach wie vor zurück. Auch bei dem Stabilitätsprogramm vom Mai 1973 wich die Bundesregierung auf einen Stabilitätszuschlag, der nur auf höhere Einkommen erhoben wurde, und auf eine Anhebung der Mineralölsteuer aus, statt die privaten Haushalte im ganzen steuerlich zu treffen.

Den Widerstand der Privaten verstärkte, daß diese sich vom Staat hintergangen fühlten, weil die progressive Einkommensteuer die Nominaleinkommen immer stärker belastete, ungeachtet dessen, daß ein Teil des nominalen Einkommensanstiegs nur die zunehmende Inflation und nicht eine höhere Leistungsfähigkeit der Besteuerten widerspiegelte. Besonders stark war der Unmut bei den Arbeitnehmern, deren Einkommen immer rascher in die Progression hineinwuchs. Der Verweis auf die geplante Steuerreform, die hier Entlastung bringen würde, verhinderte nicht, daß sich die Arbeitnehmer durch entsprechend hohe Lohnforderungen bei den Unternehmen für die Schmälerung ihres Nettoeinkommens schadlos zu halten versuchten. Von daher ist zwar verständlich, daß der Staat die Arbeitnehmer von zusätzlichen Belastungen möglichst freihalten wollte, um den Verteilungskampf nicht zu verschärfen. Gewonnen war damit aber nichts. Zurückgedrängt wurden vor allem wiederum die privaten Investitionen.

29*. Die Bundesbank mühte sich vergeblich, die Finanzierung inflatorischer Ansprüche zu erschweren. Solange ihre Restriktionspolitik ohne außenwirtschaftliche Absicherung blieb, konnte sie wohl die Zinsen in die Höhe treiben, nicht aber verhindern, daß Banken wie Unternehmen auf zinsgünstigere Auslandskredite auswichen. Aufwertungserwartungen führten darüber hinaus zu Devisenzuflüssen, deren liquidisierende Wirkung mit einer Erhöhung der Mindestreserveanforderungen nicht kompensiert werden konnte. Kontrollen im Kapitalverkehr mit dem Ausland konnten weder die Kreditaufnahme im Ausland verhindern, noch waren sie ein Schutz gegen die Spekulationswellen, die zunehmend heftiger wurden. Von Anfang 1972 bis März 1973 mußte die Bundesbank Devisen im Wert von mehr als 36 Mrd DM ankaufen, weit mehr, als sie mit restriktiven Maßnahmen dem Geldkreislauf an anderer Stelle entziehen konnte.

30*. Je weniger glaubhaft die immer wieder in Aussicht gestellte Rückkehr zu einem stabileren Geldwert wurde, um so weniger war mit Zurückhaltung der Privaten zu rechnen. Allenthalben nahm das Bestreben zu, dem Geldwertverfall zuvorzukommen, ihn auf andere abzuwälzen. Nicht allen gelang dies gleichermaßen. Den Schaden hatten nicht nur die Unternehmen, die ihre Preise letztlich doch nicht so stark erhöhen konnten, wie ihre Kosten stiegen, sondern auch die Besitzer von Geldvermögen, die mit einem Zins vorlieb nehmen mußten, der mit den Preissteigerungen nicht Schritt hielt. Die Inflationsgewöhnung äußerte sich daher auch in einer zunehmenden Flucht in die Sachwerte.

Am deutlichsten wurde dies im Wohnungsbau sichtbar. So wurden viele nur deshalb zu Bauherren, weil sie ihre Ersparnisse wertgesichert anlegen wollten, oder weil sie glaubten, von einer Verschuldung zu profitieren. Steuervorteile, die mit der Inflation wuchsen, waren ein zusätzlicher Anreiz. Daß die Bauwirtschaft mit ihren Kapazitäten der inflationsbedingten Nachfrage folgte, band nicht nur Ressourcen, die an anderer Stelle vorteilhafter hätten eingesetzt werden können, sondern trug auch schon den Keim der jetzigen strukturellen Unterbeschäftigung in sich. Denn früher oder später mußte sich die Scheinrentabilität für die Investoren herausstellen. Auf das gleiche Konto — Kosten der Inflation — ist zu buchen, daß auch die Produzenten in zahlreichen vorgelagerten und nachgelagerten Bereichen, von den Baustoffherstellern bis hin zu den Möbelproduzenten, verleitet wurden, mehr Kapazitäten aufzubauen, als eine von Inflationserwartungen freie Nachfrage auf mittlere Sicht auslasten konnte.

31*. Mehr und mehr wurde deutlich, daß es ein Irrtum war zu glauben, man könne den Beschäftigungsrisiken ausweichen, wenn man der Inflation ihren Lauf ließ. Denn die Inflation begann die Investitionsneigung zu hemmen; wo sie diese vorerst noch förderte, verzerrte sie die Produktionsstruktur. Die volkswirtschaftlichen Schäden drohten immer größer zu werden, zumal der Aufschwung, der im Herbst 1972 mit der Flut von Auslandsaufträgen eingesetzt hatte, sich rasch verstärkte. Allenthalben stiegen die Preise beschleunigt; auf der Verbraucherstufe überschritt der Geldwertschwund im Frühjahr 1973 die 7-vH-Marke.

Hatte die Wirtschaftspolitik bis dahin gezögert, der Inflation wirksam entgegenzutreten, so entschloß sie

sich nun zu einem Kurswechsel. Entscheidend war der Übergang zum Blockfloating im März 1973, durch den die Bundesbank die Herrschaft über die Geldversorgung der Wirtschaft gewann. Ohne befürchten zu müssen, wie bisher an Devisenzuflüssen zu scheitern, konnte sie nun die monetären Zügel anziehen und die Finanzierung inflatorischer Ausgaben verweigern. Devisenzuflüsse trieben nicht mehr die Geldmenge im Inland, sondern den Wechselkurs der D-Mark in die Höhe.

Die Bundesbank machte das Angebot an Zentralbankgeld so knapp, daß die Banken ihre freien Liquiditätsreserven bald verloren und bei der Kreditvergabe immer kürzer treten mußten. Ein kräftiger Zinsanstieg an allen monetären Märkten wies aus, daß die Finanzierungsspielräume zunehmend enger wurden. Die Finanzpolitik unterstützte mit ihrem Stabilitätsprogramm vom Mai 1973 den restriktiven Kurs der monetären Politik. Eine elfprozentige Investitionsteuer und die Aussetzung der degressiven Abschreibung kamen in ihrer Wirkung einer weiteren Zinserhöhung gleich. Mit dem erwähnten Zuschlag zu den Steuern auf mittlere und hohe Einkommen und mit einer Stabilitätsanleihe wurde den Unternehmen und zum Teil auch den Haushalten zudem Geld entzogen.

32*. Schon in der zweiten Jahreshälfte 1973 begann sich die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern mehr und mehr abzuschwächen. Mit der Verknappung und Verteuerung von Krediten brach außerdem die inflationsgetriebene Nachfrage im Wohnungsbau zusammen. War in der Bauwirtschaft eine Strukturanpassung notwendig und erwünscht, so war die Dämpfung der Investitionsneigung im ganzen eher zu beklagen; sie war jedoch unvermeidlich, wenn die Stabilisierung gelingen sollte.

Der Druck auf die Investitionsneigung hätte geringer ausfallen können, hätte die Auslandsnachfrage nicht zum Teil ersetzt, was die Wirtschaftspolitik an Binnennachfrage zurückdrängte. Das Konjunkturgefälle gegenüber dem Ausland, das durch die Stabilisierungspolitik im Innern bei weltweiter Hochkonjunktur entstand, begünstigte nämlich den Export weiterhin, obwohl die D-Mark kräftig im Kurs stieg. Zwar war jetzt — bei marktbestimmten Wechselkursen — sichtbar, wie teuer das Produzieren in der Bundesrepublik geworden war; seit 1969 hatten sich deutsche Ausfuhrgüter in Dollar gerechnet Jahr für Jahr wesentlich stärker verteuert als ausländische Konkurrenzprodukte. Aber solange die Kapazitäten im Ausland knapp waren, entschied häufig nicht der Preis, sondern die Lieferfähigkeit über die Auftragsvergabe. Prompte Lieferung konnten die heimischen Anbieter um so eher zusagen, je weniger Binnennachfrage sie zu befriedigen hatten.

33*. Gegen Jahresende 1973 bestand durchaus noch die Chance, zu mehr Stabilität zurückzukehren, ohne daß die Beschäftigungseinbußen allzu groß werden mußten. Nach dem Ausbruch der Ölkrise war diese Chance jedoch bald vertan. Die drastische Verteuerung des Erdöls heizte das Inflationsklima aufs neue an; außerdem verschärfte sie die Verteilungsprobleme, weil das, was die Ölförderländer nun zusätzlich für ihre Lieferungen beanspruchten, im Inland nicht mehr verteilt werden konnte. Auch diese Umverteilung zugunsten des Auslands ging zu Lasten der Unternehmenserträge. Denn die Gewerkschaften beharrten auf ihren hohen Lohnforderungen, zumal es ihnen nur eine Frage der Zeit schien, bis die Preiswelle über die vorgelagerten Märkte auch die Verbraucher erreichte. Nachdem der Staat als erster Arbeitgeber den gewerkschaftlichen Forderungen nachgegeben hatte, willigten auch die Unternehmen in Lohnsteigerungen von 12 vH bis 15 vH ein, wohl weil sie darauf vertrauten, diese in den Preisen überwälzen zu können. Als deutlich wurde, daß die Bundesbank die monetären Zügel straff hielt, war eine weitere Verschlechterung der Erträge und ein zunehmender Beschäftigungsabbau unvermeidlich.

Mit den Erträgen ging die Investitionsneigung weiter zurück, und mit der Beschäftigung sank auch die Konsumneigung. Um so größer wurden die Exportanstrengungen. Als aber zweistellige Inflationsraten und immer größere Zahlungsbilanzdefizite mehr und mehr Partnerländer zur Nachfragedämpfung zwangen, mußten die Unternehmen vom Herbst 1974 an auch im Auslandsgeschäft beträchtliche Absatzeinbußen hinnehmen. Die Produktion wurde nun zunehmend gedrosselt, immer häufiger Kurzarbeit eingeführt, und immer mehr Arbeitskräfte wurden entlassen. Anfang 1975 überschritt die Anzahl der Arbeitslosen die Millionengrenze.

Krise der Marktwirtschaft?

34*. Die Kritik, die die marktwirtschaftliche Ordnung seit den Anfängen begleitet, findet in Zeiten wirtschaftlichen Rückgangs neue Nahrung. Wird sie bei guter Konjunktur mehr vom Ungenügen an der Zusammensetzung und Verteilung des wachsenden Wohlstands angetrieben, so ist es in Krisenzeiten die Gefährdung von Fortschritten und der Verlust von Arbeitsplätzen, woran sie sich entzündet (Ziffern 273 f.).

35*. Das Bewußtsein, daß es hier zu Disproportionalitäten gekommen war, hat zu der verbreiteten Vorstellung geführt, daß die Marktwirtschaft auf rein „quantitatives" wirtschaftliches Wachstum angelegt sei, daß sie schon aus dem System heraus qualitative Aspekte vernachlässige. Das ist ein Irrtum. Es gibt freilich Störungen, zum Teil gravierende, welche selbst herbe Kritik verständlich machen. In der Tendenz zur Abwälzung von Kosten auf Externe liegt eine Leistungsgrenze des Marktes, die man als solche erkennen und akzeptieren muß, um sie auch überwinden zu können. Die Marktwirtschaft hat aber in zwei Jahrzehnten rapiden Strukturwandels das Schrumpfen alter und das Wachstum neuer Wirtschaftszweige ohne größere Friktionen bewältigt und dank dieses Anpassungsprozesses ihre Mitglieder in einem Maße mit privatem Wohlstand versorgt, das nichts Selbstverständliches für sich hat (Ziffern 275 ff.).

Verteilungsgerechtigkeit

36*. Große Erfolge hat die soziale Marktwirtschaft auch bei der Einlösung des Versprechens bewiesen, für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Dennoch entzündet sich die meiste Kritik gerade an den Verteilungsprinzipien der Marktwirtschaft. Die marktwirtschaftliche Ordnung wegen Unzufriedenheit mit der Verteilung der Einkommen aufs Spiel zu setzen, wäre jedoch keine Alternative. Funktionsbedingung der Ordnung ist, daß der Verteilungsprozeß sich in Formen vollzieht, die die Verteilungsergebnisse davor bewahren, den Zusammenhang mit Leistung und Knappheit zu verlieren (Ziffern 280 ff.).

37*. Anrechnen lassen muß sich der, der Ansprüche an das Sozialprodukt stellt und im Verteilungskampf wirtschaftliche Macht einsetzen kann, ein zumutbares Inflationsrisiko; er darf in seiner Forderung nicht ein höheres Maß an Geldentwertung antizipieren, als jeweils für unvermeidlich zu halten ist. Des weiteren darf der etwa in der Lohnpolitik zu fordernde Inflationsausgleich auch nicht so bemessen sein, daß darin ein Ausgleich für Preiserhöhungen begehrt wird, die auf der politischen Entscheidung einer demokratisch legitimierten Instanz beruhen. Die Bereitschaft, sich bei Einkommensforderungen anrechnen zu lassen, was andernfalls inflationäre Tendenzen verstärken würde, setzt allerdings Vertrauen voraus, daß solche Zurückhaltung die eigene Position im Verteilungskampf nicht schwächen wird (Ziffern 363 ff.).

38*. Was die Bereitschaft, sich auf die eigene Einkommensforderung zumutbare Inflationsrisiken und zugedachte Belastungen anrechnen zu lassen, vielleicht am meisten erschwert, ist die Erkenntnis, daß ein stabilitätsgerecht geführter Verteilungskampf die Chance zur Veränderung der Verteilungsrelationen auf das Wenige reduziert, was die mittelfristige Veränderung der Knappheitsverhältnisse zuläßt.

Der Gewinnanspruch ist im Rahmen der vorherrschenden Unternehmensverfassung fast ausschließlich Vorrecht derjenigen, die Kapital einsetzen. Das muß nicht so sein. Auch Arbeitnehmer können unternehmerische Risiken mittragen. Ein vergrößertes Angebot von Risikobereitschaft würde das Entgelt hierfür senken und die personelle Verteilung der Risikogewinne zu ändern erlauben.

Diese Grundgedanken bestimmen den Rahmen für eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer, die in einem Tarifvertrag zu vereinbaren wären. Ein Muster hierfür stellen wir vor (Ziffern 370 ff.).

Revision der Staatstätigkeit

39*. Die Ansprüche, die über den Staat geltend gemacht werden, haben bei uns in der jüngeren Vergangenheit nicht zu jenen gepaßt, die gleichzeitig über den Markt erhoben wurden. Der geringe Erfolg des Staates beim Zurückdrängen privater Ansprüche zeigt wahrscheinlich mehr an als ein einmaliges oder vorübergehendes Unvermögen. Vieles spricht dafür, daß wir uns Grenzen der Abgabenbelastung nähern. So unumgänglich einzelne der sich abzeichnenden zusätzlichen Belastungen sein mögen, wir glauben nicht, daß man sie alle zusammen oder gar noch mehr innerhalb weniger Jahre den privaten Haushalten und Unternehmen zumuten dürfte.

Der Staat muß dies bei der Bemessung der Ansprüche berücksichtigen, die er durchsetzen kann, ohne Wachstum und Stabilität zu gefährden. Die Enge seines Expansionsspielraums zwingt ihn zum ständigen Überprüfen seiner Ausgabenstruktur. Die Revision der Staatstätigkeit ist ein Dauerauftrag der Finanzpolitik. In vielen Bereichen hat sich die Staatstätigkeit in einem Maße ausgeweitet, daß die Formel von der Unterversorgung mit öffentlichen Gütern nicht schlechthin gerechtfertigt erscheint (Ziffern 333 ff.).

40*. Im Zentrum der Kritik an den Staatsfinanzen steht der steigende Personalaufwand. Der große finanzielle Aufwand, der mit der staatlichen Umverteilungspolitik verbunden ist, zwingt auch bei den Übertragungen zur Revision. Eine umfassende Enquête wäre erwünscht, in der die vielfältigen Einflüsse der Staatstätigkeit auf die Verteilung des Wohlstands untersucht werden (Ziffer 343).

41*. Die Zweifel an einer rationellen Wirtschaftsführung im Staatssektor erstrecken sich nicht zuletzt auf die öffentlichen Unternehmen, insbesondere auf die Deutsche Bundesbahn. Die Bundesbahn entwickelt ein Programm, das eine Konzentration im Streckennetz und in der Leistungsstruktur, moderne Verfahren der Leistungserstellung, eine Neuorientierung in der Absatzpolitik und eine innerbetriebliche Reorganisation vorsieht. Unumgänglich erscheint, den betriebswirtschaftlichen Sanierungsplan der Bundesbahn in ein gut vorbereitetes verkehrs- und regionalpolitisches Konzept einzubringen. Hierfür ist die Bundesregierung zuständig. Wird die politische Durchsetzung der Sanierung nicht genau so sorgfältig geplant wie das, was im Unternehmen Bundesbahn geschehen muß, so besteht wenig Hoffnung, daß der neue Anlauf weiterführt als die früheren (Ziffern 344 ff.).

42*. Für die Haushalte der Sozialversicherungen stellen sich ähnliche Probleme wie für jene der Gebietskörperschaften. Rechtzeitig muß entschieden werden, wie — wenn der Beitragssatz gehalten werden soll — eine Anpassung der Leistungen der Rentenversicherung an den Finanzierungsspielraum zu erreichen ist. Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen, 1960 weniger als 10 Mrd DM, sind bis 1975 beschleunigt auf etwa 60 Mrd DM gestiegen, im letzten Jahr allein um rund 10 Mrd DM. Kein Land, auch das reichste nicht, kann sich bei zunehmenden Staatsaufgaben Versorgungssysteme leisten, deren Konstruktion in dieser Weise zur Verschwendung von Produktivkräften einlädt (Ziffern 350 ff.).

Wachstum und Vollbeschäftigung

43*. Weithin hat sich die Befürchtung ausgebreitet, die Möglichkeiten zur weiteren Mehrung des wirtschaftlichen Wohlstandes seien für dauernd ge-

ring geworden, und auch das Ziel, den Menschen dieses Landes wieder sichere Arbeitsplätze zu verschaffen, sei in weite Ferne gerückt. Der Sachverständigenrat hält diese Befürchtung nicht für ausreichend begründet (Ziffer 293).

44*. Vollbeschäftigung wird sich, mittelfristig gesehen, einstellen, wenn erwartet werden kann, daß diejenigen, die arbeiten wollen, für ihre Arbeit nicht mehr verlangen, als das Ergebnis dieser Arbeit. Der Sachverständigenrat geht nach wie vor davon aus, daß der soziale Konsensus in diesem Lande ausreicht, im Rahmen der Autonomie der Tarifparteien Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, die zu Vollbeschäftigung passen. Auf diesen Konsensus kommt es letztlich vor allem anderen an (Ziffer 295).

45*. So sehr man darauf rechnen mag, daß die Konstitution der deutschen Volkswirtschaft im Grunde nach wie vor gut ist für Wachstum und Beschäftigung, so wenig ist zu bestreiten, daß es seit einiger Zeit nicht genug Entscheidungen gibt, mit denen hierauf gesetzt wird, Entscheidungen für Investitionen also. Die Investitionen sind von zentraler Bedeutung für die Beschäftigungschancen in der Zukunft. Selbst vergleichsweise hohe Investitionen gewährleisten jedoch keine Vollbeschäftigung, wenn das Lohnniveau zu hoch ist. Aber auch umgekehrt: Weil die Entwicklung der Kapitalintensität, wie wir sie uns nach dem Trend der Vergangenheit vorstellen mögen, keineswegs zwangsläufig ist, kann aus einer dauerhaft gesunkenen Investitionsquote allein nicht geschlossen werden, Vollbeschäftigung könne nur bei einem bestimmten Wiederansteigen der Investitionsquote zurückgewonnen werden (Ziffern 298 ff.).

46*. Die Beschäftigungsfolgen einer unzureichenden Investitionsneigung aufgrund einer Politik der forcierten Lohnsteigerung treten nicht sofort ein. Es ist der Mangel an Unmittelbarkeit im Zusammenhang zwischen Lohnniveau und Beschäftigungsniveau, der immer wieder die Vorstellung begünstigt, es genüge, den Einkommenskreislauf ausreichend aufzublähen, um trotz forcierter Lohnsteigerungen ausreichende Investitionen und Vollbeschäftigung zu haben. Das Blendwerk einer bloß kurzfristig angelegten Kreislaufarithmetik verführt allerdings zur Selbsttäuschung (Ziffer 308).

47*. Nächst den Lohnerwartungen sind es die staatlich bestimmten Faktoren, denen für die Gewinnerwartungen der Investoren das größte Gewicht zukommt. Die Wachstumsprobleme erwachsen daraus, daß der marktwirtschaftliche Bereich nur in Grenzen mit einer steigenden staatlichen Abgabenlast überzogen werden kann, wenn die Antriebskräfte des Systems nicht gelähmt werden sollen. Weniger berührt vom Ausmaß staatlicher Abgaben und Ausgaben ist das Vollbeschäftigungsziel (Ziffer 309).

Mehr Strukturpolitik?

48*. Entgegenzutreten ist der Forderung nach einer umfassenden Strukturpolitik des Staates. Aufgabe der Strukturpolitik kann es nicht sein, konjunkturelle Prozesse zu beeinflussen oder deren Folgen abzuwenden. Aufgabe der Strukturpolitik kann es auch nicht sein, sektorale und regionale Strukturen nach Plan zu schaffen.

Dies wird vor allem von denen verkannt, die einer Lenkung der Investitionen durch den Staat das Wort reden. Mit einer Investitionslenkung wird die marktwirtschaftliche Ordnung in ihrem Lebensnerv getroffen. Die Technik, die dabei gewählt wird, ist im Vergleich zu diesem Grundtatbestand ein zweitrangiges Problem (Ziffern 291 f.).

Spielraum von Produktion und Beschäftigung

49*. Infolge des starken Rückgangs der Investitionstätigkeit hat der jährliche Zuwachs des Anlagenbestandes der Unternehmen auf unter 4 vH im Jahre 1975 abgenommen, in den nächsten beiden Jahren wird er noch niedriger sein. Wegen der abnehmenden Kapitalproduktivität läßt sich für die nächsten Jahre nur ein Potentialwachstum von 2½ vH bis 3 vH voraussehen. Soll der Kapitalstock in drei Jahren wieder mit einer Rate von 4 vH zunehmen, so müssen die Bruttoanlageinvestitionen von 1976 an jährlich um 8 vH steigen (Ziffer 324).

50*. Obwohl damit die Produktionskapazitäten weniger als im langfristigen Durchschnitt wachsen (4½ vH), kann die Zunahme der Produktion eine Weile über diesen Durchschnitt hinausgehen, da von den vorhandenen Kapazitäten derzeit 9 vH brach liegen. Soll die Unterauslastung binnen dreier Jahre beseitigt sein, so muß das reale Sozialprodukt jährlich um 5½ vH bis 6 vH steigen. Sieht man dafür 5 Jahre vor, so ist ein jährlicher Anstieg von 4½ vH bis 5 vH erforderlich (Ziffer 328).

51*. Die Vorstellung, daß die Bundesrepublik schon aus Gründen eines „strukturellen Nachfragemangels" mit einer Periode fortdauernd erhöhter Arbeitslosigkeit rechnen müsse, scheint uns wenig überzeugend, wobei wie immer unterstellt ist, die Arbeitskräfte wären mit einem marktgerechten Lohn einverstanden (Ziffer 330).

Die Aussichten für 1976

52*. Im Spätsommer 1975 dürfte in den westlichen Industrieländern der Tiefpunkt der Rezession erreicht worden sein. In den Vereinigten Staaten hat schon ein kräftiger Aufschwung eingesetzt; auch Japan, Kanada und die Bundesrepublik sind auf dem Wege aus der Talsohle. In Frankreich gehen Nachfrage und Produktion nicht mehr zurück, während in Italien und Großbritannien, ebenso wie in den meisten kleineren europäischen Ländern, der Abschwung noch anhält. Im Jahr 1976 kann mit einem Anstieg des Welthandelsvolumens in der Größenordnung von 6 vH (1975: −7 vH) gerechnet werden (Ziffern 246 ff.).

In der Bundesrepublik scheint der lang erwartete Aufschwung in greifbare Nähe gerückt. Wenn eine

Prognose für das Jahr 1976 dennoch mit erheblichen Risiken behaftet ist, so nicht wegen eines Zweifels an der Wende. Unklarheit besteht vielmehr über Verlauf und Stärke der Aufwärtsbewegung. Unserer Erwartung entspricht ein Konjunkturaufschwung, der sich zunächst nur zögernd entfaltet, aber im Verlauf des Jahres 1976 an Kraft gewinnt. Wir gehen hierbei davon aus, daß die wirtschaftspolitischen Instanzen ihren auf Stützung der Beschäftigung und Stabilisierung des Preisniveaus gerichteten Kurs fortsetzen (Ziffern 255 ff.).

53*. Unsere Erwartung eines baldigen konjunkturellen Aufschwungs stützt sich vor allem darauf, daß die Entwicklung der Weltkonjunktur wieder zuversichtlich einzuschätzen ist. Die Auslandsnachfrage hat sich in den letzen Monaten bereits spürbar belebt. Damit ist ein wichtiges Hindernis beseitigt, das bislang einer Entfaltung der binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte im Weg gestanden hatte. Insgesamt rechnen wir schon in den nächsten Monaten mit einer beschleunigten Zunahme der Ausfuhr. Im Jahresdurchschnitt wird das Exportvolumen um 7 vH bis 8 vH höher sein als 1975. Die deutsche Ausfuhr wird also, wie in früheren Jahren, stärker steigen als der Welthandel.

54*. Erweist sich unsere Einschätzung der Exportkonjunktur als zutreffend, so dürfte das eine spürbare Verbesserung des Investitionsklimas nach sich ziehen. Zwar sind die freien Kapazitätsreserven der Unternehmen groß, die Erwartungen unsicher, ihre Investitionspläne zurückhaltend. Aber wie in früheren Aufschwungsphasen dürften auch diesmal die Pläne nach oben revidiert werden. Niemals zuvor hat eine Belebung der Investitionskonjunktur erst aus einer Situation befriedigender Kapazitätsauslastung heraus begonnen.

Für die realen Ausrüstungsinvestitionen rechnen wir im Jahresdurchschnitt 1976 mit einer Zunahme von rund 6 vH, das bedeutet im Jahresverlauf einen verhältnismäßig kräftigen Anstieg. Da im Baugewerbe der Anpassungsprozeß der Produktion an das niedrige Nachfrageniveau inzwischen weitgehend abgeschlossen zu sein scheint, rechnen wir damit, daß auch das Volumen der Bauinvestitionen wieder steigen wird, und zwar um insgesamt 4½ vH. Spürbare Impulse für die Konjunktur erwarten wir von einer Verstärkung des Lageraufbaus.

55*. In Teilbereichen des privaten Verbrauchs gibt es bereits sehr deutliche Anzeichen für eine Zunahme, doch ist nicht sicher, ob sich darin schon die Belebung der Verbrauchskonjunktur auf breiter Front ankündigt. In unserer Rechnung haben wir einen Anstieg der Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte um 8½ vH angesetzt. Unter der Annahme, daß sich der Preisanstieg weiter abschwächen wird, bedeutet dies eine Zunahme des realen Verbrauchs um 3 vH, nach 2 vH im Jahre 1975.

56*. Bei der zugrunde gelegten Entwicklung der einzelnen Nachfrageaggregate rechnen wir für das reale Sozialprodukt mit einer Zuwachsrate von rund 4½ vH. Eine höhere, aber auch eine geringere Rate halten wir zwar für möglich; doch entsprechen sie nicht unserer besten Setzung.

Mit fortschreitender Produktionsbelebung wird zwar der Auslastungsgrad der Sachkapazitäten rasch wieder steigen, die Zahl der Beschäftigten zunächst aber kaum zunehmen. Wie immer im Aufschwung können die Unternehmen die Produktion mit den vorhandenen Arbeitskräften erheblich steigern. In den kommenden Monaten wird die Zahl der Arbeitslosen aus saisonalen Gründen sogar noch einmal deutlich zunehmen. Die Saisonarbeitslosigkeit wird im Frühjahr rasch wieder abgebaut werden. Am Jahresende 1976 wird die Zahl der Arbeitslosen beträchtlich niedriger sein als Ende 1975; im Jahresdurchschnitt wird sie jedoch mit rund einer Million den Jahresdurchschnitt 1975 nur wenig unterschreiten.

57*. Für den Staat ergibt sich bei der angenommenen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wieder eine merkliche Zunahme seiner Einnahmen. Das Steueraufkommen wird nach unserer Schätzung 257 Mrd DM betragen. Einschließlich der stark steigenden Gebühren und der sonstigen Einnahmen werden den Gebietskörperschaften 315 Mrd DM zufließen. Bei einem Ausgabevolumen von 390 Mrd DM, das unserer Prognose zugrundeliegt, wird das Finanzierungsdefizit mit 75 Mrd DM nicht viel hinter dem des Jahres 1975 zurückbleiben. Nur von einem Teil dieses Defizits gehen expansive Impulse aus; nach dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts steht hierfür ein Betrag von 30 Mrd DM.

Expansion und Konsolidierung zugleich

58*. Man kann nicht erwarten, daß die Fehlentwicklungen, die aus einem längeren Zeitraum in der Vergangenheit erwachsen sind, mit einigen Handgriffen der Wirtschaftspolitik abgestellt werden können. Sie wirken vielmehr in die Zukunft hinein und erschweren den Aufstieg aus dem Konjunkturtal. Deshalb ist es wichtiger denn je, daß Klarheit darüber geschaffen wird, wie es um die Aussichten auf mittlere Frist bestellt ist. Je mehr die Wirtschaftspolitik glaubhaft machen kann, daß trotz der noch notwendigen weiteren Anstrengungen zur Überwindung der Krise die Weichen für dauerhafte Stabilität, hohen Beschäftigungsstand und befriedigendes Wachstum gestellt sind, desto eher wird die private Wirtschaft ihre Chancen nutzen, die bei der zu erwartenden Belebung des Welthandels dann mittelfristig bestehen. Daß die gegenwärtige Skepsis von Unternehmern und Arbeitnehmern, der Investoren und Konsumenten also, einem Vertrauen in die Zukunft weicht, ist nicht leicht zu erreichen; davor steht noch die Barriere, daß im beginnenden Aufschwung erhebliche Kosten der Krise fortlaufend anfallen, die den Schuldenberg des Staates erhöhen und die zukünftige Zinslast vergrößern.

59*. Konjunkturpolitik heißt deshalb in der heutigen Situation nicht nur stetige Geldmengensteuerung, expansive Finanzpolitik und zurückhaltende Lohnpolitik, sie heißt auch Konsolidierung der

Staatshaushalte. Die konjunkturpolitische Devise lautet also: Expansion und Konsolidierung zugleich. Jedermann muß sofort oder mindestens bald hinter den sich auftürmenden Schulden des Staates erkennen können, daß ein solides Konzept der Konsolidierung vorhanden ist, mit dessen Verwirklichung sogleich begonnen wird und das in einem überschaubaren Zeitraum abgeschlossen werden kann. Die Konsolidierung darf zudem nicht nur als ein einmaliger Kraftakt erscheinen, nach dessen Abschluß die Muskeln wieder erschlaffen; vielmehr muß mit der Konsolidierung die Basis für eine dauerhaft ausgewogene Entwicklung der Staatsfinanzen hergestellt sein.

60*. Der Staat muß einen Wechsel ausstellen, den andere nur akzeptieren, wenn ihnen glaubhaft gemacht wird, daß der Wechsel bei Fälligkeit eingelöst werden kann. Das Geld braucht der Staat jetzt, um die Unterbeschäftigung zu bekämpfen. Seine Zahlungsfähigkeit kann er nur durch Planungen unter Beweis stellen, die zeigen, daß er später erheblich zurückstecken wird, damit die, die er jetzt durch seine Nachfrage zu Ausgaben, vor allem für Investitionen, anregt, später auch die Früchte ihres heutigen Tuns ernten können und diese nicht, oder nur zu einem erträglichen Teil, an den Staat abführen müssen. Damit wieder mehr investiert wird, muß aus den kommenden Lohnverhandlungen das Vertrauen der Unternehmer erwachsen, daß sie in Zukunft mit angemessenen Gewinnen rechnen können, wenn sie Risikokapital erfolgreich investieren. Je mehr alle darauf vertrauen, daß die jeweils anderen in Zukunft einlösen werden, was sie jetzt versprechen oder zu erkennen geben, desto eher und desto leichter wird sich der Aufschwung durchsetzen können (Ziffern 393 ff.).

Was für die Expansion zu tun ist

61*. Die Wirtschaftspolitik soll im Jahre 1976 dem Aufschwung Raum geben, ohne daß die Tendenzen zur Beruhigung des Preisauftriebs behindert werden. Hinzunehmen hat sie allenfalls solche Preissteigerungen, die sich auch bei Stabilisierung des inländischen Kostenniveaus nicht vermeiden lassen, ohne die Beschäftigung zusätzlich zu beeinträchtigen. Mit einem gewissen Preisanstieg ist schon deswegen zu rechnen, weil ausländische Produkte wieder teurer werden. Auf der Verbraucherstufe kommt die weitere Anhebung der administrativen Preise hinzu. Außerdem klingt bei den Nahrungsmitteln der angebotsbedingte Preisauftrieb erst allmählich ab. Bei der Schätzung des unvermeidlichen Preisanstiegs gehen wir jedoch davon aus, daß die Agrarpreisbeschlüsse in der Europäischen Gemeinschaft in ihren Auswirkungen auf die Bundesrepublik die Preisstabilisierung nicht behindern. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß wegen der langen Gewöhnung an die Inflation eine Rückgewöhnung an die Preisstabilität ebenfalls längere Zeit erfordert. Sollen neue Beschäftigungsrisiken nicht entstehen, so wird die Preissteigerungsrate auf der Verbraucherstufe von gegenwärtig fast 6 vH zwar allmählich weiter sinken, bis Ende 1976 aber vermutlich nicht unter 4 vH bis 4 ½ vH. Berücksichtigt man, daß das Preisniveau am Ende des Jahres 1975 bereits um gut 2 ½ vH über dem Jahresdurchschnitt 1975 liegen wird (Überhang), so ist es für unvermeidlich, aber auch für erreichbar zu halten, daß das Niveau der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 1976 um 5 vH über dem des Vorjahres liegen wird. Der Preisindex des Bruttosozialprodukts dürfte dann um 4 vH höher sein als 1975.

62*. Weit mehr Unsicherheit als bei der Preisentwicklung herrscht darüber, wie sich die Auslandsnachfrage, die von dieser nicht unabhängigen Investitionen und auch der private Verbrauch entwikkeln werden. Die Wirtschaftspolitik ist aufgerufen, unter Vermeidung des Risikos zunehmender Inflation die Nachfrage weiterhin zu beleben und dadurch, aber auch darüber hinaus, den hohen Stand der Arbeitslosigkeit abzubauen. Sie kann diesen Aufgaben nur in unterschiedlichem Maße gerecht werden.

— Zur Belebung der Investitionen kann wenig direkt, viel aber indirekt getan werden. Am meisten erhoffen wir uns davon, daß ein tragbarer Kompromiß in der Lohnpolitik gefunden wird, der auf die Zukunft zu setzen erlaubt.

— Für die Erholung der Auslandsnachfrage, die ihrerseits zur Belebung der Investitionen beitrüge, kann die Wirtschaftspolitik nicht allzuviel tun. Hilfreich wäre eine Abstimmung des konjunkturpolitischen Verhaltens, insbesondere innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, vorausgesetzt, daß dadurch das stabilitätspolitische Ziel nicht in Gefahr gerät.

— Zu einem stärkeren Abbau der Arbeitslosigkeit kann es erst kommen, wenn die zunehmende Nachfrage die Produktion auf breiter Front stimuliert. Sein anfängliches Tempo wird wesentlich davon bestimmt, ob und in welchem Maße die Unternehmen schon zusätzliche Arbeitskräfte einstellen werden, bevor die Produktivitätsreserven bei gegebenem Beschäftigtenstand weitgehend ausgeschöpft sind. Hiervon wird es dann abhängen, wieviel dem Staat zur Milderung der Arbeitslosigkeit noch zu tun bleibt.

— Den privaten Verbrauch anzuregen, ist nicht leicht, solange die Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung und über die zukünftige Lage am Arbeitsmarkt anhält. Direkte, vorübergehend das verfügbare Einkommen erhöhende Maßnahmen würden möglicherweise mehr dem Sparen als dem Konsum zugute kommen. Für den privaten Verbrauch ist dann am besten gesorgt, wenn wieder Vertrauen in die zukünftige Entwicklung geschaffen wird. Gelingt dies, mag es durchaus sein, daß die privaten Verbrauchsausgaben kräftiger anziehen, was wiederum positive Rückwirkungen auf die Investitionsneigung hätte.

63*. Entwickelt sich die Auslandsnachfrage weiter rasch aufwärts und weicht im Inland die Skepsis der Zuversicht, daß der Staat seine mittelfristigen

Probleme im Aufschwung meistern wird, ohne dabei die privaten Aktivitäten zu beeinträchtigen, so könnte ein kräftiger Aufschwung die Folge sein. Ein Anstieg im Auslastungsgrad des Produktionspotentials, das um 2½ vH wachsen wird, von 88½ vH im Durchschnitt des Jahres 1975 auf 92 vH im Jahre 1976 hielten wir unter günstigen Umständen nicht für ausgeschlossen. Die Preise brauchten dabei nicht um mehr zu steigen, als wir für unvermeidlich halten. Die gesamtwirtschaftlichen Ausgaben würden dann um 10 vH zunehmen müssen. Der Aufschwung mit einer Steigerung des realen Bruttosozialprodukts in Höhe von 6 vH wäre dann zwar kräftig, aber noch stabilitätskonform. Es wäre also nicht zu befürchten, daß in einer Wirtschaftspolitik, die diesen Aufschwung zuläßt, bereits wieder eine spätere Abweichung von den wirtschaftspolitischen Zielen angelegt wäre.

Das heißt freilich nicht, ein Zuwachs von 6 vH des Bruttosozialprodukts bei gleichzeitiger Dämpfung des Preisniveauanstiegs sei für die Wirtschaftspolitik auf jeden Fall machbar, ein Abweichen nach unten könne also nur auf wirtschaftspolitischen Kunstfehlern beruhen. Vielmehr muß das Ziel bescheidener ausfallen, wenn sich die Auslandsnachfrage nur zögernd und mit Unterbrechungen erholt und wenn die Investoren und Verbraucher noch längere Zeit skeptisch bleiben. Zwar brauchen auch dann die Preise nicht schneller zu steigen; der Anstieg des realen Sozialprodukts wird aber niedriger angesetzt werden müssen, auch wenn alles volkswirtschaftlich Vertretbare geschieht, brachliegende Kapazitäten zu nutzen und damit die Arbeitslosigkeit zu mildern.

64*. Nicht alle Politikbereiche sind gleichermaßen geeignet, zur Bewältigung der einzelnen für 1976 gestellten Aufgaben beizutragen. Für jeden Politikbereich gibt es bestimmte Aufgaben, die er mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln am besten erfüllen kann (JG 74 Ziffern 364 ff.).

— Die Geldpolitik muß klar zu erkennen geben, daß sie eine bestimmte Expansion der Zentralbankgeldmenge gewährleisten werde, und zwar eine solche, mit der ein kräftiger, aber noch stabilitätskonformer Aufschwung finanziert werden kann.

— Die Währungspolitik kann sich weitgehend zurückhalten. Im europäischen Floating-Block entscheidet der Gleichschritt der Geldpolitik, nicht die Währungspolitik über dessen Zusammenhalt.

— Die Finanzpolitik soll noch expansiv sein. Auf diese Weise kann sie zwei Aufgaben gleichzeitig erfüllen: Sie stützt, ausgehend von einem hohen Niveau der öffentlichen Ausgaben, 1976 noch einmal die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und leistet zugleich einen Beitrag zur Konsolidierung der Staatsfinanzen. Sie soll aber auch darauf vorbereitet sein, mehr zu tun, falls es nötig wird.

— Die Einkommenspolitik leistet ihren Beitrag, wenn sie der Tatsache Rechnung trägt, daß die mit den Lohnabschlüssen zu Anfang des Jahres 1975 beabsichtigte Korrektur der Verteilung noch aussteht (Ziffern 397 ff.).

Monetäre Politik

65*. Im Herbst vorigen Jahres hat der Sachverständigenrat eine Geldpolitik für 1975 stabilisierungsgerecht genannt, bei der im Verlauf des Jahres die Zentralbankgeldmenge um 8 vH bis 9 vH steigt. Grundlegend dafür, eine solche im vorhinein bestimmte Rate festzulegen, ist der enge Zusammenhang, der zwischen der monetären Expansion und der Steigerungsrate der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben auf mittlere Sicht besteht. Die sinnvolle Orientierungsgröße für die Erweiterung der monetären Basis ist dann — ebenfalls auf mittlere Sicht — das Wachstum des Produktionspotentials unter Berücksichtigung der als unvermeidlich anzusehenden Preissteigerung, gemessen am Preisindex für das Sozialprodukt. Konjunkturelle Bewegungen, das heißt Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials, haben dann ihr monetäres Gegenstück in den Schwankungen der mittleren Kassenhaltungsdauer. Ferner war in Rechnung zu stellen, daß im Aufschwung die verfügbare Zentralbankgeldmenge effizienter genutzt wird, das heißt die mittlere Dauer der Kassenhaltung zurückgehen würde. Hierfür war ein Abschlag vorzunehmen. Aufgrund dieser Überlegungen ergab sich die oben genannte Rate für die Expansion der Zentralbankgeldmenge.

66*. Rückschauend haben wir zu konstatieren, daß der Auslastungsgrad des Produktionspotentials abgenommen, die mittlere Dauer der Kassenhaltung zugenommen hat und der Anstieg des Preisindex für das Bruttosozialprodukt weit höher war, als damals für unvermeidlich gehalten wurde. Diese Erfahrung spricht allerdings nicht dagegen, daß die Bundesbank auch für das nächste Jahr wieder eine Rate vorgibt, um die sie die monetäre Basis zu erweitern beabsichtigt. Bei deren Ermittlung wäre von den gleichen Grundsätzen auszugehen, die im vorigen Jahr hierfür bestimmend waren. Wieder ist das Wachstum des Produktionspotentials die Ausgangsgröße. Hinzu kommt der aus heutiger Sicht für unvermeidbar zu haltende Anstieg des Preisindex für das Bruttosozialprodukt. Noch einmal ist eine Korrektur nach oben deshalb vorzunehmen, weil ein höherer Auslastungsgrad des Produktionspotentials anzustreben ist. Wie dargelegt, halten wir für richtig, daß der monetäre Spielraum ausreicht, eine Expansion des nominalen Sozialprodukts, also einschließlich unvermeidlicher Preissteigerungen gerechnet, um bis zu 10 vH zu finanzieren. Erneut ist ein Abschlag zum Ausgleich dafür zu machen, daß im Aufschwung das Geld in den Kassen häufiger umgesetzt werden wird; das kann bei der gegenwärtigen hohen mittleren Dauer der Kassenhaltung recht viel bedeuten. Nimmt man dies alles zusammen, so läßt sich nach unserer Schätzung für den Jahresdurchschnitt 1976 auf einen Zuwachs der Zentralbankgeldmenge gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1975 in Höhe von knapp 8 vH plädieren. Was dies allerdings für die Verlaufsrate im Jahre 1976 bedeutet, über die der Zentralbankrat nach seinem Urteil zu entscheiden hat, hängt davon ab, wie sich die Zentralbankgeldmenge bis Ende 1975 noch entwickelt.

67*. Die gleichen Gründe wie im vorigen Jahr sprechen dafür, daß die Bundesbank nicht nur wieder sich selbst eine solche Rate vorgibt, sondern daß sie diese auch wieder öffentlich bekanntmacht. Den Unternehmern als Produzenten und Tarifpartner, den Gewerkschaften, den Banken und nicht zuletzt dem Staat wird damit deutlich gemacht, daß die Bundesbank einen kräftigen Aufschwung zu finanzieren bereit ist, jedoch nicht mit Hilfe zusätzlicher Inflation.

68*. Gegenwärtig herrscht vielfach noch große Skepsis, ob die monetäre Politik mit einer Ausweitung der Zentralbankgeldmenge um knapp 8 vH im Jahresdurchschnitt 1976 gegenüber 1975 den Aufschwung finanzieren kann, wenn zugleich der Staat die Kreditmärkte in etwa gleichem Ausmaß in Anspruch nimmt wie in diesem Jahr. Es wird befürchtet, daß er durch seine massive Kreditaufnahme den Unternehmen bei steigenden Zinsen die Mittel vorenthält, welche diese für die Finanzierung von zusätzlichen Investitionen benötigen, zumal wenn die privaten Haushalte mit zunehmender Ausgabenneigung weniger Ersparnisse zur Verfügung stellen. In einer Beispielssammlung haben wir deutlich gemacht, daß die These, ein unserer Prognose entsprechender Aufschwung könne wegen der hohen Staatsverschuldung nicht finanziert werden, nicht begründet ist. Nicht in unserer Modellrechnung zu den Finanzierungsströmen des kommenden Jahres berücksichtigt ist dabei das, was an ungenutztem Finanzierungspotential gleichsam noch in den Beständen steckt, mit denen man das Jahr 1976 beginnt. Ein Teil der heutigen großen Kassenbestände wird für die Kreditgewährung, ein Teil der großen Spareinlagen für den Kauf von Wertpapieren zur Verfügung stehen, sobald sich die Erwartungen auf einen konjunkturellen Aufschwung bei weiter abnehmenden Geldentwertungsraten konsolidiert haben. Zu Recht kann man davon sprechen, daß es sehr große Beträge im Vorhof des Kapitalmarktes gibt (Ziffern 402 ff.).

Währungspolitik

69*. Gegenüber den Mitgliedern des Blocks der gemeinsam floatenden Währungen gibt es keine währungspolitischen Probleme im eigentlichen Sinne. Die Regeln, wann und in welcher Höhe zugunsten einzelner Währungen interveniert werden muß, liegen fest. Das unterschiedliche Maß der geldpolitischen Lockerung in den einzelnen Ländern hat bisher zu keinen nennenswerten Schwierigkeiten geführt. Freilich ist die Sorge nicht behoben, daß es, vielleicht schon im nächsten Jahr, zu erneuten Spannungen kommen könnte.

70*. Was die Währungspolitik gegenüber dem Dollar anlangt, sind Bestrebungen im Gange, die Wechselkurse stärker zu stabilisieren. Hier ist Vorsicht geboten. Es kommt ganz darauf an, was mit festeren Bindungen gemeint sein soll. Zufallsschwankungen von Tag zu Tag zu glätten, ist weitgehend eine Selbstverständlichkeit und bleibt deshalb hier außer Betracht. Eher kann schon gemeint sein, daß die Wechselkurswirkungen von Änderungen in den Zinsdifferenzen vermieden werden sollen. Soweit es hier nur darum geht, daß überflüssige Unruhe auf dem Devisenmarkt vermieden wird, die beim Handeln des einen entsteht, obwohl der andere ohnehin alsbald das gleiche getan hätte, ist dagegen wohl kaum etwas einzuwenden. Anders sähe es im Falle einer Koordinierung der Zinspolitik aus. Dieses wäre mit dem geldpolitischen Konzept der Bundesbank nicht zu vereinbaren, da eine Mengensteuerung keine Zinsfestlegung aus anderen Gründen verträgt (Ziffern 417 ff.).

Finanzpolitik

71*. Die Gebietskörperschaften haben seit Anfang der siebziger Jahre nicht zuletzt in der Absicht, Reformen zu verwirklichen, ihre Haushalte weit stärker ausgedehnt, als sich auf längere Zeit durch zusätzliche Steuereinnahmen als stabilitätskonform finanzierbar erwies. Der Staat steht jetzt vor der Aufgabe, die über ihn laufenden Ansprüche anzupassen. Vorstellungen über den Konsolidierungsbedarf, die sich allein am Defizit der öffentlichen Haushalte orientieren, das 1975 rund 78 Mrd DM beträgt, sind überzogen. Denn ein Teil des Defizits wird automatisch abgebaut, wenn die Konjunktur wieder an Schwung gewinnt. So kommt es nicht mehr zu konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen (1975: 18 Mrd DM), wenn das Produktionspotential wieder normal ausgelastet wird. Auch die konjunkturbedingten Ausgaben für die Sonderprogramme und für Finanzhilfen an die Bundesanstalt für Arbeit (1975: 10 Mrd DM) werden dann entfallen sein. Insgesamt beträgt nach unseren Berechnungen der konjunkturbedingte Teil des gegenwärtigen Haushaltsdefizits knapp 28 Mrd DM. Auch nicht konsolidiert zu werden braucht der Teil des Defizits, der sich daraus ergibt, daß der Staat stets einen Teil der öffentlichen Ausgaben durch Kredite finanziert hat. Daran sind die Privaten gewöhnt. Für 1975 haben wir dafür einen Betrag von $16^1/_2$ Mrd DM angesetzt. Der nach Abzug dieser Posten verbleibende Teil des Defizits ($33^1/_2$ Mrd DM) ist konsolidierungsbedürftig. Wir bezeichnen ihn als strukturelles Defizit.

72*. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sollte dann abgeschlossen sein, wenn der sich abzeichnende Aufschwung zu einer normalen Auslastung der Kapazitäten geführt hat. Nicht unrealistisch erscheint, daß dieses Ziel 1978 erreicht wird. Bis dahin hätte die Finanzpolitik das strukturelle Defizit zu beseitigen, also dafür zu sorgen, daß sich die öffentlichen Haushalte 1978 wieder auf einem konjunkturneutralen Pfad befinden.

73*. In einer Beispielsrechnung wollen wir aufzeigen, wie sich die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vollziehen könnte, wenn man vorstehende Überlegungen verknüpft mit einem Satz konkreter Vorstellungen.

Dabei gehen wir für die nächsten drei Jahre von einem jährlichen Wachstum des Produktionspotentials von $2^1/_2$ vH sowie von einem unvermeidbaren

Preisanstieg von 3 vH im Jahr aus und nehmen ferner an,

— daß von der Rentenversicherung in den nächsten Jahren keine zusätzlichen Belastungen auf die Versicherten zukommen, eine allfällige Konsolidierung hier also auf anderem Wege erreicht wird,

— daß von den gesetzlichen Krankenversicherungen alle Chancen der Kosteneindämmung genutzt werden, so daß zusätzliche Belastungen, wie sie ernstzunehmenden Schätzungen zufolge unter ungünstigen Umständen drohen, ausgeschlossen werden können,

— daß die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, wie geplant, Anfang 1976 um einen Prozentpunkt angehoben werden,

— daß unter der Bedingung einer solchermaßen programmierten Konsolidierung des Bereichs der Sozialversicherungen ein Konsensus gefunden wird, die volkswirtschaftliche Steuerquote in den kommenden Jahren wieder auf 24 vH ansteigen zu lassen, auf den Wert also, der vor der Steuer- und Kindergeldreform bereits erreicht war.

Damit stünde dem Staat aus Steuererhöhungen ein Konsolidierungsspielraum von 12 Mrd DM bis 13 Mrd DM zur Verfügung (Ziffern 422 ff.).

74*. Unter der Annahme, daß dieser Spielraum voll ausgenutzt wird, errechnen wir ein Ausgabevolumen von 410 Mrd DM für den „strukturell ausgeglichenen" öffentlichen Gesamthaushalt im Jahr 1978. Bezogen auf die Ausgaben für 1975 bedeutet das eine durchschnittliche jährliche Zunahme von 3 1/2 vH; läßt man die konjunkturbedingten Mehrausgaben dieses Jahres außer Betracht, so ergibt sich eine Zuwachsrate für die normalen Staatsausgaben von durchschnittlich 4 1/2 vH. Auch zur Finanzierung dieses strukturell ausgeglichenen Haushalts werden die Gebietskörperschaften freilich nach wie vor Kredite aufnehmen, allerdings nur noch im Ausmaß der dauerhaften potentialorientierten Kreditaufnahme, die wir für 1978 auf 20 Mrd DM veranschlagen.

75*. Im Jahr 1976 muß die Finanzpolitik die gesamtwirtschaftliche Nachfrage weiter stützen und gleichzeitig den Abbau der strukturellen Defizite einleiten, da ein Konsolidierungskonzept nur dann glaubwürdig sein wird, wenn Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben nicht nur für Jahre im voraus angekündigt, sondern auch unmittelbar in Angriff genommen werden. Eine nur mäßige Ausgabensteigerung steht nicht im Widerspruch zu den konjunkturellen Erfordernissen, denn die Staatsausgaben haben 1975 ein Niveau erreicht, von dem aus auch bei einer nur geringen Zunahme bereits umfangreiche konjunkturanregende Impulse ausgehen.

76*. Auch bei einer im Vergleich zu 1975 weniger expansiven Finanzpolitik wird das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts mit voraussichtlich 75 Mrd DM nur um 3 Mrd DM geringer ausfallen als in diesem Jahr. Dies braucht nicht zu beunruhigen. Wie wir gezeigt haben, ist in dem Rahmen, den die Geldpolitik für die monetäre Expansion vorgeben sollte, Platz für die Kreditwünsche sowohl der Privaten als auch des Staates. Das befreit die Schuldenpolitik der öffentlichen Hand allerdings nicht von der Notwendigkeit, sich den Bedingungen anzupassen, zu denen Kapital angeboten wird.

77*. Daß das Defizit 1976 nur wenig geringer als in diesem Jahr sein wird, darf nicht zu dem Fehlschluß verleiten, der Staat komme auf dem Wege zur Konsolidierung seiner Haushalte nicht voran. Konsolidierungsbedürftig ist nur das strukturelle Defizit, und dies fällt nach unserer Rechnung für 1976 mit 20 1/2 Mrd DM schon um 13 Mrd DM niedriger aus als im Vorjahr. Vom Volumen her gesehen wird damit ein großer Schritt in die richtige Richtung getan; ob auch an den richtigen Stellen gekürzt wird, ist damit nicht gesagt. Zudem ist nicht sicher, ob Ansprüche nur vorübergehend zurückgedrängt werden, die dann später zu einem hohen Nachholbedarf führen. Viel hängt davon ab, wie ernst der Staat die Aufgabe nimmt, seine Ausgaben kritisch zu überprüfen und Rationalisierungsmöglichkeiten zu nutzen (Ziffern 433 ff.).

Einkommenspolitik

78*. Nach unserem Eindruck sind die Tarifvertragsparteien zu einem für sie selbst und für die Volkswirtschaft tragbaren Kompromiß bereit. Schon 1975 wollten Gewerkschaften und Arbeitgeber den Irrtum über das Überwälzbare, dem sie im Jahr zuvor erlegen waren, nicht wiederholen. Die Tarifparteien haben sich abermals geirrt, doch diesmal über das Verteilbare. Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit sind etwas stärker gestiegen als diejenigen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Die beabsichtigte Korrektur der Verteilung steht also noch aus.

Wie weit die Korrektur gehen muß, kann nicht einfach aus einer gesamtwirtschaftlichen Analyse abgeleitet werden. Dies muß vielmehr von den Tarifvertragsparteien herausgefunden werden.

79*. Löhne bedeuten nicht nur Kosten für die Unternehmen, sondern auch Kaufkraft für deren Produkte. In diesem Jahr wurde der Anstieg der verfügbaren Einkommen durch die Steuer- und Kindergeldreform begünstigt. Das wird weiter wirken. Auch die vom Staat übertragenen Einkommen werden nochmals kräftig steigen, wenn auch weniger als in diesem Jahr. Trotzdem könnte man meinen, eine größere Korrektur der Verteilung würde 1976 dem privaten Verbrauch zu wenig Expansionsspielraum lassen und damit dem Konjunkturaufschwung abträglich sein. Das dürfte nicht zutreffen. Der private Verbrauch muß aus marktgerechten Löhnen kommen, sonst verliert man bei den Investitionen mehr, als man kurzfristig an Einkommen bei der Produktion von Konsumgütern gewinnt. Zudem ist nicht ausgemacht, daß der private Verbrauch bei größeren Lohnsteigerungen für diejenigen, die ihren Arbeitsplatz behalten haben, ebenso steigen würde wie dadurch, daß diese eine geringere Einkommens-

erhöhung hinnehmen, die Ertragsaussichten der Unternehmen damit verbessern und so dazu beitragen, daß wieder mehr investiert wird und wieder mehr Arbeitskräfte beschäftigt werden und die Summe des verfügbaren Einkommens größer ist als sonst. Selbst wenn das verfügbare Einkommen in beiden Fällen das gleiche wäre, so wäre doch im zweiten Fall damit zu rechnen, daß wegen der größeren Sicherheit der Arbeitsplätze die Verbraucher mehr ausgeben als im ersten. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß bei schwächerer Kostensteigerung auch der Preisauftrieb geringer ausfallen kann, so daß mit einer gegebenen Ausgabensumme mehr Güter nachgefragt werden. Freilich gilt aus solchen Gründen nun nicht ohne weiteres durchgehend, daß eine Lohnsteigerungsrate um so besser ist, je niedriger sie ist. Es mag eine optimale Rate geben, bei deren Unterschreiten der günstige Einfluß auf die Investitionen abnimmt, weil die Gewinne, obwohl sie je Produkteinheit steigen, im ganzen doch wieder aus Mangel an kaufbereiter Nachfrage sinken und dies dann auch auf die Gewinnerwartungen durchschlägt. Daß es 1976 dahin kommt, halten wir allerdings für nicht wahrscheinlich.

80*. Für die Bereitschaft, eine größere Korrektur gleich im Jahre 1976 zuzulassen, spricht auch die Unsicherheit über den konjunkturellen Aufschwung. Denn bei gegebenen Lohnsteigerungen muß sich die Korrektur ja dadurch vollziehen, daß der Produktivitätszuwachs in den Unternehmen größer ausfällt als der Anstieg der Reallöhne. Wenn es schlechter kommt, als in der Prognose angenommen, dann wird die Produktivität weniger zunehmen, denn der prognostizierte Produktivitätsanstieg stammt zu einem guten Teil aus der höheren Kapazitätsauslastung. Kommt es dagegen besser, dann würde sich auf diese Weise schon ein um so größerer Teil der notwendigen Korrektur erledigen. Außerdem dürfte es dem sozialen Frieden zuträglicher sein, erledigte man recht viel der Korrektur, solange deren Notwendigkeit unumstritten ist, statt sich auf eine Entwicklung einzustellen, bei der die Arbeitseinkommen über mehrere Jahre beträchtlich langsamer steigen müßten als die Gewinneinkommen (Ziffern 452 ff.).

Varianten

81*. Mit einer Strategie, bei der die monetäre Politik Spielraum für mehr Produktion und Beschäftigung gibt und die Finanzpolitik die Nachfrage stützt, zugleich aber glaubhaft macht, daß die Ansprüche des Staates und der sozialen Gruppen künftig bei besserer Kapazitätsauslastung einander nicht im Wege stehen, schafft die Wirtschaftspolitik zwar die Voraussetzungen für einen möglicherweise kräftigen und noch stabilitätskonformen Aufschwung, sie kann ihn jedoch nicht gewährleisten. Sie muß ihre Entscheidungen vielmehr bei Ungewißheit über den Erfolg treffen. Wahrscheinlich ist, und die Wirtschaftspolitik sollte aus heutiger Sicht darauf setzen, daß sich die Aufwärtsentwicklung, die sich in den letzten verfügbaren Informationen ankündigt, im Jahre 1976 zu einem Aufschwung verstärkt, bei dem die Beschäftigung zwar noch niedrig bleibt aber zunimmt und der Preisauftrieb zwar noch hoch bleibt aber abnimmt. Gleichwohl muß die Wirtschaftspolitik auch vorbereitet sein, wenn es anders kommt, als wir in unserer Prognose angenommen haben, nach der das reale Sozialprodukt um $4^1/_2$ vH höher sein wird als 1975. Wegen der großen Risiken, die insbesondere bei der Vorausschätzung der Auslandsnachfrage und der Investitionen bestehen, sollten Abweichungen von dem, was gegenwärtig unsere beste Setzung ist, nicht unerwartet kommen.

Es könnte sein,

— daß die Belebung der Weltkonjunktur auf sich warten läßt oder daß sie vorzeitig an Kraft verliert, weil die Stabilisierung des Kostenniveaus in den Partnerländern nicht gelingt und die Investitionsnachfrage deshalb nicht nachzieht oder weil die Wirtschaftspolitik mit Rücksicht auf den Geldwert wieder auf Restriktionskurs schaltet,

— daß im Inland die Investitionsneigung noch ganz von Skepsis beherrscht bleibt.

Für diesen Fall muß sich die Wirtschaftspolitik fragen, inwieweit sie dem Aufschwung voranhelfen soll.

Es könnte aber auch sein,

— daß sich die Auftriebskräfte in allen Ländern frühzeitig durchsetzen und sich wechselseitig rasch verstärken,

— daß die Investoren dadurch, aber auch aus anderen Gründen, schneller, als jetzt erwartet wird, wieder Vertrauen in ihre künftigen Absatz- und Ertragschancen fassen.

Für diesen Fall muß sich die Wirtschaftspolitik fragen, inwieweit sie den Aufschwung zügeln soll, damit er sich später nicht zu einem Boom übersteigert.

82*. Sollte in den nächsten Monaten ein anderer Konjunkturverlauf wahrscheinlicher werden, als der, den wir in unserer Prognose zugrunde gelegt haben, so besteht im Interesse der Stetigkeit der Wirtschaftspolitik nicht in jedem Fall auch Anlaß für einen Kurswechsel. Zusätzlicher Maßnahmen bedarf es erst, wenn sich die Aussichten für die Beschäftigung oder für den Geldwert verschlechtern. Um eine Vorstellung davon zu bekommen, ob dies im Jahre 1976 der Fall sein könnte, haben wir unsere Prognose um zwei Varianten ergänzt, die im Bereich dessen bleiben, was aus heutiger Sicht noch als wahrscheinlich gelten kann (Ziffern 462 ff.).

ERSTES KAPITEL
Die Konjunkturlage

TEIL A:
Der internationale Rahmen

I. Weltweite Rezession

1. Das Jahr 1975 stand in den westlichen Industrieländern im Zeichen einer schweren Rezession. Daß sie weit über das bisher in den Nachkriegsjahren gewohnte Maß hinausging, hatte nicht nur konjunkturelle Gründe. Allzu lange hatte die Zuversicht regiert, Vollbeschäftigung sei unabhängig vom Geldwert zu sichern, allzu nachgiebig hatte die Wirtschaftspolitik über die Jahre hinweg steigende Inflationsraten toleriert, und allzu leicht hatte das reichliche Angebot an internationaler Liquidität über Zahlungsbilanzprobleme hinweggeholfen. Die plötzliche Vervierfachung des Preises für Erdöl machte dann schlagartig die Grenzen eines solchen Tuns sichtbar.

Waren bis dahin nur wenige Länder den inflatorischen Auswüchsen durch eine restriktive Wirtschaftspolitik entgegengetreten, so wurde nunmehr auch anderen Staaten bewußt, daß ohne ernsthafte Gegenmaßnahmen die Teuerung noch mehr ausufern würde und die außenwirtschaftlichen Defizite noch bedrohlicher anschwellen müßten. Die Wirtschaftspolitik war daher im Verlauf des Jahres 1974 überall energisch auf Restriktionskurs gegangen. Die Gefahren für die Beschäftigung wurden jetzt hingenommen, auch wenn sich vielfach schon konjunkturelle Abschwächungstendenzen abzeichneten. Zyklische und stabilisierungspolitische Einflüsse verstärkten sich gegenseitig. Im Herbst 1974 kam es zu einem außerordentlich steilen, sich kumulierenden Abschwung, der in die schwerste Rezession der Nachkriegszeit mündete.

2. Daß es dahin kam, beruht zu einem wohl nicht unerheblichen, aber kaum genau abschätzbaren Teil darauf, daß die Vereinigten Staaten, die Bundesrepublik und Japan frühzeitig eine Restriktionspolitik einleiteten, während die anderen Länder damit noch zögerten. Aufgrund dieser Phasenverschiebung konnten die Unternehmen der drei großen Industriestaaten den heimischen Nachfragemangel wenigstens teilweise durch vermehrte Lieferungen an das Ausland ausgleichen. Je mehr das gelang, um so stärker mußte die Binnenkonjunktur gedämpft werden, wenn man die Inflation im Inland unter Kontrolle bringen wollte.

So glaubten die Regierungen dieser Länder noch Mitte 1974, die konjunkturpolitischen Zügel nicht wieder lockern zu dürfen, weil die Inflation noch nicht eingedämmt, die Beschäftigung dagegen noch befriedigend war. Gleichzeitig begannen die anderen Regierungen, die Zügel entschlossen anzuziehen. Dazu mag beigetragen haben, daß ihre Zahlungsbilanzprobleme, die wegen der verteuerten Öleinfuhren ohnehin bereits sehr ernst waren, durch das Drängen amerikanischer, japanischer und deutscher Exporteure auf ihre Märkte verschärft worden waren. Alle Länder vertrauten offenbar darauf, daß die Maßnahmen der jeweiligen Handelspartner so restriktiv nicht sein würden und daß daher die Auslandsnachfrage einen nennenswerten Teil der voraussichtlich ausfallenden Binnennachfrage ersetzen, die Arbeitslosigkeit sich folglich begrenzen lassen würde. Diese Annahmen, die aus der Sicht eines einzelnen Landes sinnfällig sein mochten, in ihrer Gesamtheit aber offensichtlich nicht miteinander vereinbar waren, führten weltweit zu einer Stabilisierungspolitik, deren internationale Wechselwirkungen weit unterschätzt wurden.

3. Die Nachwirkungen der Ölkrise, die hohen Inflationsraten und die Restriktionspolitik führten bei Verbrauchern und Investoren zu einem merklichen Verlust an Vertrauen in die Fähigkeit des Staates, für Stabilität und Vollbeschäftigung zu sorgen. Die Arbeitnehmer fürchteten zunehmend um die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze und hielten sich deshalb mit größeren Anschaffungen zurück; die Sparquote stieg überall stark an. Die Unternehmen dagegen waren bestrebt, angesichts der schwachen Endnachfrage ihre Läger zu räumen, ihre Investitionen aufzuschieben und Arbeitskräfte freizusetzen.

Das reale Sozialprodukt der OECD-Länder, das im mittelfristigen Durchschnitt bisher um jährlich 5 ½ vH zugenommen hatte, stagnierte 1974 und nahm 1975 sogar um fast 2 vH ab. Das Sozialprodukt blieb so 1975 um rund 10 vH hinter dem zurück, was bei normalen Zuwachsraten zu erwarten gewesen wäre; dabei ist berücksichtigt, daß es zuvor weltweit eine konjunkturelle Übersteigerung gegeben hatte. Die tiefste Rezession erlebte Japan, wo das Sozialprodukt seit 1960 jährlich um durchschnittlich 11 vH zugenommen hatte, 1974 aber um 2 vH zurückging und 1975 um weniger als 2 vH anstieg. Kaum weniger nachhaltig nahm die Wirtschaftstätigkeit in den Vereinigten Staaten ab. Das Sozialprodukt sank von Anfang 1974 an drei Halbjahre lang ununterbrochen kräftig; Mitte 1975 lag es um rund 9 vH unter dem

Wert, der dem mittelfristigen Trend entsprochen hätte. Auch die übrigen großen Länder konnten sich dem Abschwung nicht entziehen; dort begann er allerdings erst mit einer Verzögerung von etwa einem Jahr. Nur einige kleinere Länder, wie Norwegen, Schweden und Australien, die keine Restriktionspolitik betrieben hatten, blieben von der allgemeinen Rezession weitgehend verschont.

Die Industrieproduktion ging, wie stets in Abschwungsphasen, überall weit kräftiger zurück als das Sozialprodukt. Im Frühjahr 1975 lag in den Vereinigten Staaten, in Japan und in der Bundesrepublik mehr als ein Viertel der in der Industrie vorhandenen Kapazitäten brach (Schaubild 1). In den übrigen Ländern dürfte die Lage spätestens im Herbst 1975 ähnlich ungünstig geworden sein.

4. Die Arbeitslosigkeit stieg sprunghaft an (Tabelle 1). Im Sommer 1975 waren in den westlichen Industrieländern rund 15 Mio Menschen ohne Arbeitsplatz; überall mußte zunehmend auf Kurzarbeit ausgewichen werden. Insgesamt nahm allerdings die Zahl der Beschäftigten bei weitem nicht so rasch ab wie die Produktionstätigkeit. Dazu hat beigetragen, daß die Regierungen den Unternehmen vielfach durch finanzielle Stützungsmaßnahmen halfen, ihre Belegschaft über die schwierigen Zeiten hinweg zu halten.

5. Trotz der zunehmenden Arbeitslosigkeit kam es 1975 noch überwiegend zu hohen Lohnsteigerungen. Dämpfend wirkten zwar eine gewisse Mäßigung bei neuen Tarifabschlüssen, niedrigere Lohnerhöhungen bei den nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern und der Abbau außertariflicher Lohnbestandteile; außer in der Bundesrepublik und in Japan stiegen die Stundenverdienste aber kaum weniger rasch als im Vorjahr. In vielen Ländern wirkten früher ausgehandelte Lohngleitklauseln nach, in manchen Ländern, so in Italien, erschwerten Mehrjahresverträge eine Anpassung nach unten.

6. Die kräftige Zunahme der Löhne wurde für die Unternehmen nur zu einem Teil dadurch ausgeglichen, daß sie Rohstoffe billiger als im vorigen Jahr beziehen konnten. Unter dem Einfluß monetärer Restriktionen ist es ihnen seit Herbst 1974 vor allem auf den Erzeuger- und Großhandelsstufen nur noch vereinzelt gelungen, die gestiegenen Kosten an die Abnehmer weiterzugeben. In den meisten Ländern gingen die Gewinne 1975 zurück. Die Großhandelspreise, bei denen 1974 noch Zuwachsraten von mehr als 20 vH die Regel waren, blieben 1975 vielfach über Monate hinweg stabil; in Japan, in Frankreich und in der Schweiz sanken sie sogar.

In den beiden letztgenannten Ländern haben dazu allerdings auch die Importpreise beigetragen, die

Tabelle 1

Arbeitslosenquote in ausgewählten Ländern [1])

Land	Durchschnitt						Letzter Monatsstand	
	1971	1972	1973	1974	1975			
					1. Vj.	2. Vj.		
	vH							Monat
Bundesrepublik Deutschland [2])	0,9	1,1	1,2	2,6	5,0	4,5	4,6	Okt
Belgien [3])	2,9	3,5	3,7	4,1	5,9	6,1	6,6	Aug
Dänemark [4])	3,7	3,6	2,5	5,2	12,7	10,4	8,0	Jul
Frankreich [2])	2,1	2,3	2,3	2,9	4,6	4,4	4,7	Aug
Großbritannien [2])	3,4	3,8	2,7	2,7	3,4	3,8	5,4	Aug
Italien [2])	5,4	5,6	5,3	5,1	5,7	5,6	5,6	Jun
Niederlande [2])	1,6	2,7	2,7	3,3	4,8	4,3	4,7	Aug
Vereinigte Staaten [5])	5,9	5,6	4,9	5,6	9,1	8,7	8,2	Aug
Kanada [5])	6,4	6,3	5,6	5,4	8,5	7,3	6,0	Aug
Japan [5])	1,2	1,4	1,3	1,4	2,1	1,8	1,6	Jul
Schweden [5])	2,5	2,7	2,5	2,0	1,8	1,5	1,6	Aug

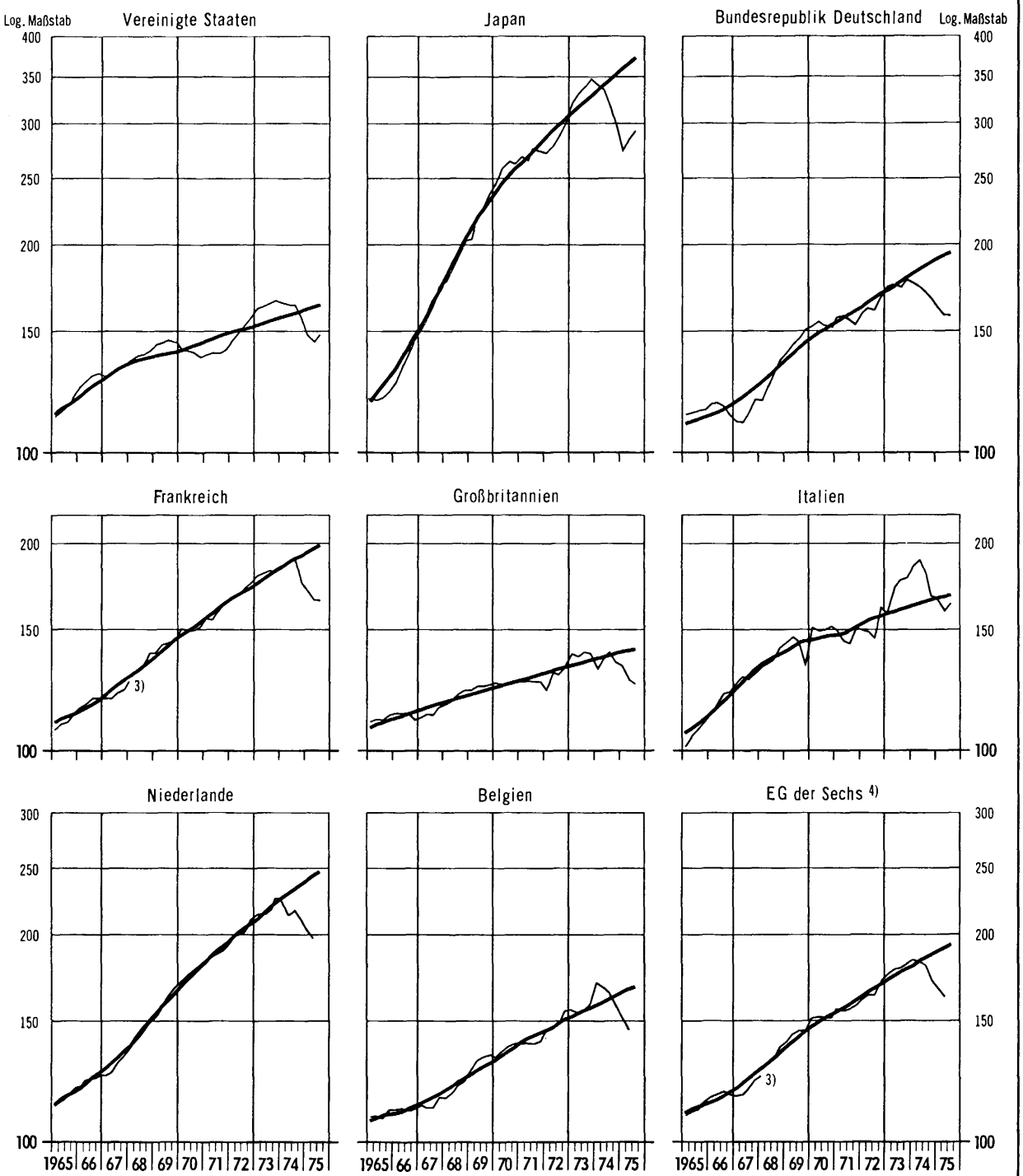
[1]) Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen. Aus methodischen Gründen sind die Zahlen für die aufgeführten Länder untereinander nicht vergleichbar.
[2]) Anteil der registrierten Arbeitslosen an den abhängigen, in einigen Ländern auch allen Erwerbspersonen.
[3]) Anteil der Bezieher von Arbeitslosenunterstützung an den gegen Arbeitslosigkeit Versicherten.
[4]) Anteil der arbeitslosen Mitglieder der gewerkschaftlichen Unterstützungskassen an der Gesamtzahl der Mitglieder.
[5]) Anteil der durch Haushaltsstichproben ermittelten Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen.

Quelle für Grundzahlen: International Labour Office und EG (für Frankreich und Italien)

Schaubild 1

INDUSTRIEPRODUKTION AUSGEWÄHLTER LÄNDER

Saisonbereinigter Verlauf [1] und Trend [2], 1963 = 100



1) Durchschnitte aus saisonbereinigten Monatszahlen, Quelle: OECD. – 2) Trendberechnung nach dem Verfahren der Deutschen Bundesbank; Berechnung für den Zeitraum 1.Vj. 1965 bis 4.Vj. 1973, extrapoliert für 1974 und 1975. – 3) Mai, Juni 1968: Generalstreik in Frankreich. – 4) Gebietsstand vor dem 1.1.1973; zusammengewogen mit den Anteilen am Bruttoinlandsprodukt 1970 (in jeweiligen Preisen und Wechselkursen).

SR 750785

infolge beträchtlicher Aufwertung der Währungen zurückgingen. Auf der Verbraucherstufe schwächte sich der Preisauftrieb in den OECD-Ländern von rund 15 vH im Jahre 1974 auf etwa 10 vH im Jahre 1975 ab; damit blieb die Geldentwertung trotz der tiefen Rezession doppelt so hoch wie im Durchschnitt der sechziger Jahre (Tabelle 2).

Die großen Abstände in den Inflationsraten, die sich 1974 gezeigt hatten, verringerten sich jedoch 1975, klammert man die beiden Sonderfälle Großbritannien und Irland aus.

Konjunkturgleichschritt verzögert Erholung

7. Seit Jahren ist zu beobachten, daß durch die zunehmende Handelsverflechtung (Schaubild 2) der Konjunkturverbund enger geworden ist.

Dem weltweiten Boom, der der jetzigen Rezession vorausging, konnte sich immerhin ein einzelnes Land, wenn auch mit Mühe, dank flexibler Wechselkurse entziehen. Doch mußte seine restriktive Politik vor allem die Binnennachfrage treffen; ein Anschwellen der Exporte war dabei in Kauf zu nehmen.

Schaubild 2

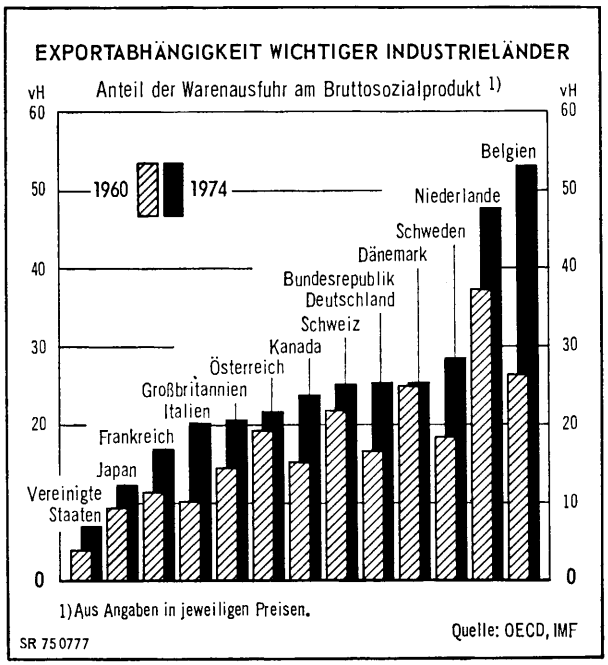


Tabelle 2

Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern [1])

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Land	1960 bis 1969 [2])	1970	1971	1972	1973	1974	1974	1975		
							4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bundesrepublik Deutschland	+2,6	+3,4	+5,3	+5,5	+ 6,9	+ 7,0	+ 6,4	+ 5,9	+ 6,2	+ 6,0
Belgien	+2,9	+4,0	+4,3	+5,5	+ 7,0	+12,7	+16,0	+15,3	+13,5	+11,4
Dänemark	+6,0	+6,4	+5,5	+6,9	+ 9,3	+15,0	+15,2	+12,9	+11,1	+10,2
Frankreich	+3,9	+5,3	+5,5	+5,9	+ 7,3	+13,7	+15,0	+14,0	+12,1	+11,0
Großbritannien	+3,8	+6,4	+9,5	+6,8	+ 9,4	+15,9	+18,4	+20,7	+24,4	+26,3
Irland	+4,4	+8,3	+8,9	+8,7	+11,3	+17,0	+20,0	+23,8	+24,4	+19,0
Italien	+3,8	+5,0	+5,0	+5,6	+10,4	+19,1	+25,8	+23,4	+20,2	+14,8
Luxemburg	+2,3	+4,6	+4,7	+5,2	+ 6,1	+ 9,6	+11,2	+10,7	+10,4	+10,6 [a])
Niederlande	+4,2	+4,4	+7,5	+7,8	+ 8,0	+ 9,6	+10,9	+10,5	+10,3	+10,6
EG der Neun [3])	+3,5	+4,8	+6,1	+6,0	+ 7,9	+12,5	+14,3	+13,9	+13,5	+12,6
Vereinigte Staaten	+2,4	+5,9	+4,3	+3,3	+ 6,2	+11,0	+12,1	+11,0	+ 9,6	+ 8,7
Kanada	+2,6	+3,3	+2,9	+4,8	+ 7,6	+10,9	+12,0	+11,7	+10,5	+11,2
Japan	+5,5	+7,8	+6,3	+4,9	+11,1	+24,5	+23,4	+14,7	+13,6	+11,2
Österreich	+3,5	+4,1	+4,7	+6,3	+ 7,5	+ 9,5	+ 9,6	+ 9,4	+ 8,5	+ 8,8
Schweden	+3,7	+7,0	+7,4	+6,5	+ 6,1	+13,8	+14,5	+10,2	+ 9,0	+11,8 [a])
Schweiz	+3,3	+3,5	+6,6	+6,7	+ 8,7	+ 9,8	+ 8,8	+ 8,0	+ 8,4	+ 6,5

[1]) Aus Angaben in Landeswährung.
[2]) Durchschnittlich jährliche Veränderung.
[3]) Zusammengewogen mit den Anteilen am Privaten Verbrauch 1973 (in jeweiligen Preisen und Wechselkursen).
[a]) August.

Quelle: OECD, SAEG; Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle

In einer weltweiten Rezession hingegen ist ein Alleingang auch bei flexiblen Wechselkursen kaum möglich. Nur wenn sich ein Land als einziges in einer Rezession befindet, hat es gute Aussichten, sich aus dieser Lage mit eigener Kraft zu befreien. Die Aussichten sind um so besser, je mehr seine Wirtschaft mit der des Auslands verflochten ist. Die Unternehmen drängen auf die ausländischen Märkte und unterbieten dort ihre Konkurrenten, weil sie anders die brachliegenden Kapazitäten nicht beschäftigen können. Bei stetiger Geldversorgung sinken die Zinsen. Kapital geht ins Ausland. Der Wechselkurs wird tendenziell gedrückt und erhöht die Exportchancen. Die Finanzpolitik kann diesen Erholungsprozeß dadurch unterstützen, daß sie die Binnennachfrage anregt.

Leidet dagegen die ganze Welt unter Nachfragemangel, wie es 1975 der Fall war, fällt es einem einzelnen Land schwer, die Krise zu überwinden. Es entstehen kaum konjunkturell bedingte Zinsdifferenzen; eine zinsinduzierte Abwertung bleibt aus. Preisliche Wettbewerbsvorteile gegenüber dem Ausland sind schwer zu erringen. Die Rezession läßt sich nur durch gleichgerichtetes Handeln wenigstens einiger großer Länder überwinden.

8. Gegenwärtig befinden wir uns am Ende einer Weltrezession. Seit dem Frühjahr 1975, als das Ausmaß der Rezession in den Industrieländern deutlich wurde, haben die Regierungen den Spielraum zum Gegensteuern genutzt, den die Erfolge im Kampf gegen Inflation und außenwirtschaftliche Defizite gewährten (Ziffer 11). Vor allem die Finanzpolitik versuchte, einem weiteren Rückgang der Beschäftigung entgegenzuwirken. Angesichts der noch immer hohen Inflationsraten weitete die Geldpolitik den Finanzierungsspielraum im allgemeinen nur behutsam aus; die Zinsen gingen überall zurück. Der Grundstein für einen allgemeinen Wirtschaftsaufschwung war damit gelegt. In einigen Ländern hat sich die Konjunktur bereits belebt; der Importbedarf nimmt wieder zu. Die expansiven Impulse, die von der Wirtschaftspolitik ausgehen, werden durch den internationalen Handel verstärkt.

9. Den Vereinigten Staaten kam auch in dieser Rezession eine Schlüsselrolle für die konjunkturelle Erholung in den übrigen Industrieländern zu. Die amerikanische Wirtschaftspolitik hatte im Frühjahr 1975 sehr expansive steuerliche sowie — vorübergehend — auch monetäre Anreize zur Belebung der Konjunktur geschaffen. Zunächst erhöhte sich die Verbrauchsnachfrage. Dies trug entscheidend dazu bei, daß sich die Produktion stabilisierte; in der zweiten Jahreshälfte kam es zu einer raschen Erholung. Die Einfuhren erreichten zwar bei weitem nicht den Umfang des Vorjahres — im ersten Halbjahr 1975 waren sie der Menge nach um 22 vH niedriger als ein Jahr zuvor; sie belebten sich aber zusehends. Dem steilen Anstieg der Industrieproduktion folgten sie allerdings nur verzögert, vor allem wohl, weil sich die Unternehmen mit der Bestellung von Vorprodukten bis in den Herbst 1975 hinein zurückhielten. Da die amerikanischen Importe ein Sechstel der gesamten Importe der Industrieländer ausmachen, belebt ihr Wiederanstieg seit den letzten Monaten des Jahres 1975 die Weltkonjunktur.

10. In Japan wurde der konjunkturelle Tiefpunkt im Frühjahr 1975 erreicht. Wie in der Bundesrepublik erweist sich der Weg aus der Rezession als sehr mühsam. Die Exportaufträge, auf die bedeutende Teile der Volkswirtschaft angewiesen sind, ließen lange auf sich warten.

In den Industrieländern, die später in den Rezessionsstrudel geraten waren, gingen auch in der zweiten Jahreshälfte 1975 Nachfrage und Produktionstätigkeit zumeist noch zurück; die Arbeitslosigkeit stieg trotz staatlicher Konjunkturprogramme weiter kräftig an.

Abnehmende außenwirtschaftliche Ungleichgewichte

11. Die hohen Leistungsbilanzdefizite des Jahres 1974 hatten, mehr als andere Ursachen, die Defizitländer zu einer entschlossenen Stabilisierungspolitik gezwungen, nachdem ihnen deutlich geworden war, daß eine fortgesetzte Abwertung ihrer Währungen die Einfuhren nur weiter verteuern und die Inflation im Innern anheizen würde. Das beabsichtigte Ergebnis einer solchen Politik zeigte sich überraschend schnell (Tabelle 3). Die Dämpfung der Inlandsnachfrage verminderte den Importbedarf und regte die Unternehmen zu verstärkten Exportbemühungen an; die Defizite im Außenhandel konnten abgebaut werden.

Für die OECD-Länder insgesamt wird die Handelsbilanz 1975 gegenüber dem Rest der Welt einen Überschuß von 8½ Mrd Dollar aufweisen, nachdem es 1974 noch zu einem Defizit in Höhe von 27 Mrd Dollar gekommen war. Dies ist das Ergebnis rückläufiger Ölimporte, einer höheren Ausfuhr in die Ölförderländer sowie eines günstigeren Verhältnisses zwischen Ausfuhr- und Einfuhrpreisen (Terms of Trade). Die Überschüsse der OPEC-Länder nahmen 1975 um ein Viertel gegenüber dem Vorjahr ab, während sich die Defizite der übrigen Entwicklungsländer nahezu verdoppelten. Im Handel der Industrieländer untereinander ist es 1975 zu einem Abbau der extremen Ungleichgewichte gekommen, da die Defizitländer ihre Einfuhren deutlich einschränkten, die Überschußländer dagegen ihre Importe nicht oder nur wenig verminderten.

12. Der Welthandel, gemessen am zusammengefaßten Einfuhrvolumen aller Länder (mit Ausnahme der Staatshandelsländer), der im mittelfristigen Durchschnitt bisher jährlich um 8½ vH zugenommen hatte, war als Folge der beginnenden Rezession bereits 1974 nur noch um 5 vH gestiegen, 1975 ging er erstmals sogar zurück (−7 vH). Wie schon im vorigen Jahr dehnten 1975 die ölfördernden Länder als einzige ihre Importe kräftig aus (rund 40 vH). Die Industrieländer verringerten ihre Einfuhren 1975 um 9½ vH, die nicht-ölfördernden Entwicklungsländer um 4 vH.

Tabelle 3

Salden der Handels- und Leistungsbilanz ausgewählter Länder

Land	1972	1973	1974	1975 [1]
	Mio US-Dollar			Mrd US-Dollar
	Handelsbilanzsalden			
Bundesrepublik Deutschland	+ 8 167	+15 358	+22 714	+19
Belgien-Luxemburg	+ 1 029	+ 1 181	+ 913	+ 1
Dänemark	− 430	− 1 135	− 1 788	− 1
Frankreich	+ 1 274	+ 777	− 3 875	+ 2½
Großbritannien	− 1 699	− 5 611	−12 299	− 6¾
Irland	− 382	− 534	− 982	− ½
Italien	+ 818	− 3 959	− 8 472	− 1¼
Niederlande	+ 370	+ 685	+ 302	± 0
EG-Länder	+ 9 147	+ 6 762	− 3 487	+13
Vereinigte Staaten	− 6 912	+ 952	− 5 526	+10¾
Kanada	+ 1 625	+ 2 236	+ 1 047	− 1½
Japan	+ 8 971	+ 3 693	+ 1 478	+ 6¼
Österreich	− 1 151	− 1 520	− 4 431	− 1¼
Schweden	+ 1 251	+ 2 196	+ 621	+ ¼
Schweiz	− 1 224	− 1 636	− 2 123	− ¼
OECD-Länder	+11 200	+11 000	−27 000	+ 8½
OPEC-Länder [2]	+13 000	+21 600	+83 400	+58
Entwicklungsländer (ohne OPEC-Länder) [3]	− 4 800	− 2 500	−16 500	−27½
	Leistungsbilanzsalden			
Bundesrepublik Deutschland	+ 1 041	+ 4 576	+ 9 358	+ 5½
Belgien-Luxemburg	+ 1 113	+ 1 098	+ 880	+ 1¼
Dänemark	− 66	− 472	− 987	− ¼
Frankreich	+ 284	− 694	− 5 849	± 0
Großbritannien	+ 224	− 2 703	− 8 810	− 3½
Irland	− 139	− 216	− 683	− ¼
Italien	+ 2 266	− 2 510	− 7 817	− ¼
Niederlande	+ 1 050	+ 1 750	+ 1 620	+ 1½
EG-Länder	+ 5 773	+ 829	−12 288	+ 4
Vereinigte Staaten	− 8 350	+ 337	− 3 610	+12
Kanada	− 625	− 430	− 1 914	− 5¼
Japan	+ 6 624	− 133	− 4 650	+ ¼
Österreich	− 168	− 321	− 487	± 0
Schweden	+ 255	+ 1 149	− 999	− 1¾
Schweiz	+ 220	+ 283	+ 201	+ 2
OECD-Länder	+10 300	+10 200	−33 250	− 3
OPEC-Länder [2]	+ 2 600	+ 3 500	+67 000	+42½
Entwicklungsländer (ohne OPEC-Länder) [3]	− 5 400	− 2 500	−16 500	−27½

[1]) Eigene Schätzung aufgrund von Unterlagen internationaler Organisationen.
[2]) Abu Dhabi, Algerien, Dubai, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuweit, Libyen, Nigeria, Saudi Arabien, Schardscha, Venezuela.
[3]) Afrika ohne Republik Südafrika, Mittel- und Südamerika, Asien ohne Japan und Staatshandelsländer, Ozeanien.

Quelle: IMF, OECD

II. Mühsamer Stabilisierungsprozeß in Europa

13. Für die Europäische Gemeinschaft, betrachtet man sie als Ganzes, läßt sich der Beginn des Konjunkturrückgangs auf den Sommer 1974 datieren, knapp ein Jahr später als für die Bundesrepublik. Die kleineren Länder im Bannkreis des gemeinsamen Marktes, in denen sich die Konjunktur größtenteils noch bis Ende 1974 recht günstig entwickelt hatte, wurden erst im Verlauf des Jahres 1975 vom allgemeinen Rückgang der Wirtschaftstätigkeit in den großen Nachbarländern erfaßt.

14. Von Mitte 1974 an ging in der Europäischen Gemeinschaft die Nachfrage nach Bauleistungen und Investitionsgütern stark zurück, während die Nachfrage der Konsumenten und die Ausgaben des Staates weiter, wenn auch verlangsamt, zunahmen. Die Ausfuhren in Drittländer schwächten sich seit Anfang 1975 ab, als die Auftragsbestände weitgehend abgebaut waren und die europäischen Nachbarländer ebenfalls in den Abschwung gerieten.

Die Nachfrageschwäche in den Mitgliedsstaaten übertrug sich auch auf den innergemeinschaftlichen Handel. Nur die Bundesrepublik steigerte 1975 ihre Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen der Partnerländer.

15. Das reale Sozialprodukt, das im mittelfristigen Durchschnitt um jährlich knapp 5 vH gestiegen war (Tabelle 4), sank bis zur Jahresmitte 1975, stabilisierte sich aber in der Folgezeit. Insgesamt war es in der Gemeinschaft 1975 um 2 1/2 vH niedriger als im Vorjahr. Die industrielle Produktion ging gegenüber dem Vorjahr sogar um 12 1/2 vH zurück. Die Stärke der Rezession spiegelt sich auch darin, daß 1975 kaum ein Wirtschaftszweig vom Beschäftigungsmangel verschont blieb.

Die Talsohle war in der Bundesrepublik im Sommer 1975 erreicht, etwas später in Frankreich, Belgien und in den Niederlanden; in Großbritannien und in Italien setzte sich der Abschwung bis in den Herbst hinein fort.

16. Der steile Anstieg der Arbeitslosigkeit, der im Herbst 1974 begonnen hatte, hielt 1975 fast unvermindert an. Im Jahresdurchschnitt dürften in der Gemeinschaft fast fünf Millionen Menschen ohne Arbeit gewesen sein, zweieinhalbmal so viel wie im Rezessionsjahr 1967. Davon waren 1,5 Millionen unter 25 Jahre alt; rund ein Viertel von ihnen war länger als ein halbes Jahr ohne Beschäftigung.

17. Die Effektivlöhne nahmen 1975 in der Gemeinschaft mit rund 14 vH immer noch sehr kräftig zu;

Tabelle 4

Reales Bruttosozialprodukt in wichtigen Industrieländern

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Land	1960 bis 1972 [1]	1970	1971	1972	1973	1974	1975 [2]
Bundesrepublik Deutschland	+ 4,9	+ 5,8	+3,0	+3,4	+5,1	+0,4	−3,5
Belgien	+ 4,9	+ 6,2	+3,7	+5,4	+5,3	+4,3	−2,6
Dänemark [3]	+ 4,8	+ 3,3	+3,6	+5,0	+3,8	+1,8	−1,5
Frankreich [3]	+ 5,8	+ 5,9	+5,0	+5,5	+6,5	+3,9	−2,1
Großbritannien [3]	+ 3,1	+ 2,2	+1,6	+3,5	+5,2	−0,2	−1,9
Irland [3]	+ 4,0	+ 2,7	+3,3	+4,0	+5,3	+1,0	−3,6
Italien [3]	+ 5,5	+ 4,9	+1,4	+3,4	+6,3	+3,4	−3,3
Niederlande [3]	+ 5,2	+ 5,9	+4,3	+4,4	+4,2	+2,0	−2,5
EG der Neun [4]	+ 4,9	+ 5,6	+3,0	+4,0	+5,4	+2,0	−2,7
Vereinigte Staaten	+ 4,1	− 0,5	+2,8	+6,1	+5,9	−2,1	−2,9
Japan	+11,0	+10,5	+6,3	+9,4	+9,9	−1,8	+1,8
Österreich	+ 5,1	+ 7,9	+5,2	+7,1	+5,8	+4,4	−2,5
Schweden [3]	+ 4,2	+ 4,6	+0,3	+2,5	+3,1	+4,1	+0,7
Schweiz	+ 4,7	+ 4,4	+4,3	+5,8	+3,5	−0,8	−4,0
Industrieländer insgesamt [4]	+ 5,4	+ 2,6	+3,4	+5,7	+6,3	−0,1	−1,8

[1] Durchschnittlich jährliche Veränderung.
[2] Eigene Schätzung.
[3] Bruttoinlandsprodukt.
[4] Zusammengewogen mit den Anteilen am Bruttosozialprodukt zu Wechselkursen von 1973.

Quelle: OECD; für EG der Neun: Kommission der Europäischen Gemeinschaften

die lohnpolitische Reaktion auf die hohe Unterbeschäftigung blieb in den meisten Ländern also vorerst gering. Die Ursache für den anhaltenden Lohnauftrieb war bei verminderter Streikaktivität wohl vor allem die weitverbreitete Bindung der Löhne an den vorangegangenen Anstieg der Verbraucherpreise.

Da sich die Löhne je Beschäftigten erneut stark erhöhten, die Produktion je Beschäftigten 1975 in den meisten Ländern der Gemeinschaft aber zurückging, stiegen die Lohnstückkosten abermals beträchtlich (Tabelle 5). Den Unternehmen gelang es nicht, die höheren Kosten voll in ihren Preisen weiterzugeben. Damit hat sich die Verteilungsrelation erneut zugunsten der Arbeitnehmereinkommen verschoben, was allerdings in einer Rezession nicht außergewöhnlich ist (Tabelle 6).

18. Die Gründe für den tiefen Konjunktureinbruch in der Gemeinschaft sind vielfältig. Nicht gerechtfertigt scheint nach den bisher vorliegenden Daten die Ansicht, daß die Rezession vor allem durch einen Ausfall der Nachfrage aus Drittländern ausgelöst wurde. Der Rückgang der Bestellungen aus den Vereinigten Staaten und Japan wurde wohl in etwa ausgeglichen durch die rasch steigende Nachfrage aus den OPEC-Staaten und den Staatshandelsländern; auch aus dem EFTA-Raum blieb zumindest bis Anfang 1975 die Nachfrage recht lebhaft. Auch wenn der Auftragseingang aus Drittländern insgesamt nicht in gewohntem Maße zugenommen haben sollte, kann dies nicht die entscheidende Ursache für die Rezession gewesen sein. Die Europäische Gemeinschaft stellt immerhin einen Binnenmarkt dar, der nicht viel kleiner ist als der amerikanische. Die konjunkturelle Abhängigkeit von der Wirtschaftsentwicklung in der übrigen Welt ist also nicht übermäßig groß, wenn auch größer als die der Vereinigten Staaten. Der Anteil der Exporte am Bruttosozialprodukt betrug im Jahre 1973 in der Europäischen Gemeinschaft 9½ vH, in den Vereinigten Staaten 5½ vH.

19. Die Hauptursache für die europäische Rezession ist daher im Innern der Gemeinschaft zu suchen. Wie in den übrigen Industrieländern bildete auch hier die Ölkrise einen Wendepunkt. Sie schärfte den Blick dafür, daß die Möglichkeit, Waren aus dem Ausland beziehen zu können, vor allem abhängt von der Fähigkeit, eigene Produkte an das Ausland zu verkaufen. Im Jahre 1974 begannen die Länder, deren Leistungsbilanzdefizite außer Kontrolle zu geraten drohten, die wirtschaftspolitischen Bremsen anzuziehen. Damals gingen jedoch schon von der Bundesrepublik rezessive Impulse auf die Partnerländer aus.

20. Das Konjunkturgefälle innerhalb der Gemeinschaft hatte 1974 bewirkt, daß die Ausfuhren der Bundesrepublik in die anderen Länder der Menge

Tabelle 5

Lohnkosten je Produkteinheit [1]) in den EG-Ländern, den Vereinigten Staaten und in Japan

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH [2])

Land	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Bundesrepublik Deutschland [3])	+11,2	+10,0	+ 6,2	+ 8,0	+ 9,2	+ 8
Belgien	+ 5,2	+ 9,8	+ 8,9	+ 7,6	+15,2	+20½
Dänemark	+11,3	+ 9,1	+ 7,6	+12,4	+17,8	+17½
Frankreich	+ 6,9	+ 6,6	+ 6,1	+ 8,6	+15,4	+15
Großbritannien	+ 9,6	+ 8,0	+ 9,1	+ 8,8	+19,6	+28½
Irland	+12,9	+13,1	+12,1	+10,6	+17,6	+24½
Italien	+11,2	+13,4	+ 8,0	+13,5	+20,3	+24½
Niederlande	+ 7,6	+10,0	+ 7,3	+10,5	+13,7	+15½
EG der Neun [4])	+ 9,2	+ 9,5	+ 7,3	+ 9,2	+14,4	+16½
Vereinigte Staaten	+ 7,1	+ 3,1	+ 3,6	+ 5,0	+11,2	+10½
Japan	+ 9,2	+10,2	+ 6,8	+14,5	+28,3	+13½

[1]) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.
[2]) Aus Angaben in Landeswährung.
[3]) Bundesrepublik Deutschland: Eigene Schätzung.
[4]) Zusammengewogen mit den Anteilen an der deutschen Warenausfuhr.

Quelle: DIW

Tabelle 6

Bruttoeinkommen in den EG-Ländern, den Vereinigten Staaten und in Japan

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH [1])

Land	Bruttoeinkommen aus									
	unselbständiger Arbeit					Unternehmertätigkeit und Vermögen				
	1971	1972	1973	1974	1975	1971	1972	1973	1974	1975
Bundesrepublik Deutschland	+13,3	+ 9,7	+13,5	+ 9,6	+ 3,5	+ 5,4	+ 7,9	+ 7,6	+ 1,1	+ 3,5
Belgien	+13,6	+14,5	+15,2	+19,8	+18	+ 2,6	+10,0	+14,5	+12,5	− 9,5
Dänemark	+13,2	+12,4	+15,5	+20	+15	+ 1,7	+12,0	+12,9	+ 2,5	−11,5
Frankreich	+ 2,2	+12,2	+14,9	+19,8	+12	+ 9,3	+13,0	+11,4	+ 8,8	± 0
Großbritannien	+10,5	+11,7	+14,7	+20,1	+26	+18,2	+ 6,2	+15,6	− 4,1	− 1,5
Irland	+16,5	+16,6	+18,2	+17,6	+21	+ 8,1	+23,3	+24,2	− 7,4	+12
Italien	+15,2	+11,3	+20,6	+24,4	+20	+ 0,3	+ 8,6	+10,2	+ 5,9	− 5
Niederlande	+14,6	+11,9	+15,6	+15,9	+13	+ 6,0	+19,3	+10,1	+ 5,5	− 2
EG der Neun [2])	+12,8	+11,3	+15,2	+16,9	+12,5	+ 7,2	+10,2	+10,6	+ 4,2	− 1
Vereinigte Staaten	+ 6,5	+10,0	+11,2	+ 8,9	+ 6	+ 9,2	+11,6	+16,7	+ 2,5	± 0
Japan	+17,7	+16,3	+26,2	+26	+15	+ 4,6	+12,1	+15,8	+ 5,5	+13

[1]) Aus Angaben in Landeswährung.
[2]) Zusammengewogen mit den Anteilen an der deutschen Warenausfuhr.

Quelle: DIW

nach zunahmen, während die Einfuhren zurückgingen. Gleichzeitig fiel es den Partnerländern schwer, die Preise ihrer Ausfuhrgüter um mehr anzuheben, als sich ihre Importwaren verteuert hatten. Aufgrund des großen Gewichts des deutschen Außenhandels verschärften sich ihre ohnehin schon besorgniserregenden Zahlungsbilanzprobleme. Die ernste außenwirtschaftliche Lage veranlaßte sie zu einer sehr restriktiven Wirtschaftspolitik. Dabei haben sie jedoch offenbar mehr getan als notwendig war, weil sie die rezessiven Impulse, die von der Bundesrepublik ausgingen, zunächst unterschätzten. Es spricht vieles dafür, daß der tiefe Konjunktureinbruch hätte gemildert werden können, wenn alle Gemeinschaftsländer zusammen bereits 1973 einen Stabilitätskurs eingeschlagen hätten. Die Preise wären nicht so stark gestiegen, und der Bedarf an Restriktionspolitik wäre kleiner gewesen. Vermutlich wäre der Abschwung dann zwar ebenfalls eingetreten, hätte aber zu geringeren, wenn auch früheren Beschäftigungseinbußen geführt.

Verbesserung der Terms of Trade mildert außenwirtschaftliche Anpassungslast

21. Heilsame Wirkungen hatte die Stabilisierungskrise für die (zusammengefaßte) Zahlungsbilanz der Europäischen Gemeinschaft. Die Einfuhr, die zum großen Teil aus Rohstoffen und Vorprodukten besteht und daher eng mit der Entwicklung der Industrieproduktion zusammenhängt, nahm 1975 so stark ab, daß die Handelsbilanz gegenüber Drittländern, die im Jahr 1974 ein Defizit von 3,5 Mrd Dollar aufgewiesen hatte, 1975 mit einem Überschuß von 13 Mrd Dollar abschließen dürfte. Neben dem Rückgang des Importvolumens spielte eine entscheidende Rolle, daß die Einfuhrpreise nur noch wenig stiegen; bei den Ausfuhren, die real leicht rückläufig waren, lagen die Preise dagegen um etwa 10 vH über dem Niveau des Vorjahres. Das reale Austauschverhältnis (Terms of Trade), das sich in den beiden Vorjahren durch Rohstoffhausse und Ölverteuerung um rund 10 vH verschlechtert hatte, verbesserte sich 1975 wieder um mehr als 5 vH; entsprechend verminderte sich die Menge der Güter, die erforderlich war, um unter anderem die Erdöleinfuhren zu bezahlen.

22. Aufgrund des Umschwungs im Handelsverkehr verwandelte sich auch das Defizit der Leistungsbilanz der Gemeinschaft, das 1974 rund 13 Mrd Dollar ausgemacht hatte, in einen Überschuß von schätzungsweise 3 Mrd Dollar. Für die Gemeinschaft im Ganzen gab es also 1975 keine Verschuldungsprobleme. Innerhalb der Gemeinschaft blieben allerdings Ungleichgewichte bestehen, wenn sie auch bei weitem nicht mehr so groß waren wie 1974. Die Länder, die nach wie vor Defizite zu verzeichnen hatten, brauchten 1975 am Euro-Markt und auf anderen ausländischen Märkten deutlich weniger Kredite aufzunehmen als im Vorjahr. Anders als 1974 bereitete ihnen der langfristige Ka-

pitalimport schon vom Umfang her keine Schwierigkeiten.

Unterschiedliche Stabilisierungserfolge

23. Weniger erfolgreich waren die Gemeinschaftsländer in ihrem Kampf gegen den Geldwertschwund. Die unstreitigen Erfolge auf den Erzeuger- und Großhandelsstufen — nach der Jahreswende 1974/75 stiegen die Preise in den meisten Ländern kaum mehr — wurden überschattet von den immer noch recht hohen Inflationsraten auf der Verbraucherstufe. Diese hatten sich bis zum Frühjahr 1975 zwar nennenswert zurückgebildet, wenn auch mit großen Unterschieden von Land zu Land, sanken aber im Laufe des Jahres insgesamt nicht unter 10 vH.

24. Die höchste Inflationsrate innerhalb der Gemeinschaft verzeichnete Großbritannien, das durchgreifende Restriktionsmaßnahmen am längsten hinausgezögert hatte. Geradezu hilflos mußte die Wirtschaftspolitik Anfang 1975 zusehen, wie aggressive Gewerkschaften Lohnerhöhungen von rund 30 vH durchsetzten; erst im Herbst 1974 hatten die Tarifparteien einen „Sozialkontrakt" geschlossen, der maßvolle Tarifabschlüsse gewährleisten sollte. Das Vertrauen der Unternehmer in die wirtschaftliche Zukunft des Landes nahm im Verlauf des Jahres 1975 weiter ab; die Verteilungsposition änderte sich rasch zu ihren Lasten, obwohl sich der Preisauftrieb noch beschleunigte. Im Frühjahr 1975 begannen die britischen Unternehmen, die Produktion einzuschränken und Arbeitskräfte zu entlassen. Im Herbst wurden bereits über eine Million Arbeitslose gezählt, ohne daß eine Wende zum Besseren absehbar war. Das Defizit in der Handelsbilanz vergrößerte sich erneut.

25. Italien kam 1975 seinen beiden wichtigsten wirtschaftspolitischen Zielen, die außenwirtschaftlichen Defizite und die hohen Inflationsraten abzubauen, rascher nahe, als vielfach erwartet worden war. Handelsbilanz wie Leistungsbilanz konnten nahezu ausgeglichen werden, und der Anstieg der Verbraucherpreise war im Herbst 1975 fast nur noch halb so hoch wie im Herbst 1974. Im Außenhandel wirkte sich wohl die starke Abwertung der Lira im Jahre 1974 aus, die die Ausfuhren begünstigte und die Einfuhren verteuerte. Darüber hinaus verbesserten eine geringe Streikaktivität und unterausgelastete Produktionsanlagen die Lieferfähigkeit italienischer Exporteure. Bemerkenswert war vor allem die erhebliche Ausfuhrsteigerung in die Bundesrepublik (1975 rund 20 vH). Die sehr restriktive monetäre Politik, die seit 1974 verfolgt worden war, wurde 1975 behutsam gelockert. Gleichzeitig wurde mit finanzpolitischen Maßnahmen versucht, eine allzu hohe Arbeitslosigkeit zu verhindern. Dies gelang nur teilweise. Bis in den Herbst hinein sank die Beschäftigung. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte im Jahresdurchschnitt um fast 3½ vH niedriger sein als im Vorjahr.

26. In Frankreich, dessen wirtschaftliche Entwicklung bisher durch kräftige Zuwachsraten der Produktion und geringe konjunkturelle Ausschläge gekennzeichnet war, nahm 1975 das Sozialprodukt um 2 vH ab. Die Zahl der Arbeitslosen verdoppelte sich innerhalb eines Jahres auf fast eine Million. Während sich die Inflationsraten nur allmählich zurückbildeten, konnten im Außenhandel nach den hohen Defiziten des Vorjahres wieder Überschüsse erzielt werden. Dies ist um so beachtlicher, als der französische Franken vom Frühjahr 1974 bis zur Rückkehr in den europäischen Floatingblock gegenüber den Blockwährungen um rund 13 vH aufgewertet worden war (Schaubild 3). Allerdings erhielten die Exporteure von der Notenbank und vom Staat Kredithilfen und Steuererleichterungen.

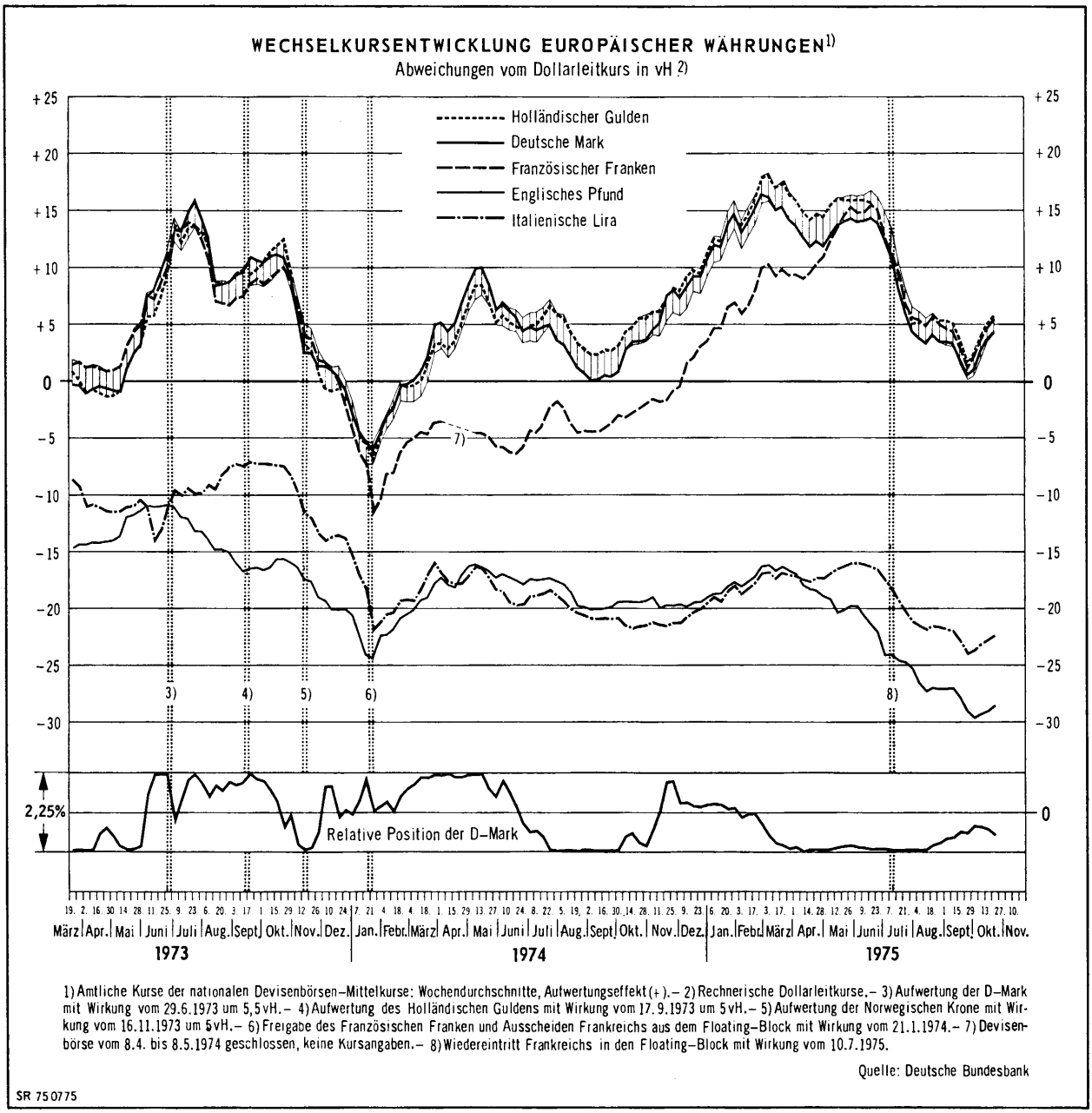
27. Von den kleineren Mitgliedsländern der Gemeinschaft erzielten 1975 Belgien und die Niederlande zwar erneut ansehnliche außenwirtschaftliche Überschüsse; kräftige Lohnkostensteigerungen beeinträchtigten aber sowohl in den Niederlanden, mehr noch in Belgien die Wettbewerbsposition gegenüber den Partnerländern im Floatingblock. Im Frühjahr wurde daher in Belgien ein Preisstopp eingeführt, der im Herbst jedoch wieder schrittweise aufgehoben wurde. Es gelang in beiden Ländern nicht, den Anstieg der Arbeitslosigkeit aufzuhalten. Die höchsten Arbeitslosenquoten innerhalb der Gemeinschaft hatten Dänemark und Irland. Da diese Länder zudem immer noch gegen sehr große außenwirtschaftliche Defizite ankämpfen mußten, hatten sie nur wenig Spielraum für expansive wirtschaftspolitische Maßnahmen. Dänemark konnte immerhin seine Inflationsrate deutlich verringern.

Ausweitung des Finanzierungsspielraums

28. Die monetäre Politik war 1975 in allen Ländern der Gemeinschaft bestrebt, den rezessiven Einflüssen entgegenzuwirken. Mehr als in früheren Abschwungsphasen wurde ihre Aufgabe aber dadurch erschwert, daß die Ursachen für die Restriktionspolitik des Vorjahres — hohe Inflationsraten und Sorgen um Wechselkurse und Zahlungsbilanzdefizite — auch 1975 keineswegs behoben waren. Die Notenbanken bemühten sich daher, einen nur wenig expansiven Kurs zu halten. Die Nachfrage nach Krediten blieb sehr verhalten, der Finanzierungsspielraum wurde von der Wirtschaft nicht einmal ausgeschöpft.

29. Daß das Angebot an liquiden Mitteln nur unzulänglich genutzt wurde, veranlaßte die Notenbanken, die Kreditbeschränkungen zu beseitigen, mit denen die meisten Länder — anders als die Bundesrepublik — die montäre Expansion im wesentlichen steuern. War es 1974 noch ein Problem, die Zuwachsraten der Kreditvergabe innerhalb vorgegebener Grenzen zu halten, so erwiesen sich solche Plafonds 1975 als überflüssig. Dies gilt für Frankreich ebenso wie für Belgien und Italien. In Großbritannien wurde das „special deposits scheme", das sind Zuwachsmindestreserven auf Bankeinlagen, abgeschafft.

Schaubild 3



1) Amtliche Kurse der nationalen Devisenbörsen–Mittelkurse: Wochendurchschnitte, Aufwertungseffekt (+). – 2) Rechnerische Dollarleitkurse. – 3) Aufwertung der D–Mark mit Wirkung vom 29.6.1973 um 5,5 vH. – 4) Aufwertung des Holländischen Guldens mit Wirkung vom 17.9.1973 um 5 vH. – 5) Aufwertung der Norwegischen Krone mit Wirkung vom 16.11.1973 um 5 vH. – 6) Freigabe des Französischen Franken und Ausscheiden Frankreichs aus dem Floating–Block mit Wirkung vom 21.1.1974. – 7) Devisenbörse vom 8.4. bis 8.5.1974 geschlossen, keine Kursangaben. – 8) Wiedereintritt Frankreichs in den Floating–Block mit Wirkung vom 10.7.1975.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 750775

Die Kreditvergabe der Banken in der Europäischen Gemeinschaft nahm 1975 dennoch um 13 vH gegenüber 1974 zu, vor allem infolge des hohen Kreditbedarfs der öffentlichen Haushalte, der teils durch niedrige Steuereinnahmen, teils durch die zahlreichen konjunkturellen Sonderprogramme entstanden war.

30. Die angestrebte Expansion der Kreditvergabe wäre angesichts der reichlichen Versorgung mit Zentralbankgeld grundsätzlich möglich gewesen. Durch Senkung der Mindestreservesätze, in Italien auch durch den Fortfall des Importdepots (JG 74 Ziffer 33), wurde Zentralbankgeld freigesetzt. Diese Maßnahmen wurden flankiert durch eine fortgesetzte Senkung der Diskont- und Lombardsätze. Devisenkäufe der Notenbanken zur Stützung der D-Mark innerhalb des europäischen Währungsverbundes und staatliche Kreditaufnahme bei den Notenbanken waren weitere Quellen, aus denen in unseren Partnerländern Zentralbankgeld in die Wirtschaft floß.

Die verstärkte Ausdehnung der monetären Basis bewirkte jedoch nicht, daß das Geldvolumen (M_1) rascher anstieg als im Jahr zuvor; das Geldvolumen im weiteren Sinne (M_1 + Quasi-Geld), das von Land zu Land unterschiedlich definiert wird — je nachdem, ob Termineinlagen längerer Fristigkeit und Spargelder miterfaßt werden oder nicht —, nahm sogar langsamer zu als damals (Tabelle 7).

Tabelle 7

Geldmenge und inländische Kreditvergabe [1])

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	Zeitraum [2])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Vereinigte Staaten	Japan
Geldmenge (M 1)	1969	+12,0	+ 4,4	+ 5,0	− 0,5	+15,3	+ 8,5	+ 5,2	+17,9
	1970	+ 7,1	+ 6,1	+ 1,2	+ 7,1	+23,5	+11,1	+ 4,5	+18,1
	1971	+12,1	+10,0	+14,0	+13,4	+21,7	+16,3	+ 7,5	+26,1
	1972	+14,6	+13,6	+13,9	+16,5	+19,8	+19,1	+ 6,7	+22,9
	1973	+ 4,8	+11,8	+ 9,7	+ 8,6	+20,0	+ 6,1	+ 7,6	+24,8
	1974	+ 6,7	+ 8,6	+14,3	+ 4,9	+12,9	+ 4,1	+ 3,9	+13,1
	1975 [3])	+12,9	+11,5	+ 7,4	+15,4	+10,2	+14,3	+ 3,9	+ 9,8
M 1 + Quasigeld	1969	+16,3	+ 8,2	+ 9,5	+ 3,9	+12,6	+11,9	+ 3,4	+17,2
	1970	+ 9,6	+ 8,1	+ 9,2	+ 6,9	+13,5	+12,1	+ 6,1	+17,6
	1971	+14,1	+10,9	+18,7	+11,8	+15,4	+12,6	+15,1	+21,6
	1972	+15,4	+15,4	+19,0	+24,2	+19,3	+15,9	+11,1	+23,4
	1973	+12,9	+15,3	+14,2	+26,8	+22,0	+15,6	+12,8	+22,1
	1974	+ 9,4	+11,0	+19,5	+18,3	+18,7	+14,8	+10,0	+12,6
	1975 [3])	+ 9,9	+ 7,8	+14,4	+10,3	+16,1	+13,0	+ 7,7	+11,5
Inländische Kreditvergabe	1969	+12,3	+12,5	+15,7	+ 2,0	+14,5	+15,1	+ 6,9	+16,5
	1970	+11,6	+ 8,7	+10,1	+ 1,7	+16,0	+12,4	+ 6,4	+16,6
	1971	+11,2	+ 9,2	+18,3	+ 3,3	+15,5	+11,6	+11,8	+17,9
	1972	+15,3	+15,1	+17,6	+20,5	+18,7	+13,1	+12,1	+23,4
	1973	+13,2	+18,5	+13,9	+26,8	+25,3	+17,2	+14,5	+22,4
	1974	+ 8,6	+13,5	+17,4	+20,8	+25,5	+16,9	+11,5	+15,0
	1975 [3])	+ 8,0	+ 6,8	+16,5	+15,2	...	+16,1	+ 4,6	+15,1

[1]) Abgrenzung entsprechend den Definitionen des jeweiligen Landes. Aus Angaben in US-Dollar.
[2]) Durchschnitte aus Vierteljahresendständen.
[3]) Durchschnitte der für 1975 bisher nachgewiesenen Monate.

Quelle: IMF

31. Die kurzfristigen Zinsen bildeten sich 1975 überall merklich zurück, während die längerfristigen Sätze nur zögernd nachgaben (Schaubild 4), vermutlich weil noch immer mit hohen Inflationsraten gerechnet wurde. Gemessen an der Teuerungsrate war die Rendite langfristiger Wertpapiere nur in der Bundesrepublik nicht negativ.

Auch 1975 wurden bestimmte wirtschaftliche Aktivitäten in den meisten Ländern durch staatliche Zinssubventionen (Kreditselektion) gefördert (Tabelle 8). Verbilligte Kredite kamen vornehmlich der Exportwirtschaft, dem Baugewerbe und den Investoren zugute. Belgien und Dänemark subventionierten darüber hinaus die Zinsen für Konsumentenkredite.

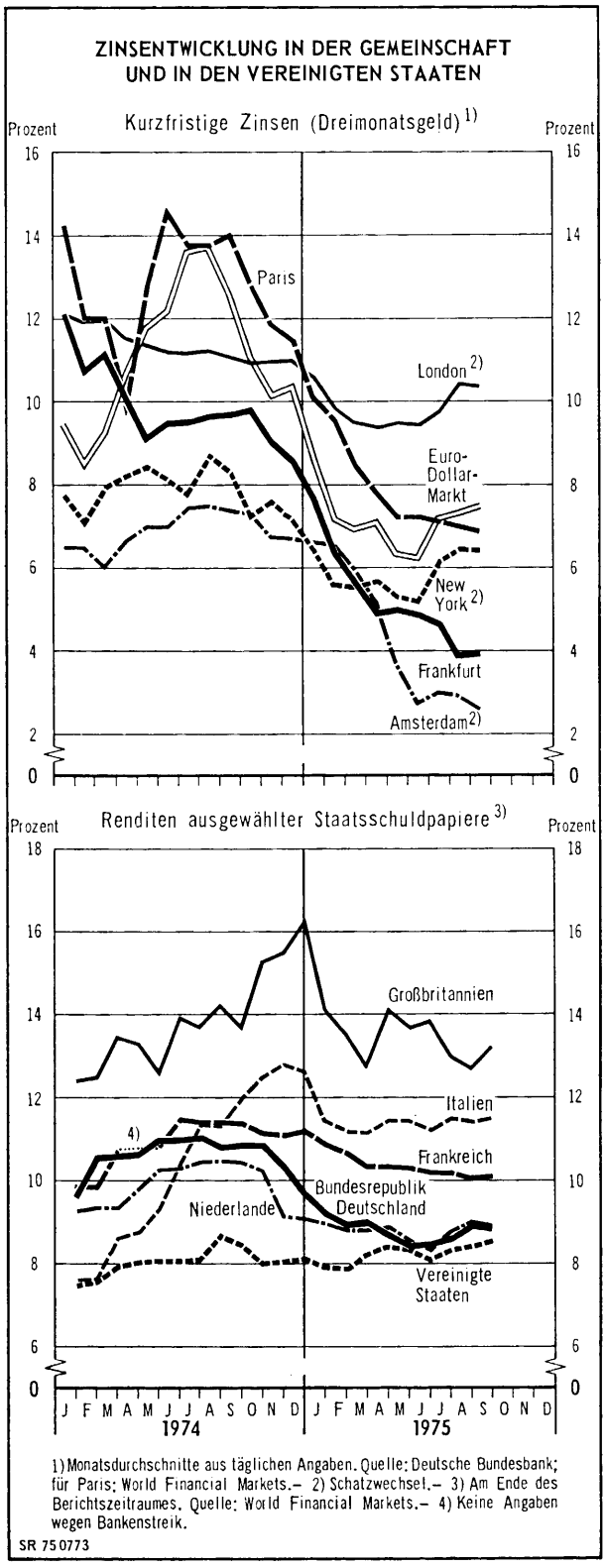
Stark ansteigende öffentliche Verschuldung

32. Die Haushaltspläne der Gemeinschaftsländer für das Jahr 1975 wurden im Herbst 1974 zumeist restriktiv angelegt. Den scharfen Rückgang der Produktion in den Wintermonaten sah man damals nicht voraus. Vielmehr rechnete man damit, daß das reale Bruttosozialprodukt der Gemeinschaft 1975 insgesamt um 1½ vH zunehmen würde. Großbritannien und Belgien erhöhten noch zu Beginn des Jahres 1975 direkte wie indirekte Steuern, während in Frankreich die Absicht, eine „Inflationssteuer" zu erheben, erst im April wieder aufgegeben wurde. Dagegen verfolgten die Bundesrepublik und die Niederlande, die beiden Länder mit den

höchsten Leistungsbilanzüberschüssen, schon seit Mitte 1974 eine konjunkturstützende Finanzpolitik.

33. Als das Ausmaß der Rezession im Frühjahr 1975 überall in der Gemeinschaft erkennbar wurde, rückte das Beschäftigungsziel immer mehr in den Vordergrund. Die Finanzpolitik ging von Monat zu Monat auf expansiveren Kurs. Die Maßnahmen der öffentlichen Hand waren darauf gerichtet, die Investitionsneigung durch steuerliche Anreize wie Investitionsprämien oder Abschreibungserleichterungen anzuregen, die Infrastruktur durch zusätzliche öffentliche Ausgaben zu verbessern, die Zahlungen an die Arbeitslosen anzuheben, Mobilitäts- und Umschulungshilfen zu gewähren und dergleichen mehr. Handelspolitisch bedenklich ist, daß in Frankreich und Italien der Exportindustrie erhebliche steuerliche Vergünstigungen gewährt wurden. Hierbei, wie auch bei einer Reihe anderer finanzpolitischer Maßnahmen in den übrigen Ländern, spielte die selektive Kreditpolitik eine unterstützende Rolle (Ziffer 31).

Schaubild 4



34. Die zahlreichen Konjunkturprogramme sowie die Mehraufwendungen für die steigende Zahl von Arbeitslosen führten 1975 dazu, daß die öffentlichen Ausgaben in der Gemeinschaft rascher zunahmen als 1974 (Tabelle 9). Die einzige Ausnahme bildete Dänemark, wo die kräftige Senkung der direkten Steuern zum 1. Januar 1975 teilweise durch Kürzung der Staatsausgaben ausgeglichen wurde.

Real betrachtet hat der Staat 1975 in allen Ländern der Gemeinschaft seine Ausgaben etwa im gleichen Maße gesteigert wie in der Vergangenheit. Vergleicht man dies mit der starken Abnahme der Investitionen und der Exporte sowie mit der nur leichten Zunahme des privaten Verbrauchs, so wird deutlich, daß die Ausgaben des Staates 1975 die wichtigste konjunkturelle Stütze darstellten.

35. Die Steuersenkungen, die in einigen Ländern vorgenommen wurden, mehr noch aber die rezessionsbedingten Steuerausfälle bewirkten, daß die Steuereinnahmen 1975 in der Gemeinschaft langsamer anstiegen als 1974. In Frankreich, in Dänemark und in der Bundesrepublik sanken sie sogar unter ihren Vorjahreswert. Der Anteil der Staatsausgaben, der durch Kredite finanziert werden mußte, schwoll überall stark an. Sogar in Frankreich und in Dänemark, wo bislang zumindest in den Haushalten des „Zentralstaats" Überschüsse oder nur geringe Defizite ausgewiesen wurden, kam es diesmal zu beträchtlichen Fehlbeträgen. Den höchsten Kreditbedarf hatte Irland. Dort erreichte der Finanzierungssaldo einen Anteil von 17,4 vH am Sozialprodukt, nachdem er 1974 noch 11,6 vH betragen hatte. In Italien stieg dieser Anteil von 7,1 vH auf 8,3 vH. Über die konjunkturellen Effekte der öffentlichen Haushalte sagen die Finanzierungssalden freilich wenig aus (Ziffern 220 ff.).

36. Der Haushalt der Europäischen Gemeinschaften dürfte 1975 einschließlich der bisher beschlossenen und zu erwartenden Nachtragshaushalte ein Volumen von rund 6,6 Mrd Rechnungseinheiten [1])

[1]) Die Haushaltsrechnungseinheiten sind die dem IWF zuletzt angezeigten Paritäten; sie entsprechen dem Dollarkurs bis zum 20. Dezember 1971. Danach ist 1 RE = DM 3,66 = FF 5,55 = Lit 625 = BF 50 = hfl 3,62 = £ 0,417 = ir. £ 0,417 = dKr 7,50.

Tabelle 8

Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland

Datum	
	Internationale Ereignisse
1974	
15. November	16 OECD-Mitgliedsländer beschließen, eine internationale Energiebehörde (IEA) zu gründen. Sie soll im Falle eines erneuten Embargos oder einer allgemeinen Ölknappheit dabei helfen, das vorhandene Öl unter den beteiligten Ländern aufzuteilen.
1975	
16. Januar	Die Ölfazilität des IWF wird 1975 um 5 weitere Mrd SZR erhöht werden; die IWF-Quoten sollen um insgesamt 32,5 vH auf 39 Mrd SZR angehoben werden.
3. Februar	Die amerikanische, die deutsche und die schweizerische Zentralbank kommen überein, zugunsten des Dollar zu intervenieren, um damit auf „geregelte" Marktverhältnisse hinzuwirken.
9. April	Die Finanzminister der OECD-Länder gründen einen finanziellen Stützungsfonds in Höhe von 20 Mrd SZR. Der Vertrag bedarf jedoch noch der Ratifizierung durch die nationalen Parlamente.
31. August	In einem Kommuniqué teilt das Interimskommittee des IWF mit, daß Einigung über die zukünftige Rolle des Goldes erzielt werden konnte: a) Aufhebung des offiziellen Goldpreises; b) Aufhebung der Bestimmung, daß Gold in Geschäften mit dem IWF verwendet werden muß; c) Verkauf von 25 Mio Unzen Gold (ein Sechstel der IWF-Bestände) zugunsten der Entwicklungsländer; Rückgabe von einem weiteren Sechstel des IWF-Goldes an die Mitgliedsländer.
24. September	Die OPEC-Länder erhöhen den Verkaufspreis für „Arabian light" um 10 vH, von 10,46 Dollar auf 11,51 Dollar pro Faß. Der neue Preis soll vom 1. Oktober 1975 bis zum 30. Juni 1976 gelten.
	Europäische Gemeinschaften
1974	
21. Oktober	Die EG-Finanzminister vereinbaren, bei Bedarf Anleihen bis insgesamt höchstens 2,5 Mrd RE und Mindestlaufzeiten von fünf Jahren bei den Ölexportländern aufzunehmen. Damit sollen ausschließlich ölbedingte Zahlungsbilanzdefizite von Mitgliedsländern abgedeckt werden. Frankreich, die Bundesrepublik und Großbritannien haften mit je 22,02 vH, die übrigen Länder teilen sich in den Rest. Die maximale Haftungsquote eines Landes beträgt das Doppelte seiner normalen Quote.
10. Dezember	Die Regierungschefs beschließen zum Januar 1975 die Errichtung eines Europäischen Regionalfonds von 1,3 Mrd RE. Die Einzahlungen erstrecken sich über drei Jahre. Aus diesem Fonds erhalten Italien 40,0 vH, Großbritannien 28,0 vH, Frankreich 15,0 vH, die Bundesrepublik 6,4 vH, die Niederlande 1,7 vH, Belgien 1,5 vH und Dänemark 1,3 vH.
1975	
1. Januar	Die Zölle auf Industrieprodukte, die im Handel zwischen alten und neuen EG-Mitgliedern sowie gegenüber den verbliebenen EFTA-Ländern erhoben werden, werden um weitere 20 Punkte auf 40 vH gesenkt.
28. Februar	In einem Handels- und Entwicklungshilfeabkommen wird 46 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten für die meisten ihrer Waren zollfreier Zugang zu den Märkten der Gemeinschaft gewährt. Das Abkommen tritt am 1. Juli 1975 in Kraft.
12. Juni	Griechenland bewirbt sich um den EG-Beitritt.
10. Juli	Frankreich erklärt offiziell seine Rückkehr in den europäischen Währungsverbund. Seit dem 17. Juni 1974 floatete der französische Franken unabhängig. Die ursprünglichen Leitkurse sollen auch in Zukunft gelten.
22. Juli	Die Mitgliedstaaten unterzeichnen einen Vertrag über die Erweiterung der Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments, der nach der Ratifizierung durch die nationalen Parlamente in Kraft treten und die EG-Verträge abändern wird.
	Belgien
1974	
5. November	Der allgemeine Kreditplafond wird angehoben (von einer laufenden Rate von 14 vH auf 16 vH). Exportkredite werden weitgehend von der Plafondierung befreit.

noch Tabelle 8

Datum	
1975	
30. April	Die Vereinbarungen zwischen der Nationalbank und den Geschäftsbanken über Kreditplafonds, vorgeschriebene Anlagen in Staatspapieren und Mindestreserven laufen aus. Bis zum 3. Juli 1975 werden Reservebestände in Höhe von 15,4 Mrd belgischen Franken freigesetzt.
1. Mai	In ihrem Kampf gegen die ungebrochene Inflation verhängt die Regierung einen zweimonatigen Preisstopp für Güter und Dienstleistungen. In der Folgezeit wird der Preisstopp mehrmals, wenn auch in liberalisierter Form, verlängert.
Oktober	Die Regierung legt ein Wirtschaftsprogramm zur Umstrukturierung von Industrie und Handel, zur Verbesserung der Wettbewerbssituation, zur Ankurbelung der Wirtschaft und zur Gesundung des Arbeitsmarkts vor.
	Dänemark
1974	
27. September	Regierung und Nationalbank beschließen die Gründung eines Exportkreditinstituts, das bei der längerfristigen Finanzierung der Ausfuhren behilflich sein soll.
1975	
20. Februar	Die Regierung verabschiedet ein Konjunkturprogramm, das unter anderem Subventionen für den Wohnungsbau, Anreize für kommunale Investitionen, verbilligte Exportkredite sowie einen Feuerwehrfonds für finanziell gefährdete Firmen umfaßt.
10. März	Nach dem Scheitern der nationalen Lohnrunde nimmt das Parlament ein Stabilisierungsprogramm an, durch das — abgesehen von geringfügigen Änderungen — die bestehenden Tarifverträge um zwei Jahre verlängert werden. Während dieser Zeit sollen die Reallöhne jährlich um 2 vH steigen; die Gewinnmargen und Dividenden werden eingefroren.
31. August	Der Kreditplafond der Banken wird um 2 vH angehoben. Durch die tatsächliche Kreditvergabe wurden allerdings die bisher bestehenden Plafonds nicht einmal ausgeschöpft.
12. September	Das Parlament stimmt einem Konjunkturpaket zu, das haushaltsmäßige Belastungen in Höhe von 5 Mrd Kronen (rund 2,1 Mrd DM) mit sich bringt. Unter anderem wird die Mehrwertsteuer auf alle Güter und Dienstleistungen ab 29. September 1975 für fünf Monate von 15 vH auf 9¼ vH gesenkt. Ausgenommen sind Automobile, Benzin und Strom. Subventionen werden zugunsten von Ausrüstungsinvestitionen, Landwirtschaft, Wohnungsbau und Export gewährt. Die Regierung kündigt für 1977 und 1978 beträchtliche Senkungen der Einkommensteuer sowie — wenn es die konjunkturelle Situation wieder erlaubt — der Staatsausgaben an.
	Frankreich
1974	
25. September	Die Regierung beschließt ein umfassendes Energiesparprogramm. Sein wichtigster Bestandteil ist ein Plafond von 51 Mrd FF für Erdölimporte, der 1975 nicht überschritten werden soll. Dies entspricht mengenmäßig etwa 90 vH der Ölimporte des Jahres 1973.
21. November	Die Regierung verabschiedet einen zweiten Nachtragshaushalt für 1974; wegen des unerwartet hohen Steueraufkommens werden zusätzlich zu den 3,5 Mrd FF vom Juli noch einmal 3,5 Mrd FF bei der Notenbank stillgelegt.
1975	
9. Januar	Der Diskontsatz wird von 13 % auf 12 % gesenkt. Die Mindestreservesätze auf Sichteinlagen werden von 17 vH auf 15 vH zurückgenommen. Investitionen, durch die Energie eingespart werden soll, werden aus den durch den Kreditplafond gesetzten Grenzen herausgenommen.
17. März	Die Regierung ergreift selektive Maßnahmen, durch welche die gewerblichen Investitionen und der Wohnungsbau angeregt werden sollen. Der allgemeine Kreditplafond soll künftig nicht mehr für Immobilienkredite gelten.
4. September	Die Mindestreservesätze auf Sichteinlagen von Inländern werden ab 21. September 1975 von 11 vH auf 2 vH gesenkt. Damit werden 19 Mrd Franken freigesetzt. Gleichzeitig werden die Bestimmungen für die Vergabe von Konsumentenkrediten gelockert.
12. September	Das Parlament verabschiedet ein Konjunkturprogramm in Höhe von 30,5 Mrd Franken. Davon sind 13,1 Mrd FF für öffentliche Investitionen vorgesehen, 12,4 Mrd FF kosten eine halbjährige Steuerstundung für Unternehmen sowie die Ausweitung der degressiven Abschreibung auf Ausrüstungsgüter mit einer mehr als achtjährigen Lebensdauer. 5 Mrd FF werden für eine Einmalzahlung an Rentner und Kindergeldbezieher verwendet. Zudem erhält die Exportwirtschaft Subventionen verschiedener Art.

noch Tabelle 8

Datum	
	Großbritannien
1975	
28. Februar	Die Bank von England hebt das „supplementary special deposits scheme" auf, das im Dezember 1973 eingeführt worden war und das dazu diente, die Kreditvergabe der Banken zu begrenzen.
15. April	Aus Anlaß der Vorlage des Budgets für 1975/76 werden verschiedene direkte und indirekte Steuern angehoben. Zudem wird der Abbau der Subventionen an staatseigene Unternehmen fortgesetzt. Einerseits sollen durch diese Maßnahmen übermäßige Lohnzuwächse abgeschöpft, andererseits der bereits sehr massive Kreditbedarf des Staates vermindert werden.
5. Juni	Das Referendum über die EG-Mitgliedschaft endet mit einer Zwei-zu-eins-Mehrheit für den Verbleib.
11. Juli	Die Regierung verkündet ein Anti-Inflationsprogramm, dessen Kernstück eine Lohnleitlinie bildet. Danach dürfen ab sofort und bis einschließlich 31. Juli 1976 die Wochenverdienste von Arbeitnehmern, die weniger als 8 500 Pfund pro Jahr (rund 45 000 DM) verdienen, um maximal 6 Pfund angehoben werden. Für höher Verdienende soll es überhaupt keine Verbesserungen geben. Der Trade Union Congress (TUC) stimmt dieser Einkommenspolitik am 3. September 1975 zu.
	Irland
1975	
26. Juni	Die Regierung legt einen Nachtragshaushalt vor. Darin sind Subventionen vorgesehen, mit denen der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe um 4 Prozentpunkte gebremst werden soll. Dies geschieht vor allem im Hinblick auf den nationalen Lohnabschluß, der andernfalls zu einer durchschnittlichen Erhöhung der Lohnsätze um 30 vH geführt hätte. Ein Erfolg dieser Maßnahmen besteht darin, daß sich Gewerkschaften und Unternehmen am 25. September auf eine dreimonatige Lohnpause einigen können.
	Italien
1974	
27. Dezember	Angesichts steigender Arbeitslosigkeit wird die Kreditschraube selektiv gelockert. Der Diskontsatz sinkt von 9 % auf 8 %, Exportkredite werden gefördert, die Bauwirtschaft soll verbilligte Hypothekenkredite erhalten.
1975	
21. März	Angesichts der verbesserten Zahlungsbilanzsituation wird das Importdepot von 50 vH, das am 2. Mai 1974 eingeführt wurde, wieder aufgehoben. Damit wird der Volkswirtschaft während der folgenden sechs Monate Liquidität in Höhe von 1 200 Mrd Lire zugeführt. Ab 1. April werden außerdem die quantitativen Beschränkungen, denen die Expansion der Bankkredite bisher unterlag, abgeschafft.
August	Ein Konjunkturprogramm sieht Zinsverbilligungen für die Exportindustrie, staatliche Investitionsprogramme, Umstrukturierungsbeihilfen für Klein- und Mittelbetriebe vor sowie für die Landwirtschaft eine Förderung für Mechanisierung, Bewässerung usw.
	Niederlande
1974	
17. November	Um die inländische Nachfrage anzuregen und die Arbeitslosigkeit zu vermindern, beschließt die Regierung: a) die Lohnsteuer 1975 für untere Einkommensschichten einmalig zu senken und gleichzeitig die Zuschüsse der Regierung zur Sozialversicherung zu erhöhen, b) Investitionsprämien und Abschreibungsmöglichkeiten zu verbessern, zusätzliche Bauprogramme einzuleiten, Arbeitsplätze finanziell abzusichern und neu zu schaffen und die Regionalförderung aufzustocken. Die zusätzlichen Ausgaben belaufen sich auf insgesamt 3,575 Mrd Gulden.
1975	
7. Juni	Mit Abschreibungserleichterungen, direkten Investitionshilfen und verbesserten Verlustrückträgen soll die private Investitionstätigkeit angeregt werden.

noch Tabelle 8

Datum	
	Japan
1975	
24. März	Die Regierung kündigt expansive finanz- und geldpolitische Maßnahmen an. Öffentliche Aufträge werden zeitlich vorgezogen, die Arbeitslosenunterstützung wird verbessert, der Wohnungsbau und kleine Unternehmen werden finanziell stärker unterstützt, die Kommunen dürfen zusätzliche Anleihen begeben, etc.
April/Mai	Die Frühjahrslohnrunde erbringt Anhebungen von durchschnittlich 15 vH, etwa halb so viel wie im Jahr zuvor.
16. September	Die Regierung verkündet ein Konjunkturprogramm in Höhe von 2 000 Mrd Yen (rund 17 Mrd DM). Dreiviertel dieses Betrages sind für zusätzliche öffentliche Investitionen und Wohnungsbauprojekte vorgesehen. Der Rest soll zugunsten kleinerer Unternehmen und zugunsten der Exportwirtschaft eingesetzt werden.
	Vereinigte Staaten
1975	
13. Januar	Der Präsident kündigt ein Konjunkturprogramm an. Dessen Hauptpunkte sind: a) eine Einkommensteuerrückerstattung für 1974 von 12 vH, maximal 1 000 Dollar, b) eine einjährige Erhöhung der Investitionsprämien von 4 vH bis 7 vH auf 12 vH, c) eine „windfall profit tax" auf die Gewinne der Ölgesellschaften, d) eine Belastung von 2 Dollar je Faß auf inländisch erzeugtes wie auf importiertes Rohöl.
4. Juli	Das Federal Reserve Board gibt bekannt, daß auch in der Zeit vom zweiten Vierteljahr 1975 bis zum zweiten Vierteljahr 1976 die Geldmenge M_1 zwischen 5 vH und 7½ vH zunehmen soll. Für M_2 wird eine Zielgröße von 8½ bis 10½ vH, für M_3 von 10 bis 12 vH und für die Kreditvergabe von 6½ bis 9 vH angestrebt.

Tabelle 9

Der Staatshaushalt [1]) in den EG-Ländern

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Jahr	Bundesrepublik Deutschland [2])	Belgien	Dänemark	Frankreich	Großbritannien	Irland	Italien	Niederlande
				Ausgaben				
1972	+11,9	+13,1	+22,1	+ 9,9	+12,7	+15,2	+ 6,4	+11,2
1973	+ 9,6	+13,9	+ 6,7	+13,5	+12,5	+23,5	+36,0	+16,0
1974	+13,3	+15,5	+23,0	+14,9	+34,6	+27,6	+17,3	+16,3
1975 [3])	+18	+22	+16½	+23	+33	+37	+32	+25
				Einnahmen				
1972	+ 8,8	+12,0	+26,4	+13,1	+ 7,2	+13,0	+ 5,9	+14,0
1973	+11,7	+12,1	+10,6	+12,7	+10,6	+21,2	+12,3	+17,6
1974	+ 6,8	+19,0	+10,0	+20,0	+24,0	+18,5	+27,5	+ 8,1
1975 [3])	− 1	+21	− ½	− ½	+25½	+19½	+31	+14

[1]) Nach Abgrenzung der EG-Kommission; vorläufige Ist-Ergebnisse, ohne Kredite und Vorschüsse.
[2]) Bundeshaushalt.
[3]) Eigene Schätzung.

Quelle: Kommission der Europäischen Gemeinschaften

erreichen, 27 vH mehr als 1974. Innerhalb von sieben Jahren haben sich damit Ausgaben und Einnahmen der europäischen Behörden verdreifacht. Selbst wenn man berücksichtigt, daß die Gemeinschaft in der Zwischenzeit um Großbritannien, Dänemark und Irland erweitert wurde, ist der europäische Haushalt wesentlich rascher gestiegen als die Staatshaushalte in den Mitgliedsländern. Die Zahl der Aufgaben, die gemeinschaftlich in Angriff genommen werden, hat sich von Jahr zu Jahr vergrößert; in dieser Hinsicht schreitet die Integration Europas zügig voran.

In der Entwicklungspolitik, im sozialen Bereich und in der Regionalpolitik sind der Europäischen Gemeinschaft in der jüngsten Vergangenheit neue Tätigkeitsgebiete zugewiesen worden. Dadurch hat sich der Anteil der Agrarausgaben an den Gesamtausgaben auf drei Viertel verringert, nachdem er etwa 1968 noch 90 vH betragen hatte. Die Verringerung dieses Anteils darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Aufblähung des europäischen Haushalts vorwiegend der Agrarpolitik zuzurechnen ist. Nach wie vor kommt es durch die Marktordnungsbeschlüsse des Ministerrats, die vor allem Abnahmegarantien zu festgesetzten Preisen enthalten, bei einzelnen Kategorien von Nahrungsmitteln zu einer strukturellen Überschußproduktion, die — vielfach nachträglich — von den Mitgliedstaaten finanziert werden muß. Im Jahre 1975 war dies insbesondere bei Wein und Milch der Fall.

Die Gemeinschaft deckt ihre Ausgaben zu 60 vH durch Zolleinnahmen und Agrarabschöpfungen. Der Rest wird durch Finanzbeiträge der Mitgliedsländer aufgebracht. Kredite wurden bisher nicht aufgenommen. Ursprünglich war geplant, die Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuer zum 1. Januar 1975 zu vereinheitlichen und der Gemeinschaft einen bestimmten Anteil an dieser Steuer, maximal einen Prozentpunkt, zu überlassen. Da dieses Vorhaben aber erst in einigen Jahren verwirklicht sein dürfte, behilft man sich in der Zwischenzeit damit, die Finanzbeiträge entsprechend dem jeweiligen Bruttosozialprodukt, bewertet zu Haushaltsrechnungseinheiten, auf die einzelnen Länder umzulegen.

37. Ein Großteil des Unbehagens, das gegenüber dem Finanzgebaren der Europäischen Gemeinschaften besteht, rührt daher, daß die Haushaltsbefugnisse bis 1975 noch in den Händen der Exekutive, nämlich des Ministerrats, lagen. Im Juli 1975 erst wurde ein Vertrag unterzeichnet, der dem Europäischen Parlament größere Befugnisse einräumt. Vor allem erhält es das Recht, den Entwurf eines Haushaltsplans zurückzuweisen und eine neue Vorlage zu verlangen. Bei Ausgaben, auch wenn sie sich zwingend aus dem Vertrag von Rom oder aus Rechtsakten der Gemeinschaft ergeben, kann es Änderungen anregen, die vom Rat nur mit qualifizierter Mehrheit zurückgewiesen werden können, soweit die Änderungen keine Mehrausgaben bedingen. Künftig kann allein das Europäische Parlament der Kommission die Entlastung zum Haushaltsvollzug erteilen.

Steiniger Weg zur Wirtschaftsunion

38. Nachdem die Gemeinschaft 1974 auf dem eingeschlagenen Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion aus dem Tritt geraten war, gewann 1975 die Einsicht wieder an Boden, daß sich manche Probleme leichter gemeinsam bewältigen lassen. Wo nationale Interessen auf dem Spiel stehen, stößt der Wille zur Gemeinsamkeit jedoch nach wie vor rasch an Grenzen. So führte Frankreich im September gegen den Einspruch der Kommission einen Sonderzoll von 12 vH auf billige italienische Importweine ein, die den südfranzösischen Winzern die Absatzmöglichkeiten für ihre eigenen Weine wegzunehmen drohten. Frankreich brach damit den EG-Vertrag. Großbritannien erklärte, es werde sich bei der bevorstehenden Konferenz der Industrieländer mit den ölfördernden Ländern nicht von der Gemeinschaft vertreten lassen, da es in Kürze selbst ein bedeutendes ölförderndes Land sein werde.

39. Dagegen stellte das britische Referendum vom 5. Juni 1975 ein überraschend klares Votum für die Gemeinschaft dar; zwei Drittel der Bevölkerung sprachen sich für den Verbleib in der Gemeinschaft aus. Vorangegangen waren Verhandlungen, in denen dem Wunsch Großbritanniens entsprochen wurde, seinen Beitrag zum europäischen Haushalt herabzusetzen.

Einigung konnte zu Beginn des Jahres ferner über den europäischen Regionalfonds erzielt werden, für den sich Großbritannien ebenfalls eingesetzt hatte. In den ersten drei Jahren ist der Fonds insgesamt mit 1,3 Mrd RE dotiert. Ihm ist bei dem Abbau des starken regionalen Gefälles in der Gemeinschaft eine wichtige Rolle zugedacht. Es gelang allerdings nicht, die Hilfe auf nur wenige Regionen zu konzentrieren, wie es vor allem von der Kommission gefordert worden war.

40. Lange überfällig ist die Reform der europäischen Rechnungseinheit, die den Kontakt zu den gegenwärtigen Wechselkursen verloren hat. Im März 1975 kam der Rat der Gemeinschaft überein, zunächst für die Europäische Investitionsbank und den Entwicklungsfonds eine neue Rechnungseinheit einzuführen, die später auch auf die anderen Bereiche ausgedehnt werden soll, beispielsweise auf den Gemeinschaftshaushalt und den Agrarmarkt, für die derzeit jeweils noch unterschiedliche Rechnungseinheiten gelten. Die neue Rechnungseinheit ist ähnlich den Sonderziehungsrechten (JG 74 Ziffer 25) als Währungskorb mit festen Gewichten der verschiedenen Währungen definiert [1]), sie ist also in ihrem Wert gegenüber der einzelnen Währung variabel. Wird beispielsweise eine Währung niedriger bewertet, so steigt der Gegenwert der Rechnungseinheit in dieser Währung. Solange der EG-Haushalt teilweise noch durch Finanzbeiträge der Mitgliedsländer gedeckt werden muß, bedeutet das bei einem festen Verteilungsschlüssel in Rech-

[1]) 1 RE = 0,828 DM + 0,0885 £ + 1,15 FF + 109 Lit + 0,296 hfl + 3,66 BF + 0,14 luxF + 0,217 dKr + 0,00759 ir. £.

nungseinheiten für ein Land, dessen Währung abgewertet wird, daß es in eigener Währung mehr zahlen muß. Weil die Übertragungen aus dem EG-Haushalt aber ebenfalls in Rechnungseinheiten erfolgen, erhält ein solches Land andererseits auch mehr in seiner eigenen Währung zurück. Länder mit starken Währungen würden künftig weniger als bisher zum Haushalt der Gemeinschaft beitragen, aber auch weniger aus ihm erhalten. Das Problem, das einen Übergang auf die neue Rechnungseinheit noch erschwert, kann daher nur darin liegen, daß Länder wie Italien, Großbritannien oder Irland fürchten, ihre nationalstaatlichen Haushalte durch zusätzliche Ausgaben zu belasten, während die Einnahmen am Haushalt vorbeifließen.

III. Außenwirtschaftliche Anpassungsprobleme gemildert

41. Die schwere Wirtschaftskrise in den Industrieländern hat entgegen weitverbreiteten Befürchtungen nicht dazu geführt, daß der internationale Handels- und Kapitalverkehr beschränkt wurde. Nur vereinzelt wurden Einfuhren administrativ erschwert. Keines der wichtigen Handelsländer führte neue Kapitalverkehrskontrollen ein. Ein unheilvoller Abwertungswettlauf, wie er während der dreißiger Jahre stattgefunden hatte, blieb ebenfalls aus; im Gegenteil, die Defizitländer waren sogar bestrebt, eine Abwertung ihrer Währung zu verhindern. Dazu hat nicht zuletzt beigetragen, daß die hohen Leistungsbilanzdefizite des Jahres 1974 bereits 1975 beträchtlich vermindert werden konnten. Zu fragen bleibt jedoch, inwieweit dies nur eine vorübergehende Folge der Rezession ist, ob sich also mit deren Überwindung die Probleme wieder in alter Form stellen, und inwieweit die Rezession tatsächlich geholfen hat, die ursprünglichen Schwierigkeiten, die von der Ölkrise nur verschärft worden waren, nachhaltig zu verringern.

42. Schon vor Beginn der Ölkrise gab es in vielen Industrieländern erhebliche Zahlungsbilanzprobleme, verursacht vor allem durch das Auseinanderklaffen der Inflationsraten. Darin spiegelte sich in erster Linie der unterschiedliche Rang, der dem Stabilitätsziel in den einzelnen Ländern zugemessen wurde. Ab Ende 1972, als zunächst die Rohstoffpreise stark anzogen und sich nur ein Jahr später die Ölpreise vervierfachten, nahmen die Unterschiede in den Teuerungsraten noch einmal kräftig zu. Da die Defizitländer durch hohe Kreditaufnahme im Ausland lange Zeit Währungsabwertungen und binnenwirtschaftliche Anpassungsprozesse hinauszögerten, vergrößerten sich die Zahlungsbilanzschwierigkeiten weiter. Restriktive Maßnahmen wurden unumgänglich. Im Gefolge der Weltrezession wurden die Abstände in den Inflationsraten dann allmählich wieder geringer. Dies könnte sich jedoch als von nur kurzer Dauer erweisen, wenn Länder wie Japan, Frankreich, Italien, Großbritannien oder Dänemark, in denen der Geldwertschwund noch immer vergleichsweise hoch ist, wieder mehr in den konjunkturellen Aufwind geraten. Bisher hat es allerdings den Anschein, daß kaum ein Land bereit ist, seine teuer erkauften Erfolge im Kampf gegen die Inflation wieder preiszugeben. Da es zunächst bei vorsichtig dosierten Expansionsmaßnahmen blieb, kann man hoffen, daß die Inflation nicht mehr als ein Mittel angesehen wird, mit dem Arbeitslosigkeit verhindert werden kann.

43. Die Annäherung der Inflationsraten im Jahre 1975 trug dazu bei, die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der Gruppe der Industrieländer zu vermindern. Aber auch die Defizite gegenüber Drittländern wurden abgebaut. Aufgrund der schwachen Nachfrage ging in allen OECD-Ländern die Einfuhr von Öl, anderen Rohstoffen und Vorprodukten der Menge nach deutlich zurück, während die Ausfuhr von Industriegütern noch anstieg. Gleichzeitig verbesserte sich 1975 auch das Verhältnis von Ausfuhrpreisen zu Einfuhrpreisen (Terms of Trade) wieder zugunsten der Industrieländer. Die Mengenwirkungen und die Preiswirkungen trugen etwa gleichviel zur Abnahme des Handelsbilanzdefizits der OECD-Länder gegenüber dem Rest der Welt bei. Mit dem konjunkturellen Aufschwung dürfte es sich — angesichts der gegenwärtig sehr niedrigen Lagerbestände — allerdings schon bald wieder als notwendig erweisen, mehr aus Drittländern zu importieren. Zudem ist zu erwarten, daß eine solche Nachfragebelebung die Einfuhren erneut verteuern wird.

44. Doch muß es nicht wieder zu so außerordentlichen Ungleichgewichten in den Zahlungsbilanzen kommen wie 1974. Es gibt Anzeichen dafür, daß seit Beginn der Krise Anpassungsprozesse in Gang gekommen sind, die auf mittlere Sicht eine Konsolidierung begünstigen:

— Die Ölförderländer haben ihren plötzlichen Devisenreichtum rascher und in größerem Umfang als erwartet dazu verwendet, Industriegüter zu kaufen, die sie für ihre ehrgeizigen Entwicklungspläne benötigen. Sowohl 1974 wie 1975 steigerten sie ihre Einfuhr real um jeweils rund 40 vH. Da ihr Bedarf auch künftig weiter zunehmen wird, wenn auch mit weniger spektakulären Zuwachsraten, dürfte sich dadurch das Handelsbilanzdefizit der Industrieländer zumindest vorläufig verringern, auch wenn die Ölimporte mit dem Aufschwung wieder ansteigen.

— Bedeutsame Wirkungen auf die Handelsbilanzen werden nach und nach auch davon ausgehen, daß die Industrieländer ihre Abhängigkeit von Ölimporten verringern. In den meisten Ländern bemüht man sich verstärkt darum, auf vielerlei Art Energie einzusparen. In der Nordsee und in Alaska werden Ölquellen erschlossen; für die Ölgewinnung aus Teersänden und Ölschiefer werden erhebliche Mittel aufgewendet. Die Umleitung von Ressourcen in diese neuen Produktionen ging bisher wegen der brachliegenden Kapazitäten reibungslos vonstatten.

— Schließlich sind inzwischen auch die Probleme des Recycling, also des Umleitens der finanziellen Überschüsse der OPEC-Länder in Länder mit Leistungsbilanzdefiziten, kleiner geworden. Im

Jahre 1974 war es des Risikos wegen oft schwergefallen, die überwiegend kurzfristig am Euro-Markt angelegten Ölgelder in langfristige Kredite an die Defizitländer zu verwandeln. Inzwischen fließen OPEC-Überschüsse zunehmend in langfristige Anlagen, seien es Direktinvestitionen oder Portfolioinvestitionen.

45. Gleichwohl ist zu vermuten, daß die Leistungsbilanzprobleme der Industrieländer auf kurze Frist noch keineswegs ausgeräumt sind, sowohl was die Ungleichgewichte innerhalb der Gruppe wie diejenigen gegenüber den OPEC-Ländern anlangt. Die Gefahr, daß die Defizite zunächst wieder zunehmen, wird um so größer sein, je eher die Stabilisierungsprozesse im Verlauf des Aufschwungs abgebrochen und die Inflationsdifferenzen zwischen den Industrieländern wieder größer werden. Zusätzliche Probleme können entstehen, wenn, was nicht sehr wahrscheinlich ist, die OPEC-Länder die Ölpreise erneut kräftig anheben sollten, um die Relation des Ölpreises zu den Industriegüterpreisen, wie sie etwa Anfang 1974 bestand, wieder herzustellen oder gar zu übertreffen. Die Europäische Gemeinschaft hat die Zwischenzeit nicht genutzt, Vorkehrungen für Rohstoffkrisen der Zukunft zu treffen. Die neu geschaffenen Kreditsysteme im Rahmen des Internationalen Währungsfonds und der OECD sind nur Sicherheitsnetze, die der Zahlungsunfähigkeit vorbeugen sollen. Immerhin sind manche Länder, so vor allem Italien, inzwischen aufgrund ihrer Erfolge im Kampf gegen die Inflation auch kreditwürdiger geworden.

Werden die Stabilisierungserfolge einigermaßen verteidigt, bis alternative Energiequellen in größerem Umfang zur Verfügung stehen, so ist zu erwarten, daß die außenwirtschaftlichen Störungen immer mehr an Gewicht verlieren.

Bedrängte Entwicklungsländer

46. Während sich in den Industriestaaten 1975 die außenwirtschaftlichen Probleme im Vergleich zum Vorjahr beträchtlich verringerten, gerieten die nichtölfördernden Entwicklungsländer zunehmend in Schwierigkeiten. Besonders betroffen waren jene, die über gar keine Rohstoffquellen verfügen. Die Ölpreishausse und die weltweite Rezession beendeten aber auch bei den rohstoffreichen Entwicklungsländern abrupt die günstige Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre.

Von 1971 bis zur Jahresmitte 1974 konnten die nicht zur OPEC gehörenden Entwicklungsländer dank stark gestiegener Erlöse aus Rohstoffverkäufen ihre Einfuhren real um 12 vH pro Jahr ausdehnen und obendrein ihre Währungsreserven beträchtlich aufstocken. Als sich 1974 in den Industrieländern die Produktion immer mehr abschwächte und die Läger daran angepaßt wurden, ließ die Nachfrage nach Rohstoffen rasch nach; deren Weltmarktpreise gingen kräftig zurück, während die Preise für Industriewaren weiter stark anzogen und der Ölpreis hoch blieb. Das zusammengefaßte Leistungsbilanzdefizit der Entwicklungsländer schwoll daher rasch von 2 1/2 Mrd Dollar im Jahre 1973 auf 16 1/2 Mrd Dollar im Jahre 1974 und auf voraussichtlich 27 1/2 Mrd Dollar im Jahre 1975 an. Zwar konnten jene Entwicklungsländer, die Rohstoffe exportieren, 1974 ihre Einfuhren noch fast unvermindert steigern, indem sie ihre Reserven angriffen und wieder vermehrt Kredite auf dem Euro-Markt, bei den OPEC-Ländern direkt und bei internationalen Organisationen aufnahmen; im Jahre 1975 mußten aber auch sie ihre Importe verringern.

Es ist damit zu rechnen, daß der konjunkturelle Aufschwung in den westlichen Industrieländern schon nächstes Jahr dazu führen wird, daß diese Entwicklungsländer der Menge nach wieder mehr exportieren und sich gleichzeitig die Rohstoffpreise erholen. Mit den abnehmenden Finanzierungsproblemen dürften auch die Importe der Entwicklungsländer wieder expandieren. Ihre außenwirtschaftliche Lage wird gleichwohl vorerst nicht mehr so günstig sein wie in den Jahren unmittelbar vor 1974.

47. Die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit, insbesondere der bemerkenswerte Erfolg des OPEC-Kartells, haben allem Anschein nach bewirkt, daß die Entwicklungsländer inzwischen selbstbewußter sprechen und handeln. Wenngleich ihre greifbaren Erfolge bislang gering blieben, so ist immerhin die größere handelspolitische Konzessionsbereitschaft der Industrieländer nicht zu übersehen. Dazu mag beigetragen haben, daß eine gesicherte Rohstoffversorgung von diesen heute höher veranschlagt wird als vor dem Ölschock und daß man bereit ist, dafür einen Preis zu zahlen. Langwierige, bis dahin wenig erfolgreiche Verhandlungen über einen erleichterten Zugang der Entwicklungsländer zu den Märkten der Industrieländer konnten 1975 abgeschlossen werden. Auch die Verknüpfung von Weltwährungsreform und Entwicklungshilfe („link"), die die Industriestaaten lange Zeit abgelehnt hatten, bleibt Verhandlungsgegenstand, und zwar mit besseren Aussichten auf Erfolg als zuvor.

Das Bestreben der Entwicklungsländer ist gegenwärtig vor allem aber darauf gerichtet,

— weltweite Rohstoffkartelle zu schaffen,

— ein umfassendes System von Warenabkommen ins Leben zu rufen und

— die reale Kaufkraft ihrer Exporterlöse dadurch zu sichern, daß die Rohstoffpreise an einen noch näher zu bestimmenden Index der Weltmarktpreise für Industriegüter gebunden werden.

48. Diese Pläne laufen letztlich darauf hinaus, das Verhältnis von Rohstoffpreisen zu Industriegüterpreisen weitgehend festzuschreiben und den Rohstoffländern Einkommensgarantien zu geben. Da dies den Industrieländern als unannehmbar erscheint, schlagen sie vor, das freie Spiel der Preise auf den Rohstoffmärkten im wesentlichen aufrechtzuerhalten. Ein nachträglicher Einkommensausgleich wird dabei nicht ausgeschlossen. Die Industrieländer scheinen zudem bereit zu sein, Abkommen mitzufinanzieren, die dazu dienen, starke Schwankungen der Weltmarktpreise für Rohstoffe zu dämpfen.

Die Gefahr, die für die optimale Nutzung der Ressourcen der Welt durch Vereinbarungen entsteht, die die Bewegung der relativen Preise behindern, darf nicht unterschätzt werden. Auch für die Entwicklungsländer selbst müssen solche Vereinbarungen nicht von Vorteil sein, weil sie den eigenen wachstumsfördernden Strukturwandel beeinträchtigen. Freier Zugang zu den Märkten der Industrieländer in Verbindung mit technischer Hilfe und mit Kapitalhilfe dürfte ihnen nach wie vor mehr Erfolg versprechen. Allerdings ist es angesichts des Rückgangs der Entwicklungshilfe, gemessen als Anteil am Sozialprodukt der reichen Länder, durchaus verständlich, daß die Entwicklungsländer auch andere Wege zu beschreiten versuchen, die sich für sie immerhin als zweitbeste Lösung anbieten.

Flexibles Weltwährungssystem

49. Die Frage, ob die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte nachhaltig vermindert worden sind, muß auch im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Weltwährungsordnung gesehen werden. Unstreitig ist, daß diese trotz der tiefgreifenden Wandlungen, die die Weltwirtschaft in den letzten Jahren kennzeichneten, gut funktionierte.

Die heutige Währungsordnung ist ein System von grundsätzlich flexiblen, aber vielfach stark manipulierten Währungen (managed floating). Zehn Währungen, darunter Dollar, Yen, Pfund und Lira, floaten unabhängig und acht Währungen floaten gemeinsam (europäischer Währungsverbund). Die übrigen mehr als hundert Währungen sind entweder an eine einzelne andere Währung oder an eine Gruppe von Währungen fest gebunden. Die Notenbanken der achtzehn Länder (Welthandelsanteil: 70 vH) intervenieren am Devisenmarkt, nicht nur, um kurzfristige Ausschläge in den Wechselkursen zu mildern, sondern auch, um die Kurse mittelfristig zu beeinflussen.

50. Grundsätzlich gibt es bei flexiblen Wechselkursen keine außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte im strengen Sinne, da das Angebot an und die Nachfrage nach Devisen stets für einen Marktkurs sorgen, der die Leistungs- und Kapitalströme im Gleichgewicht hält. Dieser Ausgleich kam — insbesondere im Verhältnis zwischen Dollar und „Schlangenwährungen" — während des fast dreijährigen allgemeinen Floatens unter größeren Kursausschlägen zustande, als ursprünglich erhofft worden war. An den Devisenmärkten bildeten sich keine genügend stabilen Vorstellungen über die mittelfristige Kursentwicklung heraus (Ziffern 171 ff., 422).

51. Länder wie Italien und Großbritannien bemühten sich im Gefolge der Ölpreishausse vor allem 1974, durch Kapitalimporte die Abwertung ihrer Währungen zu bremsen, um der Wirtschaft für eine stärkere Ausrichtung ihrer Kapazitäten auf den Export mehr Zeit einzuräumen. Dieses Bemühen erforderte aber den Einsatz beträchtlicher Kapitalsummen, die ihnen nicht unbegrenzt vom Ausland zur Verfügung gestellt wurden. Zeitweise bestand daher die Gefahr, daß diese Länder zu Importbeschränkungen und Kapitalverkehrskontrollen greifen würden, um so ihr Wechselkursziel zu erreichen. Obwohl eine solche Gefahr zur Zeit wegen der verminderten außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte gering ist, kann diese Störquelle für den freien Welthandel wieder an Bedeutung gewinnen.

52. Auch 1975, in einem Jahr ohne größere außenwirtschaftliche Störungen, kehrte an den Devisenmärkten keine Ruhe ein. Die Aufwertungstendenz der „Schlangenwährungen", die im September 1974 mit dem Zinsabbau in den Vereinigten Staaten begonnen hatte, hielt bis März 1975 an. Ab Juni 1975 setzte ein rascher Kursverfall ein, als sich die Zinsdifferenzen umkehrten und sich in den Vereinigten Staaten ein Wirtschaftsaufschwung abzeichnete, was dem Dollar einen Vertrauensgewinn eintrug. Erst Anfang Oktober trat eine Wende ein, nachdem sich der Außenwert des Dollar innerhalb von drei Monaten um 14 vH gegenüber den Währungen des Floatingblocks erhöht hatte (Ziffer 170).

Der Dollar gewann 1975 als internationale Transaktionswährung wieder erheblich an Boden, nachdem er zuvor diese Rolle zunehmend mit der D-Mark und dem Schweizer Franken hatte teilen müssen. Die OPEC-Länder ließen von ihrem Vorhaben ab, die Ölpreise in Sonderziehungsrechten auszudrücken.

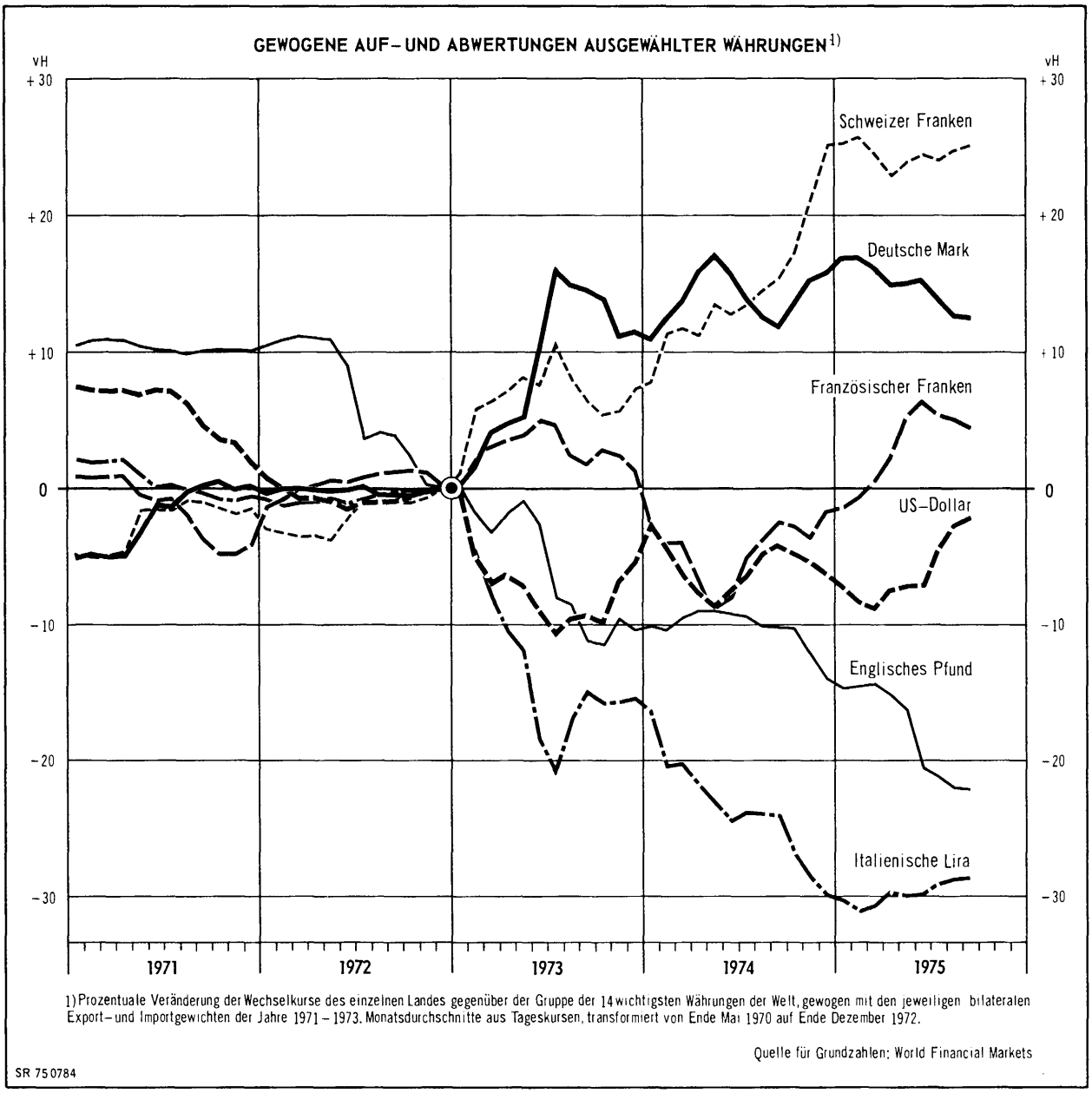
Der Außenwert des Pfund Sterling ging im Verlaufe des Jahres 1975 immer mehr zurück. Die hohen Inflationsraten und der unerfreulichen wirtschaftlichen Aussichten des Landes ließen den gewogenen Wechselkurs des Pfundes von Januar bis November um rund 10 vH sinken; die Bank von England setzte dem kaum noch Widerstand entgegen. Die Kapitalzuflüsse aus den OPEC-Ländern, die 1974 noch kursstützend gewirkt hatten, blieben zunehmend aus.

Als erstaunlich stabil erwies sich dagegen die italienische Lira, deren Außenwert 1975 weitgehend konstant blieb (Schaubild 5). Das ist wohl darauf zurückzuführen, daß die Lira 1974 sehr stark abgewertet worden war und daß die italienische Regierung Mitte 1974 restriktive Maßnahmen ergriffen hatte.

53. Innerhalb des europäischen Floatingblocks kam es 1975 nur zu geringen Spannungen: Keine der beteiligten Währungen mußte auf- oder abgewertet werden, und keine verließ, anders als in den beiden Jahren zuvor, den Block. Allerdings unterschied sich die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Ländern auch nicht wesentlich. Sie legte daher überall ähnliche wirtschaftspolitische Reaktionen nahe. Da die monetäre Politik in der Bundesrepublik früher als in den Partnerländern auf einen expansiveren Kurs einschwenkte und die Zinsen hier kräftiger als dort zurückgingen, befand sich die D-Mark meist am unteren Ende der „Schlange" und mußte gestützt werden (Ziffer 170).

Der französische Franken, der den Floatingblock im Januar 1974 verlassen hatte und danach gegenüber den Währungen des Blocks zunächst stark im Kurs gesunken war, kehrte am 10. Juli 1975 zu seinem

Schaubild 5



alten Leitkurs [1]) in den Verbund zurück. Nicht nur die Kapitalaufnahme im Ausland, sondern auch die rasche Abnahme des Leistungsbilanzdefizits hatten dazu geführt, daß der Franken seit Juni 1974 gegenüber den im Block verbliebenen Währungen wieder höher bewertet wurde.

Obwohl spätestens mit dem vorübergehenden Ausscheiden Frankreichs aus dem Währungsverbund hätte deutlich werden müssen, daß der Block nur dann auf Dauer zusammengehalten werden kann, wenn die Regeln für die Mitgliedschaft stabilitätspolitisch gehärtet werden, unternahmen die im Block verbliebenen Länder nichts (Ziffern 417 ff.). Vielmehr honorierten sie die Rückkehr des Franken in den Block mit einer von Frankreich geforderten Ausweitung des währungspolitischen Beistandsmechanismus, die höhere finanzielle Risiken für alle Beteiligten mit sich bringt.

Die Rückzahlungsfrist für die unbegrenzten Deviseninterventionen zur Wahrung des Währungsverbundes ist von höchstens sechs Wochen auf drei Monate erhöht worden und kann mit Einwilligung des Kreditgebers bis auf sechs Monate ausgedehnt werden. Die ausstehende Höchstsumme darf jedoch die Schuldnerquoten der einzelnen Mitgliedstaaten im System des kurzfristigen Währungsbeistandes nicht überschreiten. Soweit die Interventionen die Quoten des kurzfristigen Beistandes übersteigen, müssen sie wie bisher innerhalb einer Frist von 30 bis 45 Tagen abgerechnet werden.

[1]) 100 FF = 57,97 DM = 60,40 hfl = 876,4 bFr = 136,4 dKr

So sehr zu begrüßen ist, daß die Europäische Gemeinschaft wenigstens nicht mehr in vier Währungsräume gespalten ist, seit Frankreich in den Festkursverbund zurückgekehrt ist, so wenig ist die Gefahr zu übersehen, daß die noch immer hohen Inflationsraten eines so großen Landes rasch auf die übrigen Länder ausstrahlen können.

54. Aufgrund der Erfahrungen, die mit flexiblen, wenn auch manipulierten Wechselkursen gemacht wurden, haben die Reformbestrebungen im Rahmen des Internationalen Währungsfonds weiter an Elan verloren. Nach dem Zusammenbruch des Festkurssystems von Bretton-Woods war zunächst über eine neue Weltwährungsordnung mit festen, aber anpassungsfähigen Wechselkursen verhandelt worden. Die Auswirkungen der Ölkrise haben diese Bemühungen in den Hintergrund gedrängt. Inzwischen geht es vor allem darum, Vereinbarungen zu treffen über Höhe und Verfügbarkeit internationaler Reserven (Sonderziehungsrechte, Gold), über Mitgliedsquoten beim IWF sowie darüber, inwieweit die einzelnen Notenbanken auf den Devisenmärkten intervenieren sollten. Besonders die Länder mit schwachen Währungen bestanden auf verbesserten internationalen Kreditmöglichkeiten. Im Jahre 1975 wurde daher die Ölfazilität des IWF um 5 Mrd Sonderziehungsrechte aufgestockt; die EG-Mitgliedsstaaten vereinbarten, bei Bedarf gemeinschaftlich gesicherte Anleihen bis zur Höhe von 2,5 Mrd Rechnungseinheiten bei den Ölförderländern aufzunehmen. Außerdem einigten sich die Industrieländer im Rahmen der OECD auf einen Fonds in Höhe von 20 Mrd SZR, aus dem sie sich in Notfällen — vor allem bei neuen Zahlungsbilanzkrisen — gegenseitig Kredite gewähren wollen. Angestrebt wird auch, die starken Wechselkursschwankungen zwischen den beiden großen Währungsräumen Nordamerika und Westeuropa zu mildern. Im Februar 1975 kamen die amerikanische, die deutsche und die schweizerische Notenbank überein, durch gezielte, gegenseitig abgesprochene Markteingriffe auf mehr Kursstabilität hinzuwirken (Ziffer 421). Im November bekräftigten die Regierungschefs der sechs größten westlichen Industrieländer ihre Absicht, die Wechselkurse ihrer Währungen fester aneinander zu binden. Die neue Formel scheint zu sein „stabil, aber anpassungsfähig".

TEIL B:
Die Binnenkonjunktur 1975

I. Überblick

55. In der Bundesrepublik herrschte 1975 ebenso wie in fast allen anderen westlichen Industrieländern erhebliche Unterbeschäftigung. Die deutsche Wirtschaft hatte zwar stabilitätspolitisch und konjunkturell einen Vorlauf vor dem Ausland, so daß die Wirtschaftspolitik früher als anderswo auf Expansionskurs gehen konnte; ihre Exportabhängigkeit erwies sich jedoch als zu groß, als daß sie sich der weltweiten Rezession hätte entziehen oder gar im Aufschwung hätte vorangehen können. Der Einbruch der Auslandsnachfrage brachte die monetären und finanzpolitischen Expansionsmaßnahmen um die erhoffte Wirkung. Investoren und Konsumenten blieben zurückhaltend. Der Staat allein konnte die Nachfragelücke nicht füllen. Die Kapazitätsauslastung ging das Jahr über weiter zurück, und der Beschäftigungsabbau setzte sich fort. Preissteigerungen waren immer schwerer durchzusetzen, am wenigsten bei Industrieerzeugnissen, wo die Auslandskonkurrenz nun besonders groß war; auf der Verbraucherstufe blieb der Geldwertschwund allerdings noch vergleichsweise hoch.

Gegenwärtig, im Herbst 1975, ist die konjunkturelle Lage im Inland bei abgeschwächtem Preisauftrieb noch immer durch eine unzureichende Auslastung der Produktionsanlagen und hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Die Zeichen für einen Aufschwung mehren sich jedoch.

56. Schon das Jahr 1975 hatte nicht nur mehr Preisstabilität, sondern auch wieder mehr Beschäftigung bringen sollen. Dies erschien auch durchaus möglich, vorausgesetzt, es wiederholten sich die Fehler und Irrtümer nicht, die zu Beginn des Jahres 1974 den Konflikt zwischen dem Stabilitätsziel und dem Beschäftigungsziel noch einmal gravierend verschärft hatten. Der Finanzierungsspielraum konnte, so war die Rechnung, erweitert und die expansiven finanzpolitischen Impulse konnten verstärkt werden, ohne daß dies die Rückgewöhnung an mehr Stabilität gefährden mußte. Mit der Belebung der Binnennachfrage sollten überdies die außenwirtschaftlichen Überschüsse abgebaut werden; denn je mehr Absatzchancen sich den Unternehmen wieder im Inland auftaten, um so weniger brauchten sie in den Export zu drängen.

57. Die Bundesbank hatte bereits im Dezember 1974 verkündet, daß sie das Geldangebot — genauer: die Menge des Zentralbankgeldes — im Verlauf des Jahres 1975 um 8 vH ausweiten wolle. Der gesamtwirtschaftliche Finanzierungsspielraum sollte damit weiter bemessen sein, als er es 1974 war, wenn auch nicht so weit, daß jedwede Preis- und Lohnerhöhung ohne Beschäftigungsrisiko durchgesetzt werden konnte, und dies sollte allen von vornherein bekannt sein. An ihre Ankündigung hat sich die Bundesbank auch gehalten. Dabei war sie bestrebt, der Wirtschaft den erweiterten Finanzierungsspielraum möglichst früh zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen dieser Politik hat die Bundesbank den Diskontsatz und den Lombardsatz mehrfach gesenkt, zuletzt auf $3^1/_2$ % bzw. $4^1/_2$ %. Die monetären Voraussetzungen für einen Aufschwung waren also gegeben.

58. Ganz auf Beschäftigungsstützung waren die öffentlichen Haushalte angelegt. Schon die Pläne für 1975 sahen beträchtliche Erleichterungen durch die Steuer- und Kindergeldreform und kräftig steigende Ausgaben vor. Um diese expansiven Impulse zu verstärken, verabschiedete die Bundesregierung zudem noch vor der Jahreswende ein Sonderprogramm. Es enthielt zusätzliche öffentliche Investitionen von 1,13 Mrd DM und unmittelbare Arbeitsmarkthilfen von 0,6 Mrd DM; außerdem sollte ein möglichst großer Teil der für das ganze Jahr 1975 geplanten Ausgaben in die erste Jahreshälfte vorgezogen werden. Zur Anregung der privaten Investitionstätigkeit wurde eine befristete Investitionszulage von 7,5 vH gewährt.

59. Ob die Unternehmen diese Zulage ebenso wie die Zinssenkung nicht nur als willkommene Verbilligung ohnehin geplanter Projekte nutzen, sondern ihre Investitionen ausweiten würden, schien angesichts der geschrumpften Gewinnmargen vor allem vom Ausgang der diesjährigen Lohnrunde abzuhängen. Auch von dieser Seite her zeichnete sich Anfang 1975 eine Verbesserung der Investitionsbedingungen ab. Die Lohnabschlüsse ließen diesmal, anders als 1974, Rücksicht auf die Beschäftigungsrisiken erkennen. Lohnsteigerungen von 6 vH bis 7 vH signalisierten eine Wende, die für die Zukunft auf der Kostenseite Entlastung für die Investoren versprach.

60. Daß die Inlandsbestellungen in den Investitionsgüterindustrien nach der Jahreswende anzogen, wurde vielfach als Zeichen für den Beginn des erhofften Aufschwungs gewertet. Bald zeigte sich jedoch, daß solche Hoffnungen verfrüht waren.

Mit der weltweiten Stabilisierungskrise waren die Auslandsaufträge vom Herbst 1974 an rasch geschrumpft. Der Rückgang kam im Frühjahr 1975 zwar zum Stillstand, doch war er weit über das erwartete Maß hinausgegangen. Die meisten Unternehmen mußten daher ihre Produktion so weit drosseln, daß das Produktionsergebnis je Beschäftigten auch mit den mäßiger steigenden Löhnen nicht Schritt hielt und der Kostendruck weiterhin

hoch blieb. Die Erträge durch Preissteigerungen zu verbessern, ließ der Wettbewerb auf den meisten Märkten kaum zu. Schwerer als dies aber wog wohl für viele Investoren, daß sie sich nun auch ihrer künftigen Absatzchancen im Ausland nicht mehr sicher waren. So zögerten sie, wieder mehr zu investieren, weil die Binnennachfrage allein, selbst wenn sie sich belebte, vielfach noch für lange Zeit keine ausreichende Auslastung ihrer Anlagen versprach.

61. Im Verlauf des Frühjahrs fielen die Inlandsbestellungen von Ausrüstungsgütern auf den Stand von Ende 1974 zurück. Auch die Baunachfrage verharrte trotz der Zinssenkungen auf ihrem niedrigen Niveau. Zur Jahresmitte, als die Frist ablief, bis zu der Investitionsgüter in Auftrag gegeben werden mußten, wenn die Zulage nicht aufs Spiel gesetzt werden sollte, kam es zwar zu einem kräftigen Nachfrageschub; die Investitionsgüterhersteller hatten es jedoch nicht eilig, ihre Produktion auszuweiten, da die Investoren nicht auf Lieferung drängten. Auch in den anderen Wirtschaftsbereichen gab die Nachfrage den Unternehmen das Jahr über wenig Anlaß, ihre Fertigung zu steigern und wieder mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen. Selbst im Sommer waren über eine Million Menschen arbeitslos und Hunderttausende von Kurzarbeit betroffen. Die Sorge um die Arbeitsplätze und die Ungewißheit über die weitere Wirtschaftsentwicklung hielt auch die Konsumenten davor zurück, wieder mehr von ihrem Einkommen auszugeben, obwohl ihre Kaufkraft durch die Steuerreform gestiegen war und die Banken sie mit zinsgünstigeren Kreditangeboten umwarben. So trat die Konjunktur weiter auf der Stelle.

62. Im August beschloß die Bundesregierung ein weiteres Ausgabenprogramm in Höhe von 5,75 Mrd DM, das vor allem der Bauwirtschaft zugute kommen und verhindern soll, daß die Strukturanpassung dort über das mittelfristig notwendige Maß hinausgeht. Inzwischen scheint sich die Baunachfrage zu festigen. Bei den Bestellungen von Ausrüstungsgütern ist die Lücke ausgeblieben, die nach dem Auftragsschub um die Jahresmitte vielfach erwartet worden war. Die Auslandsnachfrage hat zuletzt wieder angezogen. Viel dürfte davon bis Ende des Jahres allerdings nicht mehr beschäftigungswirksam werden. So ist für den Winter noch einmal mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen, wenn auch überwiegend aus saisonalen Gründen. Aufs ganze Jahr gesehen dürfte das reale Sozialprodukt 1975 um 3½ vH niedriger sein als im Vorjahr, und die Arbeitslosenquote dürfte fast 5 vH betragen. Für viele tritt dahinter zurück, daß der Geldwertschwund, mißt man ihn am Anstieg der Verbraucherpreise, im Jahresdurchschnitt von 7 vH auf 6 vH zurückging.

II. Ursprünge der Krise

63. Das Jahr 1975 nur unter dem Blickwinkel enttäuschter Hoffnungen auf einen neuen Aufschwung sehen zu wollen, hieße die jüngste Entwicklung verkürzt und damit falsch zu sehen. Gewiß wäre es zu begrüßen gewesen, wenn der Weg durch die Talsohle kürzer und die Beschäftigung höher gewesen wäre; für eine raschere Erholung fehlte der Wirtschaft aber offenbar noch die Kraft. Den Ursachen dafür nachzugehen, weitet zugleich den Blick über das Jahr hinaus. Denn zu den Fehlentwicklungen ist es nicht von heute auf morgen gekommen, wenn aktuelle Einflüsse sie auch verstärkten. Sie haben ihre Wurzeln in Fehlern und Versäumnissen der Vergangenheit — in überzogenen Ansprüchen und inflatorischem Handeln, aber auch in allzu langer Duldung von beidem —, ablesbar am beschleunigten Geldwertverfall in den vergangenen Jahren. Die Rückgewinnung von mehr Stabilität mußte zu Produktionseinschränkungen und zu Beschäftigungseinbußen führen, soweit und solange die in die Zukunft gerichteten Dispositionen auf einen Fortgang der Inflation gebaut waren. Inzwischen ist die Inflationsgewöhnung schwächer geworden. Die Erholung konnte eingeleitet werden. Sie konnte jedoch nicht forciert werden, insbesondere nicht nach dem Einbruch der Auslandsnachfrage.

64. Die Ursprünge der heutigen Krise reichen über den Beginn des letzten Zyklus, des sechsten in der Nachkriegszeit, auf das Ende der sechziger Jahre zurück. Denn schon 1972, als der letzte Aufschwung einsetzte, war deutlich, daß die Chancen vertan waren, die der Abschwung nach dem Boom der Jahre 1969/70 für die Stabilisierungspolitik eröffnet hatte. Der Geldwertschwund war von einem konjunkturellen Problem zu einem Trendproblem geworden. Dies hatte binnenwirtschaftliche wie außenwirtschaftliche Gründe.

— Unter den binnenwirtschaftlichen Gründen ist als erster der Verteilungskampf zu nennen, der sich seit der Boomphase 1969/70 verschärfte, sei es weil sich die beteiligten Gruppen über den Verteilungsspielraum irrten, sei es weil sie sich sorgten, die Gegenseite könne bei eigener Zurückhaltung einen Vorsprung gewinnen, sei es weil sie ihre Anteile am Gesamteinkommen ausbauen oder verteidigen wollten. Lohnsteigerungen, die weit über den in der Wirtschaft erzielbaren Produktivitätsfortschritt hinausgingen, wurden mit Preissteigerungen pariert. Daß die Abwehrversuche der Unternehmen nicht voll gelangen und diese Terrain preisgeben mußten, brachte außer Verlusten an Stabilität zunehmende Beschäftigungsrisiken, auch wenn diese zunächst nicht sichtbar wurden.

— Ein weiterer Grund ist darin zu sehen, daß der Staat zugleich mit den Privaten seine Ansprüche an das Produktionspotential erhöhte, weil er sich mit zahlreichen Reformvorhaben bei der Versorgung mit öffentlichen Gütern und bei der Korrektur der marktmäßigen Einkommensverteilung in die Pflicht begeben hatte. Die Stabilisierung geriet dabei ins Hintertreffen. Der Konflikt für die Finanzpolitik mußte um so größer werden, je mehr die stabilitätspolitische Aufgabe Zurückhaltung bei den öffentlichen Ausgaben

oder ein Zurückdrängen privater Ansprüche verlangte, während die Bürger auf versprochene Leistungsverbesserungen und Steuererleichterungen pochten.

— Außenwirtschaftlich kam das allzu lange Festhalten an fixen Wechselkursen hinzu. Damit wurde der Bundesbank die Herrschaft über die Geldversorgung vorenthalten, so daß sie sich außerstande sah, die Finanzierung der inflatorischen Ansprüche von Privaten und Staat zu verhindern. Solange der Wechselkurs fest und die D-Mark unterbewertet blieben, eröffnete der beschleunigte Geldwertschwund im Ausland den Unternehmen fortgesetzt neue Preiserhöhungsspielräume und erleichterte es ihnen, auf die Auslandsmärkte auszuweichen, wenn die Binnennachfrage sich abzuschwächen begann. Die Beschäftigungswirkungen des steigenden Kostenniveaus im Inland wurden dadurch hinausgezögert.

— Schließlich setzte eine Inflationsgewöhnung ein. Der Widerstand gegen Preissteigerungen ließ nach, und mehr und mehr regierte die Erwartung eines anhaltenden Geldwertschwunds das wirtschaftliche Verhalten. Dies beschleunigte die Inflation.

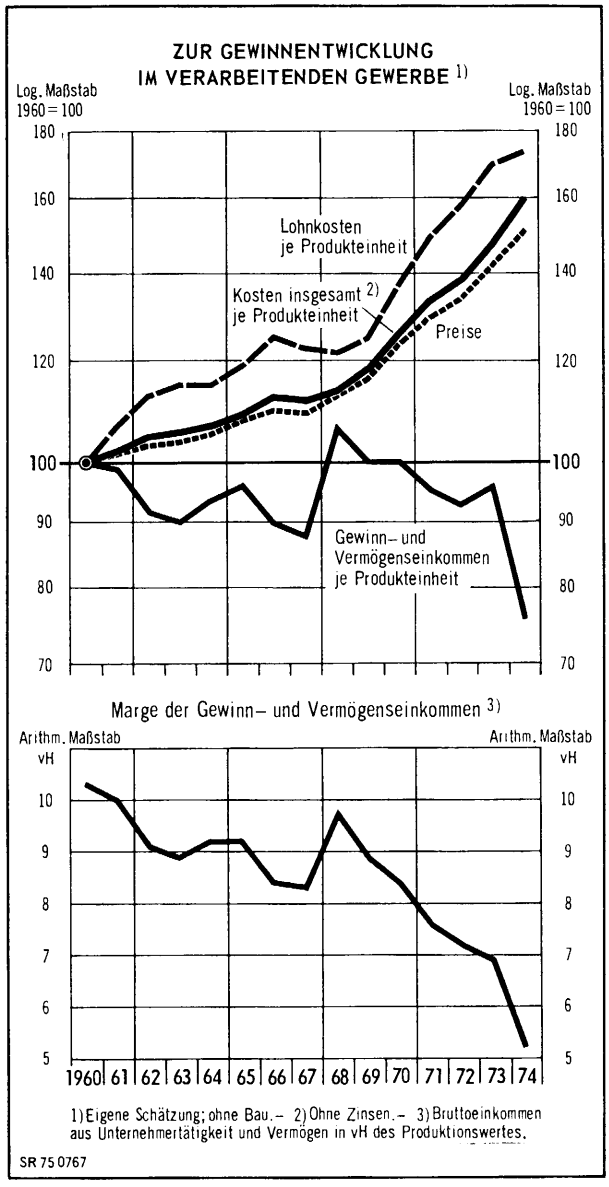
65. Die Verschärfung des Verteilungskampfes ist im Zusammenhang mit einem ungewöhnlich langen Lohn-lag während des Aufschwungs zu sehen, der der Rezession von 1967 gefolgt war. Statt die niedrigen Lohnabschlüsse durch Zügelung der Nachfrageexpansion marktkonform zu machen und damit die erreichten Stabilitätserfolge zu sichern, hatte die Wirtschaftspolitik dem Aufschwung seinen Lauf gelassen. Auf einen Einsatz der neuen Instrumente des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes hatte sie dabei ebenso verzichtet, wie auf eine rechtzeitige außenwirtschaftliche Absicherung. Die Gewinne waren daher den Arbeitnehmereinkommen weit vorausgeeilt. Als dies offenbar wurde, kam es vom Herbst 1969 an zu einer massiven Lohnwelle, die zunächst im Zeichen von Nachholansprüchen stand, sich in der Folgezeit von diesen aber mehr und mehr löste. Im Jahr 1970 stieg das Tariflohn- und -gehaltsniveau je Stunde in der Gesamtwirtschaft um 12,9 vH, im Jahr darauf sogar um 14,1 vH. Da die Konjunktur inzwischen ihren Höhepunkt überschritten hatte, und der erzielbare Produktivitätszuwachs nicht mehr groß war, trieb dies die Lohnstückkosten sprunghaft in die Höhe. In der Gesamtwirtschaft nahmen sie 1970 um 9,9 vH und 1971 um 9,7 vH zu.

66. Der Versuch der Unternehmen, sich des zunehmenden Kostendrucks durch Preiserhöhungen zu erwehren, führte dazu, daß der Preisauftrieb im Abschwung nur wenig schwächer wurde und der Verteilungskampf über den Zyklus hinweg unvermindert anhielt. Die industriellen Erzeugerpreise, früher eine stabile Komponente im allgemeinen Preisniveau, erhöhten sich 1970 um 4,9 vH und 1971 um 4,3 vH; selbst am unteren konjunkturellen Wendepunkt, um die Jahreswende 1971/72, war die Steigerungsrate höher als in der Spitze früherer Zyklen. Auf der Verbraucherstufe erreichte der Geldwertschwund immer größere Raten; in der zweiten Jahreshälfte 1971 war die Inflationsrate, die 1969 noch bei 1,9 vH gelegen hatte, bei fast 6 vH angelangt.

Bedingt durch die Höherbewertung der D-Mark nach der Wechselkursfreigabe vom Mai 1971 schien sich zwar eine Beruhigung des Preisauftriebs anzubahnen, doch erwies sich die Periode des Floating, die im Dezember 1971 mit dem weltweiten Realignment der Wechselkurse endete, als zu kurz, um nachhaltige Wirkungen zu haben. Schon im Verlauf des Jahres 1972, als sich Nachfrage und Beschäftigung wieder belebten, begannen die Preise erneut beschleunigt zu steigen.

67. So hoch die Preissteigerungen für sich genommen auch waren, sie verhinderten nicht, daß sich die Erträge der Unternehmen mehr und mehr verschlechterten. Bis 1971 ging die Gewinnmarge, nimmt

Schaubild 6



man den Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkommen am Produktionswert des verarbeitenden Gewerbes zum Maßstab, auf seinen Wert zurück, der niedriger war als 1967 (Schaubild 6). Dies mochte man zunächst noch als Normalisierung deuten, wie sie im Abschwung üblich ist. Anders als sonst setzte sich der Rückgang jedoch auch im Aufschwung 1972/73 fort.

68. Je mehr die Gewinnmargen schrumpften und je geringer die Aussichten der Unternehmen wurden, trotz beschleunigt steigender Preise auf ihre Kosten zu kommen, um so geringer wurde die Investitionsneigung. Während die Bruttoanlageinvestitionen des Unternehmenssektors, in konstanten Preisen gerechnet, im Abschwungsjahr 1971 noch um 5,9 vH stiegen, nahmen sie in den Aufschwungsjahren 1972 und 1973 nur mehr um 4 vH und 0,7 vH zu. Ein immer größerer Teil der Investitionen diente überdies nicht mehr der Ausweitung des Kapitalstocks, sondern dem Ersatz ausgedienter Anlagen. Der Rückgang der Investitionsneigung, der aus der Einengung der Gewinnmargen resultierte, schuf damit doppelte Beschäftigungsrisiken: kurzfristige, weil Nachfrage ausfiel, und mittelfristige, weil weniger neue Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Die Investitionstätigkeit wäre noch stärker zurückgegangen, hätte die Inflation nicht auch in einzelnen Teilbereichen, wie vor allem im Wohnungsbau, manchem Investor eine Zeitlang leichte Gewinne versprochen. Damit wurden zwar Kapital und Arbeitskräfte fehlgeleitet, wie sich später herausstellen sollte; fürs erste aber wurde der Beschäftigungsrückgang dadurch aufgehalten.

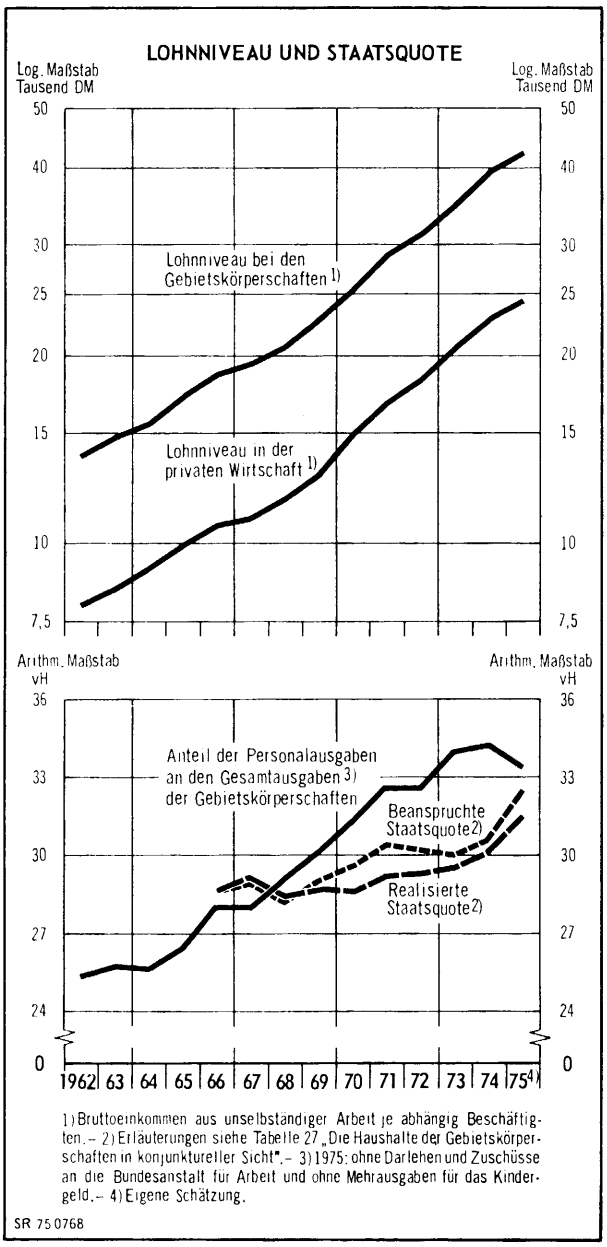
69. Daß die Beschäftigungswirkungen nicht sofort sichtbar wurden, war auch darauf zurückzuführen, daß die Unternehmen wie in früheren Jahren mit verstärkten Exportanstrengungen ihre Kapazitäten auslasten konnten. Die Aufwertung der D-Mark vom Herbst 1969 hatte daran wenig geändert, denn sie war mit 9,3 vH zu gering bemessen, als daß sie die aufgestauten Preis- und Kostendisparitäten zum Ausland hätte beseitigen können. Was sie davon abgebaut hatte, war trotz des Kostenanstiegs im Inland durch das raschere Inflationstempo im Ausland bald wieder aufgeholt. Die D-Mark blieb unterbewertet. Dies zeigte sich auch daran, daß die Aufwertungserwartungen und mit ihnen die Devisenzuflüsse schnell wieder auflebten, wenn auch die Krise des überkommenen Währungssystems und der Vertrauensschwund gegenüber dem Dollar ihren Teil dazu beitrugen. Mit der Freigabe des D-Mark-Kurses vom Mai 1971 schien sich das Blatt für die heimischen Exporteure zu wenden. Nachdem der Markt die deutsche Währung um weitere 6½ vH im gewogenen Durchschnitt aufgewertet hatte, setzte das Realignment dem Aufwertungstrend jedoch bereits im Dezember 1971 ein Ende.

Der Exportanstieg verlangsamte sich nur vorübergehend. Vom Herbst 1972 an kam es mit dem Anziehen der Weltkonjunktur sogar zu einer wahren Nachfrageflut aus dem Ausland. Der Anstieg des Lohnniveaus war so fürs erste ohne schädliche Folgen für die Beschäftigung.

70. Die expansiven Impulse der öffentlichen Haushalte seit 1970 trugen ebenfalls dazu bei, daß die Beschäftigungswirkungen des Kostendrucks eine Zeitlang verdeckt blieben; zugleich aber förderten sie den Fortgang der Inflation.

Für den Staat ergab sich aus dem raschen Lohnanstieg als unmittelbare und sichtbarste Folge eine beträchtliche Zunahme seiner Personalausgaben (Schaubild 7). Der Versuch, dies durch Ausgabenbeschränkung an anderer Stelle auszugleichen, um die Haushalte mittelfristig konjunkturneutral und damit stabilitätskonform zu gestalten, hätte zu Konflikten mit den übrigen staatlichen Aufgaben und den Reformplänen geführt. In dem Bestreben, diese möglichst ungekürzt zu lassen, wurden die Ausgabenansätze im ganzen entsprechend erhöht. Erleichtert wurde dies dadurch, daß die Inflation dem Staat hohe zusätzliche Steuereinnahmen bescherte. So stie-

Schaubild 7



1) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je abhängig Beschäftigten. – 2) Erläuterungen siehe Tabelle 27 „Die Haushalte der Gebietskörperschaften in konjunktureller Sicht". – 3) 1975: ohne Darlehen und Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit und ohne Mehrausgaben für das Kindergeld. – 4) Eigene Schätzung.

SR 75 0768

gen die Ausgaben der Gebietskörperschaften seit 1970 Jahr für Jahr mit zweistelligen Zuwachsraten, und die Quote, die der Staat vom Produktionspotential beanspruchte, wurde immer größer. Allerdings rächte sich diese Politik für den Staat insofern, als sie den Preisauftrieb förderte, der den Ausgabenanstieg sogleich entwertete; so konnten die staatlichen Ansprüche an das Produktionspotential doch nicht voll realisiert, und nicht alle Leistungsversprechen konnten eingehalten werden.

71. Hätte der Staat seine Ansprüche stabilitätsgerecht durchsetzen wollen, so hätte er die privaten Ansprüche stärker zurückdrängen müssen. Er hatte die Bürger jedoch nicht darauf vorbereitet, daß zusätzliche staatliche Leistungen ihnen auch mehr abverlangten, sondern sogar Steuersenkungen angekündigt und sich damit die Hände gebunden. Angesichts der Widerstände der Privaten fehlte dem Staat daher die Kraft, den notwendigen Anteil am Produktionspotential für sich frei zu machen. Dies wurde erstmals 1970 ganz deutlich: Statt den Bürgern dauerhaft höhere Steuern aufzuerlegen, begnügte sich der Staat mit der Erhebung eines rückzahlbaren Konjunkturzuschlags zur Einkommen- und Körperschaftsteuer, von der die Bezieher niedriger Einkommen zudem ausgenommen blieben. In der Folgezeit wurden zwar einige spezielle Verbrauchsteuern erhöht; vor einer durchgreifenden Veränderung der Einnahmeregelungen schreckte der Staat aber nach wie vor zurück. Das Stabilitätsprogramm vom Mai 1973 ist dafür ein weiteres Zeugnis. Auch bei diesem wich die Bundesregierung auf einen Stabilitätszuschlag, der nur auf höhere Einkommen erhoben wurde, und auf eine Anhebung der Mineralölsteuer aus; die privaten Haushalte im ganzen steuerlich zu treffen, fehlte ihr diesmal auch deshalb der Mut, weil im Sommer 1972 gerade erst der Konjunkturzuschlag aus den Jahren 1970/71 zurückgezahlt worden war.

72. Den Widerstand der Privaten verstärkte, daß diese sich vom Staat hintergangen fühlten, weil die progressive Einkommensteuer die Nominaleinkommen immer stärker belastete, ungeachtet dessen, daß ein Teil des nominalen Einkommensanstiegs nur die zunehmende Inflation und nicht eine höhere Leistungsfähigkeit der Besteuerten widerspiegelte, auf die der progressive Steuertarif abzustellen beabsichtigt. Besonders stark war der Unmut bei den Arbeitnehmern, deren Einkommen immer rascher in die Progression hineinwuchs. Der Verweis auf die geplante Steuerreform, die hier Entlastung bringen würde, half wenig dagegen; er verhinderte vor allem nicht, daß sich die Arbeitnehmer durch entsprechend hohe Lohnforderungen bei den Unternehmen für die Schmälerung ihres Nettoeinkommens schadlos zu halten versuchten. Von daher ist zwar verständlich, daß der Staat die Arbeitnehmer von zusätzlichen Belastungen möglichst freihalten wollte, um den Verteilungskampf nicht zu verschärfen. Gewonnen war damit aber nichts. Zurückgedrängt wurden durch einseitige Zusatzbelastung der höheren Einkommen vor allem wiederum die privaten Investitionen, ohne daß es dem Staat doch gelang, die Ansprüche im ganzen auf das stabilitätsgerechte Maß zurückzuschneiden und dem inflatorischen Gerangel ein Ende zu setzen.

73. Die Bundesbank mühte sich vergeblich, die Finanzierung inflatorischer Ansprüche zu erschweren, solange ihre Restriktionspolitik ohne außenwirtschaftliche Absicherung blieb. Die Aufwertung der D-Mark von 1969 hatte ihr nur vorübergehend einen Handlungsspielraum verschafft. Schon 1970 mußte die Bundesbank wieder feststellen, daß sie wohl die Zinsen in die Höhe treiben, nicht aber verhindern konnte, daß Banken wie Unternehmen auf zinsgünstigere Auslandskredite auswichen. Aufwertungserwartungen führten darüber hinaus zu Devisenzuflüssen, deren liquidisierende Wirkung mit einer Erhöhung der Mindestreserveanforderungen nicht kompensiert werden konnte. Vom Mai bis Dezember 1971, als die Bundesbank von der Interventionspflicht befreit war, griffen die monetären Bremsen zwar; mit der Rückkehr zu festen Wechselkursen ging die geldpolitische Handlungsfähigkeit jedoch wieder verloren, noch ehe sich ein nachhaltiger Stabilisierungserfolg abzeichnete. Kontrollen im Kapitalverkehr mit dem Ausland, die von 1972 an in immer größerer Zahl eingeführt wurden, erwiesen sich als wirkungslos. Sie konnten weder die Kreditaufnahme im Ausland verhindern, noch waren sie ein Schutz gegen die Spekulationswellen, die, vom Mißtrauen gegenüber dem Dollar, aber auch gegenüber Pfund und Lira ausgehend, zunehmend heftiger wurden. Von Anfang 1972 bis März 1973 mußte die Bundesbank Devisen im Wert von mehr als 36 Mrd DM ankaufen, weit mehr, als sie mit restriktiven Maßnahmen dem Geldkreislauf an anderer Stelle entziehen konnte. Daß die bereinigte Zentralbankgeldmenge vom ersten Vierteljahr 1972 bis zum ersten Vierteljahr 1973 um 16 vH stieg, belegt die Ohnmacht der Bundesbank im Kampf gegen die Inflation bei festen Wechselkursen.

74. Je weniger glaubhaft die immer wieder in Aussicht gestellte Rückkehr zu einem stabileren Geldwert wurde, um so weniger war mit Zurückhaltung der Privaten zu rechnen. Wer sich zurückhielt und auf Stabilität setzte, mußte befürchten, alsbald Inflationsverluste zu erleiden. Allenthalben nahm daher das Bestreben zu, dem Geldwertverfall zuvorzukommen und die Folgen des eigenen inflatorischen Handelns auf andere abzuwälzen. Nicht allen gelang dies gleichermaßen. Den Schaden hatten nicht nur die Unternehmen, die ihre Preise letztlich doch nicht so stark erhöhen konnten, wie ihre Kosten stiegen, sondern auch die Besitzer von Geldvermögen, die mit einem Zins vorlieb nehmen mußten, der mit den Preissteigerungen nicht Schritt hielt. Die Inflationsgewöhnung äußerte sich daher außer im Verteilungskampf auch in einer zunehmenden Flucht in die Sachwerte.

75. Am deutlichsten wurde dies im Wohnungsbau sichtbar. So wurden viele nur deshalb zu Bauherren, weil sie ihre Ersparnisse wertgesichert anlegen wollten, oder weil sie glaubten, von einer Verschuldung zu profitieren. Steuervorteile, die mit der Inflation

wuchsen, waren ein zusätzlicher Anreiz. Auf dem Höhepunkt des Baubooms, 1972, wurden Baugenehmigungen für über 700 000 Wohnungen eingeholt. Dem mittelfristigen Bedarf entsprachen dagegen nur etwa 450 000 neue Wohnungen im Jahr. Daß die Bauwirtschaft mit ihren Kapazitäten der inflationsbedingten Nachfrage folgte, band nicht nur Ressourcen, die an anderer Stelle vorteilhafter hätten eingesetzt werden können, sondern trug auch schon den Keim der jetzigen strukturellen Unterbeschäftigung in sich. Denn früher oder später mußte sich die Scheinrentabilität für die Investoren herausstellen. Auf das gleiche Konto — Kosten der Inflation — ist zu buchen, daß auch die Produzenten in zahlreichen vorgelagerten und nachgelagerten Bereichen, von den Baustoffherstellern bis hin zu den Möbelproduzenten, verleitet wurden, mehr Kapazitäten aufzubauen, als eine von Inflationserwartungen freie Nachfrage auf mittlere Sicht auslasten konnte.

76. Mehr und mehr wurde deutlich, daß es ein Irrtum war zu glauben, man könne den Beschäftigungsrisiken ausweichen, wenn man der Inflation ihren Lauf ließ. Im Gegenteil, der Ausweg in die Inflation erwies sich als Sackgasse, und je weiter man auf ihm fortschritt, um so mühsamer und verlustreicher mußte die Rückkehr zur Stabilität werden. Denn die Inflation begann die Investitionsneigung zu hemmen; wo sie diese vorerst noch förderte, verzerrte sie die Produktionsstruktur, nicht zuletzt, weil sie die Besitzer von Geldvermögen zwang, entweder eine Vermögensumverteilung zugunsten der Besitzer von Sachvermögen hinzunehmen, oder selbst Sachvermögensbesitzer zu werden.

77. Die volkswirtschaftlichen Schäden drohten immer größer zu werden. Denn der Aufschwung, der im Herbst 1972 mit der Flut von Auslandsaufträgen eingesetzt hatte, verstärkte sich rasch, und allenthalben stiegen die Preise beschleunigt; auf der Verbraucherstufe überschritt der Geldwertschwund im Frühjahr 1973 die 7-vH-Marke.

Hatte die Wirtschaftspolitik bis dahin gezögert, der Inflation wirksam entgegenzutreten, so entschloß sie sich nun zu einem Kurswechsel. Entscheidend dafür, daß Stabilitätspolitik mit mehr Aussicht auf Erfolg betrieben werden konnte, war der Übergang zum Block-Floating im März 1973, durch den die Bundesbank die Herrschaft über die Geldversorgung der Wirtschaft gewann. Ohne befürchten zu müssen, wie bisher an Devisenzuflüssen zu scheitern, konnte sie nun die monetären Zügel anziehen und die Finanzierung inflatorischer Ausgaben verweigern. Devisenzuflüsse trieben nicht mehr die Geldmenge im Inland, sondern den Wechselkurs der D-Mark in die Höhe.

78. Die Bundesbank nutzte ihre Chance. Sie machte das Angebot an Zentralbankgeld so knapp, daß die Banken ihre freien Liquiditätsreserven bald verloren und bei der Kreditvergabe immer kürzer treten mußten. Ein kräftiger Zinsanstieg an allen monetären Märkten wies aus, daß die Finanzierungsspielräume zunehmend enger wurden. Kontokorrentkredite, die zu Beginn des Jahres noch mit weniger als 10 % zu verzinsen waren, kosteten im Herbst 1973 rund 14 % Zinsen, die Effektivverzinsung von Hypothekarkrediten im Wohnungsbau stieg auf rund 10½ %, und die Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere auf knapp 10 %. Wie beengt die Banken in ihrer Liquidität plötzlich waren, wurde auch daran erkennbar, daß sie für Festgeldeinlagen zeitweilig 11 % und mehr Zinsen zahlten; der Tagesgeldzins stieg an einzelnen Tagen bis auf 30 %, ja sogar bis auf 40 %.

Die Finanzpolitik unterstützte mit ihrem Stabilitätsprogramm vom Mai 1973 den restriktiven Kurs der monetären Politik. Eine elfprozentige Investitionsteuer und das Aussetzen der degressiven Abschreibung kamen in ihrer Wirkung einer weiteren Zinserhöhung gleich. Mit dem erwähnten Zuschlag zu den Steuern auf mittlere und hohe Einkommen und mit einer Stabilitätsanleihe wurde den Unternehmen und zum Teil auch den Haushalten zudem Geld entzogen.

79. Die monetären und finanzpolitischen Restriktionen trafen in erster Linie wiederum die Investitionen. Schon in der zweiten Jahreshälfte 1973 begann sich die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern mehr und mehr abzuschwächen, nachdem sie sich für kurze Zeit konjunkturell belebt hatte. Mit der Verknappung und Verteuerung von Krediten brach außerdem die inflationsgetriebene Nachfrage im Wohnungsbau zusammen, zumal mittlerweile offenkundig war, daß nicht mehr jede fertiggestellte Wohnung kostendeckend verkauft oder vermietet werden konnte. War in der Bauwirtschaft eine Strukturanpassung notwendig und erwünscht, so war die Dämpfung der Investitionsneigung im ganzen eher zu beklagen; sie war jedoch unvermeidlich, wenn die Stabilisierung gelingen sollte.

Der Druck auf die Investitionsneigung hätte geringer ausfallen können, hätte die Auslandsnachfrage nicht zum Teil ersetzt, was die Wirtschaftspolitik an Binnennachfrage zurückdrängte.

80. Das Konjunkturgefälle, das durch die Stabilisierungspolitik im Innern bei weltweiter Hochkonjunktur gegenüber dem Ausland entstand, begünstigte nämlich den Export weiterhin, obwohl die D-Mark kräftig im Kurs stieg und im gewogenen Durchschnitt gegenüber den Währungen der Handelspartner zeitweilig um mehr als 20 vH höher bewertet wurde als vor Beginn des Block-Floating.

Immerhin war jetzt — bei marktbestimmten Wechselkursen — sichtbar, wie teuer das Produzieren in der Bundesrepublik geworden war. Seit 1969 hatten sich deutsche Ausfuhrgüter in Dollar gerechnet Jahr für Jahr wesentlich stärker verteuert als ausländische Konkurrenzprodukte. Der Preisvorsprung, der in den sechziger Jahren gewachsen war, hatte sich daher rasch zurückgebildet (Tabelle 10). Solange die Kapazitäten im Ausland knapp waren, entschied häufig jedoch nicht der Preis, sondern die Lieferfähigkeit über die Auftragsvergabe. Prompte Lieferung konnten die heimischen Anbieter um so eher zusagen, je weniger Binnennachfrage sie zu befriedigen hatten.

Tabelle 10

Zur Entwicklung der Exportpreise

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Jahr	Durchschnittswerte der Ausfuhr [1] in US-Dollar	
	Bundesrepublik Deutschland	Ausgewählte Länder [2]
1962 bis 1969 [3]	+ 0,7	+ 1,5
1969 bis 1973 [3]	+12,6	+ 9,2
1962 bis 1974 [3]	+ 6,4	+ 5,8
1969	+ 5,9	+ 3,1
1970	+ 8,8	+ 5,0
1971	+ 7,5	+ 4,6
1972	+10,1	+ 8,4
1973	+23,6	+19,2
1974	+18,5	+24,7

[1] Preise der ausgeführten Güter; berechnet aus $\frac{\text{Tatsächlicher Wert}}{\text{Volumen}}$ der Ausfuhr.

[2] Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Vereinigte Staaten, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, zusammengewogen mit den Anteilen an der Weltausfuhr 1973 (ohne Staatshandelsländer).

[3] Durchschnittlich jährliche Veränderung.

Quelle: IMF; Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle

81. Gegen Jahresende 1973 bestand durchaus noch die Chance, zu mehr Stabilität zurückzukehren, ohne daß die Beschäftigungseinbußen allzu groß werden mußten. Voraussetzung war, daß sich alle auf eine niedrigere Inflationsrate einstellten und sich damit dem begrenzten Finanzierungsspielraum anpaßten.

Nach dem Ausbruch der Ölkrise war diese Chance jedoch bald vertan. Die drastische Verteuerung des Erdöls heizte das Inflationsklima aufs neue an; außerdem verschärfte sie die Verteilungsprobleme, weil das, was die Ölförderländer nun zusätzlich für ihre Lieferungen beanspruchten, im Inland nicht mehr verteilt werden konnte. Auch diese Umverteilung zugunsten des Auslands ging zu Lasten der Unternehmenserträge. Denn die Gewerkschaften beharrten auf ihren hohen Lohnforderungen, zumal es ihnen nur eine Frage der Zeit schien, bis die Preiswelle über die vorgelagerten Märkte auch die Verbraucher erreichte. Daß die finanzpolitischen Restriktionsmaßnahmen noch im Dezember 1973 größtenteils aufgehoben worden waren, wurde außerdem als Beleg dafür gewertet, daß die Wirtschaftspolitik dem Beschäftigungsziel Vorrang einräumen werde. Nachdem der Staat als erster Arbeitgeber den gewerkschaftlichen Forderungen nachgegeben hatte, willigten auch die Unternehmen in Lohnsteigerungen von 12 vH bis 15 vH ein, wohl weil sie darauf vertrauten, diese in den Preisen überwälzen zu können. Als deutlich wurde, daß die Bundesbank die monetären Zügel straff hielt, war eine weitere Verschlechterung der Erträge und ein zunehmender Beschäftigungsabbau unvermeidlich.

82. Mit den Erträgen ging die Investitionsneigung weiter zurück, und mit der Beschäftigung sank auch die Konsumneigung. Um so größer wurden die Exportanstrengungen. Hatte die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen in konstanten Preisen gerechnet im Rezessionsjahr 1967 mit einem Anteil von 20 vH ebensoviel zur Gesamtnachfrage beigetragen wie die Anlageinvestitionen im Inland, so belief sich ihr Beitrag im ersten Halbjahr 1974 auf 29 vH, jener der Investitionen dagegen nur noch auf 17½ vH. Als dann zweistellige Inflationsraten und immer größere Zahlungsbilanzdefizite mehr und mehr Partnerländer zur Nachfragedämpfung zwangen, mußten die Unternehmen vom Herbst 1974 an auch im Auslandsgeschäft beträchtliche Absatzeinbußen hinnehmen. Die Produktion wurde nun zunehmend gedrosselt, immer häufiger wurde Kurzarbeit eingeführt, und immer mehr Arbeitskräfte wurden entlassen. Anfang 1975 überschritt die Anzahl der Arbeitslosen die Millionengrenze.

83. Es wäre jedoch verfehlt, deshalb schlechthin von einer importierten Rezession zu sprechen. In ihrem Kern waren die Beschäftigungsprobleme in dem zunehmenden Druck auf die Gewinnmargen und in den Verzerrungen der Produktionsstruktur, die mit der Inflationsgewöhnung einhergingen, seit langem im Inland angelegt. Die Stabilisierungspolitik hatte dies offenbar gemacht. Mit der zusätzlichen Produktion für das Ausland exportierten die Unternehmen indes gleichsam einen Teil der Arbeitslosigkeit. Erst als sich diese Möglichkeit nicht mehr bot, wurde sichtbar, daß das Kostenniveau über die Zahl der Arbeitsplätze entscheidet, wenn der Weg in die Inflation versperrt ist. Diese Einsicht war zwar im Verlauf des Jahres 1974 gewachsen, so daß die Bundesbank noch vor der Jahreswende den Finanzierungsspielraum wieder weiter ziehen und die Finanzpolitik dazu übergehen konnte, die Nachfrage auf breiter Front zu stützen. Die Verzerrungen im Verhältnis der Kosten zu den Unternehmenserträgen und der Investitionen zu den übrigen Nachfragekomponenten konnten sich damit jedoch nicht mehr früh genug lösen: Bevor die Wirtschaft den Aufschwung aus eigener Kraft schaffte, geriet sie in den Sog der Weltrezession, zu der sich die Wirkungen der Nachfragedämpfung in unseren Partnerländern unverhofft verstärkten. Dies vergrößerte dann die Beschäftigungsprobleme. Denn der Einbruch der Auslandsnachfrage setzte nicht nur zusätzliche Kapazitäten und weitere Arbeitskräfte frei, sondern er beeinträchtigte auch die Zukunftserwartungen von Investoren und Konsumenten im Inland. Statt in vermehrten Ausgaben schlug sich das größere Geldangebot in einer vermehrten Kassenhaltung nieder, und den expansiven finanzpolitischen Impulsen blieb der Erfolg versagt.

84. Zu fragen bleibt, ob die Wirtschaftspolitik nicht mehr für die Beschäftigung hätte tun können. Was zunächst die Geldpolitik anbelangt, so ist festzustellen, daß der Finanzierungsspielraum reichlich genug bemessen war, ja zu wesentlich mehr Beschäftigung gepaßt hätte, als 1975 tatsächlich erreicht wurde. Umstritten sein mag, ob der Zinsrückgang,

der sich daraus ergab, nicht hätte etwas größer ausfallen können; unstreitig sollte jedoch sein, daß auch etwas niedrigere Zinsen die Ausgabeneigung der Investoren und Konsumenten nicht entscheidend angeregt hätten, solange die Ertragserwartungen der Unternehmen so pessimistisch und die Einkommenserwartungen der privaten Haushalte so unsicher blieben.

Die Finanzpolitik hatte sich von vornherein nicht allein auf die expansiven Impulse verlassen, die in den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden für das Jahr 1975 angelegt waren, sondern diese durch das Konjunkturprogramm vom Dezember 1974 frühzeitig verstärkt; im August 1975 folgte das zweite Sonderprogramm. Auch hier mag man beklagen, daß die Struktur der Ausgaben möglicherweise beschäftigungswirksamer hätte gestaltet werden können, oder daß die Investitionszulage, ohne die wohl noch mehr Investitionspläne aufgeschoben worden wären, eine teure Maßnahme war, weil sie auch für Projekte gezahlt werden muß, die ohnehin realisiert worden wären; man mag auch die Auffassung teilen, es habe nicht genügend Projekte für größere Programme gegeben. Wichtiger ist, daß der Staat in keinem Falle die Nachfragelücke vollständig mit zusätzlichen Ausgaben hätte füllen können. Denn zum einen fragt der Staat nicht dieselben Güter nach wie die Privaten und das Ausland, zum anderen durfte er mit zusätzlichen Ausgaben nur vorwegnehmen, was für spätere Haushalte geplant war, sollten für die mittelfristige Angebotsstruktur nicht falsche Signale gesetzt werden. Außerdem lief er Gefahr, mit zusätzlichen Ausgaben die private Zurückhaltung nur zu verstärken, weil dies das Finanzierungsdefizit des Staates noch vergrößert hätte, dessen Ausmaß — 78 Mrd DM in diesem Jahr — die Privaten, vor allem die Investoren, wegen des künftigen Konsolidierungsbedarfs ohnehin schreckte.

So mußte die Rezession — im Kern eine Stabilisierungskrise — wohl oder übel durchgestanden werden.

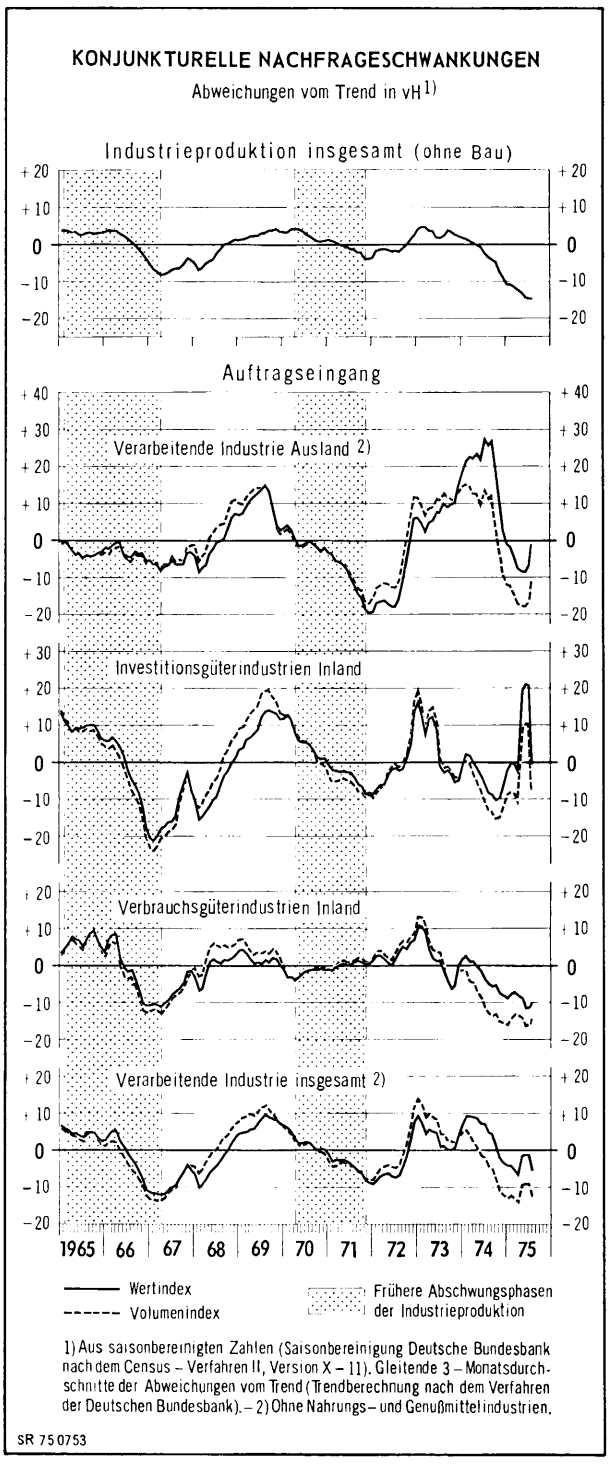
III. Erholung verzögert

Einbruch der Auslandsnachfrage

85. Daß es den Unternehmen 1975 schwerfallen würde, ihren hohen Auslandsabsatz zu halten, war durchaus zu erwarten. Denn in den meisten Partnerländern hatte die Konjunktur Mitte 1974 ihren Höhepunkt überschritten; die Nachfrage auf den Auslandsmärkten begann sich abzuschwächen und die Konkurrenz ausländischer Anbieter wurde schärfer. Gegen gravierende Exporteinbußen sprach indes noch im Herbst vergangenen Jahres die Erwartung, daß die Wirtschaftspolitik in den westlichen Industrieländern, die rund 70 vH unserer Ausfuhr aufnehmen, ihren Stabilisierungskurs frühzeitig wieder verlassen würde; außerdem stieg die Nachfrage aus den Ölexportländern und aus den Staatshandelsländern unvermindert an.

86. Es kam jedoch anders (Schaubild 8). Innerhalb weniger Monate, vom Herbst 1974 bis Anfang 1975, mußte die verarbeitende Industrie einen Rückgang ihrer Auslandsaufträge um annähernd ein Fünftel hinnehmen. Selbst wenn man diesen Einbruch vor dem Hintergrund des vorangegangenen Exportbooms sah, und manches davon Normalisierung sein mochte — für viele Unternehmen wirkte er wie ein Schock. Mit einem Mal schien nun doch die Verteuerung deutscher Ausfuhrgüter die Wettbewerbsfähigkeit in Frage zu stellen. Bis über die Jahres-

Schaubild 8



mitte 1975 hinaus verharrte die Auslandsnachfrage auf diesem niedrigen Niveau. Erst zum Herbst hin begann sie sich wieder zu beleben. Insgesamt wurden der verarbeitenden Industrie im Durchschnitt der ersten neun Monate dieses Jahres dem Werte nach fast 16 vH und dem Volumen nach rund 19 vH weniger Aufträge aus dem Ausland erteilt als im entsprechenden Zeitraum 1974.

87. Ausschlaggebend für die starke Einbuße an Auslandsaufträgen war, daß sich der Abschwung in den westlichen Industrieländern unerwartet wechselseitig verstärkt hatte (Ziffern 1 ff.). Die Absatzmärkte waren rasch geschrumpft, und je mehr die Kapazitätsauslastung im Ausland sank, um so eher konnten auch ausländische Anbieter wieder liefern. Zudem war der Wechselkurs der D-Mark, der zuvor etwas nachgegeben hatte, von September 1974 bis Februar 1975 im gewogenen Durchschnitt gegenüber allen anderen Währungen um 9 vH gestiegen. Obwohl nicht wenige Exporteure dazu übergegangen waren, ihre D-Mark-Preise zu senken, hatten sich ihre Erzeugnisse in fremder Währung mehr verteuert als ausländische Konkurrenzprodukte.

Dennoch scheint es, daß die dauerhaften Exportaussichten daraufhin eher zu pessimistisch beurteilt wurden. Gewiß, der frühere Wettbewerbsvorsprung war mit dem Kostenanstieg im Inland und mit der Höherbewertung der D-Mark geschmolzen (Ziffer 155). Da die Ausfuhrpreise jedoch das Jahr über weitgehend stabil blieben und der Wechselkurs seit dem Frühjahr fiel, festigten sich die Absatzchancen gegenüber den ausländischen Konkurrenten. Inzwischen sehen mehr und mehr Unternehmen die künftige Exportentwicklung wieder in einem günstigeren Licht, nicht zuletzt weil der konjunkturelle Abschwung im Ausland sein Ende anscheinend erreicht hat (Ziffer 8).

88. Nicht die Anbieter besonders preisempfindlicher Massengüter, sondern die Exporteure technisch hochwertiger Produkte, die dem Konkurrenzdruck ausländischer Hersteller weniger ausgesetzt sind, mußten am längsten auf eine Belebung der Auslandsnachfrage warten. Die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien konnten bereits in der ersten Jahreshälfte 1975 leicht zunehmende Aufträge aus dem Ausland buchen. Allerdings war der Rückgang dort zuvor auch am größten gewesen. Bei der Stahlindustrie waren infolge des weltweiten Lagerabbaus Anfang des Jahres nur noch halb soviel Auslandsaufträge eingegangen wie im Spätsommer 1974. Nachdem die ausländischen Abnehmer auf Vorräte kaum noch zurückgreifen konnten, deckten sie 1975 wenigstens den produktionsnotwendigen Bedarf an Vorprodukten wieder durch Neubestellungen, und dabei auch in der Bundesrepublik. Die meisten Hersteller von Ausrüstungsgütern bekamen demgegenüber noch die geringe Investitionsneigung im Ausland zu spüren; bis zur Jahresmitte nahmen die Auslandsbestellungen ab. Eine wichtige Ausnahme bildete die Automobilindustrie, die nach dem beträchtlichen Exportrückgang 1974 vom Frühjahr 1975 an wieder steigende Bestellungen aus dem Ausland buchen konnte. In den Verbrauchsgüterindustrien schien sich die Auslandsnachfrage, die 1974 das ganze Jahr über rückläufig gewesen war, Anfang 1975 ebenfalls zu beleben; ihr Anstieg geriet jedoch bald wieder ins Stocken, da die Konsumenten in den meisten Partnerländern fürs erste noch zurückhaltend blieben.

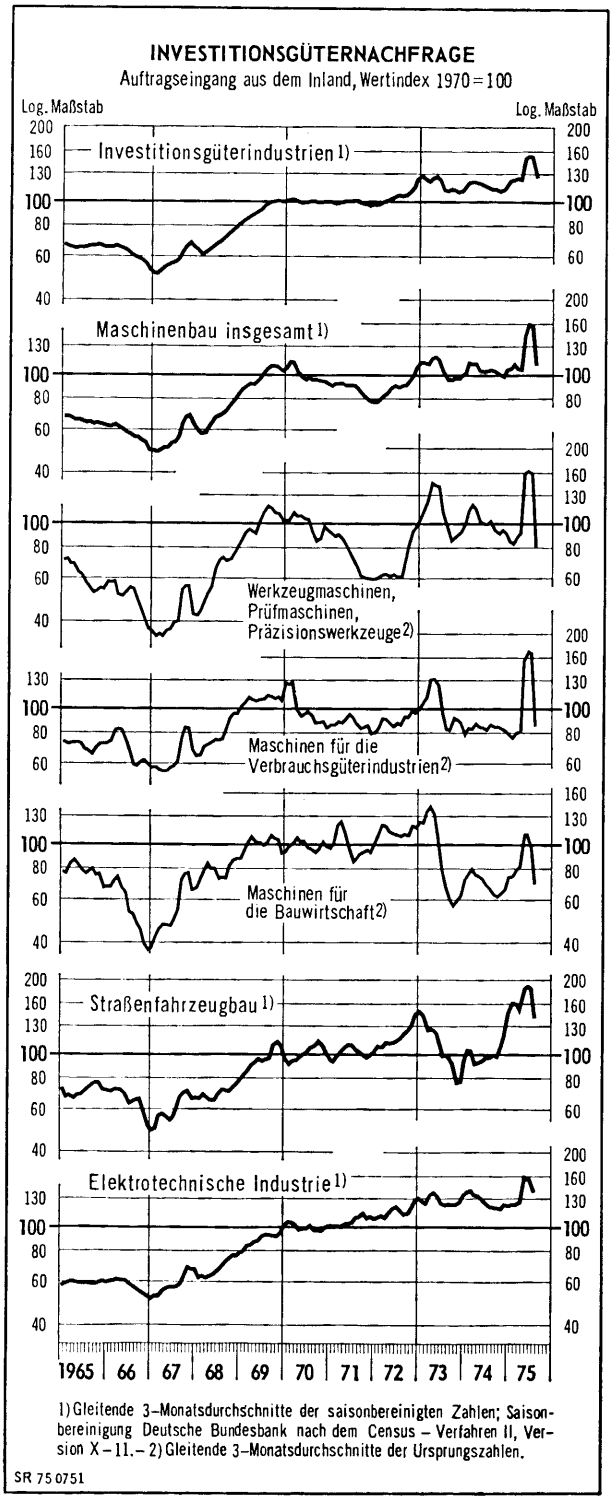
Seit Ende des Sommers sind die ausländischen Bestellungen in allen Bereichen der Industrie gestiegen. Wenn dabei auch zu beachten ist, daß einzelne Großaufträge bei den Investitionsgüterindustrien die Auslandsnachfrage im ganzen überzeichnen, scheinen die Auftriebskräfte nun doch allgemein wieder die Oberhand zu gewinnen. Wie stark sie sind, läßt sich derzeit allerdings noch nicht mit Sicherheit sagen.

Anhaltend schwache Investitionsneigung

89. Je weniger die Auslandsnachfrage Produktion und Beschäftigung im Inland stützte, um so mehr hing von der Investitionsneigung der Unternehmen ab. Die Lockerung der monetären Restriktion, die Investitionszulage und vor allem die Abkehr von den hohen Lohnsteigerungen schienen diese zu Beginn des Jahres tatsächlich anzuregen; im Verlauf der ersten vier Monate 1975 stiegen die Inlandsbestellungen bei den Investitionsgüterindustrien dem Volumen nach um 9 vH. Wie wenig sich das Investitionsklima gebessert hatte, wurde jedoch deutlich, als die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern im Mai wieder auf den Tiefstand von Ende 1974 zurückfiel. Mitte des Jahres weiteten die Unternehmen ihre Auftragsvergabe dann vorübergehend stark aus (Schaubild 9), da die Begünstigungsfrist für die Investitionszulage ablief. Offenbar wollten viele Investoren zwar noch nicht auf einen Aufschwung setzen, diesen aber auch nicht ausschließen und daher vorsorglich den Anspruch auf die Zulage wahren. Daß die Bestellungen danach wieder zurückgehen würden, war zu erwarten; sie fielen jedoch nicht unter das alte Niveau. Zu der Auftragslücke, die als unmittelbare Reaktion auf den Orderschub vielfach befürchtet worden war, ist es also nicht gekommen, nicht zuletzt wegen der Anschlußaufträge, die Investitionsgüterhersteller nun ihren Zulieferern erteilten. Insgesamt wurden von Januar bis September 1975 dem Werte nach annähernd 17 vH und dem Volumen nach fast 8 vH mehr Ausrüstungsgüter bestellt als vor Jahresfrist, doch behielten sich die Auftraggeber häufig ein Rücktrittsrecht vor.

90. Der wichtigste Grund für die Zurückhaltung der Investoren war, daß die Gewinnmargen nach dem Einbruch der Auslandsnachfrage gedrückt blieben und daß die meisten Unternehmen wenig Zeichen für eine Besserung sahen: Die Absatzaussichten waren noch ungewisser geworden, auf der Kostenseite war es trotz mäßiger Lohnerhöhungen nicht zu der erhofften Entlastung gekommen, und Preissteigerungen ließ der Markt immer weniger zu. Der Rückgang der Zinsen minderte zwar die Ansprüche, die an die künftigen Erträge zu stellen

Schaubild 9



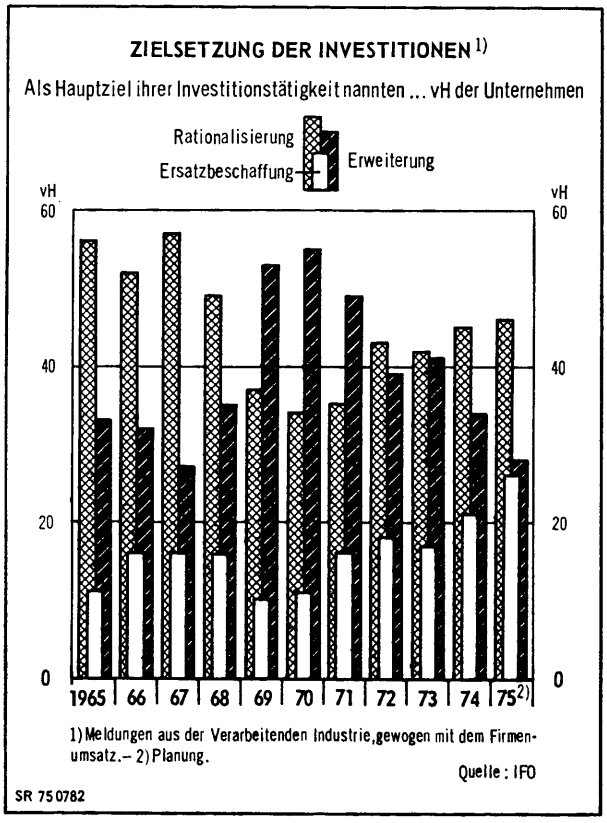
waren, wenn eine Investition rentabel sein sollte. Gerade die langfristigen Zinsen blieben jedoch vergleichsweise hoch; überdies waren die Banken oft nicht bereit, Kredite über längere Fristen zu festen Zinsen zuzusagen (Ziffern 187 ff.).

So gesehen überrascht es eher, daß die Investitionsneigung in der ersten Jahreshälfte 1975 nicht noch einmal zurückging. Dies dürfte nicht zuletzt an der befristeten Investitionszulage gelegen haben, die von ihrer Wirkung her einer weiteren Zinssenkung gleichkam. Manches Investitionsvorhaben, das sonst vielleicht vertagt oder aufgegeben worden wäre, mochte so doch lohnend erscheinen.

91. Am meisten kam dies dem Straßenfahrzeugbau zugute, der 1974 besonders tief in die Krise geraten war. Hier übertraf der Auftragseingang aus dem Inland in den ersten neun Monaten 1975 das entsprechende Vorjahresniveau um mehr als die Hälfte; dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß ein erheblicher Teil der zusätzlichen Aufträge nicht von Unternehmen, sondern von privaten Haushalten stammte. In der elektrotechnischen Industrie und vor allem im Maschinenbau, dem wichtigsten Ausrüster der Wirtschaft, stagnierten die Bestellungen teils bis zur Jahresmitte, teils nahmen sie weiter ab. Der starke Auftragsschub im Juni 1975 zeigt jedoch, daß die Investitionszulage hier ebenfalls nicht ohne Wirkung blieb. Während die Nachfrage nach Maschinen anschließend wieder auf das alte Niveau zurückfiel und sich bis in den Herbst hinein weiter leicht abschwächte, waren elektrotechnische Erzeugnisse zuletzt recht lebhaft gefragt; die zusätzlichen Bestellungen betrafen aber nicht nur Ausrüstungsgüter, sondern auch Verbrauchsgüter, wie sie von der elektrotechnischen Industrie ebenfalls hergestellt werden.

92. Angesichts der brachliegenden Kapazitäten und der unsicheren Absatzerwartungen nimmt es nicht wunder, daß die Investitionen noch weniger als im Vorjahr auf eine Kapazitätserweiterung gerichtet waren (Schaubild 10). Nach dem Ifo-Investitionstest

Schaubild 10



nannte 1975 nur noch gut ein Viertel der Industrieunternehmen dies als Hauptziel, während knapp die Hälfte vornehmlich in der Absicht investierte, Produktion und Verwaltung zu rationalisieren. Wie in den vergangenen Jahren ging es dabei den meisten Unternehmen darum, die Lohnkosten einzudämmen. Noch häufiger als im letzten Jahr wollten sich die Investoren 1975 aber auch darauf beschränken, alte Anlagen zu ersetzen.

93. Obwohl die Baunachfrage im allgemeinen zinsempfindlicher ist als die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern, nahm sie im gewerblichen Bau, nimmt man die Genehmigungen als Maßstab, erst seit dem Sommer wieder etwas zu; bis dahin stagnierte sie auf dem niedrigen Niveau, das sie Ende 1974 erreicht hatte. Zu erklären ist dies wohl vor allem mit der geringen Neigung zur Kapazitätserweiterung, der Bauinvestitionen meist dienen. Hinzu kommt, daß bei Büro- und Verwaltungsgebäuden in den Ballungsgebieten vielfach eine Marktsättigung erreicht ist. Dies hatte im Vorjahr dazu geführt, daß nicht alle Bauvorhaben in Angriff genommen wurden, für die Genehmigungen beantragt und erteilt waren. Daß die Auftragsvergabe von Jahresbeginn an deutlich über die aktuellen Genehmigungen hinausging, mag daher auf den ersten Blick überraschen. Der Grund dürfte im Bestreben zahlreicher Investoren liegen, den Anspruch auf die Investitionszulage nachträglich für Bauten zu erlangen, die sie sich vor dem 1. Dezember 1974, dem Beginn der Begünstigungsfrist, hatten genehmigen lassen; denn für solche Projekte konnte die Zulage beansprucht werden, wenn der Bauauftrag bis zum Ablauf der Frist am 30. Juni 1975 vergeben wurde.

94. Im Wohnungsbau hielt der Nachfragerückgang auch 1975 zunächst noch an. Inzwischen scheint zwar der Tiefpunkt erreicht; im Durchschnitt der ersten neun Monate blieben die Baugenehmigungen jedoch noch einmal um 8 vH und die Bauaufträge sogar noch stärker hinter den schon recht niedrigen Vorjahreswerten zurück. Dies dürfte vor allem an dem hohen Bestand leerstehender Neubauwohnungen gelegen haben, den der inflationsgetriebene Boom hinterlassen hatte. Besonders schwach war daher die Nachfrage im Mietwohnungsbau. Wahrscheinlich hat der Rückgang der Hypothekenzinsen von $10^1/_2$ % auf rund $8^1/_2$ % nicht ausgereicht, den Wohnungsbau wieder rentabel zu machen, selbst wenn man die Investitionszulage für gewerbliche Wohnungsbauvorhaben in Rechnung stellt, die hier einer zusätzlichen Zinssenkung von etwa einem Prozentpunkt entsprach. Statt neue Bauvorhaben in Angriff zu nehmen, zogen es offenbar nicht wenige Bauherren vor, die Finanzierung abgeschlossener Projekte zu konsolidieren. Auf die Nachfrage nach Eigenheimen dagegen, für die oft nicht die Rentabilität, sondern die absolute Höhe der Zinsbelastung ausschlaggebend ist, scheint der Rückgang der Zinsen anregend gewirkt zu haben.

95. Von der öffentlichen Baunachfrage, die 1974 deutlich gestiegen war, gingen 1975 trotz der Konjunkturprogramme keine zusätzlichen expansiven Impulse aus. Während im Hochbau die Genehmigungen und die Auftragsvergabe stagnierten, gingen die Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand im Verlauf des Jahres sogar zurück. Damit wiederholte sich, was schon in der Rezession 1967 zu beobachten war: Angesichts beträchtlicher Steuerausfälle wurden geplante Investitionen gekürzt, so daß die Sonderprogramme zu einem erheblichen Teil nur kompensierend wirkten (Ziffer 213).

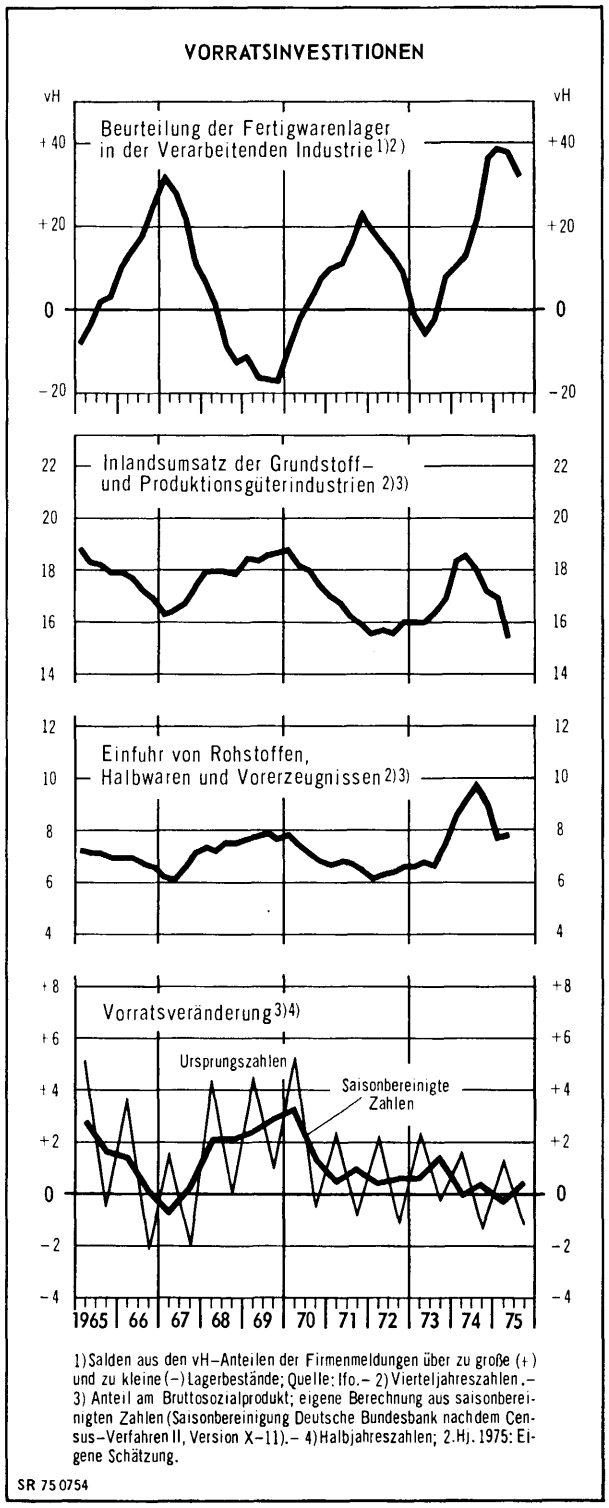
96. Die Ausgaben für Bauten und Ausrüstungen spiegeln im Gegensatz zu den Bestellungen das Investitionsklima stets verzögert wider, weil sie von der Fertigstellung und Lieferung abhängig sind und die Ausführung eines Auftrags Zeit erfordert. Diesmal kam aber wohl hinzu, daß die Investoren manchen Auftrag nur vergaben, um sich die Investitionszulage zu sichern, auf die Lieferung fürs erste aber nicht drängten. Dies gilt vor allem für Ausrüstungsinvestitionen. Hier blieben die Ausgaben 1975 deutlich hinter den Bestellungen zurück; ihr Vorjahresniveau dürften sie trotz eines Anstiegs im Jahresverlauf nur um 3 vH überschreiten. Die Bauausgaben dürften sogar um $7^1/_2$ vH niedriger sein als 1974. Dabei wäre der Rückgang größer ausgefallen, wären nicht noch Wohnungen fertiggestellt worden, mit deren Bau schon in den vorangegangenen Jahren begonnen worden war.

Bringt man die Preissteigerungen für Bauten und Ausrüstungen in Abzug, so dürften die realen Anlageinvestitionen nochmals um etwa 6 vH gegenüber dem Vorjahr zurückgehen. Seit Beginn der siebziger Jahre wird damit ein immer kleinerer Teil des realen Sozialprodukts dazu verwandt, die vorhandenen Produktionsanlagen zu erneuern, zu erweitern und zu verbessern; mit knapp 23 vH ist er 1975 niedriger als je in den vergangenen zwanzig Jahren.

97. Auch die Vorratsinvestitionen blieben 1975 noch gering. Der Zinsrückgang verbilligte zwar die Lagerhaltung, doch sahen die meisten Unternehmen vorerst wenig Anlaß, ihre Vorräte an Produktionsmitteln und an fertigen Erzeugnissen, die sie in der zweiten Jahreshälfte 1974 deutlich abgebaut hatten, wieder aufzufüllen. Bei den Vorprodukten lag dies wohl vor allem daran, daß der produktionsnotwendige Bedarf nach wie vor gering war und Lieferschwierigkeiten angesichts der reichlichen Kapazitätsreserven inländischer wie ausländischer Anbieter nicht zu befürchten waren; außerdem waren die Preise für viele Rohstoffe und Halbwaren bis weit in das Jahr hinein rückläufig. Solange sie ihrer Absatzchancen nicht sicher waren, blieben die Unternehmen meist auch bestrebt, ihre Fertigwarenläger möglichst klein zu halten. Besonders deutlich zeigte sich dies in der Automobilindustrie, die ihre Lagerbestände erst im Sommer wieder aufzustocken begann, nachdem sie diese trotz steigender Nachfrage bis dahin noch verringert hatte. Demgegenüber scheint der Einzelhandel zeitweilig mehr Waren auf Lager genommen zu haben als die Verbraucher nachfragten.

Insgesamt war die Vorratsbildung im ersten Halbjahr 1975 mit 6,3 Mrd DM noch um ein Sechstel niedriger als vor Jahresfrist. Zwar scheinen die Weltmarktpreise für Rohstoffe ihren Tiefpunkt mittlerweile erreicht zu haben, so daß Vorratskäufe sich zu lohnen beginnen, und seit einigen Monaten sinkt in der Industrie wie im Handel die Zahl der Unternehmen, die ihre Fertigwarenläger als zu groß ansehen (Schaubild 11); dennoch dürfte der in der zweiten Jahreshälfte übliche Lagerabbau kaum geringer sein als 1974.

Schaubild 11



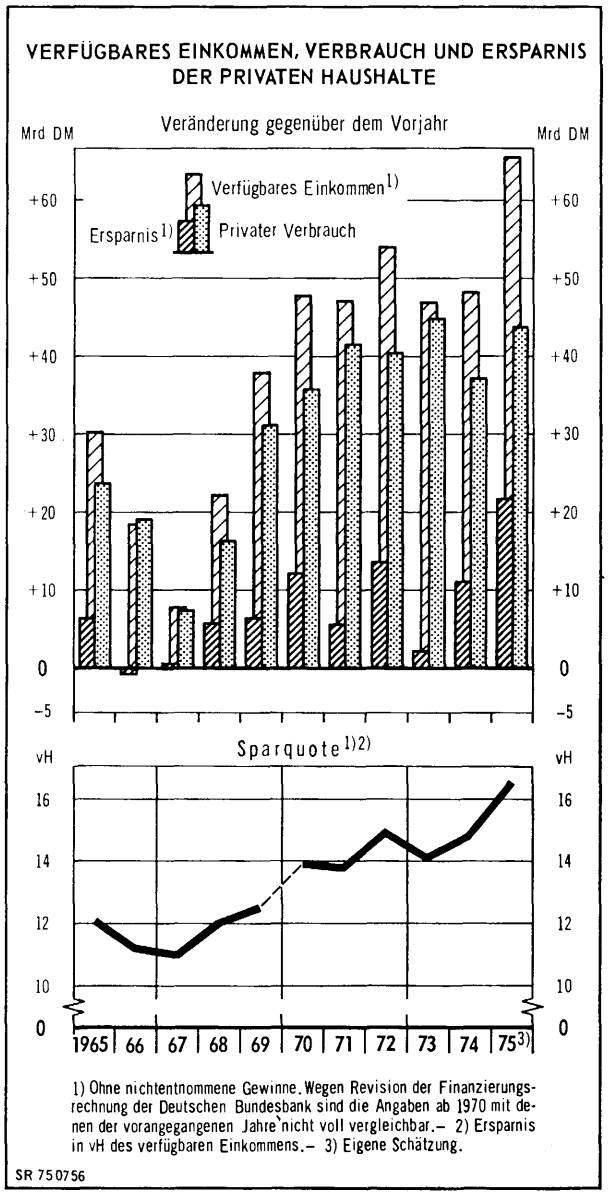
1) Salden aus den vH-Anteilen der Firmenmeldungen über zu große (+) und zu kleine (−) Lagerbestände; Quelle: Ifo.– 2) Vierteljahreszahlen.– 3) Anteil am Bruttosozialprodukt; eigene Berechnung aus saisonbereinigten Zahlen (Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11).– 4) Halbjahreszahlen; 2. Hj. 1975: Eigene Schätzung.

SR 750754

Verbraucher wenig ausgabefreudig

98. Die allgemeine Unsicherheit über die weitere Wirtschaftsentwicklung prägte auch das Verbraucherverhalten. Nachdem sich die privaten Haushalte 1974 darauf beschränkt hatten, bei Ausgabesteigerungen von 7½ vH ihren realen Konsum aufrechtzuerhalten, fragten sie 1975 zwar wieder etwas mehr Güter nach, jedoch weniger als zunächst erwartet; die Ausgaben nahmen, bei etwas geringeren Preissteigerungen, nicht viel mehr zu als im Vorjahr. Dabei fehlte es nicht an Einkommen, obwohl die Löhne langsamer als im Vorjahr stiegen und die Beschäftigung weiter zurückging. Allein durch die Steuer- und Kindergeldreform wurde dies großenteils aufgewogen. Außerdem erhöhten sich

Schaubild 12



1) Ohne nichtentnommene Gewinne. Wegen Revision der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank sind die Angaben ab 1970 mit denen der vorangegangenen Jahre nicht voll vergleichbar.– 2) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens.– 3) Eigene Schätzung.

SR 750756

die staatlichen Einkommensübertragungen und die sonstigen Einkünfte beträchtlich. Insgesamt war das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte um schätzungsweise 10½ vH, das entspricht rund 65 Mrd DM, größer als 1974. Hätten die Haushalte davon den gleichen Anteil wie im Vorjahr ausgegeben, so hätten die Verbrauchsausgaben 1975 um annähernd 56 Mrd DM zunehmen können. Tatsächlich dürften diese aber nur um etwa 44 Mrd DM oder 8 vH höher sein als 1974. Die Haushalte haben also noch mehr von ihrem Einkommen gespart als damals. Dieser Anteil, die Sparquote, dürfte 1975 rund 16½ vH betragen, nach knapp 15 vH im Vorjahr (Schaubild 12). Geht man davon aus, daß die Haushalte bei günstigerem Konsumklima ihr Einkommen schon 1974 und erst recht 1975 so auf Verbrauch und Ersparnis aufgeteilt hätten, wie sie dies im Durchschnitt der Jahre 1972/73 taten, so hätten sie in den letzten beiden Jahren zusammen über 20 Mrd DM mehr ausgegeben.

99. Damit zeigt sich einmal mehr, daß es für die Verbrauchsausgaben nicht nur auf die Kaufkraft, sondern auch auf die Kaufbereitschaft ankommt. Erfahrungsgemäß wird diese wesentlich davon bestimmt, wie die Haushalte die wirtschaftliche Entwicklung und ihre eigene finanzielle Lage in der Zukunft einschätzen. Daß die Steuer- und Kindergeldreform nicht stärker dazu beitrug, die Konsumenten ausgabefreudiger zu stimmen, obwohl sie deren Einkommen dauerhaft erhöhte, mochte zunächst noch der Ungewißheit zuzuschreiben sein, die Anfang des Jahres über den Umfang der reformbedingten Verbesserungen in der Öffentlichkeit herrschte. Als dieser im Frühjahr voll sichtbar wurde, schien die Ausgabeneigung auch größer zu werden, zumal viele wohl noch damit rechneten, daß der Aufschwung bald einsetzen und die Beschäftigung wieder zunehmen werde. Je länger die Wende ausblieb, um so mehr ließen sich die Haushalte dann aber in ihren Einkommenserwartungen von den Unsicherheiten der aktuellen Wirtschaftslage leiten. So zögerten sie bis über die Jahresmitte hinaus auch, sich wieder stärker zu verschulden (Tabelle 11), obwohl die Zinsen für Konsumentenkredite spürbar sanken.

Tabelle 11

Konsumentenkredite [1])

Monatsende	Bestand	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat	
	Mrd DM		vH
1971 März	30,32	+3,08	+11,3
Juni	32,68	+4,09	+14,3
September	34,09	+4,61	+15,6
Dezember	35,98	+6,30	+21,2
1972 März	37,04	+6,72	+22,2
Juni	39,84	+7,16	+21,9
September	41,89	+7,80	+22,9
Dezember	44,97	+8,99	+25,0
1973 März	46,44	+9,40	+25,4
Juni	48,88	+9,04	+22,7
September	49,14	+7,25	+17,3
Dezember	50,00	+5,03	+11,2
1974 März	48,90	+2,46	+ 5,3
Juni	49,93	+1,05	+ 2,1
September	50,01	+0,87	+ 1,8
Dezember	49,91	−0,09	− 0,2
1975 März	49,83	+0,93	+ 1,9
Juni	51,35	+1,42	+ 2,8
September	53,66	+3,65	+ 7,3

[1]) Bankkredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen; ohne Kredite für den Wohnungsbau.
Quelle: Deutsche Bundesbank

100. Bemerkenswert ist allerdings, daß die Sparquote 1967, in einer vergleichbaren konjunkturellen Situation, nicht gestiegen, sondern gefallen war, wenngleich auch damals, wie die Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte zeigen, die Sparneigung von Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen zugenommen hatte. Die Erklärung dafür, daß es sich diesmal anders verhielt, dürfte nicht zuletzt darin liegen, daß die Entwicklung der Sparquote nicht allein von der Sparneigung der einzelnen Haushalte, sondern auch von der Verteilung der Einkommenszuwächse auf die verschiedenen Haushaltsgruppen abhängt, weil diese aus ihrem Einkommen unterschiedlich viel sparen. Am höchsten ist die Sparquote bei den Selbständigenhaushalten. Deren Einkommen aber war 1967 weiter als 1975 hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung zurückgeblieben. Während also damals die Einflüsse überwogen, die von der Veränderung der Einkommensstruktur auf die durchschnittliche Sparquote aller Haushalte ausgingen, waren es diesmal offenbar die Einflüsse der gestiegenen Sparneigung [1]).

101. Die Haushalte sparten 1975 jedoch nicht mehr an allen Ausgaben. Insbesondere bei Gütern des gehobenen Bedarfs war die Nachfrage zum Teil deutlich lebhafter als vor einem Jahr. Vielfach wurden Urlaubsreisen nachgeholt, die 1974 aufgeschoben worden waren. Vor allem aber wurden wieder er-

[1]) Hinzu kommt, daß 1975 viele Einzelunternehmen Gewinnanteile, die sie angesichts der ungünstigen konjunkturellen Lage nicht für Sachinvestitionen verwenden wollten, nicht im Unternehmen beließen, sondern zinsbringend auf Sparkonten oder in Wertpapieren anlegten. Auch die für diese Zwecke verwendeten Mittel weist die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung bei Einzelunternehmen teilweise als entnommene Gewinne aus und rechnet sie den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte (ohne nicht entnommene Gewinne) zu. Da diese Mittel nicht in den Konsum fließen, erhöhen sie die ausgewiesene Sparquote der Haushalte, obwohl sie zum betrieblichen und nicht zum privaten Bereich gehören.

heblich mehr Kraftfahrzeuge gekauft, sei es weil die Haushalte Ersatzanschaffungen nicht länger hinauszögern wollten, sei es weil eine Vielzahl neuer Fahrzeugmodelle Kaufwünsche weckte; von Januar bis September 1975 übertrafen die Zulassungen von Personenkraftwagen das entsprechende Vorjahresniveau um rund 21 vH. Dabei wurde die Kaufentscheidung dadurch erleichtert, daß viele Haushalte inzwischen nennenswerte Teile der Kaufsumme angespart hatten und sich deshalb weniger als sonst verschulden mußten. Wenig gefragt waren dagegen, wie schon im vorigen Jahr, Möbel und sonstige Einrichtungsgüter; hier hat der Bedarf offenbar mit dem Rückgang des Wohnungsbaus abgenommen, doch scheint sich die Nachfrage neuerdings wieder etwas zu beleben. Dies gilt auch für Käufe von Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräten, mit denen sich die Konsumenten bis über die Jahresmitte hinaus ebenfalls noch zurückgehalten hatten. Für Bekleidung und Schuhe gaben die Haushalte in den ersten neun Monaten 1975 knapp 7½ vH und für Nahrungsmittel rund 8 vH mehr aus als ein Jahr zuvor, ohne daß die nachgefragte Menge damit nennenswert zunahm.

Erhebliche Unterauslastung der Kapazitäten

102. Die Produktion blieb 1975 beträchtlich unter ihrem Vorjahresniveau. Nachdem sich mit dem Einbruch der Auslandsnachfrage die Absatzaussichten noch einmal gravierend verschlechtert hatten, nahmen die Unternehmen ihre Fertigung rasch und kräftig zurück. Mehr als zuvor waren sie darauf bedacht, ihre geschrumpften Auftragspolster zu schonen und ihre Fertigwarenläger klein zu halten. In den meisten Branchen war die Anpassung an die gesunkene Nachfrage daher schnell erreicht. Im Frühjahr 1975 kam der Produktionsrückgang zum Stillstand; lediglich in der eisenschaffenden Industrie, wo das Konjunkturklima erst spät, dann aber besonders heftig umgeschlagen war, setzte er sich noch bis in den Sommer hinein fort. Gesteigert wurde die Produktion bis zum Herbst nur dort, wo sich der Auftragseingang nachhaltig belebte. Dies gilt vor allem für die Automobilindustrie, die ihren Ausstoß im Verlauf des Jahres wieder zügig ausweitete. Auf den Schub von Investitionsgüterbestellungen im Juni reagierten die Unternehmen dagegen bislang noch abwartend.

Auch in der Bauwirtschaft scheint sich die Produktion nun an die niedrige Nachfrage angepaßt zu haben. Im Sommer 1975 stiegen die Auftragsbestände erstmals seit 2½ Jahren wieder an. Allerdings mußten die Unternehmen zuvor die Bautätigkeit nochmals einschneidend drosseln; in den ersten neun Monaten des Jahres 1975 erbrachten sie 14 vH weniger Bauleistungen als ein Jahr zuvor. Von dem hohen Produktionsniveau des Jahres 1972 haben sie inzwischen ein Fünftel eingebüßt. Am meisten schrumpfte nach wie vor der Wohnungsbau. Im Jahre 1975 dürften zwar noch 450 000 Wohnungen fertiggestellt werden, doch stützte dies die Produktion überwiegend nur noch im Ausbaugewerbe; neue Bauvorhaben wurden in erheblich geringerem Umfang in Angriff genommen, jedenfalls wurden 1975 nur 350 000 Wohnungen zum Bau genehmigt. Da die Bauwirtschaft wegen der schwachen Investitionsnachfrage auch weniger Fabrikgebäude und Bürobauten zu erstellen hatte, wären in erheblichem Umfang Kapazitäten für zusätzliche Staatsinvestitionen frei gewesen. Die öffentlichen Bauherren nahmen jedoch nicht mehr, sondern weniger Bauleistungen in Anspruch als im Vorjahr.

103. Daß die Produktion im Ganzen so stark gedrosselt werden mußte, liegt vor allem an der geringen Ausgabeneigung, zum Teil aber auch daran, daß Investoren und Konsumenten verstärkt auf Importe zurückgriffen. Die Einfuhr von Waren und Diensten hat 1975 im Gegensatz zum Absatz aus inländischer Produktion zugenommen; ihr Anteil am Gesamtangebot beträgt nunmehr 25½ vH (1974: 24,3 vH). Dabei drängten vor allem Anbieter ausländischer Fertigwaren auf den Markt. Auch ausländische Dienstleistungen wurden vermehrt in Anspruch genommen, insbesondere im Reiseverkehr. Dagegen wurden angesichts des geringen produktionsnotwendigen Bedarfs erheblich weniger Rohstoffe und Halbwaren eingeführt als 1974.

104. Obwohl die gesamtwirtschaftliche Produktion, gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt, nach dem Einschnitt im Winter 1974/75 nur noch wenig gesunken ist und gegen Jahresende vermutlich wieder zunimmt, wird sie aufs ganze Jahr gesehen das Niveau des Vorjahres merklich unterschreiten, nach unserer Schätzung um 3½ vH.

Darin wird jedoch nicht voll sichtbar, in welchem Umfang 1975 Produktionskapazitäten brach lagen. Schon im Vorjahr hatte erhebliche Unterauslastung geherrscht. Im Jahre 1975 war die Auslastung nochmals um 6 vH niedriger, nicht nur weil weniger produziert wurde, sondern auch weil neue Produktionsanlagen die vorhandenen Kapazitäten vergrößerten. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential lag 1975 um 2½ vH höher als 1974; es war nur noch zu 88½ vH ausgelastet, um 9 vH weniger, als es der Normalauslastung entspricht (Schaubild 13).

105. *Ein Wachstum des Produktionspotentials um 2½ vH war möglich, obwohl die realen Bruttoanlageinvestitionen, die 1974 um 10 vH zurückgegangen waren, 1975 nochmals um 4 vH sanken und obwohl die Hälfte davon lediglich ausgediente Anlagen ersetzte. Die verbleibenden Nettoinvestitionen vergrößerten aber die Ausstattung der Volkswirtschaft mit Sachkapital immer noch um 4 vH. Diese Zunahme des Kapitalstocks wurde zum Teil dadurch kompensiert, daß die Ergiebigkeit je Kapitaleinheit (potentielle Kapitalproduktivität) weiter abnahm; denn wie stets dienten die Investitionen nicht nur dazu, mehr zu produzieren, sondern auch Arbeitskräfte einzusparen. Diese Abnahme der potentiellen Kapitalproduktivität läßt sich allerdings nicht an dem tatsächlichen Wert der Kapitalproduktivität im Jahre 1975 ablesen, da dieser durch die hohe Unterauslastung verzerrt ist. Legt man den Trend der letzten 10 Jahre zugrunde, um die auslastungsbedingten Schwankungen der empirisch gemessenen Kapitalproduktivität auszuschalten, so betrug die jährliche Abnahmerate knapp 1½ vH. Es gibt zwar Argumente dafür, wegen der Rezession die Abnahmerate höher anzusetzen; nicht minder gewichtige Gründe sprechen jedoch dagegen (Ziffern 325 ff.).*

Schaubild 13

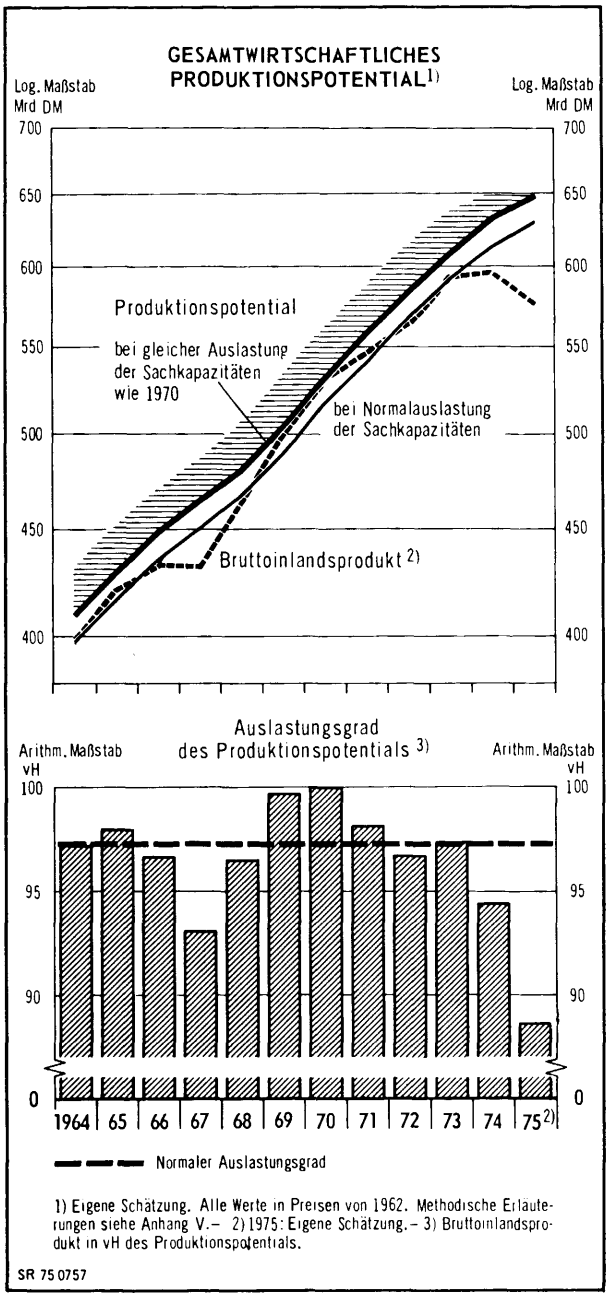
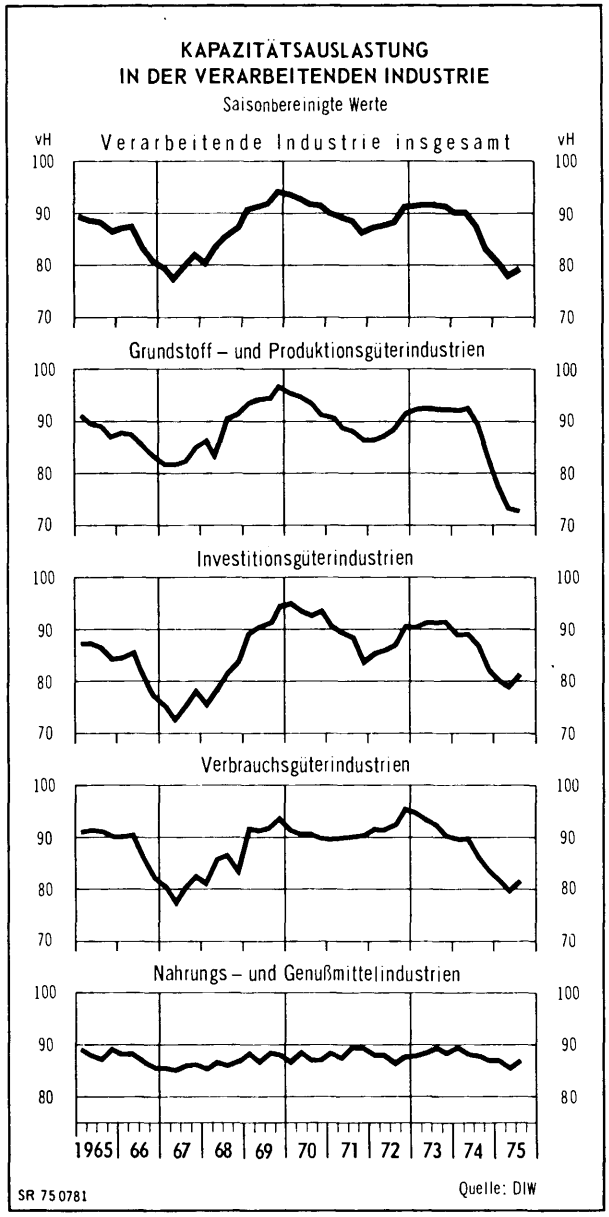


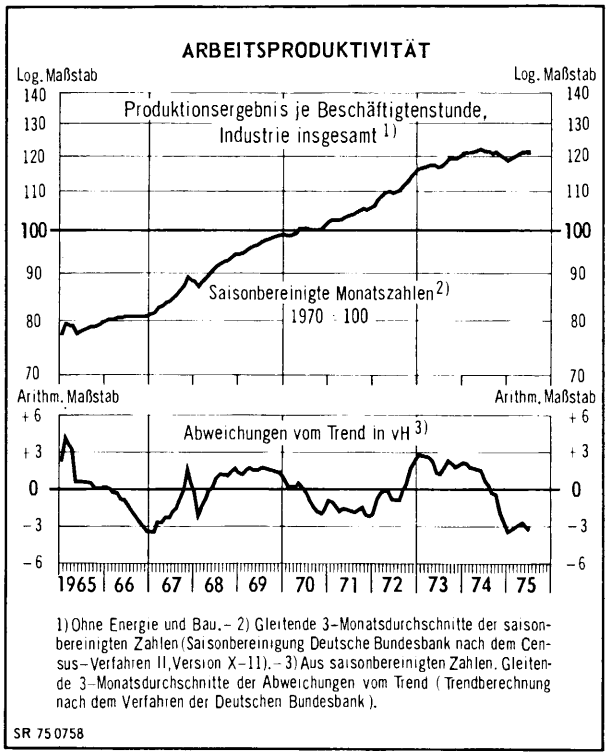
Schaubild 14



106. Der Auslastungsgrad des Produktionspotentials dürfte bei anziehender Produktion bis zum Jahresende wieder etwas zunehmen. In der Industrie scheint der Rückgang der Kapazitätsauslastung inzwischen zum Stillstand gekommen zu sein (Schaubild 14); vereinzelt ist sie bereits gestiegen, so vor allem in der Automobilindustrie, wo sie zuvor sehr niedrig gewesen war. In der Bauwirtschaft wurde ein Teil der brachliegenden Kapazitäten, die dort wegen des starken Produktionsrückgangs besonders groß waren, durch Auflösung von Unternehmen und durch Verschrottung beseitigt. Die Anzahl der Insolvenzen war hier im ersten Halbjahr 1975 fast viermal so hoch wie im gleichen Zeitraum der Jahre 1970 bis 1972, während sie in den übrigen Bereichen etwa doppelt so hoch war wie damals.

107. Bei niedriger Kapazitätsauslastung konnten die Unternehmen ihre Arbeitskräfte nicht so produktiv einsetzen, wie sie es nach den Rationalisierungsanstrengungen der vergangenen Jahre wohl erwartet hatten. Obwohl sie wegen des Nachfragemangels den Personalbestand kräftig reduzierten und die beschäftigten Arbeitnehmer kürzer arbeiten ließen, war das Produktionsergebnis je Arbeitsstunde in der Gesamtwirtschaft nur 1 vH höher als im Vorjahr; bei günstigerer Auftragslage hätten die Unternehmen dagegen, wird lediglich der mittelfristige Anstieg der Arbeitsproduktivität zugrundegelegt, je Arbeitsstunde 4 vH bis 4½ vH mehr produzieren können. Es blieben also 1975 erhebliche Produktivitätsreserven ungenutzt (Schaubild 15).

Schaubild 15



108. Eine stagnierende, wenn nicht sinkende Arbeitsproduktivität hatten vor allem jene Unternehmen zu verzeichnen, die einen besonders starken Produktionsrückgang hinnehmen mußten und die Beschäftigung nicht rasch und nicht voll anpassen konnten. In den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien wie auch in den Investitionsgüterindustrien nahmen jedoch viele Unternehmen Produktivitätseinbußen in Kauf, um nicht qualifizierte Arbeitskräfte zu verlieren, für die sie künftig bei günstigerer Absatzlage möglicherweise nicht gleich Ersatz finden würden. Daß dann bei zunehmender Kapazitätsauslastung, wie derzeit in der Automobilindustrie, hohe Produktivitätsgewinne entstehen, braucht nicht zu überraschen. Bemerkenswert ist jedoch, daß in der Textil- und Bekleidungsindustrie die Arbeitsproduktivität auch ohne Produktionszunahme kräftig steigt; infolge des scharfen Wettbewerbs ausländischer Anbieter sind dort die Unternehmen seit Jahren gezwungen, mehr und mehr auf arbeitssparende Produktionsverfahren überzugehen.

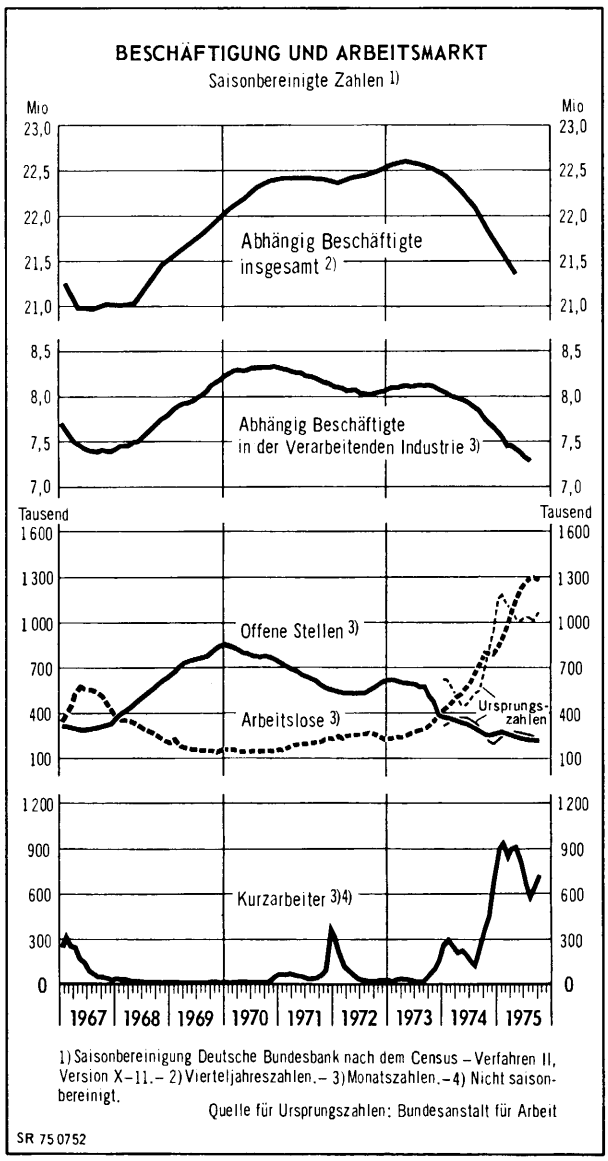
Hohe Arbeitslosigkeit

109. Auf dem Arbeitsmarkt blieben im Verlauf des Jahres 1975 die rezessiven Einflüsse vorherrschend. In den meisten Branchen setzten die Unternehmen trotz verbreiteter Kurzarbeit bis zuletzt noch Arbeitskräfte frei. Bei unzureichendem Stellenangebot nahm die Arbeitslosigkeit, sieht man von saisonalen Schwankungen ab, das Jahr über ständig zu (Schaubild 16). Ihr Anstieg wäre noch stärker gewesen, wäre nicht gleichzeitig eine große Zahl arbeitsloser ausländischer Arbeitnehmer in ihre Heimatländer zurückgekehrt.

110. Nach dem starken Produktionseinbruch um die Jahreswende 1974/75 war abzusehen, daß die Anzahl der Arbeitslosen, die zur Jahresmitte 1974 noch eine halbe Million betragen hatte, im Winter trotz milder Witterung die Millionengrenze deutlich überschreiten würde. Im Februar wurden 1 184 000 Arbeitslose gezählt, zugleich stieg die Zahl der Kurzarbeiter auf 957 000 an. Die Erwartung, daß die Arbeitslosigkeit im Frühjahr spürbar nachlassen werde, erfüllte sich nicht. Die Anzahl der Arbeitslosen blieb selbst im Sommer über der Millionengrenze. Ende Oktober, schon unter dem Einfluß der beginnenden Winterarbeitslosigkeit, waren wieder 1 061 000 Personen, 4,6 vH der Arbeitnehmer, ohne Arbeit.

Die Saisoneinflüsse verdecken indessen den konjunkturellen Verlauf der Arbeitslosigkeit. Saisonbereinigt war die Zahl der Arbeitslosen bis zum

Schaubild 16



Sommer unvermindert stark gestiegen, danach aber schwächte sich die Zunahme mehr und mehr ab. Auf einem Niveau, das ohne Saisoneinflüsse einer Anzahl von 1 300 000 Arbeitslosen entspricht, scheint die konjunkturelle Arbeitslosigkeit nun ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Dafür spricht auch, daß die Kurzarbeit, die im Sommer allein schon wegen der Betriebsferien an Bedeutung verloren hatte, im Herbst den Umfang vom Frühjahr merklich unterschritt. Im Oktober waren 717 000 Arbeitnehmer von Kurzarbeit betroffen.

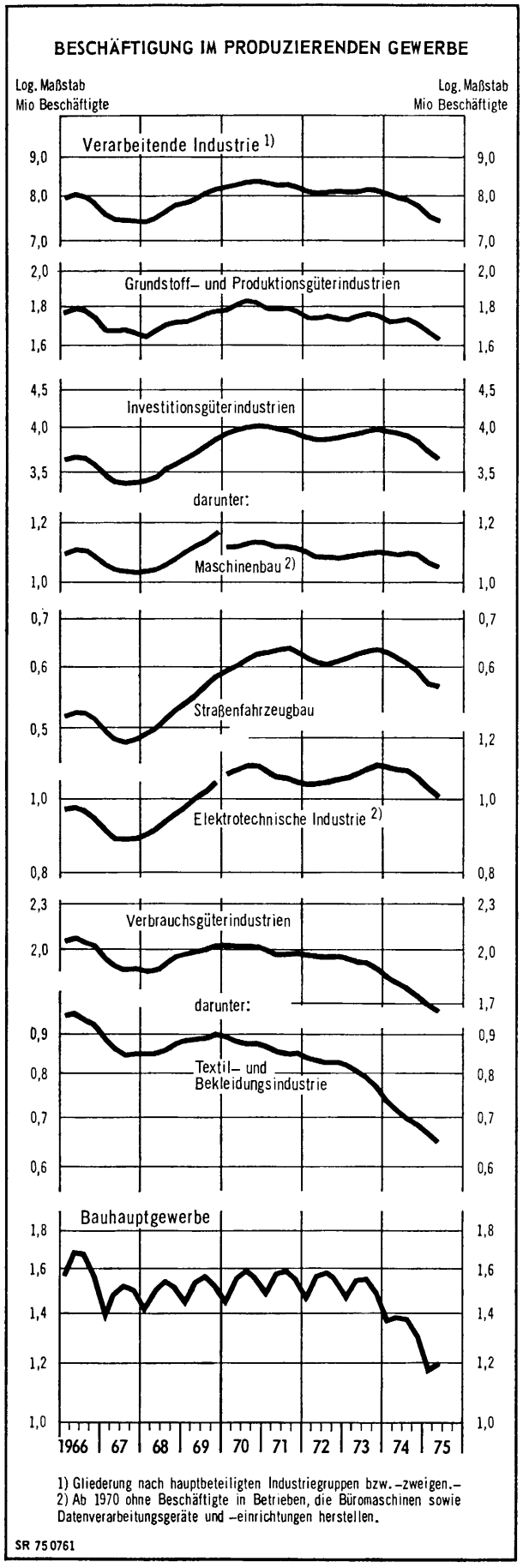
111. Die Beschäftigung nahm 1975 in nahezu allen Bereichen ab. Beschleunigt hat sich der Rückgang vor allem in der elektrotechnischen Industrie und im Maschinenbau (Schaubild 17); im Oktober kam fast ein Fünftel aller Arbeitslosen aus Elektriker- oder Metallberufen. Die anhaltend hohe Kurzarbeit in diesen Bereichen deutet indessen darauf hin, daß die Unternehmen hier, wie auch in der chemischen Industrie und in der eisenschaffenden Industrie, bestrebt waren, Arbeitnehmer zu halten. Nicht nur die Kosten umfangreicher Sozialpläne, sondern wohl auch die Sorge, zu Beginn eines Aufschwungs mit höheren Löhnen um qualifizierte Arbeitskräfte werben zu müssen, hielten die Entlassungen in Grenzen. Gemessen an der Produktion war das Beschäftigungsniveau jedenfalls höher als in denjenigen Branchen, die mit der Dämpfung der Binnennachfrage als erste in den Konjunkturschatten geraten waren.

In den Verbrauchsgüterindustrien, namentlich in der Textil- und Bekleidungsindustrie, wurde der niedrige Personalbestand weiter stark vermindert, obwohl sich der Produktionsrückgang abschwächte. Das Bauhauptgewerbe verringerte die Beschäftigtenzahl wie im Vorjahr noch einmal um ein Achtel. Selbst die Automobilhersteller, die eine spürbare Nachfragebelebung verzeichnen konnten, senkten ihren Personalbestand noch bis zum Sommer; der Abbau der Kurzarbeit und die vorhandenen Produktionsreserven erlaubten es ihnen trotzdem, die Produktion deutlich auszuweiten. Wo dies nicht reichte, wurden Sonderschichten eingelegt.

Der Arbeitsmarkt wurde diesmal, anders als in der Rezession 1967, zusätzlich dadurch belastet, daß die Arbeitslosigkeit auch bei den von der Konjunktur weniger abhängigen Dienstleistungsberufen spürbar zunahm; zuletzt wurden hier rund 360 000 Arbeitslose gezählt. In der gleichen Zeit des Jahres 1967 waren es nur 75 000 gewesen. Dies mag ein Zeichen dafür sein, daß die starke Verteuerung der Arbeitskraft in den vergangenen Jahren den personalintensiven Dienstleistungssektor besonders getroffen hat. So stellte selbst der Staat nach Jahren großzügiger Stellenvermehrung 1975 angesichts leerer Kassen kaum noch Arbeitskräfte ein. Im Bereich des Handels war die Arbeitslosigkeit um zwei Drittel höher als 1974.

Daß die Arbeitslosigkeit insgesamt doppelt so hoch war wie 1967, ist weniger auf den Umfang der Entlassungen in der Industrie als vielmehr auf den Beschäftigungseinbruch in der Bauwirtschaft und auf die Freisetzung von Arbeitskräften im Dienstleistungssektor zurückzuführen.

Schaubild 17



1) Gliederung nach hauptbeteiligten Industriegruppen bzw. -zweigen.–
2) Ab 1970 ohne Beschäftigte in Betrieben, die Büromaschinen sowie Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen herstellen.

SR 750761

112. *Die Bundesanstalt für Arbeit hat die Aufgabe, Arbeitslose finanziell abzusichern, sie in neue Stellen zu vermitteln, Arbeitsplätze durch die vorübergehende Übernahme von Lohnkosten zu erhalten sowie durch Förderung der beruflichen Bildung Beschäftigungsrisiken zu verringern. Sie gewährt einem Arbeitslosen, der in den letzten drei Jahren mindestens sechs Monate der Arbeitslosenversicherung angehörte, ein Arbeitslosengeld in Höhe von 68 vH seines letzten effektiven Nettoverdienstes, allerdings umgerechnet auf die tarifliche Arbeitszeit und begrenzt auf einen Höchstsatz von 320 DM pro Woche. Wie lange Arbeitslosengeld beansprucht werden kann, hängt von der Beschäftigungszeit ab, für die er Beiträge entrichtet hat; im Höchstfall bekommt ein Arbeitsloser ein Jahr lang Arbeitslosengeld. Danach kann er nur noch Arbeitslosenhilfe erhalten (Anschluß-Arbeitslosenhilfe), die 58 vH des letzten Nettoverdienstes ausmacht. Im Gegensatz zum Arbeitslosengeld erhält jemand Arbeitslosenhilfe nur, wenn er als bedürftig gilt* [1]*). Arbeitslosenhilfe kann auch derjenige beziehen, der keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld hat, weil er in den letzten drei Jahren weniger als sechs Monate beitragspflichtig beschäftigt war. Der Bezug von Arbeitslosenhilfe ist nicht befristet.*

Zur Sicherung von Arbeitsplätzen gewährt die Bundesanstalt bei vorübergehendem Beschäftigungsmangel verschiedene Beihilfen, wie Schlechtwettergeld in der Bauwirtschaft, Lohnkostenzuschüsse zur Arbeitsbeschaffung und nicht zuletzt Kurzarbeitergeld, das 68 vH des Nettoverdienstes in der ausfallenden Arbeitszeit beträgt.

Schließlich fördert die Bundesanstalt die berufliche Fortbildung und Umschulung von Arbeitnehmern, insbesondere durch die Zahlung eines Unterhaltsgeldes in Höhe von 90 vH des Nettoarbeitsentgeltes. Allerdings sind hier erhebliche Einsparungen vorgesehen, auch um der Gefahr von Mißbräuchen zu begegnen (Ziffer 351).

Finanzierung der Ausgaben nicht ausreichen (Ziffer 210). die Beiträge der Versicherten. Nur die Arbeitslosenhilfe, soweit sie nicht im Anschluß an den Bezug von Arbeitslosengeld gezahlt wird, trägt der Bund. Dieser gewährt auch Zuschüsse, wenn die Beiträge und Rücklagen zur Finanzierung der Ausgaben nicht ausreichen (Ziffer 210).

113. *Von den Arbeitslosen beziehen drei Viertel entweder Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe. Die übrigen, die noch keine Zuwendungen erhalten, warten zumeist auf die Bewilligung ihrer Anträge. Im Durchschnitt der ersten acht Monate dieses Jahres erhielten rund 710 000 Arbeitnehmer Arbeitslosengeld, das sind 66 vH aller Arbeitslosen. Arbeitslosenhilfe bezogen 98 000 Personen (9 vH). In vier von fünf Fällen wurde die Arbeitslosenhilfe im Anschluß an den Bezug von Arbeitslosengeld gewährt.*

Der Rechtsanspruch auf finanzielle Unterstützung mag da und dort den Zwang mindern, eine Stelle anzunehmen. Aber die Bereitschaft zur Erwerbstätigkeit hängt nicht ausschließlich von den Verdienstmöglichkeiten ab; vor allem dürfte die Differenz zwischen dem Arbeitslosengeld, das lediglich den Familienunterhalt sichert, und dem möglichen Arbeitseinkommen in der Regel groß genug sein, die Annahme einer Stelle — auch in einem anderen Beruf oder an einem anderen Ort — vorteilhaft erscheinen zu lassen. Zwischen Januar und August dieses Jahres lag der monatliche Durchschnittsbetrag des Arbeitslosengeldes bei 930 DM, der Durchschnittsbetrag der Anschluß-Arbeitslosenhilfe bei 700 DM und der Durchschnittsbetrag der originären Arbeitslosenhilfe bei 830 DM. Das durchschnittliche Nettoeinkommen eines erwerbstätigen Arbeitnehmers lag in diesem Jahr knapp über 1 400 DM.

114. Die Arbeitslosigkeit wiegt um so schwerer, je mehr sie sich auf einzelne Gruppen konzentriert und je länger die Betroffenen ohne Arbeitsplatz bleiben. Inwieweit dies 1975 der Fall war, läßt sich aus der Entwicklung des monatlichen Bestandes an Arbeitslosen nicht ablesen, denn dieser bleibt unverändert, wenn viele einen neuen Arbeitsplatz finden, aber ebenso viele arbeitslos werden. In den ersten acht Monaten, in denen sich der Bestand an Arbeitslosen um 85 000 erhöhte, standen 2 200 000 Abgängen an Arbeitslosen 2 285 000 Zugänge gegenüber. In jedem Monat wurden durchschnittlich 285 000 Arbeitnehmer arbeitslos, gleichzeitig endete für 275 000 Arbeitslose die Arbeitssuche — sei es, daß ihnen das Arbeitsamt eine neue Stelle vermittelte, sei es, daß sie selbst eine neue Beschäftigung fanden oder nicht mehr erwerbstätig sein wollten.

Nach einer Sonderuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit war im Mai 1975 rund ein Drittel aller Arbeitslosen sechs Monate und länger ohne Beschäftigung, ein Jahr zuvor lag der Anteil erst bei einem Viertel (Tabelle 12). Darunter waren viele, die aus Gesundheits- oder Altersgründen nur schwer vermittelt werden konnten. Manche von diesen dürften die Absicht haben, nach einjähriger Arbeitslosigkeit den Anspruch auf vorzeitige Altersrente geltend zu machen. Auch die Anzahl derjenigen, die nach einjähriger Arbeitslosigkeit immer noch ohne Stelle waren, ist größer geworden. Gemessen an der Anzahl der Empfänger von Anschluß-Arbeitslosenhilfe waren es im August 97 000.

115. Große Sorge machte die Jugendarbeitslosigkeit. Sie war nach dem Ende des Schuljahres 1974 sprunghaft angestiegen. Im Januar 1975 waren 123 000 Jugendliche (unter 20 Jahre) ohne Arbeit, 11 vH aller Arbeitslosen. Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen betrug damals 6 vH. Dies hatte mehrere Gründe:

— In jüngster Zeit rücken wieder geburtenstärkere Jahrgänge in das erwerbsfähige Alter. Außerdem bemühen sich immer mehr Absolventen weiterführender Schulen um Ausbildungs- und Arbeitsplätze in der Wirtschaft, seitdem der Hochschulzugang zunehmend erschwert worden ist. Das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen hielt mit dieser Nachfrageentwicklung nicht Schritt. Zwar blieben Facharbeiter gesucht; mehr und mehr Betriebe fühlten sich jedoch von dem steigenden Ausbildungsaufwand überfordert. Besonders schwer hatten es Jugendliche ohne qualifizierten Schulabschluß, einen Ausbildungsplatz zu finden.

— Der Arbeitskräftenachwuchs in der Industrie ist in den letzten Jahren in zunehmendem Maße

[1]) Bei der Prüfung der Bedürftigkeit werden die Einkünfte von Verwandten ersten Grades mitberücksichtigt, soweit sie 75 DM pro Woche übersteigen. Auch der Besitz von Vermögen wird angerechnet; Arbeitslosenhilfe wird solange nicht bewilligt, wie noch Sparguthaben, Wertpapiere und Sachwerte in Höhe von mehr als 8 000 DM beziehungsweise von mehr als 12 000 DM bei den Eltern oder Kindern vorhanden sind.

Tabelle 12

Arbeitslose nach Altersgruppen und Dauer der Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit von ... bis unter ... Monate	Jahr, Monat	Alle Altersgruppen	davon im Alter von ... bis unter ... Jahren						
			unter 25	25—35	35—45	45—55	55—60	60—65	65 und älter
		1 000							
unter 1 Monat	1974 Sep	145,5	55,5	40,2	27,0	15,9	3,8	3,1	0,1
	1975 Mai	123,2	38,0	36,1	25,8	15,5	4,1	3,5	0,2
1 bis 3 Monate	1974 Sep	173,5	60,3	46,8	30,6	22,4	6,4	6,7	0,2
	1975 Mai	291,6	86,5	85,6	60,1	37,4	10,7	10,8	0,5
3 bis 6 Monate	1974 Sep	101,7	22,9	25,5	20,8	18,5	6,4	7,3	0,2
	1975 Mai	277,3	69,1	79,8	61,4	39,9	11,4	14,8	0,8
6 bis 12 Monate	1974 Sep	107,3	17,3	23,7	23,0	22,1	8,5	12,2	0,4
	1975 Mai	254,9	52,9	67,6	58,2	44,4	13,9	17,0	0,9
12 Monate und länger ...	1974 Sep	28,8	2,0	3,8	5,7	7,9	4,4	4,9	0,2
	1975 Mai	70,8	7,2	12,2	15,9	18,4	8,6	8,0	0,5
Zusammen	1967 Apr	535,5	94,7	121,6	91,7	70,8	53,1	65,1	38,6
	1974 Sep	556,9	158,1	140,1	107,2	86,9	29,4	34,1	1,1
	1975 Mai	1 017,9	253,7	281,4	221,4	155,6	48,8	54,1	2,9
		Anteil in vH							
unter 1 Monat	1974 Sep	*100*	*38,1*	*27,6*	*18,5*	*10,9*	*2,6*	*2,1*	*0,1*
	1975 Mai	*100*	*30,8*	*29,3*	*20,9*	*12,6*	*3,3*	*2,9*	*0,1*
1 bis 3 Monate	1974 Sep	*100*	*34,8*	*27,0*	*17,7*	*12,9*	*3,7*	*3,8*	*0,1*
	1975 Mai	*100*	*29,7*	*29,3*	*20,6*	*12,8*	*3,7*	*3,7*	*0,2*
3 bis 6 Monate	1974 Sep	*100*	*22,6*	*25,1*	*20,5*	*18,2*	*6,3*	*7,2*	*0,2*
	1975 Mai	*100*	*24,9*	*28,8*	*22,1*	*14,4*	*4,1*	*5,4*	*0,3*
6 bis 12 Monate	1974 Sep	*100*	*16,1*	*22,1*	*21,5*	*20,6*	*7,9*	*11,4*	*0,4*
	1975 Mai	*100*	*20,8*	*26,5*	*22,8*	*17,4*	*5,5*	*6,7*	*0,3*
12 Monate und länger ...	1974 Sep	*100*	*6,8*	*13,2*	*19,8*	*27,4*	*15,2*	*16,8*	*0,7*
	1975 Mai	*100*	*10,2*	*17,3*	*22,4*	*25,9*	*12,2*	*11,3*	*0,7*
Zusammen	1967 Apr	*100*	*17,7*	*22,7*	*17,1*	*13,2*	*9,9*	*12,2*	*7,2*
	1974 Sep	*100*	*28,4*	*25,2*	*19,2*	*15,6*	*5,3*	*6,1*	*0,2*
	1975 Mai	*100*	*24,9*	*27,6*	*21,7*	*15,3*	*4,8*	*5,3*	*0,3*
		Arbeitlosenquote in vH [1]							
Zusammen	1967 Apr	*2,5*	*2,0*	*2,2*	*2,1*	*2,1*	*3,1*	*5,2*	*9,8*
	1974 Sep	*2,4*	*3,2*	*2,5*	*1,9*	*1,9*	*2,5*	*3,0*	*0,3*
	1975 Mai	*4,4*	*5,2*	*5,1*	*4,0*	*3,5*	*4,2*	*5,0*	*0,9*

[1]) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen nach Mikrozensus-Ergebnissen.

Quelle für Grundzahlen: Bundesanstalt für Arbeit

vom Investitionsgüterbereich aufgenommen worden. Dadurch ist die Beschäftigung jugendlicher Industriearbeiter konjunkturempfindlicher geworden. Schlosser, Mechaniker und Elektriker waren nun besonders häufig von Entlassungen betroffen, und oft fanden sie nach Abschluß ihrer Lehre keine Anstellung.

— Der bessere Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer mußte im Abschwung die Entlassung von Jugendlichen vermehren. Die verstärkte Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze brachte demgegenüber nur wenig Entlastung.

Unter den jugendlichen Arbeitslosen, die schon berufstätig gewesen sind, können mehr als zwei Drittel keine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen. Die wenigsten von ihnen streben eine solche an. Selbst unter den arbeitslosen Schulabgängern möchte nur jeder Fünfte einen Beruf erlernen. Gleichwohl bleibt die Mehrzahl der arbeitslosen Jugendlichen weniger als drei Monate ohne Beschäftigung. Länger als sechs Monate waren im Mai nur etwas mehr als 20 vH arbeitslos. In den Frühjahrs- und Sommermonaten 1975 war die Arbeitslosenquote der Jugendlichen auch nicht mehr überdurchschnittlich hoch. Mit Beginn des neuen Lehrjahres im September stieg sie jedoch wieder deutlich an.

116. Besonders stark waren 1975 die ausländischen Arbeitnehmer von dem zunehmenden Beschäftigungsmangel betroffen. Bis zum Herbst 1974 hatte es noch den Anschein gehabt, daß es ihnen leichter fallen würde als den deutschen Arbeitnehmern, ihren Arbeitsplatz zu behalten oder einen neuen zu finden. Danach aber trieben Konjunktur und Saison, von denen die Ausländerbeschäftigung aufgrund der hohen Anteile der Bau- und Metallberufe in entscheidendem Maße abhängt, die Arbeitslosenquote der Ausländer um so rascher in die Höhe; im März betrug sie 7,4 vH. Hinzu kam, daß ausländische Arbeitnehmer, sofern sie nicht aus der Europäischen Gemeinschaft stammen oder nicht schon länger als fünf Jahre in der Bundesrepublik leben, dadurch im Nachteil sind, daß ihnen offene Stellen nur angeboten werden dürfen, wenn diese nicht mit deutschen Arbeitskräften besetzt werden können [1]). Dennoch zögerten die meisten arbeitslosen Ausländer, in ihre Heimatländer zurückzukehren, da sie damit rechnen mußten, aufgrund des Anwerbestopps vom Herbst 1973 künftig in der Bundesrepublik keine Arbeitserlaubnis mehr zu erhalten. Zudem boten sich ihnen auch daheim oft keine Beschäftigungsmöglichkeiten. Dies konnte die Rückwanderung jedoch nur eine Zeitlang aufhalten, weil die meisten Ausländer spätestens nach einjähriger Arbeitslosigkeit jeglichen Anspruch auf Unterstützung verlieren und weil die Arbeitserlaubnis nicht erneuert wird. Mitte des Jahres beschleunigte sich die Abwanderung spürbar. Die Zahl der beschäftigten Ausländer dürfte seit dem Anwerbestopp um eine halbe Million abgenommen haben. Davon waren im Oktober allerdings 135 000, also 5,6 vH der ausländischen Arbeitnehmer, in der Bundesrepublik arbeitslos gemeldet.

117. Die hohe Frauenarbeitslosigkeit, die schon 1974 die Entwicklung am Arbeitsmarkt gekennzeichnet hatte, hielt auch 1975 an. Nachdem sich im Vorjahr der Beschäftigungsrückgang in den Verbrauchsgüterindustrien bereits beschleunigt hatte, kam es nun auch im Dienstleistungssektor immer öfter zu Entlassungen. Die Hälfte der fast 500 000 arbeitslosen Frauen hat ihren Arbeitsplatz in diesem Bereich verloren, allein 90 000 im Handel. In erheblichem Maße überschneidet sich dieser Personenkreis mit jenem Drittel der weiblichen Arbeitslosen, die ausschließlich Teilzeitbeschäftigung suchen. In der Industrie scheiterte die Vermittlung arbeitsloser Frauen oft an ihrer unterdurchschnittlichen Qualifikation. Dies führte zusammen mit der Entlassung von Angestellten zu einer weiteren Zunahme der Frauenarbeitslosigkeit im Laufe des Jahres. Im Februar waren 37 vH, im Oktober 47 vH aller Arbeitslosen Frauen. Die Arbeitslosenquote der Frauen hatte im Juli mit 5,3 vH wieder den Höchststand des vergangenen Winters erreicht und stieg bis Oktober auf 5,9 vH.

118. Mangelnde berufliche Qualifikation erwies sich allgemein als ein Haupthindernis für die Vermittlung. Mehr als die Hälfte aller Arbeitslosen, die sich in diesem Jahr registrieren ließen, hatte keine abgeschlossene Berufsausbildung. Dies erschwerte die Besetzung offener Stellen insbesondere in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien — so etwa in der chemischen Industrie, wo ungelernte Kräfte entlassen wurden, während die Anzahl der offenen Stellen für Facharbeiter sogar noch zunahm. Allgemein hatten ungelernte Arbeitskräfte — sieht man von den Jugendlichen ab — am Arbeitsmarkt um so weniger Chancen, je älter sie waren.

Besonders qualifizierte Arbeitskräfte trugen ein Beschäftigungsrisiko meist nur, wenn sie Berufsanfänger waren. Schwierigkeiten, eine erste Anstellung zu finden, hatten vor allem Ingenieure und Architekten sowie Hochschulabsolventen mit Sozial- und Erziehungsberufen. Letzteren war der Zugang zum öffentlichen Dienst in vielen Fällen durch Budgetbegrenzungen versperrt.

119. Regional war die Arbeitslosigkeit 1975 nicht so ungleichmäßig verteilt wie 1967, als sie sich vor allem in strukturschwachen Gebieten konzentriert hatte. Stärker als damals waren in diesem Jahr auch die Ballungszentren betroffen, in denen Exportindustrien und Dienstleistungsunternehmen große Bedeutung haben. Am weitesten über dem Durchschnitt des Bundesgebietes lag die Arbeitslosenquote dort, wo — wie in Nordbayern und Rheinland-Pfalz — zur konjunkturellen Schwäche der strukturelle Beschäftigungsabbau der Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie hinzukam. In Niedersachsen wirkte sich nicht nur die traditionelle Strukturschwäche des Zonenrandgebiets und des Emslandes, sondern auch die Unterauslastung der elektrotechnischen Industrie

[1]) Rechtsverordnung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung aufgrund des Arbeitsförderungsgesetzes, § 18.

beschäftigungsmindernd aus. Die niedrigste Arbeitslosigkeit, gleichzeitig die höchste Kurzarbeiterzahl, wies auch in dieser Rezession Baden-Württemberg auf.

Die Annäherung der regionalen Arbeitslosenquoten ließ es wenig aussichtsreich erscheinen, die Beschäftigungschancen durch einen Wohnortwechsel zu verbessern. Jedenfalls war eine besondere regionale Mobilität nicht zu verzeichnen. Die Mittel für die Mobilitätszulage aus dem Konjunkturprogramm vom Dezember 1974 wurden nur zu einem Viertel in Anspruch genommen.

IV. Klimawechsel in der Einkommenspolitik

120. In der Einkommenspolitik waren die Tarifpartner 1975 darum bemüht, nicht die Fehler und Irrtümer zu wiederholen, die den Verteilungskampf des letzten Jahres geprägt hatten. Die Gewerkschaften stellten die hohen Beschäftigungsrisiken in Rechnung, die Unternehmen den engen Überwälzungsspielraum.

Mit der Bereitschaft der Tarifparteien, weit geringere Lohn- und Gehaltsverbesserungen zu vereinbaren als im Jahr zuvor, wurde ein erster Schritt zur Stabilisierung des Kostenniveaus getan. In die gleiche Richtung wirkte, daß die Unternehmen wieder billiger Waren aus dem Ausland beziehen konnten und daß die Zinsen auf Fremdkapital sanken. Dennoch verhinderte der weitere Rückgang der Kapazitätsauslastung, daß sich die Gewinnmargen 1975 schon spürbar erholten. Die reale Verteilungsposition der Arbeitnehmer hat sich trotz mäßiger Tarifabschlüsse 1975 nicht verschlechtert.

121. Mehr als in den Vorjahren hat der Staat die Verteilung der Markteinkommen korrigiert. Dadurch, daß die Unternehmen 1975 weiter Arbeitskräfte entließen und Kurzarbeit einführten, hat sich der Kreis derer, die staatliche Einkommensübertragungen beanspruchten, nochmals erhöht. Zudem wurden auch 1975 die Renten kräftig angehoben. Darüber hinaus sorgte der Staat bei den Beziehern niedriger und mittlerer Einkommen mit der Steuer- und Kindergeldreform für höhere Nettoeinkommen.

Mäßigung in der Lohnpolitik

122. Zu Jahresbeginn war offen, ob die Gewerkschaften nicht auf Nominallohnsteigerungen bestehen würden, die von vornherein einer Verbesserung der Gewinnmargen den Weg versperrt hätten. Unter dem Eindruck der wachsenden Arbeitslosigkeit rückten sie von den hohen Lohnforderungen ab, die noch an den Steigerungsraten früherer Tarifrunden orientiert waren.

Nachdem 1974 der von Beschäftigungsrisiken freie öffentliche Dienst die Lohnrunde eröffnet hatte, fiel diese Aufgabe 1975 der Bauwirtschaft zu, die besonders stark an Beschäftigungsmangel litt. Nach vorgezogenen Verhandlungen einigten sich die Tarifpartner dort, die Löhne und Gehälter ab Mai 1975 um 6,6 vH zu erhöhen sowie ein Weihnachtsgeld von 200 DM tariflich abzusichern (Tabelle 13). Damit war die Abkehr von den zweistelligen Abschlußraten früherer Lohnrunden eingeleitet.

Die späteren Abschlüsse folgten weitgehend dem Beispiel der Bauwirtschaft. So wurden in der Metallindustrie Lohnsteigerungen von 6,8 vH vereinbart, obwohl ursprünglich eine Forderung von 11 vH gestellt worden war. Deutlich fiel auch die Mäßigung im öffentlichen Dienst aus. Einer anfangs geforderten Einkommensverbesserung um rund 10 vH stand eine Vereinbarung von 6 vH gegenüber. In den anderen Tarifbereichen hielten sich die Lohnsteigerungen ebenfalls in dem vorgezeichneten Rahmen von 6 vH bis 7 vH. Vielfach erklärten sich die Gewerkschaften dazu bereit, anstehende Strukturverbesserungen und Lohnnebenleistungen erst im nächsten oder übernächsten Jahr wirksam werden zu lassen. Selbst im Steinkohlenbergbau, dem es an Beschäftigung nicht fehlte, ging der Lohnabschluß nicht über 7 vH hinaus. In der Bekleidungsindustrie, die seit Jahren über Auftragsmangel klagt, versuchten die Arbeitnehmer mit lokal begrenzten Streiks eine überdurchschnittliche Lohnanhebung zu erzwingen. Nach langwierigen Verhandlungen fanden sie sich jedoch auch hier bereit, einer Erhöhung der Löhne und Gehälter um 7 vH zuzustimmen.

123. Trotz der maßvollen Abschlüsse lag das gesamtwirtschaftliche Tariflohn- und -gehaltsniveau, das die Höhe aller tariflichen Löhne und Gehälter einschließlich der tariflichen Nebenleistungen widerspiegelt, im ersten Vierteljahr 1975 noch um 10,1 vH, im zweiten um 8,4 vH über dem vergleichbaren Stand des Vorjahres (Schaubild 18). Stufenweise Anhebungen der Tariflöhne in der zweiten Jahreshälfte 1974 hatten den Anstieg des Tariflohnniveaus nochmals beschleunigt. Die Mäßigung in der Lohnpolitik wurde also erst nach und nach in der Entwicklung des Tariflohnniveaus sichtbar. Bis zum Ende des ersten Vierteljahres 1975 wurden schon für rund 65 vH, bis zur Jahresmitte für 90 vH aller Arbeitnehmer neue Tarife vereinbart; in der zweiten Jahreshälfte erhöhte sich das Tariflohnniveau daher nur noch geringfügig. Außerdem traten im Verlauf des ersten Halbjahres für einige Tarifbereiche früher getroffene Vereinbarungen nachträglich in Kraft. Bis zum Herbst 1975 hat sich der Abstand zum Vorjahr auf 7,4 vH verringert. Am Jahresende wird das Niveau der tariflichen Löhne und Gehälter für die Gesamtwirtschaft etwa noch um 6,8 vH höher sein als ein Jahr zuvor.

124. Mehr noch als im Vorjahr kürzten die Unternehmen Arbeitszeiten, strichen Überstunden oder schränkten die Zahlung freiwillig gewährter Einkommenszuschläge ein. Dort, wo die Auftragslage wieder mehr Beschäftigung erlaubte, konnten sie die Konkurrenz unter den Arbeitslosen nutzen. Die Effektivverdienste sind daher 1975 weit weniger gestiegen als im Jahr zuvor. Wie bei den Tariflöhnen haben sich auch bei den Effektivlöhnen die Steigerungsraten gegenüber dem Vorjahr erst nach und

Tabelle 13

Einkommenspolitisch wichtige Ereignisse

Monat		Anzahl der Begünstigten	
1975			
Januar	Arbeitsförderungsgesetz		Die laufenden Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz werden an die durch die Einkommensteuerreform und die Reform des Familienlastenausgleichs geänderte Rechtslage angepaßt. Es betragen — das Arbeitslosengeld, das Kurzarbeitergeld und das Schlechtwettergeld 68 vH, — die Arbeitslosenhilfe 58 vH, — das Unterhaltsgeld für Teilnehmer an beruflichen Bildungsmaßnahmen 90 vH des ausfallenden durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts.
	Bauwirtschaft	1 100 000	Nach vorgezogenen Verhandlungen vereinbaren die Tarifpartner in der Bauwirtschaft, die Löhne und Gehälter um 6,6 vH zu erhöhen. Ein Weihnachtsgeld in Höhe von 200 DM bei mindestens zwölfmonatiger Betriebszugehörigkeit wird tariflich abgesichert. Die Vereinbarung tritt für eine zwölfmonatige Laufzeit ab 1. Mai 1975 in Kraft. Die effektiven Belastungen betragen, je nach dem Umfang des effektiv bereits gezahlten Weihnachtsgeldes, 7 vH bis 7½ vH.
Februar	Metallindustrie	1 200 000	Die Tarifparteien der Metallindustrie in Nordrhein-Westfalen vereinbaren, rückwirkend ab 1. Januar 1975 die Löhne und Gehälter linear um 6,8 vH für eine Laufzeit von 12 Monaten zu erhöhen. Ab 1. April 1975 tritt ein neuer Manteltarifvertrag in Kraft, der die Verdienstabsicherung und die Unkündbarkeit älterer Arbeitnehmer regelt. Für eine Übergangszeit, die sich bis zum 31. März 1977 erstreckt, erhalten Arbeiter und Angestellte, die das 53. Lebensjahr vollendet haben, ab zwölfjähriger Unternehmenszugehörigkeit 90 vH des vorherigen Durchschnittseinkommens, wenn sie aus gesundheitlichen Gründen an einem geringer bezahlten Arbeitsplatz beschäftigt werden müssen. Zusätzlich mit Regelungen über die Leistungszulagen für Arbeiter und Angestellte sowie über die Anhebung der Lohngruppe 2 wurden Vereinbarungen getroffen, die erst ab 1. Januar 1976 in Kraft treten werden.
	Öffentlicher Dienst	1 760 000	Die Tarifparteien im öffentlichen Dienst einigen sich für die Beschäftigten bei Bund, Ländern und Gemeinden für eine Laufzeit von 13 Monaten auf eine Lohn- und Gehaltserhöhung um 6 vH sowie eine einmalige Nebenleistung von 100 DM. Die Vereinbarung, die rückwirkend vom 1. Januar 1975 an in Kraft tritt, ergibt zusammen mit einer ab 1. Dezember 1975 geltenden Neuregelung der Eingruppierung von etwa 30 vH der Arbeiter und rund 15 vH der Angestellten eine Anhebung des tariflichen Lohn- und Gehaltsniveaus um 6,5 vH.
	Metallindustrie	2 100 000	In den Tarifbereichen Saarland, Hessen, Berlin, Bayern, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und im sogenannten Nordverbund wird — in Anlehnung an den Abschluß in Nordrhein-Westfalen — eine Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um 6,8 vH vereinbart.
	Bundesbahn Bundespost	210 000 210 000	Die Tarifparteien beschließen, ab 1. Januar 1975 die Löhne und Gehälter für eine Laufzeit von 13 Monaten um 6 vH anzuheben. Außerdem wird eine einmalige Sonderzahlung von 100 DM vereinbart.

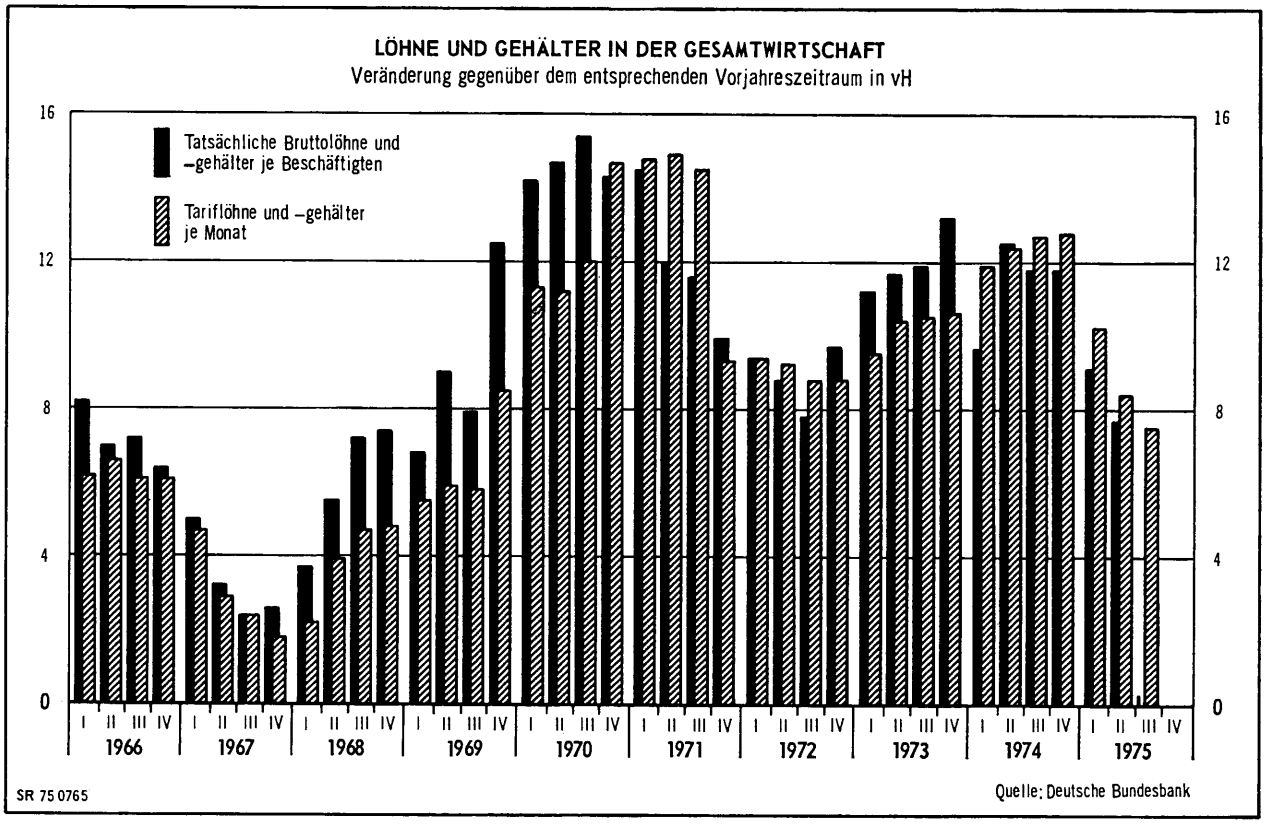
noch Tabelle 13

Monat		Anzahl der Begünstigten	
1975			
Februar	Einzelhandel	380 000	Im Tarifbereich Nordrhein-Westfalen wird eine Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um 6,9 vH rückwirkend vom 1. Januar 1975 an vereinbart.
März	Einzelhandel	240 000	Für die Tarifbereiche Baden-Württemberg und Hamburg wird eine Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter ab 1. März 1975 um 6,9 vH beschlossen.
	Großhandel	430 000	Die Tarifparteien in den Bezirken Bayern und Nordrhein-Westfalen kommen überein, die Löhne und Gehälter ab 1. März 1975 um 6,8 bzw. 9,1 vH anzuheben.
	Chemische Industrie	670 000	In zwölf Tarifbereichen wird eine Anhebung der Tariflöhne und -gehälter um 6,8 vH vereinbart. Ab 1. Januar 1976 sowie ab 1. April 1977 werden die vermögenswirksamen Leistungen um jeweils 13 DM von 26 DM auf 52 DM erhöht. Arbeitgeber und Gewerkschaften beschließen einen Unterstützungsfonds für arbeitslose Chemiearbeitnehmer einzurichten, für dessen Finanzierung die Arbeitgeber 0,5 vH der Bruttolohn- und -gehaltssumme der chemischen Industrie zur Verfügung stellen.
April	Privates Versicherungsgewerbe	200 000	Es wird vereinbart, ab 1. April 1975 die Gehälter um 6,5 vH zu erhöhen. Außerdem wird der tarifliche Urlaub um einen Tag verlängert.
	Druckindustrie	150 000	Die Tarifpartner in der Druckindustrie kommen überein, den tariflichen Ecklohn für Facharbeiter ab 1. April 1975 um 6,4 vH anzuheben.
	Textilindustrie	70 000	Für den Tarifbezirk Westfalen wird ab 1. Mai 1975 eine Anhebung der Löhne und Gehälter um 6,6 vH vereinbart. Außerdem einigen sich die Tarifparteien darauf, das Urlaubsgeld um 25 DM auf 325 DM zu erhöhen sowie den Jahresurlaub um einen Tag auf fünf volle Wochen zu verlängern.
	Textilindustrie	300 000	In den übrigen Tarifgebieten (ohne Saarland und Berlin) beschließen die Tarifvertragsparteien eine Erhöhung des tariflichen Lohn- und Gehaltsniveaus um durchschnittlich 6,7 vH vom 1. Mai bzw. 1. Juni dieses Jahres an. Neben den Lohn- und Gehaltssteigerungen enthalten die Vereinbarungen eine Verlängerung des Jahresurlaubs um einen Tag und/oder die Anhebung des Urlaubsgeldes.
	Steinkohlenbergbau	184 000	Die Beschäftigten des Steinkohlenbergbaus an Ruhr und Saar erhalten ab 1. Mai 1975 7,0 vH mehr Lohn und Gehalt. Der Jahresurlaub wird um einen Tag verlängert.
Mai/Juni	Bekleidungsindustrie	290 000	Für die Beschäftigten der Bekleidungsindustrie wird vereinbart, die Löhne und Gehälter um durchschnittlich 6,2 vH rückwirkend ab 1. Mai anzuheben. Außerdem werden die Jahressonderzahlungen von 25 vH auf 35 vH aufgestockt. Im Tarifgebiet Nordrhein wird nach einem mehrtägigen Schwerpunktstreik eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 6,4 vH vereinbart.
Juli	Kriegsopferversorgung	2 350 000	Ab 1. Juli 1975 werden die Kriegsopferrenten um durchschnittlich 11,1 vH erhöht. Die Gesamtaufwendungen des Bundes belaufen sich damit im Jahre 1975 auf rund 11 Mrd DM.
	Rentenversicherung	11 500 000	Mit Wirkung vom 1. Juli 1975 werden die Altersrenten um 11,1 vH angehoben.

noch Tabelle 13

Monat		Anzahl der Begünstigten	
1975			
November	Eisen- und Stahlindustrie	220 000	In den Tarifbereichen Nordrhein-Westfalen und Bremen wird vereinbart, ab 1. November 1975 Löhne und Gehälter um 5 vH zu erhöhen. Die Laufzeit des Vertrages beträgt zwölf Monate. Außerdem beschließen die Tarifpartner, die Zeit des tariflosen Zustands, die zweite Hälfte des Oktobers 1975, mit einer Pauschale von 25 DM abzugelten. Die Summe der jährlichen Sonderzahlungen (wie Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Jahresabschlußzahlung) wird um 200 DM erhöht. Die Regelungen über die Jahresabschlußzahlung und das Urlaubsgeld sind für zwei Jahre gültig.

Schaubild 18



nach verringert. So waren die Lohn- und Gehaltszahlungen je beschäftigten Arbeitnehmer im ersten Vierteljahr 1975 um 9,1 vH, im zweiten nur noch um 7,6 vH höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Aufs ganze Jahr gesehen dürften sie das Vorjahresniveau um 7,8 vH übertreffen.

Wie schon in früheren Abschwungsphasen sind 1975 die Effektivverdienste langsamer gestiegen als die Tariflöhne und -gehälter. Die gesamtwirtschaftliche Lohndrift, die Differenz zwischen den Zuwachsraten der effektiven und der tariflichen Verdienste, hat sich also nicht nur weiter zurückgebildet, sie ist sogar negativ geworden. Da die Tarifpartner 1975 weniger tarifliche Nebenleistungen — die vielfach zwar in der Statistik der Effektivverdienste, nicht aber in der Tarifstatistik erfaßt werden — als 1974 vereinbarten, ist die gemessene Lohndrift in geringerem Maße durch unterschiedliche Abgrenzung tariflicher Zulagen und Zuschläge beeinflußt. Somit kann man den Rückgang der Lohndrift in diesem Jahr mit weniger Vorbehalt als sonst einer zurückhaltenden Beschäftigungspolitik der Unternehmen zurechnen [1]).

125. Bei aller Bereitschaft, angesichts der hohen Arbeitslosigkeit maßvollen Tarifabschlüssen zuzustimmen, hatten die Gewerkschaften doch das Ziel vor Augen, ihren Mitgliedern mindestens das erreichte Reallohnniveau zu sichern. Wenn auch der Zuwachs der Arbeitseinkommen je Beschäftigten 1975 wesentlich geringer ausfiel als noch im Jahr zuvor, blieb den Arbeitnehmern der Reallohn nicht nur erhalten, sondern dieser hat sich weiter, um 0,9 vH, erhöht. Das entsprach nahezu dem Spielraum, der für Lohnsteigerungen offenstand, ohne daß dadurch das gesamtwirtschaftliche Kostenniveau weiter gestiegen wäre (Tabelle 14). Denn:

— Aus der Produktivitätsentwicklung ergab sich kein Spielraum für Lohnerhöhungen. Die schwa-

[1]) In der Statistik der Tariflöhne und -gehälter bleiben alle tariflichen Zulagen und Zuschläge, wie Urlaubsgelder, Gratifikationen oder Änderungen der Lohngruppeneinteilung, die weder der Höhe noch dem Kreis der Begünstigten nach anzugeben sind, außer Betracht. Lediglich die vermögenswirksamen Leistungen, sofern diese regelmäßig bezahlt werden, gehen in die Berechnung des Tariflohnindex ein.

Tabelle 14

Zur Entwicklung der Reallohnposition [1])

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Jahr	Realer Verteilungsspielraum				Reale Verteilung			Reallohnposition der Arbeitnehmer (7) − (4)
	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen	Terms-of-Trade-Effekt [2])	Lohnkosteneffekt der Arbeitgeberbeiträge [3])	insgesamt (1) + (2) − (3)	Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer (Inland)	Preisindex für die Lebenshaltung [4])	Reale Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer (5) − (6)	
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
1963	+3,5	+0,1	−0,0	+3,6	+ 6,0	+2,9	+ 3,0	−0,6
1964	+7,4	±0,0	−0,7	+8,2	+ 9,6	+2,3	+ 7,1	−1,0
1965	+5,5	−0,2	−0,2	+5,5	+ 8,9	+3,3	+ 5,4	−0,1
1966	+3,4	−0,1	+0,4	+2,9	+ 7,0	+3,5	+ 3,4	+0,5
1967	+3,6	−0,0	+0,2	+3,4	+ 3,1	+1,5	+ 1,6	−1,7
1968	+7,4	+0,2	+0,6	+7,0	+ 6,5	+1,2	+ 5,2	−1,7
1969	+7,0	−0,2	+0,5	+6,3	+ 8,9	+1,5	+ 7,3	+0,9
1970	+5,0	+0,7	+0,3	+5,4	+15,4	+3,4	+11,6	+5,9
1971	+2,9	+0,7	+0,7	+2,9	+11,1	+5,3	+ 5,5	+2,5
1972	+4,1	+0,5	+0,7	+3,9	+ 9,0	+5,2	+ 3,6	−0,3
1973	+5,5	−0,7	+0,9	+3,9	+12,1	+6,6	+ 5,2	+1,3
1974	+3,0	−1,8	+0,2	+0,9	+11,1	+7,0	+ 3,8	+2,9
1975 [5])	−0,1	+1,6	+0,7	+0,8	+ 7,0	+6,0	+ 0,9	+0,1

[1]) Gesamtwirtschaft ohne Staat. Berechnung der Spalten (4), (7) und (8) durch multiplikative Verknüpfung.
[2]) Gesamtwirtschaft.
[3]) Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung einschließlich zusätzlicher Sozialaufwendungen der Arbeitgeber.
[4]) Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, abzüglich der darin enthaltenen Verbrauchsteuererhöhungen (Mehrwertsteuer; Steuern auf Branntwein, Mineralöl, Tabak); eigene Schätzung.
[5]) Eigene Schätzung.

che Auslastung der Kapazitäten verhinderte, daß vorhandene Produktivitätsreserven genutzt werden konnten. Das Produktionsergebnis je Erwerbstätigen war 1975 in der privaten Wirtschaft um 0,1 vH niedriger als im Vorjahr.

— Demgegenüber eröffnete die günstigere Entwicklung des realen Austauschverhältnisses mit dem Ausland (Terms of Trade) die Möglichkeit, die Arbeitnehmer an den Einkommenszuwächsen aus dem Außenhandel zu beteiligen (Ziffer 159). Da die Einfuhrpreise 1975 wieder weniger stark stiegen als die Ausfuhrpreise, vergrößerte sich der Spielraum für eine verteilungsneutrale Erhöhung von Löhnen und Gehältern um 1,6 vH.

— Über einen Teil des zusätzlich Verteilbaren war durch die Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung, welche die Arbeitgeber zur Hälfte mittragen mußten, bereits zugunsten der Arbeitnehmer verfügt worden.

Im nachhinein zeigt sich somit, daß die Arbeitnehmer auch 1975 — möglicherweise entgegen ihrer Bereitschaft — den Unternehmen nichts von ihrer Verteilungsposition preisgegeben haben.

126. Trotz der maßvollen Tarifabschlüsse verminderte sich die hohe Lohnstückkostenbelastung nicht. Obwohl die Unternehmen den Beschäftigtenstand weiter drosselten, vermehrt die Arbeitszeiten kürzten und übertarifliche Lohn- und Gehaltszahlungen beschnitten, bewirkte der Rückgang der Kapazitätsauslastung einen Anstieg der Lohnstückkosten. Außerdem hatten die Unternehmen zusätzliche Sozialabgaben zu tragen. Die Lohnkosten je Produkteinheit in der Gesamtwirtschaft dürften um 8 vH höher sein als 1974.

In der Industrie, wo die Produktion weniger als im Vorjahr die Kapazitäten auslastete, hat sich der Anstieg der Lohnstückkosten mehr noch als in der Gesamtwirtschaft beschleunigt. Im Durchschnitt der ersten acht Monate waren die Lohnkosten je Produkteinheit hier um gut 12 vH höher als vor Jahresfrist.

127. Von der Entwicklung der Lohnkosten allein läßt sich indes nicht auf die Entwicklung der Gewinnmargen schließen, auch wenn die Löhne und Gehälter die bei weitem bedeutendste Kostenkomponente in der Gesamtwirtschaft sind. So ergab sich bei den Vorleistungen durch den Rückgang der Importpreise — insbesondere bei den Rohstoffen, die sich bis zur Jahresmitte verbilligten — eine spürbare Entlastung. Mit der Zinssenkung verminder-

Tabelle 15

Verteilung des Volkseinkommens

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Zeitraum	Volkseinkommen	Einkommen aus				Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	Empfangene laufende Übertragungen vom Staat [1]	Verfügbares Einkommen [2]
		unselbständiger Arbeit		Unternehmertätigkeit und Vermögen				
		brutto	netto	brutto	netto	private Haushalte [3]		
1964—1974 [4]	+ 8,9	+10,1	+ 8,3	+6,5	+6,7	+10,1	+10,4	+ 9,0
1971	+10,7	+13,3	+10,7	+5,4	+5,2	+12,1	+11,6	+11,0
1972	+ 9,1	+ 9,7	+ 9,1	+7,9	+8,1	+14,7	+13,6	+11,3
1973 [5]	+11,7	+13,5	+ 9,0	+7,6	+3,2	+ 7,8	+11,7	+ 8,9
1974 [5]	+ 7,0	+ 9,6	+ 7,9	+1,1	+0,4	+ 4,7	+15,1	+ 8,4
1975 [6]	+ 3,7	+ 4,0	+ 4,0 a)	+3,0	+6,2	+10,0	+20,0 b)	+10,5
1974 1. Hj. [5]	+ 6,9	+10,2	+ 9,1	−0,5	−3,7	− 4,4	+14,6	+ 6,6
2. Hj. [5]	+ 7,1	+ 9,0	+ 6,8	+2,5	+4,5	+12,2	+15,5	+10,0
1975 1. Hj. [5]	+ 3,6	+ 4,6	+ 4,5 a)	+1,1	+4,3	+16,2	+25,3 b)	+12,2
2. Hj. [6]	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,5 a)	+4,9	+8,0	+ 5,6	+24,3 b)	+ 8,9

1) Nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen.
2) Ohne nichtentnommene Gewinne der Einzelunternehmen u. ä.
3) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
4) Durchschnittlich jährliche Veränderung.
5) Vorläufige Ergebnisse.
6) Eigene Schätzung.
a) Ohne Kindergeld.
b) Einschließlich Kindergeld.

ten sich zudem die Finanzierungskosten. Aufgrund der schwachen Mengenkonjunktur mußten die Kosten jedoch auf eine geringere Produktmenge umgelegt werden. Je Stück gerechnet ist der Kostenanstieg noch nicht zum Stillstand gekommen. Der zunehmende Wettbewerb auf den inländischen wie auf den ausländischen Märkten machte es schwer, Kostensteigerungen über die Preise weiterzuwälzen. Vielfach mußten sogar Preisabschläge zugestanden werden. Die Gewinnmargen, die Gewinne je Umsatzeinheit, dürften sich also 1975 noch nicht verbessert haben.

128. Ein Urteil darüber, wie sich die Gewinnsumme 1975 in der Gesamtwirtschaft entwickelt hat, läßt sich — wenn auch mit vielen Unschärfen behaftet (JG 74 Ziffer 145) — an Hand des Zuwachses der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bilden. Diese dürften 1975 um 3 vH höher sein als im Vorjahr (Tabelle 15). Dabei ist jedoch zu beachten, daß darin nicht nur die eigentlichen Unternehmensgewinne enthalten sind, sondern auch die Arbeitseinkommen aller Selbständigen, seien es Industrieunternehmer, Händler, Handwerker, Landwirte oder freiberuflich Tätige, ebenso die Zins- und Mieteinkommen der privaten Haushalte, ja sogar ein Einkommensäquivalent für den Mietwert eigengenutzter Wohnungen. Die Arbeitseinkommen der Selbständigen dürften — legt man das durchschnittliche Einkommen der abhängig Beschäftigten zugrunde — auch weiterhin deutlich zugenommen haben. Dasselbe gilt für die Zinseinkommen; zwar sind die Zinssätze zurückgegangen, doch hat die Summe des zu verzinsenden Geldvermögens — schon allein aufgrund der hohen Spareinlagen — nochmals kräftig zugenommen. Die eigentlichen Unternehmensgewinne dürften daher um weniger als die oben genannten 3 vH gestiegen sein.

129. Aus der nur geringen Zunahme der Gewinnsumme darf allerdings nicht der Schluß gezogen werden, daß sich im Jahre 1975 die Voraussetzungen für eine Normalisierung der Unternehmenserträge erneut verschlechtert haben. Daß die Normalisierung ausblieb, ist allein die Folge des starken Rückgangs des realen Sozialprodukts. Denn obwohl sich der Preisauftrieb im Jahre 1975 verlangsamte, verteuerte sich die inländische Wertschöpfung, mißt man sie am Preisindex des Bruttosozialprodukts, wesentlich stärker als im Vorjahr. Nach Abzug der Kosten für ausländische Vorprodukte war der Erlös, den die heimische Volkswirtschaft je Stück erzielte, um 8 vH höher als 1974; damals betrug der Zuwachs knapp 7 vH. Dieser Mehrerlös brachte den Unternehmen allerdings keine entsprechende Gewinnverbesserung, nicht nur weil wegen fehlender Mengen die Erlössumme nur wenig stieg, sondern auch weil sich wegen der gesunkenen Kapazitätsauslastung die Lohnkosten und die Kapitalkosten je Stück gerechnet noch kräftig erhöhten.

130. Das Volkseinkommen, die Summe aus den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, ist 1975 um 3,7 vH auf 792 Mrd DM gestiegen. Die Lohnquote, der Anteil der Lohneinkommen am Volkseinkommen, ist 1975 nahezu gleich geblieben. Mit 71,7 vH lag sie noch immer deutlich höher als in allen Jahren vor 1974 (Tabelle 16).

131. *Selbst wenn man berücksichtigt, daß der Anstieg der Lohnquote in der Vergangenheit auch darauf beruhte, daß der Anteil der Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen zunahm, ist in den letzten Jahren, wie die um den Einfluß von Änderungen der Arbeitnehmerquote bereinigte Lohnquote zeigt, eine deutliche Vergrößerung des Lohnanteils am Volkseinkommen festzustellen. In der öffentlichen Diskussion wird bisweilen darauf hingewiesen, die bereinigte Lohnquote habe damit nur wieder jene Höhe erreicht, die sie 1950 schon einmal hatte. Das ist richtig. Übersehen wird dabei jedoch allzu leicht, daß die Ausstattung der Arbeitsplätze mit Kapital seither beträchtlich zugenommen hat. Im Jahre 1975 wurde mehr als dreimal so viel Kapital je Arbeitsplatz eingesetzt wie 1950. Die hohe Lohnquote damals beruhte also vor allem darauf, daß verhältnismäßig viele Arbeitskräfte und wenig Kapital im Produktionsprozeß zusammenwirkten. Mit zunehmendem Kapitaleinsatz erhöhte sich dann zunächst*

Tabelle 16

Zur Entwicklung der funktionellen Einkommensverteilung

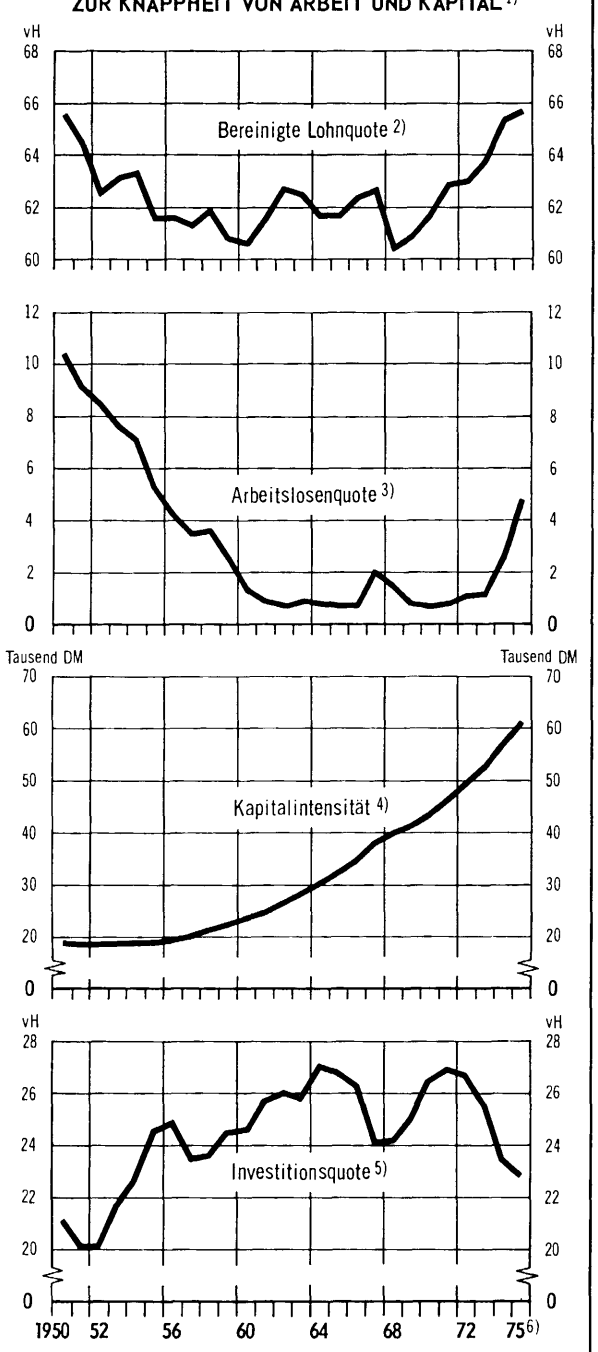
vH

Jahr	Tatsächliche [1]	Bereinigte [2]	Arbeitnehmerquote [3]
	Lohnquote		
1960	60,6	60,6	77,2
1961	62,2	61,6	78,0
1962	64,0	62,7	78,8
1963	64,4	62,5	79,5
1964	64,3	61,7	80,3
1965	64,7	61,7	80,9
1966	65,7	62,4	81,2
1967	65,9	62,7	81,1
1968	63,9	60,4	81,6
1969	65,2	60,9	82,5
1970	66,7	61,7	83,4
1971	68,3	62,9	83,9
1972	68,7	63,0	84,2
1973	69,8	63,8	84,5
1974	71,5	65,3	84,5
1975 [4]	71,7	65,7	84,3

[1] Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in vH des Volkseinkommens.
[2] Lohnquote bei konstant gehaltenem Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen im Jahre 1960.
[3] Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen.
[4] Eigene Schätzung.

der Einkommensanteil, der auf das Kapital entfiel, und die bereinigte Lohnquote sank. Da sich die Einkommensanteile der einzelnen Produktionsfaktoren jedoch nicht nur nach der Menge, sondern auch nach dem Preis richten, mit dem diese zu entlohnen sind, kam der Rückgang der bereinigten Lohnquote Mitte der fünfziger Jahre zum Stillstand. Denn je reichlicher Kapital im Verhältnis zur Arbeit zur Verfügung steht, um so niedriger wird sein Preis, die Kapitalverzinsung, im Verhältnis zu den Lohnsätzen. So mag es zu erklären sein, daß die bereinigte Lohnquote, sieht man von konjunkturellen Schwankungen ab, bis Anfang der siebziger Jahre annähernd konstant blieb: Das weitere Mengenwachstum des Kapitals wurde durch das Sinken des Preises für Kapital kompensiert. In den letzten Jahren aber sind die Lohnsätze in einem Tempo erhöht worden, das der Entwicklung des Knappheitsverhältnisses von Arbeit und Kapital offenbar weit voraus war. Die Lohnquote ist dadurch zwar gestiegen, die Kapitalbildung aber zurückgegangen, wie man am Sinken der Investitionsquote ablesen kann (Schaubild 19). Der Rückgang der Investitionen bewirkte, zuletzt vom Nachlassen der Auslandsnachfrage noch verstärkt, daß Arbeitskräfte freigesetzt wurden.

Schaubild 19



1) Bis 1959 ohne Saarland und Berlin.– 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in vH des Volkseinkommens bei konstant gehaltenem Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen im Jahre 1960.– 3) Arbeitslose in vH der abhängigen Erwerbspersonen (Erwerbstätige+Arbeitslose).– 4) Kapitalstock in der gewerblichen Wirtschaft in Preisen von 1962 je Erwerbstätigen (Jahresdurchschnitte).– 5) Bruttoanlageinvestitionen in vH des Bruttosozialprodukts (in Preisen von 1962).– 6) Eigene Schätzung.

SR 750766

Entlastung durch die Steuerreform

132. Nachdem die Progressionswirkung der Einkommensteuer, von der fortschreitenden Inflation noch verschärft, mehr und mehr dazu geführt hatte, daß die Zunahme der Nettoeinkommen hinter der der Bruttoeinkommen zurückblieb, brachte die Steuer- und Kindergeldreform hier 1975 Entlastung. Vor allem für die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen hat sie die Entzugswirkungen der Lohnsteuer gemildert. Anders als in den Vorjahren sind die Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (einschließlich Kindergeld) 1975 daher nicht langsamer, sondern mit 6½ vH sogar stärker als die Bruttoeinkommen gestiegen. Je beschäftigten Arbeitnehmer gerechnet war der Anstieg der Nettoeinkommen einschließlich Kindergeld mit 10 vH fast ebenso hoch wie im Vorjahr.

Bei den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen war der Abstand der Zuwachsraten vor und nach der Besteuerung noch größer. Hier stiegen die Nettoeinkommen 1975 um 6½ vH gegenüber einer Zunahme der Bruttoeinkommen um 3 vH. Darin kommt jedoch weder eine besondere Begünstigung durch die Steuerreform noch eine Erholung der Gewinnsumme zum Ausdruck. Vielmehr haben sich Unternehmen wie Selbständige darum bemüht, ihre Steuervorauszahlungen spürbar herabsetzen zu lassen. Außerdem wurden die Unternehmereinkommen 1975 nicht mehr mit der Ergänzungsabgabe auf die Einkommensteuer belastet. Den Anstieg der Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen dürfte schließlich auch der Wegfall des Stabilitätszuschlags mitbestimmt haben, den die Bezieher hoher und mittlerer Einkommen bis Mitte 1974 zu zahlen hatten.

133. Alles in allem gerechnet hat die Steuer- und Kindergeldreform den privaten Haushalten ein Mehreinkommen in Höhe von 18 Mrd DM beschert (Ziffer 205). Allerdings wurden sie 1975 abermals mit höheren Sozialabgaben belastet. Um rund 5 Mrd DM schmälerten die erhöhten Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung ihre Einkommen.

134. Für die Haushalte hat die Steuerreform zum Teil beachtliche Einkommenszuwächse erbracht. Der

durchschnittliche Arbeitnehmerhaushalt mit vier Personen und einem mittleren Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes (Indexfamilie) konnte 1975 aufgrund der Steuer- und Kindergeldreform über gut 5 vH mehr Einkommen verfügen als 1974, das sind monatlich etwa 100 DM.

Anlaß für die Reform des Einkommensteuertarifs war gewesen, die zunehmende Mehrbelastung zu senken, die die fortschreitende Geldentwertung für die Bezieher niedriger bis mittlerer Einkommen bewirkte. Um dies sichtbar werden zu lassen, muß die Steuerschuld nach altem Steuerrecht um denjenigen Teil bereinigt werden, der auf die inflationsbedingte Steigerung der Einkommen zurückzuführen ist. Ohne diese hätte der Durchschnittshaushalt nach dem Einkommensteuerrecht von 1965 11,8 vH seines Einkommens aus unselbständiger Arbeit an Lohnsteuer abführen müssen; lediglich 7,2 vH betrug dagegen die Lohnsteuerbelastung nach dem neuen Einkommensteuertarif von 1975. Wäre das reale Einkommen im gleichen Ausmaß wie das nominale gestiegen — nimmt man also an, daß die Verbraucherpreise seit 1965, dem Jahr der letzten Steuerreform, nicht gestiegen wären —, so hätte die Lohnsteuerbelastung nur 8,8 vH des Einkommens ausgemacht. Für den Arbeitnehmerhaushalt war die Lohnsteuerquote also um 1,6 Prozentpunkte niedriger. Durch die Steuer- und Kindergeldreform wurde er stärker entlastet, als er 1975 infolge des Geldwertschwunds seit 1965 zum alten Tarif an steuerlichen Mehrbelastungen zu tragen gehabt hätte (Tabelle 17).

135. *Obwohl die Steuerreform die Einkommensteuerschuld für den Arbeitnehmerhaushalt minderte, blieb die Belastung mit Steuern und Sozialabgaben insgesamt hoch (Schaubild 20). Er mußte 1975 rund 22½ vH seines Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit für Lohnsteuer (abzüglich Kindergeld) und Sozialbeiträge an den Staat und die Sozialversicherungsträger abtreten. Will man die Belastung des Arbeitseinkommens vollständig erfassen, müssen jedoch auch die indirekten Steuern und die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung berücksichtigt werden. Rechnet man all dies hinzu, so ergibt sich grob geschätzt eine durchschnittliche Belastung von rund 40 vH.*

Tabelle 17

Progression der Lohnsteuer und Inflation

Eine Vergleichsrechnung

Jahr	Bruttoeinkommen [1]	Lohnsteuer [2]	Lohnsteuerquoten		Lohnsteuer bereinigt (4) × (1) : 100	Unterschied in der Lohnsteuerbelastung	
			tatsächlich [3]	bereinigt [4]		Prozentpunkte	DM
	DM		vH		DM	(3) − (4)	(2) − (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
1965	11 779	638	*5,4*	*5,4*	638	0	0
1966	12 536	774	*6,2*	*5,7*	715	0,5	39
1967	12 432	752	*6,0*	*5,5*	684	0,5	68
1968	12 980	808	*6,2*	*5,6*	727	0,6	81
1969	14 342	1 026	*7,2*	*6,3*	904	0,9	122
1970	16 245	1 344	*8,3*	*7,1*	1 153	1,2	191
1971	18 345	1 686	*9,1*	*7,8*	1 430	1,3	256
1972	20 240	1 994	*9,9*	*8,0*	1 611	1,9	375
1973	22 914	2 404	*10,5*	*8,3*	1 902	2,2	502
1974	25 465	2 870	*11,3*	*8,7*	2 215	2,6	655
1975	27 528 [a]	3 258	*11,8*	*8,8*	2 423	3,0	835
	27 528 [a]	1 992 [b]	*7,2*	.	.	.	.

[1] Durchschnittseinkommen aus unselbständiger Arbeit des Haushaltsvorstandes der „Indexfamilie", die dem Preisindex für die Lebenshaltung (4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes) zugrunde liegt.

[2] Laut Jahreslohnsteuertabelle 1965 (BStBl. 1964 I S. 590) Steuerklasse III/2. Dabei wurden die Sozialversicherungsbeiträge bis zur Höchstgrenze der beschränkt abzugsfähigen Sonderausgaben berücksichtigt.

[3] Anteil der Lohnsteuer am Bruttoeinkommen.

[4] Lohnsteuerquote, die sich ergibt, wenn der Einkommensteuertarif 1965 auf das Bruttoeinkommen, deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung der 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte (Originalbasis 1970, umbasiert auf 1965 = 100) angewendet wird.

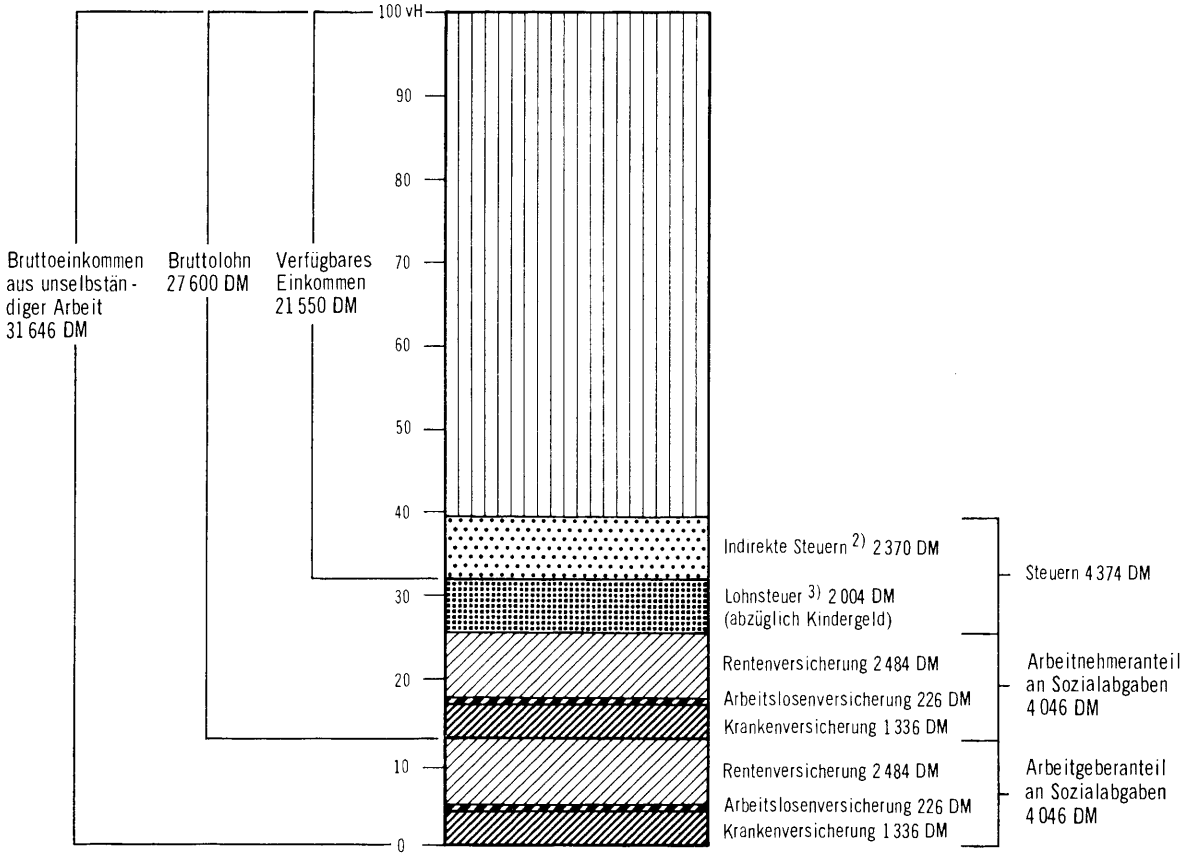
[a] Eigene Schätzung.

[b] Laut Jahreslohnsteuertabelle 1975 (BStBl. 1974 I S. 733) Steuerklasse III/2; abzüglich Kindergeld.

Schaubild 20

BELASTUNG EINES DURCHSCHNITTLICHEN ARBEITNEHMERHAUSHALTS[1]
MIT STEUERN UND SOZIALABGABEN IM JAHRE 1975

Eine Modellrechnung



1) In Anlehnung an den 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes. – 2) Umsatzsteuer, Verbrauchsteuern; geschätzte Belastung. – 3) Laut Lohnsteuertabelle 1975, Steuerklasse III/2.

SR 750789

Hohe Transfereinkommen

136. Wie stark der Staat die Verteilung der Markteinkommen korrigierte, wurde auch 1975 in einer kräftigen Ausweitung der Transfereinkommen sichtbar. Der Anteil der staatlichen Einkommensübertragungen am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte stieg von 22,4 vH im Jahre 1974 auf 24 vH; bezieht man das Kindergeld mit ein, so betrug er 1975 sogar 25,4 vH.

137. Die starke Ausweitung der Sozialeinkommen ist nicht zuletzt auf die vermehrten Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit zurückzuführen. So wurden 1975 Arbeitslose und Kurzarbeiter mit etwa 11 Mrd DM unterstützt; im Jahr zuvor hatte die entsprechende Summe noch 4 1/2 Mrd DM betragen. Weitere Einkommensübertragungen von insgesamt 5 Mrd DM kamen hinzu, unter anderem für Umschulung und berufliche Fortbildung.

Fast im gleichen Ausmaß wie im vergangenen Jahr wurden 1975 die Rentenbezüge angehoben. Für 11,5 Mio Altersrentner sowie für 2,4 Mio Bezieher von Kriegsopferrenten haben sich die Sozialeinkommen ab der Jahresmitte um 11,1 vH erhöht. Die Renten sind damit 1975 stärker gestiegen als die Bruttoeinkommen der abhängig Beschäftigten. Das Rentenniveau — das Verhältnis zwischen dem Altersruhegeld eines Versicherten mit durchschnittlichem Einkommen nach vierzig Versicherungsjahren und dem Durchschnittsverdienst der Beschäftigten — ist weiter angestiegen; bezogen auf den durchschnittlichen Nettolohn hat es mit 63 vH im Jahr 1975 seinen bisher höchsten Stand erreicht.

V. Preisauftrieb abgeschwächt

138. Sowohl auf den industriellen Erzeugermärkten als auch auf den Verbrauchermärkten hat sich der Preisauftrieb 1975 verringert. Gleichzeitig bildeten sich die Verwerfungen in der Preisstruktur zurück, zu denen es 1974 gekommen war.

Durch die drastische Verteuerung der Rohstoffe, vor allem des Erdöls, war damals das Inflationsklima noch einmal angeheizt worden. Den verstärkten Preisauftrieb vorwegnehmend hatten hohe Lohnsteigerungen den Kostendruck zusätzlich verschärft. Da die Bundesbank jedoch den Finanzierungsspielraum eng gehalten hatte, konnten die Kostensteigerungen nicht voll in den Preisen überwälzt werden. Am ehesten gelang dies dort, wo die Nachfrage noch drängte, oder dort, wo sie — vor allem bei energieintensiven Produkten — wenig Ausgleichmöglichkeiten fand; um so weniger aber konnten die übrigen Anbieter Preiserhöhungen durchsetzen. Im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich war der Preisschub am größten gewesen; die Verbraucher hat er nur abgeschwächt erreicht.

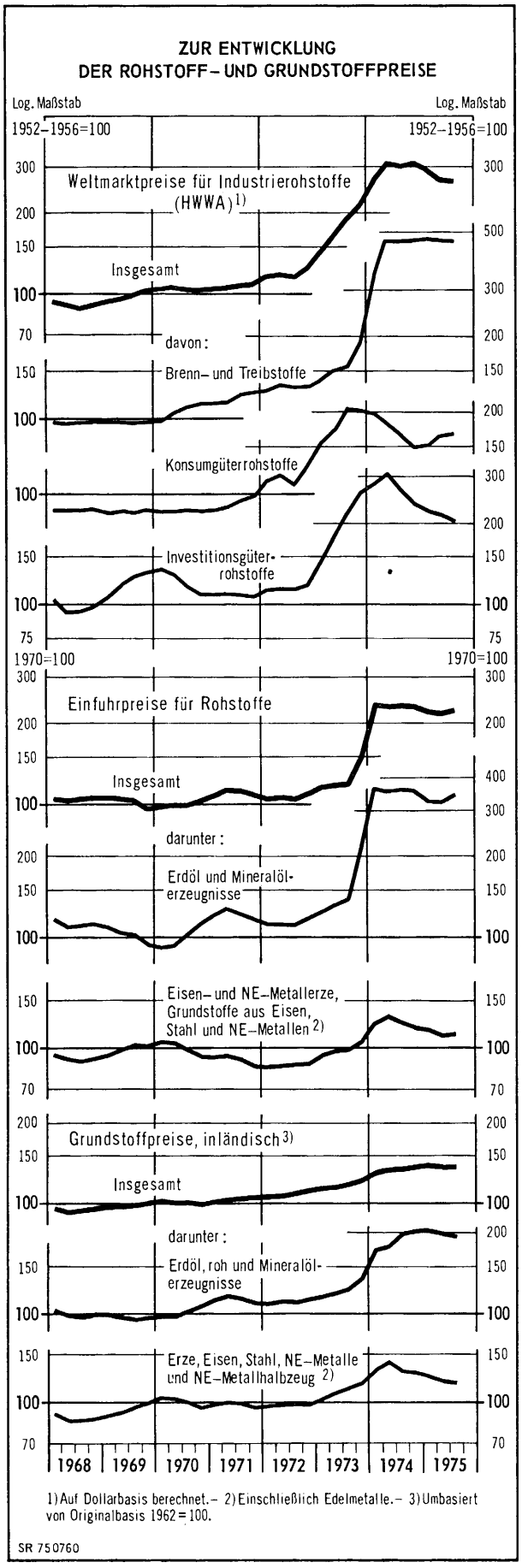
Als mit der weltweiten Rezession die Rohstoffpreise sanken und der Wettbewerb zunehmend schärfer wurde, mußten die Unternehmen Preiszugeständnisse machen, am häufigsten auf jenen Märkten, wo die Verteuerung zuvor am größten gewesen war. Auf der industriellen Erzeugerstufe konnten die Preise 1975 nur noch wenig angehoben werden; Grundstoffe wurden sogar billiger. Weniger stark schwächte sich dagegen der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe ab, teils weil der Staat die Kostensteigerungen der letzten Jahre für viele von ihm kontrollierte Güter erst 1975 in Rechnung stellte, teils weil ein knapperes Angebot die Nahrungsmittelpreise verstärkt steigen ließ.

Deutliche Beruhigung bei den Erzeugerpreisen

139. Daß die Industrieunternehmen 1975 im allgemeinen ihre Preise nur noch wenig erhöhen konnten, ja diese in einzelnen Bereichen senken mußten, hing mit dem anhaltenden Nachfragemangel im Inland und auch mit dem weltweiten Nachfragerückgang zusammen. Ausländische Anbieter machten den heimischen nicht nur den Auslandsabsatz streitig, sondern drängten nun selbst verstärkt auf die Inlandsmärkte. Zuletzt waren heimische Industrieerzeugnisse im Inlandsabsatz nur noch um 2,4 vH und im Auslandsabsatz 1,5 vH teurer als vor Jahresfrist, importierte Industriegüter waren sogar 0,9 vH billiger.

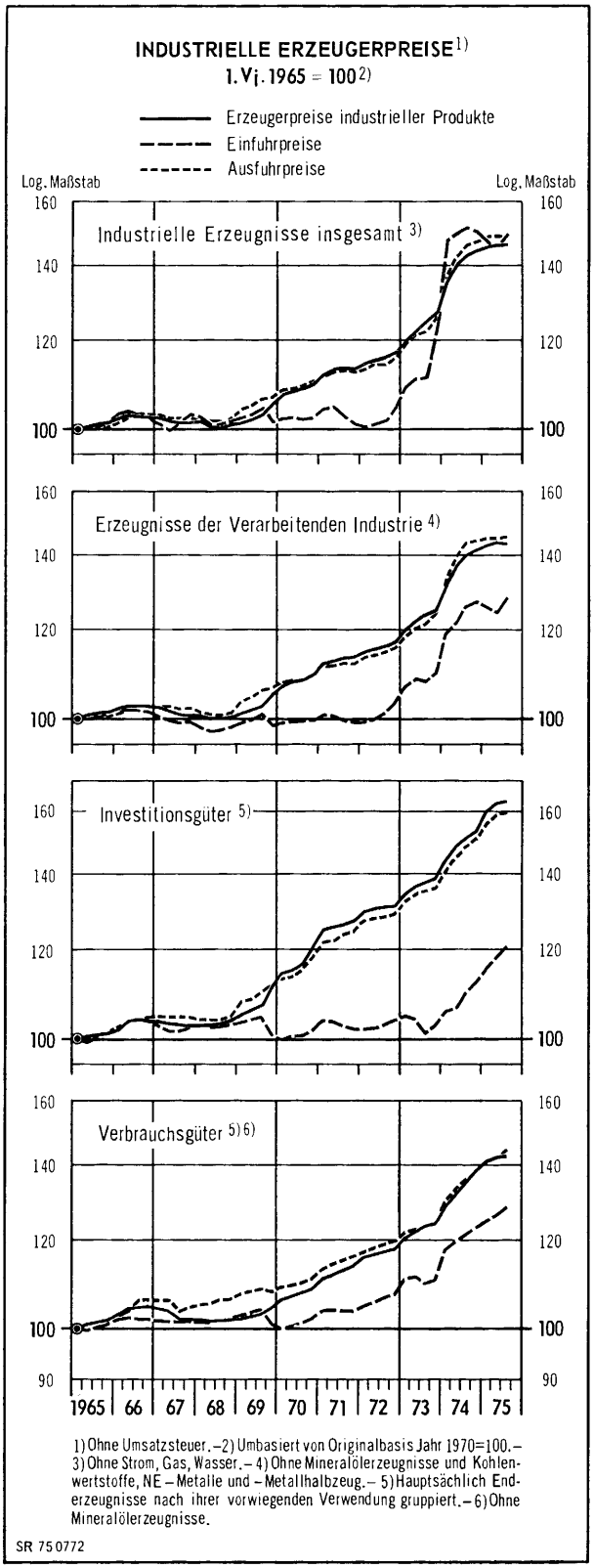
140. Der Preisverfall auf den Weltrohstoffmärkten schlug sich ohne Verzögerung in den inländischen Grundstoffpreisen nieder (Schaubild 21). Der größte Preisrückgang war bei den NE-Metallen und Textilgrundstoffen zu verzeichnen. Im Verlauf des Jahres 1975 mußten auch die Stahlhersteller und die chemische Industrie ihre Preise spürbar senken, nachdem sie diese bis weit in das Jahr 1974 hinein hat-

Schaubild 21



ten anheben können. Während die Grundstoffe für die industrielle Weiterverarbeitung 1975 billiger wurden, verteuerten sich Erzeugnisse des Bergbaus zu Jahresbeginn erneut. In den ersten neun Monaten des Jahres 1975 kostete Kohle 30,9 vH mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Preisrückgang

Schaubild 22



1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Umbasiert von Originalbasis Jahr 1970=100. – 3) Ohne Strom, Gas, Wasser. – 4) Ohne Mineralölerzeugnisse und Kohlenwertstoffe, NE – Metalle und – Metallhalbzeug. – 5) Hauptsächlich Enderzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert. – 6) Ohne Mineralölerzeugnisse.

SR 750772

bei Erdöl und Mineralölerzeugnissen kam bis zur Jahresmitte zum Stillstand. Im Herbst 1975 waren Mineralölprodukte um 0,7 vH teurer als vor einem Jahr. Die Produzenten von Halbwaren und Zwischenprodukten, die besonders stark unter Nachfragemangel litten, mußten die Kostenvorteile, die ihnen die Verbilligung der Rohstoffeinfuhr gewährte, in ihren Preisen weitergeben. Insgesamt kosteten Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien im Inlandsabsatz im Oktober 1975 fast $3\frac{1}{2}$ vH weniger als im gleichen Monat des Vorjahres.

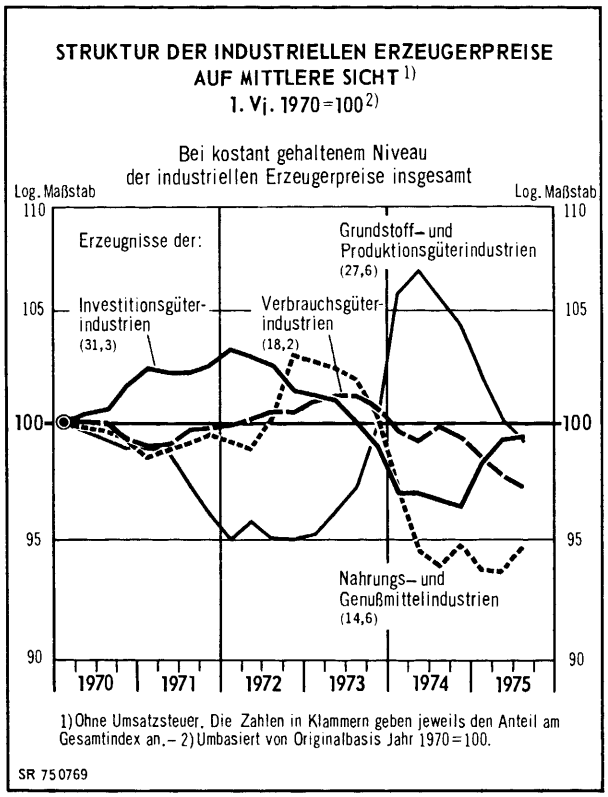
141. Den Herstellern von Verbrauchsgütern erlaubten die Dispositionen des Handels zunächst zwar noch leichte Preisanhebungen; vom Sommer an mußten jedoch auch sie teilweise Preisabschläge zugestehen, um ihren Absatz zu halten.

Die Investitionsgüterpreise dagegen zogen trotz der schwachen Nachfrage bis zuletzt weiter an, wenn sich der Preisanstieg auch im Verlaufe des Jahres deutlich verlangsamte (Schaubild 22). Zum Teil mag dies daran liegen, daß die inländischen Anbieter hier ausländische Konkurrenten weniger zu fürchten hatten, weil auch diese ihre Preise spürbar anhoben; beide vertrauten sie wohl darauf, daß die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern nicht sehr preisempfindlich ist. Im Herbst 1975 waren die inländischen Erzeugerpreise für Investitionsgüter noch um 6,8 vH höher als ein Jahr zuvor; Verbrauchsgüter kosteten auf der Erzeugerstufe 5,2 vH mehr als damals.

142. In der Bauwirtschaft hat der Wettbewerbsdruck 1975 weiter zugenommen. Auch der Rückgang der Hypothekenzinsen vermochte das Absinken der Nachfrage nicht aufzuhalten. Binnen Jahresfrist verteuerten sich Bauleistungen an Wohngebäuden um 1,9 vH, legt man die Vergabepreise zugrunde, wie sie in die amtlichen Baupreisstatistiken eingehen. Zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres hatte die Preissteigerungsrate noch 7,2 vH betragen. Die Preise für Instandhaltung von Wohngebäuden erhöhten sich um 3,6 vH und damit nur noch halb so rasch wie ein Jahr zuvor. Hier versuchten vor allem kleinere Bauunternehmen, mit preisgünstigen Angeboten Aufträge zu gewinnen, um ihre Kapazitäten nicht brachliegen zu lassen. Im gewerblichen wie auch im öffentlichen Bau ließ die Nachfrage nach Bauleistungen 1975 nur Preissteigerungen von 2,0 vH und 1,3 vH zu.

143. Wie die mittelfristige Entwicklung der Erzeugerpreisstruktur zeigt, wurden 1975 Tendenzen sichtbar, die jene Preisrelationen wiederherzustellen scheinen, die vor der Preishausse auf den internationalen Rohstoffmärkten bestanden hatten (Schaubild 23). Der Anstieg des Erzeugerpreisniveaus war vor 1973 vor allem von der Entwicklung der Investitionsgüterpreise bestimmt worden. Dagegen hatte der Preisverlauf bei Grundstoffen und Produktionsgütern auf die Verteuerung industrieller Erzeugnisse dämpfend gewirkt. Ausschlaggebend dafür dürfte gewesen sein, daß den Produzenten von Ausrüstungsgütern mehr als den Herstellern anderer Industrieerzeugnisse die Möglichkeit offen stand, ihre

Schaubild 23



Preise zu erhöhen. Das Warenangebot der Investitionsgüterindustrien ist stärker als das der Verbrauchsgüterindustrien von den speziellen Wünschen der Abnehmer bestimmt. Der Preissetzungsvorsprung, den die Einführung einer technischen Neuerung eröffnet, wird in diesem Wirtschaftsbereich somit erst nach und nach von den Konkurrenten eingeholt. Darüber hinaus wird die Nachfrage nach Investitionsgütern vorwiegend von den längerfristig orientierten Anlageentscheidungen der Investoren bestimmt. Die Anbieter industrieller Anlagegüter sind somit weit weniger gezwungen, ihre Preisgestaltung kurzfristig Änderungen der Nachfragepläne anzupassen.

Zu einer Verzerrung der mittelfristigen Preisstruktur war es im Jahre 1973 infolge des steilen Preisanstiegs bei Roh- und Grundstoffen, insbesondere der sprunghaften Verteuerung des Rohöls, gekommen. Dadurch haben — anders als in der Vergangenheit — die Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien den Anstieg des industriellen Erzeugerpreisniveaus nicht gebremst, sondern außerordentlich stark beschleunigt. In der zweiten Jahreshälfte 1974 begann sich die Preisstruktur wieder zu entzerren. Im Verlaufe des weltweiten Konjunkturabschwungs wurden dann die Läger an Rohstoffen und Vorprodukten kräftig abgebaut; der produktionsnotwendige Bedarf sank, die Preiserwartungen kehrten sich um. Insbesondere bei Stahl und chemischen Erzeugnissen kam es zu einem Preisverfall.

Die mäßigen Lohnabschlüsse sowie die Verbilligung der Rohstoffe und Halbwaren und der verschärfte Wettbewerb inländischer und ausländischer Anbieter schufen 1975 die Voraussetzungen dafür, daß sich auf der industriellen Erzeugerstufe der Preisauftrieb stark beruhigte. Die Anbieter von Ausrüstungsgütern, die sich vielfach einer wenig preisempfindlichen Nachfrage gegenübersehen, konnten auch 1975 Preisanhebungen durchsetzen. Demgegenüber wurde die Entwicklung der industriellen Erzeugerpreise zunehmend weniger von den Änderungen der Preise für Grundstoffe und Produktionsgüter bestimmt, die wie schon im Jahr zuvor der Preisberuhigung bei den importierten Rohstoffen folgten. Am stärksten waren die Hersteller von Verbrauchsgütern von der Zurückhaltung der Nachfrager betroffen. Die Preise der Verbrauchsgüter stiegen weniger stark als der Durchschnitt der Erzeugerpreise.

144. Während sich der Preisauftrieb in der Industrie spürbar verlangsamte, beschleunigte er sich auf den landwirtschaftlichen Erzeugermärkten. Im Verlauf der ersten neun Monate des Jahres 1975 verteuerten sich landwirtschaftliche Produkte mit einer Jahresrate von 18 vH. Sie waren im September 1975 um 17,9 vH teurer als ein Jahr zuvor.

Besonders kräftig fiel der Preisanstieg bei pflanzlichen Produkten aus. Schlechte Ernten in den heimischen und ausländischen Anbaugebieten hielten hier das Angebot knapp. Insbesondere die Preise für Obst und Gemüse waren erheblich höher als im Vorjahr, zuletzt um 24,9 vH.

Auch auf den Märkten tierischer Produkte, die weitaus stärker als die Märkte pflanzlicher Produkte von administrativen Preis- und Mengenregelungen bestimmt werden, hat sich 1975 der Preisauftrieb wieder spürbar beschleunigt. Um der raschen Verteuerung auf den Märkten für Schlachtrinder entgegenzuwirken, auf denen im vergangenen Jahr noch ein reiches Angebot die Preise gedrückt hatte, wurde aus staatlichen Interventionsbeständen zusätzliches Angebot bereitgestellt. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften beschränkte sich darauf, die Prämien für unterlassene Schlachtungen auszusetzen und die Prämienregelung zur Förderung der Rinderaufzucht bis zum Jahresende zu verlängern. Die Einfuhrbeschränkungen für Rindfleisch wurden jedoch beibehalten. Wie wenig die nationalen und europäischen Marktinterventionen den Anstieg der Rinderpreise zu dämpfen vermochten, zeigt sich daran, daß Schlachtvieh zuletzt um 18,6 vH teurer war als ein Jahr zuvor.

Die im Frühjahr 1975 vom Ministerrat der Gemeinschaft beschlossene Anhebung der Agrarpreise hat auf den inländischen Erzeugermärkten zusätzlich preistreibend gewirkt. Bei Milch und Milcherzeugnissen sowie bei Zucker, für die die Beschlüsse schon im ersten Halbjahr 1975 in Kraft traten, haben diese unmittelbar zu Preisanhebungen geführt; für viele andere Agrarprodukte, wie etwa Getreide und Schweinefleisch, sind höhere Preise für die zweite Jahreshälfte vorgesehen worden. Bei einer Reihe von Erzeugnissen lagen die Marktpreise noch oberhalb der neu vereinbarten Interventionsgrenzen, so daß diese zwar vorerst nicht wirksam wurden; sie werden aber verhindern, daß die großen knappheitsbedingten Preissteigerungen dieses Jahres bei

wieder reichlicherem Angebot zurückgenommen werden müssen.

Verlangsamter Anstieg der Verbraucherpreise

145. Daß das Abebben der Preiswelle auf der Erzeugerstufe nicht sofort und nicht in vollem Umfang auf die Verbraucherstufe durchwirken würde, stand zu erwarten. Bei den Preisen industriell erzeugter Verbrauchsgüter war eine Beruhigung festzustellen; bei zahlreichen anderen Preisen — vor allem den staatlich festgesetzten — wirkten die starken Kostensteigerungen des Vorjahres indes noch nach. Nahrungsmittel verteuerten sich, dem Preisschub auf der landwirtschaftlichen Erzeugerstufe folgend, für die Verbraucher beschleunigt.

Im Ganzen hat sich der Geldwertschwund 1975 erst mäßig verlangsamt. Zwar ließ die Preisberuhigung bei den industriellen Verbrauchsgütern auf eine niedrigere Teuerungsrate hoffen, doch der Preisauftrieb bei den Nahrungsmitteln sowie der kräftige Anstieg der Wohnungsmieten bewirkte, daß die Rate der Geldentwertung mit 6 vH nur um einen Prozentpunkt niedriger war als im Vorjahr. Von Dezember 1974 bis Oktober 1975 verteuerte sich die Lebenshaltung (auf Jahresrate hochgerechnet) um gleichfalls 6 vH und damit ebenso rasch wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Zuletzt waren die Verbraucherpreise um 5,8 vH höher als vor Jahresfrist.

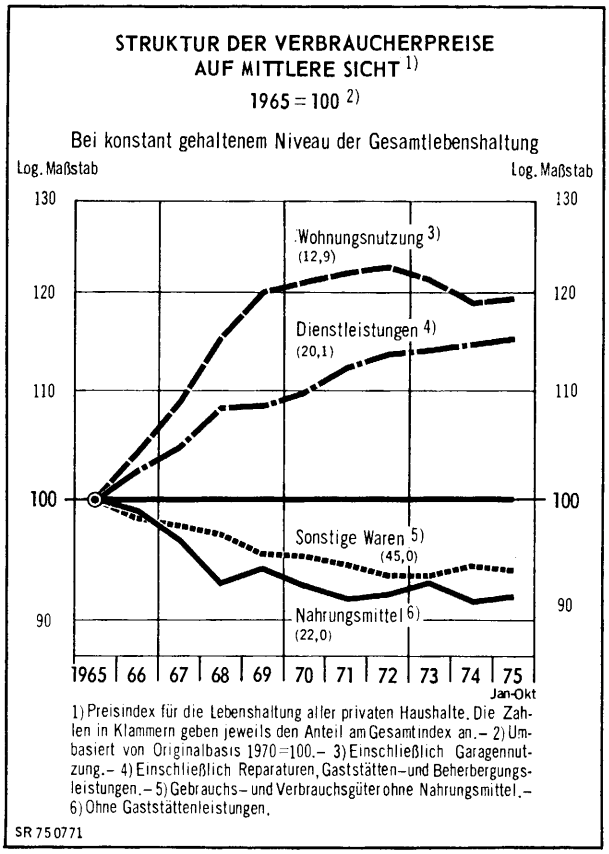
146. In der Preisentwicklung der einzelnen Verbrauchsgütergruppen spiegelt sich wider, daß sich in diesem Jahr der Preisauftrieb bei denjenigen Verbrauchsgütern verlangsamte, die sich im Jahr zuvor noch kräftig verteuert hatten, während bei anderen Verbrauchsgütern die Preis- und Kostenwelle des letzten Jahres noch nachgewirkt hat. So hat sich der Preisanstieg bei den industriell erzeugten Konsumgütern deutlich beruhigt. Die Anhebung der Nahrungsmittelpreise und der Wohnungsmieten trug demgegenüber maßgeblich zur Verteuerung der privaten Lebenshaltung bei. Im Durchschnitt der ersten zehn Monate 1975 waren

- Sonstige Waren (industriell erzeugte Konsumgüter) um 5,6 vH (1974 um 8,4 vH),
- Dienstleistungen um 6,6 vH (1974 um 7,6 vH),
- Nahrungsmittel um 6,3 vH (1974 um 5,4 vH),
- Wohnungsnutzung um 6,2 vH (1974 um 5,0 vH)

teurer als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres.

Sieht man die Veränderung der Konsumgüterpreise in diesem Jahr auf dem Hintergrund der mittelfristigen Verbraucherpreisstruktur, so zeigt sich, daß sich 1975 in etwa die Relation der Preissteigerungsraten eingestellt hat, wie sie für die Zeit vor der Teuerungswelle der Jahre 1973 und 1974 typisch war (Schaubild 24). Wie in der Vergangenheit stiegen die Mieten und die Preise für Dienstleistungen rascher als die Preise industriell erzeugter Konsumgüter. Die Preisentwicklung bei den sonstigen Waren dämpft jetzt wieder die allgemeine Preisentwicklung.

Schaubild 24

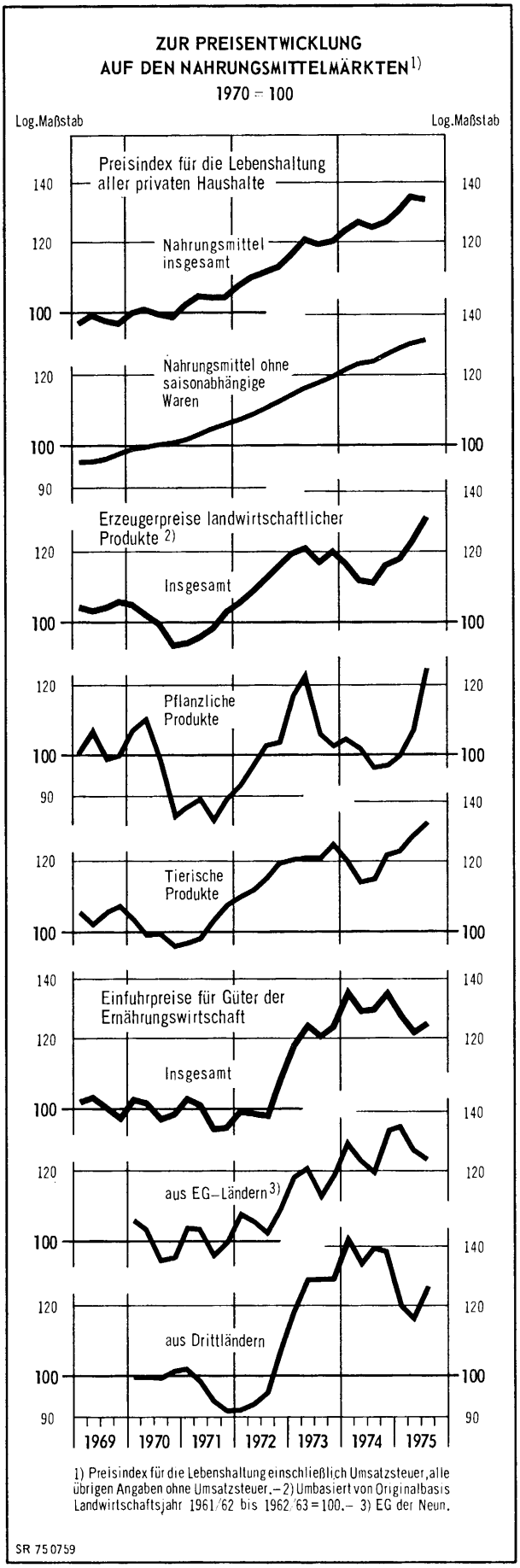


147. Bei den industriell erzeugten Konsumgütern sorgte der Wettbewerb im Handel dafür, daß Preiszugeständnisse der Hersteller wenigstens teilweise auch die Verbraucher erreichten, zumal diese sich nach wie vor mit Ausgaben zurückhielten und bei ihren Käufen stärker als früher auf den Preis achteten. So waren Preissteigerungen bei elektrotechnischen Erzeugnissen sowie bei Textilien, Bekleidung und Schuhen kaum durchzusetzen. Heizöl und Kraftstoffe, die 1974 die Bugets der privaten Haushalte besonders stark belastet hatten, verteuerten sich 1975 bis zur Jahresmitte nicht mehr. Dagegen paßten die öffentlichen Versorgungsunternehmen die Preise für Elektrizität, Gas und Wasser erst 1975 voll an die gestiegenen Energiekosten an.

148. Auch bei den Dienstleistungen hat sich der Preisauftrieb gegenüber dem Vorjahr verlangsamt. Dort, wo private Unternehmen Dienstleistungen, beispielsweise Reparaturen und Handwerksleistungen, anboten, ließ die Zurückhaltung der Verbraucher nur geringe Preiserhöhungen zu; dort allerdings, wo staatliche Unternehmen, wie kommunale Verkehrsbetriebe, Bundesbahn und Bundespost, Tarife und Gebühren festsetzen, blieb der Preisauftrieb weiterhin hoch. Hier waren die Möglichkeiten für die privaten Haushalte zumindest kurzfristig begrenzt, sich den Preisforderungen zu entziehen.

Wenn sich die Dienstleistungen 1975 auch weniger stark als im Jahr zuvor verteuerten, so hat sich ihr Preis doch — dem mittelfristigen Trend folgend —

Schaubild 25



im Vergleich zu den Preisen von Konsumgütern überdurchschnittlich erhöht. Die Gründe für diesen steileren Preistrend liegen einerseits darin, daß die Verbraucher mit steigendem Einkommen einen immer größeren Teil davon für Dienstleistungen ausgeben. Andererseits sind die Produktivitätsreserven dieses Sektors gering. Kostenerhöhungen können nur mit Mühe durch Rationalisierungen aufgefangen werden. Mehr als anderswo wird daher der Ausweg in Preisanhebungen gesucht.

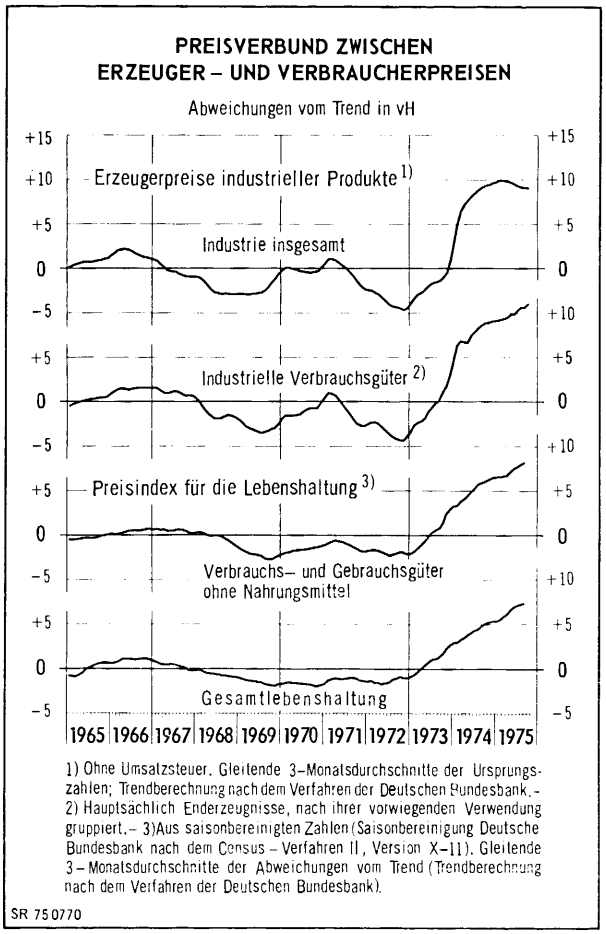
149. Obwohl die Baupreise sich nur noch wenig erhöhten und die Hypothekenzinsen sanken, sind die Wohnungsmieten 1975 stärker als im Vorjahr gestiegen. Wie schon in den beiden vorausgegangenen Jahren waren die Vermieter im sozialen Wohnungsbau die Preisführer. Steigende Kosten für die Instandhaltung und Verwaltung, nicht zuletzt aber die Verteuerung der Betriebskosten durch die Anhebung der öffentlichen Versorgungstarife, trieben dort die Mieten in die Höhe. Die Mieten für Altbauwohnungen, die sich häufig an der Entwicklung der Mieten im sozialen Wohnungsbau orientieren, erhöhten sich ebenfallls kräftiger als 1974. Dagegen ließ der hohe Bestand bezugsfertiger, aber noch unvermieteter Wohnungen im freifinanzierten Wohnungsbau Mieterhöhungen kaum zu.

150. Die Nahrungsmittelpreise haben 1975 die Lebenshaltung am stärksten verteuert. Die Preissteigerungen auf der landwirtschaftlichen Erzeugerstufe wurden überwiegend an die Verbraucher weitergegeben und nur zum Teil in den Bearbeitungs- und Handelsspannen aufgefangen, die im Vorjahr bei rückläufigen Erzeuegrpreisen deutlich ausgeweitet worden waren. Für pflanzliche Nahrungsmittel mußten die privaten Haushalte im Herbst 1975 6,6 vH, für tierische Nahrungsmittel 6,5 vH mehr bezahlen als ein Jahr zuvor (Schaubild 25).

151. Verglichen mit der Preisentwicklung in den Rezessionsjahren 1967 und 1968 mag die Abschwächung des Preisauftriebs in den Jahren 1974 und 1975 gering erscheinen. Dabei sollte jedoch nicht übersehen werden, daß starke inflatorische Impulse mitten in der Phase der konjunkturellen Beruhigung den Stabilisierungsprozeß unterbrochen hatten und, wenn auch mit Verzögerung, auf die Verbraucherstufe durchwirkten. Die Rückgewinnung von mehr Stabilität konnte somit in kurzer Zeit nicht erwartet werden.

Dennoch ist die Hoffnung nicht unbegründet, daß die Teuerung auf der Verbraucherstufe wie in der Vergangenheit den Preisbewegungen auf der industriellen Erzeugerstufe folgt (Schaubild 26). So hat 1975 die Preisberuhigung bei den Industrieerzeugnissen, insbesondere bei den Verbrauchsgütern, schon auf die Preise der industriell erzeugten Konsumgüter durchgewirkt; diese Güter machen den größten Anteil an den Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte aus. Dies wird sich fortsetzen. Denn es kann darauf gesetzt werden, daß die Nachfrage auch im Aufschwung nicht so bald die Kapazitäten auslastet. Um die Erträge zu verbessern, dürfte es daher für die Unternehmen vorteilhaft sein, die Produktivitäts-

Schaubild 26



fortschritte einer Mengenkonjunktur zu nutzen, statt durch Preisanhebungen ihre Absatzchancen zu gefährden.

VI. Abbau der außenwirtschaftlichen Überschüsse

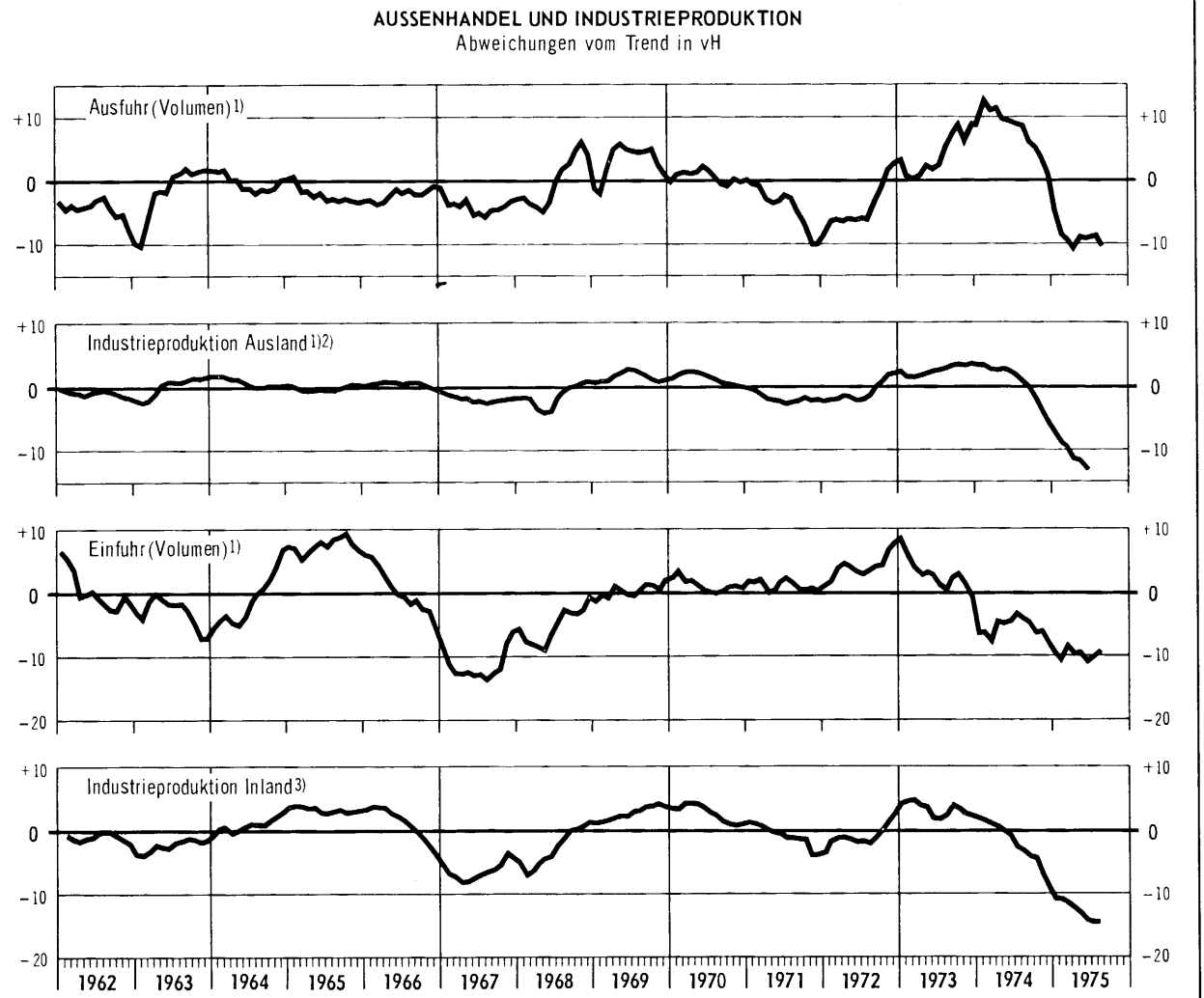
152. Das Jahr 1975 stand außenwirtschaftlich im Zeichen eines unerwartet starken Exporteinbruchs. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wird die Ausfuhr nicht steigen, sondern zurückgehen, und zwar sehr deutlich. In den ersten neun Monaten wurden dem Volumen nach rund 12½ vH weniger Güter ausgeführt als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Daß die Lieferungen nicht ebenso stark sanken wie die Bestellungen, lag vor allem an den großen Beständen unerledigter Auslandsaufträge, die sich bis Mitte vorigen Jahres angesammelt hatten. Immerhin haben sich die Exporte unverzüglich verringert, als die Nachfrage auszubleiben begann (Ziffern 85 ff.). Offenbar waren viele Unternehmen bestrebt, die vorhandenen Auslandsaufträge soweit wie möglich zu strecken, um später die Produktion nicht noch stärker drosseln zu müssen. Nachdem die Auslandsnachfrage seit dem Frühjahr 1975 nicht mehr weiter zurückgegangen war, erreichten im Sommer auch die Exporte ihren Tiefpunkt.

153. Für den Einbruch der Exportnachfrage war maßgeblich, daß sich in den Industrieländern, die über zwei Drittel unserer Ausfuhr aufnehmen, die rezessiven Tendenzen rasch ausbreiteten. Die Notwendigkeit, der Inflation und der Zahlungsbilanzprobleme Herr zu werden, hatte viele Länder, anders als noch vor Jahresfrist vermutet worden war, davon abgehalten, frühzeitig auf einen Expansionskurs umzuschalten (Ziffern 1 ff.). Gewichtet mit dem Anteil der Länder an unserer Ausfuhr war die Industrieproduktion bei unseren Haupthandelspartnern im ersten Vierteljahr 1975 um 8 vH niedriger als im Vorjahr. Eine so starke Produktionsdrosselung im Ausland mußte unseren Export empfindlich treffen.

154. Im allgemeinen besteht ein recht enger Zusammenhang zwischen unserer Ausfuhr und der Industrieproduktion im Ausland (Schaubild 27). Er erklärt freilich nicht, warum das deutsche Exportvolumen erheblich stärker geschrumpft ist als der gesamte Welthandel (1975: —7 vH), die deutsche Wirtschaft 1975 also über den allgemeinen Nachfragerückgang im Ausland hinaus Marktanteile einbüßte, obwohl sie es angesichts der Lage auf dem Binnenmarkt sicherlich nicht an Exportanstrengungen hat fehlen lassen. Das könnte die Vermutung einer besonders starken Konjunkturempfindlichkeit der deutschen Ausfuhr nahelegen, zumal diese zu einem hohen Anteil aus Investitionsgütern besteht. Die Erfahrung belegt eine solche Vermutung jedoch nicht. Die reale Expansion unserer Ausfuhr ist in den 15 Jahren vor 1975 nur zweimal, 1962 und 1970, nennenswert hinter der des Welthandels zurückgeblieben (Schaubild 28), und in beiden Fällen war die Ursache wohl weniger in einer schwachen Weltkonjunktur als vielmehr in der jeweils vorangegangenen Aufwertung der D-Mark zu sehen.

Statt dessen muß das Ausmaß des Exporteinbruchs dieses Jahres, soweit er überhaupt konjunkturell zu erklären ist, vor allem vor dem Hintergrund der ungewöhnlich starken Ausfuhrexpansion in den vergangenen Jahren gesehen werden, die uns außenwirtschaftliche Überschüsse in bisher nicht gekannter Größenordnung bescherte. Der Exportboom war im wesentlichen Folge eines Konjunkturgefälles gewesen, das durch den stabilisierungspolitischen Vorlauf der Bundesrepublik im Jahre 1973 entstanden war. Daß deutsche Anbieter vor allem rascher liefern konnten als ausländische Konkurrenten, lenkte Nachfrage auf die Bundesrepublik um. Dies galt auch noch 1974, als sich die Weltkonjunktur abkühlte und so der Exportsog zunehmend schwächer wurde, aber heimische Produzenten verstärkt auf die Auslandsmärkte drängten. Je mehr die Kapazitätsauslastung im Ausland zurückging, um so mehr schwand der Wettbewerbsvorteil, um so mehr gewannen ausländische Konkurrenten verlorenes Terrain zurück. Insoweit kann davon gesprochen werden, daß ein beträchtlicher Teil des Exportrückgangs „Normalisierung" bedeutet. Einen Anhaltspunkt dafür bietet

Schaubild 27



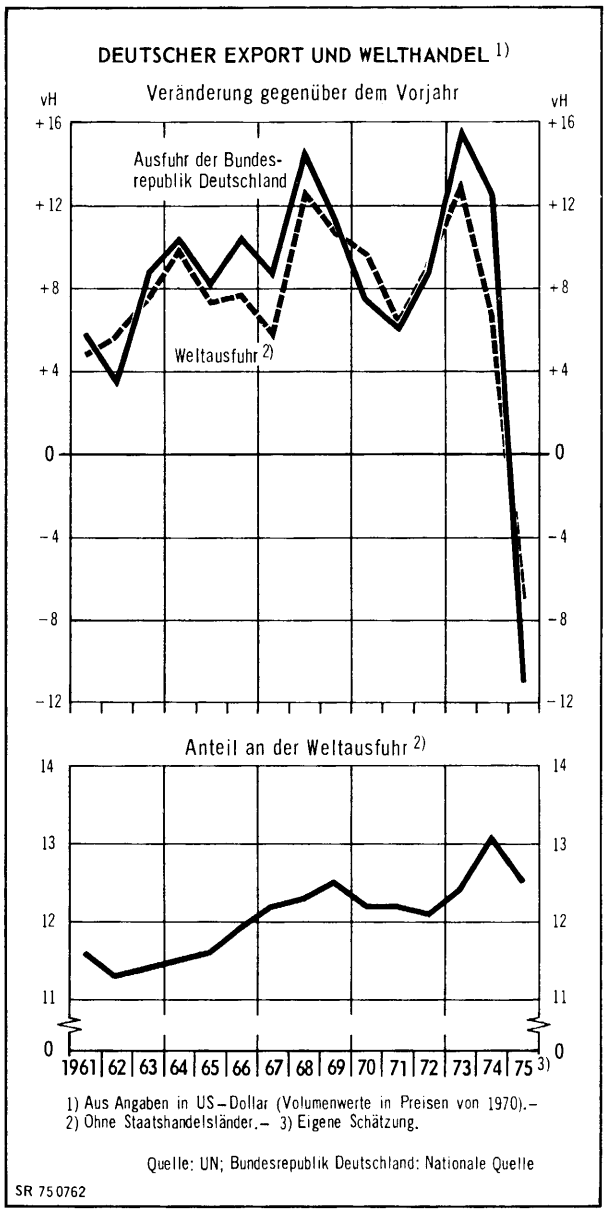
1) Aus saisonbereinigten Zahlen, gleitende 3-Monatsdurchschnitte der Abweichungen vom Trend; Quelle: Deutsche Bundesbank. – 2) EG der Neun, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Vereinigte Staaten, Kanada, Japan; Index der Industrieproduktion, zusammengewogen mit dem Anteil an der deutschen Ausfuhr 1968 bis 1972. – 3) Aus saisonbereinigten Zahlen (Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census – Verfahren II, Version X–11). Gleitende 3-Monatsdurchschnitte der Abweichungen vom Trend (Trendberechnung nach dem Verfahren der Deutschen Bundesbank).

SR 75 0763

der Anteil unserer Exporte an der Weltausfuhr, der 1975 zwar spürbar zurückgehen, jedoch kaum unter den im Jahr 1973 erreichten Wert sinken wird. Bei der Ausfuhr allmählich zu einer Normalisierung zu gelangen, war eigentlich — auch aus außenwirtschaftlichen Rücksichten — erwünscht. Um die Verwerfung in der Verwendungsstruktur unseres Sozialprodukts zu heilen, die mit dem Stabilisierungskurs hatte in Kauf genommen werden müssen, wäre es allerdings notwendig gewesen, daß Produktion für das Ausland durch Produktion für das Inland hätte ersetzt werden können. Das aber gelang so schnell nicht.

155. Das schlechte Abschneiden der deutschen Exporteure in diesem Jahr dürfte zu einem Teil auch mit den Nachwirkungen der kräftigen Höherbewertung der D-Mark bis 1973 zusammenhängen, die das Preisniveau aus der Sicht des Auslandes noch weit stärker emporschnellen ließ, als das ohnehin schon im Inland der Fall war. Zunächst hatte sich dies wegen des weltweiten Booms, dann wegen des ausgeprägten Konjunkturgefälles nicht bemerkbar gemacht. Der im Vergleich zum Ausland geringere Kostenanstieg im Inlang während der letzten beiden Jahre, der nicht durch eine entsprechende Aufwertung der D-Mark ausgeglichen wurde, hat die An-

Schaubild 28



passungslast zwar vermindert, wohl aber noch nicht beseitigt. Für hochspezialisierte Produkte, die im deutschen Export eine große Rolle spielen, wird dies, so ist anzunehmen, nicht allzusehr zu Buche schlagen. Der Zwang zum Strukturwandel wegen verschlechterter Absatzchancen im Ausland dürfte vor allem bei wenig spezialisierten Gütern spürbar werden, insbesondere in den Fällen, in denen die frühere Konkurrenzfähigkeit der Produkte in der Unterbewertung der D-Mark mitbegründet war. Für 1975 läßt sich dies allerdings nicht belegen, zu sehr dominierten die konjunkturellen Einflüsse; und auch für die kommenden Jahre ist es nicht ausgemacht, ob sich unsere Erzeugnisse auf den Auslandsmärkten nicht weiterhin weniger stark verteuern werden als die der ausländischen Anbieter.

156. Der Exportrückgang war nicht in allen Absatzgebieten gleich groß. Selbst die Ausfuhren in die Industrieländer entwickelten sich unterschiedlich. Keines von ihnen blieb von der Rezession verschont; doch war der Konjunktureinbruch nicht überall gleich stark. So waren die Einbußen bei den Exporten in die Vereinigten Staaten und nach Japan besonders groß — unserer Ausfuhr in diese Länder war in den ersten neun Monaten real um 35 vH niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum [1]) —, während die Lieferungen etwa nach Norwegen und Schweden, wo die konjunkturelle Situation noch vergleichsweise günstig war, im ersten Dreivierteljahr 1975 etwa ebenso hoch waren wie im Vorjahr.

Die nicht zur OPEC gehörenden Entwicklungsländer, die 1974 ihre Bezüge aus der Bundesrepublik noch überdurchschnittlich kräftig ausgeweitet hatten, mußten in diesem Jahr kürzertreten. Die Verteuerung des Erdöls und die niedrigeren Erlöse aus dem Verkauf von Rohstoffen belasteten die Zahlungsbilanzen dieser Länder; die Möglichkeiten der Kreditaufnahme, die sich ihnen beispielsweise auf den Euro-Märkten und beim IWF boten, verhinderten immerhin, daß sie ihre Importe noch stärker einschränkten mußten (Ziffern 46 ff.).

Der Exportrückgang wäre sicher noch einschneidender ausgefallen, hätten sich nicht die Lieferungen in die Ölförderländer, die in besonders hohem Maße Investitionsgüter bezogen, und in die Staatshandelsländer weiter günstig entwickelt (Tabelle 18); diese Länder nehmen inzwischen rund ein Siebtel unserer Ausfuhr auf.

Die OPEC-Länder weiteten ihre Importe aus der Bundesrepublik ähnlich rasch aus wie im Vorjahr; daß die Aufnahmefähigkeit dieser Länder etwa aufgrund unzureichender Hafenanlagen und eines schlechten Straßennetzes begrenzt ist, hat sich also bislang in unserer Ausfuhr nicht bemerkbar gemacht. Weiterhin kräftig expandierte auch die Ausfuhr in die Sowjetunion. Dagegen mußten sich andere Staatshandelsländer, vor allem Polen, nicht zuletzt wohl aus Devisenmangel, 1975 zurückhalten. Insgesamt haben so die Ausfuhren in die Staatshandelsländer zwar an Schwung verloren, sie übertrafen aber ihr Vorjahresniveau noch sehr deutlich.

157. Wesentlich besser, als die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik vermuten lassen könnte, hat sich der Absatz ausländischer Waren auf dem Inlandsmarkt entwickelt. Obwohl der Konjunktureinbruch 1975 erheblich tiefer war als der von 1967, sind die Importe diesmal nicht zurückgegangen; in den ersten neun Monaten sind dem

[1]) Die Exporte in die einzelnen Länder und Ländergruppen werden von der Statistik nur dem Werte nach erfaßt. Nach Ländern gegliederte Angaben über die Entwicklung der Preise der ausgeführten Güter, der Durchschnittswerte der Ausfuhr also, fehlen. Um die Realentwicklung abschätzen zu können, wurde hier unterstellt, daß die Durchschnittswerte der Ausfuhr in die einzelnen Länder trotz unterschiedlicher Entwicklung der Wechselkurse nicht allzu stark voneinander abweichen und daß daher näherungsweise mit den Durchschnittswerten der (gesamten) Ausfuhr gerechnet werden kann.

Tabelle 18

Außenhandel nach ausgewählten Ländern [1])

Land bzw. Ländergruppe	Ausfuhr				Einfuhr			
	Anteil 1974 [2])	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum			Anteil 1974 [2])	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum		
		1973	1974	Jan—Sep 1975		1973	1974	Jan—Sep 1975
	vH							
EG-Länder	44,9	+20,2	+23,1	− 9,9	47,9	+ 9,3	+ 14,0	+ 4,0
Belgien-Luxemburg	7,6	+19,2	+19,9	− 5,6	8,9	+ 9,7	+ 11,9	− 3,1
Dänemark	2,0	+35,7	+14,6	− 6,2	1,4	+26,1	+ 15,6	+19,4
Frankreich	11,9	+19,2	+18,2	− 9,7	11,6	+ 4,4	+ 10,2	+ 4,2
Großbritannien	4,8	+19,2	+31,1	− 7,9	3,5	+12,5	+ 21,6	+ 8,2
Irland	0,3	+21,5	+25,8	−21,3	0,2	+19,6	+ 26,2	+72,3
Italien	8,1	+19,3	+25,0	−19,5	8,3	+ 1,0	+ 6,7	+14,3
Niederlande	10,2	+20,3	+28,5	− 6,8	14,0	+17,8	+ 21,8	− 1,0
Vereinigte Staaten	7,5	+ 9,4	+14,9	−28,8	7,8	+13,5	+ 14,3	− 0,2
Japan	1,4	+39,6	+18,0	−32,0	1,9	+13,2	− 3,3	+26,4
Österreich	4,4	+12,9	+20,3	− 5,4	2,0	+11,3	+ 18,9	+ 6,7
Schweden	3,4	+16,4	+34,6	+ 7,3	2,4	+12,7	+ 18,8	+ 3,4
Schweiz	5,0	+15,0	+14,5	−18,5	2,7	+11,6	+ 17,6	+10,9
Staatshandelsländer [3])	6,9	+41,2	+46,8	+15,2	4,7	+24,3	+ 27,0	− 1,2
OPEC-Länder [4])	4,5	+27,5	+74,1	+74,6	13,2	+24,7	+128,2	−18,4
Entwicklungsländer (ohne OPEC-Länder) [5])	9,4	+18,2	+49,1	− 4,2	9,1	+19,9	+ 21,4	− 0,8

[1]) Spezialhandel nach Verbrauchs- bzw. Herstellungsländern; aus Angaben in tatsächlichen Werten.
[2]) Anteil an der Ausfuhr bzw. Einfuhr der Bundesrepublik Deutschland.
[3]) Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Nord-Vietnam, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik China, Nord-Korea.
[4]) Abu Dhabi, Algerien, Dubai, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuweit, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Schardscha, Venezuela.
[5]) Afrika ohne Republik Südafrika, Mittel- und Südamerika, Asien ohne Japan und Staatshandelsländer, Ozeanien.

Volumen nach sogar 1½ vH mehr Güter eingeführt worden als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Durch die sinkende Auslastung der Kapazitäten gedrängt, nicht selten vom Staat gefördert, bemühten sich ausländische Anbieter wieder verstärkt um den deutschen Markt, auf dem sie wegen des starken Konjunkturgefälles 1973 bis in das Jahr 1974 hinein weit weniger abgesetzt hatten, als nach der kräftigen Höherbewertung der D-Mark erwartet werden konnte. Ausschlaggebend für den Erfolg ihrer Exportanstrengungen dürfte gewesen sein, daß die ausländischen Produzenten nun nicht selten billiger als ihre Konkurrenten im Inland anbieten und ebenso rasch wie diese liefern konnten. Besonders erfolgreich waren die ausländischen Exporteure bei Enderzeugnissen. Von Januar bis September 1975 setzten sie real um insgesamt 11 vH mehr Investitionsgüter und Konsumgüter bei uns ab als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Marktanteil ausländischer Enderzeugnisse ist damit 1975 spürbar gestiegen.

158. Bei der Einfuhr von Halbwaren und Vorerzeugnissen schlug hingegen die Produktionsdrosselung im Inland deutlich zu Buche. Noch stärker davon betroffen war die Einfuhr von Rohstoffen, die in den ersten neun Monaten real um 10 vH niedriger war als ein Jahr zuvor. Besonders kräftig zurückgegangen, nämlich um 18 vH, ist die Einfuhr von Mineralöl, obwohl sie schon im Vorjahr deutlich gesunken war.

Die Unternehmen haben den Import von Rohstoffen von Ende vorigen Jahres an zunächst wesentlich stärker eingeschränkt als die Produktion. Angesichts der Unsicherheit über die weitere konjunkturelle Entwicklung waren sie bestrebt, die Läger möglichst klein zu halten. Hinzu kam, daß der Rückgang der Weltmarktpreise für Rohstoffe anhielt und von daher noch kein Anreiz gegeben war, sie aufzufüllen (Ziffer 97). Diese Tendenz scheint sich seit der Jahresmitte geändert zu haben, nicht zuletzt, weil die Rohstoffpreise wieder anstiegen.

159. Die mengenmäßige Entwicklung des Außenhandels hat sich jedoch nicht in vollem Umfang in einem Abbau der hohen außenwirtschaftlichen Überschüsse niedergeschlagen. Wären die Ausfuhrpreise und die Einfuhrpreise gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben, so hätte sich der Überschuß in der Handelsbilanz in den ersten neun Monaten 1975 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um etwa 20 Mrd DM auf rund 17 Mrd DM zurückgebildet. Tatsächlich belief er sich aber immer noch auf 28 Mrd DM. Den Ausschlag dafür gab, daß sich das Verhältnis von Ausfuhr- und Einfuhrpreisen (Terms of Trade) 1975 kräftig zugunsten des Inlandes verschoben hat. Dieses Austauschverhältnis war während der ersten neun Monate, an den Durchschnittswerten der Ausfuhr und der Einfuhr gemessen, um knapp 9½ vH günstiger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (Schaubild 29).

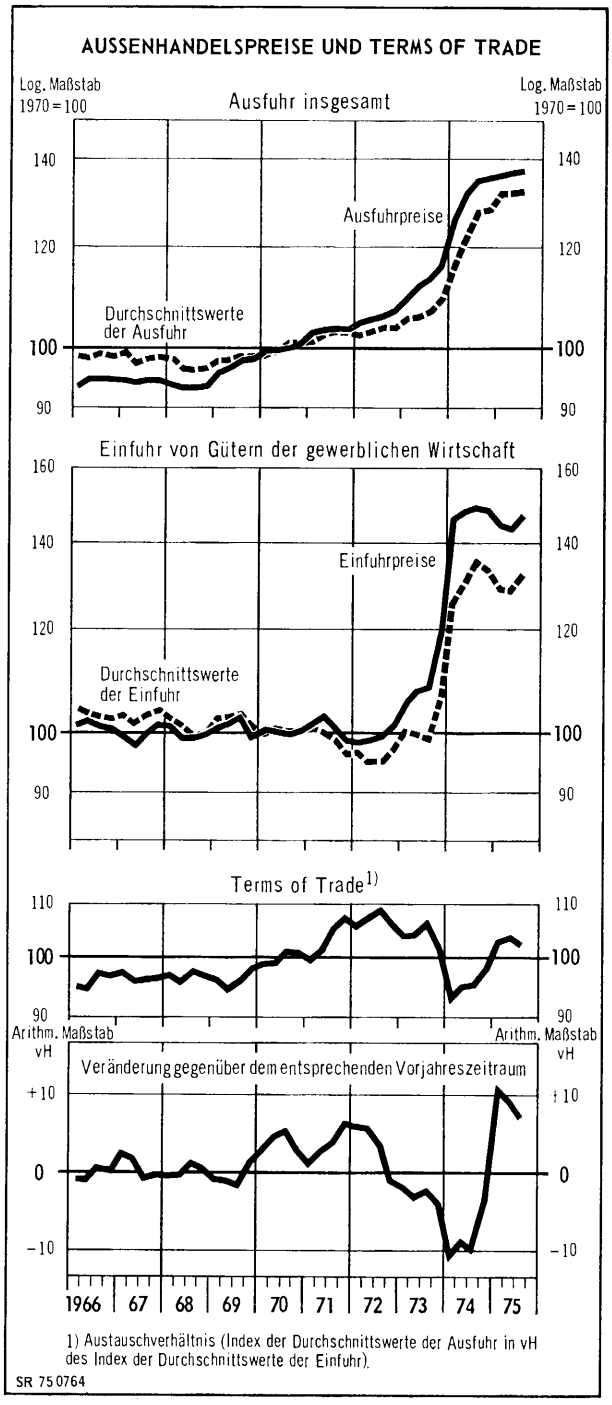
Für eine gegebene Menge von Exportgütern konnten wieder etwa ebenso viele Güter eingeführt werden wie vor dem Preisdiktat der Ölförderländer. Anders gewendet: Für eine gegebene Menge von Importgütern brauchten nun weniger Güter exportiert zu werden als im Vorjahr, so daß die Inlandsnachfrage — wie bei einem Produktivitätsfortschritt — mit einem geringeren Faktoreinsatz befriedigt werden konnte; die „Produktivität" der Importe ist also gleichsam wieder auf ihren alten Stand gestiegen. Dies bot 1975 einen gewissen Ausgleich dafür, daß der realisierte Produktivitätsforschritt im Inland, nicht zuletzt wegen der schwachen Auslandsnachfrage, unerwartet gering war (Ziffer 125).

160. Die Verbesserung der Terms of Trade ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die weltweit schwache Nachfrage vor allem auf die Preise für Rohstoffe drückte, für Waren also, die bei unserer Einfuhr, nicht dagegen bei der Ausfuhr ein erhebliches Gewicht haben (Ziffer 140); sie wird daher zu einem größeren Teil nur vorübergehender Natur sein.

161. Im Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland dürfte sich das Defizit 1975 — entgegen den Tendenzen in den ersten Monaten — weiter, wenn auch nur leicht, vergrößern (1974: 8,4 Mrd DM). Zunehmen wird vor allem das Defizit im Reiseverkehr, obwohl ausländische Reisende in der Bundesrepublik wieder mehr ausgaben. Der konjunkturelle Einbruch und die hohe Arbeitslosigkeit haben die Reiselust deutscher Urlauber offenbar nicht zu beeinträchtigen vermocht, wenngleich die Urlaubskasse häufig kleiner war als in den vorangegangenen Jahren.

Die Kapitalertragszahlungen an das Ausland dürften zwar vor allem wegen geringerer Gewinnausschüttungen niedriger als im Vorjahr sein. Voraussichtlich werden aber die Kapitalerträge eine weitere Passivierung der Dienstleistungsbilanz nicht verhindern können, da auch die Zinseinnahmen der Bundesbank aus der Anlage der Devisenreserven wegen der schlechteren Verzinsung insgesamt deutlich kleiner sein werden als 1974.

Schaubild 29



162. Der Außenbeitrag, der den Saldo aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland darstellt [1]), wird 1975 wesentlich niedriger ausfallen als im Vorjahr (39,8 Mrd DM). Nach unserer Schätzung wird er sich auf 24 Mrd DM belaufen, das entspricht 2,3 vH des Sozialprodukts.

[1]) Im Jahre 1974 war der Außenbeitrag, eine Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, um 1,8 Mrd DM kleiner als der Saldo aus Waren- und Dienstleistungsverkehr in der Zahlungsbilanz. Diese Differenz beruht im wesentlichen darauf, daß die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf Einkommensströme abstellen, die Zahlungsbilanzstatistik dagegen Waren- und Zahlungsströme erfaßt.

Gerade dieses Jahr zeigt deutlich, wie wenig diese nominale Größe über die Einflüsse aussagt, die von außen auf die Binnenkonjunktur einwirken; sie spielt aber in der Diskussion häufig eine zentrale Rolle. Daß der Außenbeitrag einen etwas größeren Prozentsatz des Sozialprodukts ausmachen wird als im Durchschnitt der letzten fünfzehn Jahre, könnte etwa zu dem Schluß verleiten, der Außenhandel hätte auch 1975 die Konjunktur noch leicht gestützt, wovon offensichtlich nicht die Rede sein kann. Auch die 15,8 Mrd DM, um die der Außenbeitrag 1975 kleiner war als im Vorjahr, sind kein zutreffender Maßstab für das Ausmaß des konjunkturellen Effekts, den der Leistungsverkehr mit dem Ausland hatte. Zu viele Einflüsse wirkten — teilweise gegenläufig — auf den Außenbeitrag ein: der Abbau der expansiven Einflüsse aus dem Vorjahr, die Rückwirkungen der Rezession auf den Importbedarf und die Verbesserung des Verhältnisses von Ausfuhr- zu Einfuhrpeisen. Der Außenbeitrag könnte so allenfalls zufällig die kontraktiven Impulse von außen widerspiegeln.

163. Weiter zunehmen dürfte 1975 auch das Defizit bei den sogenannten unentgeltlichen Leistungen. Allerdings werden die Überweisungen ausländischer Arbeitnehmer in ihre Heimatländer nicht den Umfang des Vorjahres annehmen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß angesichts der schlechten Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt inzwischen viele ausländische Arbeitnehmer — zum Teil durch Rückwanderungsprämien gefördert — die Bundesrepublik verlassen haben, und nicht wenige der verbliebenen Ausländer arbeitslos sind. Kräftig ausgeweitet wurden demgegenüber die öffentlichen Übertragungen, namentlich die an den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften (Ziffer 36).

164. In den ersten neun Monaten wies die Leistungsbilanz, in der der Waren- und Dienstleistungsverkehr [1]) mit den unentgeltlichen Leistungen zusammengefaßt ist, einen Überschuß von immerhin noch 6,1 Mrd DM auf; im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres waren es 15,1 Mrd DM (Tabelle 19).

[1]) Einschließlich der sogenannten Ergänzungen zum Warenverkehr; dazu zählen hauptsächlich der Transithandel und die Zolläger auf inländische Rechnung.

Tabelle 19

Zur Entwicklung der Zahlungsbilanz

Salden in Mio DM

Zeitraum	Leistungsbilanz					Kapitalbilanz [1])			Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen [6])	Devisenbilanz [7])
	Waren- und Dienstleistungsverkehr			Übertragungsbilanz [4])	insgesamt [5])	langfristiger Kapitalverkehr	kurzfristiger Kapitalverkehr			
	Handelsbilanz [2])	Dienstleistungsbilanz [3]) insgesamt	Dienstleistungsbilanz [3]) darunter Reiseverkehr				insgesamt	darunter Handelskredite		
1969	+15 584	+ 829	− 3 888	− 8 750	+ 7 498	−23 040	+ 4 361	+ 300	+ 919	−14 361
1970	+15 670	−1 384	− 5 377	− 9 759	+ 3 183	− 934	+16 047	+ 2 000	+3 616	+22 650
1971	+15 892	−1 637	− 6 957	−11 497	+ 3 081	+ 6 293	+ 4 323	+ 3 400	+2 661	+10 989
1972	+20 278	−3 224	− 8 574	−14 009	+ 2 474	+15 545	− 3 536	+ 1 000	+1 207	+15 194
1973	+32 979	−5 346	−11 463	−15 842	+11 496	+12 437	+ 277	+ 4 600	+2 218	+16 149
1974	+50 846	−8 388	−12 212	−16 713	+24 851	− 6 265	−19 053	−12 391	−1 439	− 9 137
1974 1. Vj.	+13 271	−1 828	− 2 069	− 3 688	+ 7 493	− 704	− 9 646	− 8 852	+2 348	− 509
2. Vj.	+11 999	−1 650	− 2 673	− 3 784	+ 5 465	− 484	− 1 836	− 1 567	+ 256	+ 3 401
3. Vj.	+11 725	−4 876	− 5 395	− 4 323	+ 2 169	− 2 120	− 5 200	− 2 653	−1 281	− 6 432
4. Vj.	+13 851	− 32	− 2 073	− 4 919	+ 9 725	− 2 957	− 2 371	+ 681	−2 763	− 5 597
1975 1. Vj.	+10 546	−1 440	− 2 429	− 3 948	+ 5 145	− 3 397	+ 1 595	+ 419	+1 656	+ 4 999
2. Vj.	+ 9 155	−2 187	− 2 983	− 4 224	+ 2 127	− 5 390	− 1 938	+ 887	+1 248	− 3 953
3. Vj.	+ 8 225	−4 517	...	− 4 373	− 1 226	− 5 227	+ 1 767 [a])	...	+2 000 [b])	− 2 686

[1]) Kapitalexport: —.
[2]) Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.
[3]) Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Fracht- und Versicherungskosten.
[4]) Eigene Leistungen: —.
[5]) Einschließlich der hier nicht gesondert ausgewiesenen Ergänzungen zum Warenverkehr.
[6]) Saldo der nicht erfaßten Posten und statischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).
[7]) Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank einschließlich der deutschen Reserveposition im IWF und der Sonderziehungsrechte (Zunahme: +).
a) Ohne Handelskredite.
b) Einschließlich Handelskredite.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Mehr langfristiger Kapitalexport

165. Der Rückgang des Leistungsbilanzüberschusses spiegelte sich in einer Abnahme des Kapitalexports. Solange die Notenbank nicht eingreift, werden die Marktkräfte über die Veränderung der Wechselkurse stets für einen Ausgleich zwischen den Kapitalbewegungen und den Leistungsströmen sorgen, wobei sich beide wechselseitig beeinflussen. Allerdings können in der Statistik nicht alle Transaktionen dem Leistungs- und Kapitalverkehr zugerechnet werden, es bleibt ein sogenannter Restposten. Daß der statistisch erfaßte Nettokapitalexport in den ersten neun Monaten mit 12,6 Mrd DM deutlich höher war als der Überschuß in der Leistungsbilanz, lag weniger an den Devisenverkäufen der Notenbank als an diesem Restposten der Zahlungsbilanz.

166. Nachdem im Vorjahr Handelskredite, die eng mit dem Exportboom zusammenhingen, den Kapitalverkehr mit dem Ausland geprägt hatten, spielten 1975 zinsinduzierte Kapitalexporte die entscheidende Rolle. Nicht zuletzt wegen der reichlichen Liquiditätsversorgung gaben im Inland die Zinsen nach (Ziffern 187 ff.), die Zinsschere zum Ausland öffnete sich. Kapital strebte daher vermehrt dorthin. Der zinsbedingte Kapitalabfluß kommt aber bei flexiblen Wechselkursen rasch zum Stillstand, wenn auch zu einem höheren Kassakurs der ausländischen Währung. Die Anleger müssen nun damit rechnen, daß ihnen bei Fälligkeit ein niedrigerer Devisenkurs den Vorteil der höheren Zinsen nimmt. Anlaß zur Sorge können daher die Kapitalbewegungen und die Abwertung der heimischen Währung allenfalls dann geben, wenn die zinsbedingte Abwärtsbewegung des D-Mark-Kurses auf labile mittelfristige Erwartungen trifft, diese mitzieht und so der Erwerb nicht kursgesicherter Devisenpositionen Gewinne verspricht, wie das im Sommer der Fall war. Die Bundesbank, die den Anreiz für Kapitalverlagerungen ins Ausland als unerwünscht stark ansah, bremste die Kursentwicklung zeitweilig mit Devisenabgaben. Den Kapitalexport eindämmen sollte auch die vorübergehende Emissionspause für D-Mark-Auslandsanleihen. Da diese eine höhere Rendite aufwiesen als Inlandsanleihen, waren sie im Verlauf des ersten Halbjahres verstärkt von Inländern erworben worden, die damit Kapital exportierten. Anfang September wurde zur Erleichterung des Kapitalimports der Genehmigungsvorbehalt für die Verzinsung von Ausländerguthaben bei deutschen Banken beseitigt, ein Relikt aus der Zeit fester Wechselkurse, wenngleich noch nicht das letzte [1]).

[1]) Die Genehmigungspflicht für den Verkauf inländischer Schuldverschreibungen, die innerhalb von vier Jahren fällig werden oder in dieser Frist zurückgegeben werden können, sowie inländischer Geldmarktpapiere und Wechsel an Gebietsfremde ist noch in Kraft. Allerdings ist auch hier die Genehmigungspraxis gelockert worden.

167. Der Nettokapitalexport resultierte 1975 aus den langfristigen Transaktionen. Das zeichnete sich schon in der zweiten Hälfte des Vorjahres ab, als inländische Rentenwerte von der Rendite her für ausländische Anleger uninteressant wurden und sich diese daher von ihnen trennten. Die Verkäufe hielten 1975, wenn auch abgeschwächt, weiter an. Sie wurden jedoch weitgehend dadurch ausgeglichen, daß Ausländer gleichzeitig vermehrt deutsche Aktien erstanden, von denen sie sich wohl Kursgewinne versprachen. Daß bei den Wertpapieren dennoch die Kapitalexporte deutlich größer als die Kapitalimporte waren, lag an den erwähnten Käufen von D-Mark-Auslandsanleihen durch Inländer. Ausschlaggebend dafür, daß der langfristige Kapitalexport 1975 so stark zunahm — in den ersten neun Monaten 1975 belief er sich per Saldo auf 14 Mrd DM, verglichen mit 3,3 Mrd DM im entsprechenden Vorjahreszeitraum —, war aber die kräftige Ausweitung der Bankkredite an das Ausland.

168. Auch bei den Direktinvestitionen, die mit den Portfolioanlagen verglichen eine untergeordnete Rolle spielen, dürfte es 1975 zu einem Nettokapitalexport kommen, was zuvor nur in den Jahren 1969 und 1970 der Fall gewesen war. Deutsche Unternehmen haben ihre Auslandsinvestitionen abermals ausgeweitet, auf 3,7 Mrd DM in den ersten neun Monaten, während Ausländer deutlich weniger als im Vorjahr in der Bundesrepublik investierten. Nicht sicher ist, ob sich hierin auch realwirtschaftliche Anpassungsvorgänge spiegeln: Wegen des hohen deutschen Lohnniveaus könnte der Standort Bundesrepublik für einzelne Fertigungen, möglicherweise auch für bestimmte Branchen vorübergehend an Attraktivität verloren haben. Dem wirkt schon jetzt entgegen, daß das deutsche Lohnniveau 1975 weniger stark gestiegen ist als das im Ausland.

169. Im kurzfristigen Kapitalverkehr überwogen 1975 die Importe leicht, wobei sich umfangreiche, aber gegenläufige Transaktionen von Banken und von Unternehmen weitgehend saldierten. Die Kreditinstitute, die über reichlich Liquidität verfügten, legten zeitweilig in erheblichem Umfang Gelder zinsgünstiger am Euro-Markt an, als es am inländischen Geldmarkt möglich war. Andererseits verschuldeten sich inländische Unternehmen dort zu Konditionen, die in der Nachbarschaft von Geldmarktsätzen lagen. Kreditgeber waren zum Teil deutsche Banken selbst über ihre Niederlassungen im Ausland. Sie verschafften so ihren Kunden, zum Teil auch solchen, die alleine keinen Zugang zum Euro-Markt haben, Geld zu niedrigeren Sätzen, als an heimischen Bankschaltern verlangt wurden.

Auch im Zusammenhang mit Warengeschäften haben sich deutsche Unternehmen 1975 per Saldo im Ausland verschuldet. Anders als im Vorjahr waren also wieder die Inanspruchnahme von Zahlungszielen durch deutsche Importeure und die Vorauszahlungen an unsere Exporteure größer als die dem Ausland eingeräumten Handelskredite.

Vorübergehende Abwertung der D-Mark

170. Der Außenwert der D-Mark unterlag auch 1975 starken Schwankungen. Das beruhte, wie schon in den Vorjahren, vor allem auf Ausschlägen des Kurses gegenüber dem US-Dollar. Die Kursschwankungen gegenüber den meisten europäischen Währungen — auch denen, die nicht zum Floating-Block gehören — hielten sich dagegen in vergleichsweise engen Grenzen, oder es setzte sich, wie beim Englischen Pfund, die Abwertungstendenz weiter durch.

Die Kursausschläge veranlaßten die Bundesbank, wiederholt an den Devisenmärkten zu intervenieren. In den ersten Monaten des Jahres kaufte sie für 5 Mrd DM Devisen an. Als sich im Frühjahr die Tendenz umkehrte und die D-Mark danach meist in einer schwachen Position gegenüber den Währungen des Floating-Blocks war (Schaubild 3), kam es auch mit Rücksicht auf die europäische Währungsschlange zu nicht unbeträchtlichen Devisenverkäufen. Die direkten Interventionen in Blockwährung (1,8 Mrd DM) sagen indes nur wenig über den tatsächlichen Stützungsbedarf im Rahmen der Schlange aus, da auch Dollarabgaben mit dazu dienten, die D-Mark im Band zu halten. Insgesamt gab die Bundesbank von April bis September für etwa 6½ Mrd DM Devisen ab.

Der durchschnittliche Außenwert der D-Mark nahm bis zum Februar zu und blieb trotz des Exporteinbruchs bis zur Jahresmitte im wesentlichen unverändert, freilich nicht ohne Stützungsverkäufe der Bundesbank. Danach büßte die D-Mark allerdings binnen weniger Wochen rund 5 vH ihres durchschnittlichen Außenwertes ein. Jedoch setzte bereits ab Oktober eine Korrektur ein. Im Durchschnitt der ersten zehn Monate lag der (gewogene) Aufwertungssatz — werden die Leitkurse von Ende 1972 zugrunde gelegt — mit 18½ vH um 2½ Prozentpunkte über dem des gleichen Vorjahreszeitraums. Über die Schwankungen hinweg ist also die D-Mark auch 1975 höher bewertet worden. Angesichts der weiterhin bestehenden Diskrepanz zwischen der Preisentwicklung im Inland und im Ausland überrascht dies nicht.

171. Die starken Schwankungen des Dollarkurses können nicht allein mit den erheblichen Veränderungen in den Zinsdifferenzen erklärt werden, wie sie zwischen Anlagen in Dollar und solchen in D-Mark zu beobachten sind. Ende 1974 schloß sich die Zinsschere, während sie sich ab Frühsommer 1975 wieder deutlich öffnete. Veränderungen der Zinsdifferenzen würden für sich genommen zu einer Veränderung des Kassakurses des Dollar und zu einer gegenläufigen Kursbewegung an den Terminmärkten führen, auf denen die zinsinduzierten Kapitalbewegungen kursgesichert werden. In welche Richtung sich die Terminkurse aber tatsächlich entwickeln, hängt ab von den Erwartungen hinsichtlich des künftigen Kassakurses. Sind diese mittelfristigen Erwartungen wenig gefestigt, so kann es sein, daß die Veränderung des Kassakurses die Kurserwartungen prägt und sich so die Kurse auf dem Kassamarkt und auf den Terminmärkten in die gleiche Richtung bewegen, wenn auch je nach Veränderung der Zinsdifferenzen unterschiedlich weit. Dies war der Fall.

172. Auch nach über zwei Jahren des Floatens erscheinen also die Erwartungen darüber, wie sich der Dollarkurs mittelfristig entwickeln wird, noch wenig gefestigt. Das hängt damit zusammen, daß die Veränderungen des Dollarkurses nicht so sehr von den Leistungsströmen bestimmt wurden, als vielmehr von der wechselnden Einschätzung des Dollar als internationaler Währung und den damit verbundenen Anlageentscheidungen. Eine wesentliche Rolle spielte dabei der erwartete wirtschaftspolitische Kurs der Vereinigten Staaten.

173. Daß der Dollarkurs so stark schwankt, erschwert sicherlich die mittel- und langfristigen Dispositionen derer, die Geschäfte in dieser Währung abwickeln. Von daher sind auch die Bemühungen der Notenbank um eine Glättung der Kursbewegungen zu verstehen. Zur Dämpfung kurzfristiger Ausschläge, wie sie beim Dollarkurs von Tag zu Tag zu beobachten sind, dürften Interventionen der Bundesbank hilfreich sein. Fragwürdig hingegen sind Interventionen, wenn sie Kursschwankungen glätten sollen, die auf labilen mittelfristigen Erwartungen beruhen, setzt dies doch voraus, daß die Notenbank Vorstellungen von der Kursentwicklung hat, die den mittelfristigen Marktbedingungen entsprechen; das aber ist nicht gewährleistet.

174. Seit Beginn des Floatens im März 1973 sind die Ausschläge des Dollarkurses in der Bundesrepublik — wie auch in vielen anderen europäischen Ländern — im Zeitablauf etwas geringer geworden. So lag der höchste Dollarkurs nach dem Übergang zum Floating 1973 bei 2,8623 DM, der niedrigste Kurs bei 2,2835 DM. Das entspricht einer Schwankungsbreite — vom unteren Dollarkursniveau aus gemessen — von 25½ vH. Im Jahre 1974 ging diese Spanne auf 20½ vH zurück (Höchstkurs 2,8790 DM, Tiefstkurs 2,3890 DM); 1975 hat sie sich nochmals verringert, und zwar auf 17½ vH. Dazu dürfte beigetragen haben, daß die Exporteure, durch die Schwankungen angeregt, erwartete Erlöse per Termin dann verkauften, wenn der Kurs des Dollar ein Niveau erreichte, das ihnen Gewinne versprach. Diese Entwicklung läßt hoffen, daß die Schwankungen des Dollarkurses auch ohne institutionelle Absprache über die Schwankungsbreite in Zukunft eher geringer ausfallen werden, die mittelfristigen Erwartungen sich also möglicherweise stabilisieren.

VII. Monetäre Politik auf angekündigtem Expansionskurs

175. Der Bundesbank war 1975 die Aufgabe gestellt, die monetären Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung zu schaffen, ohne die sichtbar gewordenen stabilitätspolitischen Erfolge aufs Spiel zu setzen. Dazu mußte sie gerade so viel Geld zur Verfügung stellen, wie zur reibungslosen Abwick-

lung der finanziellen Transaktionen beim angestrebten Auslastungsgrad der Kapazitäten normalerweise gebraucht wird. Dieser Aufgabe ist die Bundesbank gerecht geworden. Die von der monetären Politik gesetzten Rahmenbedingungen paßten zu mehr Beschäftigung, als in diesem Jahr erreicht wurde. Noch zögern allerdings die privaten Haushalte und Unternehmen, das Angebot zu mehr Ausgaben für Konsum- und Investitionsgüter zu nutzen.

Zentralbankgeld wieder reichlich

176. Im Spätsommer 1974, als die Produktion infolge der sinkenden Nachfrage immer deutlicher zurückgenommen wurde, verließ die Bundesbank ihren Restriktionskurs, den sie im Frühjahr 1973 im Kampf gegen den beschleunigten Preisauftrieb eingeschlagen hatte. Im Dezember 1974 beschloß der Zentralbankrat eine Vorankündigung zur Geldpolitik. Diese sei so zu führen, daß die Preissteigerungsrate schrittweise abgebaut und gleichzeitig dem angestrebten realen Wachstum der Wirtschaft der notwendige monetäre Spielraum gewährt wird. Als stabilitätspolitisch vertretbar kündigte der Zentralbankrat für den Verlauf des Jahres 1975 einen Anstieg der Zentralbankgeldmenge um etwa 8 vH an (Tabelle 20). Bisher ist es der Bundesbank weitgehend gelungen, das angekündigte Expansionstempo einzuhalten. Im Verlaufe dieses Jahres bis einschließlich September hat sie die Zentralbankgeldmenge (Bargeld und Bankreserven), hochgerechnet auf Jahresrate, um 8,5 vH ausgeweitet.

Dieses Urteil läßt sich sowohl auf die Zunahme der Zentralbankgeldmenge in der von uns benutzten Abgrenzung, als auch auf die Zunahme der Zentralbankgeldmenge in der Definition der Bundesbank gründen. Das heißt freilich nicht, daß die unterschiedliche Abgrenzung sich als bedeutungslos erweist (Ziffer 181 und Anhang V).

Tabelle 20

Maßnahmen der Deutschen Bundesbank

Datum	
1974	
16. August	Die Mindestreservesätze für Inlandsverbindlichkeiten werden mit Wirkung vom 1. September um 10 vH gesenkt. Privatbankiers und kleinere Regionalbanken können nach Ausschöpfung aller anderen Refinanzierungsmöglichkeiten zusätzliche Rediskontfazilitäten in Anspruch nehmen.
29. August	Lombardkredit zum Lombardsatz soll den Kreditinstituten auch nach dem 31. August bis auf weiteres gewährt werden.
7. September	Die Bundesbank gibt bekannt, daß Kreditinstitute, die unverschuldet in Liquiditätsschwierigkeiten geraten sind, ihr Mindestreservesoll verringern können.
12. September	Die Bundesbank beteiligt sich an der Gründung einer Liquiditäts-Konsortialbank, deren Aufgabe Bankgeschäfte mit Kreditinstituten zur Sicherung ihrer Liquidität sein soll, und zwar mit der gesamtwirtschaftlichen Zielsetzung, die bankmäßige Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Inland und mit dem Ausland zu gewährleisten.
26. September	Die Mindestreservesätze werden mit Wirkung vom 1. Oktober um 8 vH gesenkt.
24. Oktober	Mit Wirkung vom 25. Oktober wird der Diskontsatz von 7 % auf 6 ½ %, der Lombardsatz von 9 % auf 8½ % gesenkt. Die Rediskontkontingente der Kreditinstitute werden ab 1. November um 2,5 Mrd DM erhöht. Die Abgabesätze für Vorratsstellenwechsel sowie für nicht in die Marktregulierung der Bundesbank einbezogene unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes einschließlich der „Bundesbank-Schätze" werden herabgesetzt.
8. November	Die Abgabesätze für Finanzierungspapiere werden herabgesetzt.
14. November	Die Abgabesätze für Finanzierungspapiere werden erneut herabgesetzt.
5. Dezember	Die Bundesbank verkündet erstmals eine Rate der Expansion der Zentralbankgeldmenge, die ihr stabilitätspolitisch vertretbar erscheint. Mit dem Ziel, daß die Preissteigerungsrate schrittweise abgebaut und gleichzeitig dem angestrebten realen Wachstum der Wirtschaft der notwendige monetäre Spielraum eingeräumt wird, soll im Jahresverlauf 1975 ein Zuwachs der Zentralbankgeldmenge um etwa 8 vH herbeigeführt werden.
19. Dezember	Mit Wirkung vom 20. Dezember wird der Diskontsatz von 6½ % auf 6 %, der Lombardsatz von 8½ % auf 8 % gesenkt. Die Verkaufszinssätze für Geldmarktpapiere werden um bis zu einem halben Prozentpunkt herabgesetzt.

noch Tabelle 20

Datum	
1975	
3. Januar	Die Verkaufszinssätze für Geldmarktpapiere mit Ausnahme von Schatz- und Vorratsstellenwechseln werden mit Wirkung vom 6. Januar erneut um bis zu einem halben Prozentpunkt herabgesetzt.
23. Januar	Die Rediskontkontingente der Kreditinstitute werden für die Zeit bis Ende März um rund 2½ Mrd DM erhöht.
6. Februar	Mit Wirkung vom 7. Februar wird der Diskontsatz von 6 % auf 5½ %, der Lombardsatz von 8 % auf 7½ % gesenkt. Die Verkaufszinssätze für Geldmarktpapiere werden um bis zu einem Prozentpunkt herabgesetzt.
12. Februar	Die Verkaufszinssätze für Schatzwechsel werden um einen halben Prozentpunkt herabgesetzt.
6. März	Mit Wirkung vom 7. März wird der Diskontsatz von 5½ % auf 5 %, der Lombardsatz von 7½ % auf 6½ % gesenkt. Die Verkaufszinssätze für Geldmarktpapiere werden um einen halben Prozentpunkt herabgesetzt.
24. April	Mit Wirkung vom 25. April wird der Lombardsatz von 6½ % auf 6 % herabgesetzt.
22. Mai	Die Mindestreservesätze auf Inlandsverbindlichkeiten werden mit Wirkung vom 1. Juni um 5 vH gesenkt. Der Diskont- und der Lombardsatz werden mit Wirkung vom 23. Mai um jeweils einen halben Prozentpunkt auf 4½ % bzw. 5½ % herabgesetzt. Die Obergrenze für die Summe der von der Deutschen Bundesbank im Rahmen der Marktregulierung ankaufbaren Privatdiskonten wird von 1,1 Mrd DM auf 1,5 Mrd DM erhöht. Der Verkaufszinssatz für die zur Zeit von der Bundesbank angebotenen zweijährigen U-Schätze des Bundes (Lit.BN) einschließlich der „Finanzierungs-Schätze" wird um ⅛ Prozentpunkt gesenkt und beträgt damit ab 23. Mai 5⅞ %.
26. Juni	Die Verkaufszinssätze für nicht rückgabefähige Finanzierungspapiere des Bundes mit halbjähriger und einjähriger Laufzeit werden mit Wirkung vom 27. Juni gesenkt.
3. Juli	Die Mindestreservesätze für Inlands- und Auslandsverbindlichkeiten werden rückwirkend zum 1. Juli um 10 vH ermäßigt.
17. Juli	Mit Wirkung vom 1. August werden die Mindestreservesätze für Auslandsverbindlichkeiten dem Niveau der Reservesätze für Inlandsverbindlichkeiten angeglichen.
1. August	Die Verkaufszinssätze für Vorratsstellenwechsel werden gesenkt.
14. August	Der Diskontsatz und der Lombardsatz werden ab 15. August um je einen halben Prozentpunkt auf 4 % bzw. 5 % gesenkt.
11. September	Mit Wirkung vom 12. September werden der Diskontsatz und der Lombardsatz noch einmal um einen halben Prozentpunkt herabgesetzt. Außerdem werden vom 1. Oktober an die Rediskontkontingente der Kreditinstitute um 3 Mrd DM erhöht.
23. Oktober	Die Bundesbank stellt ihre Stützungskäufe am Rentenmarkt ein. Seit Ende Juni 1975, als sie die konsequente Kursstützung öffentlicher Anleihen aufnahm, hat die Bundesbank für rund 7,5 Mrd DM Papiere von Bund, Bahn und Post gekauft.

177. Im Verlauf des ersten Vierteljahres 1975 wurde die monetäre Expansion von der Lage an den Devisenmärkten begünstigt. Die Bundesbank gab im Tausch gegen Währungsreserven etwa 4½ Mrd DM in den Kreislauf (Tabelle 21). Gleichzeitig verbilligte sie die Refinanzierung der Kreditinstitute mehrfach. Die Banken nutzten das bereitgestellte Zentralbankgeld jedoch nur zu einem geringen Teil zur Kreditausweitung. Im übrigen bauten sie ihre Verschuldung bei der Notenbank ab; dadurch wurde Zentralbankgeld vernichtet und der unausgenutzte Teil der Refinanzierungskontingente erhöht, welche die Notenbank den Geschäftsbanken eingeräumt hatte.

178. Im April sah sich die Bundesbank gezwungen, die D-Mark mit Rücksicht auf den europäischen Währungsverbund zu stützen (Ziffer 170). Den Entzug von Zentralbankgeld, der mit diesen Devisenabgaben verbunden war, hatte sie zu kompensieren. Die Bundesbank gab durch Senkung der Mindestreservesätze Zentralbankgeld in Höhe von 2,2 Mrd DM frei und nahm im Verlauf des zweiten Vierteljahres 1975 den Diskontsatz auf 4½ % und den Lombardsatz in zwei Stufen auf 5½ % zurück, um die Banken zu veranlassen, das bereitgestellte Zentralbankgeld mehr zur Finanzierung neuer Kredite als zum Abbau ihrer Notenbankverschuldung zu ver-

Tabelle 21

Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge [1]

Zeitraum	Entstehung (+), bzw. Vernichtung (−) von Zentralbankgeld durch Änderung der					Zusammen	Korrekturposten [6]	Bereinigte Zentralbankgeldmenge [7]	Saisonbereinigte Zentralbankgeldmenge
	Währungsreserven [2]	Refinanzierung der Banken [3]	Kreditgewährung an den Staat [4]	Wertpapierbestände der Bundesbank	Sonstigen [5]				
	Bestand in Mrd DM								
Durchschnitt 1973	89,94	13,02	− 3,16	0,03	1,43	101,26	− 0,53	84,68	84,69
Jahresende 1973	91,40	12,59	− 0,20	0,03	3,08	106,90	− 0,04	89,06	85,96
Durchschnitt 1974	89,89	12,61	− 4,24	0,44	0,75	98,85	+ 1,07	88,03	88,03
Jahresende 1974	81,40	15,41	− 2,86	0,48	5,16	99,59	+ 0,01	94,63	91,34
	Veränderung gegen Vormonat in Mio DM								Veränderung in vH [8]
1974 Jan	−3 100	−2 744	−2 172	− 1	+ 82	−7 935	+4 488,0	−3 447,0	+ *3,5*
Feb	− 400	−1 323	+ 450	+ 36	− 438	−1 675	+ 31,5	−1 643,5	+ *2,4*
Mär	+ 700	+3 733	−2 972	+ 47	− 308	+1 200	+ 16,7	+1 216,7	+ *0,2*
Apr	+3 200	−3 301	+2 237	+ 209	−1 718	+ 627	− 0,4	+ 626,6	+ *1,4*
Mai	+2 000	−1 725	− 27	+ 333	+ 545	+1 126	− 5,7	+1 120,3	+ *4,0*
Jun	+ 200	+1 328	−2 649	− 17	+2 431	+1 293	+ 23,7	+1 316,7	+ *4,5*
Jul	−1 100	+6 168	− 387	− 12	−3 145	+1 524	− 38,1	+1 485,9	+ *8,0*
Aug	−2 700	+2 923	+1 025	− 16	− 982	+ 250	+ 77,1	+ 327,1	+ *10,3*
Sep	−2 700	+ 264	−3 743	− 10	+ 516	−5 673	+4 748,4	− 924,6	+ *9,1*
Okt	− 600	−1 041	−1 243	− 9	−1 673	−4 566	+3 577,9	− 988,1	+ *9,4*
Nov	+1 300	−3 530	+2 904	− 37	+ 225	+ 862	− 40,9	+ 821,1	+ *8,2*
Dez	+ 400	+2 072	+3 918	− 73	− 657	+5 660	+ 0,9	+5 660,9	+ *7,9*
1975 Jan	+ 900	−1 816	−1 753	− 74	+ 586	−2 157	− 180,3	−2 337,3	+ *7,1*
Feb	+2 100	−4 021	− 202	− 64	+ 622	−1 565	+ 15,0	−1 550,0	+ *5,6*
Mär	+1 700	− 273	+1 044	+ 3	− 334	+2 140	+ 36,1	+2 176,9	+ *7,5*
Apr	−1 500	−1 911	+1 914	− 3	+ 489	−1 011	+ 180,7	− 830,3	+ *6,9*
Mai	−1 600	+ 918	+2 543	− 20	− 160	+1 681	− 15,3	+1 665,7	+ *5,8*
Jun	− 600	+ 428	−2 242	− 14	+1 110	−1 318	+1 990,4	+ 672,4	+ *6,7*
Jul	−1 100	−1 801	+ 609	+ 716	− 537	−2 113	+4 153,9	+2 040,9	+ *7,7*
Aug	−1 200	−2 590	− 393	+1 594	+1 515	−1 074	+1 588,7	+ 514,7	+ *9,6*
Sep	− 100	+3 810	−4 929	+2 256	−1 057	− 20	+ 22,0	+ 2,0	+ *10,1*
Okt	+ 500	−2 440	− 220	+2 103	...	...	...	...	...

[1] In der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken.
[2] Veränderung der Auslandsforderungen der Bundesbank unter Berücksichtigung des Ausgleichspostens zu anderen als transaktionsbedingten Veränderungen der Währungsreserven (hauptsächlich Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten und Änderungen des DM-Wertes der Währungsreserven aufgrund von Paritätsänderungen).
[3] Saldiert mit dem Bestand an Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren im Besitz der Banken.
[4] Kredite und Forderungen der Bundesbank an öffentliche Haushalte abzüglich Einlagen (einschließlich Sondereinlagen) öffentlicher Haushalte.
[5] Unter anderem Einlagen von Nichtbanken bei der Bundesbank.
[6] Effekt von Mindestreservesatzänderungen.
[7] Bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen.
[8] Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresraten umgerechnet.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

wenden. Trotzdem verlangsamte sich die Expansion der Zentralbankgeldmenge in diesem Zeitraum deutlich. Um zu verhindern, daß sich dies fortsetzte, gab die Bundesbank in den Monaten Juni bis August durch mehrere Mindestreservesatzsenkungen insgesamt fast 8 Mrd DM Zentralbankgeld frei. Begleitet wurden diese Maßnahmen von weiteren Senkungen des Diskont- und des Lombardsatzes sowie der Abgabesätze für Geldmarktpapiere.

179. Ende Juni begann die Bundesbank durch Wertpapierkäufe am offenen Markt eine Geldmarktregulierung neuer Art. Die massiven Stützungskäufe öffentlicher Anleihen dienten zwar in erster Linie der Absicht, das erreichte Niveau der Kapitalmarktzinsen zu verteidigen (Ziffern 195, 203); sie trugen aber auch wesentlich zur Ausweitung der Zentralbankgeldbestände der Wirtschaft bei (Schaubild 30). Bis Ende Oktober, als die Bundesbank die Interventionen am Rentenmarkt einstellte, nahm sie Anleihen von Bund, Bahn und Post für rund 7 1/2 Mrd DM auf. Für die Entscheidung der Notenbank, keine Wertpapiere mehr anzukaufen, war maßgebend, daß sich die monetäre Expansion seit der Jahresmitte wieder deutlich beschleunigt hatte.

Die freien Liquiditätsreserven der Banken waren bis Ende Oktober auf rund 16 Mrd DM angewachsen, eine Größenordnung, wie sie nur aus wenigen Phasen extremer Bankenliquidität bekannt ist. Sie bestehen fast ausschließlich aus nicht in Anspruch genommenen Refinanzierungslinien.

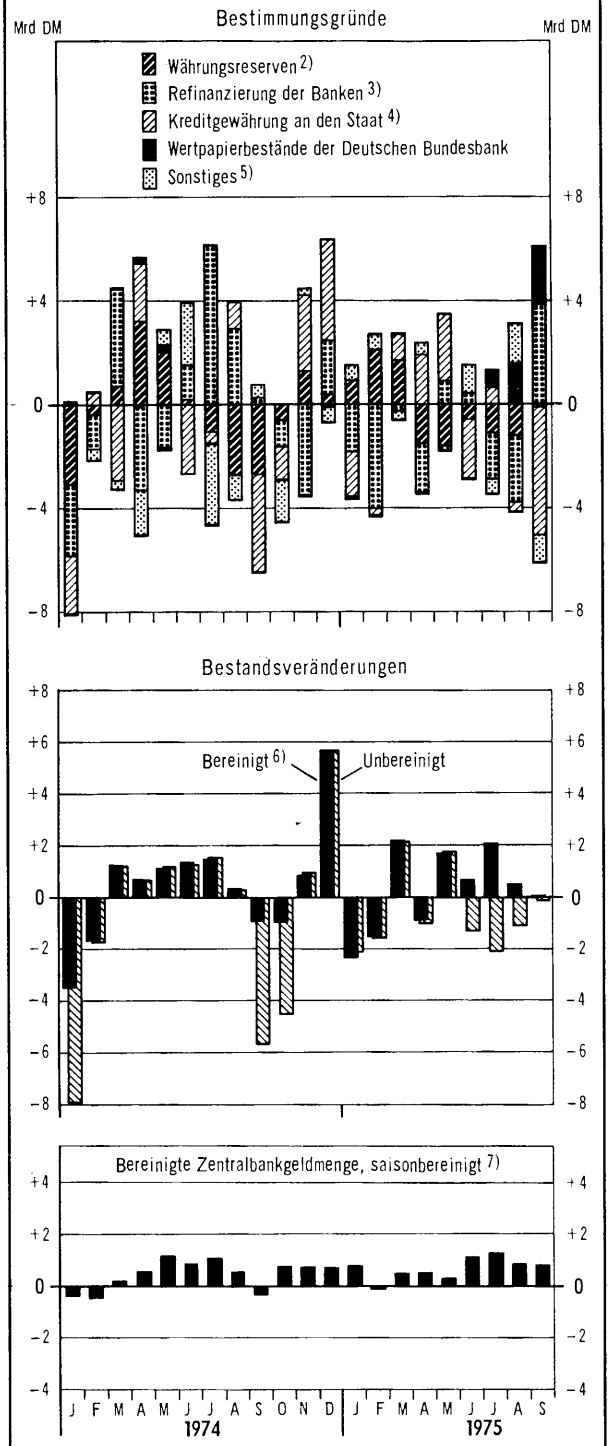
180. Die Bundesbank hat ihr gestecktes Ziel, im Verlaufe dieses Jahres die Zentralbankgeldmenge um 8 vH zu erhöhen, zwar weitgehend verwirklicht; Schwierigkeiten bereitete es aber offenbar, diesen Zuwachs möglichst gleichmäßig auf das Jahr zu verteilen.

Die Zentralbankgeldmenge stieg, legt man gleitende Dreimonatsabschnitte zugrunde und rechnet die Zuwachsraten auf ein Jahr hoch, von 10 vH am Beginn des Jahres über 4 vH im Frühjahr bis zu 13 1/2 vH im Sommer. Legt man einen etwas größeren Zeitraum zur Ermittlung der durchschnittlichen Zuwachsraten zugrunde, zum Beispiel sechs Monate, dann ergibt sich freilich ein ausgeglicheneres Bild.

Die Erfahrungen dieses Jahres haben gezeigt, daß eine stetige monetäre Expansion kurzfristig nur schwer zu bewerkstelligen ist; vor allem dann, wenn die Notenbank Zinssätze, beispielsweise den Diskontsatz, zum Zwecke der Mengensteuerung variiert, anstatt die gewünschte Menge möglichst direkt anzusteuern (Ziffer 204). Weil die Bundesbank die Wahrscheinlichkeit, sich über den Zinssatz zu irren, der zur angestrebten Expansion der Zentralbankgeldmenge paßt, nicht gering veranschlagt, hat sie versucht, sich in kleinen Schritten an diesen Zins heranzutasten (JG 74 Ziffer 385). Damit nimmt sie aber auch in Kauf, daß sie ihr Mengenziel wahrscheinlich nur langsam, über mehrere Monate hinweg, erreicht.

Schaubild 30

ZUR ENTWICKLUNG DER ZENTRALBANKGELDMENGE [1]



1) In der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken; Veränderung gegenüber dem Vormonat. – 2) Veränderung der Auslandsforderungen der Bundesbank unter Berücksichtigung des Ausgleichspostens zu anderen als transaktionsbedingten Veränderungen (hauptsächlich Zuteilung von IWF – Sonderziehungsrechten und Änderungen des DM – Wertes der Währungsreserven aufgrund von Paritätsänderungen). – 3) Saldiert mit dem Bestand an Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren im Besitz der Banken. – 4) Kredite und Forderungen der Bundesbank an öffentliche Haushalte abzüglich Einlagen (einschließlich Sondereinlagen) öffentlicher Haushalte. – 5) Unter anderem Einlagen von Nichtbanken bei der Bundesbank. – 6) Bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. – 7) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census – Verfahren II, Version X – 11.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

SR 75 0778

181. *Weniger ausgeprägt sind die kurzfristigen Schwankungen der monetären Expansion, wenn man die entsprechenden Zuwachsraten der Zentralbankgeldmenge in der Abgrenzung der Bundesbank zugrundelegt. Nach diesem Konzept gehen Zentralbankgeldbestände, die als Überschußreserven oder als Mindestreserven für Auslandsverbindlichkeiten gehalten werden, nicht in die Berechnung der „Zentralbankgeldmenge" ein (JG 74 Ziffer 381 und Anhang V). Auch die Berücksichtigung von Änderungen der Mindestreservesätze ist anders.*

Im Prinzip ist die Bankeinlage eines Ausländers weder im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit, daß der Einleger sie selbst für Zahlungen an Inländer verwendet, noch im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit, daß die Bank die Einlage — zumal wenn sie als Termineinlage gehalten wird — weiterverleiht, anders zu beurteilen als die Einlage eines Inländers. Auch scheint uns, daß kein zwingender Grund besteht, die freiwillig erhöhte Kassenhaltung der Banken (Überschußreserven) anders zu sehen als die erhöhte Kassenhaltung von Nichtbanken (Bargeld oder Sichteinlagen bei Banken). Kassenbestände, die nicht zur Liquiditätssicherung erforderlich sind, drängen zur Anlage; das gilt für Banken und Nichtbanken.

Der Geldpolitik ist ein expansiver Impuls — bestehend in der Wirkung auf Vermögen und Liquidität der Banken und Nichtbanken — also auch dann zu attestieren, wenn die zusätzlich bereitgestellte Zentralbankgeldmenge von Banken in der Form der Überschußreserven gehalten wird oder wenn Geld in die Hand von Ausländern kommt (kredithalber oder durch Bezahlung von Einfuhren) und von diesen als Bankeinlage gehalten wird.

Auch im übrigen wird nach dem Meßkonzept der Bundesbank in der Größe „(bereinigte) Zentralbankgeldmenge" nicht das gemessen, was die Bundesbank an Zentralbankgeld für die monetäre Expansion zur Verfügung stellt, sondern das, was aufgrund des zur Verfügung gestellten Zentralbankgeldes an Bargeldumlauf und an Einlageexpansion (bei den Banken) entstanden ist, wobei als Ausdruck der Einlagenexpansion die Veränderung eines fiktiven Mindestreservesolls gewählt wird, welches an Hand konstanter, allerdings historisch zufälliger Reservesätze — nämlich denen, die Anfang 1974 gegolten haben — ermittelt wird.

Nur wenn sich allenfalls das Niveau, nicht aber auch die Struktur der tatsächlichen Reservesätze ändert — was seit 1974 zutrifft —, und nur wenn auch die Relation zwischen Bankeinlagen und Bargeldhaltung stabil ist — was seit 1974 nicht zutrifft —, dürfte man sich dem Meßkonzept der Bundesbank anvertrauen, weil nur unter diesen Umständen die zufälligen Reservesätze von Anfang 1974 keinen verzerrenden Einfluß auf die Zuwachsraten haben, die für die Zentralbankgeldmenge errechnet werden.

Sinn des Meßverfahrens der Bundesbank ist es wohl, die Bedeutung unterschiedlicher Mindestreservesätze für die künftige monetäre Expansion zu berücksichtigen. Dies ist im Prinzip ein wichtiger Vorteil des Konzeptes. Man kann den Vorteil jedoch auch haben und die Nachteile gleichwohl meiden, wenn man von unserem Verfahren zur Berechnung der Änderung der bereinigten Zentralbankgeldmenge ausgeht, es aber geringfügig modifiziert, und zwar in der Weise, daß man die monatlichen Veränderungen der Zentralbankgeldmenge von Einflüssen der Mindestreservesatzänderungen bereinigt — so wie bisher — und die solchermaßen korrigierten Veränderungen auf eine Zentralbankgeldmenge des jeweils vorangegangenen Zeitraums bezieht für die das Mindestreservesoll zu Reservesätzen der laufenden Periode berechnet ist. Wir haben eine solche Rechnung durchgeführt. Dabei hat sich gezeigt: Die Abweichungen von den Ergebnissen unserer bisherigen Rechnung waren — jedenfalls für die beiden vergangenen Jahre — sehr klein. Dies erklärt sich dadurch, daß abrupte Reservesatzänderungen größeren Ausmaßes während dieser Zeit nicht vorgenommen wurden.

Ausgeprägte Liquiditätsneigung

182. Soweit die monetäre Politik sich nicht an den aktuellen Zahlungsmittelbedarf der Wirtschaft anpaßt, sondern stets so viel Zentralbankgeld zur Verfügung stellt, wie es eine reibungslose Abwicklung der finanziellen Transaktionen beim angestrebten Auslastungsgrad der Kapazitäten erfordert, sorgt sie zwangsläufig dafür, daß der monetäre Spielraum reichlich bemessen ist, wenn die Nachfrage der inländischen und ausländischen Konsumenten und Investoren nicht ausreicht, die Produktionskapazitäten der Wirtschaft im gewünschten Umfang in Anspruch zu nehmen, wie es seit einiger Zeit der Fall ist. Der Umstand, daß in solchen Fällen mehr Geld bereitgestellt als zur Finanzierung der Umsätze gebraucht wird, findet seinen Niederschlag in sinkenden Zinsen. Grundsätzlich darf man darauf rechnen, daß auf diesem Wege die Ausgabeneigung der Haushalte und Unternehmen angeregt wird, weil mit zunehmendem Geldvermögen und abnehmender Verzinsung der Kauf von Gütern, Investitionsgütern oder Verbrauchsgütern, relativ an Attraktivität gewinnt, selbstverständlich auch der kreditfinanzierte Kauf.

183. Um den Nachfrageausfall zu kompensieren, der die wirtschaftliche Entwicklung dieses Jahres bestimmte, hätte es allerdings unrealistisch kräftiger Zinssenkungen bedurft, möglicherweise sogar negativer Zinsen, was man sich freilich nur im Denkmodell vorstellen kann (Ziffern 187). Die Kaufbereitschaft der Verbraucher war infolge der verunsicherten Einkommenserwartungen so gering, daß sie durch Zinssenkungen um einige Prozentpunkte offensichtlich nicht grundlegend zu verändern war. Im Rentabilitätskalkül der Investoren spielte der starke Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und der allseits verbreitete Pessimismus hinsichtlich der mittelfristigen Ertragschancen die entscheidende Rolle, so daß auch hier die gesunkenen Zinsen an der Investitionszurückhaltung zunächst nur wenig ändern konnten. Ähnliches gilt für die Kunden aus dem Ausland, da die wirtschaftliche Lage in allen westlichen Industrieländern durch eine tiefe Rezession gekennzeichnet war. Kurz: Die Kassenhaltung schien immer noch vorteilhafter als der Erwerb von Gütern.

184. Aufgrund der allgemein geringen Ausgabeneigung der privaten Haushalte und Unternehmen nahmen auch deren kreditfinanzierte Käufe nur geringfügig zu. Im bisherigen Jahresverlauf ist die Kreditgewährung der Banken an Unternehmen und Privatpersonen mit einer Jahresrate von nur 3 ½ vH gestiegen. Das Angebot an längerfristig verfügbaren Mitteln wurde allerdings gut aufgenommen. Anstatt sich für neue Investitionen zu verschulden, waren viele Unternehmen bestrebt, einen beträchtlichen Teil der noch im vorigen Jahr we-

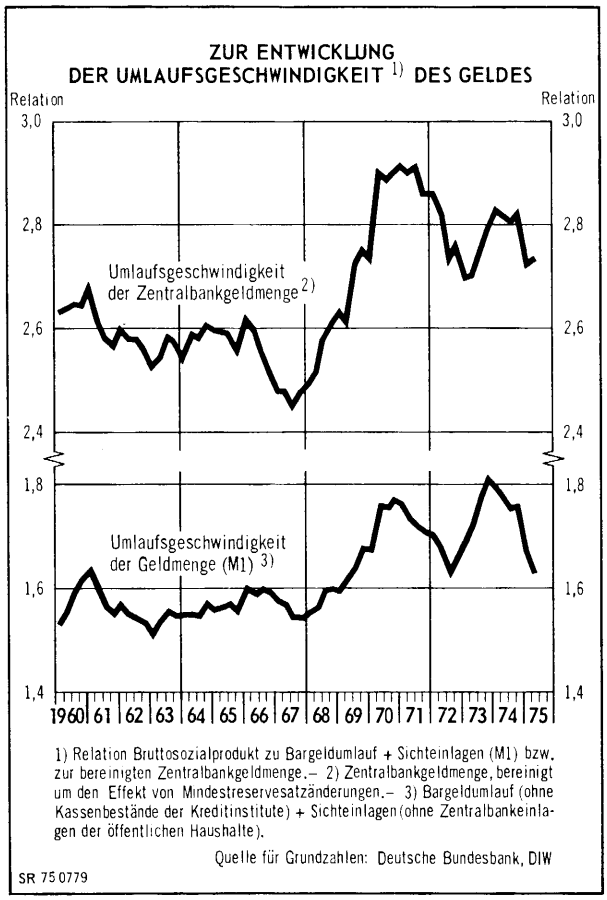
gen der hohen Zinssätze nur auf kurze Frist aufgenommenen Kredite in mittel- oder langfristige umzuwandeln. Auch der Staat, der sich mit starker Kreditnachfrage an die Banken wandte, so daß die gesamten Bankkredite trotz der geringen Verschuldungsbereitschaft der Privaten in den ersten neun Monaten dieses Jahres, hochgerechnet auf Jahresrate, um 8 vH zunahmen, war in erster Linie an einer längerfristigen Verschuldung interessiert. Um so größer war der Überfluß an kurzfristigen Mitteln.

185. Die Banken senkten die Zinsen für Termineinlagen, da es ihnen an Kreditnehmern fehlte, an die sie aufkommende Mittel ertragbringend weitergeben konnten. Die Senkung war stark genug, viele Einleger zu veranlassen, ihr Geld in der Form täglich fälliger Guthaben stehen zu lassen, anstatt es in Termineinlagen zu halten. Die Kürzungen der Sparzinsen fielen hingegen so gering aus, daß die Spareinlagen weiter kräftig zunahmen (Ziffer 192). Die veränderte Struktur der Bankeinlagen, letztlich Ausdruck der gesunkenen Ausgabeneigung, bewirkte, daß das von der Bundesbank zur Verfügung gestellte Zentralbankgeld bei einer verhältnismäßig geringen Kredit- und Einlagenexpansion absorbiert wurde. Anders gesehen: Da die kreditseitige Verwendung von Geld — die Zentralbankgeldmenge bindet — gering blieb, wurde aus der bereitgestellten Zentralbankgeldmenge eine verhältnismäßig große Geldmenge in den Kassen und auf den Girokonten der Nichtbanken. Die Geldmenge M 1, Bargeldumlauf und Sichteinlagen, hat im Verlaufe dieses Jahres bis einschließlich September, hochgerechnet auf Jahresrate, um 15,1 vH zugenommen, mithin wesentlich stärker als die Zentralbankgeldmenge. Die Neigung der Geldbesitzer, das Geld selbst auszugeben, war jedoch aus den erwähnten Gründen ebenfalls gering. Aus beidem zusammen ergab sich, daß die Relation zwischen gesamtwirtschaftlichen Ausgaben und Geldmenge (die sogenannte Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes) so stark zurückging (Schaubild 31).

Bei einer Tendenz zur Normalisierung der Ausgabeneigung der Wirtschaft würde allerdings auch die kreditseitige Verwendung von Geld rasch wieder zunehmen und damit unter sonst gleichen Bedingungen die Geldmenge M 1 abnehmen, so daß sich dann (umgekehrt zum zuvor beschriebenen Prozeß) gleichsam automatisch die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes überproportional wieder erhöhte.

Aus diesem Grund läßt sich das derzeit unausgenutzte monetäre Potential (das im Aufschwung zusätzlich zur Expansion der Zentralbankgeldmenge zur Verfügung stünde) weniger am Verhältnis der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben zur Geldmenge M 1 als vielmehr am Verhältnis der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben zur Zentralbankgeldmenge ablesen. Denn diese Relation (die Umlaufsgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge) überzeichnet eine Änderung der Ausgabeneigung der Wirtschaft nicht. Eine Senkung der mittleren Kassenhaltungsdauer schlägt sich darin nicht nieder, soweit sie nur Reflex einer Verminderung der Geldmenge im Zusammenhang mit zunehmender kreditseitiger Verwendung von Geld ist. Die Umlaufsgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge hat daher 1975 auch entsprechend weniger abgenommen als die der Geldmenge M 1.

Schaubild 31



186. Wie wenig Aussagekraft gelegentlich die Entwicklung der Geldmenge im weiteren Sinn hat (M 2 = Geldmenge unter Einschluß der Termineinlagen bis unter vier Jahren), wird in diesem Jahr ebenfalls sehr deutlich. Da die Termineinlagen nicht allein zugunsten der täglich fälligen Guthaben sanken, sondern auch — weil die Sätze für Termineinlagen wesentlich stärker herabgesetzt wurden als die Sparzinsen — zum Teil in Spargeld umgewandelt wurden, ging die Geldmenge M 2 zurück; vom Anfang dieses Jahres bis September nahm sie, hochgerechnet auf Jahresrate, um 4,8 vH ab.

Konjunkturgerechter Zinsrückgang?

187. Scheidet zwar die Möglichkeit aus, daß irgendeine Zinssenkung realistischer Größenordnung ausgereicht hätte, den Niedergang in der gesamtwirtschaftlichen Ausgabeneigung, namentlich den Rückgang der Auslandsnachfrage, vollständig aufzufangen, so ist dennoch die Frage berechtigt, ob nicht die Senkung der Zinsen rascher hätte kommen und auch stärker hätte sein können, als sie es war, so daß wenigstens etwas weniger Ausgaben ausgefallen wären. Die Ausgabenentscheidungen sind ja nicht durchgängig über eine größere Spanne hinweg unempfindlich gegenüber Zinsänderungen.

In den vorangegangenen Jahren haben die Gläubiger von Geldschulden jedoch gelernt, sich durch kurze Anlagefristen dagegen zu schützen, daß ihnen der vereinbarte Zins durch steigende Geldentwertung wieder genommen wird. Die Szene war deshalb beherrscht von der großen Weigerung der Geldbesitzer, ihr Geld langfristig auszuleihen, nachdem die Zinsen auf dem Wege nach unten ein bestimmtes Niveau erreicht hatten. Institutionelle Hemmnisse sowie — jedenfalls zunächst — Mangel an zupackendem Wettbewerb der Banken mögen außerdem im Spiel gewesen sein.

188. Angesichts einer monetären Expansion, die gemessen an der geringen Ausgabeneigung der Konsumenten, der Investoren und der ausländischen Nachfrager reichlich bemessen war, hätte man durchaus mit mehr Zinssenkung rechnen können, zumal die Vorstellung berechtigt schien, daß die inflatorische Komponente im Zinsniveau nicht größer, sondern eher kleiner geworden ist; die Geldentwertungsrate, mit der Gläubiger und Schuldner auf mittlere Sicht rechnen, sollte wegen der Dämpfung des Preisauftriebs allmählich geringer ausfallen als in den vergangenen Jahren.

Besonders der Rückgang der Kapitalmarktzinsen kam schon frühzeitig zum Stillstand: Die Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere ermäßigte sich zwar vom Oktober 1974 an um zweieinhalb Prozentpunkte, erreichte aber bereits im Juni mit 8,4 % ihren Tiefstand. Der Rückgang der Realverzinsung fiel noch bescheidener aus.

189. Trotz hoher Sparneigung waren im Verlaufe des Jahres immer weniger Geldvermögensbesitzer bereit, ihr Geld langfristig anzulegen, weil sie an weitere Zinssenkungen nicht mehr glaubten, ja schon im Sommer begannen, wieder steigende Zinsen für wahrscheinlicher zu halten.

Den Befürchtungen der Anleger, die sich wesentlich auf den hohen Verschuldungsbedarf des Staates jetzt und in den nächsten Jahren gründeten, hat der Staat zunächst wenig Bedeutung beigemessen. Er hat sich nicht gedrängt, von vornherein, also bei noch nach unten gerichteten Zinsänderungserwartungen, die Haushaltsdefizite verstärkt kurzfristig zu finanzieren und so den Kapitalmarkt vorsorglich zu schonen. Die hohe Geldkapitalbildung ließ wohl die Vorstellung aufkommen, diese Mittel würden alsbald zu einem großen Teil auf den Kapitalmarkt drängen.

Die Bundesbank hat die Schuldenpolitik des Staates, die im Grundsatz auf allmähliche Zinssenkung und demgemäß auf anhaltend nach unten gerichtete Zinsänderungserwartungen baute, anfangs dadurch unterstützt, daß sie das Publikum in der Erwartung bestärkte, die Zinsen würden weiter sinken, die Wertpapierkurse also steigen. Schon im Frühjahr hat sie allerdings durch Verlautbarungen solchen Hoffnungen verhältnismäßig enge Grenzen gezogen.

Die schnelle Umkehr der Erwartungen der Anleger hatte außer der zunehmenden Furcht vor dem enormen Kreditbedarf des Staates jedoch noch weitere Gründe:

— Die umfangreiche Wertpapiernachfrage durch die Banken mußte spätestens dann schrumpfen, wenn der Anteil der langfristigen Ausleihungen an ihrem gesamten Kreditvolumen, zumal der Ausleihungen mit Kursrisiko, den Banken unvertretbar groß zu werden schien. Je mehr die Kreditinstitute in der Sorge um eine ausgewogene Fristenstruktur ihrer Aktiva auf den Kauf von Wertpapieren verzichteten, desto weniger konnten sie selbst — in richtiger Einschätzung ihrer maßgeblichen Stellung am Rentenmarkt — an einen weiteren Rückgang der Renditen glauben. Weil die Banken in ihrer Anlageberatung die Erwartungen der privaten Anleger prägen, nahm auch deren Kaufbereitschaft schnell ab.

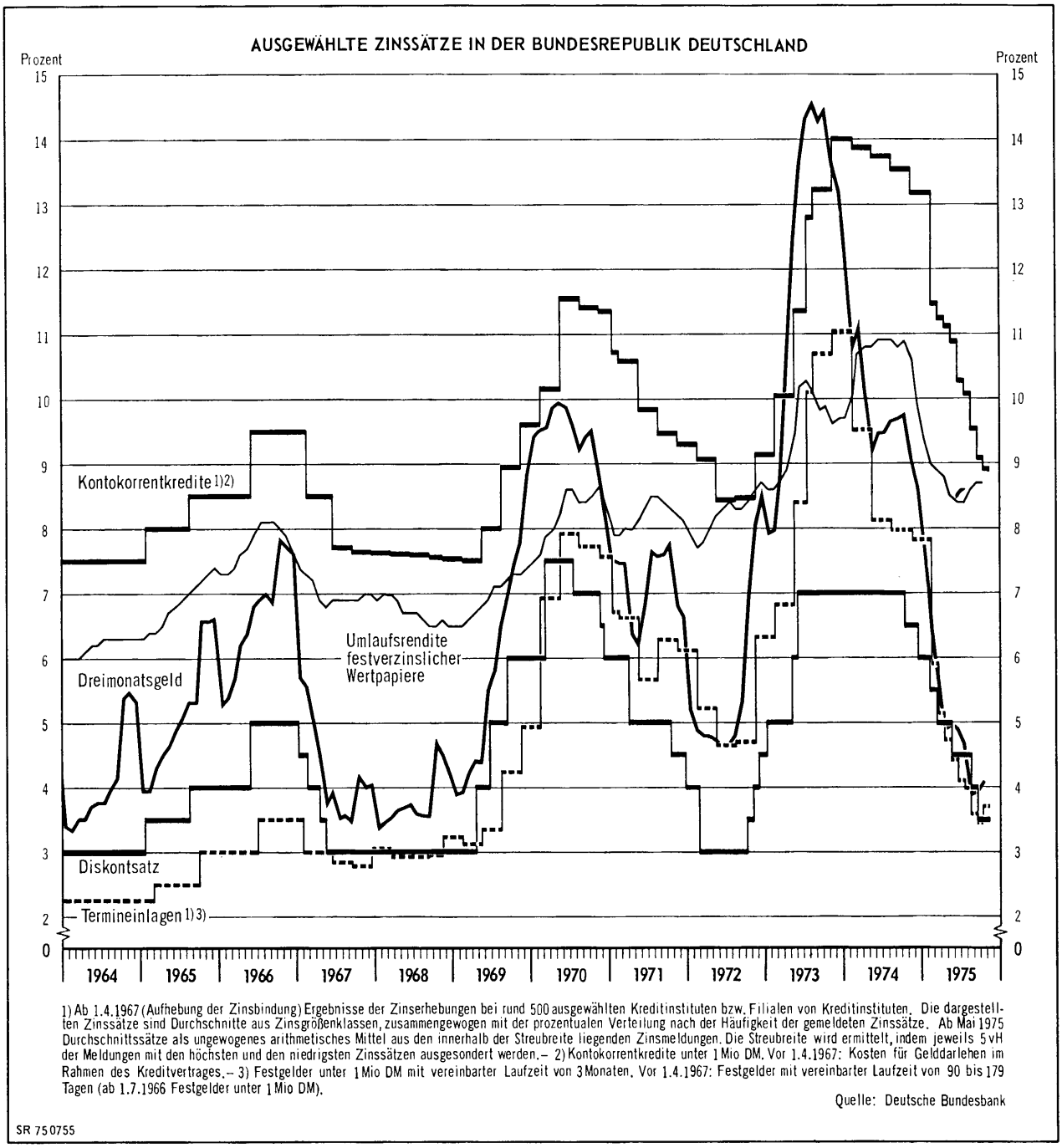
— Die Zinssenkungen im Inland und der Zinsanstieg in den Vereinigten Staaten führten dazu, daß Dollar-Anleihen höher rentierten als D-Mark-Papiere. Ausländer, die noch im Frühjahr auf D-Mark lautende Auslands-Anleihen gekauft hatten, gaben diese zurück, um Dollarwerte zu erwerben. So führte die Auflösung von Kreditbeziehungen zwischen Ausländern zu einer Kreditgewährung von Inländern an Ausländer, also einem Kapitalexport. Mit zunehmendem Angebotsdruck am Rentenmarkt hielten sich auch die inländischen Anleger verstärkt zurück, weil sie aufgrund des Zinsanstiegs im Ausland nun eher Kursverluste als Kursgewinne erwarteten.

190. Wegen der geringeren Bereitschaft der Geldvermögensbesitzer, das Geld für den Kauf von Konsum- oder Investitionsgütern zu verwenden oder zu herrschenden Zinssätzen langfristig auszuleihen, war ihr Interesse an kurzfristigen Geldanlagen besonders groß. Die Verzinsung sehr kurzfristiger, also geldnaher Anlagen lag im Herbst 1975 bis zu sechs Prozentpunkte unter dem entsprechenden Vorjahresniveau; die Differenz zwischen Kapitalmarktzins und den Zinsen für Termineinlagen und Geldmarktanlagen hat also beträchtlich zugenommen (Schaubild 32). Für Dreimonatsgeld etwa lag die Verzinsung im Oktober 1975 um rund fünf Prozentpunkte unter dem Zinssatz für langfristige Ausleihungen.

Daß die kurzfristigen Zinsen in einer Phase konjunktureller Abschwächung stärker zurückgehen als die Zinssätze für längerfristige Kredite, ist im Prinzip nichts Überraschendes. Konjunkturell bedingter Druck auf das Zinsniveau schlägt sich stets mit geringerer Intensität in den langfristigen Zinssätzen nieder, weil diese wesentlich stärker von den Erwartungen über Kapitalerträge bestimmt werden, die auf längere Sicht zu erzielen sind.

Gemessen an der Entwicklung der Zinsstruktur in vergleichbaren Konjunkturphasen ist freilich die Differenz zwischen lang- und kurzfristiger Verzinsung, die sich 1975 ergab, als groß zu bezeichnen. Sie ist Ausdruck dessen, daß die Anleger, durch Inflationserfahrungen unsicher geworden, mit ihren verfügbaren Mitteln in bisher nicht bekanntem Ausmaß in kurzfristige Anlagen drängen.

Schaubild 32



1) Ab 1.4.1967 (Aufhebung der Zinsbindung) Ergebnisse der Zinserhebungen bei rund 500 ausgewählten Kreditinstituten bzw. Filialen von Kreditinstituten. Die dargestellten Zinssätze sind Durchschnitte aus Zinsgrößenklassen, zusammengewogen mit der prozentualen Verteilung nach der Häufigkeit der gemeldeten Zinssätze. Ab Mai 1975 Durchschnittssätze als ungewogenes arithmetisches Mittel aus den innerhalb der Streubreite liegenden Zinsmeldungen. Die Streubreite wird ermittelt, indem jeweils 5 vH der Meldungen mit den höchsten und den niedrigsten Zinssätzen ausgesondert werden. – 2) Kontokorrentkredite unter 1 Mio DM. Vor 1.4.1967: Kosten für Gelddarlehen im Rahmen des Kreditvertrages. – 3) Festgelder unter 1 Mio DM mit vereinbarter Laufzeit von 3 Monaten. Vor 1.4.1967: Festgelder mit vereinbarter Laufzeit von 90 bis 179 Tagen (ab 1.7.1966 Festgelder unter 1 Mio DM).

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 750755

191. Bei intensiverem Wettbewerb im Bankensystem wären vermutlich auch die Sollzinsen, die Kreditinstitute ihren Schuldnern berechnen, schneller zurückgegangen. Das gilt besonders für die Verzinsung der (kurzfristigen) Kontokorrentkredite. Obgleich die Zinssätze, zu denen Zentralbankgeld unter Banken gehandelt wird, seit Oktober 1974 kräftig gesunken sind, gaben die Kreditinstitute den Rückgang der Kosten der Geldbeschaffung nur zögernd an ihre Kreditkunden weiter. Statt dessen hielten sie ihre Zinsspanne während des ersten Halbjahres hoch und verschafften sich so einen Ausgleich für die schlechten Geschäftsergebnisse in den Jahren zuvor. Erst vom Spätsommer an warben die Kreditinstitute vermehrt mit günstigeren Konditionen um den privaten Kreditkunden, wobei sie die Kreditzinsen zu Lasten ihrer großen Zinsspanne zurücknahmen. Sie sahen sich hierzu veranlaßt, weil die Struktur der Bankaktiva eine einseitige Ausweitung der langfristigen Kredite an öffentliche Haushalte nicht mehr angezeigt erscheinen ließ und weil die Verschuldung der Banken bei der Notenbank bereits auf einen Rest von weniger als 5 Mrd DM abgebaut war; es war also eine Situation

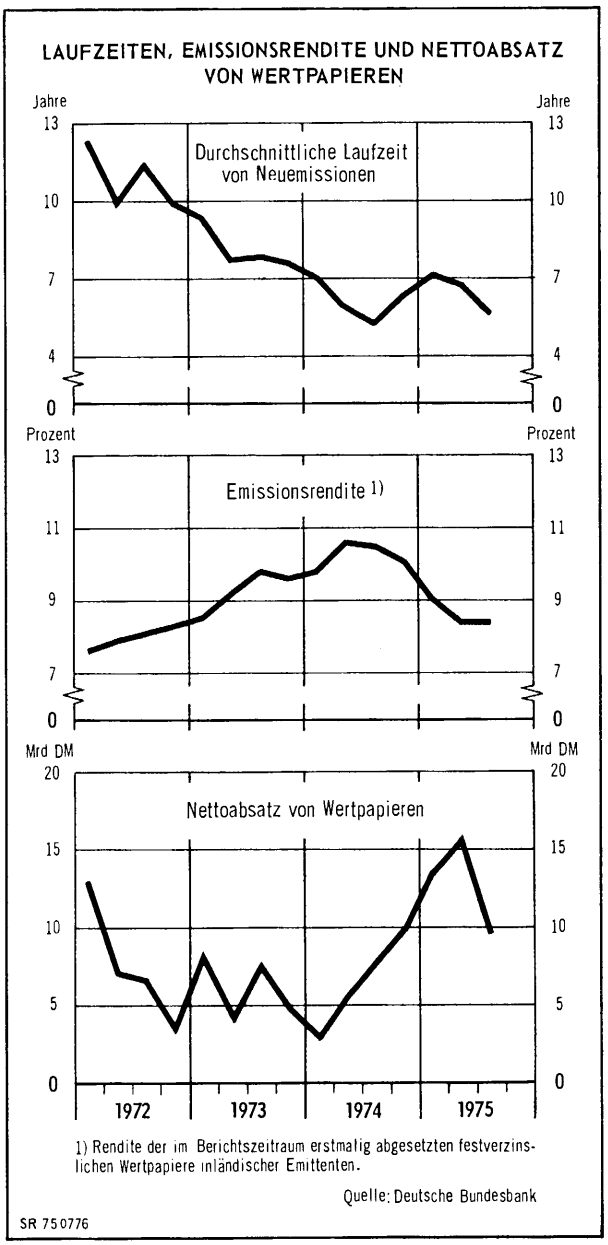
nahe, in der die Alternative nur noch in der Anhäufung unverzinslicher Überschußreserven bei der Bundesbank bestanden hätte.

192. Eine Sonderentwicklung zeigte sich auch, wie erwähnt, bei den Zinsen für Spareinlagen. Wie in den früheren Jahren reagierte der Spareckzins nur wenig auf die veränderte Lage an den Geldmärkten. Vom Herbst vergangenen Jahres bis zum Frühjahr 1975 wurde er im Durchschnitt nur um einen halben Prozentpunkt zurückgenommen. Dies liegt wohl in erster Linie an der dominierenden Rolle der Sparkassen in diesem Bereich. Da im Aktivgeschäft dieser Institute dem Hypothekarkredit große Bedeutung zukommt, ergibt sich ein Druck auf die Sparzinsen in der Regel nur über Senkungen des langfristigen Zinssatzes, der die Institute zur Zurücknahme der Hypothekenzinsen und dann auch der Sparzinsen zwingt.

Denkbar ist allerdings auch der umgekehrte Weg. Hätte man die Sparkassen gedrängt — etwa von seiten der Bundesbank —, die Zinsen für Spareinlagen stärker zu senken, so wäre der Graben zwischen Sparzinsen und Kapitalmarktzinsen größer geworden, und dies hätte mehr Mittel auf den Kapitalmarkt lenken können. Angesichts der Entwicklung bei den übrigen Zinsen für kurzfristige Einlagen hätte sich ein solches Drängen keineswegs gegen die Marktkräfte gerichtet, im Gegenteil. Man hätte auch die Möglichkeit nicht zu scheuen brauchen, daß der eine oder andere unzufriedene Sparer, statt auf den Kapitalmarkt auszuweichen, sein Geld ausgegeben hätte.

193. Seit Jahren nimmt die Bereitschaft ab, Geld zu einem festen Zins langfristig auszuleihen (Schaubild 33). Wenn auch der Staat im ersten Halbjahr 1975, begünstigt durch die erwarteten Zinssenkungen, zeitweise wieder Titel mit einer Laufzeit von immerhin acht Jahren absetzen konnte, so kennzeichnet dies dennoch keine Tendenzwende. Im Herbst hatten die öffentlichen Haushalte Mühe, Kreditzusagen auf fünf Jahre zu bekommen. Die Banken vereinbaren mit ihren Kreditkunden vermehrt Zinsanpassungsklauseln. Langfristiges Kapital gibt es nur zu Konditionen, die bei Preissteigerungen, wie sie derzeit auf mittlere Sicht als realistisch erscheinen, eine ungewöhnlich hohe Realverzinsung beinhalten. Die Entwicklung an den Kapitalmärkten seit Herbst 1974 begründet immerhin die Hoffnung, daß sich die Abnahme der Kreditlaufzeiten, wie sie in den letzten Jahren mit steigendem Geldwertschwund einherging, nicht weiter fortsetzt.

Schaubild 33



Versiegende Kapitalmärkte

194. An der Ergiebigkeit der Kapitalmärkte schienen im ersten Halbjahr 1975 selbst in Anbetracht der hohen Kreditwünsche des Staates kaum Zweifel angezeigt. Bis zur Jahresmitte betrug der Nettoabsatz inländischer Rentenwerte fast 30 Mrd DM, also mehr als im gesamten Jahr 1974. Gleichzeitig wurden D-Mark-Auslandsanleihen im Werte von fast 6 Mrd DM verkauft, allerdings nahezu vollständig an Ausländer.

Die anfangs hohe Aufnahmebereitschaft der Kapitalmärkte ist im Zusammenhang mit der schwachen Entwicklung der privaten Kreditnachfrage zu sehen. Vor allem bei den Banken war das Interesse an anderen Geldanlagen deshalb besonders groß. Sie erwarben im ersten Halbjahr mehr als die Hälfte der am Rentenmarkt angebotenen Titel.

Die öffentlichen Haushalte nutzten die günstige Marktsituation. Etwa drei Viertel des Nettoabsatzes von festverzinslichen Wertpapieren inländischer Schuldner dienten der Finanzierung des Kreditbedarfs öffentlicher Stellen (Tabelle 22).

Tabelle 22

Netto-Absatz festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten [1])

Mio DM Nominalwert

Zeitraum	Insgesamt	Industrie-obligationen [2])	Bankschuldverschreibungen [3])		Anleihen der öffentlichen Hand	Kapitalmarktbeanspruchung durch inländische öffentliche Stellen [4])	Nachrichtlich: Veränderung des Aktienumlaufs
			zusammen	darunter Kommunalobligationen			
1973	26 825	−542	23 003	4 563	4 364	8 927	2 824
1974	26 653	−370	20 990	9 267	6 033	15 300	3 609
1975							
Januar	5 737	+233	4 025	2 298	1 478	3 776	535
Februar	5 470	− 46	4 049	2 678	1 467	4 145	230
März	3 379	− 52	2 619	1 497	812	2 309	291
April	6 544	− 54	3 626	2 540	2 973	5 513	258
Mai	4 198	− 29	2 831	1 836	1 396	3 232	706
Juni	4 336	− 75	2 114	1 238	2 298	3 536	595
Juli	3 716	− 32	3 051	1 607	697	2 304	687
August	2 975	− 23	2 796	2 051	201	2 252	168
September	3 504	− 46	3 453	2 978	97	3 075	1 023

[1]) Bruttoabsatz abzüglich Tilgung. Negatives Vorzeichen bedeutet Überhang der Tilgung über den im Berichtszeitraum neu abgesetzten Betrag.
[2]) Einschließlich Wandelschuldverschreibungen industrieller Emittenten.
[3]) Ohne Bank-Namensschuldverschreibungen.
[4]) Kommunalobligationen + Anleihen der öffentlichen Hand.

Quelle: Deutsche Bundesbank

195. Um die Jahresmitte schlug das Klima am Rentenmarkt um. Es kam zu einem massiven Angebotsdruck, als die den Markt stimulierenden Zinssenkungserwartungen schwanden. Die Bundesbank sah sich gefordert, dem Angebotsdruck entgegenzutreten. Allein im Monat Juli nahm sie öffentliche Anleihen im Wert von fast 2 Mrd DM auf, um deren Kurs zu stützen. Weil sich der Staat eine Emissionspause auferlegte, und die Bundesbank in bis dahin nicht gekanntem Umfang Anleihen von Bund, Bahn und Post aus dem Markt nahm — bis Ende Oktober hat sie Papiere im Wert von rund 7,5 Mrd DM aufgekauft —, kam es nicht mehr zu starken Kursbewegungen. Einen Anstieg der Verzinsung der übrigen Anleihen konnten die Interventionen der Notenbank und die Zurückhaltung des Staates allerdings nicht verhindern; die Renditen der nicht gestützten Anleihen lagen im September und Oktober um 9 %. Die Angebotswelle lief zwar aus, ein funktionstüchtiger Kapitalmarkt konnte jedoch nicht wieder hergestellt werden.

196. Ende Oktober stellte die Bundesbank die Interventionen am Rentenmarkt ein. Die Abkehr von der vier Monate lang konsequent verfolgten Interventionspolitik war notwendig geworden, weil der im Rahmen der Geldmengensteuerung gegebene Spielraum für Käufe am offenen Markt von der Bundesbank nunmehr voll genutzt war. Wie zu erwarten war, sind die Renditen zuvor gestützter Papiere etwas gestiegen, während die Verzinsung der übrigen Titel teilweise leicht nach unten tendierte. Offensichtlich war der weit überwiegende Teil der zuvor mit dem Ziel baldiger Gewinnmitnahme gekauften Papiere inzwischen an die Bundesbank gegangen. Zu hektischen Verkäufen kam es daher nicht mehr. Die Probe darauf, ob die Kapitalmärkte nun auch wieder ergiebig sein werden, steht freilich noch aus.

197. Rückblickend hat sich die Politik des Staates und der Bundesbank, die auf langsam sinkende Kapitalmarktzinsen baute, um auf diesem Wege den öffentlichen Haushalten mehr langfristige Kreditaufnahme zu erlauben, nicht eindeutig als erfolgreich erwiesen. Die Erwartung steigender Wertpapierkurse sollte die Anlageneigung lebendig halten. Nach dem Anfangserfolg kam dann aber der Rückfluß eines Teils der zuvor verkauften Papiere an die Bundesbank. Die öffentlichen Haushalte haben daher möglicherweise per Saldo kaum mehr langfristige Kredite bei den Privaten aufnehmen können,

als sie im Falle einer Politik bekommen hätten, die einen schnelleren (nicht notwendigerweise einen stärkeren) Abbau der Zinsen begünstigt hätte. Wegen der Labilität der Inflationserwartungen, von denen die Zinsbewegungen stark mitbestimmt sind, ist dies allerdings keine sehr kräftige Hypothese.

198. Der Staat hat mit Rücksicht auf die Lage am Rentenmarkt seinen Kreditbedarf in den letzten Monaten vermehrt bei den Banken gedeckt (hauptsächlich in der Form von Schuldscheindarlehen). Anders als im ersten Halbjahr 1975 mußten sich die öffentlichen Haushalte mit kurz- und mittelfristigen Krediten zufriedengeben, wenn sie nicht mehr als 8 % Verzinsung zugestehen wollten. Selbst auf diesem Wege ist es nicht allen Gebietskörperschaften gelungen, mittelfristige Kreditvereinbarungen zu festen Zinsen abzuschließen. Am schlechtesten war dabei offenbar die Position der Gemeinden, die sich teilweise mit Zinsanpassungsklauseln abfinden mußten. Aber auch die Länder akzeptierten recht unterschiedliche Kreditkonditionen.

199. Die Finanzierung staatlicher Haushaltsdefizite durch langfristige Kredite vereinfacht zwar die staatliche Schuldenpolitik. Mehr läßt sich allerdings gegen eine kurzfristige Staatsverschuldung kaum anführen, wenn langfristiges Kapital vergleichsweise knapp ist und kurzfristige Mittel reichlich zur Verfügung stehen. Sicher wird es dem Bund keine ernsthaften Schwierigkeiten bereiten, auslaufende kurzfristige Kredite durch neue zu ersetzen; im wesentlichen dürfte das auch für die übrigen Gebietskörperschaften zutreffen. Daß die öffentlichen Haushalte sich an die Anlegerwünsche anpassen, ist also nicht besorgniserregend. Im Gegenteil, ein frühzeitiges, vorsorgliches Ausweichen auf mehr kurzfristige Kredite hätte im ganzen der Tendenz zu kürzeren Laufzeiten am Kapitalmarkt vermutlich sogar entgegengewirkt.

200. Die Kriese am Rentenmarkt hat die Position der Banken als Kreditvermittler gegenüber dem Staat gestärkt. Das wird vermutlich so bleiben, solange der Kapitalmarkt nicht ergiebiger geworden ist. Immerhin kann der Staat auch die Kreditaufnahme im Ausland ernsthafter erwägen. Seitens des Bundes wurde eingeräumt, daß eine Auslandsverschuldung in geringem Umfang, soweit sie nicht in Fremdwährung erfolge, grundsätzlich denkbar und nicht auszuschließen sei. Die Bereitschaft zur Direktverschuldung im Ausland gibt den öffentlichen Haushalten zumindest die Verhandlungsposition, die jeder Großkreditnehmer besitzt, der auf die Konditionen am Euro-Markt verweisen kann.

Darüber hinaus könnte eine vermehrte öffentliche Kreditaufnahme im Ausland auch zu einer Entspannung an den Märkten für längerfristige Kredite beitragen, nämlich dann, wenn die Bereitschaft ausländischer Geldbesitzer zu längerfristigen Bindungen größer ist als im Inland, was zuweilen der Fall sein mag. Unter solchen Bedingungen wird damit im Zweifel keine Erhöhung der Nettoverschuldung des Inlandes gegenüber dem Ausland verbunden sein. Der vermehrten längerfristigen Auslandsverschuldung des Staates, der Aufnahme eines langfristigen Kredits bei ausländischen Banken zum Beispiel, werden letztlich erhöhte kurzfristige Kredite von Inländern an Ausländer gegenüberstehen, beispielsweise kurzfristige Geldanlagen deutscher Banken bei ausländischen Kreditinstituten. Bei flexiblen Wechselkursen ist im Prinzip sichergestellt, daß beide Vorgänge miteinander korrespondieren.

Dies war auch im ersten Halbjahr 1975 so, als deutsche Unternehmen Kredite bei ausländischen Banken aufnahmen, weil die Konditionen für sie dort günstiger waren als bei inländischen Kreditinstituten, zugleich aber deutsche Banken einen Teil ihrer reichlich vorhandenen kurzfristigen Mittel bei ausländischen Banken anlegten.

201. Ein gutes Spiegelbild der Erwartungen hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung ebensowohl wie der Bedingungen an den monetären Märkten bot 1975 der Aktienmarkt. Nachdem sich bis zum Frühjahr eine kräftige Kurssteigerung mit entsprechender Renditenminderung an den Rentenmärkten vollzogen hatte und Dividendenwerte nun relativ attraktiv geworden waren, und nachdem die vorübergehende Besserung im Bestelleingang der Industrie einen baldigen konjunkturellen Aufschwung voranzukündigen schien, kam es zur ersten Aktienhausse dieses Jahres. Die Kurse hatten im April bereits ein Niveau erreicht, das rund 30 vH über ihrem Tiefstand im Oktober 1974 lag. Im Frühsommer, als die Hoffnung auf eine rasche Konjunkturbelebung geschwunden schien, eskomptierte die Börse dies in den Aktienkursen; das Kursniveau sank wieder. Erst im Frühherbst gab es erneut eine Wende nach oben. Jetzt traf die Erwartung, daß bei Rentenwerten keine Kursgewinne mehr zu erzielen sein würden, mit der allmählich sichtbar werdenden Konsolidierung der Konjunkturlage zusammen. Mitte November übertraf das Kursniveau den Tiefstand des Vorjahres um mehr als 30 vH. Zumindest hier hat das Umsteigen von Finanzaktiva auf Sachaktiva schon eingesetzt. Der Aktienumlauf stieg auf diese Weise vom Anfang des Jahres bis September um fast 4½ Mrd DM; damit hat er bereits in den ersten neun Monaten um mehr zugenommen als in jedem der letzten zehn Jahre.

Zur Instrumentierung der Mengensteuerung

202. Im ganzen braucht die Bundesbank mit den Ergebnissen ihrer Politik im dritten Jahr der konsequenten Steuerung der Zentralbankgeldmenge, dem ersten im Zeichen einer selbstgesetzten quantitativen Leitlinie, nicht unzufrieden zu sein. Der Mengensteuerung gelang es, ihr aus mittelfristiger Orientierung gewonnenes Ziel zu erreichen. Der wichtigste Beitrag der Geldpolitik dazu, daß sich die konjunkturellen Auftriebskräfte wieder beleben, wurde damit geleistet.

203. In das Jahr 1975 fällt auch der erste große Schritt der Bundesbank zur Offenmarktpolitik mit langfristigen Titeln. Allerdings wurde er etwas am Rande der Geldmengensteuerung getan, da er vornehmlich darauf abzielte, die Zinsentwicklung am Kapitalmarkt zu beeinflussen. Immerhin: Das Ziel

der Mengensteuerung blieb dominant, als der Expansionsspielraum voll genutzt war. Dies halten wir für wichtig.

Die Zinsen sind nicht nur von — angebotenen und nachgefragten — Mengen abhängig, sondern auch, vor allem kurzfristig, von Erwartungen, nicht zuletzt von Inflationserwartungen. Insoweit sind durchaus unterschiedliche Zinsniveaus mit ein und derselben Mengensteuerung eine Zeitlang vereinbar. Daher ist es legitim und kein Verstoß gegen das Konzept der Mengensteuerung, wenn die Bundesbank versucht, soweit ihr möglich, die Zinserwartungen in der Richtung zu beeinflussen, die zu der auf längere Sicht geplanten Geldpolitik passen.

Bei labilen Inflationserwartungen und daher vorherrschender Neigung zu Zinserhöhungserwartungen ist das indes alles andere als einfach, wie das Jahr 1975 gezeigt hat. Der Zins blieb höher als erwünscht, und höher als der Kurs der Geldpolitik, wird dieser durchgehalten, auf Dauer erwarten läßt. Die Interventionen am Kapitalmarkt haben aber wohl bewirkt, daß der langfristige Zins nach der Verunsicherung im Sommer nicht erst einmal sprunghaft nach oben ging.

204. Weniger konsequent wendet die Bundesbank die Prinzipien der Mengensteuerung am sogenannten „kurzen Ende" an. Hier ist sie bei ihrer alten Strategie geblieben: vorsichtige Diskontsenkung plus Änderung der Bankenliquidität als Mittel, die Nachfrage nach Zentralbankgeld anzuregen. Dies hat zwar den Vorteil, daß man beim Diskontsatz Rücksicht nehmen kann auf Probleme der internationalen Abstimmung in der Geldpolitik, aber auch zwei gravierende Nachteile. Zum einen eignet sich diese Strategie nicht besonders gut zur Feinsteuerung der monetären Expansion (Ziffer 180). Zum anderen entstehen dabei so hohe freie Liquiditätsreserven der Banken, daß man diese entweder bedrohlich nennen muß, weil sie den in naher Zukunft zulässigen Spielraum für eine Expansion an der Geldbasis weit übertreffen, oder eine Selbsttäuschung der Banken, weil die Bundesbank gar nicht vorhaben kann, das Liquiditätsversprechen, das die Banken etwa in offenen Rediskontkontingenten sehen, auch tatsächlich voll einzulösen, jedenfalls was das Bankensystem im ganzen angeht.

Näher am Konzept der Mengensteuerung ist die Bundesbank, wenn sie die Diskontsatzpolitik flexibler nutzt, um die Nachfrage nach Zentralbankgeld auf der gewünschten Höhe zu halten, und damit die Refinanzierungspolitik gleichsam zu einem Teil der Offenmarktpolitik — hier also Offenmarktpolitik in Handelswechseln — weiter entwickelt. Auch die Anwendung einer quantitativen Angebotssteuerung ist vorstellbar, so etwa das Tenderverfahren, bei dem die Bundesbank dasjenige Volumen an Wechseln festsetzt und ausschreibt, das sie zu rediskontieren bereit ist; feste Rediskontkontingente als Mittel der Geldmarktregulierung gäbe es dann freilich nicht mehr. Praktische Schwierigkeiten mögen dafür sprechen, Zwischenformen zu prüfen. Es geht hier auch weniger um das Verfahren, als vielmehr um das Prinzip. Wichtig erscheint, daß die Offenmarktpolitik, einschließlich einer quantitativ orientierten Refinanzierungspolitik, als das Kernstück einer flexiblen mengenorientierten Geldpolitik erkannt wird. Die Mindestreservepolitik wäre dann in erster Linie auf die Ordnungsfunktionen verwiesen, die ihr zukommen (JG 74 Ziffer 384).

VIII. Finanzpolitik: Massive expansive Impulse

205. Die konjunkturpolitische Aufgabe der Finanzpolitik im Jahre 1975 war es, durch Stützung der Nachfrage auf breiter Front dem starken Beschäftigungseinbruch entgegenzuwirken. Sie wurde dadurch erleichtert, daß am 1. Januar 1975 die Steuer- und Kindergeldreform in Kraft trat, die das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte um 18 Mrd DM erhöhte. Für eine Expansion der öffentlichen Ausgaben über den in der Finanzplanung bereits vorgesehenen Rahmen hinaus war der Spielraum allerdings sehr eng: Das Haushaltsjahr 1974 hatte mit einem ungewohnt großen Defizit im öffentlichen Gesamthaushalt in Höhe von über 28 Mrd DM geschlossen, reform- und konjunkturbedingte Steuerausfälle ließen die Einnahmen stagnieren, und bei den Privaten breitete sich Sorge über die hohe Verschuldung des Staates aus.

Expansive Haushaltspläne und Sonderprogramme

206. Die Gebietskörperschaften hatten für das Jahr 1975 in ihren Haushaltsentwürfen Ausgaben in Höhe von 361 Mrd DM vorgesehen, 12,5 vH mehr als in den Haushaltsplänen des Vorjahres. Davon waren 11 Mrd DM als Mehrausgaben für das Kindergeld eingeplant; ohne diese übertrafen die Ausgabenpläne des Haushaltssolls des Jahres 1974 um 9 vH.

207. Eine Abstimmung zwischen den Gebietskörperschaften [1]) über eine den konjunkturpolitischen Erfordernissen angemessene Haushaltswirtschaft hat in einer konjunkturell bedeutsamen Phase nicht stattgefunden. Der Finanzplanungsrat, in dem Bund und Länder ihre Finanzpolitik koordinieren sollen, hatte im Juni 1974 eine Empfehlung für die Gestaltung der Haushalte 1975 vorabschiedet, nach der die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden, abgesehen von den durch die Kindergeldreform bedingten Mehrausgaben, insgesamt um weniger als 10 vH ansteigen sollten. Dabei ging er davon aus, daß es vor allem darauf ankäme, die Expansion der öffentlichen Ausgaben zu begrenzen; andernfalls müßte es angesichts der Steuer- und Kindergeldreform zu einer unerwünscht starken Nachfrageexpansion — verbunden mit der Gefahr zusätzlicher Preissteigerungen — und zu einer Überbeanspruchung der gegebenen Finanzierungsmöglichkeiten kommen. Trotz des Wandels in der konjunkturellen Lage hat der Finanzplanungsrat bis zum August 1975 keine neuen Empfehlungen verabschiedet; in einer Sitzung im Dezember 1974 konnte er sich nicht einigen, und vor August 1975 trat er nicht wieder zusammen (Tabelle 23).

[1]) Bund, Länder, Gemeinden, Öffa und Sonderrechnungen des Bundes.

Tabelle 23

Finanzpolitisch wichtige Ereignisse

Datum	
1974	
18. September	Die Bundesregierung bringt den Entwurf des Bundeshaushaltsplans 1975 im Bundestag ein und legt die mittelfristige Finanzplanung des Bundes bis 1978 vor. Für 1975 ist ein Ausgabenvolumen von 154 Mrd DM vorgesehen; gegenüber dem Haushalt von 1974 bedeutet das eine Zunahme um 12,9 vH; bereinigt um die Auswirkungen der Reform des Kindergeldes und der Einkommensteuer beträgt die Zuwachsrate 8,7 vH. Der Finanzplan sieht eine durchschnittliche jährliche Steigerung der Bundesausgaben um 8,9 vH bis 1978 vor.
24. September	Der Finanzplanungsrat berät das von der Bundesregierung geplante Sonderprogramm zur regionalen und lokalen Abstützung der Beschäftigung.
25. September	Die Bundesregierung beschließt ein Sonderprogramm zur regionalen und lokalen Abstützung der Beschäftigung mit einem Gesamtvolumen von 950 Mio DM. Es umfaßt — Baumaßnahmen in Höhe von 700 Mio DM, die gemeinsam von Bund und Ländern finanziert werden, in Orten und Gebieten mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit; — Investitionsmaßnahmen des Bundes in Höhe von 250 Mio DM.
12. November	Der Arbeitskreis „Steuerschätzung" veranschlagt die Steuereinnahmen 1975 auf 256,4 Mrd DM, das sind 7 vH mehr, als für 1974 erwartet werden.
10. Dezember	Der Finanzplanungsrat erörtert das von der Bundesregierung geplante Konjunkturprogramm, dessen Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte der nächsten Jahre sowie die Gestaltung und Finanzierung der Haushalte 1975.
12. Dezember	Die Bundesregierung beschließt ein „Programm zur Förderung von Beschäftigung und Wachstum bei Stabilität". Es enthält u. a. folgende Maßnahmen: — zusätzliche Investitionen des Bundes in Höhe von 1,13 Mrd DM; — Lohnkostenzuschüsse und Mobilitätszulagen in Höhe von 0,6 Mrd DM; — eine Investitionszulage von 7,5 vH für Ausrüstungsgüter, die zwischen dem 1. 12. 1974 und dem 30. 6. 1975 bestellt und die vor dem 1. 7. 1976 geliefert werden, und für Gebäude, für die die Baugenehmigung zwischen dem 1. 12 .1974 und dem 30. 6. 1975 beantragt und die vor dem 1. 7. 1977 fertiggestellt werden; — eine Verlängerung der Höchstdauer des Bezugs von Kurzarbeitergeld von 12 auf 24 Monate; — ein Vorziehen der im Bundeshaushalt 1975 geplanten Investitionen möglichst ins 1. Halbjahr 1975 sowie eine vollständige Freigabe von Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen; — eine Bereitstellung von 0,5 Mrd DM im ERP-Plan 1975 für kleinere und mittlere Unternehmen sowie Finanzierungshilfen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau von mindestens 1 Mrd DM.
1975	
1. Januar	Die Reform der Einkommen- und Lohnsteuer, des Familienlastenausgleichs und der Sparförderung tritt in Kraft.
30. Januar	Die Bundesregierung legt den Jahreswirtschaftsbericht vor. Er sieht in der Projektion für 1975 einen Anstieg des Staatsverbrauchs um 10½ vH bis 11½ vH vor.
12. März	Der Arbeitskreis „Steuerschätzung" veranschlagt die Steuereinnahmen für 1975 auf 253,3 Mrd DM. Das sind 3,1 Mrd DM weniger als nach Schätzung im November 1974.
19./21. März	Der Bundestag beschließt den Bundeshaushalt 1975: — Ausgaben 155,1 Mrd DM; — Nettokreditaufnahme 22,8 Mrd DM.

noch Tabelle 23

Datum	
1975	
5. Juli	Der wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzministerium legt ein Gutachten „Zur Lage und Entwicklung der Staatsfinanzen in der Bundesrepublik" vor.
11. Juli	Bund und Länder einigen sich für die Jahre 1975 und 1976 auf ein neues Beteiligungsverhältnis an der Umsatzsteuer zur Verteilung der finanziellen Lasten der Steuer- und Kindergeldreform: Bund: 1975 von 62 vH auf 68,25 vH 1976 von 62 vH auf 69 vH Länder: 1975 von 38 vH auf 31,75 vH 1976 von 38 vH auf 31 vH
21. August	Der Arbeitskreis „Steuerschätzung" veranschlagt die Steuereinnahmen für 1975 auf 238,3 Mrd DM. Das sind 0,6 vH weniger als im Vorjahr und 15 Mrd DM weniger als nach der Schätzung im März 1975.
25. August	Der Finanzplanungsrat berät das in Vorbereitung befindliche Programm der Bundesregierung zur Stützung der Bauwirtschaft.
27. August	Die Bundesregierung beschließt ein „Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen" mit einem Volumen von 5,75 Mrd DM. Davon entfallen auf die Programmteile: — bundeseigene Investitionen 1,2 Mrd DM; — kommunale Infrastruktur und Stadtsanierung 2,45 Mrd DM; — Wohnungsmodernisierung 0,7 Mrd DM; — Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen 0,3 Mrd DM; — Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 0,6 Mrd DM; — Darlehen zur Erleichterung der Finanzierung kommunaler Investitionen und Verstärkung der ERP-Umweltschutzprogramme in Höhe von 1 Mrd DM, davon sind 0,5 Mrd DM bereits im Programmteil kommunale Infrastruktur und Stadtsanierung enthalten 0,5 Mrd DM. Finanzierung: Bund 3,15 Mrd DM, Länder 1,35 Mrd DM, Gemeinden 0,25 Mrd DM, ERP-Mittel 1,0 Mrd DM.
27. August	Die Bundesregierung legt den Entwurf eines Nachtragshaushalts 1975 vor: — zusätzliche Ausgaben 6,31 Mrd DM; — zusätzlicher Kreditbedarf 15,15 Mrd DM.
28. August	Die Bundesregierung beschließt den Rahmen für den Haushaltsplan 1976 und die mittelfristige Finanzplanung bis 1979: — Für 1976 wird ein Haushaltsvolumen von 168,1 Mrd DM, 4,1 vH mehr als das Ausgabensoll 1975 angestrebt. — Bis 1979 soll das Haushaltsvolumen im Jahresdruchschnitt um etwa 5 vH expandieren.
8. September	Der Finanzplanungsrat berät über die Gestaltung der Haushalte 1976 und den Finanzplan bis 1979.
10. September	Die Bundesregierung beschließt eine Vorlage über Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen: Ausgabekürzungen gegenüber dem Finanzplan 1974 bis 1978 für die Jahre ab 1976 (1976: 5,1 Mrd DM, 1977: 6,6 Mrd DM und 1978: 11,4 Mrd DM); Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltsstruktur, insbesondere: — Einsparungen im öffentlichen Dienst (vor allem: Hinausschieben von vorgezogenen Altersgrenzen, Streichung der Regelbeförderung, Bereinigung bei den Ortszuschlägen, Festschreibungen der Ministerialzulage und entsprechender Zulagen); — stufenweiser Abbau des Aufwertungsausgleichs für die Landwirtschaft; — Änderungen des Arbeitsförderungsgesetzes (vor allem: Erhöhung des Beitragssatzes um einen Prozentpunkt, Einschränkungen im Bereich der beruflichen Ausbildung, Fortbildung und Umschulung, konkretere Fassung des Begriffs der Zumutbarkeit bei Vermittlungsangeboten an Arbeitslose);

noch Tabelle 23

Datum	
1975	
10. September	— Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes; — Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (vor allem: Erhöhung des Darlehensanteils) und des Graduiertenförderungsgesetzes (Vergabe der Mittel nur als Darlehen); — Senkung des Prämiensatzes bei den Sparprämien und den Wohnungsbauprämien um fünf Prozentpunkte; — Abbau von Steuervergünstigungen für Kreditinstitute; Steuererhöhungen zum 1. Januar 1977: — Umsatzsteuer: Anhebung des allgemeinen Steuersatzes von 11 vH auf 13 vH und des ermäßigten Steuersatzes von 5,5 vH auf 6,5 vH; — Tabaksteuer: Erhöhung der Tabaksteuer um 18 vH; — Branntweinsteuer: Erhöhung der Branntweinsteuer um 20 vH.

208. Die in den Haushaltsplänen für 1975 angelegten expansiven Impulse wurden im Dezember 1974 durch ein Sonderprogramm der Bundesregierung ergänzt. Zur Belebung der privaten Investitionsneigung und zur Milderung der Arbeitslosigkeit wurden eine bis zum 30. Juni 1975 befristete Investitionszulage in Höhe von 7,5 vH sowie zusätzliche öffentliche Investitionen, Lohnkostenzuschüsse und Mobilitätszulagen in Höhe von insgesamt 1,73 Mrd DM beschlossen. Darüber hinaus sollten die in den Haushalten 1975 vorgesehenen Investitionen soweit wie möglich in die erste Jahreshälfte vorgezogen werden.

Als die erhoffte Belebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ausblieb und die Anzahl der Arbeitslosen auch im Sommer nicht unter eine Million zurückging, wurde im August 1975 ein weiteres Konjunkturprogramm verabschiedet, das darauf gerichtet war, die Zunahme der Arbeitslosigkeit zu dämpfen, die sich für die Wintermonate insbesondere in der Bauwirtschaft abzeichnete. Für die Förderung der kommunalen Infrastruktur, für Stadtsanierung, Wohnungsmodernisierung, Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen, für bundeseigene Investitionen und für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurden insgesamt 5,75 Mrd DM bereitgestellt.

Kürzungen im Haushaltsvollzug

209. Daß die Gebietskörperschaften ihre Haushalte wie geplant vollziehen würden, war nicht sicher. Im vorigen Jahr hatten sie die Erfahrung machen müssen, daß die Steuereinnahmen, die zuvor meist über die Erwartungen hinausgegangen waren, auch hinter diesen zurückbleiben konnten. Waren früher Mehreinnahmen zu erhöhten Ausgaben genutzt worden, so hatten die Gebietskörperschaften 1974 die Mindereinnahmen zum Anlaß für Haushaltskürzungen genommen. Insgesamt hatten sie 1974 über 3 Mrd DM weniger ausgegeben als veranschlagt. Damals war dies konjunkturpolitisch noch nicht so bedenklich, da vielfach nur übersteigerte Planungsansätze zurückgenommen wurden. Für 1975 aber widersprachen Ausgabenkürzungen eindeutig den konjunkturpolitischen Erfordernissen.

Mit der Kürzung von Haushaltsansätzen wurde bereits vor Verabschiedung der Haushaltsentwürfe begonnen, zum Teil um dadurch Mittel für konjunkturbedingte zusätzliche Anforderungen an die Haushalte frei zu machen. Nach unserer Schätzung haben die Gebietskörperschaften 1975 insgesamt zwar 370 Mrd DM ausgegeben; von den in Haushaltsentwürfen vorgesehenen Ausgaben in Höhe von 361 Mrd DM sind aber nur 358 Mrd DM realisiert worden.

210. Im Haushaltsentwurf des Bundes waren für das Jahr 1975 Ausgaben in Höhe von 156,5 Mrd DM vorgesehen, einschließlich der gestundeten Zuschüsse an die Sozialversicherung von 2,5 Mrd DM. Bereits vor Verabschiedung des Bundeshaushalts mußten zusätzliche Anforderungen in den Haushaltsplan eingestellt werden, da infolge des tiefen Beschäftigungseinbruchs Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit wie Arbeitslosenunterstützung, Kurzarbeitergeld usw. so stark in Anspruch genommen wurden, daß deren Finanzierung nur durch Zuschüsse und Darlehen des Bundes möglich war. Hierfür wurden zunächst 3,2 Mrd DM in den Haushaltsplan aufgenommen (2,5 Mrd DM als Darlehen), gleichzeitig wurden Ausgabenansätze um 1,2 Mrd DM gekürzt, um 0,8 Mrd DM, die angesichts maßvoller Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst eingespart werden konnten, wurden gestrichen. Im Laufe des Jahres mußten die Zuschüsse an die Bundesan-

stalt für Arbeit um weitere 5,1 Mrd DM aufgestockt werden. Sie wurden mit einigen zusätzlichen Anforderungen für zu niedrig veranschlagte Zinsleistungen, für Kindergeld, Kapitalhilfe und Arbeitslosenhilfe im August 1975 in einen Nachtragshaushalt mit einem Ausgabenvolumen von 6,3 Mrd DM eingestellt. Insgesamt hat der Bund 1975 — einschließlich der Ausgaben der beiden Sonderprogramme vom September und Dezember 1974 [1]) mit rund 2 Mrd DM — 165½ Mrd DM ausgegeben; dies sind 23,6 vH mehr als im Vorjahr.

211. Die Bundesländer haben sich in der Haushaltsplanung und im Haushaltsvollzug sehr unterschiedlich verhalten. Im Widerstreit zwischen kurzfristig notwendiger Ausgabenexpansion und mittelfristig erforderlicher Konsolidierung setzten sie die Schwerpunkte unterschiedlich; für die Länder insgesamt lagen die Haushaltsansätze um 9 vH über den Ausgaben des Vorjahres. Im ersten Halbjahr haben die Länder mit einer Ausgabensteigerung von 12,9 vH diese Ansätze beträchtlich überschritten. Im Laufe des Jahres hielten sie sich indes, wohl auch angesichts der Steuerausfälle, mit den Ausgaben mehr und mehr zurück. Nach unseren Schätzungen betragen ihre Ausgaben 1975 insgesamt 147½ Mrd DM und entsprechen damit dem Umfang nach etwa den Haushaltsansätzen; Mehranforderungen im Verlauf des Jahres, die früher bei reichlich fließenden Steuereinnahmen zu einer Ausweitung des Haushaltsvolumens geführt hatten, wurden diesmal durch Kürzungen an anderer Stelle aufgefangen.

212. Die Gemeinden hatten in ihren Haushaltsansätzen für 1975 Ausgabensteigerungen gegenüber den tatsächlichen Ausgaben des Vorjahres von etwa 10 vH eingeplant. Als vom zweiten Vierteljahr 1975 an auch hier die Steuereinnahmen hinter den Erwartungen zurückblieben, sahen sich viele Gemeinden nicht in der Lage, manche waren wohl auch nicht bereit, die konjunkturbedingten Steuerausfälle durch eine erhöhte Kreditaufnahme wett zu machen. Statt dessen fingen sie an, Investitionen zurückzustellen. Insgesamt haben die Gemeinden 1975 nach unserer Schätzung 103 Mrd DM ausgegeben, das sind 9 vH mehr als im Vorjahr.

213. Der konjunkturpolitisch erwünschte überproportionale Anstieg der öffentlichen Investitionsausgaben ist ausgeblieben; der Anteil der Sachinvestitionen an den Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte ging 1975 sogar weiter zurück (Tabelle 24), und dies, obwohl in den beiden Sonderprogrammen von September und Dezember 1974 zusätzliche öffentliche Investitionen in Höhe von 2 Mrd DM vorgesehen waren. Die Investitionsausgaben von Bund und Ländern waren im ersten Halbjahr 1975 nur um 6,2 vH höher als im gleichen Vorjahreszeitraum; Einsparungen im Haushaltsvollzug gingen überwiegend zu ihren Lasten. Auch die Auftragsvergabe der öffentlichen Hand bis zum August deutet nicht darauf hin, daß sich bis zum Jahresende dieses Bild noch wesentlich ändern wird.

Dabei wurde die Chance für eine Ausweitung der Investitionsausgaben Anfang des Jahres 1975 durch die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst begünstigt, die sich diesmal mit 6 vH in einem wesentlich engeren Rahmen hielten als 1974. Darüber hinaus war der Staat zunehmend bemüht, die Expansion der Personalausgaben durch Stelleneinsparungen einzudämmen. Es wurden zum Teil recht drastische Maßnahmen ergriffen; einige Länder sperrten die Besetzung aller freien, freiwerdenden und neubewilligten Planstellen. So gelang es, den Anstieg der Personalausgaben 1975 (bereinigt um die buchmäßigen Auswirkungen der Kindergeldreform) auf 9,2 vH zu beschränken, gegenüber 15 vH im Durchschnitt der Jahre 1971 bis 1974.

Dem stand jedoch gegenüber, daß die Sozialleistungen und die Zinszahlungen 1975 außerordentlich stark anstiegen. Die Kindergeldreform und der unerwartet hohe Finanzierungsbedarf der Bundesanstalt für Arbeit ließen den Anteil der laufenden Übertragungen an den Gesamtausgaben 1975 auf 27,8 vH ansteigen gegenüber 23,9 vH im Vorjahr. Infolge der seit 1974 rasch zunehmenden Verschuldung des Staates schnellten auch die Zinsausgaben hoch. Hatten diese 1974 noch 3,9 vH der Gesamtausgaben beansprucht, so waren es 1975 bereits 4,6 vH.

Unerwartet hohe Steuerausfälle

214. Den Gebietskörperschaften flossen 1975 sehr viel weniger Steuereinnahmen zu, als sie erwartet hatten. Im Herbst 1974 rechneten sie noch mit Steuereinnahmen für 1975 von 256,4 Mrd DM, 7 vH mehr, als sie 1974 an Steuern eingenommen hatten. Angesichts der anhaltenden Abschwungstendenzen wurden diese Einnahmeerwartungen zwar noch vor Verabschiedung der Haushalte des Bundes und einiger Länder im März 1975 in der offiziellen Steuerschätzung nach unten korrigiert, allerdings nur um 3,1 Mrd DM; man ging weiterhin von einem Aufschwung im Verlauf des Jahres 1975 aus. Als dann in den nächsten Monaten die Steuereinnahmen nicht nur hinter den bereits gedämpften Erwartungen, sondern sogar hinter den Vorjahresergebnissen zurückblieben, begannen die Gebietskörperschaften, sich auf größere Steuerausfälle einzustellen. In der offiziellen Steuerschätzung vom August 1975 wurde das erwartete Aufkommen für 1975 auf 238,3 Mrd DM revidiert; das sind 0,6 vH weniger als 1974 und 18 Mrd DM weniger als noch zu Jahresbeginn erwartet. Wir schätzen die Steuereinnahmen 1975 auf 238,6 Mrd DM.

215. Die volkswirtschaftliche Steuerquote liegt mit 23 vH nur leicht über dem Stand von 1966, nachdem sie in den Jahren 1973 und 1974 sogar

[1]) Die Ausgaben der Sonderprogramme von September und Dezember 1974 werden fast ausschließlich im Jahr 1975 kassenwirksam und rechnungsmäßig erfaßt, die Steuermindereinnahmen aufgrund der Investitionszulage sogar erst in den folgenden Jahren. Die Ausgaben des Sondersprogramms von August 1975 werden — von geringen Ausnahmen abgesehen — erst im Jahre 1976 kassenwirksam und bleiben für 1975 somit unberücksichtigt.

Tabelle 24

Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte [1])

Art der Ausgaben bzw. Einnahmen	1973 [2])	1974 [2])	1975 [3])	1974 [2])	1975 [3])
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Eigenfinanzierte Ausgaben (ohne Schuldentilgung) [4]) [5])	281,7	318,4	370,0	+13,0	+16,2
Laufende Rechnung	218,5	245,7	291,0	+12,4	+18,4
davon:					
Personalausgaben	93,9	108,2	116,9	+15,2	+ 8,0 (9,2) [a])
Sachaufwand [6])	44,9	49,3	54,1	+ 9,8	+ 9,7
Laufende Übertragungen [5]) [7])	69,3	76,0	103,0	+ 9,7	+35,5
Zinszahlungen	10,4	12,3	17,0	+18,3	+38,2
Kapitalrechnung	64,3	70,8	78,0	+10,1	+10,2
davon:					
Sachinvestitionen	41,1	45,9	48,4	+11,7	+ 5,4
Vermögensübertragungen	13,7	16,7	18,0	+21,9	+ 7,8
Gewährung von Darlehen, Beteiligungen	9,5	8,2	11,6	−13,7	+41,4
Saldo im Verrechnungsverkehr [8])	− 1,1	+ 1,9	+ 1,0	.	.
Eigene Einnahmen (ohne Kreditmarkt- und Rücklagemittel) [4])	270,6	289,6	292,1	+ 7,0	+ 0,9
Laufende Rechnung	264,1	279,8	281,9	+ 5,9	+ 0,8
darunter: Steuern [9])	224,8	239,7	238,6	+ 6,6	− 0,5
Kapitalrechnung	6,5	9,8	10,2	+50,8	+ 4,1
Saldo der durchlaufenden Mittel	+ 0,2	+ 0,1	.	.	.
Nettofinanzierungssaldo	−11,0	−28,7	−77,9	.	.

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Öffa, Europäische Gemeinschaften, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände.
[2]) Schätzung nach Teilergebnissen.
[3]) Eigene Schätzung.
[4]) Gesamtausgaben bzw. Gesamteinnahmen nach Abzug der Zahlungen von Gebietskörperschaften (Zuweisungen, Darlehen, Darlehensrückflüsse).
[5]) Einschließlich gestundeter Zuschüsse an die Sozialversicherung (1973: 2,5 Mrd DM, 1974: 0,7 Mrd DM, 1975: 2,5 Mrd DM).
[6]) Einschließlich militärischer Beschaffungen und Anlagen.
[7]) Einnahmen aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft abgesetzt.
[8]) Saldo noch nicht verrechneter Zuweisungen und Übertragungen zwischen den Ebenen der Gebietskörperschaften.
[9]) Ohne Konjunkturzuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer, Stabilitätszuschlag und Investitionsteuer.
[a]) Bereinigt um die buchmäßigen Auswirkungen der Kindergeldreform.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

24 vH überschritten hatte. Ihr Rückgang ist nur zu einem geringen Teil konjunkturbedingt; in erster Linie ist er auf Steuerrechtsänderungen zurückzuführen. Durch den Wegfall der Ergänzungsabgabe auf die Lohn- und Einkommensteuer sind gegenüber dem Vorjahr Einnahmen von 1,7 Mrd DM ausgefallen, darüber hinaus brachte die Reform der Einkommensteuer 1975 neben Entlastungen zwar auch zusätzliche Belastungen der Steuerzahler, im ganzen aber Steuermindereinnahmen, die mit 7 Mrd DM zu veranschlagen sind; durch die Erhöhung des Freibetrages bei der Gewerbesteuer verringerte sich das Steueraufkommen um 0,8 Mrd DM, und die Neuregelung der betrieblichen Altersversorgung, die den Unternehmen zusätzliche Lasten auferlegte, ihnen aber gleichzeitig die Bildung höherer Pensionsrückstellungen als bisher zugestand, führte zu Mindereinnahmen bei der Körperschaftsteuer von 0,9 Mrd DM. Insgesamt kann mit diesen Steuerrechtsänderungen ein Rückgang der volkswirtschaftlichen Steuerquote um fast einen Prozentpunkt erklärt werden.

216. Die Steuerausfälle gegenüber den Schätzungen zu Anfang des Jahres 1975 trafen alle wichtigen Einzelsteuern. Im März hatte man für das Jahr 1975 noch Lohnsteuereinnahmen in Höhe von 79,5 Mrd DM erwartet, tatsächlich dürften aber nur 70,2 Mrd DM aufkommen, 2,5 vH weniger als im Vorjahr (Tabelle 25). Die großen Ausfälle lassen sich

Tabelle 25

Das Aufkommen der wichtigsten Einzelsteuern [1])

Steuerart	1973	1974	1975 [2])	1974	1975 [2])	1974	1975	
	Mrd DM			Veränderung in vH [3])		Mrd DM		Veränderung in vH [3])
	Jahr					Januar bis September		
Gesamtsteueraufkommen	224,8[a][b])	239,7 [b])	238,6	+ 6,6	−0,5	.	.	.
Lohnsteuer	61,3	72,0	70,2	+17,5	−2,5	49,2	48,6	−1,2
Veranlagte Einkommensteuer	26,5	26,8	27,1	+ 1,3	+1,1	19,4	19,7	+1,6
Körperschaftsteuer	10,9	10,4	9,6	− 4,4	−7,7	7,5	7,1	−4,5
Steuern vom Umsatz	49,5	51,2	53,5	+ 3,4	+4,5	38,0	39,5	+3,9
Mineralölsteuer	16,6	16,1	17,0	− 3,2	+5,9	10,6	11,5	+7,8
						Januar bis Juni		
Gewerbesteuer [4])	17,8	18,8	18,1	+ 5,6	−3,7	8,9	8,8	−1,9

[1]) Kassenmäßige Einnahmen.
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.
[4]) Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital.
a) Ohne Konjunkturzuschlag (1973: —0,1 Mrd DM).
b) Ohne Stabilitätszuschlag und Investitionsteuer (1973: 1,9 Mrd DM; 1974: 2,6 Mrd DM).

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

nicht allein durch die unerwartet hohe Anzahl von Arbeitslosen und Kurzarbeitern sowie den Abbau von Überstunden erklären. Auch die Auswirkungen der Steuerreform sind erheblich unterschätzt worden; nicht 2,3 Mrd DM, wie zunächst erwartet, sondern 7 Mrd DM müssen für 1975 als reformbedingte Steuerausfälle angesetzt werden [1]).

Bei der Einkommensteuer und bei der Körperschaftsteuer haben die Steuerpflichtigen auch 1975 nicht gezögert, ihre Vorauszahlungen angesichts der schlechten Gewinnentwicklung nach unten anpassen zu lassen; auch die höheren Pensionsrückstellungen konnten sie dabei geltend machen. Während im März noch mit Zuwachsraten bei der Einkommensteuer von 3,8 vH und bei der Körperschaftsteuer von 5,7 vH gerechnet wurde, wird nach unserer Schätzung das Aufkommen der Einkommensteuer nur um 1,1 vH steigen, das der Körperschaftsteuer um 7,7 vH hinter den Vorjahresergebnissen zurückbleiben.

[1]) Hiervon ist ein Teil darauf zurückzuführen, daß durch die Steuerreform weniger an Lohnsteuer überzahlt wird; nach offiziellen Schätzungen 3 Mrd DM. Im Jahre 1974 waren über 7 Mrd DM an Lohnsteuer zuviel gezahlt worden, die erst 1975 im Lohnsteuerjahresausgleich erstattet wurden. Im Jahre 1975 haben dagegen die Lohnsteuerpflichtigen weniger Lohnsteuer überzahlt, da mit der Steuerreform erhöhte Pauschbeträge für abzugsfähige Vorsorgeaufwendungen in die Lohnsteuertabellen eingearbeitet wurden.

Wegen der geringen Nachfrage stiegen auch die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz nur schwach an. Nach unseren Schätzungen belaufen sie sich im Jahr 1975 auf 53,5 Mrd DM, das sind nur 4,5 vH mehr als im Vorjahr. Damit ist auch 1975 das Umsatzsteueraufkommen langsamer gestiegen als das Bruttosozialprodukt, obwohl der Anteil des privaten Verbrauchs an der Gesamtnachfrage stark zugenommen hat und man von daher eine überproportionale Zunahme der Umsatzsteuer hätte erwarten dürfen. Dies mag daran liegen, daß sich die Verwendung des Sozialprodukts weiter auf solche Güter verlagert, die dem ermäßigten Steuersatz oder gar nicht der Umsatzsteuer unterliegen, wie beispielsweise Leistungen des Gesundheitswesens; möglicherweise haben aber auch die Steuerrückstände bei der Umsatzsteuer 1975 weiter kräftig zugenommen, weil sich eine große Anzahl von Unternehmen in Zahlungsschwierigkeiten befand.

217. Die Steuerausfälle trafen die Gebietskörperschaften aller Ebenen; der Bund und die Länder hatten sogar geringere Steuereinnahmen als im Vorjahr. Langwieriger Verhandlungen bedurfte es, bis sich Bund und Länder auf eine Änderung des Beteiligungsverhältnisses an der Umsatzsteuer einigten, durch die die finanziellen Lasten der Steuer- und Kindergeldreform gleichmäßiger auf Bund und Länder verteilt wurden. Der Anteil des Bundes an der Umsatzsteuer wurde für 1975 (1976) auf 68,25 vH

(69 vH) festgelegt, der der Länder auf 31,75 vH (31 vH). Dies bringt dem Bund 1975 (1976) zusätzliche Steuereinnahmen in Höhe von 3,3 (4,1) Mrd DM; das ist jedoch weniger als die Hälfte der Mehrausgaben, die ihm durch die Kindergeldreform erwachsen sind.

218. Obwohl das Defizit der Gebietskörperschaften im Jahre 1975 mit 77,9 Mrd DM erheblich höher ausfiel als erwartet, verlief die Finanzierung der Haushaltsfehlbeträge, anders als noch zur Jahreswende befürchtet, zunächst ohne Schwierigkeiten. Zwar mußte der Staat wegen der Steuerausfälle zusätzliche Kredite aufnehmen; gleichzeitig beanspruchten die Privaten wegen ihrer geringen Ausgabeneigung aber weniger Finanzierungsmittel, so daß der Finanzierungsspielraum für den Staat groß war. Die Ergiebigkeit des Kapitalmarktes ermöglichte es den Gebietskörperschaften im ersten Halbjahr 1975, ihren Kreditbedarf bei anhaltender Tendenz zur Zinssenkung überwiegend langfristig zu decken. Im Sommer kehrte sich die Zinssenkungstendenz um, und der Staat mußte auf kürzerfristige Kredite ausweichen (Ziffer 198). So entfiel zum Beispiel von der Nettoverschuldung des Bundes in den ersten sechs Monaten 40 vH auf eine Zunahme der Geldmarktpapiere und Bankkredite, im dritten Vierteljahr dagegen waren es über 90 vH.

219. Zur Deckung des Finanzierungsdefizits griffen Bund und Länder 1975 auch auf ihre Sondereinlagen bei der Bundesbank zurück. Die stillgelegten Einnahmen aus dem Stabilitätszuschlag, der Investitionsteuer sowie der Stabilitätsanleihe von zusammen knapp 7 Mrd DM wurden bereits am Jahresanfang freigegeben. Um die monetäre Expansion im Rahmen des geldpolitischen Mengenziels der Bundesbank nicht zu gefährden, wurde der Abruf der Sondereinlagen zeitlich mit der Bundesbank abgestimmt. Diese Mittel konnten in den Geldkreislauf eingeschleust werden, ohne daß die angestrebte monetäre Expansion überschritten wurde. Im August wurde auch der letzte Teil der Sondereinlagen, die Konjunkturausgleichsrücklage, zur Finanzierung des neuen Konjunkturprogramms freigegeben. Anfang November betrugen die nicht abgerufenen Sondereinlagen 4 Mrd DM.

Am 31. Dezember 1974 hatten die Sondereinlagen des Bundes 7,2 Mrd DM, die der Länder 3,6 Mrd DM betragen. Sie setzten sich zusammen aus den Konjunkturausgleichsrücklagen der Jahre 1969 bis 1971 in Höhe von 3,9 Mrd DM, den Einnahmen aus dem Stabilitätszuschlag (3,5 Mrd DM), aus der Investitionsteuer (0,9 Mrd DM) und aus der Stabilitätsanleihe (2,5 Mrd DM). Von den zuletzt noch bestehenden Sondereinlagen entfielen auf die Konjunkturausgleichsrücklagen 3,2 Mrd DM, auf noch nicht abgerufene Mittel aus dem Stabilitätszuschlag und der Investitionsteuer des Bundes 0,8 Mrd DM.

Konjunkturelle Impulse nicht voll wirksam

220. Will man den konjunkturellen Impuls erfassen, der 1975 von den öffentlichen Haushalten ausging, so darf man nicht einfach das Finanzierungsdefizit von fast 78 Mrd DM zum Maßstab nehmen (Tabelle 26).

Der starke konjunkturelle Abschwung hat zu beträchtlichen Mindereinnahmen geführt (rund 23 Mrd DM). Selbst wenn man berücksichtigt, daß die Preissteigerungen über die als unvermeidlich angesehene Rate hinausgingen, wodurch dem Staat inflationsbedingte Mehreinnahmen zuflossen (knapp 7 Mrd DM), bleibt für 1975 ein konjunktureller Einnahmeausfall von rund 16 Mrd DM. Diesem Teil des Defizits werden keine expansiven Impulse zugerechnet, denn er ist nicht das Ergebnis finanzpolitischen Handelns, sondern Reflex der geringen Ausgabeneigung der Privaten (JG 74 Ziffer 413). Schon ein konjunkturneutrales Verhalten des Staates erfordert, daß diese Einnahmeausfälle durch Kreditaufnahme ersetzt werden, weil andernfalls eine prozyklische Kürzung der Ausgaben unvermeidlich wäre. Darüber hinaus ist davon auszugehen, daß der Staat auch unabhängig von der konjunkturellen Lage einen Teil seiner Ausgaben durch Kredite finanziert. Dabei folgen wir der Vorstellung, daß ein mittelfristig konstanter Anteil des Produktionspotentials durch kreditfinanzierte Staatsausgaben konjunkturneutral in Anspruch genommen werden kann. Ausgehend von dem Jahr 1966 als Basis, sind nach dieser Vorstellung im Jahr 1975 weitere 16½ Mrd DM des Defizits konjunkturneutral zu nennen. Im ganzen beläuft sich die konjunkturneutrale Komponente des Finanzierungssaldos (einschließlich der Änderungen im Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen von rund 1½ Mrd DM) für 1975 auf rund 34 Mrd DM. Als Ergebnis dieser Rechnung bleibt als konjunkturbedeutsame Komponente des Finanzierungssaldos, das heißt als Ausdruck für den konjunkturellen Impuls der öffentlichen Haushalte, ein Betrag von knapp 44 Mrd DM.

221. Hinter dieser Rechnung steht die Überlegung, daß der Staat konjunkturelle Impulse nur insoweit auslöst, als er mit seinem tatsächlichen Haushaltsvolumen von einem konjunkturneutralen Haushaltsvolumen abweicht. Konjunkturneutral ist ein Haushaltsvolumen, wenn es — für sich genommen — keine Abweichungen der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials von dem bewirkt, was mittelfristig als normal anzusehen ist. Dies ist dann der Fall, wenn der Staat das Produktionspotential mit einem Anteil in Anspruch nimmt, an den die Wirtschaft angepaßt ist. Abweichungen hiervon sind nur dann konjunkturneutral, wenn der Staat durch steuerliche Einnahmeregelungen die Privaten veranlaßt, ihre Ansprüche an das Produktionspotential entsprechend zu ändern (JG 74 Ziffern 400 ff.). Wiederum mit dem Jahr 1966 als Basis gerechnet, hätte der Staat bei unveränderter Steuerquote rund 326 Mrd DM konjunkturneutral beanspruchen können. Von der Einnahmeseite ist kaum etwas zu berücksichtigen, da die Steuerquote nur geringfügig von der des Basisjahres abweicht. Das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen beträgt nach unserer Rechnung also rund 326 Mrd DM. Tatsächlich beliefen sich die Ausgaben jedoch auf 370 Mrd DM. Nach dem Konzept des konjunktur-

Tabelle 26

Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte

Mrd DM

	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Finanzierungssaldos										
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme [1]	−7,4	− 7,8	−8,2	−8,7	−9,6	−10,8	−12,2	−13,6	−15,1	−16,5
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. -mindereinnahmen [2]	−1,1	− 5,4	−1,1	+3,2	+3,8	+ 1,2	− 1,3	− 0,1	− 7,5	−23,2
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen [3]	.	− 1,0	−0,5	+1,4	+5,3	+ 7,2	+ 5,3	+ 3,5	+ 3,8	+ 6,9
(d) Änderungen im Deckungsbeitrag der „Sonstigen Einnahmen" [4]	.	+ 0,6	+1,9	+2,2	+2,1	+ 2,9	+ 1,4	+ 0,6	− 0,2	− 1,4
I. (a) bis (d) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo [5] (= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)	−8,5	−13,6	−7,9	−1,7	+1,5	+ 0,5	− 6,8	− 9,2	−18,9	−34,2
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo [6]	−8,5	−13,7	−7,8	+2,5	−8,3	**−15,6**	−14,6	−11,0	−28,7	−77,9
I. ⁄. II. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte (expansiv: +; kontraktiv: −)	.	+ 0,1	−0,1	−4,2	+9,8	+16,1	+ 7,8	+ 1,8	+ 9,8	+43,7

[1] Errechnet aus dem Finanzierungssaldo des Basisjahres, abzüglich auslastungsbedingter Steuermindereinnahmen 1966, und mit dem Anstieg des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen fortgeschrieben. Die Größe (a) stellt eine Zusammenfassung der in Tabelle 23 des JG 73 ausgewiesenen konjunkturneutralen längerfristigen Kreditaufnahme und der Änderungen im Deckungsbeitrag dieser Komponente dar. Methodische Erläuterungen siehe Anhang V.

[2] Errechnet als der Teil der (konjunkturneutralen) Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der — bei einer gegenüber dem Basisjahr 1966 unveränderten volkswirtschaftlichen Steuerquote — einer Abweichung der jeweiligen Auslastung des Produktionspotentials vom mittleren Auslastungsgrad (97,25 vH) zuzurechnen ist. Nicht enthalten sind Mehr- oder Mindereinnahmen aufgrund einer auslastungsbedingten Veränderung der Steuerquote.

[3] Errechnet als der Teil der (konjunkturneutralen) Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der — bei einer gegenüber dem Basisjahr 1966 unveränderten volkswirtschaftlichen Steuerquote — einem Anstieg des Preisniveaus zuzurechnen ist, insoweit dieser über die „konjunkturneutrale" Steigerungsrate hinausgeht (bzw. hinter ihr zurückbleibt). Nicht enthalten sind Mehreinnahmen aufgrund einer inflationsbedingten Erhöhung der Steuerquote.

[4] Errechnet als Abweichung der tatsächlichen „Sonstigen Einnahmen" von dem Betrag, der zur Deckung eines gegenüber dem Basisjahr 1966 unveränderten Anteils der konjunkturneutralen Staatsausgaben erforderlich gewesen wäre.

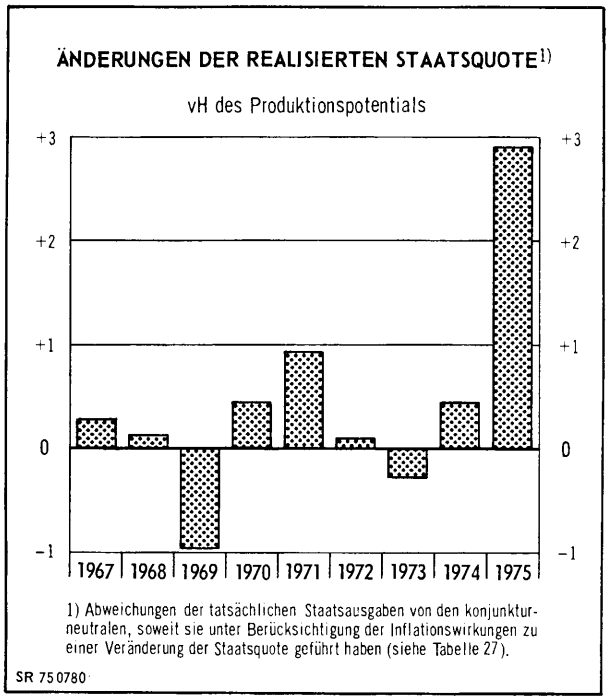
[5] Abweichung in der Summe durch Runden der Zahlen.

[6] Ohne konjunkturpolitische Sondersteuern.

neutralen Haushalts steht die Differenz, dem Betrage nach knapp 44 Mrd DM, für den konjunkturellen Impuls, der 1975 von den öffentlichen Haushalten ausging; es ist derselbe Betrag, der vom Finanzierungssaldo her bereits errechnet wurde (Tabelle 27).

222. *Auch in diesem Jahr haben wir an dem Jahr 1966 als Basis der mittelfristigen Bezugsgrößen für die quantitative Würdigung des konjunkturellen Impulses (Staatsquote, volkswirtschaftliche Steuerquote und — davon abhängig — konjunkturbereinigte Kreditfinanzierungsquote) festgehalten (JG 70 Ziffer 329, JG 74 Ziffer 411). Zwar zeigen die Abweichungen der tatsächlichen Staatsausgaben von den konjunkturneutralen, soweit sie unter Berücksichtigung der Inflationswirkungen zu einer Veränderung der Staatsquote geführt haben, erhebliche Schwankungen, jedoch keinen überzeugenden Trend, der als neue Basis für die mittelfristigen Bezugsgrößen genutzt werden könnte (Schaubild 34). Andererseits ist fest-*

Schaubild 34



zustellen, daß sich die Jahre mit positiven Abweichungen häufen und daher Gewöhnungsprozesse stattgefunden haben dürften, die bei einem Beharren auf dieser Basis unberücksichtigt bleiben. Insoweit ist der ausgewiesene konjunkturelle Impuls überzeichnet, und ein Übergang auf eine andere Basis wäre angezeigt, zumal sich auch die Sparquote dem Trend nach und nicht nur konjunkturell erhöht hat. Wir sind aber der Ansicht, daß vieles gegen einen solchen Schritt in diesem Jahr spricht. Noch läßt sich die Gewöhnung, die von der zusätzlichen steuerreformbedingten Kreditaufnahme ausgeht, nicht abgreifen, und auch die für die nächsten Jahre anstehenden Konsolidierungsmaßnahmen sind noch nicht ausreichend gut zu übersehen.

223. *Bei einem Vergleich des konjunkturellen Impulses mit den Impulsen der Vorjahre ist zu beachten, daß dieser 1975 einen Teil der konjunkturbedingten Ausgaben der Arbeitslosenversicherung enthält (Ziffer 423), die normalerweise nicht über den öffentlichen Gesamthaushalt, sondern über Beitragseinnahmen und Rücklagen der Bundesanstalt für Arbeit finanziert werden. Was in anderen Jahren mit hoher Arbeitslosigkeit als antizyklischer Beitrag der Sozialversicherung nur im konsolidierten Haushalt von Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen sichtbar wird, ist in diesem Jahr in dem konjunkturellen Impuls enthalten, der für die Gebietskörperschaften allein ausgewiesen wird.*

224. Obwohl der konjunkturelle Impuls, der 1975 von dem öffentlichen Gesamthaushalt ausgeht, eine Größenordnung erreicht hat, die weit über das bisher gekannte Maß hinausgeht, hat er weder auf den privaten Verbrauch noch auf die Investitionen die stimulierende Wirkung gehabt, die man sich von ihm versprochen hatte. Die sich wechselseitig verstärkenden rezessiven Tendenzen waren zu stark, als daß sie durch die Finanzpolitik hätten kompensiert werden können.

225. Dabei ist im konjunkturellen Impuls noch nicht einmal alles erfaßt, was an expansiven Anstößen von der Finanzpolitik im Jahre 1975 ausgegangen ist; denn darin wird nur eingefangen, was in die Haushaltsrechnungen des Jahres 1975 eingeht. Da die Investitionszulage zum überwiegenden Teil erst in den folgenden Jahren kassenwirksam und auch das Konjunkturprogramm vom August 1975 größtenteils erst im nächsten Jahr ausgabenwirksam wird, schlagen sich diese Maßnahmen noch nicht im konjunkturellen Impuls des Jahres 1975, sondern erst in den Impulsen der folgenden Jahre nieder.

226. Trotz der Zunahme der verfügbaren Einkommen durch die Steuerreform ist die private Konsumnachfrage sehr viel schwächer gestiegen als erwartet, weil die privaten Haushalte angesichts der unsicheren Einkommens- und Beschäftigungserwartungen ihre Ersparnisse stark aufstockten. So wurde auch die Investitionsneigung durch den privaten Verbrauch weniger angeregt, als erwünscht gewesen wäre.

227. Auch das Konjunkturprogramm vom Dezember 1974, das den in den Haushaltsentwürfen für 1975 vorgezeichneten expansiven Impuls verstärkte, hat die erhoffte Belebung der privaten Investitionen nicht herbeiführen können. Was die beiden Konjunkturprogramme 1974 an zusätzlichen öffentlichen Investitionsausgaben zur Konjunkturbelebung beisteuerten, wurde durch konjunkturpolitisch unerwünschte Einsparung beim Vollzug der Normalhaushalte weitgehend neutralisiert, und das, was die Investitionszulage an Verbesserung der Ertragsaussichten von privaten Investitionsvorhaben bringen konnte, wurde zum großen Teil durch den Einbruch der Auslandsnachfrage zunichte gemacht. Immerhin hat die Investitionszulage, wenn sie auch als eine teure Maßnahme zur Konjunkturbelebung angesehen werden muß, einen weiteren Rückgang der Investitionsnachfrage in diesem Jahr verhindert (Ziffer 90).

Tabelle 27

Die Haushalte der Gebietskörperschaften in konjunktureller Sicht [1])

Mrd DM

	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974 [2])	1975 [3])
(1) Produktionspotential in jeweiligen Preisen [4])	509,7	533,7	560,2	607,5	687,1	777,3	863,6	953,9	1 056,6	1 173,1
(2) Produktionspotential bei „konjunkturneutraler" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Jahr [5])	509,7	538,2	562,6	601,6	664,0	745,8	839,6	938,1	1 039,0	1 139,1
(3) Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basisjahr 1966	145,8	153,9	160,9	172,1	189,9	213,3	240,1	268,3	297,2	325,8
(4) Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials [6])	495,7	523,4	547,1	585,1	645,7	725,3	816,5	912,3	1 010,4	1 107,8
(5) Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr 1966	113,9	120,2	125,7	134,4	148,3	166,6	187,6	209,6	232,1	254,5
(6) Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr [7])	113,9	121,4	123,6	140,8	145,0	163,9	192,8	221,2	243,5	255,0
(6a) nachrichtlich: tatsächliche Steuereinnahmen ohne konjunkturpolitische Sondersteuern	112,7	115,0	122,0	145,6	153,9	172,3	197,0	224,8	239,7	238,6
(6b) nachrichtlich: Einnahmen aus konjunkturpolitischen Sondersteuern	.	.	.	.	+2,3	+ 3,6	− 5,7	+ 1,9	+ 2,6	.
(7) Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (6) ⁄ (5)	.	+1,2	−2,1	+6,4	−3,4	− 2,7	+ 5,1	+11,6	+11,4	+ 0,5
(8) Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (3) + (7)	145,8	155,1	158,8	178,5	186,5	210,6	245,2	279,9	308,6	326,3
(9) Tatsächliche Staatsausgaben [8])	145,8	155,3	158,8	174,3	196,3	226,8	253,0	281,7	318,4	370,0
(10) Konjunktureller Impuls [9]) (9) ⁄ (8)	.	+0,1	−0,1	−4,2	+ 9,8	+16,1	+ 7,8	+ 1,8	+ 9,8	+43,7
(10a) nachrichtlich: Konjunktureller Impuls unter Einrechnung der konjunkturpolitischen Sondersteuern (10) ⁄ (6b)	.	+0,1	−0,1	−4,2	+ 7,5	+12,5	+13,5	− 0,1	+ 7,2	+43,7
(11) Ex post: Abweichung der realisierten von der konjunkturneutralen Staatsquote [10])	.	+1,5	+0,7	−5,8	+ 3,1	+ 7,2	+ 0,9	− 2,7	+ 4,8	+34,0
(12) Veränderung des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	.	+0,1	+0,2	−4,1	+14,9	+ 5,5	− 7,3	− 6,0	+ 8,0	+36,5

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ötfa, Europäische Gemeinschaften, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände.
[2]) Schätzung nach Teilergebnissen.
[3]) Eigene Schätzung.
[4]) Produktionspotential in Preisen von 1962, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.
[5]) Produktionspotential in Preisen von 1962, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Vorjahr und der „konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus im jeweiligen Jahr.
[6]) Normalauslastungsgrad (97,25 vH), zur Definition siehe Anhang V.
[7]) Anstelle der in früheren Gutachten verwendeten tatsächlichen Steuereinnahmen (siehe dazu JG 73 Ziffer 213). Zur Schätzung dieser Größe siehe Anhang V.
[8]) Eigenfinanzierte Ausgaben.
[9]) Expansiv: +; kontraktiv: —.
[10]) Gleichbedeutend mit dem konjunkturellen Impuls auf der Basis der tatsächlichen Preissteigerungen (siehe Anhang V).

noch Tabelle 27

	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974 [2])	1975 [3])
					vH					
Zum Vorjahresvergleich										
Steigerungsrate										
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben (9) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	+4,8	+6,5	+2,3	+ 9,8	+12,6	+15,5	+11,6	+11,3	+13,0	+16,2
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens (8) gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr (9)	.	+6,4	+2,3	+12,4	+ 7,0	+ 7,3	+ 8,1	+10,5	+ 9,5	+ 2,5
Bestimmungsfaktoren von (b) [11])										
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1962	.	+3,5	+3,3	+ 4,8	+ 5,6	+ 4,9	+ 4,9	+ 4,5	+ 3,7	+ 2,7
(d) „Konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts	.	+2,0	+2,0	+ 2,5	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,0	+ 4,0	+ 5,0	+ 5,0
(e) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der Steuerquote (13) von der des jeweiligen Vorjahres	.	+0,8	−2,2	+ 5,4	− 6,0	+ 0,6	+ 3,5	+ 2,4	− 0,5	− 3,8
(f) Basiskorrektur: Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der realisierten Staatsquote (17) von der konjunkturneutralen (14) im jeweiligen Vorjahr [12])	.	.	−0,9	− 0,4	+ 3,4	− 1,7	− 3,3	− 0,4	+ 1,0	− 1,4
(13) Volkswirtschaftliche Steuerquote: $\frac{(6)}{(4)} \cdot 100$	22,97	23,20	22,59	24,06	22,45	22,60	23,61	24,25	24,10	23,02
(14) Konjunkturneutrale Staatsquote: $\frac{(8)}{(2)} \cdot 100$	28,60	28,82	28,23	29,67	28,10	28,24	29,20	29,84	29,70	28,65
(15) Beanspruchte Staatsquote: $\frac{(9)}{(2)} \cdot 100$	28,60	28,86	28,23	28,97	29,56	30,41	30,16	30,03	30,64	32,48
(16) Konjunktureller Impuls, bezogen auf das Produktionspotential in (2) (15) ⁄ (14)	.	+0,04	+0,00	−0,70	+1,46	+2,17	+0,96	+0,19	+0,94	+3,83
(17) Realisierte Staatsquote: $\frac{(9)}{(1)} \cdot 100$	28,60	29,10	28,35	28,69	28,57	29,18	29,32	29,53	30,13	31,54

[11]) (b) ergibt sich als Zusammenfassung der Komponenten (c) bis (f). Wegen der überwiegend multiplikativen Verknüpfung der Komponenten ist (b) nicht genau gleich der Summe aus (c) bis (f) (siehe hierzu Anhang V).

[12]) Dies entspricht den Komponenten (f) und (g) in Tabelle 18 des JG 71, die aus Vereinfachungsgründen zusammengefaßt worden sind.

228. Als die wirtschaftliche Entwicklung im Laufe des Jahres 1975 ungünstiger verlief als erwartet, war die Finanzpolitik gefordert, zusätzliche Maßnahmen zu treffen, die den Fortgang des eingeleiteten Stabilisierungsprozesses nicht gefährden durften, aber ein weiteres Abgleiten in die Stabilisierungskrise verhindern sollten.

Aus beschäftigungspolitischer Sicht hätte man wünschen können, daß die öffentlichen Ausgaben durch das Konjunkturprogramm vom August um mehr als 5,75 Mrd DM aufgestockt worden wären, und auch stabilitätspolitisch hätte dies nicht bedenklich sein müssen, wenn der Staat zusätzliche Nachfrage in den Bereichen entfaltet hätte, in denen viele Kapazitäten brach lagen. Es müssen aber auch die Grenzen einer Rezessionsbekämpfung mit finanzpolitischen Mitteln gesehen werden.

Sie an den unmittelbaren Haushaltsbelastungen des Staates messen zu wollen, wäre verfehlt. Eine solche Rechnung würde auch unter rein fiskalischen Gesichtspunkten nicht aufgehen, da eine erfolgreiche Anregung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nicht nur konjunkturbedingte Staatsausgaben (Arbeitslosenunterstützung) verringern, sondern auch höhere Steuereinnahmen bringen würde. Wenn der Staat Projekte vorzieht, die er für die folgenden Jahre fest vorgesehen hat, entstehen ihm überdies zusätzliche Ausgaben nur in Höhe der Kosten, die daraus resultieren, daß er diese Projekte bereits jetzt und nicht erst später finanzieren muß. [1]) Vorziehen kann er solche Projekte aber nur, soweit diese rasch vergabereif zu machen sind. Zu beklagen wäre daher, wenn 1975 öffentliche Ausgaben zur Konjunkturstützung nur deshalb nicht getätigt werden konnten, weil die Verwaltung unzureichend vorbereitet war oder weil sie bei der Planung und Durchführung öffentlicher Projekte nicht flexibel genug reagierte.

Der Staat kann aber fehlende private Nachfrage nicht voll kompensieren, da er nur begrenzt solche Güter und Dienstleistungen zusätzlich nachfragen kann, die sonst von den Privaten gekauft werden. Versucht er, die ganze Nachfragelücke zu schließen, so läuft er Gefahr, Änderungen in der Produktionsstruktur zu veranlassen, die sich nach Erholung der privaten Nachfrage als Fehlanpassung erweisen.

Nicht zuletzt ist auch zu bedenken, daß eine expansive Haushaltspolitik die Erwartungen und Dispositionen der Privaten nicht nur positiv beeinflußt. Insbesondere in Zeiten stark steigender Defizite können zusätzliche öffentliche Ausgaben die Privaten in der Weise verunsichern, daß diese die kurzfristige Ausweitung der Ansprüche des Staates auch für die mittlere Frist erwarten und damit den Spielraum für die Realisierung eigener Ansprüche zu eng sehen, was sich insbesondere dort lähmend niederschlägt, wo die Privaten — wie etwa bei Investitionen — vor Entscheidungen stehen, die weit in die Zukunft greifen. Hierhin gehört auch die Furcht, riesige Staatsdefizite würden die Inflation abermals beschleunigen und dann wiederum eine Stabilisierungskrise notwendig machen. Unter diesen Umständen kann ein Anstieg des Defizits die Ertragserwartungen der Privaten stärker drücken, als die dadurch finanzierten zusätzlichen Staatsausgaben diese heben. Das Jahr 1975 ist allenthalben ein gutes Beispiel dafür, wie stark die mittelfristige Dimension staatlichen Handelns über die Erwartungen der Privaten auf deren aktuelles Tun durchschlägt.

229. Aus der Erfahrung, daß Grenzen einer Rezessionsbekämpfung mit finanzpolitischen Mitteln sichtbar geworden sind, generell auf die Wirkungslosigkeit einer expansiven Finanzpolitik zu schließen, läßt aus dem Bild, daß der Staat die mangelnde Wirksamkeit seiner finanzpolitischen Mittel mit zu vertreten hat. In den Leistungen und Steuererleichterungen, auf die der Staat sich in den vergangenen Jahren festgelegt hatte, war bereits ein so hoher Kreditbedarf programmiert, daß die Privaten durch zusätzliche öffentliche Ausgaben zunehmend verunsichert wurden. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen stand an, als die konjunkturelle Entwicklung eine expansive Finanzpolitik erforderte.

Exkurs: Öffentliche Schuld und Zinslast

230. Die rezessionsbedingten Steuerausfälle, die Steuermindereinnahmen aufgrund der Steuerreform, die Anfang 1975 in Kraft trat, die allgemeine Expansion der öffentlichen Ausgaben und die verschiedenen staatlichen Programme zur Konjunkturbelebung haben zu einem rapiden Anstieg des Schuldenstandes der öffentlichen Hand geführt. Die gesamte Verschuldung der Gebietskörperschaften dürfte mit 258 Mrd DM Ende 1975 um etwa 100 Mrd DM höher sein als Ende 1973. Auch im Jahre 1976 wird wohl die Neuverschuldung mit rund 70 Mrd DM fast ebenso hoch sein wie in diesem Jahr. Korrelat dieser Schuldenzunahme ist der rasche Anstieg der Zinsverpflichtungen — so stiegen die Ausgaben für Zinszahlungen allein 1975 um fast 5 Mrd DM auf insgesamt 17 Mrd DM an — und die starke Erhöhung des Zinsanteils an den öffentlichen Ausgaben (Ziffer 335). Dies hat allenthalben Besorgnis erregt, vor allem bei Ländern und Gemeinden, die sich durch die erhöhten Zinszahlungen bei

[1]) Die Kosten des Vorziehens eines Projektes bestehen aus Zinsen und Abschreibungen für den Zeitraum, um den dieses Projekt früher als ursprünglich vorgesehen begonnen wird, sowie aus den Folgekosten (abzüglich eventueller Einnahmen aus dem Projekt) für den Zeitraum, um den es früher als geplant in Betrieb genommen wird. Das kann weniger sein als die Ersparnis an Arbeitslosenunterstützung und die Steuermehreinnahmen, die aus dem Beschäftigungseffekt resultieren. Je kürzer die Zeit ist, um die ein Projekt vorgezogen wird, desto geringer sind die Kosten. Die Zeitspanne, die für die Ausführung eines Projektes benötigt wird, spielt eine untergeordnete Rolle, da Beginn und Ende der Ausführung nur zeitlich vorverlegt werden. Für die Höhe der Ersparnis ist aber nicht nur von Bedeutung, daß ein vorgezogenes Projekt ohnehin schon in absehbarer Zeit in Angriff genommen worden wäre, sondern auch, daß die Lücke, die es in der Zukunft im Budget oder in der Finanzplanung öffnet, nicht durch zusätzliche Ausgaben geschlossen wird.

ihrer gegenwärtigen und künftigen Ausgabengebarung stark beeinträchtigt fühlen.

Der rasche Anstieg der Zinslasten zwingt die Gebietskörperschaften zu Anpassungsmaßnahmen bei den übrigen Ausgaben; allerdings schlägt dies auf mittlere und längere Sicht weniger zu Buche. Der rezessionsbedingte starke Anstieg der Verschuldung führt nicht notwendigerweise zu einer dauerhaften Erhöhung des Zinsanteils an den gesamten öffentlichen Ausgaben. Der Gestaltungsspielraum für die Ausgaben der Gebietskörperschaften kann also wieder größer werden, wenn auch nicht schon bald.

231. Die Neuverschuldung der öffentlichen Hand läßt sich in einen konjunkturneutralen Teil und in einen konjunkturbedeutsamen Teil (Ziffern 220 f.) untergliedern.

Die konjunkturneutrale Komponente der jährlichen Neuverschuldung läßt sich weiter unterteilen in

— die Kreditaufnahme, die daraus folgt, daß die öffentliche Hand ständig einen (geringen) Teil ihrer Ausgaben durch Kredite finanziert. Diese Verschuldung entspricht der potentialorientierten Kreditaufnahme im Konzept des konjunkturneutralen Haushalts und ergibt sich als Differenz zwischen öffentlichen Ausgaben und Einnahmen bei konjunkturneutraler Haushaltsgebarung und konjunkturellem Gleichgewicht;

— die Kreditaufnahme, die dem Ausgleich kurzfristiger, konjunkturell bedingter Steuermindereinnahmen dient [1]).

232. Wenn die öffentliche Hand — wie üblich — ihre Ausgaben nicht vollständig durch Steuern (und sonstige Einnahmen) finanziert, sondern dabei auch in einem bestimmten, unveränderten Maße auf Kredite zurückgreift, kommt es zu einem allmählichen, stetigen Anstieg der öffentlichen Verschuldung (potentialorientierte Kreditaufnahme). Dieser Teil der öffentlichen Verschuldung ist dauerhaft. Anstrengungen zu unternehmen, ihn zu verringern, ist normalerweise nicht notwendig, denn die daraus resultierende Zinslast bleibt begrenzt. Nach dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts weisen wir — ausgehend von der Basis 1966 — für diese potentialorientierte Nettokreditaufnahme im Jahre 1975 einen Betrag von 16½ Mrd DM aus.

233. *Hielte der Staat seine jährliche Nettokreditaufnahme immer im Rahmen einer potentialorientierten Verschuldung, nähme natürlich die gesamte Verschuldung, also der Schuldenstand der öffentlichen Hand, dauernd zu, ebenso die Zinszahlungen in ihrer absoluten Höhe. Das prozentuale Verhältnis von Schuldenstand zu Produktionspotential und das prozentuale Verhältnis von Zinszahlungen zu den gesamten öffentlichen Ausgaben würde sich aber nicht notwendigerweise erhöhen; oder wenn es sich erhöhte, würde es jedenfalls einem bestimmten prozentualen Grenzwert zustreben. Die maximale Belastung der öffentlichen Haushalte durch Zinszahlungen, die entstehen würde, läßt sich errechnen:*

Die Höhe dieses Grenzwertes hängt davon ab, mit welcher Zunahme des Produktionspotentials und damit der potentialorientierten jährlichen Neuverschuldung längerfristig zu rechnen ist, wie hoch der durch die potentialorientierte Kreditaufnahme finanzierte Anteil der Staatsquote in bezug auf das Produktionspotential ist und welchen Zinssatz man im Durchschnitt für die längerfristige Verschuldung anzusetzen hat. — Mit Hilfe eines schematischen Rechenbeispiels möge dies demonstriert werden: Angenommen, es sei längerfristig mit einem durchschnittlichen Wachstum des nominalen Produktionspotentials von rund 7½ vH zu rechnen; ferner betrage der durch die potentialorientierte Kreditaufnahme finanzierte Anteil der Staatsausgaben im Verhältnis zum Produktionspotential 1,5 vH. (Dies entspricht einer fünfprozentigen Kreditfinanzierungsquote der Staatsausgaben bei einer Staatsquote von 30 vH). Für den Zinssatz seien im längerfristigen Durchschnitt 6 % angesetzt. In diesem Falle würde die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte niemals 4 vH der Gesamtausgaben — und damit 1,2 vH der Inanspruchnahme des Produktionspotentials — übersteigen. Liegt die tatsächliche Relation von Zinszahlungen zu Gesamtausgaben noch unter dem so errechneten Grenzwert, so wird sie — vorausgesetzt, daß die potentialorientierte Nettoverschuldung jährlich planmäßig vorgenommen wird — über die Jahre hinweg bis zu diesem Grenzwert allmählich ansteigen.

Ändert sich aufgrund finanzpolitischer Entscheidungen die Höhe des mittelfristig kreditfinanzierten Anteils der Staatsausgaben am Produktionspotential (beispielsweise von 1,5 vH auf 2 vH, also um ein Drittel), so verändert sich dadurch der Anteil der Zinszahlungen an den Staatsausgaben in gleichem Maße (in unserem Beispiel von 4 vH auf 5,3 vH, also ebenfalls um ein Drittel).

Bleibt auch die Zinslast einer ausschließlich potentialorientierten Kreditaufnahme begrenzt, so ist doch offen, in welchem Maße eine solche Verschuldung es dem Staat überhaupt ermöglicht, dadurch auf Dauer mehr Ausgaben (ohne Zinsen) als sonst zu finanzieren. Dieses Maß ergibt sich aus dem Unterschied zwischen der Kreditfinanzierungsquote der Staatsausgaben (5 vH in unserem Beispiel) und dem Anteil der Zinszahlungen an den Ausgaben (4 vH in unserem Beispiel). Nur in Höhe dieser Differenz könnte der Staat bei potentialorientierter Verschuldung dauerhaft mehr Ausgaben tätigen; auf dem Wege bis zu dieser Grenze wäre allerdings mehr möglich. Die Höhe dieser Differenz wird bestimmt von dem Unterschied zwischen der Wachstumsrate des Produktionspotentials und dem für die Staatsschuld anzusetzenden Zinssatz [2]). Nur solange die Differenz positiv ist, wie in unserem Beispiel, kann der Staat bei potentialorientierter Verschuldung auf Dauer ein höheres Ausgabenvolumen (ohne Zinszahlungen) finanzieren — und damit wohl mehr Leistungen anbieten —, als wenn auf eine ständige Kreditfinanzierung eines Teils der Ausgaben von Anfang an verzichtet worden wäre.

234. Zu dieser dauerhaften (potentialorientierten) Verschuldung ist in den Rezessionsjahren noch eine Kreditaufnahme gekommen, die dem Ausgleich konjunkturell bedingter Steuermindereinnah-

[1]) Diese ergeben sich aus den auslastungsbedingten Steuermindereinnahmen (I b, Tabelle 26) abzüglich allfälliger inflationsbedingter Steuermehreinnahmen (I c, Tabelle 26). Hinzugezählt werden muß außerdem noch die Abweichung im Deckungsbeitrag der „Sonstigen Einnahmen".

[2]) Hier wird davon abgesehen, daß durch Kreditaufnahme finanzierte, zusätzliche Staatsausgaben einen Einfluß auf die Wachstumsrate des Produktionspotentials haben können.

men diente und ebenfalls als konjunkturneutral anzusehen ist. Für 1975 schätzen wir sie auf knapp 18 Mrd DM. Die Zinslast aus diesem Teil der Neuverschuldung muß zu keiner dauerhaften Erhöhung des Zinsanteils bei den Staatsausgaben führen. Denn in dem Maße, in dem sich die Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials im Verlauf des sich abzeichnenden Konjunkturaufschwungs verbessert, vermindert sich die Dekkungslücke. Die Erfahrungen der Vergangenheit sprechen dafür, daß es im Zuge eines Konjunkturaufschwungs auch wieder zu konjunkturell bedingten Steuermehreinnahmen kommen wird, die dann zur Rückzahlung dieses Teils der konjunkturneutralen Verschuldung verwendet werden können und müssen, sollen prozyklische expansive Impulse der Finanzpolitik vermieden werden. Durch diese Tilgungen würde die Zinslast beträchtlich vermindert. Allerdings steht nicht zu erwarten, daß es vor 1978 möglich sein wird, aus konjunkturell bedingten Steuermehreinnahmen die Schulden aufgrund konjunkturell bedingter Steuermindereinnahmen in nennenswertem Umfang zu tilgen.

235. Zu der gesamten konjunkturneutralen Kreditaufnahme ist nun in den Rezessionsjahren weiter die Verschuldung hinzugekommen, die sich aufgrund der expansiven Finanzpolitik ergab. Dies ist die konjunkturbedeutsame Komponente der staatlichen Kreditaufnahme (zwangsläufig Korrelat des konjunkturellen Impulses der öffentlichen Haushalte). Für 1975 schätzen wir diesen Teil der Nettoverschuldung auf 44 Mrd DM. Die expansive (und konjunkturgerechte) Finanzpolitik hat also wesentlich mit dazu beigetragen, daß die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte sprunghaft angestiegen ist.

Eine dauerhafte Erhöhung des Anteils der Zinsausgaben in den öffentlichen Haushalten ist nur zu vermeiden, wenn auch dieser Teil der Verschuldung nach Überwindung der Rezession getilgt wird. Dies wäre jedoch nur möglich, wenn in Zukunft — in Jahren der Hochkonjunktur etwa — erreicht wird, daß von den öffentlichen Haushalten ein entsprechend gegenläufiger, kontraktiver konjunktureller Impuls ausginge. Denn die zur Tilgung der konjunkturbedeutsamen Verschuldung notwendigen Mittel können nur aufgebracht werden, wenn die Ausgaben (ohne Ausgaben für Tilgungen) künftig in entsprechendem Umfang unter dem konjunkturneutralen Niveau bleiben oder wenn die Vollbeschäftigungssteuerquote erhöht wird.

236. Erscheint es jedoch nötig, davon auszugehen, daß ein antizyklisches Verhalten der Finanzpolitik in der Hochkonjunktur nur begrenzt möglich und bei wirksamer Geldmengensteuerung auch nur begrenzt erforderlich ist (JG 74 Ziffer 416 ff.), dann bedeutet eine Verschuldung zur Finanzierung eines expansiven konjunkturellen Impulses in der Rezession eine ständige Belastung künftiger Haushalte. Denn im Gegensatz zu einer Kreditaufnahme, die sich insgesamt im Rahmen des konjunkturneutralen Haushalts gehalten hätte, führt eine darüber hinausgehende Neuverschuldung zu einem auf Dauer höheren (wenn auch im Laufe der Zeit abnehmenden) Anteil der Zinszahlungen an den Staatsausgaben. Die öffentliche Hand hätte dann in Form dieser Zinszahlungen die Kosten der Rezessionsbekämpfung auf unbegrenzte Zeit zu tragen. Dies mag ein Grund sein, die potentialorientierte Normalverschuldung des Staates verhältnismäßig niedrig zu bemessen (Ziffern 427 f.).

ZWEITES KAPITEL

Zur voraussehbaren Entwicklung

Eine Vorbemerkung

237. Seinem gesetzlichen Auftrag entsprechend hat der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten nicht nur die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage, sondern auch die voraussehbare Entwicklung darzustellen. Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung sind — darauf haben wir immer wieder mit Nachdruck hingewiesen — selbst für einen relativ kurzen und, wie man vielfach meint, überschaubaren Zeitraum mit großen Risiken behaftet. Wie rasch solche Prognosen von der tatsächlichen Entwicklung widerlegt werden können, hat sich besonders nach unserem letzten Jahresgutachten gezeigt.

— Zwar haben wir im Herbst 1974 die Grundrichtung der konjunkturellen Entwicklung zutreffend beschrieben, daß sich nämlich der Konjunkturabschwung bis ins Jahr 1975 fortsetzen wird, der Auslastungsgrad der Sachkapazitäten also zurückgehen und die Arbeitslosigkeit weiter zunehmen werden (JG 74 Ziffer 267).

— Doch haben wir Stärke und Dauer des Abschwungs unterschätzt. Die Rezession war tiefer und sie währte länger, als wir aufgrund der im Herbst 1974 vorliegenden Informationen angenommen haben.

Ausschlaggebend war die konjunkturelle Entwicklung in den westlichen Industrieländern mit ihren Rückwirkungen auf den Welthandel und den deutschen Export. Entgegen unserer damaligen Annahme, das Welthandelsvolumen werde 1975 um 3 vH bis 4 vH zunehmen (JG 74 Ziffer 260), ist es tatsächlich um 7 vH geschrumpft. Auch in allen anderen westlichen Industrieländern mußten die Prognosen für 1975 nach unten korrigiert werden, und zwar kaum weniger stark als in der Bundesrepublik. Dies entlastet uns indes nicht von unserer Fehlprognose.

238. Die Reaktionen in der Öffentlichkeit auf die Prognosen des Rates wie auf Prognosen im allgemeinen, veranlassen uns zu einer Vorbemerkung über die Problematik gesamtwirtschaftlicher Vorausschätzungen. Hierbei geht es uns nicht darum, einen Freispruch für frühere und künftige Fehlprognosen zu erwirken. Vielmehr sollen falsche Vorstellungen darüber korrigiert werden, was Konjunkturprognosen zu leisten vermögen und was nicht.

239. „Entgegen manchen Vorstellungen, die da und dort bestehen mögen, kann man nicht erwarten, daß irgend jemand, auch nicht ein Gremium, in der Lage ist, die künftige wirtschaftliche Entwicklung vorauszusehen. Wir können nur die Entwicklungen, die unsere Wirtschaft in der Zukunft nehmen könnte, der Reihe nach überprüfen, um aus dem weiten Bereich der Möglichkeiten jene Zukunftshypothese herauszufinden, die am besten mit den uns bekannten Tatsachen und Theorien in Einklang steht und die wir deshalb als unsere beste Setzung ansehen. Sie ist eine Projektion, der wir zwar eine größere Wahrscheinlichkeit beimessen als anderen, die aber nicht einmal eine hohe Wahrscheinlichkeit zu besitzen braucht." (JG 64 Ziffer 217). Diese Aussage, die der Sachverständigenrat schon in seinem ersten Jahresgutachten traf, gilt heute genau so wie damals. Wer verlangt, daß eine Prognose die künftige Entwicklung zuverlässig trifft, verwechselt Prognose mit Prophetie.

Um es deutlich zu machen: Wir schätzen unsere Möglichkeiten zur Voraussicht wegen der Begrenztheit des Zukunftswissens nur gering ein. Was wir allenfalls können ist, wahrscheinliche Entwicklungen darzulegen; nicht weil wir überzeugt davon wären, daß eine bestimmte Entwicklung unter allen Umständen eintreten wird, sondern um anzuzeigen, welche konjunkturpolitische Bedeutung darin liegt, daß sie wahrscheinlich geworden ist. In vielen Fällen müssen wir sogar wünschen, daß die Ereignisse unsere Vorhersagen nicht bestätigen. Das gilt vor allem für Fehlentwicklungen, die sich durch ein vorbeugendes Verhalten der Wirtschaftspolitik und der sozialen Gruppen vermeiden lassen.

Gewiß kann man sich fragen, ob man angesichts dieser Unsicherheit nicht auf Prognosen überhaupt verzichten solle. Es gibt jedoch keine Wahl. Denn Entscheidungen sind unumgänglich und planvolles Handeln, sei es bei den Privaten, sei es beim Staat, verlangt nach Vorstellungen über die künftige Entwicklung. Prognosen erfüllen ihren Zweck, wenn sie das Ausmaß der Ungewißheit verringern.

240. Jede wissenschaftliche Prognose beruht auf statistischen Informationen, theoretischem Wissen und praktischen Erfahrungen, die sich gegenseitig ergänzen aber nicht ersetzen. Sie ist wertlos, wenn sie sich nur auf Theorien und oder nur auf Erfahrungen mit zyklischen Bewegungen gründet, aber die Fakten ignoriert; statistische Informationen hingegen helfen wenig, wenn sie nicht durch Vorstellungen über konjunkturelle Wirkungszusammenhänge verknüpft werden.

241. Die wichtigste Voraussetzung für eine zutreffende Konjunkturprognose ist die zutreffende Diagnose; die Prognose ist die Fortentwicklung der Diagnose in die Zukunft. Viele Prognoseirrtümer resultieren bereits aus einer falschen Einschätzung der Ausgangslage. Ein Grund hierfür ist der Mangel an statistischen Informationen. Zwar sind beim

Ausbau des konjunkturstatistischen Instrumentariums in den letzten Jahren beachtliche Fortschritte erzielt worden, doch gibt es immer noch Lücken, etwa bei der Beschäftigtenstatistik, der Lagerstatistik oder der Gewinnstatistik. Zudem fallen viele Informationen, gemessen an den Bedürfnissen der Prognose, zu spät an; im günstigen Fall sind sie vier bis sechs Wochen hinter der tatsächlichen Entwicklung zurück. So muß sich der Sachverständigenrat bei seinen Arbeiten für das Jahresgutachten überwiegend auf Daten stützen, die nur bis September, in manchen Fällen auch nur bis August reichen. Zudem muß in Rechnung gestellt werden, daß wichtige Daten häufig im nachhinein korrigiert werden, was ihren diagnostischen und prognostischen Wert mindert.

242. Wo Informationen für eine Prognose fehlen, müssen an ihre Stelle Hypothesen treten. Dies gilt vor allem in bezug auf das Verhalten der privaten Investoren und Verbraucher, deren Entscheidungen in einem marktwirtschaftlichen System weitgehend autonom getroffen werden und die daher nur schwer vorhersehbar sind. Prognosen können immer nur so gut sein, wie die Hypothesen, auf denen sie beruhen.

Aus früheren Konjunkturzyklen haben wir zwar Anhaltspunkte dafür, wie sich die Wirtschaftssubjekte in bestimmten konjunkturellen Situationen verhalten, doch steht dahinter keine einfache Gesetzmäßigkeit. Die Konjunkturanalogie ist kein zuverlässiger Ratgeber. Das gilt vor allem in Phasen, in denen abrupte Datenänderungen eine Veränderung in den Verhaltensweisen zur Folge haben: Als sich zum Beispiel im Herbst 1974 ein rascher Anstieg der Arbeitslosigkeit abzeichnete, gingen wir zwar davon aus, daß dies die Kaufbereitschaft der Arbeitnehmer dämpfen werde. Doch rechneten wir nicht damit, die ohnehin schon sehr hohe Sparquote werde nochmals beträchtlich steigen.

Selbst über das Verhalten der öffentlichen Stellen besteht kein hinreichendes Maß an Voraussehbarkeit. Zwar sollen diese ihre Haushaltspläne vor Beginn eines Jahres beschließen, doch geschieht das nicht immer. Zudem bieten die Haushaltspläne keine Gewähr dafür, daß sie auch eingehalten werden. So überschreiten die Ausgaben häufig die Ansätze, wenn die Steuern reichlicher als erwartet fließen, oder unterschreiten sie, wenn die Steuern stark hinter den Erwartungen zurückbleiben.

243. Abhilfe erwartet man mancherorts von einer verstärkten Anwendung ökonometrischer Verfahren. Der Rat hat bei seinen Analysen nicht nur eigene ökonometrische Arbeiten verwendet, sondern auch die Unterstützung der Forschung an Hochschulen und wirtschaftswissenschaftlichen Instituten gesucht. Die ihm bekannten Ergebnisse haben ihn allerdings nicht davon überzeugen können, daß ökonometrische Modelle eine größere Treffsicherheit gewährleisten als jene Verfahren, mit denen er seine Prognosen vorwiegend erarbeitet; vergleichende Untersuchungen im Inland und im Ausland sind zu einem ähnlichen Resultat gelangt.

Ökonometrische Modelle haben zweifellos den Vorteil, daß sie die funktionalen Zusammenhänge der wichtigsten wirtschaftlichen Größen und ihre Bestimmungsfaktoren durchschaubar darstellen, wobei die Wirkung einzelner Aggregate auf andere und ihre Rückwirkungen simultan verknüpft sind. Prognosen aufgrund solcher Modelle können sich als eine wichtige Entscheidungshilfe erweisen, vorausgesetzt, daß alle wesentlichen Zusammenhänge erfaßt und überdies keine Veränderungen der Verhaltensweisen eingetreten oder zu erwarten sind. Hat man es mit starken Änderungen zu tun, wie das gegenwärtig der Fall zu sein scheint, so bestehen grundsätzlich die gleichen Probleme wie bei den häufig „intuitiv" genannten Verfahren. In solchen Situationen ist der Prognostiker, der sich dieser Verfahren bedient, gegenüber dem Ökonometriker sogar im Vorteil, weil er den Ballast überholter Strukturen leichter abwerfen kann.

244. Die falschen Vorstellungen über die Leistungsfähigkeit von Konjunkturprognosen werden wahrscheinlich auch dadurch begünstigt, daß derartige Prognosen zumeist in der Form der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen präsentiert und damit in Zahlen ausgedrückt werden. Das geschieht, um die Vorstellungen über den zukünftigen Konjunkturverlauf auf ihre Konsistenz zu prüfen. Solche Zahlen täuschen eine Exaktheit vor, die ihnen nicht zukommt. In der öffentlichen Diskussion entwickeln sie häufig ein Eigenleben, losgelöst von den Annahmen, unter denen sie zustande gekommen sind. In Wirklichkeit sind sie jedoch nichts anderes als Rechengrößen, mit denen die Grundrichtung und das ungefähre Tempo der Entwicklung skizziert werden sollen mit einem mehr oder weniger breiten Unsicherheitsbereich nach beiden Seiten; eine Punktprognose ist streng genommen wissenschaftlich gar nicht möglich.

Dieser Unsicherheitsbereich ist naturgemäß in Zeiten des konjunkturellen Umschwungs besonders groß. So scheint gegenwärtig zwar die Richtung der künftigen Entwicklung festzustehen, nicht aber ihre Intensität.

Annahmen für 1976

245. Für die Prognose des Jahres 1976 gehen wir davon aus, daß die wirtschaftspolitischen Instanzen ihren auf Stützung der Beschäftigung und Stabilisierung des Preisniveaus gerichteten Kurs fortsetzen. Für eine Änderung liegen jedenfalls keine Absichtserklärungen vor.

- Die Geldpolitik hält an ihrem bisherigen Kurs fest: Sie weitet die Geldbasis (bereinigte Zentralbankgeldmenge) mit einer Rate aus, die — bei weiter abnehmendem Geldwertschwund — eine spürbare Steigerung im Auslastungsgrad des Produktionspotentials zuläßt, ja sogar fördert (Ziffer 403).
- Von der Finanzpolitik gehen weiterhin konjunkturstützende Impulse aus, auch wenn die Expan-

sion der Staatsausgaben deutlich geringer sein wird als 1975. Nach den bislang vorliegenden Ausgabenplänen ist für den öffentlichen Gesamthaushalt mit einer Zunahme der Ausgaben um 5 vH bis 6 vH zu rechnen; die Finanzierung des Konjunkturprogramms vom August 1975 ist darin eingeschlossen. In der Prognose haben wir zugrunde gelegt, daß diese Pläne vollzogen werden, selbst wenn die tatsächlichen Steuereinnahmen von den erwarteten abweichen sollten. Von den öffentlichen Haushalten geht ein expansiver Impuls aus, für den ein Betrag von 34 Mrd DM steht.

— Die Währungspolitik verzichtet darauf, den Wechselkurs der D-Mark gegenüber den Währungen außerhalb des Floating-Blocks wider die Marktkräfte zu beeinflussen. Wir haben angenommen, daß im Durchschnitt des Jahres keine ins Gewicht fallenden Wechselkursänderungen eintreten.

Hinsichtlich der Einkommenspolitik sind wir davon ausgegangen, daß bei den Tarifparteien die Bereitschaft vorhanden ist, zu Lohnabschlüssen zu kommen, die den Abbau der hohen Arbeitslosigkeit erleichtern.

I. Die Weltkonjunktur im Jahre 1976

246. Im Spätsommer 1975 dürfte in den westlichen Industrieländern der Tiefpunkt der Rezession erreicht worden sein. In den Vereinigten Staaten hat schon ein kräftiger Aufschwung eingesetzt; auch Japan, Kanada und die Bundesrepublik sind auf dem Weg aus der Talsohle. In Frankreich gehen Nachfrage und Produktion nicht mehr zurück, während in Italien und Großbritannien, ebenso wie in den meisten kleineren europäischen Ländern, der Abschwung noch anhält.

247. Erst 1976 dürften die konjunkturbelebenden Maßnahmen der Wirtschaftspolitik voll wirksam werden, die im Jahre 1975 ergriffen worden sind. Expansive Impulse gingen vor allem von der Finanzpolitik aus. Weniger expansiv angelegt war hingegen die Geldpolitik, da es ihr vor allem aufgetragen ist, den bisher erreichten Stabilisierungserfolg zu sichern. Jedenfalls war ihr Kurs vorsichtiger als früher in Rezessionszeiten. Besonders die Vereinigten Staaten scheinen entschlosssen zu sein, die monetären Zügel straff zu halten.

Für das Jahr 1976 ist damit zu rechnen, daß die Wirtschaftspolitik in den Ländern, in denen sich die konjunkturelle Lage gegenwärtig noch verschlechtert, zunächst ihren expansiven Kurs beibehalten wird. Für die übrigen Länder erwarten wir eher, daß von der Finanzpolitik nicht mehr so starke Impulse ausgehen werden, und daß die Geldpolitik weiterhin darauf bedacht sein wird, allzu große Finanzierungsspielräume nicht entstehen zu lassen.

248. Die expansiven Einflüsse der Wirtschaftspolitik werden mit zyklischen Auftriebskräften der privaten Nachfrage zusammentreffen. Der Lagerabbau dürfte gegenwärtig bereits von einem Wiederaufbau abgelöst worden sein. Dagegen ist ungewiß, wie rasch sich der Konsum beleben wird. Wenig angeregt werden dürfte er durch die Zunahme der Einkommen; es gibt Anzeichen dafür, daß die Lohnabschlüsse im nächsten Jahr deutlich niedriger sein werden als 1975. Andererseits dürfte die Sorge um die Arbeitsplätze allmählich nachlassen, so daß die Sparneigung wieder zurückgehen könnte. Auch das Verhalten der Investoren ist nur schwer vorhersehbar. Die allgemein niedrige Auslastung der Kapazitäten steht zwar einer baldigen Belebung der Investitionsnachfrage im Wege, doch zeigt die Erfahrung, daß Investitionen für neue Produkte und für neue Verfahren, die in der Rezession zurückgestellt wurden, auch bei noch niedriger Kapazitätsauslastung nachgeholt werden, sobald sich die Absatz- und Gewinnerwartungen der Investoren verbessern.

Unsicher sind wir auch darüber, wie die Wirtschaftspolitik reagieren wird, wenn sich der Preisauftrieb, entgegen unseren Erwartungen, erneut beschleunigen sollte. Restriktive Maßnahmen könnten den Aufschwung dann schon bald wieder dämpfen. Unter Abwägung dieser Risiken und gestützt auf Prognosen internationaler Organisationen nehmen wir an, daß das reale Bruttosozialprodukt der Industrieländer im Durchschnitt des Jahres 1976 den Vorjahresstand um etwa 5 vH überschreiten wird (Tabelle 28).

249. Am deutlichsten ist bisher der Wiederanstieg von Nachfrage und Produktion in den Vereinigten Staaten. Im dritten Vierteljahr 1975 nahm das reale Bruttosozialprodukt — saisonbereinigt und auf Jahresbasis hochgerechnet — um mehr als 11 vH zu, die Beschäftigung verbesserte sich merklich. Über das Ausmaß der weiteren Nachfrageexpansion besteht allerdings Unsicherheit, zumal unklar ist, ob die Steuersenkungen vom vergangenen Sommer wieder rückgängig gemacht werden, oder ob es zu weiteren Steuersenkungen kommen wird. Da das reale Sozialprodukt aber schon Ende dieses Jahres um rund 2½ vH höher sein wird als im Jahresdurchschnitt, ist es für eine Phase der konjunkturellen Erholung wohl nicht übertrieben, wenn man für 1976 mit einer Zunahme von 6½ vH rechnet. Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials würde dabei im Verlauf des Jahres steigen, die Arbeitslosigkeit abnehmen. Gleichzeitig dürfte es zu einer weiteren Abschwächung des Preisauftriebs kommen, nicht zuletzt weil sich der Anstieg der Lohnkosten je Produkteinheit durch Ausschöpfen von Produktivitätsreserven weiter abflachen wird und die Geldpolitik an ihrem zurückhaltenden Kurs festhalten dürfte.

250. In der Europäischen Gemeinschaft gibt es bisher erst in der Bundesrepublik, mit deutlichem Abstand auch in Frankreich und in Dänemark Anzeichen für eine konjunkturelle Bele-

Tabelle 28

Zur internationalen Konjunkturentwicklung

Land	Anteil am Bruttosozialprodukt der OECD-Länder [1]	Anteil am Export der Bundesrepublik [1]	Bruttosozialprodukt (real) [2]		Verbraucherpreise [2]		Wareneinfuhr (Volumen) [2]	
	1974		1975	1976	1975	1976	1975	1976
	vH		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH					
Bundesrepublik Deutschland	10,8	×	−3½	+4½ [a]	+ 6	+ 5 [a]	+ 0	+ 8½ [a]
Belgien	1,5	7,6	−2½	+2	+12½	+10½	− 8½	+ 5
Dänemark	0,9	2,0	−1½	+3½	+ 9	+ 7	− 8	+ 7
Frankreich	7,7	11,9	−2	+3½	+12	+ 9½	−11½	+ 9
Großbritannien	5,2	4,8	−2	+1	+21	+14	− 8½	+ 3½
Irland	0,2	0,3	−3½	±0	+21½	+16	−13	+ 1
Italien	4,2	8,1	−3½	+1½	+17½	+10½	−16	+ 4
Niederlande	2,0	10,2	−2½	+2½	+10	+ 8	− 5	+ 5
EG der Neun [3]	32,5	44,9	−2½	+3	+12	+ 9	−10	+ 6
Vereinigte Staaten	39,7	7,5	−3	+6½	+ 8	+ 6½	−13	+14
Japan	12,6	1,4	+2	+5	+12	+ 8	−15	+13½
Österreich	0,9	4,4	−2½	+2	+ 8½	+ 7½	− 7½	+ 3
Schweden	1,6	3,4	+ ½	±0	+10	+ 9	− 1	+ 1
Schweiz	1,3	5,0	−4	+1	+ 6½	+ 5½	−18	+ 1
Insgesamt [3]	88,6	66,6	−2	+5	+ 9	+ 7½	−10	+ 6

[1] In Preisen und Wechselkursen von 1974; Quelle: OECD.
[2] Eigene Schätzung aufgrund von Unterlagen internationaler Organisationen.
[3] Bruttosozialprodukt und Preise zusammengewogen mit den Anteilen am nominalen Bruttosozialprodukt 1974 der OECD-Länder; Einfuhr zusammengewogen mit den Anteilen am deutschen Export.
[a] Eigene Prognose.

bung; ein Aufschwung in diesen Ländern wird sich auf die Beneluxländer übertragen. In Italien und Großbritannien ist dagegen der Rückgang von Nachfrage und Produktion noch nicht zum Stillstand gekommen, so daß für 1976 nur mit einer leichten Verbesserung der Lage zu rechnen ist. Zwar ist die Investitionsneigung angesichts unsicherer Gewinn- und Absatzerwartungen derzeit überall noch schwach, doch werden die wirtschaftspolitischen Impulse, die Zunahme der Auslandsaufträge sowie der Lageraufbau eine Belebung herbeiführen. Die Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts der Europäischen Gemeinschaft schätzen wir unter Berücksichtigung unserer Prognose für die Bundesrepublik (Ziffern 255 ff.) auf rund 3 vH (1975: −2½ vH), wobei Frankreich eine Zuwachsrate von etwa 3½ vH, Großbritannien und Italien dagegen nur eine von etwa 1 vH erreichen dürften.

251. Die Rezession hat in fast allen Ländern zu einer hohen Arbeitslosigkeit geführt, obwohl vielfach Entlassungen unterblieben, die von der Auftragslage her geboten schienen; der Staat gewährte in zahlreichen Fällen Hilfen bei Kurzarbeit. Daher wird die Verzögerung, mit der sich ein Wiederanstieg der Produktion auf die Beschäftigung auswirken wird, diesmal größer sein als früher. Bei dem angenommenen — im allgemeinen mäßigen — Produktionswachstum wird 1976 die Arbeitslosigkeit nur wenig abnehmen; in vielen europäischen Ländern wird sie konjunkturell zunächst sogar noch zunehmen. Die Aussichten sind in den Vereinigten

Staaten günstiger, wo während der Rezession Arbeitskräfte rigoros entlassen worden waren; dort hat die Beschäftigung fast unmittelbar mit der Produktion wieder zugenommen.

252. Die Preissteigerungsraten werden 1976 auf der Verbraucherstufe weiter zurückgehen, die Preise auf den Erzeuger- und Großhandelsstufen hingegen werden wieder anziehen, wenn auch langsam. Da wir für die Industrieländer nur mit einem verhaltenen Wirtschaftsaufschwung rechnen, und die hohe Unterauslastung der Kapazitäten kaum behoben werden wird, dürfte die Nachfrage auf ein reichliches Angebot treffen und damit nicht preistreibend wirken. Auch die Lohnabschlüsse sind gegenwärtig vergleichsweise gemäßigt und die Produktivität dürfte sich schon aufgrund der wieder steigenden Produktion verbessern. Belastend wirkt dagegen, daß die Effektivlöhne in vielen Ländern an die zurückliegende Inflation durch Indexklauseln gebunden sind und daher die bisherigen hohen Inflationsraten widerspiegeln. Dennoch rechnen wir damit, daß sich die Lohnkosten je Produkteinheit weniger erhöhen werden als noch in diesem Jahr. Indes werden die Weltmarktpreise für Rohstoffe und Öl wieder steigen. Wir erwarten — auch im Hinblick auf die meist nicht übermäßig reichliche Geldversorgung —, daß die Verbraucherpreise 1976 gegenüber 1975 um rund 7½ vH steigen werden (1975: 9 vH).

253. Nachdem sich 1975 im Gefolge der Rezession die Zahlungsbilanzprobleme der Industrieländer erheblich verringert haben (Ziffer 11), dürfte es 1976 wieder zu größeren Defiziten kommen. Von den besonders „defizitanfälligen" Industrieländern gilt dies am wenigsten wohl für Italien. Für Großbritannien besteht hingegen Anlaß zur Sorge, vor allem weil der Zufluß von Geldern aus OPEC-Ländern weiter nachlassen dürfte; bereits 1975 mußten wieder Mittel des Weltwährungsfonds in Anspruch genommen werden. Frankreich schließlich droht aus konjunkturellen Gründen eine Verschlechterung der Leistungsbilanz; von daher sind Spannungen im europäischen Währungsverbund nicht auszuschließen.

Für die Industrieländer insgesamt wird sich die Leistungsbilanz 1976 deutlich verschlechtern. Sie werden mehr Rohstoffe und Öl beziehen, ohne daß ihre Ausfuhr in die Nicht-Industrieländer entsprechend ansteigen dürfte. Die Terms of Trade werden sich zu ihren Lasten verändern. Auf der Gegenseite wird der Überschuß der OPEC-Länder leicht zunehmen; das Defizit der übrigen rohstoffexportierenden Entwicklungsländer wird sich verringern, aber immer noch sehr hoch bleiben.

254. Im Jahre 1976 kann mit einem Anstieg des Welthandelsvolumens in der Größenordnung von 6 vH (1975: — 7 vH) gerechnet werden. Dabei dürfte sich die Erfahrung bestätigen, daß lagerzyklische Einflüsse schon im Anfangsstadium der konjunkturellen Erholung den Welthandel verhältnismäßig kräftig beleben. Angesichts der geringen Bestände an Vorprodukten, aber auch an Verbrauchsgütern, ist zu erwarten, daß das Volumen des Welthandels 1976 etwas stärker als die Produktion in den Industrieländern zunehmen wird, nachdem es im Durchschnitt des Jahres 1975 weit mehr als das Produktionsvolumen geschrumpft war. Von der Wiederbelebung des Welthandels werden alle Ländergruppen profitieren. Sowohl für die Ölländer wie für die übrigen Entwicklungsländer werden sich die Absatzmöglichkeiten in den Industrieländern deutlich verbessern. Zunehmen wird aber auch der Handel zwischen den Industrieländern. Deren Ausfuhr in die Ölländer wird dagegen nicht mehr ganz so kräftig wie in diesem Jahr steigen, für die Lieferungen in die Staatshandelsländer, die an Devisenmangel leiden, ist ein leichter Rückgang zu erwarten, und die Importneigung der Entwicklungsländer außerhalb der OPEC-Gruppe wird mehr von der vorangegangenen Verschlechterung ihrer Zahlungsbilanzen als von der einsetzenden Verbesserung ihrer Außenwirtschaftslage bestimmt sein; der Export dorthin wird also wohl nochmals zurückgehen.

II. Zur voraussichtlichen Entwicklung der Binnenkonjunktur

255. Die konjunkturelle Talsohle ist zur Jahresmitte 1975 erreicht worden. Der lang erwartete Aufschwung scheint in greifbare Nähe gerückt. Die Nachfrage tendierte in den letzten Wochen wieder leicht nach oben, die Beschäftigung nur noch wenig nach unten. Zudem hat die Stabilisierung des Kosten- und Preisniveaus als eine entscheidende Voraussetzung für den Aufschwung Fortschritte gemacht.

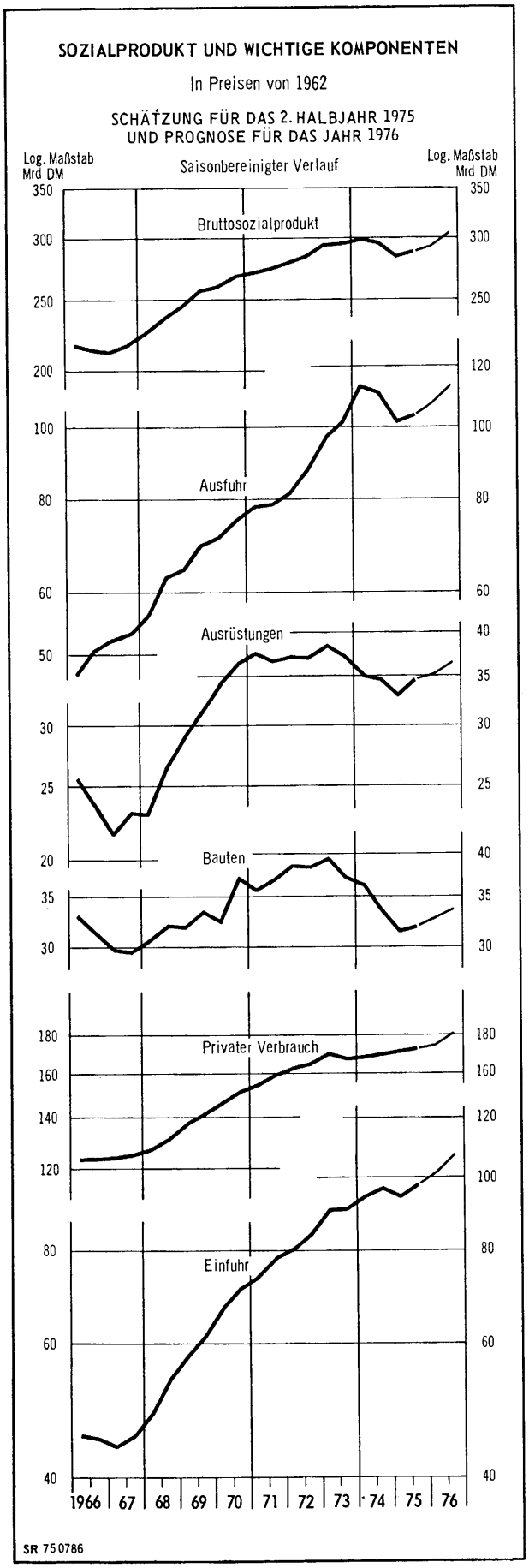
Wenn eine Prognose für das Jahr 1976 dennoch mit erheblichen Risiken behaftet ist, so nicht wegen des Zweifels an der Wende überhaupt. Unsicherheit besteht vielmehr über Verlauf und Stärke der Aufwärtsbewegung.

— Investoren und Verbraucher verhalten sich vielfach noch abwartend. Dies beruht vermutlich weniger auf ihrer Einschätzung der kurzfristigen Entwicklung — eine solche Einschätzung würde rasch durch die Fakten korrigiert. Skepsis herrscht vielmehr hinsichtlich der mittel- und langfristigen Perspektiven. Häufig wird befürchtet, daß die Belebung der Auslandsnachfrage und der inländischen Investitionsnachfrage nicht stark und nachhaltig genug sein könnte, um den Aufschwung in Gang zu halten, daß sich also die Aufwärtsbewegung nach einem „Zwischenhoch" wieder abflacht.

— Die Nachfrageexpansion kann aber auch steil verlaufen. Damit wäre insbesondere dann zu rechnen, wenn sich 1976 ein konjunktureller Gleichschritt zwischen den westlichen Industrieländern herausbilden sollte und im Zuge der wieder rasch steigenden Exporte die Unternehmen ihre Investitionspläne kräftig nach oben revidieren würden.

Beide hier skizzierten Verlaufsmuster halten wir für möglich, so daß man auf sie vorbereitet sein sollte. Wir gehen an anderer Stelle des Gutachtens

Schaubild 35



auf sie ein (Ziffern 461 ff.). Aus heutiger Sicht kommt ihnen jedoch nur eine geringe Wahrscheinlichkeit zu. Besser entspricht unserer Erwartung ein Konjunkturaufschwung, der sich zunächst nur zögernd entfaltet, aber im Verlauf des Jahres 1976 an Kraft gewinnt (Schaubild 35).

256. Unsere Erwartung eines baldigen konjunkturellen Aufschwungs stützt sich vor allem darauf, daß die Entwicklung der Weltkonjunktur wieder zuversichtlich einzuschätzen ist (Ziffern 246 ff.). Die Auslandsnachfrage hat sich in den letzten Monaten bereits spürbar belebt. Damit ist ein wichtiges Hindernis beseitigt, das bislang einer Entfaltung der binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte im Weg gestanden hatte.

257. Nicht überall vertraut man indes darauf, daß die Auslandsnachfrage wieder zum Schrittmacher des Aufschwungs werden könne. Viele Unternehmen befürchten anscheinend, daß auch dann, wenn die Nachfrage im Ausland steigt, ein geringerer Teil davon als früher auf sie entfallen wird, weil ihre Fähigkeit nachgelassen habe, über den Preis zu konkurrieren. Anders ausgedrückt: Man betrachtet den Anpassungsprozeß an veränderte Wettbewerbsbedingungen, wie er durch die kräftige Aufwertung der D-Mark und den starken Kostenauftrieb in den Jahren 1969 bis 1973 erzwungen worden ist, noch nicht für abgeschlossen.

Gegen solche Skepsis ist einzuwenden: Der Wechselkurs der D-Mark ist seit der Jahresmitte 1973 im ganzen nicht mehr gestiegen; der Kostenanstieg war zudem im Inland deutlich schwächer als im Ausland. Überdies haben die deutschen Unternehmen in der Vergangenheit bewiesen, daß sie auch Nachteile im Preiswettbewerb auszugleichen wissen: etwa durch den Qualitätsstandard ihrer Erzeugnisse oder durch intensive Marktpflege. Zwar mag es sein, daß sich bei einer Reihe von Produkten, vor allem bei solchen, die verhältnismäßig arbeitsintensiv sind oder mit einfachen Technologien erzeugt werden, die Absatzchancen in letzter Zeit verschlechtert haben, weil diese von anderen Ländern häufig preiswerter angeboten werden können. Dafür öffnen sich aber mehr Absatzchancen für solche Güter, die jene Länder zum Aufbau ihrer Exportindustrien benötigen.

Es kommt hinzu, daß im Ausland der außerordentlich starke Lagerabbau namentlich bei Eisen und Stahl sowie bei chemischen Erzeugnissen zu Ende gegangen ist, der erheblich zum starken Einbruch der Exporte beigetragen hat; ähnliches gilt für den Absatz von Kraftfahrzeugen.

258. Mit der fortschreitenden Belebung der Weltkonjunktur werden sich vor allem die Exporte in die Industrieländer kräftig erhöhen. Dabei werden zunächst die Exporte von Vorprodukten und Konsumgütern stärker steigen, die von Investitionsgütern hingegen erst, wenn sich die Investitionsneigung im Ausland kräftigt. Auch die Entwicklungsländer werden aufgrund der steigenden Erlöse aus Rohstofflieferungen wieder mehr deutsche Waren be-

ziehen, wenn auch erst im späteren Verlauf des Jahres. Das Auslandsgeschäft mit den Ölförderländern wird dagegen nicht mehr ganz so stürmisch verlaufen wie bisher, und die Lieferungen an die Staatshandelsländer dürften sich aus Devisenmangel, nur noch wenig erhöhen.

Insgesamt rechnen wir schon in den nächsten Monaten mit einer beschleunigten Zunahme der Ausfuhr. Im Jahresdurchschnitt wird das Exportvolumen um 7 vH bis 8 vH höher sein als 1975 (Tabelle 29). Die deutsche Ausfuhr wird also, wie in früheren Jahren, stärker steigen als der Welthandel (Ziffer 154).

Unsere Schätzung läge zu hoch, wenn sich der Aufschwung bei wichtigen Handelspartnern verzögern sollte; sie wäre hingegen zu niedrig, wenn er bei den „Nachzüglern" rascher als erwartet einsetzen und sich ein Konjunkturgleichschritt herausbilden würde.

259. Erweist sich unsere Einschätzung der Exportkonjunktur als zutreffend, so dürfte das eine spürbare Verbesserung des Investitionsklimas nach sich ziehen. Dennoch kann es nicht als sicher gelten, daß sich die Investitionsneigung nachhaltig belebt, es also zu einem Investitionsaufschwung kommt, der sich selbst trägt:

— Die Unternehmen verfügen gegenwärtig über große Produktionsreserven in Form freier Kapazitäten; sie bleiben also fürs erste lieferfähig, selbst wenn sich ihre Auftragsbücher rasch füllen. Möglicherweise schätzen sie ihre längerfristigen Absatzerwartungen und ihren späteren Kapazitätsbedarf vorsichtiger ein als früher. Hierzu mag nicht nur der verbreitete Wachstumspessimismus beitragen, sondern ebenso der für eine Rezession nicht ungewöhnliche Zweifel der Unternehmen, ob es im Aufschwung auch ihre Produkte sein werden, die wieder verstärkt nachgefragt werden.

— Auf den Erwartungen der Unternehmen lastet zudem die Sorge, ob sich die Ertragslage auf mittlere Sicht ausreichend bessert, sei es weil sie befürchten, daß es dem Staat nicht gelingen werde, die Ausgabenflut einzudämmen und die notwendigen Steuererhöhungen dann ihnen aufgebürdet würden, sei es weil sie annehmen, daß die Arbeitnehmer auch eine Lohnpolitik verfolgen werden, die eine dauerhafte Korrektur der Lohnquote nicht zuläßt.

— Schließlich wird von den Unternehmern auf die Unsicherheit hingewiesen, die sich für sie aus Diskussionen etwa über weitergehende Mitbestimmung, über Investitionslenkung oder über Preisaufsicht ergibt — ein Argument, das in seinem Gewicht für die Investitionsneigung schwer abzuschätzen ist.

Solche Skepsis findet ihren Niederschlag in den Ergebnissen des Ifo-Investitionstests vom August 1975: Danach plant die Industrie, ihre Investitionen 1976, in konstanten Preisen gerechnet, noch einmal, um 4 vH, einzuschränken. Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß andere Bereiche, etwa die Energiewirtschaft und offenbar nun auch das Baugewerbe, wieder mehr investieren wollen, liefe das noch nicht auf einen Anstieg der Anlageinvestitionen der Unternehmen hinaus.

260. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß viele Pläne noch korrigiert werden; deutliche Planrevisionen nach oben waren auch früher schon in allen Aufschwungsphasen die Regel. Niemals zuvor hat eine Belebung der Investitionskonjunktur erst aus einer Situation befriedigender Kapazitätsauslastung heraus begonnen. Wir teilen jedenfalls die Skepsis nicht, die in den gegenwärtig bekannten Plänen zum Ausdruck kommt. Es gibt Gründe, warum die Unternehmen ihre Investitionschancen zurückhaltend beurteilen; doch gibt es bessere, die für eine Belebung der Investitionstätigkeit im Jahr 1976 sprechen:

— Der Ablauf der Begünstigungsfrist für die Investitionszulage hat zu einem Auftragsschub bei den Investitionsgüterherstellern geführt; dieser hat zusätzlich Aufträge nach sich gezogen und wird noch Aufträge nach sich ziehen. Der Einwand, daß es sich allein um vorgezogene Aufträge gehandelt habe, scheint inzwischen widerlegt. Da die Lieferung dieser Güter nicht beliebig hinausgeschoben werden kann, wenn die Zulage nicht verloren gehen soll, muß sich der Schub über kurz oder lang in einer Belebung der Produktion bei den Investitionsgüterherstellern zeigen.

— Viele Unternehmen haben in den letzten Jahren weniger investiert, als sie eigentlich hätten investieren müssen, wollen sie auf die Dauer konkurrenzfähig bleiben. Es besteht also ein Bedarf an Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen, der sich zwar für eine Weile aufschieben läßt, dann aber nachgeholt werden muß. Dieser aufgestaute Ersatz- und Rationalisierungsbedarf führt nach aller Erfahrung bereits zu einem Nachfrageanstieg, wenn das Motiv der Kapazitätserweiterung noch wenig Gewicht hat.

— Die Unternehmen werden 1976, selbst bei weniger günstigem Konjunkturverlauf als von uns angenommen, deutlich höhere Gewinne erzielen als in diesem Jahr. Der Cash Flow, also die Summe von Abschreibungen und unverteilten Gewinnen, wird sich spürbar erhöhen und die Unternehmen wieder mehr in Sachanlagen drängen. Dies wird mögliche Bedenken, ob sich Investitionen auch mittelfristig rentieren, zumindest vorübergehend in den Hintergrund treten lassen.

— Selbst dort, wo die Eigenfinanzierungsmittel für zusätzliche Investitionen knapp bleiben, werden die Unternehmen notwendige Investitionen vermutlich nicht weiter vertagen, sobald sie nicht mehr damit rechnen, daß Kredite noch billiger werden könnten.

261. In unserer Prognose haben wir angenommen, daß sich die Investitionsneigung in den kommenden Monaten merklich belebt. Auch wegen der Fristen für die Inanspruchnahme der Investitionszulage wird die Produktion ausgeweitet werden. Für die realen Ausrüstungsinvestitionen rechnen wir im

Tabelle 29

Die wichtigsten Daten der Volkswirt

Schätzung für das 2. Halbjahr 1975

Absolute Werte

	Einheit	1974	1975	1976	1975		1976	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
In jeweiligen Preisen:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	532,9	576,5	625,0	273,5	303,0	294,5	331,0
Staatsverbrauch	Mrd DM	196,3	218,5	232,5	101,3	117,0	108,0	125,0
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd DM	223,9	217,5	236,0	100,7	117,0	108,5	127,5
Ausrüstungen	Mrd DM	94,8	97,5	107,5	45,7	52,0	51,0	56,5
Bauten	Mrd DM	129,1	119,5	128,5	54,9	65,0	57,5	70,5
Vorratsveränderungen	Mrd DM	+ 1,1	± 0	+11,0	+ 6,3	−6,5	+13,5	−2,5
Außenbeitrag	Mrd DM	+39,8	+24,0	+20,5	+14,7	+9,5	+11,0	+9,5
Ausfuhr	Mrd DM	298,9	293,0	326,0	143,3	150,0	155,5	170,5
Einfuhr	Mrd DM	259,1	269,0	305,5	128,6	140,5	144,5	160,5
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	994,0	1 036,5	1 125,5	496,5	540,0	535,0	590,0
In Preisen von 1962:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	337,8	344,5	355,5	165,4	179,0	168,5	186,5
Staatsverbrauch	Mrd DM	83,9	86,0	87,0	41,2	45,0	42,0	45,5
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd DM	139,1	131,0	138,0	61,1	69,5	64,5	73,5
Ausrüstungen	Mrd DM	69,4	67,5	71,5	32,1	35,5	34,5	37,5
Bauten	Mrd DM	69,7	63,5	66,5	29,1	34,0	30,0	36,0
Ausfuhr	Mrd DM	224,4	204,5	220,0	100,6	104,0	106,5	113,5
Einfuhr	Mrd DM	190,9	192,5	209,5	93,1	99,0	101,5	108,0
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	595,0	573,5	598,5	279,5	294,0	289,5	309,5
Preisentwicklung								
Privater Verbrauch	1962 = 100	157,8	167,5	176,0	165,4	169,0	174,5	177,5
Bruttosozialprodukt	1962 = 100	167,1	180,5	188,0	177,6	183,5	185,0	191,0
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige [1]	1 000	26 215	25 385	25 110	25 460	25 315	24 940	25 280
Arbeitszeit	Stunden	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitsvolumen	Mrd Std.	.	.	.	.	.	.	.
Produktivität	DM je Std.	.	.	.	.	.	.	.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	Mrd DM	596,7	575,5	600,5	280,2	295,0	290,0	310,5
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	546,3	568,0	608,0	273,2	295,0	289,5	318,5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	217,6	224,0	254,0	104,9	119,5	118,0	136,0
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	Mrd DM	763,9	792,5	862,0	378,1	414,5	407,5	454,5
Nettoeinkommen [3] aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	343,1	365,5	378,5	179,9	185,5	184,5	194,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	166,3	177,5	203,0	82,7	95,0	95,0	108,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	Mrd DM	625,4	691,0	737,0	328,5	362,5	347,0	390,0

[1] Ab 1975 eigene Schätzung.

Tabelle 29

schaftlichen Gesamtrechnungen

und Vorausschau auf das Jahr 1976

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1974	1975	1976	1975		1976	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
In jeweiligen Preisen:							
Privater Verbrauch	+ 7,5	+ 8	+ 8½	+ 8,2	+ 8	+ 7½	+ 9
Staatsverbrauch	+16,7	+11	+ 6½	+12,8	+10	+ 6½	+ 7
Bruttoanlageinvestitionen	− 2,1	− 3	+ 8½	− 6,1	+ 0	+ 7½	+ 9
Ausrüstungen	− 1,8	+ 3	+10	+ 0,8	+ 5½	+11	+ 9
Bauten	− 2,3	− 7½	+ 7	−11,2	− 3½	+ 5	+ 9
Vorratsveränderungen	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	+31,4	− 2	+11	+ 0,1	− 4	+ 8½	+13½
Einfuhr	+27,9	+ 4	+13½	+ 4,1	+ 3½	+12½	+14½
Bruttosozialprodukt	+ 7,2	+ 4½	+ 8½	+ 4,1	+ 4½	+ 8	+ 9½
In Preisen von 1962:							
Privater Verbrauch	+ 0,2	+ 2	+ 3	+ 1,9	+ 2	+ 2	+ 4
Staatsverbrauch	+ 4,7	+ 2½	+ 1½	+ 3,4	+ 2	+ 1½	+ 1½
Bruttoanlageinvestitionen	− 8,1	− 6	+ 5½	− 9,6	− 2½	+ 5½	+ 5½
Ausrüstungen	− 7,9	− 2½	+ 6	− 5,8	+ ½	+ 7	+ 5
Bauten	− 8,3	− 9	+ 4½	−13,5	− 5½	+ 3½	+ 6
Ausfuhr	+13,3	− 9	+ 7½	−10,8	− 7	+ 6	+ 9
Einfuhr	+ 4,8	+ ½	+ 9	− 0,7	+ 2	+ 9	+ 9
Bruttosozialprodukt	+ 0,4	− 3½	+ 4½	− 5,0	− 2	+ 3½	+ 5
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	+ 7,3	+ 6	+ 5	+ 6,2	+ 6	+ 5½	+ 5
Bruttosozialprodukt	+ 6,8	+ 8	+ 4	+ 9,6	+ 7	+ 4	+ 4
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige [1]	− 1,9	− 3	− 1	− 3,3	− 3	− 2	− 0
Arbeitszeit [2]	− 1,3	− 1½	+ 1½	− 2,2	− 1	+ 1	+ 1½
Arbeitsvolumen	− 3,2	− 4½	+ 0	− 5,4	− 4	− 1	+ 1
Produktivität	+ 3,9	+ 1	+ 4	+ 0,4	+ 2	+ 4½	+ 4
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	+ 0,6	− 3½	+ 4½	− 5,0	− 2	+ 3½	+ 5
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 9,6	+ 4	+ 7	+ 4,6	+ 3½	+ 6	+ 8
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 1,1	+ 3	+13½	+ 1,1	+ 5	+12½	+14
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	+ 7,0	+ 3½	+ 9	+ 3,6	+ 4	+ 8	+ 9½
Nettoeinkommen [3]							
aus unselbständiger Arbeit	+ 7,9	+ 6½	+ 3½	+ 7,0	+ 6	+ 2½	+ 4½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 0,4	+ 6½	+14½	+ 4,8	+ 8½	+14½	+14
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 8,4	+10½	+ 6½	+12,2	+ 9	+ 5½	+ 7½

[2] Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.
[3] Ab 1975 einschließlich der Erhöhung des Kindergeldes.

Jahresdurchschnitt 1976 mit einer Zunahme von rund 6 vH, das bedeutet im Jahresverlauf einen verhältnismäßig kräftigen Anstieg. Selbst dabei wird allerdings der starke Rückgang in den Jahren 1974 und 1975 nur etwa zur Hälfte wettgemacht.

262. Bei der Nachfrage nach Bauleistungen rechnen wir gleichfalls mit einer Belebung; das Ausmaß ist allerdings auch hier schwer abzuschätzen:

— Im Wohnungsbau tendierten die Baugenehmigungen, an denen wir die Entwicklung der Nachfrage ablesen, zuletzt zwar nicht mehr weiter nach unten, aber auch noch nicht eindeutig nach oben. Andererseits liegt die Anzahl der Baugenehmigungen für Wohnungen mit 350 000 (auf ein Jahr gerechnet) beträchtlich unter dem, was mittelfristig an Bedarf zu erwarten ist. Angesichts der verbesserten Finanzierungsbedingungen wird vor allem das Interesse am Erwerb von Eigenheimen vermutlich wieder zunehmen. Dabei dürften sich nicht wenige Bauherren durch die Zinsvergünstigungen im Rahmen des Konjunkturprogramms vom August 1975 veranlaßt sehen, geplante Bauvorhaben vorzuziehen. Zu einem Nachfrageschub scheint es beim Ausbaugewerbe gekommen zu sein: Hier haben die Maßnahmen zur Modernisierung des Althausbesitzes einen spürbaren Anstoß gegeben.

— Auch im gewerblichen Bau scheint durch die Nachfragebelebung in den Sommermonaten eine leichte Zunahme der Bautätigkeit vorgezeichnet. Der Nachfrageanstieg dürfte sich fortsetzen, wenn auch deutlich schwächer als der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen, da die Bereitschaft zu Kapazitätserweiterungen vorerst gering bleiben wird, von der die Entwicklung der gewerblichen Bauten weitgehend abhängt.

— Die Baunachfrage des Staates wird sich durch das Konjunkturprogramm zunächst deutlich beleben, danach allerdings wieder abschwächen. Der Bund und einige Länder planen, die Investitionsausgaben zu kürzen; die Gemeinden dürften dem folgen, zumal viele von ihnen mit Abstrichen bei den Zuweisungen der Länder rechnen müssen. Unter Einschluß des Konjunkturprogramms dürften indessen die Investitionen des Staates etwas höher sein als in diesem Jahr (Tabelle 30).

Da der Anpassungsprozeß der Produktion an das niedrige Nachfrageniveau inzwischen weitgehend abgeschlossen zu sein scheint, rechnen wir damit, daß das Volumen der Bauinvestitionen wieder steigen wird: nach den Schätzungen für die einzelnen Bereiche um insgesamt 4½ vH. Dabei werden die Wohnungsbauinvestitionen erstmals wieder zunehmen, allerdings nur wegen der Nachfragewirkungen des Modernisierungsprogramms.

263. Spürbare Impulse für die Konjunktur erwarten wir von einer Verstärkung des Lageraufbaus. Wie immer in der Frühphase des Konjunkturaufschwungs wird die Industrie ihre Vorräte an Rohstoffen und Vorprodukten aufstocken und der Handel die Fertigwarenläger ausweiten. Allerdings scheinen gegenwärtig die Lagerbestände im Vergleich zu den Umsätzen immer noch recht hoch. Der aus dem Lageraufbau resultierende Zuwachs an Nachfrage dürfte daher 1976 etwas geringer sein als in früheren Aufschwungsphasen.

264. Der Umschwung im Lagerzyklus wird nicht nur die inländische Produktion, sondern auch die Importe anregen. Die Einfuhr von Rohstoffen und Vorprodukten wird daher schon bald wieder kräftig zunehmen. Die Einfuhr von Fertigwaren wird verstärkt steigen, wenn es zu der erwarteten Belebung der Verbrauchskonjunktur kommt: Es kann als sicher gelten, daß es ausländischen Anbietern gelingen wird, mit preiswerten Angeboten ihren Marktanteil weiter zu erhöhen.

Wie immer in Aufschwungsphasen wird das Importvolumen stärker expandieren als das Sozialprodukt; wir veranschlagen die Zuwachsrate — Waren und Dienstleistungen zusammengenommen — im Jahresdurchschnitt 1976 auf rund 9 vH.

265. Wie bald die Konsumenten ihre Zurückhaltung aufgeben werden, ist ungewiß. In Teilbereichen des privaten Verbrauchs gibt es zwar bereits sehr deutliche Anzeichen für eine Zunahme, doch ist nicht sicher, ob sich darin schon die Belebung der Verbrauchskonjunktur auf breiter Front ankündigt.

Die Unsicherheit bei der Prognose des privaten Verbrauchs rührt daher, daß sich offenbar das Konsumentenverhalten im Konjunkturzyklus verändert hat: Die Kaufbereitschaft hängt in stärkerem Maße als früher von Schwankungen im Beschäftigungsgrad ab; die Sparquote ist in dieser Rezession überaus kräftig gestiegen. Hieraus folgt aber auch, daß wieder weniger gespart werden wird, wenn die Konsumenten Vertrauen in die weitere wirtschaftliche Entwicklung gewinnen. Jedenfalls sehen wir keine überzeugenden Gründe, die dafür sprechen, daß die hohe Sparneigung auch im Aufschwung unverändert beibehalten wird. Wir gehen im Gegenteil davon aus, daß ein erheblicher Nachholbedarf existiert. Dies kann vor allem bei Gütern, die einem technischen Verschleiß unterliegen und deren Ersatz nicht unbegrenzt aufgeschoben werden kann, zu einem Nachfragestoß führen, wie er sich in diesem Jahre bei Kraftfahrzeugen gezeigt hat. Dabei werden wahrscheinlich nicht nur angesparte Guthaben aufgelöst, sondern wohl auch in verstärktem Maße Kredite aufgenommen werden.

In unserer Rechnung haben wir einen Anstieg der Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte um 8½ vH angesetzt. Unter der Annahme, daß sich der Preisanstieg weiter abschwächen wird (Ziffer 151, 270), bedeutet dies eine Zunahme des realen Verbrauchs um 3 vH, nach 2 vH im Jahre 1975.

266. Bei der zugrunde gelegten Entwicklung der einzelnen Nachfrageaggregate wird das reale Sozialprodukt mit einer Rate zunehmen, die deutlich höher ist als die Wachstumsrate des Produktionspotentials. Für den Jahresdurchschnitt 1976 rechnen wir mit einer Zuwachsrate von rund 4½ vH. Eine höhere, aber auch eine geringere Rate halten wir zwar für

Tabelle 30

Einnahmen und Ausgaben des Staates [1])

Schätzung für das Jahr 1975 und Prognose für das Jahr 1976

	1974		1975	1976
	Mrd DM	Anteil in vH	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Einnahmen insgesamt	424,1	100	+ 2½	+ 9½
Steuern	248,8	58,7	− 1½	+ 9½
Sozialversicherung	142,1	33,5	+ 9	+11½
Sonstige laufende Einnahmen	22,2	5,2	+ 7	+ 7
Vermögensübertragungen und Abschreibungen	11,0	2,6	+13½	− 3
Ausgaben insgesamt	435,8	100	+15	+ 8½
Staatsverbrauch	196,3	45,0	+11	+ 6½
Einkommensübertragungen	166,1	38,1	+22	+ 8½
Private Haushalte	142,0	32,6	+24½	+ 9
Unternehmen und übrige Welt	24,1	5,6	+ 6½	+ 3½
Zinsen	11,6	2,7	+38	+31½
Vermögensübertragungen	22,4	5,1	+ 6	+21½
Investitionen	39,4	9,0	+ 3	+ 4
		Mrd DM		
Finanzierungssaldo [2])	−11,7		−65½	−66
Sozialversicherung	+ 4,4		− 3	− 5½
Gebietskörperschaften	−16,1		−62½	−60½
Nachrichtlich:				
Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik				
Einnahmen	289,6		292	315
Steuern	239,7		238½	257
Sonstige Einnahmen	49,9		53½	58
Ausgaben	318,4		370	390
Finanzierungssaldo [2])	−28,7		−78	− 75

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einschließlich Sozialversicherung.
[2]) Überschuß: +, Defizit: −.

möglich; doch entsprechen sie nicht unserer besten Setzung (Ziffer 255).

267. Mit fortschreitender Produktionsbelebung wird zwar der Auslastungsgrad der Sachkapazitäten rasch wieder steigen, die Zahl der Beschäftigten zunächst aber kaum zunehmen, die Arbeitslosenzahl mithin hoch bleiben. Wie immer im Aufschwung können die Unternehmen nämlich die Produktion mit den vorhandenen Arbeitskräften erheblich steigern, sei es durch Nutzung von Produktivitätsreserven, sei es durch Abbau von Kurzarbeit oder die Einführung von Überstunden: Nach der Rezession von 1966/67 verging etwa ein Dreivierteljahr, bis die Zunahme der Produktion zu einer Zunahme der Beschäftigtenzahl führte. Diesmal könnte es sogar noch länger dauern, weil die Unternehmen die Beschäftigung nicht voll an das geschrumpfte Produktionsvolumen angepaßt haben.

Die Zahl der Arbeitslosen wird früher zurückgehen als die Zahl der Beschäftigten steigt, wenn auch nicht in allen Fällen aus konjunkturellen Gründen. So werden weiterhin arbeitslose Ausländer in ihre Heimat zurückkehren und ein Teil jener Arbeitslosen, die einen Anspruch auf vorzeitige Rente geltend machen können oder deren Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erlischt, wird sich nicht mehr bei den Arbeitsämtern melden. Am Jahresende 1976 wird die Zahl der Arbeitslosen beträchtlich niedriger sein als Ende 1975; im Jahresdurchschnitt wird sie

jedoch mit rund einer Million den Jahrsdurchschnitt 1975 nur wenig unterschreiten.

In den kommenden Monaten wird allerdings die Zahl der Arbeitslosen aus saisonalen Gründen noch einmal deutlich zunehmen: Vor allem in den witterungsabhängigen Außenberufen verliert in jedem Winter eine bestimmte — im voraus nicht abschätzbare — Anzahl von Arbeitnehmern vorübergehend ihren Arbeitsplatz. Diese Saisonarbeitslosigkeit wird im Frühjahr rasch wieder abgebaut werden.

268. In welchem Umfange die Unternehmen die Belebung der Nachfrage zum Anlaß für die Neueinstellung von Arbeitskräften nehmen, läßt sich nur schwer voraussagen. Das hängt vor allem vom Umfang der Produktivitätsreserven ab, aber auch von den künftigen Lohnabschlüssen.

Aus der lohnpolitischen Diskussion der letzten Wochen haben wir den Eindruck gewonnen, daß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern weitgehend Übereinstimmung besteht, daß es bei den kommenden Tarifverhandlungen im wesentlichen um einen Inflationsausgleich geht. Damit ist für uns das Risiko bei der Prognose deutlich geringer als in den zurückliegenden Jahren.

In unsere Rechnung haben wir für den Jahresdurchschnitt 1976 eine Anhebung der effektiven Stundenverdienste, einschließlich aller Nebenleistungen wie Verlängerung des Urlaubs, Gewährung von Urlaubsgeld, Zahlung von Überstundenzuschlägen, Anhebung von einzelnen Lohngruppen, um rund 6 vH eingesetzt. Diese Rate ist keineswegs eine Orientierungszahl für künftige Lohnverhandlungen; sie darf auch nicht mit jener Rate gleichgesetzt werden, die sich für die einzelnen Abschlüsse ergeben mag. Darin enthalten sind auch Vorbelastungen aus dem Jahre 1975. Für die Unternehmen ergibt sich eine zusätzliche Lohnkostenbelastung aus der Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung von rund 1 vH.

269. Auch wenn man einen kräftigen Produktivitätsschub in Rechnung stellt, wie er aus einer besseren Auslastung des Produktionspotentials resultiert, werden die Lohnstückkosten weiter steigen, wenngleich, gemessen an der Entwicklung in den vorangegangenen Jahren, deutlich verlangsamt. Die Ertragslage kann sich unter diesen Bedingungen nur dann verbessern, wenn die Unternehmen die Preise weiter anheben, zumal sich die Rohstoffe eher wieder verteuern und die Zinsen wohl nicht mehr weiter sinken werden, allenfalls nur wenig.

Allerdings sind die konjunkturpolitischen Perspektiven weitaus besser als in den zurückliegenden Jahren. Erstmals seit langer Zeit zeichnet sich wieder eine Konstellation ab, die Fortschritte bei der Verringerung der Inflationsrate und eine Verbesserung der Gewinne zugleich verspricht.

270. Es gibt Gründe, die uns eine weitere Minderung des Preisanstiegs erwarten lassen, vor allem der deutlich nachlassende Kostendruck und der Wettbewerb, der trotz steigender Nachfrage wegen noch geringer Kapazitätsauslastung rege bleiben wird. Es kommt hinzu, daß sich die starke Verwerfung in der Preisstruktur, die sich als Folge der Explosion der Rohstoff- und Ölpreise ergeben hatte, wieder weitgehend zurückgebildet hat, die Fortwälzung der Kostensteigerung bis hin zum Verbraucher also nahezu abgeschlossen zu sein scheint.

Insbesondere bei den Verbraucherpreisen, gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung, rechnen wir mit einem abermals schwächeren Anstieg. Diese Erwartung wird dadurch gestützt, daß die Preise industrieller Konsumgüter auf der Erzeugerstufe seit mehr als einem Jahr annähernd stabil geblieben sind. Alles in allem veranschlagen wir den Anstieg des Preisniveaus im Laufe des Jahres (Jahresende 1976 gegen Jahresende 1975 gerechnet) auf etwa 4 1/2 vH. Wegen des „Überhangs" am Jahresende — im Dezember dürfte das Preisniveau um 2 1/2 vH über dem Jahresdurchschnitt 1975 liegen — ist allerdings für den Jahresdurchschnitt 1976 mit rund 5 vH eine etwas höhere Steigerungsrate zu erwarten.

271. Erweisen sich unsere Annahmen über die Entwicklung von Löhnen, Produktivität und Preisen als zutreffend, so läuft das auf eine spürbare Erhöhung der Gewinnspannen hinaus; die Einkommensverteilung wird sich also erstmals seit Ende der sechziger Jahre wieder deutlich zugunsten der Unternehmen verändern. Den Anstieg des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen darf man deshalb nicht allein im Vorjahresvergleich werten, man muß ihn vielmehr vor dem Hintergrund der starken Gewinnkompression der Jahre 1970 bis 1975 sehen.

272. Für den Staat ergibt sich bei der angenommenen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wieder eine merkliche Zunahme seiner Einnahmen. Das Steueraufkommen wird nach unserer Schätzung 257 Mrd DM betragen; der Anstieg um 7 1/2 vH bleibt allerdings hinter dem des Sozialprodukts zurück, weil die Investitionszulage in Höhe von 3 1/2 Mrd DM nicht als Ausgabe des Staates gebucht, sondern mit den Steuern verrechnet wird. Einschließlich der stark steigenden Gebühren und der sonstigen Einnahmen werden den Gebietskörperschaften 315 Mrd DM zufließen. Bei einem Ausgabevolumen von 390 Mrd DM, das unserer Prognose zugrundeliegt, wird das Finanzierungsdefizit mit 75 Mrd DM nicht viel hinter dem des Jahres 1975 zurückbleiben. Nur von einem Teil dieses Defizits gehen expansive Impulse aus; nach dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts steht hierfür ein Betrag von 34 Mrd DM (Ziffer 434).

DRITTES KAPITEL
Krise der Marktwirtschaft?

I. Die Probleme

273. Die Kritik, die die marktwirtschaftliche Ordnung seit den Anfängen begleitet, findet in Zeiten wirtschaftlichen Rückgangs neue Nahrung. Wird sie bei guter Konjunktur mehr vom Ungenügen an der Zusammensetzung und Verteilung des wachsenden Wohlstands angetrieben, so ist es in Krisenzeiten die Gefährdung von Fortschritten und der Verlust von Arbeitsplätzen, woran sie sich entzündet. Daß Kritik in beiden Situationen berechtigten Anlaß findet, steht außer Zweifel. Allerdings wird ein nüchterner Betrachter auch sehen, was erreicht worden ist, nicht nur, was zu wünschen übrig bleibt. In einer offenen Gesellschaft wird Kritik nicht als Gefahr für die Ordnung der Gesellschaft betrachtet und unterdrückt, sondern als ein Ferment der Anpassung an sich wandelnde Bedingungen bereitwillig geduldet. Aber auch der Kritiker tut gut daran, sich von Zeit zu Zeit zu vergewissern, ob die Anpassung, deren Fehlen er beklagt, nicht schon in vollem Gange ist.

Qualitatives versus quantitatives Wachstum

274. Was die Soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik im ersten Vierteljahrhundert ihres Bestehens an Anpassungsleistungen vollbracht hat, verkleinert die vor uns stehenden Probleme nicht, setzt sie aber zu jenen ins rechte Verhältnis.

Sie hat, um damit zu beginnen, in zwei Jahrzehnten rapiden Strukturwandels das Schrumpfen alter und das Wachstum neuer Wirtschaftszweige ohne größere Friktionen bewältigt und dank dieses Anpassungsprozesses ihre Mitglieder in einem Maße mit privatem Wohlstand versorgt, das im Vergleich zu dem Lebensniveau des Jahres 1950 eine unerhörte Steigerung bedeutet. Die Menge der kaufbaren Güter, die Qualität und Ausstattung der Häuser und Wohnungen, die Erschwinglichkeit von Reisen, die Länge der Freizeit und des Urlaubs haben in einem Maße und einem Tempo zugenommen, das nichts Selbstverständliches hat.

Mit der Steigerung des privaten Wohlstands aber treten Probleme hervor, die vordem weniger dringlich schienen, so vor allem nachteilige Nebenwirkungen auf Umwelt und Gesundheit. Für die Vermittlung zwischen Konsum und Produktion wird immer drängender die Forderung gestellt, die Informiertheit, das Urteil und die Aktivität der Verbraucher zu verbessern. Große und mit zunehmendem Wohlstand weiter wachsende Aufgaben liegen auch darin, den Arbeitsablauf und die Arbeitsumwelt humaner zu gestalten, wenn nicht die Bedingungen der Produktion hinter der Entwicklung des privaten Wohlstands zurückbleiben sollen.

275. Das Bewußtsein, daß es hier zu Disproportionalitäten gekommen war, hat zu der verbreiteten Vorstellung geführt, daß die Marktwirtschaft auf rein „quantitatives" wirtschaftliches Wachstum angelegt sei, daß sie schon aus dem System heraus qualitative Aspekte vernachlässige. Das ist ein Irrtum.

Die marktwirtschaftliche Ordnung kennt streng genommen gar kein isoliertes Wachstumsziel; sie ist darauf angelegt, daß möglichst viele einzelne möglichst viel Spielraum haben, selbständig etwas zu entscheiden, daß die arbeitsteilige Produktion von Gütern sich möglichst nach den Wünschen der einzelnen richtet, und daß die Produktion und Zuteilung der Güter möglichst effizient organisiert wird. Der Motor des ganzen beruht auf dem Grundsatz: Kompetenz und Haftung gehören zusammen; wer etwas tut, darf darauf rechnen, daß der Erfolg ihm zufällt, zumindest teilweise, und für einen Mißerfolg hat er gerade zu stehen, in zumutbaren Grenzen. Bei alledem ergibt sich zwar im allgemeinen wirtschaftliches Wachstum, aber eben nicht aus einer speziellen Zielsetzung des Systems heraus. Das Ergebnis ist aus den — vorzugebenden und zu überwachenden — Prozeßregeln heraus gerechtfertigt, nicht dadurch, daß es den Vergleich mit irgendeinem wie auch immer gefaßten quantitativen Wachstumsziel besteht. Wenn nach den Regeln des Systems, gegebenenfalls durch demokratisch legitimierte Instanzen aufgrund ihrer Kompetenz für die Rahmenbedingungen, entschieden wird,

- daß die Arbeitszeit verkürzt, die Freizeit also verlängert werden soll,
- daß die Arbeitsbedingungen erhöhten Standards zu genügen haben,
- daß bei der Produktion und dem Verbrauch von Gütern mehr Rücksicht auf die Umwelt genommen werden soll und daher entsprechende Auflagen zu erfüllen sind,

so geschieht dies nicht gegen die Zwecke der Marktwirtschaft, sondern ist deren Ausdruck, nämlich Ausdruck dessen, daß zählen soll, was die Menschen wollen. Der ständige marktwirtschaftliche Strukturwandel ist nichts anderes; er dient nie allein der quantitativen Gütervermehrung, sondern immer zugleich der „qualitativen" durch Anpassung der Produktionsstruktur an veränderte Nachfragebedingungen. Für ein gutes Ergebnis kommt es allerdings darauf an, daß in die Entscheidungen, nicht zuletzt auch in die kollektiv zu treffenden Entscheidungen, das Wissen über die Kosten eingeht, das

Wissen darüber, was ein Mehr hier an Weniger dort bedeutet. Daß mehr Freizeit, mehr Umweltgüter, verbesserte Arbeitsbedingungen finanziert werden könnten durch die Beseitigung marktmachtbedingter Unternehmensgewinne, ist zwar eine verbreitete Vorstellung, aber gleichwohl ein Märchen. Die Kosten haben alle zu tragen, über ein erhöhtes Preisniveau oder über verminderte Einkommenssteigerungen. Und die Kosten sind es auch, die im einzelnen das Tempo möglicher Verbesserungen begrenzen.

276. Es gibt freilich Störungen, zum Teil gravierende, welche selbst herbe Kritik verständlich machen.

In keiner Gesellschaft gelingt es, neuauftretende Probleme ohne Verzug zu lösen; bis sie erkannt, für dringlich gehalten und in Lösungen umgesetzt werden, verstreicht Zeit. Zwar ist der Zeitbedarf der Anpassung in der Marktwirtschaft meist geringer als in anderen Wirtschaftsordnungen. Was etwa an Methoden der Anreicherung, Erweiterung und Verselbständigung der Arbeitsprozesse bisher existiert, scheint überwiegend in Marktwirtschaften entwickelt worden zu sein. Doch für viele reicht das Tempo der Neuerungen nicht aus, das Vertrauen zu rechtfertigen, daß die Knappheit der Arbeitskraft und die mit dem Wohlstand sich wandelnden Bedingungen der Leistungsbereitschaft genug Hebelkraft haben werden, den als übertrieben angesehenen — also nicht durch Kostenüberlegungen gedeckten — Widerstand gegen humanere Formen der Arbeit zu überwinden; hier mag sich Ungeduld ausbreiten, vor allem gegen das Beharrungsvermögen überkommener Vorstellungen. Die besondere Fähigkeit der Marktwirtschaft, die Produktion an den Bedürfnissen zu orientieren, muß sich wohl in zunehmendem Maße auch an den auf die Arbeitsbedingungen gerichteten Bedürfnissen der Menschen bewähren. Daß es dabei zu so großen Konflikten mit den auf Konsum gerichteten Bedürfnissen kommt, wie es auf den ersten Blick scheinen mag, ist nicht sicher. Was eine von den Wünschen der Arbeiter stärker mitbestimmte Gestaltung von Arbeitsbedingungen der Kapitalproduktivität entziehen mag, fügt sie der Produktivität der Arbeit oftmals wieder hinzu, wenn auch vielleicht mit einiger Verzögerung und nicht überall voll. Insoweit es nicht der Fall ist, werden die Reallöhne weniger stark steigen müssen.

277. Die zunehmende Vielfalt und Komplexität der Güter, verbunden mit der Tendenz zu größeren Produktionseinheiten, verstärkt den Nachteil der Verbraucherposition, der den privaten Haushalten daraus erwächst, daß sie ihre Kräfte auf die Beschaffung und Verwendung vergleichsweise kleiner Mengen von verhältnismäßig vielen Gütern aufteilen müssen. In einer funktionsfähigen Marktwirtschaft haben die Verbraucher die Chance, zu verhindern, daß an ihren Bedürfnissen vorbeiproduziert wird, wenn sie in der Lage sind, die Unternehmen in wirksamer Weise über ihre Bedarfsvorstellungen zu informieren, sei es mit den Mitteln der Abwanderung (Konsumverzicht, Abwendung), sei es durch Widerspruch (Kritik, Reklamation, Anklageerhebung) oder Verhandlung. Je größer aber der Nachteil der Verbraucherposition wird, desto offener tritt zutage, daß die privaten Haushalte, wollen sie ihre Interessen geltend machen, in weit größerem Maße als die Unternehmen auf Entlastung angewiesen sind: durch vertrauenswürdige Informationsquellen, durch rechtlichen und organisatorischen Beistand. In der Wirtschaftspolitik wird dem ansatzweise bereits Rechnung getragen; die Bereitstellung öffentlicher Mittel zur Verstärkung einer anbieterunabhängigen Verbraucherinformation, die Weiterentwicklung des rechtlichen Verbraucherschutzes zeigen an, daß die Marktwirtschaft sich auch auf diesem Gebiet an veränderte Bedingungen anzupassen vermag. Freilich ist hier vieles noch zu tun. Das marktwirtschaftliche Prinzip, die Produktion an den Bedürfnissen zu orientieren, muß an mehreren Fronten gegen diejenigen verteidigt werden, die die Entscheidung über die Bedürfnisse nicht den Konsumenten überlassen wollen. Die Fähigkeit der Konsumenten aber, ohne einseitige Beeinflussung ihr Interesse zu verfolgen, ist auf wirksame Rechtsnormen für ihre Interaktionen mit Produzenten sowie auf unabhängige Institutionen angewiesen, die die Verbraucher durch Information, Anleitung und Beistand nicht von sondern zu aktivem Verhalten entlasten.

278. Geht es in der Verbraucherpolitik darum, den Markt durch Ausgleich der Schwäche einer Marktseite funktionsfähiger zu machen, so hat die Umweltpolitik es mit dem derzeit wichtigsten Ausschnitt aus einem Problembereich zu tun, der dadurch entsteht, daß die Menschen sich, auch ohne die Strafgesetze zu verletzen, auf vielfältige Weise gegenseitig belästigen, und daß diese Beziehungen nicht alle über den Markt geregelt sind und sich auch nicht alle über den Markt regeln lassen. Denn die Interessen Dritter, die weder auf der Anbieternoch auf der Nachfrageseite eines Marktes vertreten sind, werden von diesem zwar bisweilen gefördert, häufig aber auch behindert. Die Verunreinigung der Luft durch Abgase, die Lärmbelästigung durch Düsenflugzeuge, die Verschmutzung von Flüssen sind beredte Beispiele dafür, wie das was über den Markt geht, zugleich die Interessen Dritter behindern kann. Daß solche negativen „externen Wirkungen" vermieden werden, ist verläßlich nur dann zu erwarten, wenn die Anbieter und Nachfrager ebenfalls extern, also durch staatliche Vorschriften dazu angehalten werden.

In der Tendenz zur Abwälzung von Kosten auf Externe liegt eine Leistungsgrenze des Marktes, die man als solche erkennen und akzeptieren muß, um sie auch überwinden zu können. Nichts kann systemgerechter sein, als unerwünschte externe Wirkungen des Marktverhaltens, fallen sie ins Gewicht, für regelungs- und kontrollbedürftig zu erklären. Es mag zwar viele Fälle geben, in denen die Abwägung der externen und der internen Interessen ergibt, daß die vom Markt abgewälzten Kosten dort getragen werden sollen, wo der Markt sie hinschiebt, in Einzelfällen auch, daß sie am besten von der Allgemeinheit, dem Staat also, getragen werden. Oft ist es aber angemessen und möglich, die Anbieter und

Nachfrager zum Tragen der von ihnen verursachten Kosten zu veranlassen.

Zur Erfüllung der komplizierten Regelungs- und Kontrollaufgaben, die sich in der Detailarbeit des Umweltschutzes ergeben, sind in der Bundesrepublik wesentliche Grundlagen bereits geschaffen worden. In manchen Bereichen mögen die Hindernisse, die sich dem Vollzug in den Weg stellen, überwältigend und die tatsächlichen Fortschritte allzu gering erscheinen. Das darf aber nicht den Blick dafür verstellen, daß die Umweltprobleme im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung lösbar sind und daß ihre Lösung begonnen hat. Es darf auch nicht zu dem Fehlschluß verleiten, daß die Abwälzung von Kosten auf die Umwelt in planwirtschaftlichen Systemen eher vermieden würde. Auch plangesteuertes Wirtschaften hat die Tendenz, die Umweltnutzung in den Kosten nicht zu berücksichtigen. Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen hat in seinem ersten Gutachten darauf hingewiesen, daß die Chancen, dieser Tendenz entgegenzuwirken, nicht von der wirtschaftlichen, sondern von der politischen Verfassung der Gesellschaft abhängen. Sie sind um so geringer, je leichter die institutionellen Regelungen und faktischen Machtverhältnisse es der politischen Führung machen, den durch Umweltschäden betroffenen Bürger in ihren Entscheidungen zu vernachlässigen.

Umgekehrt gilt allerdings auch, daß umweltbewußte Bürger, unterstützt durch eine für sie günstige öffentliche Meinung, es dem Staat im Einzelfall schwermachen können, die Berücksichtigung der Umweltgesichtspunkte in vernünftigen Grenzen zu halten. Auch Umweltschutz darf ja nicht beliebig viel kosten. Überall wo der direkte Vorteilsausgleich, der Ausgleich von Interesse und Gegeninteresse, von Kosten und Ertrag nicht möglich ist, wo es also am Marktpreis fehlt, stößt man rasch an Grenzen für die Möglichkeit einer rationalen Entscheidung.

279. So viel für die Humanisierung der Arbeit, den Ausgleich der Verbraucherposition und die Schonung der Umwelt noch zu tun bleibt, so wenig darf übersehen werden, daß die Anstrengungen verstärkt worden sind, auf all diesen Gebieten gegenüber der weiteren Verbesserung in der Versorgung mit Gütern, die über den Markt gehen, aufzuholen.

Verteilungsgerechtigkeit

280. Ebenso große, aber vielleicht noch erstaunlichere Erfolge als bei der Steigerung des privaten Wohlstands hat die soziale Marktwirtschaft bei der Einlösung des Versprechens bewiesen, für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Lastenausgleich, Wiedergutmachung, Rentenreform, Arbeitslosenversicherung, Kündigungsschutz, betriebliche Pensionszusagen, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Wohngeld sind nur einige Beispiele für die Fülle der ausgleichenden Maßnahmen, die die soziale Marktwirtschaft während der vergangenen 25 Jahre in so raschem Tempo hervorgebracht hat, daß heute manche Ziele, wie etwa die geplante Anhebung des Rentenniveaus auf 60 vH des Nettoeinkommens der Beschäftigten, schon mehr als erfüllt sind und man sich der Aufgabe widmen kann, innezuhalten und Wildwuchs besonders in der Kumulierung unkoordinierter Sozialleistungen zurückzuschneiden, der sich bei diesem Tempo wohl unvermeidlich einstellen mußte.

Dennoch entzündet sich die meiste Kritik gerade an den Verteilungsprinzipien der Marktwirtschaft. Das ist aus zwei Gründen so.

281. Zum ersten: Der Markt verteilt die Einkommen nicht nach den Bedürfnissen, sondern nach der Leistung im Produktionsprozeß. Wer keine Leistung erbringt, geht leer aus, und auch sonst ist nicht gewährleistet, daß eine leistungsgerechte Entlohnung zugleich bedürfnisgerecht ist. Zur Milderung dieser Diskrepanz hat die Sozialpolitik, um es zu wiederholen, viel geleistet. Dem Bezieher eines zwar auskömmlichen, aber geringen Einkommens mag dennoch ein Gefühl des Ungenügens verbleiben, wenn er sieht, daß andere ihre Bedürfnisse aufwendiger befriedigen können.

Ganz kann die Sozialpolitik dies nicht aus der Welt bringen. Wenn sie die Antriebskräfte des Systems nicht zum Schaden aller lähmen soll, strenger: wenn sie nicht das ebenfalls aus sich selbst heraus gerechtfertigte Prinzip aufheben will, daß jedem der Erfolg dessen zusteht, was er tut, dann muß sie sich Grenzen auferlegen. Denn was sie dem gibt, der eine Leistung nicht erbringen kann, sei es vorübergehend oder auf Dauer, muß sie dem nehmen, der für seine Leistung auch den Lohn haben will. Gerade das Versprechen einer höheren Entlohnung aber ist es, das in der Marktwirtschaft zu größerer Leistung anspornt, so das Wachstum, auch das qualitative, fördert und die Knappheit der Güter für alle verringert.

282. Zum zweiten: Die Verheißung einer fairen Einkommensverteilung, die der marktwirtschaftlichen Idee nach darin liegt, daß jeder mit seiner Leistung selbst über seinen Anteil entscheiden kann, wird von der marktwirtschaftlichen Praxis nicht immer eingelöst. Denn der Markt bewertet die Leistung des einzelnen nicht nach der Anstrengung, die sie erfordert, sondern danach, wie viele sie anbieten und wie stark sie nachgefragt wird. Es erzielt also der ein besonderes hohes Einkommen, der eine Leistung anbietet, die gemessen an der Nachfrage besonders knapp ist. Solange ein knappheitsbedingtes Mehreinkommen noch mit einem leistungsnahen Kriterium, wie beispielsweise der Begabung, gedeutet werden kann, entstehen daraus meist keine großen Probleme. Anders dagegen, wenn die Beziehung zwischen Einkommen und Leistung nicht mehr sichtbar ist, etwa weil es einzelnen oder einer Gruppe gelingt, die von ihnen angebotene Leistung künstlich knapp zu machen.

Die der Marktwirtschaft gemäße Lösung des Problems besteht darin, daß der Wettbewerb die Knappheit beseitigt. Das Vertrauen darauf, daß sich letzten Endes der Wettbewerb durchsetzt, braucht jedoch die Bestärkung durch Erfolge. Wo es daran

fehlt, und Wettbewerbsleistungen, sei es im einzelnen Betrieb oder sei es am Markt im ganzen, sich gegen Marktmacht nicht oder nur mit langer Verzögerung durchsetzen, wird es schwer, auf eine faire Verteilung zu bauen. Die Neigung der Unterlegenen nimmt dann zu, ihren Interessen durch Gegenmachtbildung Geltung zu verschaffen.

283. Soweit die Unterschiede in der Einkommensverteilung auf den tatsächlichen Knappheitsverhältnissen beruhen, sind sie selbst durch Macht und Gegenmacht auf die Dauer nicht ohne Schaden für alle zu überspielen. Auch der Gegensatz zwischen Arbeits- und Gewinneinkommen, der die verteilungspolitische Szene in einer Weise beherrscht, daß alle anderen Gegensätze zugedeckt scheinen, ist wohl so zu deuten. Die Rechtfertigung des Residualeinkommens aus der Leistung dessen, der Kapital vorschießt und das Risiko übernimmt, wird angefochten, der Verteilungskampf nur nach den Kriterien von Macht und Gegenmacht geführt. Gegenmachtbedingte Verteilungserfolge der Arbeitnehmer können das reduzieren, was an Ansprüchen der Kapitaleigner auf Residualeinkommen durch machtbedingte Verknappung begründet ist, und so eine Einkommensverteilung herbeiführen, die dem Knappheitsverhältnis von Arbeit und Kapital entspricht. Gehen sie über diese hinaus, wird die Arbeitsleistung also höher entlohnt, als es ihrer Knappheit entspricht, so ergeben sich vom Markt her Reaktionen: die Leistung, die durch das Residualeinkommen entgolten wird, das Übernehmen von Risiko, wird nicht mehr in ausreichendem Maße angeboten. Ist dieser Punkt erreicht, so sind weitere Verteilungserfolge im Rahmen der Marktwirtschaft nur noch zu erzielen, wenn die Knappheitsrelation dadurch geändert wird, daß die Bezieher von Kontrakteinkommen einen Teil der Leistung übernehmen, die zum Bezug von Residualeinkommen berechtigt (Ziffern 370 ff.).

Die marktwirtschaftliche Ordnung wegen Unzufriedenheit mit der Verteilung der Einkommen aufs Spiel zu setzen, wäre jedenfalls keine Alternative. Dies gilt nicht allein, weil es kaum sinnvoll wäre, um einer möglichst gleichmäßigen Einkommensverteilung willen das Verteilbare selbst zu gefährden. Man muß auch die Bedeutung wirtschaftlichen Wachstums sehen, die darin liegt, daß es die Konfrontation im Verteilungskampf mildert: Was gleichsam der Natur abgerungen werden kann, braucht nicht anderen weggenommen zu werden.

Versorgung mit öffentlichen Gütern

284. Zählt man die Haushalte der Sozialversicherungen denen der Gebietskörperschaften hinzu, so beansprucht die Umverteilung inzwischen fast die Hälfte der öffentlichen Ausgaben. Die andere Hälfte ist der Versorgung mit öffentlichen Gütern gewidmet: mit Leistungen der politischen Führung, der Außenvertretung und der Verteilung, vor allem aber mit jenen materiellen, institutionellen und personellen Bedingungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens, die man zusammenfassend als Infrastruktur bezeichnet. In vielen dieser Bereiche hat sich die Staatstätigkeit in einem Maße ausgeweitet, daß die Formel von der Unterversorgung mit öffentlichen Gütern nicht schlechthin gerechtfertigt erscheint.

285. Vieles, was unter dieser Formel vorgetragen wird, ist in Wahrheit allerdings gar nicht darauf gerichtet, daß der Staat für bestimmte Zwecke zu wenig Geld ausgegeben hat, sondern darauf, daß Fehler bei den institutionell bestimmten Regeln gemacht wurden, die privates Verhalten dann fehlleiteten, so wie aus einer schlechten Stadtplanung Städte hervorgehen können, in denen nachher niemand mehr leben mag.

286. Die Produktion öffentlicher Güter hat zur Voraussetzung, daß der Staat seine Ansprüche an das Produktionspotential durchsetzt, indem er Ansprüche zurückdrängt, die die Privaten an das Produktionspotential stellen; das geschieht vor allem mit Hilfe von Zwangsabgaben. Dieser Entzug von Teilen des Einkommens ruft bei den Privaten Widerstände hervor, deren Gründe und Wirkungen der Staat beachten muß:

- Zwischen dem, was der Staat seinen Bürgern abverlangt, und dem, was er ihnen dafür bietet, bestehen meistens nur mittelbare und für den einzelnen oft kaum erkennbare Beziehungen; insbesondere Steuern werden deshalb unwillig gezahlt.
- Wird den Privaten von dem, was sie sich zusätzlich erarbeiten, ein zu großer Anteil entzogen, so verringern sich die Anreize zu weiterer Verbesserung und Vergrößerung der privaten Leistungen; damit aber wird auch der Zuwachs dessen geringer, was der Staat in Zukunft für sich beanspruchen kann.
- Eine allgemeine Vermutung geht dahin, daß die dem privaten Bereich entzogenen Mittel im staatlichen weniger wirtschaftlich eingesetzt werden; denn der staatliche Bereich hat, so heißt es, weniger Möglichkeiten zum Ansporn der individuellen Leistungen.

287. Angesichts der besonderen Knappheit öffentlichen Geldes stellen sich dem Staat zwei Hauptprobleme:

- Er muß die Art seiner Leistungen an der Dringlichkeit der ihm gestellten Aufgaben orientieren. Das ist schwierig, denn die Bürger haben unterschiedliche Vorstellungen darüber, was der Staat tun soll, und die öffentlichen Leistungen, die an den Wünschen der Bürger orientiert sein sollen, bedürfen der Legitimation.
- Er muß seine Leistungen möglichst billig bereitstellen. Das ist ebenfalls schwierig, denn die Produktivität kann zwar auch beim Staat erhöht werden, der Produktivitätszuwachs wird aber im allgemeinen unter demjenigen in der privaten Wirtschaft bleiben, schon allein weil der Anteil der Arbeitskräfte bei der Bereitstellung von öffentlichen Leistungen vergleichsweise hoch ist.

Außerdem erschweren institutionelle Regelungen, etwa im öffentlichen Dienstrecht, daß vom Staat das „Richtige" billig bereitgestellt wird.

288. Aus der Tatsache, daß öffentliches Geld besonders knapp ist, möglicherweise knapper als privates, ergibt sich die Aufgabe abzuwägen zwischen dem, was der Staat und dem, was die Privaten tun sollen. Das heißt unter Umständen, daß eine zusätzliche Aufgabe nur übernommen werden kann, wenn zugleich unter den bisherigen Aufgaben solche gefunden werden, die sich marktwirtschaftlich erledigen lassen, mehr noch, daß im Extremfall eine Aufgabe selbst dann dem Markt überlassen bleibt, wenn der Staat sie im Prinzip etwas kostengünstiger erfüllen könnte. Weniger gilt dies dort, wo öffentliche Abgaben quasi als spezielle Entgelte anzusehen sind. Wenn es beispielsweise im Bereich des Umweltschutzes um die Alternative „Abgabe oder Auflage" geht, so ist zu bedenken, daß für den Staat die Versuchung groß ist, die Übertragung von Aufgaben an Private mit restriktiveren Auflagen zu versehen, als sie gelten würden, wäre die Aufgabe von der öffentlichen Hand selber durchzuführen. Außerdem besteht die Gefahr, daß Private genügend Verhandlungsmacht aufbringen, um von den zuständigen Behörden eine Ausnahmeregelung oder einen Aufschub zu erwirken und so der Auflage leichter auszuweichen als der Abgabe, mit der die öffentliche Leistung finanziert worden wäre, an deren Stelle die Auflage getreten ist.

289. Rationalität kollektiver Entscheidungen ist sehr schwer zu erreichen. Im privaten Bereich bietet der Preis der Güter einen Anhaltspunkt, der die Abwägung zwischen den Kosten und den Nutzen verschiedener Güter im Prinzip möglich macht, auch wenn die Kosten nicht immer vollständig berücksichtigt werden (Ziffer 278). Im öffentlichen Bereich dagegen fehlt vielfach die Möglichkeit, die Kosten geplanter Maßnahmen im vorhinein sicher zu bestimmen, und noch schwieriger ist es oft, den Nutzen festzustellen und zu bewerten.

Auch die Naivität oder Bedenkenlosigkeit, mit der viele Bürger, auch manche Politiker zusätzliche Leistungen des Staates möglichst zum Nulltarif fordern, ohne sich Rechenschaft darüber zu geben, welche öffentlichen oder privaten Leistungen wegfallen oder eingeschränkt werden sollen, damit die geforderte finanzierbar wird, geht letzten Endes darauf zurück, daß es an Verfahren fehlt, die Knappheit öffentlichen Geldes in Anschauung, Einsicht und rationale Entscheidung umzusetzen.

290. Wie in einem Lehrbeispiel treffen mehrere dieser Probleme in der Finanzpolitik der frühen siebziger Jahre zusammen: Vorangetrieben durch aufgestaute Erwartungen kam es beim Staat zu einer Kumulation von — in der Mehrzahl ausgabenerhöhenden — Reformvorhaben, ohne daß zugleich der energische Versuch unternommen wurde, die öffentlichen Haushalte auf Einsparungsmöglichkeiten und die Bereitstellung öffentlicher Leistungen auf Effizienzsteigerung hin zu überprüfen.

Die gestiegenen Ansprüche an das Produktionspotential wurden in zunehmendem Maße von Auflagen für die privaten Unternehmen und Haushalte begleitet, die in der Zielsetzung sicherlich gut begründet, in der Wirkung aber jedenfalls kostensteigernd und in der Auswahl wohl nicht immer auf das unbedingt erforderliche Minimum begrenzt waren.

Den Anstieg der Staatsausgaben durch Steuererhöhungen zu finanzieren, wurde nicht versucht, schien es doch zunächst, als sei es möglich, sie aus den ansteigenden Steuereinnahmen zu finanzieren.

Die Privaten räumten dem Staat jedoch den Spielraum für eine Erhöhung seiner Ansprüche nicht ohne Gegenwehr ein. Zum selben Zeitpunkt, als der Staat sich anschickte, die Staatsquote zu erhöhen, traten die Arbeitnehmer zur Expansion ihres eigenen Anteils an und trieben die Zuwachsrate des Tariflohnniveaus hinauf. Dies wiederum schlug auf den Staat zurück: Die Personaletats der öffentlichen Körperschaften, zudem mit einer Welle von Stellenanhebungen belastet, stiegen beträchtlich. Ein guter Teil des Spielraums für neue Aufgaben, den man sich ausgerechnet hatte, wurde dadurch aufgebraucht.

Die Unternehmen versuchten ihre Ansprüche zu verteidigen, gegen beide Seiten, gegen erhöhte Forderungen des Staates und gegen erhöhte Forderungen ihrer Beschäftigten .Sie wehrten sich in der ihnen eigenen Form; sie erhöhten die Preise.

So führte der Zusammenstoß steigender Ansprüche zur Inflation, da die Geldpolitik das Übermaß an Ausgabenwünschen lange Zeit nicht wirksam begrenzen konnte. Je mehr die Gewöhnung an steigende Inflationsraten fortschritt, um so mehr wurden energische Stabilisierungsanstrengungen unvermeidlich. Die zutage tretende Stabilisierungskrise, durch das Ausbleiben der Auslandsnachfrage verlängert und verstärkt, zwang alle, in ihren Ansprüchen zurückzustecken. Das gilt auch für den Staat. Die Steuereinnahmen flossen nun spärlicher, und obendrein mußte er mit einer Steuerreform, die ursprünglich aufkommensneutral geplant war, den Privaten einen Ausgleich dafür gewähren, daß die Inflation deren Steuerbelastung immer weiter in die Höhe getrieben hatte.

Dieses Beispiel eines erzwungenen Rückzugs lehrt keineswegs, daß es vergeblich sein muß, sich Reformen vorzunehmen. Es kann aber den Blick schärfen für die Probleme, die in der Kumulation von Ansprüchen, in der Bündelung von Kosten, Abgaben und Auflagen und vor allem im Widerstand der Privaten liegen, die von der Berechtigung der staatlichen Ansprüche überzeugt werden müssen, um ein Zurückdrängen ihrer eigenen Ansprüche zuzulassen.

Mehr Strukturpolitik?

291. Viele in unserem Lande fordern, daß der Staat besser als bisher den Risiken der Zukunft vorbeugen müsse. Allenthalben wird strukturpolitisches Handeln verlangt, aber nicht alle denken dabei an das gleiche. Manche meinen, es sei Sache der Struk-

turpolitik, die Unterschiede in den Lasten, die das zyklische Auf und Ab den Wirtschaftszweigen und den Regionen auferlegt, zu mildern, wenn nicht auszugleichen. Anderen zufolge soll der Staat die Struktur unserer Volkswirtschaft vornehmlich über die Lenkung der Investitionen vorausschauend und planend gestalten.

Forderungen dieser Art verkennen, was die Strukturpolitik in einer marktwirtschaftlichen Ordnung leisten soll und kann. Zunächst einmal ist es nicht ihre Aufgabe, konjunkturelle Prozesse zu beeinflussen oder deren Folgen abzuwenden. Dies obliegt der Konjunkturpolitik. Die Strukturpolitik kann bestenfalls Hilfestellung gewähren, doch sollte sie das nur, wenn sich in einem Konjunkturabschwung unerwünschte strukturwirksame Reaktionen abzeichnen.

Sodann kann es auch nicht Aufgabe der Strukturpolitik sein, sektorale und regionale Strukturen nach Plan zu schaffen. Solche Strukturen sind in einer Marktwirtschaft das Substrat der wirtschaftlichen Entwicklung und damit der Niederschlag eines höchst komplizierten Abstimmungsmechanismus, an dem alle beteiligt sind, die wirtschaftliche Entscheidungen fällen. Ist dieser effizient, so spiegelt das, was die Struktur einer Volkswirtschaft ausmacht, den gegenwärtigen und zukünftigen Bedarf der Gesellschaft. Gewiß fällt die sektorale und räumliche Struktur der Wirtschaft nicht aus dem Aufgabenbereich des Staates heraus. Hier seine Aufgabe zu bestimmen, abzugrenzen, ist allerdings nicht einfach. Der Staat entspricht ihr von Raumordnungsplänen bis hin zu Ortsbausatzungen, von groß angelegten Verkehrswegeprogrammen bis zur Wahl des Standortes eines Fernheizwerkes, von der Förderung der Grundlagenforschung bis zur Ausstattung einer Gewerbeschule, von den Gemeinschaftsaufgaben des Bundes und der Länder bis zur Erschließung von Industriegelände, von allgemeinen gewerberechtlichen Vorschriften bis zur Kontrolle über die Einhaltung von Bestimmungen des Umweltschutzes. Die Strukturpolitik steht dabei zu den Entwicklungstendenzen, die in Wirtschaft und Gesellschaft angelegt sind, in einer teils komplementären, teils subsidiären Beziehung; sie kann diese ergänzen, fördern, auch in manchem beeinflussen, sie kann und soll sich nicht vornehmen, sie zu bestimmen.

292. Dies wird vor allem von denen verkannt, die einer Lenkung der Investitionen durch den Staat das Wort reden; sie verkennen die Funktion der Investitionen in dem Prozeß der ständigen Erneuerung und Veränderung von Strukturen, einem Prozeß, der in unserer Wirtschaftsordnung eben über Märkte und Preise gesteuert wird.

Der Kern dessen, worum es geht, ist einfach: Investitionen befinden nicht nur über das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential, sondern auch über dessen Struktur, über die Betriebsstätten, die angewandte Technik, die Standorte. Jede Investition birgt die Chance des wirtschaftlichen Erfolges, doch nicht minder die des Mißerfolges in sich. Der Investor, der die Entscheidung darüber zu treffen hat, für welchen Zweck, wieviel und wo er investiert, wägt die Chancen und die Risiken in seinem Rentabilitätskalkül gegeneinander ab. Interveniert der Staat, beansprucht er also ein Einwirkungsrecht bei der Entscheidung über Investitionen, so wird der Investor gedrängt, gegen sein Urteil etwas zu unterlassen oder etwas zu tun. Es besteht die Gefahr, daß er veranlaßt wird, höhere Kosten auf sich zu nehmen, oder von einer Nachfrage auszugehen, die in diesem Maße nicht besteht. Es kommt zu Fehlinvestitionen. Für die Volkswirtschaft als Ganzes ergeben sich daraus kleinere Wachstumsraten, weniger schnell steigende Einkommen oder weniger Arbeitsplätze.

Doch dies ist nicht alles: Kommt es als Folge unwirtschaftlicher Investitionsentscheidungen zu Betriebsstillegungen, so geht das einzelwirtschaftlich zu Lasten der Anteilseigner und der betroffenen Arbeitnehmer, volkswirtschaftlich geht es zu Lasten aller. Der Staat muß jetzt helfen; meist wird er gezwungen, das unwirtschaftliche Unternehmen fortzusetzen. Die Folgen von Fehlentscheidungen werden sozialisiert, aber eben dadurch nicht aufgehoben. Der Staat, der Investitionslenkung betreibt, muß zudem damit rechnen, daß die Privaten weniger investieren oder dies dort tun, wo ihnen nicht in gleicher Weise Vorschriften gemacht werden, also im Ausland. Die Investitionslücke ist zu schließen: durch den Staat, und zwar wiederum unter Übernahme aller Risiken. Und all dies müßte er tun ohne den Anschein einer Vermutung, daß er es besser könnte als diejenigen, die in dezentralisierten Entscheidungen geübt und gezwungen sind, die Märkte als ein in seiner Effizienz unübertroffenes Informationssystem zu nutzen. Selbstverständlich gibt es auch im System der konsequent dezentralen Investitionsentscheidungen Irrtümer, auch gravierende, doch das Regulativ des Gewinninteresses sowie die Chance und der Zwang zu möglichst umfassender Information hält diese in engen Grenzen. Es sollte also außer Diskussion stehen: Mit einer Invesitionslenkung wird die marktwirtschaftliche Ordnung in ihrem Lebensnerv getroffen. Die Technik, die dabei gewählt wird, ist im Vergleich zu diesem Grundtatbestand ein zweitrangiges Problem. Der Nerv ist: Je mehr einer mitentscheidet, und sei es auch indirekt, um so mehr haftet er mit. Jede durchgreifende Lokkerung des Beieinander von Kompetenz und Haftung im privaten Bereich zerstört die marktwirtschaftliche Ordnung. Wer also eine Investitionslenkung will, muß wissen, daß eine Änderung unserer Wirtschaftsordnung hinzunehmen sein wird; vielleicht wird er sie so auch bewirken wollen.

Mißverständnissen sei vorgebeugt: Investitionslenkung hat nichts mit den staatlichen Auflagen, den Geboten und Verboten, den Abgaben und Finanzhilfen zu tun, die vom Staat gesetzte Rahmenbedingungen für das individuelle Handeln sind. Wer etwa Vorschriften zur Reinhaltung der Luft und der Gewässer erläßt, interveniert nicht im Sinne einer Investitionslenkung. Ebensowenig gilt dies von den Investitionsentscheidungen, die der Staat auf den Ebenen der Gebietskörperschaften trifft, die auch öffentliche Unternehmen zu treffen haben. Dabei sind die Grenzen zwischen dem, was dem staatlichen und dem, was dem privaten Sektor obliegen

sollte, nicht vorgegeben, also offen für politische Entscheidungen; nicht aber Ermessenssache ist — es sei wiederholt —, ob sich der Staat in die einzelnen privaten Investitionsentscheidungen einmischen darf, ob er die von ihm zu setzenden allgemeinen Bedingungen — fördernde und diskriminierende — für den einzelnen oder auch einen Wirtschaftszweig, eine Region so stark variieren darf, bis eine von ihm ausgedachte Strukturvorstellung realisiert ist. Hier ist die Grenze eindeutig. Sie muß zwar nicht schon überschritten werden, wenn sich der Staat etwa Informationen über die private Investitionstätigkeit verschafft. Jedoch ist Vorsicht geboten: Vollzogene Investitionen möglichst genau zu erheben, ist ordnungspolitisch unbedenklich, Investitionsmeldestellen einrichten dagegen nicht. Meldestellen verschaffen Einblicke besonderer Art; diese können den Staat, gedrängt durch soziale Gruppen, verleiten, in vermeintlich besserem Wissen über das, was der Gesellschaft frommt, einzugreifen, sie müssen zudem die Unternehmen selbst brennend interessieren, sei es um den Konkurrenten am Markt zuvorzukommen, sei es um sich mit ihnen zu arrangieren. Preismeldestellen haben hier manches vorexerziert, was schrecken sollte.

II. Wachstum und Vollbeschäftigung

293. Weithin hat sich die Befürchtung ausgebreitet, die Möglichkeiten zur weiteren Mehrung des wirtschaftlichen Wohlstandes seien für dauernd gering geworden, und auch das Ziel, den Menschen dieses Landes wieder sichere Arbeitsplätze zu verschaffen, sei in weite Ferne gerückt. Der Sachverständigenrat hält diese Befürchtung nicht für ausreichend begründet. Er verkennt nicht die Größe der anstehenden Aufgaben. Sie müssen gelöst werden. Daß deren Lösung schwieriger sein sollte als etwa die Erledigung der Aufgaben, die der vorigen Generation gestellt waren, überzeugt nicht.

294. Wirtschaftliches Wachstum, gemessen am Mehr an Gütern, das erzeugt werden kann, oder besser: am Mehr an Gütern, das je Kopf der Bevölkerung bereitgestellt werden kann, ist das Ergebnis der Anstrengungen der Menschen, es besser zu machen als bisher — mehr Fähigkeiten und neues technisches Wissen zu erwerben oder bis dahin ungenutztes anzuwenden, sich neue Hilfsmittel zu schaffen und das Zusammenwirken aller Faktoren besser zu organisieren.

An den objektiven Bedingungen hierfür hat sich Grundlegendes in den vergangenen Jahren nicht geändert. Die Mahnung, daß die Ressourcen der Erde nicht unerschöpflich und die Grenzen einer tolerierbaren Umweltbelastung nahe seien, muß beachtet werden; das schließt eine weitere und stetige Verbesserung der wirtschaftlichen Lebensverhältnisse, diese richtig gemessen, nicht aus, sondern verändert nur die Herausforderung, die eine unfreundliche Natur immer gestellt hat. Auch die Reserven an ungenutztem technischen Wissen über Neuerungsmöglichkeiten sind nicht erschöpft, und sie erneuern sich ständig. Zwar mag der Spielraum geringer geworden sein, einen vergleichsweise starken technischen Fortschritt schon dadurch zu schaffen, daß man — großenteils bloß imitierend — den technologischen Vorsprung anderer aufholt. Doch auch die Länder, die mit ihrer Technologie in der ersten Reihe stehen, sind nicht darauf angewiesen, überwiegend oder gar ausschließlich Neuerungen zu realisieren, die auf heimischen Erfindungen beruhen. Wenngleich zuweilen mit erheblichen Verzögerungen, so gilt doch, daß letztlich jeder den technischen Fortschritt aller anderen übernehmen kann. Und die Zahl der Länder, die hierzu beitragen, nimmt zu. Die Fähigkeit, Spitzentechnologie in der Breite anzuwenden und fortzuentwickeln, ist für das gesamtwirtschaftliche Wachstum wichtiger als die schöpferische Höchstleistung auf wenigen Spezialgebieten.

Schwerer als die Argumente, mit denen eine Verschlechterung der äußeren Wachstumsbedingungen behauptet wird, könnte wiegen, daß möglicherweise die internen Wachstumsbedingungen der Volkswirtschaft ungünstiger geworden sind.

Es könnte sein,

- daß weithin die Motivation für all die Anstrengungen, aus denen in der Summe sich wirtschaftliches Wachstum ergibt, schwächer geworden ist, die Vorliebe für andere Ziele als das der materiellen Wohlstandsmehrung hingegen größer;
- daß namentlich die sozialen Widerstände gegen die vielfältigen Zumutungen, die eine auf ständige Effizienzsteigerung ausgerichtete Wirtschaft für den einzelnen mit sich bringt, größer geworden sind, die Bereitschaft kleiner, sich dem immer wieder entstehenden Anpassungszwang zu stellen und ihn in eigener Verantwortung konstruktiv zu wenden;
- daß, wenn schon nicht die Antriebe der einzelnen erlahmt sind, doch der Staat in ausgreifend genutzter Allzuständigkeit, begünstigend hier, hemmend dort, meist mit neuen und oft zu komplizierten Regelwerken, allemal im Ganzen die Last der Abgaben und Auflagen erhöhend, sich auf die Tatkraft des einzelnen legt und vielleicht diejenigen zu stark bedrückt, die etwas aufspüren, etwas wagen, etwas unternehmen wollen (und sollen), nun aber sehen müssen, daß zumindest für sie der moderne Staat nicht hilfreich ist, weil er den Abstand künstlich vergrößert, den die Natur zwischen die Pläne eines Menschen und deren Verwirklichung gelegt hat;
- daß die bürokratische Organisation, die sich auch bei privaten Unternehmen, insbesondere den großen, ausbreitet, mit ihrer hierarchischen Gliederung, ihrem geregelten Dienstweg und ihren abgegrenzten Zuständigkeiten das eigenverantwortliche, selbständige Handeln des einzelnen behindert, seine Kritikfähigkeit dämpft, seine Rationalisierungsbereitschaft und seinen Neuerungswillen entmutigt;

Solche Faktoren lassen sich empirisch nicht leicht fassen. Ob sie als negative Wachstumseinflüsse schon größeres Gewicht haben, vermögen wir nicht

abzuschätzen. Teilweise entziehen sie sich auch der Wirtschaftspolitik, müssen von ihr als veränderte Wertentscheidungen hingenommen werden. Anderen kann man jedoch begegnen.

295. Vollbeschäftigung wird sich, mittelfristig gesehen, einstellen, wenn erwartet werden kann, daß diejenigen, die arbeiten wollen, für ihre Arbeit nicht mehr verlangen, als das Ergebnis dieser Arbeit — unter Berücksichtigung der öffentlichen Abgaben und der „berechtigten" Ansprüche aus der Mitwirkung anderer Faktoren — am Markt wert ist. An diesem Zusammenhang kann auf die Dauer niemand vorbei, mögen auch kurzfristig weitere Gesichtspunkte eine wichtige Rolle spielen.

Was verlangt werden darf, ist nicht wenig. Die Produktivität der deutschen Volkswirtschaft ist auf einem hohen Stand, und in der Welt werden für unsere Waren Preise gezahlt, die hohe Einkommen erlauben — aber eben nicht beliebig hohe. Der Sachverständigenrat geht nach wie vor davon aus, daß der soziale Konsensus in diesem Lande ausreicht, im Rahmen der Autonomie der Tarifparteien Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, die zu Vollbeschäftigung passen. Auf diesen Konsensus kommt es letztlich vor allem anderen an. Der Rest ist Technik, wenngleich nicht immer einfach. In diesem allgemeinen Sinne erscheint uns Zuversicht hinsichtlich des Vollbeschäftigungsziels berechtigt.

Eine neue Sorge gehört jedoch neben diesen allgemeinen Ausdruck der Zuversicht. Nachdem sich die Vorstellung als Illusion erwiesen hat, man könne und dürfe vom Staat eine Vollbeschäftigungsgarantie verlangen und darauf bauen, gewinnt nun ein neues Mißverständnis an Boden. Es ist die Vorstellung, unter dem Titel „strukturelle Arbeitslosigkeit" dürfe man dem Staat und seiner Strukturpolitik einen Großteil auch der Beschäftigungsprobleme zuweisen, die sich einstellen, wenn die Lohnpolitik den Erfordernissen des Strukturwandels, wie er einer dynamischen Volkswirtschaft als Daueraufgabe auferlegt ist, nicht genug entgegenkommt.

Die zentrale Rolle der Investitionen

296. So sehr man darauf rechnen mag, daß die Konstitution der deutschen Volkswirtschaft im Grunde nach wie vor gut ist für Wachstum und Vollbeschäftigung, so wenig ist zu bestreiten, daß es seit einiger Zeit nicht genug Entscheidungen gibt, mit denen hierauf gesetzt wird, Entscheidungen für Investitionen also. Sie aber sind es, über die sowohl der Weg zum wirtschaftlichen Wachstum als auch der Weg zur Vollbeschäftigung führt.

297. In doppelter Weise bestimmen die Investitionen über das Tempo des Wachstums möglicher Produktion je Arbeitskraft, einmal durch die Vermehrung, zugleich aber auch durch die Verbesserung der technischen Hilfsmittel, die am Arbeitsplatz zur Verfügung stehen; der weit überwiegende Teil der erzielten Produktivitätsfortschritte steht im Zusammenhang mit Investitionen.

Allerdings ist der Zusammenhang zwischen der Größe einer Investition und dem Ausmaß der mit ihr realisierten technischen Neuerungen nicht notwendigerweise eng; zuweilen sind neue Maschinen bloße Kopien ihrer Vorgänger. Auch werden manche neuen Produktionszweige weniger durch vermehrten Kapitaleinsatz als vielmehr durch die Beschäftigung eines höheren Anteils hochqualifizierter Arbeitskräfte vorangetrieben; ein Ingenieurbüro beispielsweise, das hohe Einkommen zahlen kann, ist im alten Sinne des Wortes nicht besonders kapitalintensiv, das Kapital liegt hier in der Ausbildung der Menschen. Doch trotz erheblicher Unterschiede dieser Art erfaßt man vermutlich in der Summe aller Investitionen am besten, was die Volkswirtschaft im ganzen für die Vermehrung ihrer künftigen Produktionsmöglichkeiten tut.

298. Komplizierter ist der Zusammenhang zwischen den Investitionen und dem Vollbeschäftigungsziel.

Nicht mehr als eine bloß vordergründige Bedeutung der Investitionen läßt sich erfassen, wenn man die Ausgaben für die Herstellung von Investitionsgütern als wichtigen Teil der in der Volkswirtschaft wirksamen Gesamtnachfrage betrachtet, also sich daran hält, daß auf diese Weise die Hersteller von Investitionsgütern beschäftigt werden, Einkommen entstehen, aufgrund dieser Einkommen konsumiert wird, wiederum produziert, weiteres Einkommen geschaffen und so fort. Man erhält so eine nur kurzfristig bedeutsame Wirkungskette hin zum Beschäftigungsziel und zudem eine, an deren Anfang zum Austausch auch andere Ausgabengrößen stehen könnten, etwa die ausländische Nachfrage nach Investitionsgütern. In den Jahren 1973 und 1974 beispielsweise war es so, daß bei stark gedämpfter Binnenkonjunktur die inländischen Investoren als Besteller der deutschen Investitionsgüterindustrie mehr und mehr von ausländischen Nachfragern abgelöst wurden.

299. Die eigentliche beschäftigungspolitische Bedeutung der Investitionen liegt darin, daß durch sie die technische Ausrüstung von Arbeitsplätzen erneuert oder neu geschaffen wird, an denen die Arbeitnehmer morgen und übermorgen Güter erzeugen können, welche einen Lohn zu zahlen erlauben, der mindestens so hoch ist wie der heutige, in der Regel höher. In den Investitionen kommt zum Ausdruck, daß bei den gegebenen und den erwarteten Kosten lohnende Produktionschancen gesehen und daß zu deren Nutzung weittragende Festlegungen gewagt werden. Sind es ausreichend viele, so ist insoweit für Vollbeschäftigung vorgesorgt.

300. Das heißt nun allerdings nicht, daß aus einem bestimmten Volumen an Investitionen errechnet werden könnte, inwieweit es zum Vollbeschäftigungsziel paßt.

Wenn die Löhne hoch sind — und ebenso wenn hohe Lohnsteigerungen erwartet werden —, werden viele Unternehmen versuchen, den Kapitaleinsatz zu intensivieren, also Arbeit durch Maschinen zu ersetzen; andere werden aus dem Markt ausscheiden. Trotz hoher Investitionssumme im ganzen bleibt

dann auf die Dauer ein Teil der Arbeitnehmer ohne Arbeitsplatz. (In einem solchen Falle nützen auch keine Appelle an die Unternehmen, Investitionen, durch die Arbeitskräfte freigesetzt werden, mit Rücksicht auf die Arbeitsmarktlage nach Möglichkeit zu unterlassen.)

Anders bei nicht so teurer Arbeitskraft: die durchschnittliche Kapitalintensität nimmt weniger zu. Eine vergleichsweise niedrige Investitionssumme reicht aus, für alle Arbeitskräfte einen Arbeitsplatz zu sichern.

Auch andere Faktoren können bewirken, daß sich die Zunahme der durchschnittlichen Kapitalintensität der Produktion beschleunigt oder verlangsamt, etwa das Bevölkerungswachstum oder die Entwicklung der Sparneigung. Das mag Anpassungsprobleme aufwerfen, hat aber im Prinzip keinen Einfluß auf die Chancen, in der Volkswirtschaft Vollbeschäftigung zu verwirklichen.

301. In der Diskussion des Zusammenhangs zwischen Investitionsvolumen und Vollbeschäftigungsziel sollte man daher sehen:

— Die Investitionen sind von zentraler Bedeutung für die Beschäftigungschancen in der Zukunft.

— Selbst vergleichsweise hohe Investitionen gewährleisten jedoch keine Vollbeschäftigung, wenn das Lohnniveau zu hoch ist.

— Aber auch umgekehrt: Weil die Entwicklung der Kapitalintensität, wie wir sie uns nach dem Trend der Vergangenheit vorstellen mögen, keineswegs zwangsläufig ist, kann aus einer dauerhaft gesunkenen Investitionsquote allein nicht geschlossen werden, Vollbeschäftigung könne nur bei einem bestimmten Wiederansteigen der Investitionsquote zurückgewonnen werden. (Ein entsprechender Schluß für das Wachstumsziel ist zwingender; Ziffer 297).

302. In der Bundesrepublik ist das Investitionsvolumen in seinem Anteil am Sozialprodukt seit 1969, in seiner absoluten Größe seit 1973 ständig zurückgegangen. Die Jahre 1970 und 1971 kann man wohl im Zeichen der Normalisierung nach dem großen Boom der Jahre 1968/69 sehen; die Zeit danach nicht mehr. Gegenwärtig ist es die Rezession, davor die außerordentliche Expansion der Exporte zu Lasten der Investitionen, die offenbar machen, daß die Volkswirtschaft hier nicht ein neues Gleichgewicht bei niedrigerer Investitionsquote gesucht hat, sondern daß es sich um eine Fehlentwicklung handelt. Die Dringlichkeit einer kräftigen und nachhaltigen Wiederbelebung der Investitionsneigung ist daher auch nicht mehr umstritten. Umstritten ist die Verursachung der Krise und damit zugleich die Strategie für den Ausweg, umstritten möglicherweise ebenfalls das quantitative Ziel.

Wovon Investitionen abhängen

303. Entscheidend für die Investitionen sind die Gewinnerwartungen. Eine Investition unterbleibt, wenn erwartet wird, daß das, was der Kauf und der Betrieb einer Maschine kostet, nicht gedeckt sein wird durch das, was sie einbringen wird. Auf einen Blick: Wenn diejenigen, die eine Maschine bauen und diejenigen, die später mit dieser Maschine Güter erzeugen, und diejenigen, die hierfür nach dem gleichen Muster Vorprodukte bereitstellen, für ihre Anstrengungen und das Risiko, das sie übernehmen, zusammen mehr verlangen, als die auf diesem Umweg produzierten Güter denjenigen wert sind, für die sie hergestellt werden (abzüglich dessen, was der Staat an Abgaben, das Ausland für importierte Vorleistungen und die Sparer dafür verlangen, daß sie in diesem Prozeß einen Teil der Einkommen zunächst einmal vorstrecken), so ist die Produktion unwirtschaftlich. In einem marktwirtschaftlichen System wird sie unterbleiben. Und sie sollte auch unterbleiben; was weniger wert ist, als es kostet, soll nicht produziert werden. Es ist die gesamtwirtschaftliche Funktion des Gewinnstrebens, diese Selektion sicherzustellen — zugunsten von Produktionsverfahren, die weniger kosten, oder zugunsten von Gütern, die mehr wert sind. Auch die besonderen Probleme einer Rezession (die die volkswirtschaftlichen Kosten eines Gutes vorübergehend in einem besonderen Licht erscheinen lassen) sollten den Blick hierfür nicht verstellen.

304. Kommt es für die Investitionen also weniger auf die aktuellen Gewinne der Unternehmer als vielmehr auf die erwarteten an, so heißt dies doch nicht, daß die tatsächlichen Gewinne unbeachtlich sind, und es heißt auch nicht, daß ein Unternehmen, das im ganzen Verluste erwartet, nicht investieren wird.

Die aktuellen Gewinne sind bedeutsam als Basis der Finanzierung, der Kreditwürdigkeit; überdies sind sie vermutlich in der Regel eine wichtige Determinante der Gewinnerwartung.

Auch Unternehmen, die im ganzen im Verlust sind oder mit Verlusten rechnen, werden selbstverständlich investieren wollen, wenn sie erwarten, dadurch den Verlust vermeiden oder mindern zu können. Dieses Investitionsmotiv dürfte kaum weniger stark sein als das übliche. Für eine zur Entscheidung anstehende Investition gibt es hier jedenfalls keinen Unterschied: Eine neue Produktionsanlage kann zur Verlustvermeidung ebenso wie zur Gewinnerhöhung nur beitragen, wenn sie für sich genommen Überschüsse erbringt.

Die Rolle der Löhne

305. Die Gewinnerwartung, die sich mit einem Investitionsvorhaben verbindet, wird von vielen Faktoren bestimmt. Preis und Lohn dürften gesamtwirtschaftlich gesehen die mit Abstand wichtigsten sein (der Lohn auch indirekt über den Lohngehalt der Vorproduktpreise). Mehr als zur Hälfte wird das gesamtwirtschaftliche Kostenniveau von den Löhnen bestimmt. Die Löhne der Zukunft sind jedoch bei den Investitionsentscheidungen unbekannt. Der Investor, der sich mit seinen Investitionsaus-

gaben für lange Zeit, fünf Jahre, zehn Jahre oder noch länger festlegt, muß darauf vertrauen, daß aus dem Verteilungskampf der Gruppen auch künftig ein Lohnniveau hervorgeht, bei dem ein Unternehmer mittlerer Tüchtigkeit auf seine Kosten kommt. Dieses Vertrauen ist unabdingbar, soll in der Volkswirtschaft ausreichend investiert werden. Wir sehen den wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten nicht zuletzt darin begründet, daß dieses Vertrauen gegeben und berechtigt war. Keine Politik des leichten Geldes, keine Investitionszulage, keine sonstige steuerliche Förderung, keine expansive Finanzpolitik kann es ersetzen; denn alle solche dem Investor zugedachten Begünstigungen stehen für diesen letztlich unter dem Vorbehalt, daß er dafür im Arbeitskampf um so mehr zugestehen muß.

In jüngster Zeit sind die Stimmen zahlreicher geworden, wonach dieses Vertrauen auf seiten der Unternehmer unter dem Eindruck der Umverteilungsvorgänge seit dem Jahre 1969 Schaden genommen habe. Verhielte es sich so, dann wäre das mehr als als eine Panne. Möglich ist aber wohl auch, daß es sich hier lediglich um Anzeichen einer vorübergehenden Krise im Selbstvertrauen der Unternehmer handelt.

306. *Man kann die grundlegende Beziehung zwischen beiden Seiten vielleicht noch besser so sehen: Arbeitnehmer suchen ein Unternehmen, das sich mit ihnen verbindet und auf die erwartete Kooperation hin Investitionen wagt, um bestimmte Marktchancen zu nutzen. Das Unternehmen muß darauf eingestellt sein, daß die Arbeitnehmer im Verlauf der Kooperation darauf bestehen werden, einen fairen Anteil am gemeinsam erwirtschafteten Ertrag zu bekommen; fair heißt: nach dem — freilich oft streitigen — Wert ihres jeweiligen Beitrages. Das Unternehmen muß nicht darauf eingestellt sein (und würde andernfalls die Investitionen nicht wagen), daß die Arbeitnehmer ihre Stellung, die aus dem Kooperationsverhältnis heraus kollektiv sehr stark ist, dazu nutzen werden, die Ertragserwartungen des Investors (der aus seiner Kapitalbindung ja nicht wieder heraus kann) radikal zu enttäuschen. Dieses Verhältnis ist nur im Gleichgewicht, wenn die Arbeitnehmer erkennen und auch akzeptieren, daß sie eben selbst kollektiv nur kurzfristig diese starke Stellung haben. Denn auf die Dauer schlägt ein Fehlverhalten gegen sie selbst zurück, nämlich dann, wenn das Unternehmen die Ersetzung ausgedienter Anlagen unterläßt oder aber seine Abhängigkeit vom Faktor Arbeit durch arbeitssparende Produktionsverfahren verringert, in beiden Fällen jedenfalls Arbeitskräfte freisetzt. Selbstverständlich müssen und sollen Freisetzungen im Rahmen des marktwirtschaftlichen Auslese- und Rationalisierungsprozesses ständig vorkommen, jedoch nicht als Ergebnis eines Lohndrucks, aufgrund dessen mehr Arbeitskräfte freigesetzt werden, als an anderer Stelle zusätzlich nachgefragt werden.*

307. Auch wenn das Grundverständnis zwischen den um das Einkommen streitenden Gruppen nicht gestört ist, kann es zu schwerwiegenden Irrtümern und Fehlern kommen.

Die Beschäftigungsfolgen einer unzureichenden Investitionsneigung aufgrund einer Politik der forcierten Lohnsteigerungen treten nicht sofort ein, und sie werden auch leicht verkannt. Ein Lohnkostendruck mag zwar rasch auf die Gewinne wirken, ebenso auf die Gewinnerwartungen und bald danach auf Menge und Art der Investitionen, doch der Rückgang der Beschäftigung kann sich stark verzögern. Unternehmen, die schon mit unzureichenden Erträgen oder gar Verlusten arbeiten, werden bei ausreichenden Aufträgen noch keine Arbeitskräfte entlassen, solange ihre Produktionsanlagen noch funktionstüchtig sind und aus den Erlösen ein Dekkungsbeitrag für die Altinvestitionen erwirtschaftet wird. Zugleich werden sich die Investitionsgüterhersteller, denen es an Inlandsaufträgen fehlt, im Ausland nach neuen Kunden umsehen. Während sich in dem Mangel an Investitionen schon der künftige Mangel an Arbeitsplätzen vorbereitet, ist im ganzen der Beschäftigungsstand noch befriedigend. Die Arbeitnehmer und ihre Organisationen bekommen, treiben sie das Lohnniveau zu hoch, die Haftungsfolge „Unterbeschäftigung" erst zu spüren, wenn es bereits zu spät ist. Die Arbeitgeber, lassen sie sich ohne großen Widerstand ihre Erträge zugunsten der Löhne kürzen und schränken alsdann unter Klagen ihre Investitionen ein, tun den Arbeitnehmerorganisationen mit ihrer Nachgiebigkeit keinen Gefallen. Dies ist selbstverständlich nicht zuletzt ein Problem der Machtverhältnisse im Tarifstreit. Das Machtprivileg der sozialen Gruppen im Rahmen der Tarifautonomie ist auf die Idee des Machtgleichgewichts gegründet. Das System verträgt keine Schwächung nur einer Seite.

308. Es ist der Mangel an Unmittelbarkeit im Zusammenhang zwischen Lohnniveau und Beschäftigungsniveau, der immer wieder die Vorstellung begünstigt, es genüge, den Einkommenskreislauf ausreichend aufzublähen, um trotz forcierter Lohnsteigerungen ausreichende Investitionen und Vollbeschäftigung zu haben. Dem ist nicht so. Ganz besonders hartnäckig hält sich das besonders naive Argument, hohe Lohnsteigerungen wären besonders harmlos für die Entwicklung von Investitionen und Beschäftigung, weil sie ja nicht nur Kosten schüfen, sondern zugleich erhöhte Kaufkraft. Das Argument ist allenfalls kurzfristig von Bedeutung; sein möglicher quantitativer Gehalt wird überdies weit überschätzt. Aus 100 DM zusätzlichem Lohn, gezahlt für einen Arbeitnehmer mit mittlerem Einkommen, wird in der Bundesrepublik heute: 30 DM Sozialabgaben, 20 DM Lohnsteuer, 10 DM Ersparnis — 40 DM Verbrauchsausgaben (davon etwa 10 DM für Importwaren oder Importbestandteile in heimischen Waren). Der behauptete unmittelbare Anstoß ist in diesem Beispiel also auf 30 DM zu quantifizieren. Selbst wenn seine Wirkung sich rasch ausbreiten sollte, wird er es schwer haben, auch nur kurzfristig die kontraktive Wirkung zu übertreffen, die gleichzeitig von der zusätzlichen Kostenbelastung — 100 DM — auf die Investitionsneigung ausgeht. Überwindet man seine Kurzsichtigkeit, so wird man erkennen, daß das bloße Verlangen von mehr Lohn und mehr Ware niemand zum Investieren veranlassen kann. Löhne müssen von den dauerhaften Chancen für eine wirtschaftliche Produktion gerechtfertigt sein. Andernfalls kann die dauerhafte Wirkung solcher Politik nur sein: Entwertung der erhöhten Lohnstei-

gerung durch verstärkten Preisauftrieb oder Beschäftigungseinbußen mangels Investitionen. Das Hauptmißverständnis in diesem Streit um die angeblich wohltätigen Wirkungen einer „expansiven" Lohnpolitik scheint darin begründet zu sein, daß viele den im Aufschwung mit zunehmender Kapazitätsauslastung erzielbaren rechnerischen Produktivitätszuwachs noch für verteilbar halten, gar für vorab verteilbar und ohne Beeinträchtigung der Investitionsneigung. Dies ist jedoch meist nicht so und sicherlich gegenwärtig nicht. Nur mit großer Vorsicht und nur, wenn für die mittelfristigen Probleme ausreichend gesorgt wird, darf man daher die kurzfristige Kaufkraftwirkung einer Lohnsteigerung in das Kalkül der Lohnpolitik einbeziehen (Ziffer 455). Das Blendwerk einer bloß kurzfristig angelegten Kreislaufarithmetik verführt nur zur Selbsttäuschung.

Die Rolle des Staates

309. Nächst den Lohnerwartungen sind es die staatlich bestimmten Faktoren, denen für die Gewinnerwartungen der Investoren das größte Gewicht zukommt (die Preise für die Vorleistungen der Volkswirtschaft, die Importpreise also, werden hier als im wesentlichen nicht beeinflußbar außer Diskussion gelassen). Beklagt wird die Neigung des Staates, den von ihm direkt oder indirekt in Anspruch genommenen Teil des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials laufend zu erhöhen und im Zusammenhang damit alle privaten Wirtschaftsvorgänge mit ständig steigenden öffentlichen Abgaben (einschließlich Sozialbeiträgen) zu belasten. Beklagt wird ebenfalls und vielleicht stärker noch die Zunahme all der Regelungen, mit denen über Verbote, Gebote und Auflagen der Bewegungsspielraum der Unternehmen eingeengt und die Kosten erhöht, nicht zuletzt auch die unternehmerischen Risiken bei der Investitionsentscheidung gesteigert werden.

310. Vieles an dieser Tendenz scheint unaufhaltsam, ist Ausdruck einer gewollten Veränderung der Aufgaben, die sich die Gesellschaft stellt (Ziffern 274 ff.). Sorgen, die gleichwohl zu mehr Zurückhaltung mahnen, womöglich an manchen Stellen zur Umkehr, allemal zu mehr Stetigkeit, kommen vor allem im Hinblick auf das Wachstumsziel auf. Dabei ist es weniger die Veränderung der Produktionsstruktur, die Probleme aufwirft, also die stärkere Ausrichtung der Wirtschaft auf Nachfrage, die unmittelbar oder mittelbar vom Staat bestimmt ist. Im Prinzip dürfte es für die privaten Unternehmen keinen Unterschied machen, ob sie für die Konsumnachfrage produzieren, die ihre Arbeitnehmer aus ihrem Lohn geltend machen, für die Nachfrage von Beamten oder Rentnern, denen via Steuern beziehungsweise via steuerähnliche Abgaben ein Teil der privaten Kaufkraft übertragen wurde, oder auch für die unmittelbare Nachfrage des Staates im Rahmen der öffentlichen Sach- und Investitionsausgaben, die durch Steuern und Kredite finanziert werden. Die Probleme erwachsen vielmehr daraus, daß der marktwirtschaftliche Bereich nur in Grenzen mit einer steigenden staatlichen Abgabenlast überzogen werden kann, wenn die Antriebskräfte des Systems nicht gelähmt werden sollen. Auch verliert ein Land Standortvorteile im internationalen Wettbewerb, wenn es zu stark den Kontakt mit dem verliert, was anderenorts an öffentlichen Abgaben gefordert wird (und in dieser Hinsicht bedeuten Produktionsauflagen das gleiche wie öffentliche Abgaben). Internationale Gleichartigkeit der Belastung ist zwar nicht zu fordern, wo bewußte Wertentscheidungen die Benachteiligung einer bestimmten Produktion decken (bei Umweltschutzregelungen etwa), und auch insoweit nicht notwendig, als Belastungsunterschiede mit Unterschieden in den staatlichen Leistungen korrespondieren, welche die private Wirtschaftstätigkeit begünstigen (Infrastrukturmaßnahmen etwa). Unbedacht darf man jedoch mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft ebensowenig umgehen wie mit den internen Leistungsantrieben.

311. Weniger berührt vom Ausmaß staatlicher Abgaben und Auflagen ist das Vollbeschäftigungsziel. Sie mögen die Art der angewandten Produktionstechnik beeinflussen, die Art der produzierten Güter, die räumliche Verteilung der Produktion und auch die im Sozialprodukt gemessene Gesamtmenge an Gütern — ein Problem der Vollbeschäftigung werden sie, jedenfalls auf Dauer, nicht bilden, wenn das Lohnniveau vollbeschäftigungskonform gehalten wird. Selbstverständlich heißt dies nicht, daß die (Netto-)Reallöhne etwa ebenso hoch sein dürften, wie wenn bestimmte Auflagen oder Steuern nicht bestünden. Das eigentliche Beschäftigungsproblem liegt hier in den Anpassungsaufgaben; sie allerdings können durchaus schwierig sein, zumal bei abrupten Änderungen.

Probleme der Einkommensverteilung

312. Es darf nicht verwundern, daß bei der Frage nach den Bedingungen für dauerhafte Vollbeschäftigung das Hauptaugenmerk immer wieder auf das Lohnniveau gelenkt wird, und daß hier auch die Hauptanpassung erwartet wird, wenn sich von außen dauerhaft die Bedingungen ändern, unter denen die Unternehmen handeln, etwa wenn die Volkswirtschaft Einfuhrwaren teurer bezahlen muß oder wenn der Staat seine Hoheitsgewalt nutzt, den Bürgern höhere Abgaben abzuverlangen oder bestimmte Produktionstätigkeiten mit Auflagen belegt. Schon wegen der Tatsache, daß fast drei Viertel des Volkseinkommens aus Löhnen und Gehältern besteht, kann dies kaum anders sein. Ganz zwangsläufig ist es freilich nicht. Es geht um das Problem des maximalen vollbeschäftigungskonformen Preises für Arbeit.

Außer den Arbeitnehmern, den ausländischen Lieferanten und dem Staat verlangen all diejenigen einen Anteil am Produktionsergebnis, die für den Produktionsprozeß Finanzierungsmittel vorgeschossen oder Grundvermögen bereitgestellt haben, die als Selbständige tätig waren, sowie alle, die im Zusammenhang mit Dispositionen, die in die Zukunft greifen, vor allem also durch Investitionen, Risiken

auf sich genommen haben. Wie die Arbeitnehmer auch, haben alle diese Gruppen Möglichkeiten, sich gegen eine zu starke Einengung ihrer Einkommenschancen zu wehren, und müssen sie haben. So können die Sparer sich weigern, ihr Geld herzuleihen, sie können es im Ausland anlegen oder sie können es zu kürzeren Fristen anbieten, als es gesucht wird. Die Unternehmer können auf Investitionen verzichten, wenn Risiko und Chance ihnen außer Verhältnis zu geraten scheinen. Das heißt jedoch nicht, daß sie anderen Gruppen ihre Ansprüche diktieren können. Sie können es dann nicht, wenn Wettbewerb den Anspruch des einzelnen in ausreichend engen Grenzen hält. Nur wo Marktmacht im Spiel ist, wird dieser Anspruch zum Problem.

Ein Quasi-Monopol einer dieser Gruppen kann durch Marktkräfte durchgreifend geschwächt werden; mit immer reichlicher werdendem Kapitalangebot beispielsweise ist in den hochentwickelten Volkswirtschaften das reale Entgelt für die Kapitalleihe beträchtlich gesunken (Ziffer 131). Aber man kann eine solche monopolartige Stellung auch bewußt aufbrechen. So ist die Übernahme unternehmerischer Risiken als Basis des Gewinnanspruchs im Rahmen der vorherrschenden Unternehmensverfassung fast ausschließlich Vorrecht derjenigen, die Kapital einzusetzen haben. Das muß nicht so sein. Auch Arbeitnehmer können unternehmerische Risiken mittragen. Ein vergrößertes Angebot von Risikobereitschaft würde das Entgelt hierfür senken und die personelle Verteilung der Risikogewinne — aber mit diesen dann zugleich auch die der Marktmachtgewinne — zu ändern erlauben. Eine auf die Ursprünge unbefriedigender Verteilungsergebnisse des Marktes abzielende Politik würde hier ansetzen (Ziffern 370 ff.). Wachstum und Beschäftigungsstand würden profitieren.

Der aktuelle Streit

313. Daß all diese Zusammenhänge, vor allem die mittelfristig bedeutsamen, nicht ausreichend bewußt sind, erklärt allerdings nicht vollständig, warum die gegenwärtige Diskussion über die Ursachen des allseits beklagten Einbruchs der Investitionstätigkeit durch Vorwürfe aller gegen alle gekennzeichnet ist.

— Den Arbeitnehmerorganisationen wird vorgeworfen, sie hätten offensichtlich die Steigerung des Lohnniveaus in der Bundesrepublik überzogen und auf diese Weise ein beträchtliches Volumen an Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen, die andernfalls vorgenommen worden wären, unrentabel werden lassen.

— Den Unternehmen wird vorgeworfen, sie seien in einen Investitionsstreik getreten, um überholte Gewinnansprüche der fünfziger und sechziger Jahre zu reetablieren; bei mäßigen Gewinnansprüchen und nüchterner Einschätzung mittelfristiger Absatzchancen seien mehr Investitionen möglich.

— Den Sparern und allen anderen, die mehr Geld haben, als sie ausgeben wollen, wird vorgehalten, sie verlangten für ihr Geld einen Zins, der in keinem Verhältnis steht zu dem, was sich derzeit mit diesem Geld erwirtschaften läßt.

— Dem Staat wird vorgeworfen, er habe seine und die von ihm vertretenen Ansprüche im Laufe der vergangenen Jahre so weit getrieben, daß er nun entweder mit neuen Steuerforderungen oder auf Dauer mit zinstreibenden Kreditwünschen vor den Bürger treten müsse.

314. Erklärlich ist dieser Streit auch, weil so viele Wirkungsketten sich überlagern. Ihn zu schlichten, wird vermutlich erst möglich sein, wenn ein neuer konjunktureller Aufschwung Kraft gewonnen hat. Eine quantitative Zurechnung des Einbruchs bei den Investitionen auf die einzelnen Faktoren, die in der jüngsten Vergangenheit massiv auf diese eingewirkt haben, kann auch der Sachverständigenrat nicht vornehmen.

— In der Tat hat eine forcierte Lohnpolitik, unterstützt von einer kräftigeren Höherbewertung der D-Mark, den Abstand des deutschen Lohnniveaus zu dem der Länder mit den höchsten Löhnen in der Welt in wenigen Jahren beseitigt, wobei es möglicherweise weniger dieser Vorgang selbst war, was die Investoren überforderte, als vielmehr das Tempo, in dem er sich vollzog.

— Der energische Stabilisierungsversuch von Bundesregierung und Bundesbank, beginnend im Frühjahr 1973, hat von Anfang an seinen Weg in erster Linie über eine Dämpfung der Investitionen genommen; die Finanzpolitik hatte ihn aus einer Zwangslage heraus wählen müssen, die Geldpolitik hat immer ihre Hauptwirkung hier (Ziffer 79).

— Die Geldvermögensbesitzer wurden wieder in ihre Rechte eingesetzt, ja mehr noch, die Realverzinsung des Geldvermögens wurde attraktiver als die der meisten gängigen Sachvermögensanlagen. Der zuvor beim Geldvermögen durch das inflatorische Tun der anderen eingezogene Zwangsbeitrag zur Linderung des Kostendrucks entfiel. Die Inflation als eigenständiges Investitionsmotiv (namentlich im Baubereich) schied aus.

— Die Ölpreiskrise sowie die Verteuerung der übrigen Rohstoffe bewirkte eine außerordentlich hohe Einkommensübertragung an das Ausland, die gesamtwirtschaftlich gesehen voll zu Lasten der Gewinne ging, da sich die Arbeitnehmer zunächst erfolgreich weigerten, an dieser Last mitzutragen.

— Nachdem sich die Stabilisierungskrise, die binnenwirtschaftlich schon 1974 voll im Gange gewesen war, Anfang 1975 als Teil der Weltrezession noch einmal gravierend verschärft hatte, kamen die Investitionsentscheidungen vollends unter den Einfluß verdüsterter Zukunftserwartungen.

315. Eine Schuldfrage ist hier nicht zu stellen. Wie auch immer man die Gewichte im einzelnen setzen mag, alle Faktoren zusammengenommen lassen

kaum Raum, sich zu wundern, daß die Investitionsneigung unbefriedigend ist. Worauf es ankommt: Alle sollten fürchten, sich in der falschen Richtung zu irren. Sowenig die Analyse ein eindeutiges Urteil darüber hergibt, in welchem Maße eine Normalisierung der Weltkonjunktur für eine Normalisierung der Investitionsneigung ausreichen wird, in welchem Maße eine Korrektur der Einkommensverteilung zugunsten der Unternehmenserträge nötig ist, in welchem Maße der Staat seine Ansprüche mittelfristig reduzieren muß — Zweifel an ihrer Rolle können Finanzpolitik und Lohnpolitik nicht haben. Umstritten sein mag auch, um wieviel die Investitionen gesteigert werden müssen, damit ausreichend viele Arbeitsplätze Beschäftigungschancen bei hohen Löhnen bieten, das Risiko jedoch, man könnte irrtümlich die Gewinnerwartungen der Unternehmen zu stark begünstigen und damit zu viele Investitionen hervorlocken, wiegt vorläufig gering, verglichen mit dem Risiko, zu wenig zu tun. Die starke Verzögerung in der Reaktion des Arbeitsplatzangebots auf übersteigerte Lohnerhöhungen mahnt insbesondere die Lohnpolitik, sich von dem Zusammenhang zwischen Löhnen und Arbeitsplätzen nicht ablenken zu lassen durch Erscheinungen, die eine bequeme Auch-Erklärung zulassen. Die Weltrezession ist die Erklärung für die Schärfe des Konjunktureinbruchs 1975. Sie ist nicht die Erklärung für die Probleme von vorher.

Unechte Strukturprobleme

316. Skepsis hinsichtlich Wachstum und Vollbeschäftigung in der Zukunft wird immer häufiger unter Verweis darauf begründet, daß die Volkswirtschaft mit größeren „strukturellen Problemen" als in der Vergangenheit fertig werden müsse. Selten wird recht klar, was darunter verstanden werden soll. Das Tempo des Strukturwandels, gemessen an den Unterschieden im Wachstum von Produktion und Beschäftigung von Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig hat nicht zugenommen. Es war in der jüngsten Vergangenheit sogar deutlich geringer als in den ersten beiden Jahrzehnten der Nachkriegszeit. Nach allem, was Schätzungen über die künftige Entwicklung der Wirtschaftszweige an Anhaltspunkten hergeben, wird dieses Tempo auch künftig nicht wieder größer werden. Geringer als in der Vergangenheit sind auch die interregionalen Wachstumsunterschiede und die räumlichen Unterschiede in der Arbeitslosigkeit. Ebensowenig ist Dauerarbeitslosigkeit auf bestimmten Teilarbeitsmärkten eine typische Erscheinung der Gegenwart. Nimmt man hinzu, daß auch die Anpassung der Bauwirtschaft an ein stabilitätskonformes Niveau und Wachstumstempo weit fortgeschritten sein dürfte, so scheinen die Sorgen vor „strukturellen Problemen" mehr einem allgemeinen Unbehagen, einer allgemeinen Unsicherheit, möglicherweise auch dem Gefühl zu entspringen, unbekannten Aufgaben der Zukunft, wie sie der ganz normale Strukturwandel der Wirtschaft ständig mit sich bringt, weniger als früher gewachsen zu sein, als einem realen Problembefund.

317. Strukturprobleme lassen sich allerdings auch verschärfen über das hinaus, was der laufende Wandel der technischen Produktionsbedingungen sowie der Wandel der Nachfragestruktur an Anpassungsaufgaben mit sich bringen. In dem durchaus legitimen Streben der Arbeitnehmerorganisationen, dem Markt abzuverlangen, was immer er dauerhaft hergibt, laufen sie Gefahr, sich in ihrem Drängen auf Lohnsteigerungen allzu einseitig an den Möglichkeiten produktivitäts- und expansionsstarker Bereiche zu orientieren und die dort bei mäßigem Widerstand erzielbaren Erfolge zum Maßstab der allgemeinen Lohnbewegung zu machen. Die Folge wäre, daß die Wachstumsbereiche in ihrer Expansion behindert würden, die strukturell schwachen Bereiche beschleunigt schrumpfen müßten, und der gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsstand sänke.

Die Wirtschaft bewältigt einen beträchtlichen Strukturwandel durchaus friktionsfrei. Ihr durch forcierten Lohndruck eine umgehende Umstellung auf produktivere Bereiche ohne temporäre Arbeitslosigkeit abzuverlangen, heißt sie überfordern. Vielfach neigt man dazu, die dann entstehende Arbeitslosigkeit als sogenannte „strukturelle Arbeitslosigkeit" der Verantwortung der staatlichen Strukturpolitik zuzuweisen. Richtiger wäre es, sie als Arbeitslosigkeit aufgrund eines zu hohen Lohnniveaus zu erkennen. Es kann keine sinnvolle Aufgabe der Strukturpolitik sein, zur Vermeidung und Beseitigung einer lohnkostenbedingten Arbeitslosigkeit den schrumpfenden Wirtschaftsbereichen Anpassungshilfen zu gewähren (um den Schrumpfungsprozeß zu strecken) und zugleich den zukunftsträchtigen Bereichen Fördermittel (um deren Expansion zu beschleunigen), all dies mehr oder weniger global oder in virtuoser Differenzierung und jedenfalls aus Steuermitteln, die zuvor den Lohneinkommensbeziehern entzogen wurden, und zu keinem anderen Ende als dem, eine Entwicklung zu bewirken, wie sie bei mäßigeren Lohnsteigerungen von selbst zustande gekommen wäre.

318. Der Strukturwandel der fünfziger und sechziger Jahre ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie die Lohnpolitik am Arbeitsmarkt den Sog der Wachstumsbereiche und den Druck auf die tendenziell abgebenden Bereiche ausbalancieren kann. Inzwischen hat das Arbeitsmarktförderungsgesetz vielfältige Hilfen bereitgestellt, diesen Prozeß weiter zu erleichtern. Wenn trotzdem die Neigung zugenommen haben sollte, die Anpassungsfähigkeit des Marktsystems zu überfordern, so könnte dies seine Erklärung in dem verschärften Widerstand gegen tatsächliche und vermeintliche Marktmachtgewinne haben. Wenn der Wettbewerb unzureichend ist, in produktivitätsstarken Bereichen rechtzeitig eine Senkung der relativen Preise zu bewirken, so muß man für verständlich halten, daß die Gewerkschaften versuchen werden — und dabei auch Erfolg haben —, einen Anteil an Übergewinnen solcher Art zu erstreiten, was leider zur Folge hat, daß mit den marktmachtbestimmten Gewinnen der einen zugleich der legitime und für eine rasche Expansion förderliche Pioniergewinn aktiver und neuerungsfreudiger anderer Unternehmen ebenfalls weggesteuert

wird. Dem Problem marktmachtbestimmter Gewinne ist mit der Lohnpolitik nicht angemessen beizukommen.

Außenwirtschaftliche Aspekte

319. Ein so sehr in die Weltwirtschaft integriertes Land wie die Bundesrepublik wird besonders stark gefordert, wenn Veränderungen im außenwirtschaftlichen Bereich sich kumulieren. In der Nachkriegszeit hatte die deutsche Exportwirtschaft dank einer sich über längere Zeit erstreckenden Unterbewertung der D-Mark keine nennenswerten Schwierigkeiten, sich trotz oftmals rascher Veränderungen auf den Weltmärkten zu behaupten, ja ihre Position ständig auszubauen.

Seit Anfang der siebziger Jahre ist dies jedoch zunehmend schwieriger geworden.

— Die Unterbewertung der D-Mark wurde seitdem schubweise stark abgebaut, ja es kam anscheinend zeitweise zu einer Überbewertung.

— Die Lohnexplosion im gleichen Zeitraum verursachte eine beträchtliche Erhöhung der Lohnstückkosten in der Industrie.

Beides zusammen führte dazu, daß der Faktor Arbeit in der Bundesrepublik nun wohl teurer ist als in fast allen anderen Ländern der Welt.

320. Dies hat Anpassungsprobleme aufgeworfen. Die notwendige Umstellung weg von Fertigungsverfahren und Produkten, die zu arbeitsintensiv sind und daher auf Dauer international nicht mehr wettbewerbsfähig sein werden, ist sicher noch nicht abgeschlossen, so daß von daher auch in den kommenden Jahren eher mit einer stärkeren Belastung des Arbeitsmarkts gerechnet werden kann. Allerdings wäre es verfehlt, aus der augenblicklichen konjunkturell stark verzerrten Lage der Exportwirtschaft und der Branchen, die mit Importen konkurrieren, Rückschlüsse auf die künftige Entwicklung unseres außenwirtschaftlichen Sektors ziehen zu wollen. Denn noch ist nicht ausgemacht, ob die starke Verteuerung des Faktors Arbeit in der Bundesrepublik nicht dadurch gemildert wird, daß die Löhne nicht zuletzt in den besonders betroffenen Branchen weniger stark steigen als bei unseren Handelspartnern. Tendenziell würden Wechselkursänderungen solche Unterschiede ausgleichen. Soweit dies aber nicht voll der Fall ist, würde sich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure wieder verbessern.

321. Selbst wenn dem so wäre, bliebe die Sorge, daß der internationale Verteilungskampf, der vornehmlich durch die Ölkrise entfacht wurde, künftig wieder stärker aufleben und neuerlich zu einer starken Verschlechterung der Austauschrelationen zu Lasten der Industrieländer führen könnte. Die Erfahrung hat jedoch gelehrt, daß die Belastungen, die sich daraus für die deutsche Wirtschaft ergeben könnten, nicht unerträglich groß sein werden. Unser industrielles Exportsortiment ist nach wie vor so, daß Länder, die ihre Industrien mit den Außenhandelsgewinnen aus Öl- und Rohstoffexporten stärker entwickeln und ausbauen wollen, noch lange und zu guten Preisen auf unser reichhaltiges Angebot an Investitionsgütern gerne zurückgreifen werden.

Auch generell ist es nicht unbedingt von Nachteil für uns, wenn andere Nationen reicher werden. Zwar mögen sich knappheitsbedingte Einkommen, die den Industrieländern und dort nicht zuletzt auch den Arbeitskräften gegenwärtig zufallen, vermindern, wenn sich technisches Wissen und ausbildungsbedingte Leistungsfähigkeit in der Welt rascher ausbreiten. Doch auch dann sind Außenhandelsvorteile weiterhin dadurch möglich, daß man Güter und Leistungen verkauft, bei deren Produktion man besonders leistungsfähig ist. Alles in allem bedeutet das zwar, daß der Wandel in unserer Industrie- und Exportstruktur auch in den kommenden Jahren noch lange nicht zur Ruhe kommen wird, doch gibt es vorläufig keine Anzeichen dafür, daß Tempo und Intensität dieses Strukturwandels die Anpassungsfähigkeit unseres Außenwirtschaftssektors überfordern würden und wir deshalb mit einem ständig kränkelnden Exportbereich zu rechnen hätten. Ein dauerhafter Erfolg wäre allenfalls dann in Frage gestellt, wenn wir etwa die akute Krise, die ein Teil der Exportwirtschaft durchmacht, zum Anlaß nehmen würden, uns nach außen stärker abzuschirmen als bisher.

322. Die attraktiven Beschäftigungschancen haben mit dazu geführt, daß immer mehr ausländische Arbeitskräfte in die Bundesrepublik gekommen sind. Seit Jahren haben sich die Klagen gemehrt, die große Anzahl der Ausländer überfordere die Integrationskraft von Wirtschaft und Gesellschaft. Der Abbau der Ausländerbeschäftigung, der in der gegenwärtigen Rezession herbeigeführt worden ist, soll auch nach Beginn eines konjunkturellen Aufschwungs fortgesetzt werden.

Ökonomische Überlegungen können nicht die ausschlaggebende Antwort auf die Frage nach der vertretbaren Ausländerbeschäftigung geben. Sicherlich ist hierfür das Ausmaß an Integrationsfähigkeit entscheidend, das unsere Gesellschaft aufbringen will und kann. Hier mögen Grenzen sichtbar geworden sein, die es nahelegen, die erneute Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften in den nächsten Jahren so gering wie möglich zu halten. Erst in zweiter Linie ist zu berücksichtigen, daß bedingt durch den Altersaufbau der Bevölkerung das inländische Arbeitsangebot anders als im vergangenen Jahrzehnt in den kommenden Jahren wieder zunehmen wird.

323. Daraus ist aber nicht zu schließen, daß es auf Dauer ökonomisch sinnvoll sein könnte, den Zugang für ausländische Arbeitskräfte möglichst zu unterbinden — zumal das einer freien und offenen Gesellschaft nicht gut anstehen würde — oder gar die Zahl der bei uns beschäftigten Ausländer drastisch zu senken.

Das dafür oftmals propagierte Mittel des verstärkten Kapitalexports anstelle des Arbeitskräfteimports kann zur Lösung des Problems der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik nicht beitragen. Es ist nicht zu erwarten, daß unser Kapital gerade und überwiegend in die Länder fließt, aus denen ausländische Arbeitskräfte in die Bundesrepublik kommen. Denn der Aufbau von Produktionsstätten im Ausland wird — abgesehen von einer Fülle politischer Faktoren — nicht nur davon bestimmt, ob dort überhaupt reichlich Arbeitskräfte vorhanden sind, sondern ebenso sehr davon, ob auch deren Qualifikation einigermaßen den Vorstellungen der Investoren entspricht. Hinzu kommt, daß eine solche Politik wohl nur möglich wäre, wenn die Exportorientierung der deutschen Wirtschaft eine Zeitlang verstärkt würde. Der zusätzliche Kapitalexport, der nötig wäre, eine bestimmte Anzahl von Arbeitsplätzen in diesen Ländern zu schaffen, würde zu einem höheren Export führen müssen; denn die Verminderung der Übertragungen an das Ausland, die ein Rückgang der Ausländerbeschäftigung mit sich brächte, reichte sicher nicht aus, den notwendigen Kapitalexport zu finanzieren. Eine solche Politik ließe sich also wohl nur bei einem zunächst höheren Außenbeitrag verwirklichen.

324. Was das deutsche Eigeninteresse angeht, so ist ein starker Abbau der Ausländerbeschäftigung deswegen nicht vorteilhaft, weil die inländischen Arbeitnehmer insgesamt Vorteile aus der verbesserten Arbeitsteilung gezogen haben, die durch die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften möglich wurde. Da im wirtschaftlichen Wachstum immer wieder Engpässe in einzelnen Bereichen des Arbeitsmarktes auftreten, weil die Arbeitskräfte räumlich und beruflich nicht ausreichend mobil sind, waren es oftmals ausländische Arbeitskräfte, die diese Lücken füllten, wenn sie dort hingeholt wurden, wo es an entsprechendem Angebot von Inländern mangelte. Infolgedessen werden bei einer Rückwanderung von ausländischen Arbeitnehmern deren Arbeitsplätze nicht ohne weiteres von Inländern eingenommen werden können. Irrig ist daher vermutlich die Vorstellung, das vermehrte Arbeitsangebot aufgrund des Zustroms von außen habe das Lohnniveau in der Bundesrepublik gedrückt, das heute erreichte Lohnniveau könne also am ehesten dadurch marktgerecht gemacht werden, daß man die Ausländer heimschickt. Für Teilbereiche dürfte dies zutreffen. Im ganzen hat die Volkswirtschaft die Mitarbeit der Ausländer gewiß nicht über Wert eingekauft, und nichts spricht dafür, daß der Vorteil daraus in erster Linie den Unternehmen und nicht ebenso den deutschen Arbeitnehmern zugefallen ist, für die sich erst wegen der Verfügbarkeit ausländischer Helfer die Möglichkeit zu höherbezahlten Tätigkeiten bot.

Zum Spielraum für mehr Produktion und mehr Beschäftigung

325. Insgesamt betrachtet, besteht also wenig Anlaß, aus unverrückbaren Gründen auf lange Sicht die Wachstumschancen wesentlich weniger günstig zu sehen, als sie es in der Vergangenheit waren. Ein Hindernis für einen rascheren Ausbau der Produktionskapazitäten besteht für die unmittelbare Zukunft in dem gegenwärtig niedrigen Investitionsniveau. Infolge des starken Rückgangs der Investitionstätigkeit hat der jährliche Zuwachs des Anlagenbestandes der Unternehmen von 6 vH in der Vergangenheit auf unter 4 vH im Jahre 1975 abgenommen; in den nächsten beiden Jahren wird er noch niedriger sein. Soll der Kapitalstock in drei Jahren wieder mit einer Rate von 4 vH zunehmen, so müssen die Bruttoanlageinvestitionen von 1976 an jährlich um 8 vH steigen, zumal auch mehr abgenutzte Anlagen zu ersetzen sein werden. Ein Zuwachs des Kapitalstocks von 4½ vH im Jahre 1978 erfordert bis dahin schon einen Investitionsanstieg um 10 vH pro Jahr. Dies scheint auf den ersten Blick bereits jenseits des Erreichbaren zu liegen; die Nettoinvestitionen würden dann jedoch noch nicht höher sein als zu Beginn der siebziger Jahre.

326. Das Wachstum des Produktionspotentials wird, wie in den vergangenen Jahren, noch hinter der Zunahme des Kapitalstocks zurückbleiben, weil die Kapitalproduktivität, also das, was je Kapitaleinheit produziert werden kann, im Trend sinkt. Zwar sind infolge des technischen Fortschritts neue Anlagen vielfach leistungsfähiger als die bereits vorhandenen, so daß von daher die Kapitalproduktivität ansteigt; dies wird bislang jedoch dadurch mehr als ausgeglichen, daß die Unternehmen nicht nur investieren, um mehr zu produzieren, sondern beispielsweise auch, um Kosten zu senken. Skeptiker befürchten, daß die Kapitalproduktivität vorübergehend oder dauerhaft stärker als bisher sinken wird. So könnte künftig ein Teil der Investitionen nicht für die Produktion von Gütern zur Verfügung stehen, weil er für den Umweltschutz oder für den Ersatz oder die Einsparung teurer Energien benötigt wird. Zudem würden als Folge eines verstärkten Strukturwandels, wo immer auch seine Ursachen vermutet werden, viele Kapazitäten nicht mehr voll ausgelastet werden können, oder, wie in der Bauwirtschaft, abgebaut werden. Da bei der Berechnung des Kapitalstocks ein vorzeitiges Ausscheiden von Anlagen nicht berücksichtigt wird, überzeichnet dieser dann die mögliche Produktion von Gütern und Diensten.

Dem stehen jedoch auch Argumente gegenüber, die für eine günstigere Entwicklung der Kapitalproduktivität sprechen. Von einer rezessionsbedingten Strukturbereinigung könnten die Branchen mit hohen Produktivitätsfortschritten begünstigt sein, und die schlechte Ertragslage könnte die Unternehmen veranlassen, verstärkt Produktivitätsreserven auszuschöpfen. Bei der gegenwärtig gedrückten Investitionsneigung dürfte zudem der Anteil der Ersatzinvestitionen besonders hoch sein; dies sind jedoch solche Investitionen, die durch die Ausnutzung des technischen Fortschritts für sich genommen zu einem Anstieg der Kapitalproduktivität führen, sie verändern nicht die Größe des Kapitalstocks, wohl aber dessen Leistungsfähigkeit. Darüber hinaus verzichten viele Unternehmen selbst auf Ersatzinvestitionen

und nutzen ihre Anlagen länger als bisher üblich, so daß die Produktionskapazitäten größer sind, als sie der Kapitalstock anzeigt, bei dessen Berechnung die normale Abnutzung der Anlagen unterstellt wird.

327. Nach Abwägen all dieser Gesichtspunkte erscheint es uns angemessener, an der bisherigen jährlichen Abnahmerate der Kapitalproduktivität von 1 vH bis 1½ vH festzuhalten. Für die nächsten Jahre läßt sich dann ein Potentialwachstum von 2½ vH bis 3 vH voraussehen.

328. Obwohl damit die Produktionskapazitäten weniger als im langfristigen Durchschnitt wachsen (4½ vH), kann die Zunahme der Produktion eine Weile über diesen Durchschnitt hinausgehen, da von den vorhandenen Kapazitäten derzeit 9 vH brach liegen. Soll die Unterauslastung binnen dreier Jahre beseitigt sein, so muß das reale Sozialprodukt jährlich um 5½ vH bis 6 vH steigen. Sieht man dafür 5 Jahre vor, so ist ein jährlicher Anstieg von 4½ vH bis 5 vH erforderlich.

329. So ansehnlich dieser Produktionsspielraum auch ist, vielfach wird bezweifelt, daß er groß genug ist, damit alle Arbeitslosen wieder beschäftigt werden können, zumal wenn in den nächsten Jahren die erwerbsfähige Bevölkerung noch zunimmt, da mehr Jugendliche in das Berufsleben eintreten, als ältere Arbeitnehmer ausscheiden. Es wird geltend gemacht, die Unternehmen, die die Beschäftigung nicht voll an den Produktionsrückgang angepaßt haben, könnten zunächst ihre Produktion ausdehnen, ohne neue Arbeitskräfte einzustellen. Außerdem würde weithin die schon erwähnte Möglichkeit genutzt, durch zusätzliche Investitionen keine Arbeitsplätze neu zu schaffen, sondern sie durch Rationalisierung entbehrlich zu machen. Diese These findet scheinbar ihre Stütze darin, daß in den zehn Jahren vor der Rezession die Kapitalausstattung durch Investitionen jährlich um 6 vH vermehrt wurde, der Bestand an Arbeitsplätzen aber gleich blieb. Bei der erwarteten Zunahme des Kapitalstocks um 4 vH bis 4½ vH wäre demnach mit einem sinkenden Angebot an Arbeitsplätzen zu rechnen. Dabei wird jedoch übersehen, daß bis zum Jahre 1973 Arbeitskräfte äußerst knapp waren; es mußten fast zwei Millionen ausländischer Arbeitnehmer zuwandern, damit der Rückgang der Erwerbsbevölkerung auch nur ausgeglichen werden konnte. Die Unternehmen konnten die Produktionskapazitäten nur dadurch erweitern, daß sie mit Hilfe einer außergewöhnlichen Kapitalintensivierung die knappen Arbeitskräfte produktiver einsetzten. Sollte es in den nächsten Jahren auch bei Normalauslastung der Kapazitäten mehr Arbeitslose als früher geben, so wird es sich dagegen bei Reallöhnen, die zu Vollbeschäftigung passen, für die Unternehmen lohnen, ihre Produktionskapazitäten nicht dadurch auszubauen, daß sie die Kapitalintensivierung verstärken, sondern daß sie Arbeitsplätze schaffen. Allerdings braucht eine derartige Umstellung im Investitionsverhalten der Unternehmen Zeit; zudem reifen neue Investitionen nicht sofort aus. Vermutlich wird daher der Teil der Arbeitslosigkeit, der nicht durch die Unterauslastung der Kapazitäten bedingt ist, nicht schnell abgebaut werden. Diese strukturelle Arbeitslosigkeit verläßlich zu quantifizieren, halten wir nicht für möglich. Verändern sich die Bedingungen am Arbeitsmarkt und im Investitionsverhalten der Unternehmen, so lassen sich die Annahmen, auf die eine Prognose aufbauen müßte, nicht durch einfache Fortschreibung aus der Vergangenheit gewinnen. Eine nur geringe Variation dieser Annahmen ergibt, über mehrere Jahre gerechnet, bereits Unterschiede von mehreren Hunderttausend Arbeitslosen.

330. Zu der in bezug auf die mittelfristigen Chancen für Wachstum und Vollbeschäftigung verbreiteten Skepsis, die sich auf die Angebotsseite bezieht — auf die Produktionsmöglichkeiten beziehungsweise das Angebot an Arbeitsplätzen also —, gesellt sich zuweilen die Besorgnis, auch von der Nachfrageseite her könne es zu Begrenzungen kommen, die dauerhaft sind, also selbst dann wirken, wenn die konjunkturelle Beeinträchtigung der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage gewichen ist; die Nachfrage nach industriell erzeugten Gütern stoße in wichtigen Bereichen auf Sättigungsgrenzen, werde zumindest im ganzen nicht so stark expandieren, daß die Industrie zusätzliche Arbeitskräfte benötigen werde; auch der Dienstleistungsbereich habe in den vergangenen Jahren nicht so viele Arbeitskräfte an sich gezogen, wie mittelfristige Strukturvorstellungen hatten erwarten lassen; seit einiger Zeit gebe es dort sogar eine Rationalisierungswelle, verbunden mit einer erheblichen Freisetzung von Arbeitskräften, und es sei nicht zu sehen, daß es sich hierbei in der Hauptsache um eine konjunkturelle Erscheinung handle, auf die im nächsten Aufschwung eine Welle der Neueinstellungen folgen werde.

Mangel an Nachfrage war in den vergangenen Jahren, ja in der gesamten Nachkriegszeit kein Hauptproblem der Wirtschaftspolitik; im Gegenteil, Sorgen bereitete der dauernde Hang zur Übernachfrage. Daß es jetzt gleichwohl zur Sättigung des Warenhungers kommen werde, scheint uns eine These zu sein, die den verbliebenen Bedarf der unteren und mittleren Einkommensschichten nicht ausreichend berücksichtigt. Keineswegs unwahrscheinlich ist freilich, daß der Anteil der Ersparnis an den Einkommen im Trend weiter steigt (nach der voraussichtlichen Korrektur der gegenwärtigen konjunkturellen Sonderbewegung). Die zunehmende Kapitalintensität der Produktion wird diese Ersparnisse absorbieren — wenn nicht ausreichend, so könnte es zu mehr Kapitalexport kommen (und entsprechenden Warenlieferungen ins Ausland); oder der Staat dürfte rascher einen Teil seiner schier unermeßlichen Ausgabenwünsche realisieren, als es vorerst möglich erscheint, schließlich aber, wenn denn wirklich die Menschen eine Mehrproduktion von Gütern nicht mehr der Mühe wert finden, die sie erfordert, kann man auch die Arbeitszeit weiter verkürzen. Kurz: Die Vorstellung, daß die Bundesrepublik schon aus Gründen eines „strukturellen Nachfragemangels" mit einer Periode fortdauernd erhöhter Arbeitslosigkeit rechnen müsse,

scheint uns wenig überzeugend, wobei wie immer unterstellt ist, die Arbeitskräfte wären mit einem marktgerechten Lohn einverstanden.

331. Selbst wenn Nachfrage und Angebot von Arbeitskräften im ganzen wieder zueinander passen sollten, ist nicht ohne weiteres an eine Rückkehr zu so niedrigen Arbeitslosenquoten zu denken, wie sie für eine ganze Reihe von Jahren der vergangenen anderthalb Jahrzehnte kennzeichnend waren. Hier war oftmals starke Übernachfrage im Spiel, mit ihren Gefahren für die Stabilität. Zeit wird es überdies kosten, den Teil der Arbeitslosigkeit, wie groß er immer sein mag, abzubauen, der Folge einer übersteigerten Lohnpolitik ist. Daß er im Vorlauf zum nächsten konjunkturellen Hoch ganz beseitigt werden kann, erscheint nicht sicher. Der Rest würde während einer Hochkonjunktur dann zwar ganz oder teilweise verdeckt sein, jedoch danach auf die Lohnpolitik wieder zukommen.

332. Bei diesem Normalisierungsprozeß, aber auch darüber hinaus muß bedacht werden: Je mehr die Lohnpolitik ihre Möglichkeiten der Lohnsteigerung ausschöpft, um so größer ist im Durchschnitt für den einzelnen, der kündigt, entlassen wird oder neu ins Erwerbsleben eintritt, der Zeitbedarf für die Arbeitssuche und gegebenenfalls für die Anpassung des persönlichen Anspruchsniveaus an die gebotenen Möglichkeiten, mit anderen Worten: um so höher ist die jeweilige „Normalarbeitslosigkeit". Will man eine relativ hohe „Normalarbeitslosigkeit" verhindern, so darf die Lohnpolitik ihren Spielraum eben nicht voll ausschöpfen. So wie die Arbeitnehmerorganisationen ihren lohnpolitischen Auftrag verstehen (müssen), mag das eine wenig wirklichkeitsnahe Vorstellung sein. Es ist jedoch keine Vorstellung zum Schaden der Arbeitnehmer, weder hinsichtlich der effektiven Lohnhöhe, noch hinsichtlich der Qualität der Arbeitswelt, für die es allemal ein gutes Zeugnis ist, wenn der einzelne eher zwischen mehreren Arbeitsplätzen wählen kann, als daß er um den einen, den er hat, bangen muß. Eine ständige leichte Übernachfrage nach Arbeitskräften bei geringer „Normalarbeitslosigkeit" wäre stabilitätspolitisch durchaus nicht bedenklich. Eher mag freilich zu erwarten sein, daß der hohe Stand an sozialer Sicherung für Arbeitslose zu einer Politik anreizt, mit der vergleichsweise große Beschäftigungsrisiken eingegangen werden.

III. Revision der Staatstätigkeit

333. In einer Wirtschaftsordnung wie der unseren werden Ansprüche an das Produktionspotential vornehmlich über den Markt, aber auch über den Staat geltend gemacht. Diese Ansprüche haben bei uns in der jüngeren Vergangenheit nicht zu jenen gepaßt, die gleichzeitig über den Markt erhoben wurden. Anders gesehen: Der Staat hat nicht vermocht, private Nachfrage (etwa durch erhöhte Steuern) zurückzudrängen, wollte aber mit seinen eigenen Ansprüchen auch nicht zurückstehen. Strukturelle Defizite in den Haushalten der öffentlichen Gebietskörperschaften sind die Folge davon, und ihre Konsolidierung wird die Finanzpolitik der nächsten Jahre wesentlich bestimmen (Ziffern 423 ff.).

Öffentliches Geld ist knapp

334. So dringend diese Aufgabe ist, sie umschreibt nur unvollständig die Probleme, die die Finanzpolitik in Zukunft zu lösen haben wird. Denn der geringe Erfolg des Staates beim Zurückdrängen privater Ansprüche zeigt wahrscheinlich mehr an als ein einmaliges oder vorübergehendes Unvermögen. Vieles spricht dafür, daß wir uns Grenzen der Abgabenbelastung nähern.

Beabsichtigt ist, die Mehrwertsteuer um 2 Prozentpunkte von 11 vH auf 13 vH anzuheben; auch die Tabaksteuer und die Branntweinmonopolabgabe sollen erhöht werden. Weiter ist ein Ansteigen des Beitragssatzes für die Arbeitslosenversicherung um 1 Prozentpunkt zu erwarten. Außerdem wird damit gerechnet, daß im Lauf der nächsten Jahre die Beitragssätze für die gesetzliche Krankenversicherung um 3 Prozentpunkte erhöht werden. Die Rentenversicherung kommt nur unter bestimmten Bedingungen ohne eine ins Gewicht fallende Anhebung des Beitragssatzes aus; unter ungünstigen Umständen muß er um 2 Prozentpunkte erhöht werden. Die Abgabenquote (das Verhältnis der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zum Bruttosozialprodukt) würde dann — je nachdem, ob man eine Erhöhung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung einbezieht oder nicht — von gegenwärtig rund 36 vH im Verlauf der nächsten drei bis vier Jahre auf 39 vH oder 40 vH ansteigen. Drückt man diese Zunahme von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen mit Hilfe der Belastungsquote des durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushaltes aus (Ziffer 135), dann ergibt eine überschlägige Berechnung, daß bei Berücksichtigung der Sozialversicherungsbeiträge und der Lohnsteuer die (am Bruttoeinkommen gemessene) Abgabenlast von knapp 32 vH um ungefähr vier oder fünf Prozentpunkte zunehmen würde; bezieht man auch die indirekten Steuern mit ein, zudem die beabsichtigten Anhebungen der Steuersätze bei der Mehrwertsteuer, der Tabaksteuer und der Branntweinmonopolabgabe, dann erhält man eine Belastungsquote von rund 45 vH beziehungsweise 46 vH. So unumgänglich einzelne der sich abzeichnenden zusätzlichen Belastungen sein mögen, wir glauben nicht, daß man sie alle zusammen oder gar noch mehr innerhalb weniger Jahre den privaten Haushalten und Unternehmen zumuten dürfte. Zumindest halten wir für wenig wahrscheinlich, daß man sie ohne stabilitätsgefährdende Abwehrreaktionen der Betroffenen durchsetzen könnte.

335. Nun bedeuten Grenzen der Abgabenbelastung nicht zugleich Grenzen der Staatstätigkeit. Die Staatsquote (das Verhältnis der staatlichen Ausgaben zum Produktionspotential) kann auch bei gleichbleibender Abgabenquote zunehmen, wenn der Staat entsprechend mehr Kredite aufnimmt, also die Kreditfinanzierungsquote erhöht. Allerdings stößt

auch die Ausdehnung der kreditfinanzierten Staatsausgaben auf Grenzen, weil wegen der steigenden Zinslasten der dauerhafte Nettoertrag aus einer Erhöhung der Kreditfinanzierungsquote vergleichsweise gering ist und weil der Staat nicht einen beliebigen Anteil der privaten Ersparnisse an sich ziehen kann (Ziffer 233). Nur in dem Maße, wie über die Verwendung der aufgenommenen Kredite zusätzliche Produktivitätsfortschritte in der privaten Wirtschaft bewirkt werden, die ihrerseits zu einem größeren Produktionspotential und also bei gegebenem Auslastungsgrad zu einem höheren Sozialprodukt führen, werden auf diesem Wege auch mehr Steuern anfallen, die zur Deckung der Zinslasten beitragen können.

Es spricht also viel dafür, daß die Staatsquote (ohne Zinszahlungen, zuzüglich Sozialversicherungsleistungen) nur in geringem Ausmaß noch über das hinaus ausgedehnt werden kann, was sich schon als unabweisbar abzuzeichnen scheint. Selbst wenn eine Ausdehnung gelingt, wird das staatliche Geld knapp bleiben — bedenkt man, was an staatlichen Leistungen erwartet wird und was diese kosten.

Die Aufwendungen des Staates werden, weil er im wesentlichen Dienstleistungen erbringt, sehr stark durch die Entgelte bestimmt, die er seinen Bediensteten zahlt. Deren Bezüge müssen mit der allgemeinen Lohnentwicklung Schritt halten und bewirken einen überdurchschnittlichen Anstieg der Personalausgaben. Was der Staat leisten soll, wird auch in Zukunft sicher zunehmen, denn bestehende Aufgaben werden an Gewicht gewinnen und neue Aufgaben hinzukommen. Kostendruck und Aufgabensog führen so zu ständig zunehmenden Ansprüchen; dem aber steht entgegen, daß die mögliche Erhöhung der Einnahmen nicht ausreicht, um alles zu finanzieren, was an neuen Aufgaben wichtig erscheint. Der Staat muß dies bei der Bemessung der Ansprüche berücksichtigen, die er durchsetzen kann, ohne Wachstum und Stabilität zu gefährden. Die Enge seines Expansionsspielraums zwingt ihn zum ständigen Überprüfen seiner Ausgabenstruktur. Teure Reformen werden nur zu verwirklichen sein, wenn und soweit dieses Erfordernis erfüllt wird: Die Revision der Staatstätigkeit ist ein Dauerauftrag der Finanzpolitik.

336. Zur Erfüllung dieses Revisionsauftrages sollten öffentliche Leistungen immer wieder daraufhin überprüft werden,

- ob sie (ganz oder zum Teil) aufgegeben werden können — sei es weil sie an Dringlichkeit verloren haben, sei es weil man es ebensogut den Privaten überlassen kann, wie und zu welchen Bedingungen der Bedarf nach der betreffenden Leistung gedeckt wird. Also: Privatisierung von öffentlichen Leistungen.
- ob sie privat in staatlichem Auftrag erstellt werden können. Das läßt sich durch die Einschaltung Privater bei der Bereitstellung öffentlicher Leistungen erreichen — sei es indem diese Leistungen privat produziert, aber vom Staat angeboten werden, sei es, indem der Staat bestimmte Aufgaben an Private überträgt, durch geeignete Vorkehrungen aber eine Untergrenze des Leistungsangebots sichert. Man darf erwarten, daß manche Leistungen dann billiger produziert und marktgerechter angeboten werden. Also: Private Produktion von öffentlichen Leistungen.
- ob sie gegen die Zahlung spezieller Entgelte (Preise, Beiträge, Gebühren) angeboten werden können und ob sich dort, wo dies bereits geschieht, der Kostendeckungsgrad erhöhen läßt. Allerdings sind auch gegen die Erhöhung von speziellen Entgelten Widerstände zu erwarten. Also: Mehr Entgeltlichkeit bei öffentlichen Leistungen.
- ob sie billiger bereitgestellt werden können. Dadurch soll nicht nur mehr Effizienz innerhalb der Verwaltung erreicht werden. Der administrative Aufwand, der sich bei der Ausführung von Gesetzen (bis hin zur untersten Verwaltungsebene) ergibt, muß auch mehr als bisher schon im Verlauf der Gesetzgebung berücksichtigt werden. Also: Rationalisierung der Produktion öffentlicher Leistungen.
- ob sie an Veränderungen in der Priorität der Aufgaben anzupassen sind und ob sie durch kostengünstigere Zuwendungsformen (beispielsweise Darlehen statt Zuschüssen) oder durch spezielle Zumessung (beispielsweise durch Einkommensgrenzen bei der Sparförderung) ihrem Umfang nach eingeschränkt werden können, ohne daß bei dem angestrebten Ziel nennenswerte Abstriche gemacht werden müssen. Also: Effektivere Darbietung von öffentlichen Leistungen.

337. Erfolg auf Dauer wird sich bei der Revision der Staatstätigkeit freilich nur dann einstellen, wenn die Bürger den Sinn solcher Maßnahmen verstehen und diese tolerieren, besser noch: unterstützen. Vorbedingung dafür ist, daß die folgenden — fast selbstverständlich anmutenden — Einsichten, die durch die gegenwärtige Lage der öffentlichen Finanzen aktualisiert worden sind, fest im Bewußtsein der Bürger haften bleiben.

- Der Staat kann nur Leistungen bereitstellen, wenn und soweit die Bürger zur Finanzierung zwangsweise (in Form von Abgaben) oder freiwillig (mit Hilfe von Krediten) beitragen. Und: Er kann bei gegebenen Einnahmen um so mehr Leistungen erbringen, je wirtschaftlicher er produziert. Die Bürger sollen, auch und gerade im Hinblick auf die Staatstätigkeit, kosten- und leistungsbewußt sein.
- Der Staat kann über die Bereitstellung von Gütern und Diensten hinaus nur umverteilen, was er sich zu diesem Zweck an Mitteln beschafft. Und: Je größer diese Masse wird, um so mehr verschieben sich die Verteilungsvorgänge von der vertikalen Richtung, also von reich zu arm, in die horizontale Richtung, also auf Angehörige gleicher Einkommensschichten. Was die Privaten an zusätzlichen Übertragungen vom Staat erhalten, müssen sie dann in zunehmendem Maße selbst aufbringen. Die Bürger sollen umverteilungsbewußt sein.

— Es gibt nicht nur Marktversagen, sondern auch unübersehbare Schwächen im staatlichen Bereich. Das zeigt sich nicht allein in der oft beklagten Schwerfälligkeit der Verwaltung, sondern auch, und vielleicht noch stärker, in dem mühsamen, zeitraubenden und nicht selten auch im Ergebnis unbefriedigenden politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß. Besorgnis in bezug auf die Effizienz des Staates ist also mindestens ebenso angebracht wie im Hinblick auf die Effizienz von Märkten. In dem Bereich, in dem es strittig ist, wem die Güterversorgung übertragen werden soll, sind (aus Kostengründen) die relativen Schwächen von Markt und Staat sorgfältig gegeneinander abzuwägen; im Zweifel sollte die Güterversorgung über den Markt vorgezogen werden (JG 70 Ziffer 250). Und selbst dann, wenn der Staat bestimmte Aufgaben besser erfüllen könnte als Private, ist nicht selbstverständlich, daß er diese auch erfüllen muß. Denn das öffentliche Geld ist knapp, und deshalb kann nicht alles, was gefordert wird, vom Staat geleistet werden. Die Bürger sollen unvollkommenheitsbewußt sein.

Beispiel: Personalausgaben

338. Im Zentrum der Kritik an den Staatsfinanzen steht seit längerer Zeit der steigende Personalaufwand. Von 1969 bis 1975 stieg er durchschnittlich um über 15 vH je Jahr und beansprucht gegenwärtig ein Drittel des Gesamthaushalts des Staates. Der große Zuwachs des Personalaufwands ergibt sich aus der Erhöhung der Löhne und der Vermehrung der Stellen.

Die starke Verteuerung der Arbeitskräfte kommt darin zum Ausdruck, daß die Kosten für einen Staatsbediensteten von 1969 bis 1975 im Durchschnitt von 20 000 DM auf 40 000 DM im Jahr stiegen. Hierin spiegelt sich auch der Umverteilungserfolg der Arbeitnehmer, an dem der Staat seine Bediensteten beteiligen mußte.

Der Personalbestand wurde von 1969 bis 1975 mit einem jährlichen Zuwachs von $3^1/_2$ vH noch rascher erhöht als in den sechziger Jahren, vor allem in den Ländern, weil dort Versprechen auf neue Leistungen, insbesondere im Bildungsbereich und im Gesundheitswesen, zu erfüllen waren. Rund 20 Mrd DM der gegenwärtigen Personalkosten gehen auf die Vermehrung der Stellen zurück; hinzu kommt die zusätzliche Ausstattung mit Sachmitteln.

Nun ist bei einem Dienstleistungsbetrieb wie dem Staat wegen der relativen Verteuerung der Arbeit verständlich, ja unausweichlich, daß der Personalkostenanteil an den Ausgaben zunimmt. Bedenklich ist jedoch das Ausmaß des Personalkostenanstiegs; zuviel in den öffentlichen Haushalten wird aus diesem Grunde festgeschrieben, und deshalb werden die Personalausgaben in Zukunft nicht so stark ausgedehnt werden können wie in den letzten fünfzehn Jahren. Eine Revision der Staatstätigkeit ist hier also unumgänglich; sie bedeutet Überprüfung der Aufgaben des öffentlichen Dienstes, in erster Linie jedoch Rationalisierung bei der Erstellung seiner Leistungen.

339. Die Eindämmung des Personalaufwands ist zwar immer wieder gefordert worden, aber erst die wachsenden Finanzierungsschwierigkeiten haben ernstzunehmende Maßnahmen in dieser Richtung erzwungen. So verhängten zunächst der Bund und dann die Länder Einstellungssperren, die teilweise schon 1974 zu einem Rückgang des Personalbestandes führten. Die zunächst pauschal angeordneten Einsparungsmaßnahmen sind allerdings nur ein erster Schritt. Wenn sie lediglich zu einem vorübergehenden Aufstauen des Personalbedarfs und zu unerwünschten Leistungsausfällen führten, wäre auf Dauer nichts gewonnen. Folgen muß daher das Aufspüren der — von vielen als reichlich vermuteten — Produktivitätsreserven im öffentlichen Dienst und auch das Überprüfen des staatlichen Leistungsangebots nach seiner Dringlichkeit.

Zur Rationalisierung im Personalbereich gehört ebenfalls, daß der Staat einfachere Gesetze und Verwaltungsvorschriften erläßt. Mehr als bislang muß der Vorteil detaillierter Regelungen gegen das abgewogen werden, was mit dem dazu erforderlichen Verwaltungsaufwand anderswo geleistet werden könnte. In dieser Sache ist bisher nur wenig erreicht worden; dies mag auch daran liegen, daß die Ausführung von Gesetzen häufig auf einer anderen staatlichen Ebene liegt als derjenigen, die die Gesetze beschließt und die deshalb deren Folgekosten nicht spürt.

Derartige Folgekosten werden auch zu wenig berücksichtigt, wenn staatliche Stellen Investitionen zwar finanzieren oder fördern, sich aber um die Kosten der Nutzung nicht kümmern müssen. So finanzierten Bund, Länder und Gemeinden zwar großzügig den Bau von Krankenhäusern; daß diese nur mit hohen Pflegesätzen zu unterhalten sind, trifft dagegen die Krankenversicherungen. So förderten Bund und Länder mit umfangreichen Investitionshilfen den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs; mit den hohen Betriebskosten müssen die Gemeinden fertig werden. Da die durchsetzbaren Tariferhöhungen hierzu nicht ausreichten, waren oft Zuschüsse aus den Gemeindehaushalten die Folge; andere Aufgaben mußten zurückstehen oder konnten nicht in gewünschtem Umfang wahrgenommen werden.

340. Auch die Privatisierung und die private Produktion von öffentlichen Leistungen könnte helfen, Personalkosten einzusparen. Denn nicht alle Leistungen, an denen ein öffentliches Interesse zu bestehen scheint, müssen vom Staat erbracht werden. Namentlich im kommunalen Bereich könnte man Leistungen auch durch private Unternehmer bereitstellen lassen, sei es mit, sei es ohne öffentlichen Auftrag oder Zuschuß. Denn dies erleichterte es vielleicht nicht nur, den Bürgern kostendeckende Preise abzufordern; die privaten Unternehmer würden die Leistungen nicht selten auch kostengünstiger und marktgerechter anbieten, unter anderem deshalb, weil sie nicht durch das öffentliche Dienstrecht gebunden sind.

Beispiel: Sozialausgaben und Finanzhilfen

341. Die starke Zunahme der öffentlichen Ausgaben hatte ihre Ursache indes nicht nur darin, daß der Staat mehr öffentliche Dienstleistungen zur Verfügung stellte, sondern auch darin, daß er gleichzeitig die Finanzhilfen an Unternehmen sowie die Einkommens- und Vermögensübertragungen ausweitete, mit denen er die Verteilung von Einkommen und Einkommenschancen, die über den Markt entsteht, korrigiert. Im Jahre 1975 gab er dafür, abgesehen von den Zahlungen an die Bundesanstalt für Arbeit, rund 125 Mrd DM aus, das heißt über ein Drittel seines Gesamthaushaltes; hinzu kommt ein Teil der Steuerbegünstigungen, die sich 1975 auf über 30 Mrd DM belaufen.

Mehr als die Hälfte der Übertragungen ging an private Haushalte und an die Sozialversicherung. Da die meisten dieser Sozialleistungen gesetzlich dynamisiert, das heißt hier an die Lohnentwicklung gebunden sind (beispielsweise Kriegsopferversorgung, Bundeszuschuß zur Rentenversicherung) oder vom Gesetzgeber von Zeit zu Zeit an diese angepaßt werden (beispielsweise Sozialhilfe, Wohngeld), wird der Spielraum in den öffentlichen Haushalten auch indirekt durch den hohen Lohnanstieg eingeengt. Außerdem weitete der Staat die Sozialleistungen, die aus den Haushalten der Gebietskörperschaften gezahlt werden, in den letzten Jahren noch aus. So wurde der Kreis von Schülern und Studenten, denen während ihrer Ausbildung Unterhaltszuschüsse gewährt werden, beträchtlich vergrößert; die Landwirte erhielten erhebliche Zuschüsse für ihre soziale Sicherung. Ferner nahmen die privaten Haushalte immer mehr Sparprämien, Wohnungsbauprämien und Arbeitnehmersparzulagen in Anspruch; der gesamte Aufwand zur Förderung der Vermögensbildung ist inzwischen auf 8 Mrd DM angestiegen.

Die Unternehmen, einschließlich des Wohnungsbaus, und die Landwirte erhalten ein Drittel der staatlichen Transferzahlungen als laufende Zuschüsse, als Investitionszulagen oder als Darlehen. Zu einer wachsenden Belastung der öffentlichen Haushalte wurden dabei in den letzten Jahren insbesondere die Zuschüsse an öffentliche Verkehrsunternehmen.

342. Der große finanzielle Aufwand, der mit der staatlichen Umverteilungspolitik verbunden ist, zwingt auch bei den Übertragungen zur Revision. Das muß keineswegs heißen, daß auf das jeweilige Umverteilungsziel verzichtet wird. Mehr als bisher muß aber auf die Koordinierung von Umverteilungsmaßnahmen geachtet werden; mehr als bisher ist zu fragen, ob man zu kostengünstigeren Zuwendungsformen übergehen kann; mehr als bisher bleibt zu prüfen, wie die Einkommenshilfen ihre Adressaten erreichen können, ohne daß zugleich eine Vielzahl von Nutznießern bedacht wird, die nicht gemeint sind.

Ein Schritt in die richtige Richtung ist bei der Einkommensteuerreform zum 1. Januar 1975 getan worden; die Gewährung von Sparprämien wurde an Einkommensgrenzen gebunden (für Ledige: 24 000 DM, für Verheiratete: 48 000 DM). Gleichwohl werden auch jetzt die „Mitnahmeeffekte" noch beträchtlich sein; denn in dem eingeschränkten Kreis der Begünstigten wird es immer noch viele geben, die ohnehin gespart hätten. Ausgabensenkend würde auch wirken, wenn die Umverteilungspolitik bei der Wohnungsvorsorge mehr als bisher von der Objekt- zur Subjektförderung überginge — auch deshalb, weil Mißbräuche, wie die Fehlbelegungen im sozialen Wohnungsbau, dann leichter zu vermeiden sind. Bei der Förderung von Studierenden, die infolge ihrer Ausbildung ein überdurchschnittliches Einkommen erwarten dürfen, könnte (wenigstens auf längere Frist) durch eine Verlagerung von Zuschüssen auf Darlehen eine Verminderung der Staatsausgaben erreicht und (bereits auf mittlere Frist) möglicherweise eine Verkürzung der Studienzeit bewirkt werden. Vermieden werden muß auch, daß Zuschüsse aufgrund unterschiedlicher Umverteilungsmaßnahmen bei den Empfängern zu einer vom Gesetzgeber nicht gewollten Kumulation der Zahlungen führen; geht dies mit einer Kumulation von Einkommensbegrenzungen einher, dann ist es sogar möglich, daß das verfügbare Einkommen von Personen, deren Markteinkommen über diesen Grenzen liegt, geringer ist als das von „kumulativ" Begünstigten.

343. Eine umfassende Bestandsaufnahme wäre erwünscht, in der die vielfältigen Einflüsse der Staatstätigkeit auf die Verteilung des Wohlstands untersucht werden. Eine solche Enquête hätte nicht nur die geldlichen Übertragungen und deren Ansatzpunkte sowie die Begünstigungen und Benachteiligungen im Bereich der öffentlichen Abgaben aufzuzeigen und im Zusammenhang zu analysieren, sondern, soweit diese ins Gewicht fallen, auch die Verteilungswirkungen, die sich aus den Diensten und Sachleistungen des Staates ergeben.

Beispiel: Bundesbahn

344. Die Zweifel an einer rationellen Wirtschaftsführung im Staatssektor erstrecken sich nicht zuletzt auf die öffentlichen Unternehmen, insbesondere auf die Deutsche Bundesbahn, der Jahr für Jahr Bundesmittel in Milliardenhöhe zufließen. Die Zuwendungen des Bundes betrugen 1970 fast 4 Mrd DM; 1975 dürften es knapp 10 Mrd DM sein — 400 DM je Steuerpflichtigen —, und für 1979 wird ein Betrag von 16 Mrd DM und mehr erwartet. Auch wenn mit diesen Summen zum Teil Lasten abgedeckt werden, die die Bundesbahn nicht zu vertreten hat, so werden mit ihnen doch in erster Linie und in zunehmendem Maße Unternehmensverluste ausgeglichen. Das Mißverhältnis zwischen Erlösen und Kosten ist nur durch rigorose verkehrs- und unternehmenspolitische Entscheidungen zu beheben.

345. Die Bundesbahn entwickelt ein Programm, das eine Konzentration im Streckennetz und in der Leistungsstruktur, moderne Verfahren der Leistungserstellung, eine Neuorientierung in der Absatzpolitik und eine innerbetriebliche Reorganisation vorsieht. All dies entspricht anerkannten Forderungen, doch galt das auch schon für frühere Sanierungspro-

gramme. Ob der neue, seinen Vorgängern überlegene Programmentwurf nur ein weiteres Glied in der Kette gescheiterter Pläne sein oder zu einer finanziellen Gesundung der Bahn führen wird, ist gegenwärtig noch offen. Auf dem dornigen Pfad ist, die bisherigen Erfahrungen beweisen es, allein voranzukommen,

- wenn der Bund sich nicht nur für ein Sanierungsprogramm entscheidet, sondern zu ihm auch ohne Abstriche steht und die Finanzierung der für die einzelnen Programmstufen vorgesehenen Investitionen gewährleistet, wenn er zudem die dienstrechtlichen Voraussetzungen für eine moderne Unternehmensführung bei der Bahn schafft und wenn er seine Verkehrspolitik der neuen Lage anpaßt sowie regionalpolitische Vorkehrungen trifft,
- wenn die Bundesbahn sich nicht nur reformwillig gibt, sondern sich auch als fähig erweist, das Programm zu verwirklichen, die Arbeitsabläufe zu rationalisieren und dadurch die Zunahme der Personalausgaben einzudämmen, wobei die bislang als Grenze bezeichnete Verringerung des Personalbestandes um rund 60 000 Dienstkräfte bis 1979 nicht das letzte Wort sein sollte, und
- wenn Widerstände der Arbeitnehmer und der Benutzer der Bundesbahn überwunden werden können.

Gelänge es weiter, noch bestehende Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Verkehrsträgern zu beseitigen, so wäre auch dies hilfreich. Doch sollte das nicht durch Maßnahmen geschehen, die die Bundesbahn von dem Zwang entlasten, sich im Markt mit marktkonformen Mitteln zu behaupten.

346. Daß die Aufgabe bisher nicht kraftvoll angegangen wurde, beruht vor allem auf dem Widerstand derer, die sich durch Reformabsichten betroffen fühlen. Die Eisenbahner fürchten um ihren angestammten Arbeitsplatz, die Kunden um das Angebot von Verkehrsleistungen, auf das sie sich eingestellt haben, und die Regionen und Städte um die traditionellen Verkehrsverbindungen. Die Parlamentarier schrecken Pressionen, die schon Gerüchte über Streckenstillegungen und andere Maßnahmen der Konzentration im Leistungsangebot der Bundesbahn mit sich bringen. Die Bundesbahn ist jedoch nicht ohne Härten zu sanieren; es wäre töricht, dies leugnen zu wollen. Starke Widerstände sind erneut zu erwarten.

347. Aus vielfältigen Gründen, nicht zuletzt aus regionalwirtschaftlichen, wird die Bundesbahn zu einer unwirtschaftlichen Verkehrsbedienung veranlaßt. Sie subventioniert eine große Anzahl von Regionen in einer im einzelnen meist unbekannten Stärke zulasten der eigenen Erträge, solange das Streckennetz nicht rationalisiert ist. Es mögen im Einzelfall gute Gründe für eine solche Subventionierung und damit gegen die Stillegung einer Strecke sprechen, die betriebswirtschaftlich geboten ist. Nicht richtig ist allerdings, daß die Subvention, wie es die Regel zu sein scheint, ungeprüft gewährt wird, zum einen weil sie als solche gar nicht erscheint, zum andern weil derjenige, der für die regionalpolitischen Ziele zuständig ist — nicht die Bundesbahn —, gar nicht gedrängt wird, sich zu fragen, ob der regionalpolitische Vorteil auf diese Weise nicht zu teuer erkauft ist.

Zuständigkeiten und Pflichten sollten so verteilt sein, daß es immer zu der Frage kommt, ob nicht der gleiche Zweck mit anderen regionalpolitischen Maßnahmen erreicht werden kann, gegebenenfalls besser und billiger. Daher könnte erwogen werden, die Bundesbahn für eine ihr abverlangte unrentable Verkehrsbedienung finanziell zu entschädigen. Ausgleichszahlungen wären gewiß nicht einfach, zumal unerwünscht wäre, wenn auf diese Weise der Rationalisierungsdruck auf die Bundesbahn gemildert würde. Ein solcher Verlustausgleich für einzelne Strecken müßte daher vermutlich stets zeitlich begrenzt sein oder von Jahr zu Jahr abnehmende Beträge vorsehen. Die Ausgleichszahlungen wären grundsätzlich von den Instanzen zu vertreten, die den Verzicht auf eine Konzentration im Angebot der Bundesbahn bewirkt haben. Ihnen obliegt in der Regel auch die Entscheidung über regionalpolitische Alternativlösungen. Ein nicht gering zu schätzender Vorzug dieses Verfahrens wäre zudem in der Bilanzwahrheit öffentlicher Rechnungsführung gegenüber dem Bürger zu sehen.

348. Man mag dies im einzelnen anders sehen. Unumgänglich erscheint jedoch, den betriebswirtschaftlichen Sanierungsplan der Bundesbahn in ein gut vorbereitetes verkehrs- und regionalpolitisches Konzept einzubringen. Hierfür ist die Bundesregierung zuständig. Wird die politische Durchsetzung der Sanierung nicht genau so sorgfältig geplant wie das, was im Unternehmen Bundesbahn geschehen muß, so besteht wenig Hoffnung, daß der neue Anlauf weiterführt als die früheren.

349. Eine Quelle besonders großer Sorge ist der öffentliche Personennahverkehr der Bundesbahn. Nach Angaben der Bundesbahn werden 1975 auf der Schiene die Kosten von den Erlösen — ohne Bundesleistungen — nur zu 26,4 vH gedeckt; selbst in den Verdichtungszonen, Hamburg ausgenommen, erreicht die Kostendeckung sehr magere Werte (30 bis 35 vH). Fahrgäste müßten also fast viermal mehr bezahlen, um — im Durchschnitt — die Kosten der von ihnen beanspruchten Verkehrsleistungen voll abzugelten. Soll wenigstens der Zuschuß je Leistungseinheit bei weiter anziehenden Stückkosten nicht mehr zunehmen, so müssen die Fahrpreise jeweils um knapp das Vierfache des Kostenanstiegs erhöht werden. Der Öffentlichkeit erscheint das meist als unerhört, obgleich es nur ein Abwehren weiterer Verluste ist.

Die unzureichende Kostendeckung ist nicht auf den Personennahverkehr der Bundesbahn beschränkt, sondern — wenn auch mit Abstrichen — typisch für den gesamten Personennahverkehr. Es werden viele Gründe hierfür angeführt, vor allem: Steigende Kosten wegen des hohen Anteils der Personalausgaben an den Gesamtkosten; weitreichende soziale Auflagen für die Tarifgestaltung; Grenzen für Tarif-

anhebungen wegen der Konkurrenz des Individualverkehrs, der zumindest in den Ballungsräumen ebenfalls seine Kosten nicht selbst decke und überdies schwerwiegende Umweltprobleme verursache.

Das mag im ganzen so sein. Aber selbst wenn es so ist, kann es nicht heißen, sich endgültig mit dem niedrigen Kostendeckungsgrad dieses Wirtschaftszweigs abzufinden. Wenn nämlich auch richtig ist, daß der Staat mit dem Versuch, noch mehr Geld über seine Kassen laufen zu lassen, an Grenzen stößt, und manche wichtige Staatsaufgabe aus diesem Grunde notleidend wird, dann muß für immer kostspieliger werdende Defizitbereiche wie den Nahverkehr nach neuen Wegen gesucht werden, dem Prinzip der Entgeltlichkeit wieder mehr Geltung zu verschaffen. Denn hier ist das wenigstens im Prinzip möglich. Dazu mag letztlich auch gehören, durch stärkere Belastung des Individualverkehrs die Durchsetzbarkeit höherer Preise im öffentlichen Nahverkehr zu verbessern, und manches andere, das nicht populär ist. Immer mehr scheint sich das Bewußtsein auszubreiten, es sei eine originäre Staatsaufgabe, den Transport der Bürger in Städten und ihrem Umland zu subventionieren. Dem muß man entgegenwirken.

Beispiel: Sozialversicherungen

350. Für die Haushalte der Sozialversicherungen stellen sich ähnliche Probleme wie für jene der Gebietskörperschaften. Allerdings war bisher zu beobachten, daß die Widerstände gegen ein Ansteigen der Sozialversicherungsbeiträge geringer waren als gegen Steuererhöhungen. Dies mag daran liegen, daß die Versicherten zwischen den Beiträgen und den Versicherungsleistungen engere Beziehungen sehen als zwischen Steuern und Staatsleistungen; überdies sind Leistungen der Sozialversicherungen besser bekannt als viele Leistungen, die der Staat bereitstellt. Bei zunehmender Abgabenlast gibt es jedoch sicher auch Grenzen der Bereitschaft, höhere Beiträge an die Sozialversicherungen zu zahlen. Diese Schwelle könnte bald erreicht sein; inzwischen ist offensichtlich, daß dann, wenn die Ausgaben der Sozialversicherungen weiterhin schneller zunehmen als die Bemessungsgrundlage, auf die sich die Beiträge beziehen, kurz- und mittelfristig Beitragserhöhungen von beträchtlichem Ausmaß drohen (Ziffer 334). Auch hier besteht also ein Revisionsproblem, und man tut gut daran, es nüchtern zu erörtern.

351. Einen besonders hohen Ausgabenzuwachs hatte infolge der hohen Arbeitslosigkeit im Jahre 1975 die Arbeitslosenversicherung zu verzeichnen. Doppelt so viel wie im Vorjahr, nämlich 16 Mrd DM, mußten an Einkommensübertragungen aufgebracht werden. Das hohe Defizit geht zum Teil auch auf Maßnahmen des Arbeitsförderungsgesetzes von 1969 zurück. Damals wurde die Bundesanstalt für Arbeit mit der Förderung der beruflichen Bildung beauftragt. Für die Übertragung dieser Zuständigkeit an die Bundesanstalt sprach, daß mit den Förderungsmaßnahmen eine Minderung des Beschäftigungsrisikos angestrebt wird. Außerdem schienen damals die Überschüsse der Arbeitslosenversicherung zur Finanzierung der neuen Aufgabe auszureichen. Inzwischen hat die Bundesanstalt Kurse zur beruflichen Ausbildung, Fortbildung und Umschulung finanziert, sowie den Teilnehmern an diesen Kursen ein Unterhaltsgeld in Höhe von 90 vH des letzten Nettolohns gezahlt. Von 1969 bis 1975 wurden für diesen Zweck rund 12 Mrd DM ausgegeben.

Das hohe Defizit von 1975 und der für 1976 zu erwartende Fehlbetrag haben auch hier Anlaß gegeben, nach Revisionsmöglichkeiten zu suchen. In dem Entwurf zum Haushaltsstrukturgesetz hat die Bundesregierung erste Maßnahmen vorgesehen. So zielen einige der geplanten Änderungen des Arbeitsförderungsgesetzes darauf ab, das Verfahren bei der Gewährung von Leistungen zu vereinfachen. Tendenziell ausgabensenkend wirken Maßnahmen wie das Herabsetzen des Unterhaltsgeldes auf den Stand des Arbeitslosengeldes und das Ersetzen von Zuschüssen durch Darlehen.

Es läßt sich vorstellen, daß weitere Korrekturen der Leistungszusagen in Betracht kommen, wenn noch mehr Erfahrungen mit diesem verhältnismäßig jungen Gesetz vorliegen. Dabei kann allerdings nicht der innere Zusammenhang mit Förderungsmaßnahmen übersehen werden, die aus anderem Grund und aus anderer Quelle gezahlt werden, aber einem vergleichbaren Personenkreis zugute kommen. So können Umschüler — was beispielsweise das Verhältnis von Zuschüssen zu Darlehen bei der beruflichen Förderung betrifft — wohl nicht ohne weiteres schlechter gestellt werden als ihre studierenden Altersgenossen, die Leistungen im Rahmen der Ausbildungsförderung erhalten.

352. Zur Finanzierung des Haushalts der Bundesanstalt für Arbeit will die Bundesregierung zum 1. Januar 1976 den Beitragssatz um einen Prozentpunkt auf insgesamt 3 vH erhöhen, was im nächsten Jahr zu Mehreinnahmen von 3,8 Mrd DM führen und den voraussichtlichen Zuschuß des Bundes auf 5 bis 6 Mrd DM begrenzen dürfte. Die Bundesregierung hat in Aussicht gestellt, den Beitragssatz wieder zu senken, wenn infolge abnehmender Arbeitslosigkeit die Ausgaben der Bundesanstalt zurückgehen.

Wegen der hohen Defizite im Bundeshaushalt ist diese vorübergehende Beitragserhöhung verständlich. Ähnliches sollte sich in einer Rezession allerdings nicht wiederholen, weil Beitragserhöhungen im Abschwung die antizyklischen Wirkungen der Arbeitslosenversicherung mindern. Anzustreben ist vielmehr ein Beitragssatz, der über die Konjunkturschwankungen hinweg unverändert bleibt und der in seiner Höhe danach bestimmt ist, daß das Beitragsaufkommen ausreicht, die Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit mittelfristig zu finanzieren. Bei einer schärferen und länger andauernden Rezession sollte der Bund Darlehen gewähren, die im Prinzip aus dem Beitragsaufkommen im folgenden Aufschwung zu tilgen wären.

353. Mit Einkommensübertragungen von — nach unserer Schätzung — annähernd 75 Mrd DM im

Jahre 1975 ist die gesetzliche Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten der größte Zweig der Sozialversicherung. Ihr drohen Defizite, die gegen Ende des Jahrzehnts aus den Rücklagen nicht mehr zu decken sein werden.

Auf mittlere Frist ist die Finanzierung der Rentenversicherungen in hohem Maße abhängig von der Entwicklung der Löhne und Gehälter sowie der Beschäftigung. So kann — dem jüngsten Rentenanpassungsbericht zufolge — der gegenwärtige Beitragssatz von insgesamt 18 vH über 1979 hinaus nur gehalten werden, wenn (bei absehbarer Anzahl der Beitragszahler und der Rentenempfänger) die Arbeitslosenquote 2 vH nicht überschreitet und wenn Löhne und Gehälter je Jahr durchschnittlich um 9 vH zunehmen. Letzteres würde allerdings ein Fortdauern der Inflation bedeuten. Gelingt es, diese zurückzudrängen, dann reichen bei dem geltenden Beitragssatz die Einnahmen der Rentenversicherungen nicht aus, die Ausgaben auf mittlere Frist zu decken. Daher muß rechtzeitig entschieden werden, wie — wenn der Beitragssatz gehalten werden soll — eine Anpassung der Leistungen an den so bestimmten Finanzierungsspielraum zu erreichen ist.

354. Man kann dieses Problem direkt angehen, man kann auch versuchen es mitzulösen, wenn Änderungen der Rentengesetze vorgenommen werden, die aus anderen Gründen gewollt sein mögen. Zur Diskussion stehen:

— Ein einmaliges Hinausschieben der Rentenanpassung, beispielsweise um ein halbes Jahr. Danach würden die Renten nach Maßgabe der bisherigen Anpassungsregel weiter steigen.

— Ein Vorziehen der Bemessungsgrundlage. Bei der Einführung der dynamischen Rente ist man dazu übergegangen, die Renten mit einer zeitlichen Verzögerung von durchschnittlich drei beziehungsweise vier Jahren der Lohn- und Gehaltsentwicklung folgen zu lassen. Man hat sich davon einen Beitrag zur Stabilisierung der konjunkturellen Schwankungen versprochen; das ist nicht immer erreicht worden. Bei starken Ausschlägen in der Lohnentwicklung bewirkte die zeitliche Verzögerung außerdem, daß Lohnsteigerungen und Rentenerhöhungen stark auseinanderklafften und daraus Spannungen zwischen Rentnern und Beitragszahlern erwuchsen. Dies läßt sich vermeiden, wenn man die zeitliche Verzögerung der Rentenanpassung verkürzt. Die Rentenversicherungen werden hierdurch allerdings nur dann entlastet, wenn zur Zeit des Vorziehens, wie gegenwärtig, die Rentenanpassungssätze höher liegen als die aktuellen Lohnsteigerungsraten.

— Eine Veränderung der Anpassungsregel, die vorsieht, daß die Renten an die Nettoverdienste der Beitragszahler gebunden werden und nicht wie gegenwärtig an deren Bruttoverdienste. Man hat die ursprünglich gewählte Bruttoorientierung beibehalten, um das nach 1957 abgesunkene Rentenniveau steigen zu lassen. Inzwischen hat es, gemessen an den Nettoverdiensten der Versicherten, den Stand jenes Jahres überschritten. Sein Anstieg wird sich, wenn die Inflationsraten nicht abermals deutlich zunehmen, fortsetzen und weiterhin über der durchschnittlichen Steigerungsrate der Nettoverdienste bleiben. Hält man das erreichte Rentenniveau für angemessen, kann der Übergang zum Nettoprinzip vollzogen werden. Die Renten nehmen dann langsamer zu als nach der gegenwärtigen Regelung.

Die erste Maßnahme hat pragmatischen Charakter; die zweite und vor allem die dritte sind grundsätzlicher Natur. Alle eröffnen die Möglichkeit, die Leistungen der Rentenversicherung an den begrenzten Finanzierungsspielraum anzupassen. Daß die beiden letzten Maßnahmen eine Reihe weitergehender Probleme aufwerfen, steht außer Frage.

355. Die Kosten der Krankenversorgung werden in der Bundesrepublik zu etwa neun Zehnteln von den gesetzlichen Krankenkassen bestritten und im Beitragsverfahren gedeckt. Die Ausgaben der Krankenkassen, 1960 weniger als 10 Mrd DM, sind bis 1975 beschleunigt auf etwa 60 Mrd DM gestiegen, im letzten Jahr allein um rund 10 Mrd DM. Der Satz der Krankenkassenbeiträge lag 1960 für Angestellte bei 6,4 vH, für Arbeiter (bei denen die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle damals noch zu Lasten der Krankenversicherung ging) bei 8,4 vH; er beträgt 1975 für Arbeiter und Angestellte mehr als 10 vH und wird bis zum Ende des Jahrzehnts nach offiziellen Schätzungen auf mindestens 13 vH, nach anderen auf mehr als 15 vH steigen.

Wie groß der Teil des Sozialprodukts ist, der für die Krankenversorgung ausgegeben wird, hängt davon ab, welche Deutung die einzelnen dem Begriff Gesundheit geben und welche Ansprüche an das Gesundheitswesen die Gesellschaft normiert. Soweit die steigenden Aufwendungen auf solche Wertentscheidungen zurückzuführen sind, hat die Gesellschaft nur die Wahl, die Kosten der Krankenversorgung zu akzeptieren oder ihre Maßstäbe zu revidieren. So fehlt es denn auch nicht an Stimmen, die den Anstieg der Kosten auf die therapeutischen Möglichkeiten der modernen Medizin und auf die sozialstaatlichen Normen der modernen Krankenversorgung zurückführen wollen.

Ein beträchtlicher Teil der Kostensteigerung ist allerdings nicht daraus, sondern aus der Organisation der Krankenversorgung zu erklären. Denn deren institutionelle Regelungen sind so angelegt, daß die Mitglieder ihr eigenes Interesse dann am besten gewahrt sehen, wenn sie ihr Handeln nicht an Kosteneinsparungen orientieren.

— Die Ärzte handeln unter dem Einfluß von Regelungen, die die Höhe ihres Einkommens an die Anzahl der Behandlungen knüpfen und dabei, so ist die vorherrschende Meinung, den persönlichen Dienst des Arztes geringer bewerten als das Behandeln mit technischen Hilfsmitteln. Die Einnahmen der Ärzte sind weiterhin abhängig von Honorarsätzen, deren Höhe zwischen wenigen kassenärztlichen Vereinigungen und vielen Krankenkassen in einer Art Tarifverhandlung ausgehandelt wird; die Stellung der Kranken-

kassen scheint dabei nicht besonders stark zu sein.

— Die Organisation der meisten Krankenhäuser enthält nicht genug Anreize zu kostenmindernder Verkürzung der Verweildauer der stationär behandelten Kranken; ebenso fehlt es an Anreizen zu effizientem Management und koordiniertem Miteinander von Ärzteschaft, Pflegepersonal und Verwaltung. Zudem ist das Verhältnis von Kassenärzten und Krankenhäusern unter der Wirkung des § 368 RVO mit einem Mangel an Koordination belastet, der zu Doppelarbeit führen kann.

— Die Arzneikosten ergeben sich aus dem Verhalten von Anbietern, die wenig Preiswettbewerb treiben, von Ärzten, die kaum Preistransparenz besitzen, von Patienten, die die Preise nicht zahlen und in vielen Fällen gar nicht erfahren, und von Krankenkassen, die auf das Verhalten der übrigen keinen wirksamen Einfluß haben.

356. Manche Veränderung an den skizzierten Konstruktionsfehlern der Krankenversorgung ist eingeleitet, beispielsweise mit Hilfe des Krankenhausfinanzierungsgesetzes oder durch Ansätze zur Verbesserung der Preistransparenz bei Arzneimitteln. Dagegen scheinen die nicht minder notwendigen Änderungen in der Krankenhausstruktur, in der Entlohnung der Ärzte, in der Verhandlungsposition der Kassen gegenüber den Ärztevertretern, in der Organisation der Krankenkassen, im Verhältnis zwischen Ärzten und Krankenhäusern und nicht zuletzt im allzu schwachen Eigeninteresse der Versicherten, nimmt man alles zusammen, auf die vereinte Abwehr so vieler wohl organisierter Interessen zu stoßen, daß die Reformaufgabe Politiker nicht sonderlich reizen kann. Sie wird zudem durch die Aufteilung der Kompetenzen nicht erleichtert; für Kassenärzte und Krankenkassen ist der Bundesarbeitsminister zuständig, für die Arzneimittelversorgung der Bundeswirtschaftsminister, in die Zuständigkeit für das Krankenhauswesen teilt sich der Bundesgesundheitsminister mit den Ländern. Vielleicht muß auch der Widerstand der Beitragspflichtigen noch wachsen, bevor die Reform unabweisbar wird. Daß sie auf Dauer vermeidbar sein könnte, kann man wohl ausschließen. Denn kein Land, auch das reichste nicht, kann sich bei zunehmenden Staatsaufgaben Versorgungssysteme leisten, deren Konstruktion in dieser Weise zur Verschwendung von Produktivkräften einlädt.

Ansätze

357. Bei der Revision der Staatstätigkeit handelt es sich, wie bereits mehrfach betont, um eine Aufgabe, die sich auf Dauer stellt, also über die anstehende Konsolidierung der öffentlichen Haushalte hinausreicht. Nun ist schon die Konsolidierung, obgleich dringlich und für jedermann einsichtig, nur mit Mühe zu verwirklichen. Bei der dauernden Revision der Staatstätigkeit werden diese Schwierigkeiten trotz des Ranges der Aufgabe wahrscheinlich noch größer sein; denn nicht immer ist deren Notwendigkeit so offenbar wie gegenwärtig, und außerdem besteht bei einem ständigen Auftrag immer die Gefahr, daß der anfänglich bestehende Elan mit der Zeit verlorengeht. Es bedarf also dauerhafter Vorkehrungen, um den Revisionsbemühungen zum Erfolg zu verhelfen. Das Quantum dessen, was fürs erste durchsetzbar ist, wird man nicht sehr hoch veranschlagen dürfen. Das ist jedoch kein Grund zur Kapitulation, denn angesichts des Umfangs der Aufgabe ist auch ein Teilerfolg schon viel.

358. Daß von den Projekten zur Revision der Staatstätigkeit bisher so wenig verwirklicht worden ist, liegt wohl nicht zuletzt daran, daß diese zu anspruchsvoll waren. Teilweise wollte man zuviel auf einmal ändern, teilweise hat man die administrative und politische Umwelt falsch eingeschätzt und teilweise waren die Projekte zu kompliziert. Weniger — auf Dauer eingerichtet — kann hier durchaus mehr bedeuten.

Konkrete Ansatzpunkte zur Revision bieten die Berichte der Rechnungsprüfungsbehörden; was sie an Kritik zur Organisation, zum Personalwesen und zur Wirtschaftlichkeit in der öffentlichen Verwaltung enthalten, wird im politischen Bereich und in der Öffentlichkeit zu wenig beachtet und auch deswegen nicht genügend befolgt.

Welche Art von Maßnahmen für die dauernde Revision der Staatstätigkeit am ehesten in Betracht kommen, haben wir an einigen Beispielen erörtert. Bei staatlichen Übertragungen an Private ist es vor allem der Übergang von der Objekt- zur Subjektförderung, von Zuschüssen auf Darlehen sowie die zeitliche Begrenzung, die bald Erfolg versprechen. Mehr Rücksicht auf die Folgekosten von öffentlichen Investitionen mag nach der Aufmerksamkeit, die diese Frage in der Öffentlichkeit erlangt hat, ebenfalls zu erreichen sein; ihr Gewicht ist so groß, daß schon vor Investitionsbeginn eindeutig festgelegt werden sollte, wie diese finanziert werden — beispielsweise über Gebühren.

Im personellen Bereich wäre schon hilfreich, wenn eine Dispositionsauflage, wie es sie gegenwärtig mancherorts gibt, allgemein eingeführt und beibehalten würde; danach könnte jedes Ressort verpflichtet werden, jährlich eine Anzahl von Stellen, etwa 0,5 vH des Stellenplans, bereitzuhalten, die zur Disposition der Regierung stehen sollten. Das Budgetwesen müßte wohl auf Dauer in der Weise zu verbessern sein, daß mit der Aufforderung zu den Bedarfsanmeldungen eindeutige Vorgaben über den Rahmen der Entwicklung des Stellenplans und der Sachmittel mitgeteilt werden; eine solche Plafonierung würde nicht nur den anmeldenden Stellen die Aufgabe erleichtern, sie würde vermutlich auch die nachfolgenden Budgetverhandlungen innerhalb der Exekutive abkürzen.

Vielleicht könnte es zudem gelingen, einfachen Leistungsziffern Beachtung zu sichern, in denen das Verhältnis von bestimmten Leistungen und Aufwendungen zum Ausdruck kommt; regionale und zeitliche Vergleiche dieser Kennziffern können Hinweise auf Revisionsmöglichkeiten geben, bei be-

trächtlichen Unterschieden allemal aber einen Begründungszwang auslösen.

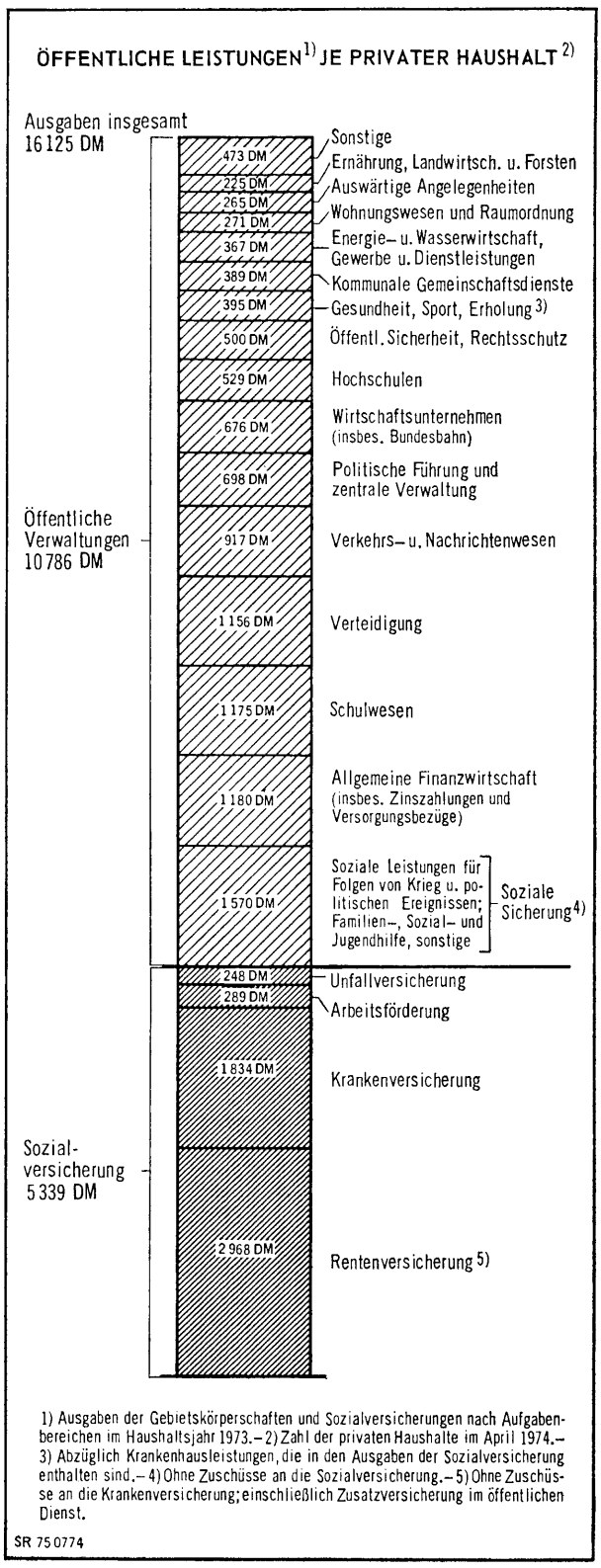
359. Im einzelnen mögen sich solche Maßnahmen bescheiden ausnehmen, in der Summe können sie Beträchtliches ausmachen. Jedenfalls räumen wir einer Politik der kleinen Schritte im Hinblick auf die Revision der Staatstätigkeit mehr Erfolgschancen ein als dem Oktroi umfassender Systeme. Gleichwohl gibt auch dies keine Sicherheit für die Verwirklichung auf Dauer, viel hängt an den Anstrengungen der Behördenleiter und an der Bereitwilligkeit der Bediensteten. Besonders dann, wenn der Druck, der gegenwärtig von den öffentlichen Haushalten ausgeht, einmal geringer wird, besteht die Gefahr, daß die Revision aufgegeben wird.

Um das zu verhindern, bedarf es einer kritischen Öffentlichkeit, insbesondere aufmerksamer Bürger, die sorgfältig beobachten sollten, was der Staat mit den von ihnen erhobenen Zwangsabgaben und mit den bei ihnen aufgenommenen Krediten an Leistungen erstellt (Schaubilder 36, 20). Transparenz über das Verhältnis der Staatsausgaben zu den Staatsaufgaben, der öffentlichen Aufgaben zu den Ansprüchen der Bürger, der Ansprüche an den Staat zu den Ansprüchen des Staates an das Produktionspotential ist die elementare Voraussetzung für jede kollektive Entscheidung, die den Optimierungsproblemen im öffentlichen Bereich gerecht werden soll. Ohne die Mitwirkung, zumindest aber das Verständnis der Bürger, fehlt es der Revision der Staatstätigkeit an Impulsen, vor allem aber an Durchsetzungschancen. Transparenz ist allerdings nicht nur eine Sache der Information, sondern auch der Anschauung, des unmittelbar geforderten Eigeninteresses.

IV. Probleme der Einkommenspolitik

360. Der Kampf um die Anteile am Sozialprodukt wird in der Marktwirtschaft auf drei Schauplätzen geführt: auf Gütermärkten, in Einkommensverhandlungen kollektiver und individueller Art und bei der Festlegung von Staatseinnahmen und Staatsausgaben. Auf jedem dieser Schauplätze vollzieht sich der Verteilungskampf in zwei Dimensionen: im Gegeneinander der tauschenden, verhandelnden, fordernden und Widerstand leistenden Parteien einerseits, im Nebeneinander verschieden erfolgreicher Individuen, Organisationen oder Gruppen andererseits. Beide Dimensionen sind wichtig, wenn es zu einer Verteilung kommen soll, die zur Funktionsweise der Marktwirtschaft paßt. Denn diese ist nicht nur auf funktionsfähige Märkte, auf Tarifautonomie und demokratische Interaktion zwischen Staat und Bürger angewiesen, sondern auch auf die Möglichkeit differenzierter Verteilungsergebnisse an allen drei Schauplätzen. Unterschiede im Erfolg zwischen einzelnen Unternehmen, Branchen, Gewerkschaften, öffentlichen Körperschaften, Ressorts und nicht zuletzt zwischen Personen müssen zustande kommen, sich vergrößern und verringern können, damit die Dynamik des Ansporns, der Bewegung, des Ausgleichs sich entfalten kann, auf der die besondere

Schaubild 36



1) Ausgaben der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen nach Aufgabenbereichen im Haushaltsjahr 1973. – 2) Zahl der privaten Haushalte im April 1974. – 3) Abzüglich Krankenhausleistungen, die in den Ausgaben der Sozialversicherung enthalten sind. – 4) Ohne Zuschüsse an die Sozialversicherung. – 5) Ohne Zuschüsse an die Krankenversicherung; einschließlich Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst.

SR 750774

Fähigkeit der Marktwirtschaft zur Anpassung wirtschaftlicher Strukturen an sich wandelnde Bedingungen beruht.

361. Bedingung dafür ist, daß der Verteilungsprozeß sich in Formen vollzieht, die die Verteilungsergebnisse davor bewahren, den Zusammenhang mit

Leistung und Knappheit zu verlieren (Ziffer 282). Denn dieser Zusammenhang allein kann gewährleisten, daß auch der Nachgebende das Empfinden haben kann, er habe nicht (viel) weniger und der andere nicht (viel) mehr bekommen, als ihm im Grunde zusteht. Wird dieses Prinzip nicht eingehalten, so werden alle versuchen, das, was ihnen auf einem Schauplatz des Verteilungskampfes mit Macht, also gegen ihr ohnmächtiges Widerstreben, abgenommen worden ist, auf einem anderen Schauplatz ihrerseits mit Macht einzukassieren. Ist die Geldversorgung nachgiebig, so entsteht daraus Inflation, weil mehr Ansprüche an das Sozialprodukt geltend gemacht werden, als daraus erfüllt werden können; wird die Geldversorgung knappgehalten, so entsteht dort Unterbeschäftigung, wo die überwälzten Mehransprüche nicht weitergewälzt werden können.

362. Soll beides vermieden werden, so muß bei allen, die wirtschaftliche Macht haben und damit gesamtwirtschaftliche Verantwortung tragen, Einvernehmen darüber hergestellt werden, was sie sich auf ihre Ansprüche anrechnen lassen müssen; es muß bei allen Beteiligten das Vertrauen hergestellt werden, daß die Bereitschaft, sich auf marktgerechte Ansprüche zu verständigen, nicht zu Nachteilen führt, und es darf keine Pattsituation entstehen, in der es nicht mehr möglich wäre, durch Leistung Verteilungserfolge zu erzielen.

363. Anrechnen lassen muß sich der, der Ansprüche an das Sozialprodukt stellt und im Verteilungskampf wirtschaftliche Macht einsetzen kann

— ein zumutbares Inflationsrisiko; er darf in seiner Forderung nicht ein höheres Maß an Geldentwertung antizipieren, als jeweils für unvermeidlich zu halten ist (Ziffer 364),

— darüber hinausgehende Belastungen, die auf anderen Schauplätzen des Verteilungskampfes entstehen und dort zu behandeln sind (Ziffer 365).

Das gilt in jeweils sinngemäßer Anwendung auf allen Schauplätzen des Verteilungskampfes; es gilt besonders für bilaterale Verhandlungen, weil bei ihnen der mögliche Widerstand der Partei, an die Forderungen gerichtet werden, allein vom Gleichgewicht der Verhandlungspositionen abhängt, das kurzfristig oftmals gestört ist.

364. An einem inflationären Schub, wie er zwischen 1969 und 1974 die Preissteigerungsrate von weniger als 2 vH auf mehr als 7 vH hochschnellen ließ, können die Inflationserwartungen selbst als Mitursache beteiligt sein. Dies ist der Fall, wenn in die Einkommensforderungen über das jeweils Unvermeidbare hinaus zusätzliche Preissteigerungen einkalkuliert sind, die nach den bis dahin wirksamen Faktoren nicht einzutreten brauchten, sondern erst durch diese Vorwegnahme in der Forderung und Gewährung hervorgebracht werden. Daß die Antizipation steigender Inflationsraten die Inflation beschleunigt und die Antizipation gleichbleibender Inflationsraten die Rückkehr zu mehr Stabilität behindert, wird daher vermieden, wenn in die Einkommensforderungen nur diejenige Preissteigerungsrate einkalkuliert wird, die man nach jeweiliger Sachlage nicht ohne zusätzliche Beschäftigungsrisiken für vermeidbar halten kann. Die Bereitschaft freilich, mit Einkommensforderungen einen Rückgang der Inflationsrate nicht zu behindern, jedenfalls nicht zu ihrer Erhöhung beizutragen, wird durch die Erfahrung des einzelnen mit der Inflation nicht erleichtert. Selbst wenn in einer Inflationsperiode das eigene Realeinkommen gehalten oder noch erhöht werden kann, muß doch subjektiv stets der Eindruck vorherrschen, daß die Steigerung der Preise das errungene Mehreinkommen ganz oder teilweise aufzehrt. Das Erlebnis der kaufkraftaufzehrenden Wirkung des Preisanstiegs ist sehr viel anschaulicher und zwingender als die bloß rational zu vermittelnde Erkenntnis, daß auch die Einkommensforderung selbst zu dem Verlust an Kaufkraft beigetragen haben kann. Wer auf die Antizipation eines Teils der von ihm erwarteten Geldentwertung verzichten soll, wird das nur tun, wenn er darauf vertrauen kann, daß er nicht das Nachsehen haben wird, weil sich andere weniger Disziplin auferlegen. Dieses Vertrauen muß gestärkt werden.

365. Des weiteren darf der etwa in der Lohnpolitik zu fordernde Inflationsausgleich auch nicht so bemessen sein, daß darin ein Ausgleich für Preiserhöhungen begehrt wird, die auf der politischen Entscheidung einer demokratisch legitimierten Instanz beruhen — einer Erhöhung der Mehrwertsteuer beispielsweise. Auch die staatliche Anhebung administrierter Preise gehört hierher, allerdings nur insoweit, als dadurch die relative Einkommensposition einer Gruppe, eines Wirtschaftszweigs etwa, nicht nur gehalten, sondern verbessert oder im Bereich des öffentlichen Versorgungswesens der Kostendeckungsgrad nicht nur gehalten, sondern erhöht werden soll, wobei im letzteren Fall also die Anhebung von Preisen eine Anhebung öffentlicher Abgaben ersetzt, die andernfalls erforderlich würde.

Zwar kann keine staatliche Instanz, auch nicht das Parlament, festlegen, wie sich die Belastung aus erhöhten Steuern oder erhöhten administrierten Preisen im einzelnen endgültig verteilt; dies ergibt sich erst aus dem Marktzusammenhang. Doch darf die Lohnpolitik auch nicht davon ausgehen, sie könne die Arbeitnehmer im ganzen aus der Traglast heraushalten und diese damit im wesentlichen auf die Kapitaleinkommen schieben. Genau das aber versucht man, wenn man beispielsweise bei den Löhnen einen Ausgleich für eine erhöhte Mehrwertsteuerkomponente in den Verbraucherpreisen verlangt. In solchen Fällen kommt es zu einem Hin und Her der Überwälzung, das sich entweder inflationstreibend oder — ist der dauernde Ausweg ins Preisniveau abgeschnitten — beschäftigungsmindernd auswirken muß.

Für den Widerstand gegen staatliche Maßnahmen der genannten Art stehen in der Demokratie die Mittel der politischen Auseinandersetzung zur Verfügung. Wenn die politische Entscheidung, vom Verteilbaren vorab etwas für die Finanzierung öffentlicher Leistungen oder zur Verbesserung der Ein-

kommenslage einer Gruppe abzuhalten, von den Privaten durch Einsatz von Gruppenmacht am Markt unterlaufen wird, und wenn aus dieser Art des Widerstands eine allgemeine Übung entsteht, so wird das gewählte Parlament in einem Maße den auf dem Markt und in Lohnverhandlungen um das Sozialprodukt streitenden Gruppen gleichgestellt, das seiner Aufgabe nicht entspricht. Wohl ist es richtig, daß der Staat Ansprüche an das Sozialprodukt stellt, um öffentliche Aufgaben zu erfüllen, und daß die Privaten sich dagegen wehren können. Aber diese Auseinandersetzung ist im politischen Raum zu führen.

Auf den Fall einer Erhöhung von abgabeähnlichen Beiträgen, die nicht durch staatliche Instanzen festgesetzt werden, mag das Prinzip auf den ersten Blick nicht übertragbar erscheinen. Doch sind solche Abgaben, etwa die zur gesetzlichen Krankenversicherung, allemal staatlich sanktioniert und kommen aufgrund von staatlich gesetzten Regelungen zustande. Zwar kann die gegenwärtige Tendenz zur Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge sicherlich zu einem guten Teil darauf zurückgeführt werden, daß in das System der Krankenversorgung nicht genügend Widerstand gegen Einkommensansprüche derer eingebaut ist, die in ihm entlohnt werden (Ziffer 355). Aber solche Mängel sind nur auf politischem Wege zu beseitigen; die aus ihnen resultierende Beitragserhöhung den eigenen Einkommensforderungen zuzuschlagen und sie im Verteilungskampf weiterzuwälzen, löst das Problem nicht, sondern verschärft es.

Die Bereitschaft, sich bei Einkommensforderungen anrechnen zu lassen, was inflationäre Tendenzen verstärken würde, setzt wie erwähnt das Vertrauen voraus, daß solche Zurückhaltung die eigene Position im Verteilungskampf nicht schwächen wird. Ist dieses Vertrauen, nicht oder nicht ausreichend vorhanden, so nützt keine Mahnung zu stabilitätspolitisch richtigem Verhalten, auch nicht der Appell an das wohlverstandene Eigeninteresse. Wirksame Stabilitätspolitik muß es als ihre Hauptaufgabe betrachten, dem Vertrauen der Parteien im Verteilungskampf eine solide Grundlage zu geben.

366. Etwas kann man sich allerdings auch selbst helfen. Hilfreich für den, der sich bei seinen Einkommensforderungen Zurückhaltung auferlegen soll, ist schon die Aussicht, daß ihm ein Irrtum zu seinen Ungunsten vergütet werden wird. In Tarifverhandlungen geschieht das meist dadurch, daß in der nächsten Runde Nachholbedarf geltend gemacht wird, die Einkommenszulage also entsprechend größer ausfällt. In manchen Fällen kann es angebracht sein, statt dessen eine einmalige Nachzahlung zu vereinbaren. Wenn die Erkenntnis, daß die tatsächliche Preissteigerung über der erwarteten und einkalkulierten lag, zusammentrifft mit der Erwartung, daß der Zuwachs des Verteilbaren zurückgeht, und wenn man die erwartete Abschwächung der Ertragslage nicht durch den Ausgleich von Nachteilen, die in der Vergangenheit liegen, noch verschärfen will, dann kann eine Nachzahlung die erlittene Verminderung des Realeinkommenszuwachses ohne den inflationsbeschleunigenden Effekt ausgleichen, den eine dauerhafte Lohnerhöhung haben würde.

367. Dies sind jedoch nur subsidiäre Hilfen. Kann die Wirtschaftspolitik nicht dafür einstehen, daß die Auftriebstendenzen des Preisniveaus in berechenbaren Grenzen gehalten werden, so ist auch von den am Verteilungskampf Beteiligten nicht zu erwarten, daß sie sich ein Inflationsrisiko, nämlich den vermeidbaren Teil der von ihnen erwarteten Inflationsrate, auf ihre Forderungen anrechnen lassen. In der Vergangenheit — vor 1973 — waren die Bedingungen dafür häufig nicht gegeben, nicht zuletzt darum, weil der Zentralbank bei festen Wechselkursen und unterbewerteter D-Mark gleichsam die Hände gebunden waren. Seit zwei Jahren ist die Bundesbank in der Lage, die Geldversorgung der heimischen Wirtschaft weitgehend autonom zu steuern. Sie hat die neugewonnene Bewegungsfreiheit zunächst zu einer drastischen Stabilisierungsaktion genutzt. Nach der Rückkehr zu einer normalen Expansionsrate der Geldversorgung zeigt sie sich entschlossen, einen mittelfristig angelegten Kurs zu steuern und Kurskorrekturen nur selten und behutsam vorzunehmen, dabei aber jedenfalls Ausgabenwünsche nicht zu finanzieren, die zum mittelfristigen Wachstum des Produktionspotentials nicht passen wollen.

Sie zieht damit eine im voraus erkennbare und berechenbare Grenze für inflationäres Handeln. Doch gilt diese Grenzziehung für die Gesamtwirtschaft; sie kann das Vertrauen in die Stabilisierung des Preisniveaus stärken, einzelne Unternehmen und Gruppen aber nicht daran hindern, ihre Marktmacht zu nutzen und hohe Preis- oder Einkommensforderungen durchzusetzen und dabei in Kauf zu nehmen, daß die etwa resultierenden Beschäftigungswirkungen andere belasten.

368. Für die Tarifpolitik entsteht daraus ein Problem, weil sich die Einkommensvorstellungen der Arbeitnehmer, von der allgemeinen Preisentwicklung abgesehen, an einzelnen Preisen und Einkünften orientieren und nicht gerade an solchen, die hinter der allgemeinen Entwicklung zurückbleiben.

Soweit Einkommensunterschiede in unterschiedlichen Leistungen begründet sind, müssen sie zwar hingenommen werden und werden auch meist hingenommen, ja sie werden sogar verlangt. Auch Knappheitsunterschiede müssen zu Einkommensdifferenzen führen können, wenn die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft erhalten bleiben soll. Der Sinn knappheitsbedingter Einkommensunterschiede ist jedoch für den einzelnen nur schwer einzusehen. Immerhin: Solange die Marktwirtschaft dafür sorgt, daß Knappheitsvorsprünge selbst den Anstoß dazu geben, daß Knappheits- und damit Einkommensdifferenzen vermindert werden, solange haben Augenschein und Aufklärung auch eine Chance, das Verständnis dafür zu fördern, daß knappheitsbedingte Einkommensunterschiede letzten Endes auch dem Wohlstand des einzelnen zugutekommen, der von ihnen aktuell benachteiligt wird — zumal wenn die Erfahrung des sozialpolitischen Ausgleichs unzumutbarer Differenzen lindernd wirkt.

Nicht hingenommen werden Einkommensunterschiede, wenn sie auf Marktmacht zurückgeführt werden, es sei denn die eigene. Das Prinzip der bilateralen Tarifverhandlung transformiert dann mit verstärkender Hebelwirkung partielle Marktmacht in generelle Anspruchsinflation.

Die Therapie muß im Ursprung ansetzen: bei der Weiterentwicklung des marktmachtdämmenden Regelwerks, das den Wettbewerb ermutigen, die Kontrolle von Machtbildung und Machtausübung weiter verbessern, den Widerstand gegen Marktmacht stärken muß.

369. Was die Bereitschaft, sich auf die eigene Einkommensforderung zumutbare Inflationsrisiken und zugedachte Belastungen anrechnen zu lassen, vielleicht am meisten erschwert, ist die Erkenntnis, daß ein dergestalt stabilitätsgerecht geführter Verteilungskampf die Chance zur Veränderung der Verteilungsrelationen auf das Wenige reduziert, was die mittelfristige Veränderung der Knappheitsverhältnisse zuläßt (Ziffer 283). Auf das einzelne Jahr gerechnet, ist das nicht viel. Und es kann auch nicht viel mehr sein, wenn die gesamtwirtschaftliche Funktion der Unternehmensgewinne erhalten bleiben soll. An diesem Punkt gilt es anzusetzen.

Gewinnbeteiligung bei begrenzter Haftung

370. Die bestehende Einkommensverteilung zwischen den Faktoren Arbeit und Kapital kann durch die Beteiligung der Arbeitnehmer am Gewinn geändert werden. Im Jahresgutachten 1972 hat der Sachverständigenrat zu zeigen versucht, wie eine Gewinnbeteiligung ausgestaltet sein müßte, soll sie einen Beitrag zur Lösung des Verteilungsproblems leisten und nicht zugleich mit den Zielen der Stabilitätspolitik in Konflikt geraten (JG 72 Ziffern 501 ff.). Folgende Grundgedanken kennzeichnen sie:

— Ähnlich wie Kapitalbesitzer für ihr Kapitalvermögen einen Teil ihres Einkommens in Form von (unsicherem und im voraus nicht genau bestimmtem) Residualeinkommen erhalten, können auch Arbeitnehmer durch ihr „Arbeitsvermögen" einen Teil ihres Einkommens aus Arbeitsleistung in Form von Residualeinkommen beziehen. Arbeiten sie etwa nicht ausschließlich für einen im voraus fest vereinbarten Lohn (tariflicher Kontraktlohn), sondern zu einem (geringen) Teil für die Beteiligung an dem — allerdings im voraus noch unbekannten und unsicheren — Gewinn, so haben sie zwar unter Umständen, nämlich dann, wenn ihr Unternehmen Verluste macht, diesen (geringen) Teil ihres Arbeitseinsatzes umsonst geleistet. Im allgemeinen jedoch wird ihr Gesamteinkommen, bestehend aus ihrem kontraktbestimmten Lohn (Tariflohn) und der Erfolgsbeteiligung, höher sein, als wenn sie nur kontraktbestimmtes Einkommen bezögen. Ihre Situation wäre dann ähnlich der der Kapitalbesitzer, die ihr Vermögen auch aufteilen können auf Anlagen als Fremdkapital zu einem festen Zinssatz (und damit im voraus bekanntem Einkommen) und auf Eigenkapitalanlagen mit einer im voraus unbekannten und unsicheren, aber im allgemeinen höheren Rendite. Die große Wahrscheinlichkeit, ein insgesamt höheres Einkommen zu erzielen, sollte es für die Arbeitnehmer attraktiv machen, einen Teil des Kontraktlohnes für eine Erfolgsbeteiligung zu tauschen. Stabilitätspolitisch ist von Bedeutung, daß diese Übernahme von Einkommensrisiko für die Arbeitnehmer insgesamt das Risiko des Arbeitsplatzverlustes vermindert; Beschäftigungsrisiko wird in Einkommensrisiko umgewandelt.

— Arbeitnehmern ist es nur begrenzt möglich, das mit der Erfolgsbeteiligung an einem einzelnen Unternehmen verbundene Einkommensrisiko zu übernehmen. Allerdings ist dieses Risiko um so leichter zu tragen, je höher das bereits erreichte Arbeitseinkommen ist und je mehr das Risiko begrenzt bleibt auf das, was einer üblichen jährlichen Lohnsteigerung entspricht, weil dann allenfalls einmal eine Einkommenserhöhung ausbleiben kann. Das Einkommensrisiko der Arbeitnehmer wird noch geringer, und ihre Bereitschaft, einen nennenswerten Teil ihres Einkommens unter Gewinnvorbehalt zu stellen, wächst, wenn die unterschiedlichen Gewinnchancen und die möglichen Verlustrisiken bei den verschiedenen Unternehmen, etwa einer Branche, untereinander ausgeglichen, die Gewinnanteile aus den einzelnen Unternehmen also in einen gemeinsamen Pool eingebracht werden (kollektive Gewinnbeteiligung).

— Die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer soll den Strukturwandel nicht hemmen, also genügend Anreize lassen, daß der Faktor Arbeit aus weniger produktiven Unternehmen und Branchen in erfolgreichere gelenkt wird. Dazu muß die Haftung der Arbeitnehmer bei Verlusten begrenzt werden. Ihre Haftung ist ohnehin begrenzt, da die Arbeitnehmer jeweils nur einen geringen Teil ihres Kontraktlohnes für die Erfolgsbeteiligung getauscht haben. Eine weitere Haftungsbeschränkung ergibt sich, sofern die Arbeitnehmer am Gewinn des jeweiligen Unternehmens beteiligt sind, durch die Mobilität der Arbeitnehmer. Denn ertragsschwache Unternehmen, die ihren Arbeitnehmern keine ausreichende Erfolgsbeteiligung mehr in Aussicht stellen, müßten schon bald wieder höhere Löhne zahlen, wollten sie einer zu starken Abwanderung ihrer Arbeitskräfte begegnen. Bei kollektiver Gewinnbeteiligung ist die Haftungsbereitschaft der Arbeitnehmer kollektiv gegeben. In diesem Fall müßte institutionell geregelt werden, auf welches Maß die Arbeitnehmerhaftung gegenüber einem einzelnen Unternehmen beschränkt bleiben soll.

371. Die vorstehenden Grundgedanken bestimmen zusammen den Rahmen für eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer, die in einem Tarifvertrag zu vereinbaren und zu konkretisieren wäre. Wir stellen uns vor, daß ein Tarifvertrag, durch den eine Gewinnbeteiligung geregelt wird, nach folgendem Mu-

ster ausgestaltet werden könnte. Zugleich mit dem Verzicht auf eine Lohnerhöhung oder auf einen Teil einer Lohnerhöhung könnte von den Tarifvertragsparteien etwa folgendes vereinbart werden:

a) Die Arbeitnehmer sind künftig am Gewinn des Unternehmens beteiligt; gewinnberechtigt ist jeweils ein bestimmter Teil der Jahreslohnsumme (beispielsweise ein Fünftel).

b) Maßgeblich für die Gewinnbeteiligung ist der steuerpflichtige Gewinn (in Personengesellschaften und Unternehmen von Einzelkaufleuten der steuerpflichtige Gewinn nach Abzug eines kalkulatorischen Unternehmerlohns). Der zu verteilende Gewinn wird im Verhältnis der haftenden Mittel des Unternehmens zur gewinnberechtigten Lohnsumme auf Anteilseigner und Arbeitnehmer aufgeteilt. Die Anteilseigner sind mindestens gewinnberechtigt mit einem bestimmten Vielfachen (beispielsweise dem Achtfachen) des ihnen zustehenden durchschnittlichen Jahresgewinns der vergangenen fünf Jahre.

c) Verluste werden nach dem gleichen Schlüssel aufgeteilt wie Gewinne; es entsteht aber keine Einschußpflicht der Arbeitnehmer. Verlustanteile der Arbeitnehmer werden mit ihren künftigen Gewinnanteilen verrechnet.

d) Der Gewinnanteil der Arbeitnehmer wird zum Teil an die Arbeitnehmer ausgeschüttet, zum Teil einer Ausgleichskasse, die für den Geltungsbereich des Tarifvertrages errichtet wird, zugewiesen (beispielsweise je zur Hälfte). Die Verteilung des Gewinnanteils auf die einzelnen Arbeitnehmer (durch das jeweilige Unternehmen und die Kasse) richtet sich nach dem Anteil des einzelnen Arbeitnehmers an der gewinnberechtigten Lohnsumme.

e) Hat ein Unternehmen in fünf aufeinanderfolgenden Jahren keinen Gewinn gemacht und infolgedessen keine Überweisungen an die Ausgleichskasse geleistet, so muß es ab dem sechsten Jahr eine Zuweisung an die Ausgleichskasse vornehmen (beispielsweise in Höhe von 1 vH seiner Jahreslohnsumme) und (in gleicher Höhe) einen Jahresbonus an die Arbeitnehmer zahlen. Die Verpflichtung tritt auch ein, wenn andernfalls die im laufenden Jahr und in den zurückliegenden neun Jahren vorgenommenen Überweisungen an die Kasse im Durchschnitt einen bestimmten Anteil der jeweiligen Jahreslohnsumme (beispielsweise 1/2 vH) unterschreiten würden.

f) Als Einführungsregel gilt, daß in den beiden ersten Jahren ein Mindestbetrag an die Ausgleichskasse zu überweisen ist (beispielsweise 1 vH der jeweiligen Jahreslohnsumme).

g) Die Absprachen gemäß a) bis f) gelten nicht für ein Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten, wenn es sich verpflichtet, künftig eine jährliche Zuweisung (beispielsweise in Höhe von 1 1/4 vH der Jahreslohnsumme) an die Ausgleichskasse zu leisten und den Arbeitnehmern (in gleicher Höhe) einen Jahresbonus auszuzahlen. Die Ansprüche der Arbeitnehmer solcher Unternehmen an die Kasse sind denen der übrigen Arbeitnehmer gleichgestellt. Diese Ausnahmeregelung gilt nicht für Unternehmen, die — beherrschend oder beherrscht — im Eigentumsverbund oder in Gewinngemeinschaft mit anderen Unternehmen stehen, wenn sie zusammen mehr als 500 Arbeitnehmer beschäftigen.

h) In Unternehmen eines Konzernverbundes, der die Grenzen des Geltungsbereichs des Tarifvertrags überschreitet, werden die Arbeitnehmer nach Maßgabe ihrer gewinnberechtigten Lohnsumme am Konzerngewinn beteiligt. Tochterunternehmen ausländischer Muttergesellschaften beteiligen die Arbeitnehmer an dem im Inland steuerpflichtigen Gewinn.

372. Eine tarifvertragliche Vereinbarung über eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer erfordert von der Sache her eine längerfristige Bindung. Deshalb sollten sich die Verhandlungen über die Beteiligungsregeln nicht an der kurzfristigen Gewinnentwicklung, sondern an der zu erwartenden Gewinnentwicklung für einen längeren Zeitabschnitt orientieren.

Der Erläuterung der vorstehend beschriebenen Punkte, die als Muster für die Tarifvertragsparteien in solchen Gewinnbeteiligungsverhandlungen gedacht sind, dienen die folgenden Ausführungen:

Zu a) Die künftige Beteiligung der Arbeitnehmer steht inhaltlich in Zusammenhang mit einem bestimmten Tariflohnabschluß. Um wieviel etwa die Tariflohnsteigerung infolge der Gewinnbeteiligung niedriger ausfällt als sonst, ist zunächst maßgebend für den Teil des Arbeitsentgelts, den die Arbeitnehmer nunmehr in Form von Gewinnanteilen beziehen, aber auch gleichzeitig Ausdruck der Risikobereitschaft der Arbeitnehmer. Die Höhe der tariflichen Lohnsteigerung und die Höhe des Anteils der gewinnberechtigten Lohnsumme sind deshalb im Zusammenhang zu sehen, wobei gilt, daß der Anteil an der Lohnsumme, der zur Beteiligung am Gewinn berechtigen soll, um so höher ausfallen kann, je geringer im Einführungsjahr der Anstieg der Tariflöhne in dem entsprechenden Tarifvertrag bemessen wird, und umgekehrt.

Zu b) Der steuerpflichtige Gewinn bietet sich als Grundlage einer tarifvertraglichen Regelung an, weil er eindeutig bestimmt werden kann. Nicht zur Verteilung steht der Unternehmerlohn für die selbständigen Unternehmer. Die übrigen Gewinnkomponenten sind jedoch grundsätzlich zwischen Anteilseignern und Arbeitnehmern verteilbar. Denn nach einer Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer (bei einem entsprechend niedrigeren Tariflohnabschluß) enthält der Gewinn (nach Abzug des kalkulatorischen Unternehmerlohns)

— die (kalkulatorische) Verzinsung des haftenden Kapitalvermögens der Kapitaleigner, aber auch

— die (kalkulatorische) Verzinsung des haftenden „Arbeitsvermögens" der Arbeitnehmer (das durch den entsprechenden Verzicht auf Kontraktlohn entstanden ist), und

— das Entgelt für das unternehmerische Risiko, an dem nun beide — Kapitaleigner wie Arbeitnehmer — beteiligt sind.

Die Verteilung des Gewinns im Verhältnis der haftenden Mittel zur gewinnberechtigten Lohnsumme trägt dem Rechnung.

Die Tarifvertragsparteien können allerdings Abreden darüber treffen, von welchen außerordentlichen Erträgen (etwa aus Auflösung stiller Rücklagen) und außerordentlichen Verlusten der steuerpflichtige Gewinn vor Anwendung des Verteilungsschlüssels bereinigt werden soll.

Der (kapitalisierte) durchschnittliche Jahresgewinn eines vergangenen Zeitraums soll das Beteiligungsverhältnis in Form einer Untergrenze korrigieren für den Fall, daß die haftende Kapitalbasis aufgrund stiller Reserven (etwa eines hohen Firmenwerts) in den Steuerbilanzen der Unternehmen zu gering ausgewiesen sein sollte. Dabei sind die Gewinne eines längeren Zeitraums (etwa fünf Jahre) einzubeziehen, damit konjunkturelle Einflüsse auf diese Größe weitgehend ausgeschaltet sind und ein angemessener Durchschnittsgewinn ermittelt werden kann.

Richtet sich der Gewinnanteil der Kapitaleigner nach der Höhe der haftenden Eigenmittel, so können diese ihre Beteiligungsquote variieren, indem sie die Kapitalstruktur verändern. Dies ist im Prinzip unbedenklich, mag aber nicht erwünscht sein. Die Tarifvertragsparteien können prüfen, ob für den Verteilungsschlüssel anstelle der haftenden Eigenmittel eine andere, festere Größe treten soll, beispielsweise das Gesamtkapital. Die Höhe der gewinnberechtigten Lohnsumme wäre dann entsprechend anders festzusetzen.

Für Arbeitnehmer bedeutet die Beteiligung am steuerpflichtigen Gewinn gegenwärtig, daß ihre Gewinnanteile an Kapitalgesellschaften sowohl der Körperschaftsteuer (auf ausgeschüttete Gewinne) als auch der persönlichen Einkommensteuer unterworfen werden. Die bevorstehende Reform des Körperschaftsteuerrechts wird diese Kumulation der Steuerlast, was die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer beträfe, beseitigen.

Zu c) Im Ausschluß einer Zuschußpflicht der Arbeitnehmer ist der Unterschied zur Kapitalhaftung zu sehen. Da die Arbeitnehmer nur mit dem Teil des (möglichen) Lohnzuwachses, auf dessen feste Kontrahierung sie verzichtet haben, haften, also mit einer begrenzten unentgeltlichen Arbeitsleistung, kann ihre gesamte Haftung nicht in einer Periode, gleichsam kapitalisiert in Anspruch genommen werden. Auch für die Kapitaleigner ist dies freilich nur der äußerste, beim Unternehmenszusammenbruch eintretende Fall, der — betrachtet man die gesamte Volkswirtschaft oder einen Wirtschaftszweig — recht selten ist. Wird die Verrechnung von Verlustanteilen der Arbeitnehmer mit späteren Gewinnanteilen vereinbart, so sind die Unterschiede in der Haftung nicht mehr groß. Der Verlustvortrag kann jedoch auch ausgeschlossen werden. Die gewinnberechtigte Lohnsumme wäre dann bei gegebener Tariflohnerhöhung entsprechend niedriger anzusetzen, da die Arbeitnehmer ihre Haftung stärker beschränken.

Zu d) Die Poolung eines Teils des den Arbeitnehmern zustehenden Gewinns über eine Ausgleichskasse stellt einen Mittelweg dar: Einerseits entwickeln sich innerhalb der Gruppe der Arbeitnehmer die Einkommen gleichmäßiger, wenn die Gewinnanteile aus verschiedenen Unternehmen in einer Ausgleichskasse gepoolt werden. Andererseits haben die Arbeitnehmer, wenn sie an unternehmensindividuellen Gewinnen beteiligt werden, vermutlich ein höheres Interesse daran, daß ihr Unternehmen Gewinn erzielt.

Die Tarifvertragsparteien können vorsehen, daß die Gewinnbeteiligung mit Vermögensbildung verknüpft wird. Die Probleme, die dabei auftreten, haben wir im Jahresgutachten 1972/73 erörtert (JG 72 Ziffern 511 ff.).

Zu e) Bei kollektiver Risikoübernahme durch die Arbeitnehmer ist eine institutionelle Haftungsbeschränkung notwendig, wenn den Arbeitnehmern nicht entsprechende Kontrollrechte eingeräumt werden. Die gewinnberechtigte Lohnsumme wäre bei gegebener Tariflohnerhöhung um so höher anzusetzen, desto länger die Haftung der Arbeitnehmer in Anspruch genommen werden kann.

Die Tarifparteien müssen sowohl die Höhe der Zuweisung an die Ausgleichskasse (und die Höhe des Jahresbonus) festlegen als auch den Zeitpunkt, zu dem diese Verpflichtung wirksam wird. Denn beides zusammen entscheidet darüber, in welchem Maße die Arbeitnehmerhaftung in Anspruch genommen werden kann.

Zu f) Die Einführungsregel soll verhindern, daß Unternehmen mit längerfristiger Verlusterwartung die kollektive Arbeitnehmerhaftung bis zum Eintritt des Haftungsausschlusses gemäß e) sofort voll in Anspruch nehmen können, ohne dafür einen Preis zu zahlen. Nicht zwingend ist, daß sie den vollen Preis zahlen. Insofern wird anders als in e) davon ausgegangen, daß die Arbeitnehmer der betreffenden Unternehmen mit den unternehmensindividuellen Verlustanteilen von Anfang an belastet werden. Damit bleibt ein Anreiz zur Mobilität bestehen.

Zu g) Kleinen Unternehmen, vor allem Einzelunternehmen, die durch persönliches Engagement und hohe Risikobereitschaft überdurchschnittliche Gewinne erzielen, wird eine Option eingeräumt. Die Arbeitnehmer solcher Unternehmen dürfen dadurch aber nicht benachteiligt werden. Maßgeblich für den Betrag, den optierende Unternehmen fest zu entrichten haben, ist daher nicht der Lohn, der ohne Gewinnbeteiligung vereinbart worden wäre, sondern die Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer, wie sie bei Gewinnbeteiligung im Durchschnitt der Branche erwartet werden kann.

Zu h) Wie Anteilseigner, so sollen auch Arbeitnehmer an den Einkommensvorteilen teilhaben können, die sich durch das Mischen von Einkommensrisiken in einem Konzernverbund ergeben. Die Gewinnansprüche von Arbeitnehmern aus verschiedenen Ta-

rifbereichen oder Tarifgebieten können untereinander nach Maßgabe der gewinnberechtigten Lohnsumme abgegrenzt werden. Eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Konzerngewinn hat weiter den Vorzug, daß eine Verlagerung von Gewinnen bei gleichzeitiger Inanspruchnahme der Arbeitnehmerhaftung unterbleibt, die bei einer anderen Gewinnabgrenzung vorteilhaft wäre.

373. Tabelle 31 zeigt, wie sich eine Gewinnbeteiligung nach dem vorgestellten Grundmuster für die Arbeitnehmer und Anteilseigner einzelner Unternehmen auswirken könnte, die sich insbesondere hinsichtlich ihrer Kapitalintensität und ihrer Ertragslage unterscheiden. Diese Modellrechnung beruht auf der Annahme, daß die Tariflöhne wegen der Beteiligung der Arbeitnehmer am Gewinn **einmal**

Tabelle 31

Auswirkungen einer Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer

Eine Modellrechnung

	Einheit	Mit Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer			Ohne Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer		
		Unternehmen			Unternehmen		
		A	B	C	A	B	C
I. Komponenten des Verteilungsschlüssels							
(1) Eigene Mittel	Mio DM	182	125	65	182	125	65
(2) Jahresgewinn im Durchschnitt der vergangenen 5 Jahre	Mio DM	27	15	10	27	15	10
(3) Untergrenze der haftenden Mittel [1]	Mio DM	216	120	80	×	×	×
(4) Lohnsumme [2]	Mio DM	100	100	100	102	102	102
(5) Gewinnberechtigte Lohnsumme [3]	Mio DM	20	20	20	0	0	0
(6) Haftende Basis des Unternehmens (1) + (5), falls (1) > (3) (3) + (5), falls (1) < (3)	Mio DM	236	145	100	182	125	65
II. Verteilung des steuerpflichtigen Gewinns							
(7) Steuerpflichtiger Gewinn	Mio DM	29	10	17	27	8	15
(8) Anteil der Kapitaleigner $\frac{(1)}{(6)} \cdot (7)$, falls (1) > (3) $\frac{(3)}{(6)} \cdot (7)$, falls (1) < (3)	Mio DM	26,5	8,6	13,6	27	8	15
(9) Anteil der Arbeitnehmer (7) − (8)	Mio DM	2,5	1,4	3,4	0	0	0
(10) Gesamtes Arbeitseinkommen der Arbeitnehmer							
a) bei unternehmensindividueller Gewinnbeteiligung (4) + (9)	Mio DM	102,5	101,4	103,4	102	102	102
b) bei zum Teil kollektiver Gewinnbeteiligung [4]	Mio DM	102,5	101,9	102,9			
Nachrichtlich:							
(11) Arbeitnehmeranteil im Verhältnis zur Lohnsumme $\frac{(9)}{(4)} \cdot 100$	vH	*2,5*	*1,4*	*3,4*	—	—	—
(12) Eigenkapitalrente $\frac{(8)}{(1)} \cdot 100$	vH	*14,6*	*6,9*	*20,9*	*14,8*	*6,4*	*23,1*

[1] Berechnet durch Kapitalisierung des Durchschnittgewinns (2), wobei ein Kapitalisierungsfaktor von 8 angenommen wurde.

[2] Es wurde angenommen, daß die Lohnsumme, die sich ergeben hätte, wenn in dem Tarifabschluß keine Gewinnbeteiligung vereinbart worden wäre, um 2 vH höher ausfällt als die Lohnsumme bei Gewinnbeteiligung.

[3] Sie wurde ermittelt, indem der Prozentsatz, um den die Lohnsumme ohne Gewinnbeteiligung über derjenigen bei Gewinnbeteiligung liegt, mit einem Faktor von 10 kapitalisiert wurde; sie beträgt ein Fünftel.

[4] Es wurde unterstellt, daß der Gewinnanteil der Arbeitnehmer zur Hälfte einer Ausgleichskasse für die Branche (Unternehmen A, B und C) zugewiesen wurde, die diesen Betrag im Verhältnis der Lohnsummen auf die Arbeitnehmer aufteilt.

um 2 vH weniger als sonst erhöht werden. In Unternehmen mit durchschnittlicher und guter Ertragslage wäre bei einer solchen Gewinnbeteiligung das Gesamteinkommen der Arbeitnehmer höher als bei einem höheren Tarifabschluß. Die Eigenkapitalrendite in diesen Unternehmen wird deshalb im Falle der Gewinnbeteiligung niedriger ausgewiesen, jedoch nur wenig, weil der Gewinn insgesamt größer ist. In Unternehmen mit schlechter Ertragslage dagegen stiege das Gesamteinkommen der Arbeitnehmer um weniger als ohne Gewinnbeteiligung; die Eigenkapitalrendite wird entsprechend höher ausgewiesen. Für die Arbeitnehmer der drei Unternehmen insgesamt (also im Durchschnitt der Branche) ergäbe sich dennoch ein höheres Einkommen, weil ihr Gewinnanteil mit 2,4 vH der Jahreslohnsumme mehr ausmacht, als ihnen bei einem höheren Tariflohnabschluß ohne Gewinnbeteiligung aus einem höheren Tariflohn zuflösse.

374. Ein Plan zur Beteiligung von Arbeitnehmern an Haftung und Gewinn in den Unternehmen wirft offensichtlich die Frage auf, ob sich nicht aus Mithaftung zwangsläufig ein Anspruch auf Mitbestimmung ergibt. Nimmt man für gegeben, daß es zu einer allgemeinen, haftungsunabhängigen Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer in Großunternehmen kommen wird, dann läßt sich der Zusammenhang so sehen: Eine erweiterte Mitbestimmung der Arbeitnehmer erfährt in Unternehmen mit Gewinn- und Haftungsbeteiligung eine besondere Legitimation.

V. Reinigungskrise der Globalsteuerung

Unvermeidliche Stabilisierung

375. Die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit ein seit vielen Jahren nicht mehr gekanntes Ausmaß erreicht hat, daß in erheblichem Umfange Produktionsmittel brachliegen und daß der Staat genötigt ist, sich mit riesigen Beträgen zu verschulden und so den Spielraum für künftige Staatsleistungen durch sehr hohe Zinslasten auf lange Zeit zu verengen, hat die Diskussion darüber wieder belebt, ob die Stabilisierungspolitik der Jahre 1973/74 sich gelohnt hat, ob nicht der Inflationsbekämpfung ein zu hoher Rang eingeräumt worden ist. Schärfe und Dauer dieser Rezession sind zwar nicht zuletzt außenwirtschaftlich bedingt, doch der Weg in eine hohe Arbeitslosigkeit war schon vorher binnenwirtschaftlich vorgezeichnet. Die Frage nach der Angemessenheit der Kosten, nach dem Rang des Geldwerts als Ziel der Wirtschaftspolitik ist also verständlich.

Gleichwohl halten wir sie so für falsch gestellt. Was an der gegenwärtigen Wirtschaftslage zu beklagen ist, dürfte nur dann als Kosten der Stabilisierungspolitik bezeichnet werden, wenn — abgesehen von den außenwirtschaftlichen Einschüssen — der tatsächliche Verlauf an einer möglichen Entwicklung gemessen werden könnte, die ohne energische Stabilisierungsanstrengungen ausgekommen wäre und die jetzt eingetretenen Lasten vermieden hätte. Dies trifft jedoch nicht zu. Vielmehr hat man die gegenwärtige Lage an einer Entwicklung zu messen, die durch eine weiter sich beschleunigende Geldentwertung gekennzeichnet gewesen wäre.

376. Denn bei anhaltender Unterschätzung der Inflationsgefahren scheint es unmöglich zu sein, die Tendenz zu deren Selbstverstärkung aufzuhalten. In allen Ländern ist dies zu beobachten; wir kennen keine Gegenbeispiele. Es mag zwar von Land zu Land unterschiedlich lange gedauert haben, bis infolge immer wieder einmal erhöhter Inflationsraten die Menschen das Vertrauen in den künftigen Geldwert verloren, bis sie diese Erfahrungen zur Grundlage ihrer zukunftsbezogenen Entscheidungen machten, und dadurch herbeiführten, was sie erwarteten. An der Unausweichlichkeit dieses Prozesses kann es jedoch keinen Zweifel geben. Ist dies richtig, so ist in einem Land mit kräftiger Inflation eine vermiedene Stabilisierungskrise immer nur eine vertagte Stabilisierungskrise, wobei der Zeitvorteil nach aller Erfahrung mit höheren Kosten erkauft werden muß.

377. Selbst eine temporäre Nachgiebigkeit gegenüber Inflationstendenzen zahlt sich anscheinend nicht aus. Die Kosten einer anschließenden Stabilisierung (auch ohne größere Krise) dürften zumindest nicht niedriger sein als die anfänglichen Vorteile der Nachgiebigkeit, wahrscheinlich sind sie sogar höher. Denn schon in der Frühphase der Gewöhnung an eine Inflationsbeschleunigung ist es sehr schwer, mit einer Politik der allmählichen Rückkehr zu mehr Stabilität erfolgreich zu sein und so „Stabilisierungskosten" weitgehend zu vermeiden. Die Bundesrepublik hat die inflatorischen Folgen des großen Booms der Jahre 1969/70 in dieser Weise auslaufen lassen wollen — ohne Erfolg. Die starken Kräfte, die eine Inflation treiben, können auf solche Art vermutlich nicht unter Kontrolle gebracht werden. Nach 1970 gelang zwar die Stabilisierung der real wirksamen Nachfrage, jedoch keine auch nur annähernd dazu passende Stabilisierung der Kostenentwicklung. Der Erfolg bei der Umverteilung der Einkommen beeindruckte die Arbeitnehmerorganisationen damals offenbar so sehr, daß sie keinen Anlaß sahen, in ihrem Druck nachzulassen — auch deshalb nicht, weil sie zunächst keine größeren Beschäftigungsrisiken einzugehen schienen. Und die Arbeitgeber machten sich falsche Hoffnungen, daß sie bei den Preisen hereinholen könnten, was sie bei den Löhnen zugestanden hatten. Schon in jenen Jahren der konjunkturellen „Normalisierung" ist anscheinend für einen Teil der inzwischen offenbar gewordenen Fehlentwicklungen der Grund gelegt worden.

378. Kritik an dem hohen Rang der Geldwertsicherung in der Stabilisierungspolitik der Jahre 1973/74 wird auch auf die Idee gegründet, eine Volkswirtschaft könne auf eine bestimmte, für sie optimale Inflationsrate eingestellt und dort dann ohne energische Stabilisierungsanstrengungen, das heißt

ohne die Gefahr gelegentlich scharfer Zielkonflikte, gehalten werden. Diese Idee ist eine reine Denkmöglichkeit und hat keine Erfahrung für sich.

Es mag darüber gestritten werden, bei welcher Inflationsrate sich noch eine Stabilisierung der Erwartungen von Unternehmen und privaten Haushalten erreichen und damit die Voraussetzung für eine stetige Entwicklung schaffen läßt; vieles spricht dafür, daß die Stabilisierung der Erwartungen mit höheren Inflationsraten immer schwieriger wird. Aber dies ist nicht das Hauptproblem. Über den Rang des Zieles Geldwertstabilität wird vor allem dadurch entschieden, wie energisch man einen bestimmten Kurs durchhält. Wer kurzfristig entstehende Zielkonflikte immer wieder zu Lasten des Geldwerts entscheidet, läuft auf eine schließlich unvermeidliche Stabilisierungskrise zu — gleichviel, ob er mit dieser Politik bei stabilem Geldwert oder bei einer „festen" Inflationsrate von 5 vH beginnt, im letzten Fall nur etwas später.

Die Neigung ist groß, im Konfliktfall diese Einsicht stets aufs neue zu verdrängen. Selbst von wissenschaftlicher Seite werden noch immer Argumente angeboten, mit denen sich hohe Inflationsraten verharmlosen lassen — dies offenbar von der Vorstellung aus, man könne aus dem Zug der sich beschleunigenden Inflation nach Belieben aussteigen, ohne Schaden zu nehmen. Solche Argumente laden dazu ein, das inflatorische Tun von früher fortzusetzen. Viele sind von ihrer kurzfristigen Interessenlage her nur zu geneigt, ihnen Glauben zu schenken und sich in ihrem Selbstbetrug bestärken zu lassen, solange es irgend geht.

379. Die Stabilitätspolitik ist jedoch kein Problem wie das der Schmierung einer Maschine. Im Kern des Inflationsprozesses stehen die Interessen im Kampf um die Einkommensverteilung. Die Geldentwertung ist Ausdruck vorlaufender oder nachlaufender, korrigierender Wirkungen von Aktionen, mit denen im Verteilungskampf zwischen den Privaten untereinander ebenso wie zwischen den Privaten und dem Staat Ansprüche durchgesetzt wurden. Der Anreiz für die einzelnen liegt in der Chance des temporären Vorteils gegenüber dem Gegner, der Anreiz für alle zusammen außerdem in der Chance, sich auf Kosten Dritter zu bereichern, die keine Möglichkeiten haben, sich wirksam zu wehren. Beides treibt den Prozeß. Bei vollständiger Anpassung aller ist er für alle uninteressant. Eine Stabilisierungskrise ist ein verspätetes Disziplinieren dieses Kampfes. Soll sie künftig vermieden werden, so darf die mittelfristige Entwicklung des Preisniveaus nicht zur Disposition der Beteiligten stehen, auch nicht des Staates (als Fiskus). Ohne diesen durchaus instrumentellen Rang des Geldwertziels — gleichsam als feste Spielregel für alle — kommt man auf die Dauer nicht aus. Damit ist nicht gesagt, daß mit der Transformation des Inflationsrisikos in ein Beschäftigungsrisiko, wie sie eine konsequente Geldpolitik bewirkt, alles getan wäre. Es wird immer wieder einmal Unfälle geben, deren Kosten alle tragen müssen, nach Möglichkeit jedoch auf eine andere Weise als über eine Erhöhung des Preisniveaus. Darauf könnte die Finanzpolitik besser vorbereitet sein, als sie es war, besser zumindest als dadurch, daß sie den Unfall, den sie bekämpfen soll, selbst mit herbeiführt. Preisniveaubewegungen als Puffer mögen nötig sein. Sie stellen jedoch, kommen sie häufig vor, die Glaubwürdigkeit der Stabilitätspolitik und damit deren Erfolgschancen nur dann nicht in Frage, wenn nach einer Phase der Preissteigerung konsequent darauf hingewirkt wird, daß die Inflationsrate wieder entsprechend abnimmt (Ziffern 71 ff.). Die Politik, Illusionen über den zukünftigen Geldwert zu erzeugen mit dem Vorbehalt, notfalls eine Beschleunigung des Inflationstempos zuzulassen und dann darauf zu hoffen, man könne bei dem neuen Tempo bleiben, kann auf die Dauer nicht durchgehalten werden.

Folgen der Inflationserfahrung

380. Wir haben uns in diesem Kapitel vornehmlich mit den mittelfristig bedeutsamen Zusammenhängen zwischen Wachstum, Vollbeschäftigung, Investitionen, Staatstätigkeit, Einkommensverteilung auseinandergesetzt — entgegen der noch immer verbreiteten Vorliebe für die Vorstellung, die Probleme der Konjunktur- und Stabilitätspolitik seien zu allererst kurzfristige Probleme, und zwar Probleme der Nachfragesteuerung, gegenüber denen alles andere zurücktreten könne. Soweit eine akute Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts auf temporärem Nachfragemangel beruht, trifft dies auch zu, gegenwärtig etwa im Maße des Ausfalls an Auslandsnachfrage und der binnenwirtschaftlichen Reaktion hierauf, also gewiß in großem Maße. Aber: soweit das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht deshalb verfehlt wird, weil die aktuellen und die erwarteten Kosten im Verhältnis zu den aktuellen und erwarteten Erlösen nicht in Ordnung sind, ist durch Nachfragesteuerung keine nachhaltige Abhilfe (mehr) möglich. Früher, vor der Inflationserfahrung der vergangenen Jahre, mag das noch anders gewesen sein. Wenn nämlich eine expansive Konjunkturpolitik zu der Erwartung führt, daß mit zunehmender Nachfrage die Normalisierung eines etwa gestörten Preis-Kosten-Verhältnisses wahrscheinlich wird, gegebenenfalls auch durch einen allgemeinen Preisauftrieb, so heilt die globale Nachfragesteuerung solche Störungen gleich mit. Dies hat sich geändert. Das konjunkturelle Stimulanz der Inflation ist verbraucht. Die Unternehmen haben gelernt, daß sie durch die Inflation nicht gewinnen, daß die Kosten allemal so schnell steigen können wie die Erlöse, daß eine Verbesserung des Preis-Kosten-Verhältnisses also nicht verheißen wird. Ja, es hat den Anschein, als ob die Erfahrung, daß eine Inflation früher oder später gestoppt werden muß, soviel Einwände gemacht hat, daß man heute von einer expansiven Konjunkturpolitik eher Nachteile als Vorteile erwartet, wenn diese die Stabilität zu gefährden scheint. Das hat schwerwiegende Folgen für die Konjunktur- und Stabilitätspolitik, gute und weniger gute.

381. Wohin man schaut, schlägt die Erfahrung der Instabilität auf die mittelfristigen Erwartungen und

über sie auf das Verhalten der Unternehmen und der privaten Haushalte durch; dies erzwingt eine Änderung der Politik.

— Früher konnte eine auf Konjunkturanregung abzielende, massiv expansive Finanzpolitik darauf rechnen, daß sie einen günstigen Einfluß auf die allgemeinen Geschäfts- und Einkommenserwartungen haben und auf diese Weise ihre direkten Wirkungen unterstützen werde. Heute erzeugt eine solche Finanzpolitik Furcht vor abermals steigenden Inflationsraten, verbunden mit der Vorstellung, daß alsbald eine neue Stabilisierungsaktion unvermeidlich werde. Sie bewirkt so Verhaltensänderungen, die ihren direkten Wirkungen entgegengesetzt sind und diese möglicherweise von einem bestimmten Punkte an aufheben oder sogar in ihr Gegenteil verkehren. Dem Staat bleibt daher nichts anderes übrig, als seine Finanzpolitik verstärkt mittelfristig zu orientieren und in den expansiven Impulsen maßvoll zu bleiben — zur Stabilisierung der Erwartungen.

— Früher konnte eine auf Konjunkturanregung abzielende, massiv expansive Geldpolitik darauf rechnen, daß sie kräftige Zinssenkungen bewirken werde (derart, daß das Niveau der Realzinsen deutlich unter das sank, was mittelfristig normal war) und daß sich auf diese Weise Vermögen und Liquidität der Unternehmen und Haushalte aufbessern würden. Heute würde dieselbe Politik ziemlich rasch die Erwartung steigender Inflationsraten erzeugen und auf diesem Wege indirekt ein Anlegerverhalten hervorrufen, das der direkt bewirkten Zinssenkungstendenz entgegenstrebt und diese von einem bestimmten Punkt an sogar aufhebt oder ins Gegenteil verkehrt. Der Zentralbank bleibt daher nichts anderes übrig, als ihre Geldpolitik mittelfristig zu orientieren allenfalls mäßig antizyklisch — zur Stabilisierung der Erwartungen.

— Früher konnten die Tarifparteien darauf rechnen, daß notfalls eine nachgiebige Geldpolitik und eine kompensierende Finanzpolitik nachteilige Beschäftigungswirkungen abfingen, indem sie das Preisniveau steigen ließen, wenn die Lohnpolitik selbst ihre Marktchancen überzog. Heute müssen die Tarifparteien darauf Bedacht nehmen, daß Geldpolitik und Finanzpolitik dies, selbst wenn sie es wollten, nicht ohne weiteres vermögen, sondern in bezug auf die Beschäftigung unwirksam werden können, wenn sie in Verdacht geraten, die Lohnpolitik inflatorisch salvieren zu wollen. Dies drängt die Lohnpolitik, sich stärker an dem, was über den Tag hinaus marktgerecht ist, zu orientieren — zur Stabilisierung der Erwartungen.

— Früher konnte man hoffen, die Inflation sei, wenn schon zu sonst nichts nütze, doch hilfreich, ein ungelöstes Kernproblem: Die Ohnmacht im Drängen auf eine gerechtere Einkommensverteilung am Markt, immer wieder zu überspielen, indem sie allen unmittelbar am Kampf um das Verteilungsergebnis Beteiligten erlaubte, sich Scheinvorteile als echte Vorteile einzureden und im Glauben hieran immer wieder einen Frieden auf Zeit zu schließen — festen Willens, die Verantwortung auf andere zu schieben, sobald der Irrtum offenbar werden würde. Heute ist dies nicht mehr möglich. Die Neigung zur Antizipation künftiger inflatorischer Entwicklungen schließt aus, daß man bereit ist, seine Entscheidungen auf eine Rechnung in Nominalgrößen zu gründen. Kosten, Preise, Einkommen werden trotz Inflation gleichsam wieder zu Realgrößen. Dies zwingt die Hauptbeteiligten, nach neuen Wegen zu suchen, diesen Kampf zu entschärfen, ihn dahin zu verlagern, wo er aussichtsreicher geführt werden kann, das heißt, die Nominallohnpolitik zumindest schrittweise von einer Aufgabe zu entlasten, die sie in einer Marktwirtschaft nicht erfüllen kann — zur Stabilisierung der Funktionsbedingungen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung.

Diese Zwänge halten wir — mittelfristig — für gut. Die Stabilisierungskrise hat gleichsam einen Schleier fortgezogen; elementare Zusammenhänge sind sichtbarer geworden, zum Teil überdeutlich. Die Politik, nicht zuletzt die Wirtschaftspolitik, braucht stabile Erwartungen, auch stabile Erwartungen in den künftigen Geldwert. Andernfalls hat sie keinen festen Punkt, auf den sie die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen gründen kann. Sie darf dieses Vertrauen, auch eine Bereitschaft zur Illusion, nutzen, ja gelegentlich sogar enttäuschen, muß jedoch ausreichend viel dafür tun, es auf mittlere Sicht zu bewahren und gegebenenfalls zu erneuern. Letzteres hat die Stabilisierungspolitik in Gang gebracht, jedoch noch nicht vollendet.

382. Weniger gut sind die Folgen der Vertrauenskrise auf kurze Sicht. So gedeihlich es ist, daß die Wirtschaftspolitik angesichts der Gefahr ihrer Unwirksamkeit genötigt ist, die Bedingungen ihrer Wirksamkeit auf Dauer wiederherzustellen, also die Erwartungen der Unternehmen und der privaten Haushalte zu stabilisieren, so wenig ist zu verkennen, daß die Wirtschaftspolitik, bis dies erreicht ist, mit erhöhten Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

— Solange die Stabilisierung der Erwartungen nicht gelungen ist und deshalb die Wirkungsmöglichkeiten der Wirtschaftspolitik beschränkt sind, ist diese nur bedingt abwehrbereit gegenüber Störungen, die abzuwehren ihre eigentliche Hauptaufgabe ist — Störungen also, die von außen oder von innen kommen mögen, jedenfalls ihren Ursprung nicht in einem früheren Fehlverhalten der Finanzpolitik, der Geld- und Währungspolitik oder der Lohnpolitik selbst haben. Daß so massiv expansive Impulse, wie sie die Finanzpolitik 1975 ausgestrahlt hat, gegen den scharf kontraktiven Impuls aus dem Ausland zunächst so wenig ausgerichtet haben — ganz hätte sie diesen ohnehin nicht abfangen können —, dürfte hier seine Ursache haben.

— Solange die Stabilisierung der Erwartungen nicht gelungen ist, verlangen alle von allen die Zahlung überhöhter Risikoprämien und behin-

dern so die Nutzung der immerhin gegebenen Chancen. Die Unternehmen verlangen vom Markt, das heißt im Preis, eine Risikoprämie als Ersatz für die Garantie marktgerechter Löhne, die ihnen die Arbeitnehmerorganisationen nicht geben wollen und wohl auch nicht geben können, außerdem eine Prämie als Ausgleich für das, was sie als Behördenrisiko ansehen: die Unvorhersehbarkeit von künftigen staatlichen Aktionen, von Veränderungen der Steuern und anderer öffentlicher Abgaben, von neuen Produktionsauflagen, von wechselnder Begünstigung oder Behinderung der Investitionen; schließlich verlangen sie eine Prämie als Ausgleich für die erhöhte allgemeine Unsicherheit, der sie sich ausgesetzt wähnen. Die Arbeitnehmer verlangen von den Unternehmen eine Risikoprämie für die Unsicherheit der Preisniveauentwicklung und können sich dabei nur langsam von der Erfahrung vergangener Inflationsraten lösen. Die Konsumenten verlangen gleichsam eine Risikoprämie von sich selbst wegen der Verunsicherung ihrer Einkommenserwartungen und verzichten zugunsten einer ungewissen Zukunft verstärkt auf Konsum. Die Sparer verlangen eine Risikoprämie für das Geldentwertungsrisiko und das Zinsänderungsrisiko, so wie sie es aufgrund ihrer Erfahrungen sehen, und geben daher ihr Geld nur für Zinsen her, die heute nicht mehr zu erwirtschaften sind, oder sie schieben möglichst alle längerfristigen Risiken von sich weg, indem sie ihr Geld nur kurzfristig anlegen, so daß die Risiken nun bei den Banken sind, die vermehrt aus kurzfristigen Mitteln langfristige Kredite machen müssen oder diese Risiken an die Investoren weiterreichen, indem sie auf Zinsanpassungsklauseln bestehen.

383. Die herkömmliche Globalsteuerung ist also in eine Krise geraten. Diese Krise wird vorübergehen, wenn die Stabilisierung der mittelfristigen Erwartungen gelingt. Doch der alte Optimismus wird nicht wiederkehren. Und das muß nicht schaden. Alle, die im Bereich der Stabilitätspolitik, das heißt in der Finanzpolitik, in der Geld- und Währungspolitik und in der Einkommenspolitik, zu handeln haben, werden — so ist zu hoffen — ihre Rolle und ihre darin definierte Verantwortung ernster nehmen, wenn sie dies im Bewußtsein halten: Die Konjunkturpolitik ist keine unbeschränkte Versicherung gegen die Folgen von Fehlverhalten; man kann hier ausgesteuert werden. Die Freiheit zu Fehlverhalten ist in einer Wirtschaftsordnung wie der unseren größer als anderswo. Sie hat ihren Preis.

Wir bewerten damit die Möglichkeiten der Konjunkturpolitik nicht als gering. Werden ihre Grundlagen nicht zerstört, so kann sie wesentlich zur Dämpfung von Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Aktivität beitragen. Mäßige Schwankungen werden auch dann übrigbleiben. Sie stellen jedoch die großen Vorteile der Marktwirtschaft nicht in Frage, zumal der erreichte Stand der sozialen Sicherung gegenüber solchen Risiken hoch ist. In einem Land, das aus guten Gründen eine tiefgreifende Verflechtung mit der arbeitsteiligen Weltwirtschaft eingegangen ist, sind dies in erster Linie außenwirtschaftliche Risiken. Ihnen kann ein einzelnes Land nur unzureichend begegnen. Doch sollte man trotz aller Friktionen, die es gegeben hat, nicht verkennen, daß das Zusammenspiel der Länder im Kampf gegen die Weltrezession nicht schlecht ist, besser jedenfalls als zuvor die Koordination im Kampf gegen die Weltinflation.

VIERTES KAPITEL

Expansion und Konsolidierung zugleich

I. Ziele und Wirklichkeit

384. Die Wirtschaftspolitik hat sich für das Jahr 1975 vorgenommen, den gesamtwirtschaftlichen Zielen, die im Vorjahr erstmals alle zugleich verletzt waren, wieder etwas näher zu kommen. Das ist ihr nicht gelungen. Sie konnte zwar die Voraussetzungen für einen stabilitätsgerechten Aufschwung schaffen, nicht aber verhindern, daß Investoren und Konsumenten zurückhaltend blieben, nachdem der Einbruch der Auslandsnachfrage die Zukunftserwartungen noch einmal stark belastet hatte. So ist die Stabilisierung des Preisniveaus 1975 zwar vorangekommen, und die außenwirtschaftlichen Überschüsse haben sich zurückgebildet, doch sind die Fehlentwicklungen beim Beschäftigungsziel und beim wirtschaftlichen Wachstum noch größer geworden.

Inzwischen mehren sich die Zeichen für eine Besserung im kommenden Jahr. Noch haben sich die Selbstheilungskräfte aber nicht gefestigt, und die Erholung nach der Stabilisierungskrise braucht Zeit. Die Verletzung der gesamtwirtschaftlichen Ziele wird daher 1976 geringer, aber noch keineswegs behoben sein.

385. Weiter als jemals zuvor in den letzten zwei Jahrzehnten ist die Wirtschaft in der Bundesrepublik von einem hohen Beschäftigungsstand entfernt. Nachdem die Unternehmen ihren Personalbestand schon von 1973 an verkleinert hatten, begannen sie diesen verstärkt abzubauen, als mit dem Rückgang der Auslandsaufträge der Nachfragemangel immer größer wurde. Im Jahresdurchschnitt 1975 gab es über eine Million Arbeitslose, jeder zwanzigste Arbeitnehmer fand in diesem Jahr also keine Beschäftigung.

Auch im kommenden Jahr wird die Arbeitslosigkeit noch hoch bleiben, weil die Ausweitung der Produktion, die wir erwarten, zunächst ohne zusätzliche Arbeitskräfte möglich ist, und die Unternehmen, schon um den Kostendruck zu mildern, bestrebt sein werden, recht lange ohne Neueinstellungen auszukommen. Mit fortschreitender konjunktureller Erholung dürfte sich aber auch am Arbeitsmarkt eine deutliche Wende ergeben, die die Arbeitslosenquote im zweiten Halbjahr 1976 auf rund 4 vH zurückführt.

386. Die Zurückhaltung der Investoren und Konsumenten, der inländischen wie der ausländischen, führt dazu, daß das reale Sozialprodukt 1975 um 3½ vH niedriger ausfiel als im Vorjahr. Der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion war damit weit stärker ausgeprägt als in der Rezession 1967; der Abstand zwischen der tatsächlichen und der möglichen Produktion vergrößerte sich noch einmal deutlich. Im Jahresdurchschnitt 1975 lagen 9 vH der Sachkapazitäten brach. Diese Unterauslastung wird sich im kommenden Jahr mit der Belebung der Auslandsnachfrage und der Erholung der Inlandsnachfrage zurückbilden, nennenswert aber nur, wenn die Investoren wieder, wie wir annehmen, mehr Vertrauen in ihre künftigen Ertragschancen setzen. Aber auch dann wird die Zunahme des Sozialprodukts, die wir in unserer Prognose auf 4½ vH veranschlagen, den vorhandenen großen Produktionsspielraum nur teilweise ausschöpfen.

387. Der Produktionsspielraum selbst, das Produktionspotential, ist auch 1975 gewachsen. Das Wachstumstempo hat sich allerdings nochmals verlangsamt: Von 4½ vH im Durchschnitt der Jahre 1962 bis 1973 über 3½ vH im Jahre 1974 auf 2½ vH in diesem Jahr. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß sich die Investitionstätigkeit infolge des Drucks auf die Gewinnmargen seit Beginn der siebziger Jahre mehr und mehr abgeschwächt hat; obwohl die Lohnpolitik in diesem Jahr eine Abkehr von den überzogenen Ansprüchen der Vergangenheit erkennen ließ, haben sich die Unternehmenserträge und damit auch die Zukunftserwartungen der Investoren noch nicht durchgreifend gebessert. Durch die geringe Investitionsneigung in diesem Jahr ist das Wachstum im kommenden bereits vorbelastet; die Zunahme des Produktionspotentials wird sich daher 1976 nochmals leicht verringern. Die Belebung der Auslandsnachfrage dürfte allerdings die Ertragserwartungen heben, und zwar um so mehr, je eher die Gewinne auch von der Lohnseite her aus der bisherigen Zangenwirkung hoher Kostensteigerung und geringer Nachfrageexpansion befreit werden. Nach 1976 wird das Wachstumstempo dann allmählich wieder größer werden, um wieviel, ist derzeit allerdings noch offen.

388. Die Außenwirtschaft stand 1975 im Zeichen des Einbruchs bei der Exportnachfrage, der die Lieferungen an das Ausland erheblich unter das Niveau des Vorjahres drückte. Der Überschuß im Leistungsverkehr mit der übrigen Welt hat sich damit deutlich vermindert; mit 2,3 vH lag der Anteil des Außenbeitrags am Bruttosozialprodukt beträchtlich unter dem außerordentlich hohen Wert für 1974 (4,2 vH). Ob die Bundesrepublik damit nach dem Exportboom der beiden vorangegangenen Jahre dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht wieder näher gekommen ist, läßt sich nicht klar erkennen. Sicherlich enthält die Außenhandelsentwicklung in diesem Jahr einen guten Teil Normalisierung; der

Rückgang der hohen außenwirtschaftlichen Überschüsse verlief aber viel zu rasant, als daß die Stabilisierungspolitik vermocht hätte, wie es wohl die Strategie war, die Wirtschaft rechtzeitig wieder auf mehr Binnennachfrage umzustellen. So verstärkte der Exportrückgang den Abschwung. Vollzieht sich die konjunkturelle Belebung im Inland 1976 etwa parallel zu der im Ausland, und dies ist aus heutiger Sicht wahrscheinlich, dann dürfte der Außenbeitrag im kommenden Jahr weiter abnehmen.

389. Die Rückkehr zu einem stabileren Geldwert ist 1975 einen weiteren Schritt vorangekommen. Daß dieser für die Verbraucher nicht größer ausfiel — die Lebenshaltung verteuerte sich um 6 vH nach 7 vH im Jahre 1974 —, mag momentan enttäuscht haben; das Durchwirken bereits früher angelegter Preissteigerungen, vor allem im Energiebereich, sowie das Ansteigen der Nahrungsmittelpreise setzten der Abnahme des Preisauftriebs jedoch enge Grenzen. Rasche Fortschritte auf dem Weg zur Geldwertstabilität sind ohnehin nicht zu erwarten, weil Inflationserfahrungen, die sich über mehrere Jahre gebildet haben, nicht von heute auf morgen vergessen werden, wie etwa die Scheu vieler Kapitalanleger vor längerfristigen Festzinstiteln zeigt. Auch eine konsequente Geldpolitik braucht Zeit, um die Erwartungen bezüglich des künftigen Geldwerts zu ändern; soweit Inflationserwartungen noch bestehen, lassen sich diese wohl nur in dem Maße aus Zinsen, Löhnen und Preisen herauslösen, wie eine weiter sinkende Inflationsrate zur Erfahrung wird. Die Chancen dafür sind im kommenden Jahr nicht gering. Denn solange selbst eine steigende Nachfrage bei weitem nicht alle brachliegenden Kapazitäten auslastet, liegt für die Unternehmen mehr Vorteil in der Mengenkonjunktur als im Ausnutzen möglicher Preiserhöhungsspielräume. Daß die Verbraucherpreise 1976 nur noch um 5 vH höher sein werden als dieses Jahr, ist daher durchaus wahrscheinlich.

II. Stabilisierung der Erwartungen

390. Die Ursachen der Fehlentwicklungen sind nicht nur konjunkturell bedingt, sondern schon seit langem angelegt. Dies gilt nicht nur für die Bundesrepublik, sondern auch für die Welt. Die drastische Verteuerung des Erdöls und die aus ihr resultierende Verschlechterung der Zahlungsbilanzen vieler Länder haben allenthalben zu neuen oder verstärkten Stabilisierungsanstrengungen geführt, die das Abgleiten in die weltweite Rezession beschleunigten. Ohne diesen internationalen Gleichlauf, verbunden mit einer wechselseitigen Verstärkung der Abwärtsentwicklung wäre die Stabilisierungskrise in der Bundesrepublik wahrscheinlich schwächer ausgefallen und vielleicht auch schneller überstanden worden. So addierten sich die Folgen der eigenen Stabilisierungsstrategie und die Folgen der Weltrezession zu einem Konjunktureinbruch, der noch nicht überwunden ist.

391. Man kann nicht erwarten, daß die Fehlentwicklungen, die aus einem längeren Zeitraum in der Vergangenheit erwachsen sind, mit einigen Handgriffen der Wirtschaftspolitik abgestellt werden können. Sie wirken vielmehr in die Zukunft hinein und erschweren den Aufstieg aus dem Konjunkturtal. Deshalb ist es wichtiger denn je, daß Klarheit darüber geschaffen wird, wie es um die Aussichten auf mittlere Frist bestellt ist. Je mehr die Wirtschaftspolitik glaubhaft machen kann, daß trotz der noch notwendigen weiteren Anstrengungen zur Überwindung der Krise die Weichen für dauerhafte Stabilität, hohen Beschäftigungsstand und befriedigendes Wachstum gestellt sind, desto eher wird die private Wirtschaft ihre Chancen nutzen, die bei der zu erwartenden Belebung des Welthandels dann mittelfristig bestehen. Daß die gegenwärtige Skepsis von Unternehmern und Arbeitnehmern, der Investoren und Konsumenten also, einem Vertrauen in die Zukunft weicht, ist nicht leicht zu erreichen; davor steht noch die Barriere, daß im beginnenden Aufschwung erhebliche Kosten der Krise fortlaufend anfallen, die den Schuldenberg des Staates erhöhen und die zukünftige Zinslast vergrößern.

392. Konjunkturpolitik heißt deshalb in der heutigen Situation nicht nur stetige Geldmengensteuerung, expansive Finanzpolitik und zurückhaltende Lohnpolitik, sie heißt auch Konsolidierung der Staatshaushalte. Die konjunkturpolitische Devise lautet also: Expansion und Konsolidierung zugleich. Jedermann muß sofort oder mindestens bald hinter den sich auftürmenden Schulden des Staates erkennen können, daß ein solides Konzept der Konsolidierung vorhanden ist, mit dessen Verwirklichung sogleich begonnen wird und das in einem überschaubaren Zeitraum abgeschlossen werden kann. Die Konsolidierung darf zudem nicht nur als ein einmaliger Kraftakt erscheinen, nach dessen Abschluß die Muskeln wieder erschlaffen; vielmehr muß mit der Konsolidierung die Basis für eine dauerhaft ausgewogene Entwicklung der Staatsfinanzen hergestellt sein.

393. Der Staat muß einen Wechsel ausstellen, den andere nur akzeptieren, wenn ihnen glaubhaft gemacht wird, daß der Wechsel bei Fälligkeit eingelöst werden kann. Das Geld braucht der Staat jetzt, um die Unterbeschäftigung zu bekämpfen. Seine Zahlungsfähigkeit kann er nur durch Planungen unter Beweis stellen, die zeigen, daß er später erheblich zurückstecken wird, damit die, die er jetzt durch seine Nachfrage zu Ausgaben, vor allem für Investitionen, anregt, später auch die Früchte ihres heutigen Tuns ernten können und diese nicht, oder nur zu einem erträglichen Teil, an den Staat abführen müssen. Damit wieder mehr investiert wird, muß aus den kommenden Lohnverhandlungen das Vertrauen der Unternehmer erwachsen, daß sie in Zukunft mit angemessenen Gewinnen rechnen können, wenn sie Risikokapital erfolgreich investieren. Je mehr alle darauf vertrauen, daß die jeweils anderen in Zukunft einlösen werden, was sie jetzt versprechen oder zu erkennen geben, desto eher

und desto leichter wird sich der Aufschwung durchsetzen können.

394. Damit die am Wirtschaftsprozeß Beteiligten wieder mehr Vertrauen in die Zukunft gewinnen und ihre mittelfristigen Chancen besser nutzen, muß die Unsicherheit darüber, worin diese Chancen bestehen und wie groß sie sind, auf das in der Marktwirtschaft unvermeidliche Maß reduziert werden. Eine größere Konstanz der Wirtschaftspolitik könnte dazu wesentlich beitragen. In der Geldpolitik wird diesem Bedürfnis seit Ende vergangenen Jahres Rechnung getragen. Für die privaten Entscheidungen, etwa über die Höhe der Investitionen, aber auch über den Anstieg der Löhne, ist es ebenso wichtig zu wissen, mit welchen Belastungen durch den Staat in Zukunft zu rechnen ist. Zu berücksichtigen ist dabei, daß abrupte Veränderungen der Steuern etwa oder der dauerhaften staatlichen Schuldenaufnahme, auf Widerstände stoßen, die zu erheblichen Verwerfungen in der Struktur der Produktion und der Preise führen können. Zur Konstanz der Wirtschaftspolitik gehört also auch eine stetige Ausgaben- und Einnahmenpolitik der öffentlichen Hand. Konstanz bedeutet freilich nicht Verzicht auf Wandel. Die am Wirtschaftsprozeß Beteiligten müssen sich aber darauf verlassen können, daß sich der Wandel in ausreichend kleinen Schritten vollzieht, damit sie sich ihm ohne Friktionen anpassen können. Auch größere Änderungen dürfen gewiß nicht ausgeschlossen werden. Dann sollten sich aber die Betroffenen rechtzeitig darauf einstellen können und nicht durch widersprüchliche Ankündigungen verunsichert werden.

395. Die Kompression der Gewinne in den vergangenen Jahren ist mit einer kontinuierlichen Abnahme der Nettoinvestitionen einhergegangen. Ohne daß die Investitionstätigkeit erheblich beschleunigt wird, kann mit einer Rückkehr zu den Wachstumsraten der Vergangenheit nicht gerechnet werden. Viel wäre freilich für die Investitionsbelebung bereits getan, wenn die Unternehmer darauf vertrauen könnten, daß die öffentlichen Finanzen konsolidiert werden, daß von daher keine zusätzlichen über die bereits angekündigten Verbrauchsteuererhöhungen hinausgehenden Belastungen drohen, und auch der Realzins, den die Unternehmen für Fremdkapital einzukalkulieren haben, nicht durch die Konkurrenz des Staates um die Kredite in die Höhe getrieben wird. Die Erwägung, durch steuerliche Erleichterungen die Investitionen dauerhaft zu erhöhen, muß im Blick haben, daß die zunächst damit verbundene Erhöhung der Gewinne in den meisten Fällen dem Wettbewerb auf längere Sicht nicht standhalten kann.

396. Die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung wird ganz entscheidend auch davon abhängen, ob es im Zuge des Aufschwungs gelingt, die bisherigen Stabilisierungserfolge nicht nur zu erhalten, sondern noch zu vergrößern. Sobald es allen wieder besser zu gehen beginnt, droht freilich die Gefahr, daß vom Staat wie von Privaten rasch wieder Ansprüche geltend gemacht werden, die in ihrer Summe die realen Angebotsmöglichkeiten überschreiten. Dies würde dazu führen, daß die nominalen Ansprüche entweder über zunehmende Preissteigerungen miteinander in Einklang gebracht werden müssen oder daß die Geldpolitik diese Entwicklung nicht zuläßt und der Aufschwung deshalb bald wieder erlahmt oder sich gar in sein Gegenteil verkehrt. In beiden Fällen wäre der Schaden unabsehbar. Es kommt darauf an, daß die latent vorhandene Anspruchsinflation gar nicht erst wirksam werden kann. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, daß die Geldpolitik den monetären Rahmen vorgibt und so deutlich macht, daß ein aus konkurrierenden Ansprüchen erwachsender Konflikt nicht mit Hilfe zusätzlicher Inflation überwunden werden kann. Hinzu kommen muß allerdings, daß der Staat und die privaten Gruppen daraus beim Stellen von Ansprüchen die notwendigen Konsequenzen ziehen. Der Staat sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen, indem er seine eigenen Ansprüche revidiert.

Was für die Expansion zu tun ist

397. Recht gut sind die Aussichten, im kommenden Jahr dem Ziel der Preisniveaustabilität erneut um einiges näher zu kommen. Dies gilt auch unter der Annahme, daß die gesamtwirtschaftliche Nachfrage größer ausfällt, als wir der Prognose zugrunde gelegt haben. Denn das Auffüllen des großen Angebotsspielraums, der im Rahmen des gegebenen Produktionspotentials besteht, verspricht eine nicht unerhebliche Zunahme der Produktivität, durch die die Ausdehnung der Produktion mit zunehmenden Gewinnen pro Stück belohnt wird. Wenn alle diese Chance nutzen wollen, wird der Angebotswettbewerb weiterhin dafür sorgen, daß sich die Preissteigerungen in engen Grenzen halten. Der Erfolg einer gemäßigten Preispolitik, die den Unternehmen, sei es in der Produktion, sei es im Handel, größere Absatzmengen bei steigenden Stückgewinnen verspricht, dürfte auch dort, wo es an Wettbewerb mangelt, in der Regel wohl nicht von einer Strategie übertroffen werden, die vorwiegend auf Preissteigerungen setzt und dabei auf die Zunahme des Absatzes ebenso wie auf den auslastungsbedingten Anstieg der Produktivität verzichtet.

398. Die Wirtschaftspolitik soll im Jahre 1976 dem Aufschwung Raum geben, ohne daß die Tendenzen zur Beruhigung des Preisauftriebs behindert werden. Hinzunehmen hat sie allenfalls solche Preissteigerungen, die sich auch bei Stabilisierung des inländischen Kostenniveaus nicht vermeiden lassen, ohne die Beschäftigung zusätzlich zu beeinträchtigen. Mit einem gewissen Preisanstieg ist schon deswegen zu rechnen, weil ausländische Produkte wieder teurer werden. Auf der Verbraucherstufe kommt die weitere Anhebung der administrierten Preise hinzu. Außerdem klingt bei den Nahrungsmitteln der angebotsbedingte Preisauftrieb erst allmählich ab. Bei der Schätzung des unvermeidlichen Preisanstiegs gehen wir jedoch davon aus, daß die Agrarpreisbeschlüsse in der Europäischen Gemeinschaft in ihren Auswirkungen auf

die Bundesrepublik die Preisstabilisierung nicht behindern. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß wegen der langen Gewöhnung an die Inflation eine Rückgewöhnung an die Preisstabilität ebenfalls längere Zeit erfordert. Sollen neue Beschäftigungsrisiken nicht entstehen, so wird die Preissteigerungsrate auf der Verbraucherstufe von gegenwärtig fast 6 vH zwar allmählich weiter sinken, bis Ende 1976 aber vermutlich nicht unter 4 vH bis 4½ vH. Berücksichtigt man, daß das Preisniveau am Ende des Jahres 1975 bereits um gut 2½ vH über dem Jahresdurchschnitt 1975 liegen wird (Überhang), so ist es für unvermeidlich, aber auch für erreichbar zu halten, daß das Niveau der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 1976 um 5 vH über dem des Vorjahres liegen wird. Der Preisindex des Bruttosozialprodukts dürfte dann um 4 vH höher sein als 1975.

399. Weit mehr Unsicherheit als bei der Preisentwicklung herrscht darüber, wie sich die Auslandsnachfrage, die davon nicht unabhängigen Investitionen und auch der private Verbrauch entwickeln werden. Die Wirtschaftspolitik ist aufgerufen, unter Vermeidung des Risikos zunehmender Inflation die Nachfrage weiterhin zu beleben und dadurch, aber auch darüber hinaus, den hohen Stand der Arbeitslosigkeit abzubauen. Sie kann diesen Aufgaben nur in unterschiedlichem Maße gerecht werden.

— Zur Belebung der Investitionen kann wenig direkt, viel aber indirekt getan werden. Am meisten erhoffen wir uns davon, daß ein tragbarer Kompromiß in der Lohnpolitik gefunden wird, der auf die Zukunft zu setzen erlaubt.

— Für die Erholung der Auslandsnachfrage, die ihrerseits zur Belebung der Investitionen beitrüge, kann die Wirtschaftspolitik nicht allzuviel tun. Hilfreich wäre eine Abstimmung des konjunkturpolitischen Verhaltens, insbesondere innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, vorausgesetzt, daß dadurch das stabilitätspolitische Ziel nicht in Gefahr gerät.

— Zu einem stärkeren Abbau der Arbeitslosigkeit kann es erst kommen, wenn die zunehmende Nachfrage die Produktion auf breiter Front stimuliert. Sein anfängliches Tempo wird wesentlich davon bestimmt, ob und in welchem Maße die Unternehmen schon zusätzliche Arbeitskräfte einstellen werden, bevor die Produktivitätsreserven bei gegebenem Beschäftigtenstand weitgehend ausgeschöpft sind. Hiervon wird es dann abhängen, wieviel dem Staat zur Milderung der Arbeitslosigkeit noch zu tun bleibt.

— Den privaten Verbrauch anzuregen, ist nicht leicht, solange die Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung und über die zukünftige Lage am Arbeitsmarkt anhält. Direkte, vorübergehend das verfügbare Einkommen erhöhende Maßnahmen würden möglicherweise mehr dem Sparen als dem Konsum zugute kommen. Für den privaten Verbrauch ist dann am besten gesorgt, wenn wieder Vertrauen in die zukünftige Entwicklung geschaffen wird. Gelingt dies, mag es durchaus sein, daß die privaten Verbrauchsausgaben kräftiger anziehen, was wiederum positive Rückwirkungen auf die Investitionsneigung hätte.

400. Entwickelt sich die Auslandsnachfrage weiter rasch aufwärts und weicht im Inland die Skepsis der Zuversicht, daß der Staat seine mittelfristigen Probleme im Aufschwung meistern wird, ohne dabei die privaten Aktivitäten zu beeinträchtigen, so könnte ein kräftiger Aufschwung die Folge sein. Ein Anstieg im Auslastungsgrad des Produktionspotentials, das um 2½ vH wachsen wird, von 88½ vH im Durchschnitt des Jahres 1975 auf 92 vH im Jahre 1976 hielten wir unter günstigen Umständen nicht für ausgeschlossen. Die Preise brauchten dabei nicht um mehr zu steigen, als wir für unvermeidlich halten (Ziffer 398). Die gesamtwirtschaftlichen Ausgaben würden dann um 10 vH zunehmen müssen. Der Aufschwung mit einer Steigerung des realen Bruttosozialprodukts in Höhe von 6 vH wäre dann zwar kräftig, aber noch stabilitätskonform. Es wäre also nicht zu befürchten, daß in einer Wirtschaftspolitik, die diesen Aufschwung zuläßt, bereits wieder eine spätere Abweichung von den wirtschaftspolitischen Zielen angelegt wäre.

Das heißt freilich nicht, ein Zuwachs von 6 vH des Bruttosozialprodukts bei gleichzeitiger Dämpfung des Preisniveauanstiegs sei für die Wirtschaftspolitik auf jeden Fall machbar, ein Abweichen nach unten könne also nur auf wirtschaftspolitischen Kunstfehlern beruhen. Vielmehr muß das Ziel bescheidener ausfallen, wenn sich die Auslandsnachfrage nur zögernd und mit Unterbrechungen erholt und wenn die Investoren und Verbraucher noch längere Zeit skeptisch bleiben. Zwar brauchen auch dann die Preise nicht schneller zu steigen; der Anstieg des realen Sozialprodukts wird aber niedriger angesetzt werden müssen, auch wenn alles volkswirtschaftlich Vertretbare geschieht, brachliegende Kapazitäten zu nutzen und damit die Arbeitslosigkeit zu mildern.

401. Nicht alle Politikbereiche sind gleichermaßen geeignet, zur Bewältigung der einzelnen für 1976 gestellten Aufgaben beizutragen. Für jeden Politikbereich gibt es bestimmte Aufgaben, die er mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln am besten erfüllen kann (JG 74 Ziffern 364 ff.).

— Die Geldpolitik muß klar zu erkennen geben, daß sie eine bestimmte Expansion der Zentralbankgeldmenge gewährleisten werde, und zwar eine solche, mit der ein kräftiger, aber noch stabilitätskonformer Aufschwung finanziert werden kann.

— Die Währungspolitik kann sich weitgehend zurückhalten. Im europäischen Floating-Block entscheidet der Gleichschritt der Geldpolitik, nicht die Währungspolitik über dessen Zusammenhalt.

— Die Finanzpolitik soll noch expansiv sein. Auf diese Weise kann sie zwei Aufgaben gleichzeitig erfüllen: Sie stützt, ausgehend von einem hohen Niveau der öffentlichen Ausgaben, 1976

noch einmal die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und leistet zugleich einen Beitrag zur Konsolidierung der Staatsfinanzen. Sie soll aber auch darauf vorbereitet sein, mehr zu tun, falls es nötig wird.

— Die Einkommenspolitik leistet ihren Beitrag, wenn sie der Tatsache Rechnung trägt, daß die mit den Lohnabschlüssen zu Anfang des Jahres 1975 beabsichtigte Korrektur der Verteilung noch aussteht.

Monetäre Politik

402. Im Herbst vorigen Jahres hat der Sachverständigenrat eine Geldpolitik für 1975 stabilisierungsgerecht genannt, bei der im Verlauf des Jahres die Zentralbankgeldmenge um 8 vH bis 9 vH steigt. Grundlegend dafür, eine solche im vorhinein bestimmte Rate festzulegen, ist der enge Zusammenhang, der zwischen der monetären Expansion und der Steigerungsrate der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben auf mittlere Sicht besteht. Die sinnvolle Orientierungsgröße für die Erweiterung der monetären Basis ist dann — ebenfalls auf mittlere Sicht — das Wachstum des Produktionspotentials unter Berücksichtigung der als unvermeidlich anzusehenden Preissteigerung, gemessen am Preisindex für das Sozialprodukt. Konjunkturelle Bewegungen, das heißt Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials, haben dann ihr monetäres Gegenstück in den Schwankungen der mittleren Kassenhaltungsdauer. Für 1975, das erste Jahr einer solchen Vorgabe, mußte allerdings bedacht werden, daß man aus einer Phase scharfer monetärer Restriktion kam, so daß die Zentralbankgeldmenge nicht zum Produktionspotential, sondern eher zu dem niedrigen Auslastungsgrad dieses Potentials paßte. Die Geldpolitik mußte also ausreichend Spielraum für die erwünschte Erhöhung dieses Auslastungsgrades schaffen, ohne daß dabei das Ziel einer weiteren Dämpfung des Preisanstiegs in Gefahr geriet. Ferner war in Rechnung zu stellen, daß im Aufschwung die verfügbare Zentralbankgeldmenge effizienter genutzt wird, das heißt die mittlere Dauer der Kassenhaltung zurückgehen würde. Hierfür war ein Abschlag vorzunehmen. Aufgrund dieser Überlegungen ergab sich die oben genannte Rate für die Expansion der Zentralbankgeldmenge.

403. Rückschauend haben wir zu konstatieren, daß der Auslastungsgrad des Produktionspotentials abgenommen, die mittlere Dauer der Kassenhaltung zugenommen hat und der Anstieg des Preisindex für das Bruttosozialprodukt weit höher war, als damals für unvermeidlich gehalten wurde.

Das mag zu der Sorge Anlaß geben, daß die Vorgabe einer Expansionsrate für das Zentralbankgeld zu unerwünschten Resultaten führen könnte, wenn die wirtschaftliche Entwicklung wesentlich anders verläuft, als zum Zeitpunkt der Vorgabe angenommen wurde. Diese Sorge ist unbegründet. Wie schon gesagt, sollte sich grundsätzlich der Anstieg der monetären Basis an der Wachstumsrate des Produktionspotentials orientieren, weil nur dann verhindert wird, daß sich die Geldentwertung auf mittlere Sicht beschleunigt. Wird aus den schon dargelegten Gründen vorsorglich die aus Potentialwachstum und unvermeidlicher Preissteigerungsrate ermittelte Zuwachsrate für das Zentralbankgeld aufgrund der erwarteten Zunahme der Potentialauslastung nach oben korrigiert und bleibt diese Zunahme dann aus, wie es 1975 der Fall war, so war die stärkere Ausweitung der Zentralbankgeldmenge gleichwohl auch aus heutiger Sicht nicht unberechtigt. Die Vorgabe für 1975 mußte gewährleisten, daß das, was damals an Zuwachs des Sozialprodukts erstrebenswert schien, auf jeden Fall finanziert werden konnte. Das viel schlechtere Ergebnis konnte, mäßige Lohnsteigerungen unterstellt, auch aus damaliger Sicht nur aus einem Ausfall von Nachfrage herrühren; was an Geld weniger gebraucht wurde, mußte sich deshalb vorwiegend in einer erhöhten durchschnittlichen Dauer der Kassenhaltung und nicht in größeren Preissteigerungen niederschlagen. Der hohe Anstieg des Preisindex des Bruttosozialprodukts für das Jahr 1975 spricht nicht dagegen. An anderer Stelle des Gutachtens haben wir dargelegt, daß ohne diesen Anstieg die Gewinne noch mehr gelitten hätten und die Beschäftigung noch weiter zurückgegangen wäre (Ziffer 129). Der Preisindex für die Lebenshaltung (die eigentliche Zielgröße für die Geldpolitik) wäre dann wohl weniger gestiegen; das konnte aber mit Rücksicht auf die Beschäftigung nicht gewollt sein.

404. Die Erfahrung spricht somit nicht dagegen, daß die Bundesbank auch für das nächste Jahr wieder eine Rate vorgibt, mit der sie die monetäre Basis zu erweitern beabsichtigt. Bei deren Ermittlung wäre von den gleichen Grundsätzen auszugehen, die im vorigen Jahr hierfür bestimmend waren. Wieder ist das Wachstum des Produktionspotentials die Ausgangsgröße. Hinzu kommt der aus heutiger Sicht für unvermeidbar zu haltende Anstieg des Preisindex für das Bruttosozialprodukt (Ziffer 398). Noch einmal ist eine Korrektur nach oben deshalb vorzunehmen, weil ein höherer Auslastungsgrad des Produktionspotentials anzustreben ist. Wie an anderer Stelle dargelegt, halten wir für richtig, daß der monetäre Spielraum ausreicht, eine Expansion des nominalen Sozialprodukts, also einschließlich unvermeidlicher Preissteigerungen gerechnet, um bis zu 10 vH zu finanzieren. Erneut ist ein Abschlag zum Ausgleich dafür zu machen, daß im Aufschwung das Geld in den Kassen häufiger umgesetzt werden wird; das kann bei der gegenwärtigen hohen mittleren Dauer der Kassenhaltung recht viel bedeuten. Nimmt man dies alles zusammen, so läßt sich nach unserer Schätzung für den Jahresdurchschnitt 1976 auf einen Zuwachs der Zentralbankgeldmenge gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1975 in Höhe von knapp 8 vH plädieren. Was dies allerdings für die Verlaufsrate im Jahre 1976 bedeutet, über die der Zentralbankrat nach seinem Urteil zu entscheiden hat, hängt davon ab, wie sich die Zentralbankgeldmenge bis Ende 1975 noch entwickelt.

405. Die gleichen Gründe wie im vorigen Jahr sprechen dafür, daß die Bundesbank nicht nur wieder sich selbst eine solche Rate vorgibt, sondern daß sie diese auch wieder öffentlich bekanntmacht. Den Unternehmern als Produzenten und Tarifpartner, den Gewerkschaften, den Banken und nicht zuletzt dem Staat wird damit deutlich gemacht, daß die Bundesbank einen kräftigen Aufschwung zu finanzieren bereit ist, jedoch nicht mit Hilfe zusätzlicher Inflation. Nachdem alle aus der Erfahrung der letzten Jahre heraus keine Veranlassung haben, an der Glaubwürdigkeit einer solchen Ankündigung zu zweifeln, können sie sich der Verantwortung für die Folgen ihrer Entschlüsse nicht entziehen und sind deshalb zum Handeln im Bewußtsein dieser Verantwortung gezwungen. Zwar kann eine konsequente Geldpolitik, für sich genommen, den Aufschwung nicht herbeiführen. Gleichwohl ist sie eine notwendige Voraussetzung für das Gelingen des Aufschwungs bei weiter abnehmenden Preissteigerungsraten und schließlich auch für einen dauerhaften Rückgang der Arbeitslosigkeit.

406. Die Zuwachsrate der Zentralbankgeldmenge sollte nach unserer Auffassung weder wesentlich höher noch wesentlich niedriger sein. Würde sie höher angesetzt, wäre für die Konjunkturbelebung kaum etwas gewonnen, denn die Nachfrage könnte dadurch nur wenig angeregt werden. Auf mittlere Sicht wären jedoch höhere Inflationsraten zu befürchten. Denn der Anstieg des Preisniveaus nimmt, allerdings mit zeitlicher Verzögerung zu, wenn die monetäre Basis stärker erweitert wird, als die realen Angebotsmöglichkeiten wachsen. Auch wenn bei größerer Geldmengenexpansion in der gegenwärtigen Situation vorläufig die Inflation wohl kaum beschleunigt würde, wäre der spätere Schaden nicht wiedergutzumachen. Je kraftvoller der zu erwartende Aufschwung ausfällt, desto rascher könnten ungünstige Preiswirkungen in Erscheinung treten, da dem Staat und den Privaten zu weite Grenzen für die Aufnahme von Krediten gezogen wären und es deshalb — zumindest in einzelnen Bereichen — zu einer Überhitzung der Nachfrage kommen könnte.

Zu einer etwas knapperen Vorgabe für die Erweiterung der Geldbasis könnte man kommen, wenn man das Finanzierungspotential, das in der hohen durchschnittlichen Kassenhaltung begründet ist, höher ansetzte, als wir es in unserer Schätzung angenommen haben. Wäre die Zunahme der Zentralbankgeldmenge jedoch wesentlich niedriger als oben angegeben, so müßte man Sorge haben, daß die Finanzierung eines Aufschwungs, wie er unter günstigen Bedingungen möglich zu sein scheint, nicht gelänge. Bliebe die erwartete Belebung der Nachfrage weitgehend aus, so begäbe man sich mit einer wesentlich knapperen Versorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld der Chance, die Nachfrage zumindest ein wenig über die Wirkung hoher Realkassenbestände anzuregen.

407. Trotz des weiterhin hohen staatlichen Kreditbedarfs würden zu der angenommenen Expansionsrate der Geldbasis eher sinkende Zinssätze passen. Die Crux ist, daß Banken, Unternehmer und Anleger nicht glauben, der Staat könne auf längere Sicht hohe Defizite vermeiden; sie alle rechnen mit einer starken Belastung des Marktes für langfristiges Kapital durch staatliche Kreditnachfrage und aus diesem Grunde mit steigenden Zinsen. Solche Erwartungen bestimmen derzeit die tatsächliche Zinsentwicklung.

Viel wird davon abhängen, ob es gelingt, die Zinserwartungen zu ändern. Dazu beitragen könnte vor allem die Erfahrung, daß sich die Dämpfung des Preisauftriebs fortsetzt. Eine stabilitätskonforme Geldversorgung wird dies auf die Dauer bewirken; kurzfristig wird das aber nicht genügen.

Finanzierungsspielraum und Schuldenpolitik des Staates

408. Die Entwicklungen am Kapitalmarkt, vor allem die ungünstigen Erwartungen bezüglich des längerfristigen Zinses sind, wie wiederholt erwähnt, nicht zuletzt durch die hohe gegenwärtige und noch zu erwartende Neuverschuldung des Staates verursacht worden. Der Staat ist wiederum selbst auch Leidtragender dieser Entwicklung. Die Neigung der Anleger, ihr Geld nur für kürzere Fristen zu binden, als es der Staat gerne ausleihen möchte, zwingt ihn zur Aufnahme von Krediten mit Laufzeiten von nur wenigen Jahren, wenn er nicht Zinsen versprechen soll, die zu seinen Vorstellungen von der künftigen Zinsentwicklung nicht passen. Je eher von den Privaten dem Staat seine Möglichkeit und seine Absicht geglaubt wird, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, ohne dabei die Wirtschaft über Gebühr zu belasten, um so rascher kann sich die Situation am Kapitalmarkt wieder normalisieren. Auch wenn sich die Herstellung dieses Vertrauens länger hinzieht, der Staat aber tatsächlich die Konsolidierungsaufgabe ernst nimmt, braucht er sich wegen des dann vorläufig noch hohen Anteils der kurzfristigen Schuldaufnahme so lange keine Sorgen zu machen, wie das Geld, das er zur Finanzierung seiner Aufgaben benötigt, auch nach Erfüllung der im Aufschwung wieder zunehmenden Ansprüche von Unternehmen und Haushalten vorhanden ist.

409. Gegenwärtig herrscht vielfach noch große Skepsis, ob die monetäre Politik mit einer Ausweitung der Zentralbankgeldmenge um knapp 8 vH im Jahresdurchschnitt 1976 gegenüber 1975 den Aufschwung finanzieren kann, wenn zugleich der Staat die Kreditmärkte in etwa gleichem Ausmaß in Anspruch nimmt wie in diesem Jahr. Es wird befürchtet, daß er durch seine massive Kreditaufnahme den Unternehmen bei steigenden Zinsen die Mittel vorenthält, welche diese für die Finanzierung von zusätzlichen Investitionen benötigen, zumal wenn die privaten Haushalte mit zunehmender Ausgabeneigung weniger Ersparnisse zur Verfügung stellen. Derartige Befürchtungen lassen sich am ehesten ausräumen, wenn bei der Prognose nicht nur die Ausgaben von Unternehmen, privaten Haushalten,

Staat und Ausland, sondern auch die dazu passenden Finanzierungsströme — einschließlich der über Banken laufenden — vorausgeschätzt werden, und wenn nachgewiesen werden kann, daß diese Finanzierungsströme bei der vorgesehenen Ausweitung der Geldbasis verwirklicht werden können. Eine derartige Ergänzung unserer Prognose halten wir indessen derzeit nicht für vertretbar, da sich nur mit erheblichen Fehlerrisiken abschätzen läßt, wie die künftigen Gläubiger ihre Mittel anlegen und in welcher Form sich die künftigen Kreditnehmer verschulden werden. Die folgende Beispielsrechnung ist daher auch nicht als eine Vorausschätzung anzusehen. Sie basiert in wichtigen Teilen auf Relationen, die wir aus Durchschnitten der Vergangenheit gewonnen haben. Es ist also ein normales Verhalten von Anlegern und Kreditnehmern unterstellt. Auch wenn diese Rechnung insoweit fiktiv ist, so macht sie deutlich, daß die These, ein unserer Prognose entsprechender Aufschwung könne wegen der hohen Staatsverschuldung nicht finanziert werden, nicht zu Recht besteht.

410. Nach unserer Prognose werden sich die Ausgabenüberschüsse des Unternehmensbereichs, des Staates und des Auslandes und die Einnahmenüberschüsse der privaten Haushalte gegenüber 1975 nur wenig ändern. Von den Bereichen, die mehr ausgeben als sie einnehmen und sich entsprechend verschulden,

- hat der Staat, einschließlich der Sozialversicherungen, mit 65 Mrd DM das gleiche Finanzierungsdefizit wie 1975 [1]),
- weisen die Unternehmen mit 30 Mrd DM ein kaum höheres Defizit als 1975 aus; zwar müssen sie mehr für Investitionen und für die Lagerbildung ausgeben, doch verfügen sie auch über mehr eigene Mittel aus Abschreibungserlösen, aus Investitionszuschüssen des Staates und aus einbehaltenen Gewinnen,
- ist das Defizit des Auslandes — zugleich der Leistungsbilanzüberschuß des Inlandes — mit 5 Mrd DM niedriger als 1975.

Demgegenüber geben die privaten Haushalte ebenso wie 1975 100 Mrd DM weniger aus, als sie einnehmen; in diesem Ausmaß stellen sie Mittel für die anderen Sektoren zur Verfügung.

411. Die Finanzierungssalden sagen freilich noch nichts darüber aus, in welchem Umfang Kredite gewährt und genommen werden. Auf der einen Seite gibt es unter den privaten Haushalten auch solche, die nicht sparen, sondern Konsumentenkredite aufnehmen. Der Finanzierungsüberschuß, bei dem diese Kredite bereits abgezogen sind, unterzeichnet dann die tatsätzliche Geldvermögensbildung der privaten Haushalte. Auf der anderen Seite wird auch von den Sektoren, die sich im ganzen verschulden, Geldvermögen gebildet. Die Unternehmen gewähren Exportkredite, erhöhen die Kassenhaltung, um zusätzliche Umsätze zu finanzieren, und legen Mittel auf Terminkonten an, die sie noch nicht reinvestieren wollen. Auch der Staat gewährt — zumeist verbilligte — Darlehen, und ausländische Unternehmen und Banken geben Inländern Kredite oder legen auf andere Weise ihr Geld hier an. Die Geldvermögensbildung bleibt aber gering, wenn die Unternehmen wie gegenwärtig liquide sind, und wenn der Staat und die Sozialversicherungen zur Finanzierung ihrer Ausgaben auf Einlagen zurückgreifen.

In unserer Rechnung haben wir angesetzt, daß insgesamt Geldvermögen in Höhe von 140 Mrd DM gebildet und — entweder indirekt über Wertpapiermärkte sowie über Banken oder direkt — an die Kreditnehmer weitergeleitet wird. Unterstellt man, daß in den einzelnen Sektoren das zusätzliche Geldvermögen beziehungsweise die zusätzliche Verschuldung entsprechend dem langfristigen Durchschnitt auf die einzelnen Anlagearten beziehungsweise auf die einzelnen Kreditformen verteilt wird, so könnte das Geldvermögen, so wie im Schaubild 37 skizziert, von den Gläubigern angelegt und, in Kredite transformiert, von den Schuldnern aufgenommen werden.

412. Mit diesen Finanzierungsströmen ist eine bestimmte monetäre Expansion verbunden und diese erfordert zusätzliches Zentralbankgeld. In unserer Rechnung ist der Anstieg der Zentralbankgeldmenge, der im Verlauf des Jahres für die Ausweitung der Bankeinlagen und für die Zunahme des Bargeldumlaufs nötig ist, niedriger als 8 vH.

413. Zu prüfen ist jedoch, ob das, was sich nach unseren Annahmen an Bankeinlagen auf der einen Seite und an Bankkrediten auf der anderen Seite ergibt, der normalen Struktur der konsolidierten Bilanz der Banken entspricht.

Zunächst ist zu fragen, ob die unterstellte Transformation neuer Einlagen in Kredite, gemessen am Verhalten der Banken in der Vergangenheit, realistisch ist. Auf der Einlagenseite haben die neuen Spareinlagen in unserer Rechnung ein größeres Gewicht, als es der Einlagenstruktur der Banken im Normalfall entspricht. Sofern dies auf Kosten von kurzfristigen Termineinlagen geht, erleichtert es die Fristentransformation der Banken, zumal das Verhältnis von kurzfristigen zu längerfristigen Bankkrediten etwa dem langfristigen Durchschnitt entspricht. Problematischer ist es dagegen, daß die Banken in unserer Rechnung wegen der starken Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch den Staat selbst nicht soviel Wertpapiere absetzen können und mehr Wertpapiere erwerben müssen. Während sie sonst per Saldo Mittel am Kapitalmarkt aufnehmen und diese in Bankkredite transformieren, verwenden sie in unserer Rechnung per Saldo Einlagen zum Erwerb von Wertpapieren.

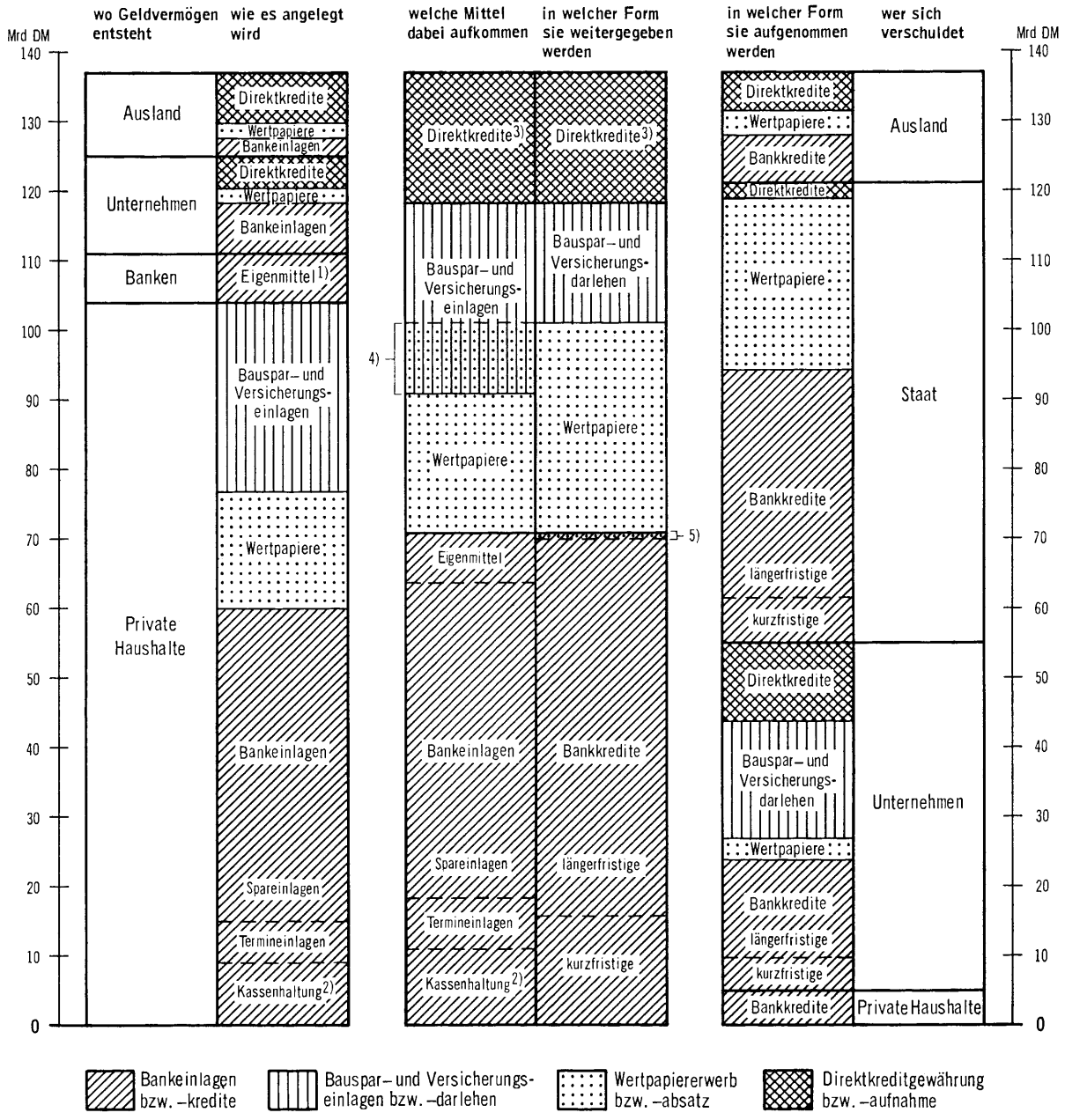
Nicht in unserer Modellrechnung zu den Finanzierungsströmen des kommenden Jahres berücksichtigt

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Das Defizit des öffentlichen Gesamthaushaltes ist höher (75 Mrd DM), insbesondere weil die Kreditgewährung der Gebietskörperschaften als Ausgabe gerechnet und nicht mit der Kreditaufnahme saldiert wird.

Schaubild 37

FINANZIERUNGSSTRÖME 1976

Eine Modellrechnung



1) Finanzierungsüberschuß der Banken (einschließlich Bundesbank). – 2) Bargeld und Sichteinlagen. – 3) Unter anderem Kredite des Auslands an Unternehmen und an den Staat, Darlehen des Staates an Unternehmen und an das Ausland, Kredite und Anlagen der Unternehmen im Ausland. – 4) Wertpapiererwerb der Versicherungen. – 5) Wertpapiererwerb abzüglich Wertpapierabsatz der Banken.

SR 750788

ist jedoch das, was an ungenutztem Finanzierungspotential gleichsam noch in den Beständen steckt, mit denen man das Jahr 1976 beginnt. Ein Teil der heutigen großen Kassenbestände wird für die Kreditgewährung, ein Teil der großen Spareinlagen für den Kauf von Wertpapieren zur Verfügung stehen, sobald sich die Erwartungen auf einen konjunkturellen Aufschwung bei weiter abnehmenden Geldentwertungsraten konsolidiert haben. Zu Recht kann man davon sprechen, daß es sehr große Beträge im Vorhof des Kapitalmarktes gibt.

414. Sollte es zutreffen, daß die im Jahre 1976 zusätzlich von Unternehmen, von privaten Haushalten und von Ausländern gebildeten Geldvermögen entsprechend dem langfristigen Durchschnitt auf die einzelnen Anlagearten und daß die zusätzliche Verschuldung des Auslandes, der Unternehmen und der privaten Haushalte ebenfalls entsprechend dem langfristigen Durchschnitt auf die einzelnen Kreditformen verteilt werden, und sollten ferner die Banken nicht oder nur zu einem hohen Preis bereit sein, anders als im langfristigen Durchschnitt ihrer Bilanzstruktur per Saldo verstärkt Mittel auf dem Kapitalmarkt anzulegen, so muß sich der Staat in der Struktur seiner Verschuldung, wenn auch nicht sehr erheblich, anpassen. Dies kann er tun, indem er mehr Kredite bei den Banken direkt aufnimmt, oder indem er versucht, es für die privaten Haushalte attraktiver zu machen, einen größeren Teil ihrer Bankeinlagen in staatlichen Wertpapieren marktgerechter Fristen anzulegen.

Sofern die Unternehmen und die privaten Haushalte, abweichend von ihren früheren Anlagegewohnheiten, mehr kurzfristige Depositen im Verhältnis zu langfristigen Bankeinlagen als früher halten, muß der Staat bemüht sein, sich Geld bei Nichtbanken kürzerfristig zu beschaffen. Ist der Staat in der Struktur seiner neu aufzunehmenden Schulden einigermaßen flexibel, so kann man die Sorge gering schätzen, daß in der Gesamtwirtschaft bei der vorgegebenen Expansion der Geldbasis Finanzierungsschwierigkeiten entstehen.

415. *Zu prüfen ist noch, ob solche Sorgen mehr Berechtigung hätten, wenn die konjunkturelle Entwicklung im kommenden Jahr einen steileren Aufschwung oder einen viel langsameren bringt, als in unserer Prognose angenommen.*

Fällt der Zuwachs des realen Sozialprodukts — bei etwa gleichbleibenden Preissteigerungsraten — etwas größer aus als in der Prognose angenommen, dürfte bei zwar höheren Einkommen wegen der dann wohl niedrigeren Sparquote die Ersparnis etwa gleichhoch oder nur wenig geringer sein. Die Unternehmen werden sich allerdings im erörterten Fall höher verschulden müssen. Dadurch entsteht, für sich genommen, ein etwas höherer Bedarf an Zentralbankgeld. Mit kräftigem Aufschwung dürfte aber auch das Vertrauen der Sparer in die Zukunft wachsen, so daß sie wieder bereit sein werden, einen größeren Teil ihres Geldes längerfristig am Kapitalmarkt anzulegen. Das aber spart Zentralbankgeld.

Steigt das Sozialprodukt im kommenden Jahr real nur wenig — wieder bei etwa gleichen Preissteigerungsraten wie im Fall der Prognose — so bleibt die Sparquote bei nur langsam zunehmendem verfügbaren Einkommen deshalb vermutlich noch außergewöhnlich hoch. Der Kreditbedarf der Unternehmen hingegen ist niedriger als bei einem zügigen Aufschwung. Finanzierungsschwierigkeiten wird es dann nicht geben.

In beiden Fällen, bei besserem und bei schlechterem Konjunkturverlauf als der Prognose entspricht, dürfte es also keine zusätzlichen Probleme für die staatliche Schuldenpolitik geben, wenn die Bundesbank die genannte Rate für die monetäre Expansion an der Geldbasis verwirklicht.

416. Auf das ganze Jahr 1976 gesehen, werden also dem Staat bei seiner Schuldenpolitik dem Quantum seiner zusätzlichen Verschuldung nach keine, der Struktur seiner Schulden nach keine so großen Schwierigkeiten erwachsen, daß diese den Aufschwung bremsen könnten. Gleichwohl könnte dem Staat etwas mehr Flexibilität im zeitlichen Ablauf seiner Schuldenpolitik abverlangt werden. Möglicherweise muß er zu Anfang des Jahres den Kapitalmarkt noch weitgehend schonen und sich stärker kurzfristig verschulden. Was er zu welcher Zeit tun kann, ohne Störungen in den Finanzmärkten hervorzurufen, läßt sich kaum voraussagen. Das ist aber auch nicht erforderlich. Wichtig ist dabei nur, daß die staatliche Schuldenpolitik ausreichend beweglich ist, sich an veränderte Bedingungen anzupassen. Schuldenaufnahme im Ausland braucht dabei nicht tabu zu sein.

Währungspolitik

417. Gegenüber den Mitgliedern des Blocks der gemeinsam floatenden Währungen gibt es keine währungspolitischen Probleme im eigentlichen Sinne. Die Regeln, wann und in welcher Höhe zugunsten einzelner Währungen interveniert werden muß, liegen fest. Manche Länder haben es zu Interventionen in Gemeinschaftswährungen an den Bandgrenzen nicht erst kommen lassen, indem sie schon vorher in Dollar interveniert und damit ihre Position innerhalb der Währungsschlange korrigiert haben. Das unterschiedliche Maß der geldpolitischen Lockerung in den einzelnen Ländern hat bisher zu keinen nennenswerten Schwierigkeiten geführt, da die überall noch fehlende Nachfrage einen Anstieg der Preissteigerungsraten verhindert. Vielmehr sind bis in die jüngste Zeit hinein die Anstiegsraten der Verbraucherpreise in den zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern des Blockes kontinuierlich gesunken. Hiermit ist freilich nicht die Sorge behoben, daß es, vielleicht schon im nächsten Jahr, zu erneuten Spannungen kommen könnte. Dafür sind die Unterschiede in den Inflationsraten noch zu groß. Vor allem aber besteht die Gefahr, daß die unterschiedliche Expansion zur Bekämpfung der Rezession im Verlaufe des Aufschwungs zu einem erneuten Auseinanderlaufen der Inflationsraten führt, was sehr schnell die Spekulation auf Aufwertung oder Abwertung einzelner Währungen wieder in Gang setzen könnte. Mit dem Wiedereintritt Frankreichs in den Floating-Block hat man zwar die Höhe der Beistandskredite und

die Länge des Zeitraums heraufgesetzt, an dessen Ende der Saldenausgleich fällig wird. Das aber bedeutet nicht viel, wenn es an Stabilisierungsanstrengungen fehlen sollte, die allein die Ursachen auseinanderstrebender Wechselkurse beheben könnten. Gerade im Hinblick auf diese Ursachen ist jedoch bisher nur wenig geschehen.

418. Der Floating-Block kann nur dann auf Dauer zusammenhalten, wenn sich die Preissteigerungsraten nach unten angleichen und danach nur noch wenig, und dann auch nur vorübergehend, voneinander abweichen. Abweichungen sind um so weniger gefährlich, je besser die Stabilität durch verbindliche Verabredungen über die Geldpolitik gesichert ist. Dabei nützt es freilich wenig, wenn sich solche Verabredungen nur auf das Ziel beschränken, die Inflationsrate innerhalb einer vereinbarten Marge zu halten. Auch eine Absprache, dies mit geldpolitischen Mitteln zu erreichen, verspricht wenig Erfolg, wenn man sich nicht gleichzeitig darüber einig ist, auf welche Weise die Geldpolitik dem Stabilitätsziel gerecht werden kann. Im Augenblick zum Beispiel läßt sich nur schwer übersehen, wieviel Inflation in der geldpolitischen Lockerung einzelner Länder schon wieder angelegt ist. Das Preisniveau wird von einer zu expansiven Geldpolitik oft erst mit großer zeitlicher Verzögerung beeinflußt. Dann aber kommt der Saldenausgleich als Zwang von außen zur Stabilität zurückzukehren, oft zu spät; und der Kreditbeistand wird zur Übergangshilfe bis zu einer dann doch unvermeidlichen Wechselkurskorrektur, statt — wie es sein sollte — zur Anpassungshilfe für eine rechtzeitige Stabilisierungsanstrengung, ganz abgesehen davon, daß sich die Partnerländer in der Zwischenzeit mit Inflation infiziert haben.

419. Da die Länder des Blockes mit ihrer Geldpolitik an unterschiedlichen Größen ansetzen, beispielsweise an der Zentralbankgeldmenge, an der Bankenliquidität, an der Kreditexpansion oder an Zinssätzen, liegt der Gedanke nahe, Äquivalenzwerte für die einzelnen Bezugsgrößen der Geldpolitik zu ermitteln und sich bei den Verabredungen daran zu orientieren. So plausibel das zunächst auch scheinen mag, kann man sich doch auf ein solches Verfahren nicht einlassen. Manche der methodischen Ansätze schließen sich gegenseitig aus, so etwa eine Geldmengensteuerung und eine Zinspolitik; andere mögen in gewissen Konjunkturphasen kompatibel sein, in anderen nicht. Es ist deshalb unumgänglich, sich auf ein einheitliches Konzept zu einigen — vielleicht mit landesspezifischen Varianten im Instrumentellen, die aber auf der gleichen Grundlage beruhen.

Verpflichten sich die am Blockfloating beteiligten Länder auf zuvor abgestimmte Raten für die Expansion der Zentralbankgeldmenge, so wäre schon das meiste für den Zusammenhalt des Währungsblocks getan, auch wenn sonst nur weniger verbindliche Absprachen zur Harmonisierung einzelner Politikbereiche betroffen würden.

420. Von verbindlichen Absprachen über die Geldmengensteuerung sind die Länder des Floating-Blocks noch weit entfernt. Ohne sie wird er ein labiles Gebilde bleiben, das der Gefahr ausgesetzt ist, auseinanderzufallen. Solange dies so ist, wird man damit zu rechnen haben, daß die fixierten Wechselkursrelationen für die Währung des einen oder anderen Landes veränderten Preisniveaurelationen immer einmal wieder angepaßt werden müssen.

Je größer die Zahl der in der Stabilitätspolitik erfolgreichen Länder im Floating-Block ist, desto größer wird die Aussicht, daß auch die übrigen Länder mehr in diese Richtung streben. Die Mitgliedschaft im Floating-Block ist attraktiv. Wer ihm angehört, setzt sich zwar dem Zwang aus, einem mittleren Pfad der Stabilitätspolitik der Partnerländer folgen zu müssen. Mit der Einhaltung der Regeln — auch in kritischen Phasen — hat jedoch jedes einzelne Land, was dessen außenwirtschaftliche Beziehungen angeht, Teil am Ansehen und an der Wirtschaftskraft des Blocks im ganzen. Dies und die Solidaritätspflicht in den Beistandsversprechen machen jedes Mitglied weniger anfällig gegenüber Störungen, gleichviel ob diese binnenwirtschaftliche oder außenwirtschaftliche Ursprünge haben.

421. Was die Währungspolitik gegenüber dem Dollar anlangt, sind Bestrebungen im Gange, die Wechselkurse stärker zu stabilisieren. Hier ist Vorsicht geboten. Es kommt ganz darauf an, was mit festeren Bindungen gemeint sein soll. Zufallsschwankungen von Tag zu Tag zu glätten, ist weitgehend eine Selbstverständlichkeit und bleibt deshalb hier außer Betracht. Eher kann schon gemeint sein, daß die Wechselkurswirkungen von Änderungen in den Zinsdifferenzen vermieden werden sollen. Dies ließe sich einmal im Wege der Absprache zwischen den Notenbanken über Änderungen der von ihnen gesetzten Zinssätze erreichen; zu Wechselkurswirkungen würde es dann erst gar nicht kommen. Soweit es hier nur darum geht, daß überflüssige Unruhe auf dem Devisenmarkt vermieden wird, die beim Handeln des einen entsteht, obwohl der andere ohnehin alsbald das gleiche getan hätte, ist dagegen wohl kaum etwas einzuwenden. Anders sähe es im Falle einer Koordinierung der Zinspolitik aus. Diese wäre mit dem geldpolitischen Konzept der Bundesbank nicht zu vereinbaren, da eine Mengensteuerung keine Zinsfestlegung aus anderen Gründen verträgt.

422. Zu fragen ist, warum bei flexiblen Wechselkursen die Geldpolitik Rücksicht auf die Zinsentwicklung in den Vereinigten Staaten nehmen sollte. Zwar bedeutet etwa ein Steigen der Zinssätze dort, daß Kapital aus Europa in die Vereinigten Staaten verlegt wird. Dieser Kapitalexport erfordert die Beschaffung von Dollar und treibt dessen Kassakurs in die Höhe. Gleichzeitig werden zur Kurssicherung aber auch Dollar per Termin verkauft, so daß sich Kassa- und Terminkurse des Dollar voneinander entfernen, bis das, was an der Zinsdifferenz zu verdienen war, von der Kursdifferenz aufgezehrt wird. Weiterer Kapitalexport dieser Art wird dann unin-

teressant, wenngleich anderer Kapitalexport im Zusammenhang mit wechselkursbedingten Veränderungen in der Leistungsbilanz induziert werden mag; letzterer bleibt freilich gering, wenn die Wechselkursänderungen nur auf Zinsabweichungen beruhen. Sind die mittelfristigen Kurserwartungen einigermaßen stabil, so werden sich die Terminkurse nicht wesentlich ändern. Der Kassakurs kann sich von diesen nicht weit entfernen, weil dem im Rahmen der Zinsdifferenzen Grenzen gesteckt sind. Absprachen über die Veränderung von Zinsen sind in diesem Fall ebenso unnötig wie Interventionen am Devisenmarkt zur Stützung der deutschen und anderer europäischer Währungen.

Die entscheidende Bedingung war allerdings in den vergangenen zweieinhalb Jahren des Floatens nicht erfüllt: die relative Stabilität der mittelfristigen Kurserwartungen. Zeitweilig hat es den Anschein gehabt, die Terminkurse würden sich an den Bewegungen des Kassakurses orientieren und dadurch, daß dann die Kapitalbewegungen nicht zum Stillstand kommen, den Kassakurs weiter in der gleichen Richtung treiben. Mangels stabiler Erwartungen über den mittelfristigen Kurs wurde so in verhältnismäßig weiten Grenzen aus der kurzfristigen Kursentwicklung auf die längerfristige geschlossen. Es werden dann beispielsweise Dollar per Kasse gekauft ohne ein Sicherungsgeschäft per Termin. Nun steigen Kassa- und Terminkurs gemeinsam. Andere setzen auf den Fortgang dieses Prozesses und gehen in den Dollar oder in Dollaranlagen. In solch einem Falle freilich ist die Frage ernst zu nehmen, ob die Notenbanken intervenieren sollten, um den dann großen Wechselkursschwankungen entgegenzutreten. Die Sorge, daß Zinsdifferenzen solche Kursbewegungen auslösen können, sollte jedoch nicht dazu verleiten, eine Zinspolitik zu betreiben, die ihrerseits wieder Gefahren für Stabilität oder Beschäftigung mit sich bringt.

Die Selbstverstärkungseffekte der Kursbewegungen mögen zunächst auch deshalb so groß gewesen sein, weil der Mechanismus flexibler Wechselkurse in der Welt noch nicht eingeübt war. Die Höhe der Ausschläge hat sich in der Zwischenzeit jedenfalls vermindert (Ziffer 174).

Die starken Kursschwankungen gegenüber dem Dollar sind nicht leicht zu erklären. Sicher unterlag das Vertrauen in den Dollar in den vergangenen Jahren erheblichen Schwankungen, die allerdings nicht nur und wohl auch nicht in erster Linie mit den sich ändernden Zinsdifferenzen zusammenhingen. In jedem Fall ist bei Interventionen am Devisenmarkt Vorsicht geboten, damit aus diesen nicht unversehens eine Stützung des Dollar oder der D-Mark und anderer Währungen wird, die von den mittelfristigen Marktbedingungen her nicht gerechtfertigt ist.

Nötig wäre vielmehr eine Konvergenz der Wirtschaftspolitik, die eine gleichgerichtete Entwicklung dieser Marktbedingungen bewirkt und auf diese Weise allmählich die mittelfristigen Erwartungen hin zu relativ festen Wechselkursen lenkt und dort stabilisiert.

Finanzpolitik

423. Die Finanzpolitik des Jahres 1976 muß konsolidieren und expansiv wirken zugleich. Einerseits ist eine Konsolidierung der Staatsfinanzen mittelfristig unabdingbar; die sprunghaft angestiegenen Defizite der öffentlichen Haushalte in den vergangenen Jahren müssen wieder auf ein normales Maß zurückgeführt werden. Die konjunkturelle Lage im kommenden Jahr erfordert andererseits, daß die Finanzpolitik die gesamtwirtschaftliche Nachfrage auch weiterhin durch expansive Impulse stützt. Diese beiden Aufgaben stehen einander 1976 nicht entgegen. Da sich die Privaten angesichts der hohen Defizite der öffentlichen Hand in diesem Jahr zunehmend verunsichert zeigten, hängt die Wirksamkeit einer expansiven Finanzpolitik davon ab, wieweit diese den privaten Haushalten und Unternehmen glaubhaft machen kann, daß die Konsolidierung durchgeführt wird. Je mehr Vertrauen bei den Privaten in ein mittelfristig angelegtes Konsolidierungskonzept gewonnen werden kann, desto mehr kann die Finanzpolitik für die konjunkturelle Nachfragestützung tun.

Was für die Konsolidierung zu tun ist

424. Die Gebietskörperschaften haben seit Anfang der siebziger Jahre nicht zuletzt in der Absicht, Reformen zu verwirklichen, ihre Haushalte weit stärker ausgedehnt, als sich auf längere Zeit durch zusätzliche Steuereinnahmen als stabilitätskonform finanzierbar erwies. Der Staat steht jetzt vor der Aufgabe, die über ihn laufenden Ansprüche anzupassen. Vorstellungen über den Konsolidierungsbedarf, die sich allein am Defizit der öffentlichen Haushalte orientieren, das 1975 rund 78 Mrd DM beträgt, sind überzogen. Denn ein Teil des Defizits wird automatisch abgebaut, wenn die Konjunktur wieder an Schwung gewinnt. So kommt es nicht mehr zu konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen (1975: 18 Mrd DM), wenn das Produktionspotential wieder normal ausgelastet wird. Auch die konjunkturbedingten Ausgaben für die Sonderprogramme und für Finanzhilfen an die Bundesanstalt für Arbeit (1975: 10 Mrd DM) werden dann entfallen sein. Insgesamt beträgt nach unseren Berechnungen der konjunkturbedingte Teil des gegenwärtigen Haushaltsdefizits knapp 28 Mrd DM. Auch nicht konsolidiert zu werden braucht der Teil des Defizits, der sich daraus ergibt, daß der Staat stets einen Teil der öffentlichen Ausgaben durch Kredite finanziert hat (Ziffer 231). Daran sind die Privaten gewöhnt. Für 1975 haben wir dafür einen Betrag von 16½ Mrd DM angesetzt. Der nach Abzug dieser Posten verbleibende Teil des Defizits (33½ Mrd DM) ist konsolidierungsbedürftig. Wir bezeichnen ihn als strukturelles Defizit.

425. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sollte dann abgeschlossen sein, wenn der sich abzeichnende Aufschwung zu einer normalen Auslastung der Kapazitäten geführt hat. Nicht unrealistisch erscheint, daß dieses Ziel 1978 erreicht wird.

Bis dahin hätte die Finanzpolitik das strukturelle Defizit zu beseitigen, also dafür zu sorgen, daß sich die öffentlichen Haushalte 1978 wieder auf einem konjunkturneutralen Pfad befinden.

426. Will man sich ein Bild davon machen, auf welche Rate der Anstieg der öffentlichen Ausgaben im Durchschnitt der nächsten drei Jahre zu begrenzen wäre, wenn die Konsolidierung allein durch Ausgabenkürzungen, also bei unveränderter Steuerbelastung, erreicht werden soll, muß man zunächst den Expansionsspielraum abschätzen, den das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Angebotsmöglichkeiten der Haushaltspolitik schafft. Wir gehen davon aus, daß das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential im Zeitraum bis 1978 um durchschnittlich 2½ vH im Jahr wachsen wird, und weiter, daß der unvermeidliche Preisanstieg durchschnittlich 3 vH im Jahr betragen wird. Somit ergibt sich für das Wachstum des Produktionspotentials, bewertet zu jeweiligen (und zugleich auch konjunkturneutralen) Preisen, eine jährliche Zunahme von 5½ vH. Diese Rate kann jedoch nicht zur Fortschreibung des Haushaltsvolumens 1975 dienen, denn das Haushaltsvolumen des Jahres 1975 ging — im nachhinein betrachtet — um gut 9 vH über das hinaus, was als konjunkturneutrale Basis einer Fortschreibung in Betracht kommt (Tabelle 27 Zeile 11). Der Spielraum, der den Gebietskörperschaften unter den genannten Bedingungen für die Expansion ihrer Haushalte bis 1978 verbleibt, beträgt deshalb nur 2 vH bis 2½ vH jährlich. Immerhin: Die konjunkturbedingten Mehrausgaben werden bis 1978 abgebaut sein. Daher könnten die normalen Ausgaben mit einer Rate von 3 vH bis 3½ vH ausgeweitet werden. Hielten die Gebietskörperschaften den Ausgabenanstieg in diesem Rahmen, so müßten sie in weiten Bereichen das staatliche Leistungsangebot stark vermindern.

427. Soll dies vermieden werden, so bleibt dem Staat der Weg, seinen Haushalt durch Steuererhöhungen zu konsolidieren. Angenommen sei, daß die Ausgaben im Durchschnitt um etwa 6 vH zunehmen werden, was bei der unterstellten abnehmenden Preissteigerungsrate immer noch erheblich weniger wäre, als zugleich die private Wirtschaftstätigkeit ausgedehnt würde. Wenn das Mehr durch Steuern finanziert werden soll, müßte die Steuerlast kräftig erhöht werden. Die Steuerquote müßte von 23 vH in diesem Jahr bis 1978 auf 26 vH ansteigen.

Auch ist zu erwägen, ob der Staat die Preise der Güter und Leistungen, die er gegen Entgelt an seine Bürger abgibt, heraufsetzen soll. Denn in vielen Fällen können jene, die diese staatlichen Dienste in Anspruch nehmen, stärker zur Deckung der entstehenden Kosten herangezogen werden (Ziffern 336 ff.). Allerdings darf man sich wegen des begrenzten Umfangs der Einnahmen aus Gebühren und Beiträgen — sie betrugen 1974 22½ Mrd DM — davon nicht allzuviel für die Konsolidierung versprechen.

428. Nicht von vornherein scheidet aus, die Privaten daran zu gewöhnen, daß der Staat künftig einen größeren Anteil seiner Ausgaben dauerhaft mit Krediten finanziert. Ist diese Gewöhnung eingetreten, so gehen insoweit von einer erhöhten Kreditfinanzierung keine expansiven Impulse mehr aus. Das strukturelle Defizit würde zwar geringer, die Konsolidierungsaufgabe aber nicht leichter. Die Gewöhnung bedeutet nichts anderes, als daß die Privaten ihre Ansprüche an das Produktionspotential, anders als im Falle von Steuererhöhungen, freiwillig zurücknehmen (JG 74 Ziffer 407).

Am leichtesten wäre eine Erhöhung der Normalverschuldung des Staates also etwa dann, wenn sich die jüngste Zunahme der Sparneigung der Privaten als dauerhaft erwiese. Geht die Sparneigung wieder zurück, müßte der Staat die Kapitalnachfrage der Privaten zurückdrängen, die diese zur Finanzierung von Investitionen und für den Kapitalexport entfalten. Das Zinsniveau wäre dann höher. Die Gebietskörperschaften haben deshalb abzuwägen, ob die Auswirkungen einer dauerhaft höheren öffentlichen Verschuldung denen weitergehender Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen vorzuziehen sind. Ferner muß im Bilde sein, daß durch zusätzliche Kredite, verglichen mit Steuererhöhungen gleichen Betrages, ein zunächst geschaffener Ausgabenspielraum im Laufe der Zeit wieder eingeengt wird, da die Zinslasten steigen (Ziffern 230 ff.).

429. Wir gehen davon aus, daß unter den gegebenen Umständen eine Entscheidung des Staates, die jährliche Normalverschuldung der öffentlichen Haushalte nennenswert zu erhöhen, nicht in Betracht kommt. Mit anderen Worten: Die Planung des Staates muß vorsehen, das strukturelle Defizit vollständig durch Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen zu beseitigen. Angesichts der skizzierten Folgen für den verbleibenden Ausgabenspielraum des Staates beziehungsweise für die volkswirtschaftliche Steuerquote gehen wir weiter davon aus, daß weder ausschließlich der eine noch ausschließlich der andere Weg in Betracht kommt. Welche Kombination von Ausgabekürzungen und Steuererhöhungen gewählt wird, ist eine politische Entscheidung, die letztlich in der Wertentscheidung über die Dringlichkeit heutiger und künftiger Staatsaufgaben wurzelt. Aber nicht nur: Sie ist auch eine Entscheidung darüber, welchen Zwang der Staat sich selbst und seinen Gliederungen auferlegen will, unter dem Gesetz der Knappheit des öffentlichen Geldes die Revision der Staatstätigkeit so weit zu treiben wie irgend möglich. In die Entscheidung einbezogen werden muß außerdem, was gleichzeitig neben den Gebietskörperschaften im Bereich der Sozialversicherungen geschehen soll.

430. In einer Beispielsrechnung wollen wir aufzeigen, wie sich die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vollziehen könnte, wenn man vorstehende Überlegungen verknüpft mit einem Satz konkreter Vorstellungen.

Dabei gehen wir wiederum von den unter Ziffer 426 angegebenen Schätzungen bezüglich des Wachstums des Produktionspotentials und des unvermeidbaren Preisanstiegs aus und nehmen ferner an,

— daß es hinsichtlich der Normalverschuldung des Staates vorläufig bei der Größenordnung bleiben soll, die wir unseren Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt seit 1966 zugrunde legen,

— daß von der Rentenversicherung in den nächsten Jahren keine zusätzlichen Belastungen auf die Versicherten zukommen, eine allfällige Konsolidierung hier also auf anderem Wege erreicht wird (Ziffern 353 f.),

— daß von den gesetzlichen Krankenversicherungen alle Chancen der Kosteneindämmung genutzt werden, so daß zusätzliche Belastungen, wie sie ernst zu nehmenden Schätzungen zufolge unter ungünstigen Umständen drohen, ausgeschlossen werden können,

— daß die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, wie geplant, Anfang 1976 um einen Prozentpunkt angehoben werden,

— daß unter der Bedingung einer solchermaßen programmierten Konsolidierung des Bereichs der Sozialversicherungen ein Konsensus gefunden wird, die volkswirtschaftliche Steuerquote in den kommenden Jahren wieder auf 24 vH ansteigen zu lassen, auf den Wert also, der vor der Steuer- und Kindergeldreform bereits erreicht war.

Damit stünde dem Staat aus Steuererhöhungen ein Konsolidierungsspielraum von 12 Mrd DM bis 13 Mrd DM zur Verfügung.

431. Unter der Annahme, daß dieser Spielraum voll ausgenutzt wird, errechnen wir ein Ausgabenvolumen von 410 Mrd DM für den „strukturell ausgeglichenen" öffentlichen Gesamthaushalt im Jahr 1978 (Tabelle 32). Bezogen auf die Ausgaben des Jahres 1975 bedeutet das eine durchschnittliche jährliche Zunahme von 3½ vH; läßt man die konjunkturbe-

Tabelle 32

Konsolidierung der öffentlichen Haushalte [1])

Eine Beispielsrechnung

	1975	1976	1977	1978
	Mrd DM			
(1) Ausgaben	370,0	390,0	398	410
(2) Einnahmen [2])	292,1	318,6	359	390
(3) Tatsächlicher Finanzierungssaldo [2]) (2) ⁄ (1)	−77,9	−71,4	−39	−20
(4) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo [3])	−34,2	−40,8	−28	−20
(5) Konjunktureller Impuls (4) ⁄ (3)	+43,7	+30,6	+11	± 0
(6) Konjunkturpolitische Sonderausgaben	10,0	10,0	1	0
(7) Strukturelles Defizit (6) ⁄ (5)	−33,7	−20,6	−10	± 0
	vH			
Nachrichtlich:				
Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1962	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,7
Konjunkturneutrale Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts	+ 5,0	+ 4,0	+ 3,0	+ 2,0
Volkswirtschaftliche Steuerquote [4])	23,0	23,2	23,8	24,1
Realisierte Staatsquote [5])	30,7	30,5	30,1	29,7

[1]) Öffentlicher Gesamthaushalt: Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Öffa, Europäische Gemeinschaften, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände.
[2]) Ohne Investitionszulage.
[3]) Zur Berechnung des konjunkturneutralen Finanzierungssaldos siehe Anmerkung zu Tabelle 27.
[4]) Erläuterung siehe Tabelle 27 Zeile 13.
[5]) Ohne konjunkturpolitische Sonderausgaben; Erläuterung siehe Tabelle 27 Zeile 17.

dingten Mehrausgaben dieses Jahres außer Betracht, so ergibt sich eine Zuwachsrate für die normalen Staatsausgaben von durchschnittlich 4½ vH. Auch zur Finanzierung dieses strukturell ausgeglichenen Haushalts werden die Gebietskörperschaften freilich nach wie vor Kredite aufnehmen, allerdings nur noch im Ausmaß der dauerhaften potentialorientierten Kreditaufnahme, die wir für 1978 auf 20 Mrd DM veranschlagen.

Eine Abnahme der Inflationsrate bis auf 2 vH im Jahre 1978, wie sie bei dieser Modellrechnung unterstellt ist, mag allzu optimistisch erscheinen. An dem Konsolidierungsproblem änderte sich jedoch nichts, wäre man hinsichtlich der weiteren Stabilisierung des Preisniveaus weniger ehrgeizig. Denn eine höhere Inflationsrate würde Einnahmen und Ausgaben zugleich berühren, und wir unterstellen, daß der Staat, sollte er Inflationsgewinner sein, diese Steuermehreinnahmen in seiner mittelfristigen Finanzplanung nicht verwertet.

432. Unsere Rechnung soll einen möglichen Weg zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte aufzeigen. Möglicherweise werden die Gebietskörperschaften einen anderen Kurs in der Finanzpolitik steuern. Was sie bisher an Maßnahmen zur Konsolidierung beschlossen oder vorgesehen haben, entspricht zu einem nicht geringen Teil dem von uns dargestellten Weg. Der Bund hat in einem Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur ab 1976 Ausgabenkürzungen vorgesehen, durch die nach amtlichen Schätzungen 1978 allein 11½ Mrd DM eingespart werden sollen. Wie stark die Länder und Gemeinden ihre Haushalte in diesem Zeitraum auszudehnen beabsichtigen, ist noch nicht annähernd genau abzusehen. Auch hier ist jedoch mit einer deutlichen Verminderung der Ausgabenexpansion zu rechnen. Die für 1977 geplanten Steuererhöhungen passen zumindest dem Betrage nach ebenfalls zu unserer Beispielsrechnung. Derzufolge hätten die Gebietskörperschaften allerdings über diese Maßnahmen und Vorhaben hinaus ihre Ausgaben noch etwas stärker zu kürzen, und zwar um schätzungsweise rund 5 Mrd DM. Ausgabenkürzungen dieses Umfangs bis 1978 halten wir für möglich. Unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten sollten sie eher in der zweiten Hälfte des Konsolidierungszeitraums vorgenommen werden. Wichtig ist vor allem, daß den Gebietskörperschaften, die sich erst durch den Eindruck leerer Kassen zu Einsparungen durchringen konnten, dann, wenn ihnen die Steuergelder konjunkturbedingt wieder reichlicher zufließen, nicht der Wille zur Konsolidierung erlahmt. Sie müssen dann auch ihre Haushalte, etwa im Finanzplanungsrat, besser als bisher aufeinander abstimmen, damit sie nicht, auf die Ausgabenzurückhaltung der anderen setzend, ihre eigenen Budgets etwas mehr ausweiten und am Jahresende, wenn zusammengezählt wird, überrascht feststellen müssen, daß sie mehr ausgegeben haben, als sie sich für den öffentlichen Gesamthaushalt vorgegeben hatten.

Zum finanzpolitischen Kurs 1976

433. Im kommenden Jahr muß die Finanzpolitik die gesamtwirtschaftliche Nachfrage weiter stützen und gleichzeitig den Abbau der strukturellen Defizite einleiten, da ein Konsolidierungskonzept nur dann glaubwürdig sein wird, wenn Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben nicht nur für Jahre im voraus angekündigt, sondern auch unmittelbar in Angriff genommen werden. Eine nur mäßige Ausgabensteigerung steht nicht im Widerspruch zu den konjunkturellen Erfordernissen, denn die Staatsausgaben haben 1975 ein Niveau erreicht, von dem aus auch bei einer nur geringen Zunahme bereits umfangreiche konjunkturanregende Impulse ausgehen.

434. Was in den Haushaltsplänen 1976 an expansiven Impulsen angelegt ist, läßt sich beim gegenwärtigen Stand der Haushaltsberatungen nur mit einem hohen Maße an Unsicherheit abschätzen. Bei unserer Prognose sind wir davon ausgegangen, daß die Ausgaben der Gebietskörperschaften (einschließlich der Ausgaben für das Konjunkturprogramm vom August 1975) im nächsten Jahr um 5½ vH auf 390 Mrd DM ansteigen. Zugleich ist nach unserer Schätzung mit einem Steueraufkommen von 260½ Mrd DM (vor Abzug der Investitionszulage) zu rechnen. Die volkswirtschaftliche Steuerquote, die Steuereinnahmen bezogen auf das Bruttosozialprodukt, steigt leicht an. Bei dieser Entwicklung der Steuerquote und einem Wachstum des Produktionspotentials von 2,3 vH sowie einem kurzfristig für unvermeidbar zu haltenden Preisanstieg, gemessen am Preisindex für das Bruttosozialprodukt (4 vH), wäre ein Haushaltsvolumen der Gebietskörperschaften von 359½ Mrd DM konjunkturneutral zu nennen. Die Differenz zwischen den von uns geschätzten Staatsausgaben und dem konjunkturneutralen Haushaltsvolumen — dem Betrag nach 30½ Mrd DM — steht für den konjunkturellen Impuls, der von einer Finanzpolitik, wie sie hier angenommen ist, ausgehen würde (Tabelle 33). Berücksichtigt man, daß 1976 ein Teil der Investitionszulage (3½ Mrd DM) fällig wird, dann erhöht sich der Betrag des konjunkturellen Impulses auf 34 Mrd DM.

435. Der konjunkturelle Impuls wird, verglichen mit den Jahren vor 1975, zwar immer noch sehr groß sein; gegenüber 1975 wird er aber deutlich abnehmen. Auch im kommenden Jahr spiegelt er zum großen Teil die Entlastung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte durch die Steuer- und Kindergeldreform wider; diese Entlastungen werden durch steuerliche Maßnahmen 1976 noch nicht eingeschränkt. Dadurch ist bereits soviel an expansiven Impulsen angelegt, daß der Staat auf der Ausgabenseite die Konsolidierung für alle sichtbar in Angriff nehmen kann.

Tabelle 33

Die Haushalte der Gebietskörperschaften 1976 [1])

	Einheit	1975	1976
Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basisjahr 1966 (3)	Mrd DM	325,8	356,9
Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr 1966 (5)	Mrd DM	254,5	278,7
Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr (6)	Mrd DM	255,0	281,2
nachrichtlich:			
tatsächliche Steuereinnahmen ohne konjunkturpolitische Sondersteuern (6 a)	Mrd DM	238,6	260,5
Einnahmen aus konjunkturpolitischen Sondersteuern (6 b)	Mrd DM	—	− 3,6
Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (7)	Mrd DM	+ 0,5	+ 2,5
Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (8)	Mrd DM	326,3	359,4
Tatsächliche Staatsausgaben (9)	Mrd DM	370,0	390,0
Konjunktureller Impuls (10)	Mrd DM	+43,7	+30,6
nachrichtlich:			
konjunktureller Impuls des Haushalts unter Einrechnung der konjunkturpolitischen Sondersteuern (10 a)	Mrd DM	+43,7	+34,2
Ex post: Abweichungen der realisierten von der konjunkturneutralen Staatsquote (11)	Mrd DM	+34,0	+30,6
Veränderung des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr (12)	Mrd DM	+36,5	−13,1
Zum Vorjahresvergleich			
Steigerungsrate			
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	vH	*+16,2*	*+ 5,4*
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr	vH	*+ 2,5*	*− 2,9*
Bestimmungsfaktoren von (b)			
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1962	vH	*+ 2,7*	*+ 2,3*
(d) „Konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts	vH	*+ 5,0*	*+ 4,0*
(e) Veränderung des Ausgabenspielraumes durch Abweichung der Steuerquote von der des jeweiligen Vorjahres	vH	*− 3,8*	*+ 0,4*
(f) Basiskorrektur: Veränderung des Ausgabenspielraumes durch Abweichung der realisierten Staatsquote von der konjunkturneutralen im jeweiligen Vorjahr	vH	*− 1,4*	*−10,1*
Volkswirtschaftliche Steuerquote (13)	vH	*23,02*	*23,17*
Konjunkturneutrale Staatsquote (14)	vH	*28,65*	*28,80*
Beanspruchte Staatsquote (15)	vH	*32,48*	*31,26*
Realisierte Staatsquote (17)	vH	*31,54*	*31,26*
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Finanzierungssaldos [2])			
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme	Mrd DM	−16,5	−18,1
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. -mindereinnahmen	Mrd DM	−23,2	−20,3
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen	Mrd DM	+ 6,9	—
(d) Änderungen im Deckungsbeitrag der „Sonstigen Einnahmen"	Mrd DM	− 1,4	− 2,4
I. (a) bis (d) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo (= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)	Mrd DM	−34,2	−40,8
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo [3])	Mrd DM	−77,9	−71,4
nachrichtlich:			
tatsächlicher Finanzierungssaldo unter Einrechnung der konjunkturpolitischen Sondersteuern	Mrd DM	−77,9	−75,0
I. ⁄ II. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte (expansiv: +; kontraktiv: −)	Mrd DM	+43,7	+30,6

[1]) Eigene Schätzung. Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Öffa, Europäische Gemeinschaften, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände. — Die in Klammern eingefügten Zahlen weisen auf das Berechnungsverfahren in Tabelle 27 hin.
[2]) Methodische Erläuterungen siehe Tabelle 27.
[3]) Ohne konjunkturpolitische Sondersteuern.

436. Inwieweit der expansive Impuls die gesamtwirtschaftliche Nachfrage beleben wird, hängt wesentlich ab vom Vertrauen, das die Privaten in die Konsolidierung setzen. Eine Ausweitung der Staatsausgaben über die Rate von 5½ vH hinaus erscheint uns daher nicht angezeigt. Eine wesentliche Verringerung des konjunkturellen Impulses ist ebenso wenig geboten, denn sonst würde er als Stütze der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nicht mehr kräftig genug sein.

Die im Laufe des kommenden Jahres zu erwartende Normalisierung der Ausgabeneigung der privaten Haushalte wird die expansiven Impulse der Steuer- und Kindergeldreform deutlicher zu Tage treten lassen als bisher. Die expansiven Impulse, die in den Haushaltsplänen 1976 angelegt sind und die von der Abwicklung des Konjunkturprogramms vom August 1975 verstärkt werden, dürften zusammen mit der Belebung der Auslandsnachfrage und einer größeren Ausgabeneigung der privaten Haushalte auch die Investitionsbereitschaft der Unternehmen kräftigen. Direkte Maßnahmen zur Stärkung der Investitionsbereitschaft, wie sie derzeit im Gespräch sind, halten wir nicht für besonders dringlich (Ziffern 440 ff.). Solange die private Nachfrage noch schwach ist, kann der Staat beim Haushaltsvollzug durch Vorziehen von öffentlichen Ausgaben in die erste Hälfte des Jahres 1976 seine Nachfrage vorübergehend erhöhen.

437. Auch bei der im Vergleich zu 1975 weniger expansiven Finanzpolitik wird das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts mit voraussichtlich 75 Mrd DM nur um 3 Mrd DM geringer ausfallen als in diesem Jahr. Dies braucht nicht zu beunruhigen. Wie wir an anderer Stelle gezeigt haben, ist in dem Rahmen, den die Geldpolitik für die monetäre Expansion vorgeben sollte, Platz für die Kreditwünsche sowohl der Privaten als auch des Staates (Ziffern 408 ff.). Das befreit die Schuldenpolitik der öffentlichen Hand allerdings nicht von der Notwendigkeit, sich den Bedingungen anzupassen, zu denen Kapital angeboten wird.

438. Daß das Defizit 1976 nur wenig geringer als in diesem Jahr sein wird, darf nicht zu dem Fehlschluß verleiten, der Staat komme auf dem Wege zur Konsolidierung seiner Haushalte nicht voran. Konsolidierungsbedürftig ist nur das strukturelle Defizit (Ziffer 424), und dies fällt nach unserer Rechnung für 1976 mit 20½ Mrd DM schon um 13 Mrd DM niedriger aus als 1975. Vom Volumen her gesehen wird damit ein großer Schritt in die richtige Richtung getan; ob auch an den richtigen Stellen gekürzt wird, ist damit nicht gesagt. Zudem ist nicht sicher, ob Ansprüche nur vorübergehend zurückgedrängt werden, die dann später zu einem hohen Nachholbedarf führen. Viel hängt davon ab, wie ernst der Staat die Aufgabe nimmt, seine Ausgaben kritisch zu überprüfen und Rationalisierungsmöglichkeiten zu nutzen (Ziffer 336).

439. Was der Bund an Konsolidierung plant, läßt sich seinem mittelfristigen Finanzplan für 1975 bis 1979 entnehmen. Er hat darin vorgesehen, seine Ausgaben gegenüber den bisherigen Ansätzen nennenswert zu kürzen. Darüber hinaus soll mit einer Reihe von Gesetzesänderungen die Zuanhme der Ausgaben eingedämmt werden. Schließlich ist geplant, zum 1. Januar 1977 die Mehrwertsteuer, die Tabaksteuer und die Branntweinmonopolabgabe zu erhöhen. Ein ansehnlicher Teil der Konsolidierungsaufgabe wäre dann gelöst. Noch ist aber nicht sicher, daß sich diese Steuererhöhungen auch durchsetzen lassen. Scheitern sie, dann werden in den Jahren nach 1976 weitere gravierende Ausgabenkürzungen nötig sein.

Steuerliche Investitionsanreize?

440. Vielfach wird geklagt, die Schwäche der Investitionsneigung sei auch durch eine zu hohe Steuerbelastung bedingt.

Positiv auf die Investitionsneigung der Unternehmen kann sich die für 1977 geplante Reform der Körperschaftsteuer auswirken, die seit langem ansteht. Es ist vorgesehen, die Doppelbelastung der ausgeschütteten Gewinne von Kapitalgesellschaften durch die Einführung eines Anrechnungsverfahrens zu beseitigen. Dadurch wird den Unternehmen die Eigenkapitalbildung erleichtert und zugleich deren Bereitschaft erhöht, Investitionsrisiken zu übernehmen. Können die Investoren darauf vertrauen, daß die Reform zum angekündigten Zeitpunkt in Kraft tritt, so werden sie dies in ihren Entscheidungen antizipieren.

441. Unabhängig davon werden steuerliche Erleichterungen für den Unternehmensbereich gefordert, die die Investitionstätigkeit nachhaltig beleben sollen. Im Gespräch sind Maßnahmen wie die Einführung eines Verlustrücktrags für kleine und mittlere Unternehmen, die Erhöhung der Abschreibungsdegression, die Senkung ertragsunabhängiger Steuern sowie eine steuerliche Begünstigung nicht ausgeschütteter Gewinne. All diese Vorschläge sind als dauerhafte Investitionsanreize gedacht; sie sollen also in Zeiten der Hochkonjunktur nicht wieder rückgängig gemacht werden.

442. Durch den Verlustrücktrag erhält ein Unternehmen, das in den vergangenen Jahren Gewinne gemacht hat und nun — etwa infolge größerer Investitionen, die zunächst hohe Anlaufkosten verursachen, ohne sogleich nennenswerte Erträge zu erbringen — in die Verlustzone gerät, die Sicherheit, daß der Staat, der mit seinen Steuern an den Gewinnen zuvor beteiligt war, sich vorübergehend, oder im Falle des Mißerfolgs der Investition sogar endgültig, auch an den Verlusten beteiligt. Die schon entrichtete Steuer auf den Vergangenheitsgewinn wirkt also wie eine Eigenkapitalreserve, die im Verlustfalle mobilisiert werden kann. Während sich beim Verlustvortrag eine Steuerersparnis nur im Falle eines zukünftigen Erfolges der Investitionen ergibt, bringt der Verlustrücktrag sofort eine Steuerrückzahlung, die der Staat dem risikotragen-

den Unternehmen im Schadensfall dauerhaft beläßt.

Interessant ist der Verlustrücktrag freilich vorwiegend für kleine und mittlere Unternehmen, die nicht über die Möglichkeit verfügen, das Risiko unterschiedlicher Investitionen innerhalb einer Periode unternehmensintern steuerwirksam auszugleichen. Diese könnten sich, wenn sie in einem Konjunkturabschwung vorübergehend in Not geraten, somit besser aus eigener Kraft am Markt behaupten. Wenn ihnen die Möglichkeit des Verlustrücktrags gegeben würde, wäre für sie auch die Versuchung geringer, auf die Übernahmeangebote großer Konzerne einzugehen (die die Verluste der kleineren Unternehmen gegen eigene Gewinne aufrechnen können und so einen Teil des Kaufpreises vom Staat in Form von Steuerersparnissen erhalten.) Die Einführung eines zeitlich begrenzten Verlustrücktrags hätte 1976 auch konjunkturpolitische Gründe für sich.

443. Die Erhöhung der Abschreibungsdegression verbessert, vorausgesetzt daß die Abschreibungen (und alle übrigen Kosten des Unternehmens) auch verdient werden, zunächst einmal die Liquidität des investierenden Unternehmens. Der Betrag, um den die Steuerschuld zunächst vermindert wird, muß später entrichtet werden, möglicherweise viel später, falls das Unternehmen kräftig expandiert. Der endgültige Zins- und Steuervorteil ist in der Regel nicht allzu hoch zu veranschlagen. Dem, der in den roten Zahlen ist, bringt die Abschreibungsdegression nicht viel, er kann den Verlust nur vortragen. Ein Investor, der erhebliche Gewinne erzielt, kann freilich durch zusätzliche Investitionen seine steuerlichen Gewinne drücken. Insofern ähnelt die Abschreibungsdegression dem Verlustrücktrag. Verbindet man sie mit einem Verlustrücktrag, würde dessen Effekt sogar verstärkt, jedoch nur soweit im Zeitraum, für den der Verlustrücktrag gilt, entsprechende Gewinne erzielt wurden.

Diese mögliche Kumulierung der Effekte spricht allerdings eher gegen die gleichzeitige Einführung beider Maßnahmen, weil der Staat dann eventuell doch erheblich an privaten Verlusten beteiligt würde.

Ob eine größere Abschreibungsdegression dauerhaft — und zwar bezogen auf die gesamte Volkswirtschaft — investitionsanregend wirkt, läßt sich nicht eindeutig beantworten. Unsicher ist schon, wie ihre Erhöhung im Zeitpunkt der Einführung wirkt. Die einen mögen zwar zu zusätzlichen Investitionen angeregt werden, die anderen aber vermindern bei bloßer Reinvestition ihren steuerpflichtigen Gewinn und mögen gleichwohl in der Rezession auf zusätzliche Investitionen verzichten, vielleicht schon deshalb, weil sie keine weiteren Gewinne haben, deren Besteuerung sie durch die Abschreibung neuer Anlagegüter vorläufig entgehen können.

444. Eine Senkung ertragsunabhängiger Steuern brächte den Unternehmen zunächst einmal eine Kostenentlastung. Dies könnte die Unternehmer ermutigen, mehr zu investieren. Sie müßten dann allerdings auch davon ausgehen, daß der einmalige Effekt der Steuersenkung ihnen einen permanenten Mehrertrag erbringt. Das jedoch kann nicht selbstverständlich erwartet werden. Wenn der Wettbewerb funktioniert, wird der anfängliche Vorteil zumindest teilweise durch Druck auf die Güterpreise und durch steigende Preise verstärkt nachgefragter Produktionsfaktoren wieder aufgehoben. Auf mittlere Sicht jedenfalls hat das Niveau der ertragsunabhängigen Steuern wenig mit der Höhe der durchschnittlichen Gewinne zu tun. Man mag trotzdem der Ansicht sein, daß die Höhe der Fixkostenbelastung durch die ertragsunabhängigen Steuern den Investitionen abträglich ist. Dann muß man sich jedoch auch darüber im klaren sein, daß unter sonst gleichen Umständen andere Steuern oder Abgaben entsprechend erhöht werden müßten. Konjunkturell gesehen, hätte eine Senkung ertragsunabhängiger Steuern wohl in erster Linie eine psychologische Wirkung, eine objektive Verbesserung der mittelfristigen Ertragsmöglichkeiten brächte sie hingegen kaum.

445. Die mancherorts diskutierte Minderbesteuerung — im Grenzfall Steuerbefreiung — nicht ausgeschütteter Gewinne könnte man konjunkturpolitisch zu nutzen versuchen, wenn sie, wie das etwa in Schweden geschieht, mit einer Regelung verbunden wird, nach der in der Hochkonjunktur einbehaltene Gewinne, sollen sie steuerbegünstigt sein, stillgelegt werden müssen. Diese Mittel würden dann im Konjunkturtief wieder freigegeben und wären nicht nachzuversteuern, wenn sie für bestimmte investive Zwecke eingesetzt würden. Gegen eine solche konjunkturpolitisch gedachte Regelung ist vor allem einzuwenden, daß sie dazu einlädt, die private Investitionstätigkeit nicht nur global, sondern auch durch eine branchen- und regionalpolitisch orientierte Freigabe der Rücklagen stärker in ihrer Struktur zu beeinflussen. Gegen die Regelung spricht außerdem, daß dabei, ebenso wie bei einer allgemeinen Investitionszulage, erhebliche „Mitnahmeeffekte" auftreten, die diese zu einer teuren Maßnahme machen, ohne daß zusätzliche Einnahmen in der Hochkonjunktur, wie beispielsweise bei einer allgemeinen Investitionsteuer, anfallen würden.

446. Die Minderbesteuerung nicht ausgeschütteter Gewinne auch ohne konjunkturpolitische Variante, also als dauerhafter Investitionsanreiz verstanden, hat im wesentlichen den Nachteil, daß sie die Investition nur in dem Unternehmen begünstigt, in dem die Gewinne anfallen. Das muß für die Gesamtwirtschaft nicht immer am günstigsten sein. Gewinne aus einem Unternehmen in einem anderen zu investieren, wird vergleichsweise teuer, weil das Kapital auf der Zwischenstation der Ausschüttung erst besteuert wird und nur der verbleibende Betrag investiert werden kann. Wer spart, indem er Geldkapital bildet oder festverzinsliche Wertpapiere erwirbt, wird diskriminiert. Auch wenn ausgeschütte-

te Erträge erneut investiert werden, unterliegen sie der Besteuerung. Stehen nicht ausgeschüttete Gewinne Anteilseignern mit hohem Einkommen zu, so läuft ihre Minderbesteuerung auf eine Form der Sparförderung hinaus, die mit dem bestehenden System der auf niedrigere Einkommen begrenzten Sparförderung nicht vereinbar ist. Zudem würde die Minderbesteuerung oder Steuerbefreiung des im Unternehmen verbleibenden Gewinns im Widerspruch zu der für 1977 vorgesehenen Reform der Körperschaftsteuer stehen, die gerade die steuerliche Benachteiligung ausgeschütteter Gewinne abschaffen soll. Gegen die Idee, die der Minderbesteuerung nicht ausgeschütteter Gewinne zugrunde liegt, nämlich die Investitionen gegenüber den Verbrauchsausgaben steuerlich zu begünstigen, ist damit allerdings noch nichts gesagt. Wird in einer Volkswirtschaft der Investition gegenüber dem Konsum, etwa wegen eines hochgesteckten Wachstumsziels, Priorität eingeräumt, so mag es sinnvoll sein, das gesamte investiv verwendete Einkommen, nicht aber nur einbehaltene Gewinne steuerlich zu begünstigen. Das freilich steht für die Bundesrepublik derzeit nicht zur Diskussion; es würde zudem einen Umbau unseres Steuersystems notwendig machen.

447. Alle steuerlichen Entlastungen, die die Investitionen fördern sollen, können durch den Anstieg anderer Kosten wieder zunichte gemacht werden. Geht man davon aus, daß Investitionen ganz wesentlich von Gewinnerwartungen abhängen, so werden die Steuerentlastungen nur Erfolg haben, wenn die Unternehmer meinen, sie können den Zuwachs an Gewinn auch in die Zukunft fortschreiben. Inwieweit dies jedoch zutrifft, hängt nicht zuletzt von der Lohnpolitik ab. Gestehen die Arbeitnehmer den Unternehmen den aus der steuerlichen Entlastung resultierenden Gewinn zu und beziehen ihn — selbst wenn sie von kompensierenden Steuerbelastungen mit betroffen wären — nicht in die Masse ein, um deren Verteilung bei den Lohnverhandlungen gerungen wird, so wäre der gewünschte Effekt erreicht. Das kann man aber nicht ohne weiteres unterstellen. Auf der anderen Seite würde die gleiche oder sogar eine größere Wirkung ohne Umschichtung von Steuerlasten erzielt, wenn die Lohnabschlüsse gemäßigt ausfielen, mit anderen Worten, wenn von den Gewerkschaften eine gewisse Korrektur der Verteilungsposition zugunsten der Unternehmen hingenommen würde und die Arbeitnehmer erkennen ließen, daß sie auch auf längere Sicht einer Erholung der Gewinne nicht im Wege stehen werden. Die Wiederherstellung des Vertrauens, daß die Lohnforderungen die Gewinnchancen nicht ungebührlich beeinträchtigen werden, ist — neben einer Finanzpolitik, die die Konsolidierung der öffentlichen Budgets glaubhaft erscheinen läßt — die wichtigste Voraussetzung für eine dauerhafte Erhöhung der Investitionsquote. Steuerliche Entlastungen, insbesondere soweit sie tatsächlich das private Investitionsrisiko mindern, können dabei hilfreich sein. Die Einführung eines Verlustrücktrags für kleine und mittlere Unternehmen wäre eine Entlastung dieser Art.

Arbeitsmarktpolitik

448. Die Rezession lädt eine schwere Last auf die Schultern derer, die ohne eigene Schuld ihren Arbeitsplatz verloren haben. Die Zahl der Arbeitslosen hat eine seit Jahrzehnten nicht mehr gekannte Höhe erreicht. Die Beschäftigungslosigkeit dauert an. Wenn das kommende Jahr die Entwicklung bringt, die wir für die wahrscheinlichste halten, wird die Anzahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt noch immer eine Million betragen, auch wenn sie im Jahresverlauf abnehmen und am Ende des Jahres 1976 deutlich niedriger als Ende 1975 sein wird.

Die Wirtschaftspolitik kann daran wenig ändern. Selbst wenn sie volle Bewegungsfreiheit zur Ankurbelung der Konjunktur hätte, bliebe sie doch machtlos gegen die Langsamkeit des Erholungsprozesses. In den ersten Monaten des Aufschwungs werden zusätzliche Arbeitskräfte in größerer Zahl noch nicht gebraucht, weil selbst die in den Unternehmen verbliebenen Arbeitskräfte nicht ausgelastet sind.

449. Die Mehrzahl derer, die im Laufe des Jahres arbeitslos geworden sind, hat bisher zwar schon bald nach der Entlassung einen neuen Arbeitsplatz gefunden. Immerhin mußte im Mai 1975 ein Drittel länger als sechs Monate warten, und fast ein Zehntel war länger als zwölf Monate arbeitslos. Man muß damit rechnen, daß die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit noch steigen wird. Auch wenn 1976 nur jeder Zehnte länger als zwölf Monate arbeitslos ist, so heißt das, daß 100 000 Arbeitsfähige den Anspruch auf Arbeitslosengeld verloren haben, zumeist also auf Arbeitslosenhilfe angewiesen sind und eine weitere Einschränkung ihrer Lebensumstände hinnehmen müssen. Falls die konjunkturelle Entwicklung wesentlich ungünstiger verläuft, als wir in unserer Prognose angenommen haben, wird dieser Anteil vermutlich rasch zunehmen. Kommt es dazu, so sollte vielleicht erwogen werden, ob Empfängern von Arbeitslosenhilfe nicht ein Zuschuß gezahlt werden kann, der die Differenz zum Arbeitslosengeld ausgleicht.

450. Was Nichtbetroffene am wenigsten ermessen können, sind die immateriellen Folgen des Arbeitsplatzverlustes. Im Einzelfall mögen sie schwerer oder leichter wiegen; die Verbitterung, die die Erwerbslosigkeit beim einzelnen hervorrufen kann, darf im Hinblick auf ihre persönlichen wie auch gesellschaftlichen und politischen Wirkungen nicht leicht genommen werden. Letzten Endes kann nur die Rückkehr zur Vollbeschäftigung hier Abhilfe schaffen. Sie wird noch geraume Zeit auf sich warten lassen. Hier können die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung helfen, die das Arbeitsförderungsgesetz vorsieht. Danach werden Gemeinden für die Schaffung von Arbeitsplätzen hohe Zuschüsse gewährt. Die Bundesanstalt für Arbeit hat hierfür (zusätzlich zu den bereits laufenden Programmen) 600 Millionen DM aus den Mitteln des Konjunkturprogramms vom August dieses Jahres erhalten. Zu er-

wägen wäre, ob die Möglichkeit, Beziehern des Arbeitslosengeldes und vor allem der Arbeitslosenhilfe auf diese Weise Beschäftigung anzubieten, nicht vermehrt genutzt und weiter ausgebaut werden kann.

451. Über das Problem der Jugendarbeitslosigkeit hat sich die Öffentlichkeit schnell beruhigt. Man muß fragen, ob die politische Dimension dieses Problems richtig gesehen wird. Einem Jugendlichen mag Arbeitslosigkeit, wenn sie denn sein muß, nicht weniger, vielleicht sogar eher zuzumuten sein als einem Familienvater. Aber es geht nicht nur um Zumutbarkeit. Es geht auch darum, daß die jungen Menschen erst anfangen wollen oder gerade angefangen haben, über die Erfahrung des Berufslebens Verständnis für die Gesetze der Erwachsenengesellschaft zu finden, daß sie noch dabei sind, ihre eigene Haltung zur politischen und wirtschaftlichen Struktur des Landes zu suchen, daß sie in ihren Erfahrungen und Einstellungen viel weniger gefestigt, Enttäuschungen viel hilfloser ausgesetzt sind als Erwachsene. Arbeitslosigkeit am Beginn ihres Berufslebens kann ihren späteren Lebensweg entscheidend bestimmen.

Die Probleme der Jugendarbeitslosigkeit sind in anderen Ländern Europas nicht geringer als in der Bundesrepublik. Nach Unterlagen der Europäischen Gemeinschaft sind in Europa etwa anderthalb Millionen Jugendliche arbeitslos, ein Viertel von ihnen ein halbes Jahr oder länger. Es sollte möglich sein, darin nicht nur eine Ausweitung des Problems über die nationalen Grenzen hinaus zu sehen, sondern auch einen Ansatzpunkt zur Überbrückung der Zeit, die für viele Jugendliche noch verstreichen wird, bis sie einen Arbeitsplatz finden. Eine Fülle von Möglichkeiten ist denkbar, um junge Menschen zu gemeinsamen Arbeiten an europäischen Projekten zusammenzuführen.

Einkommenspolitik

452. An anderer Stelle haben wir darauf hingewiesen, daß nach unserem Eindruck die Tarifvertragsparteien zu einem für sie selbst und für die Volkswirtschaft tragbaren Kompromiß bereit sind. Schon 1975 wollten Gewerkschaften und Arbeitgeber den Irrtum über das Überwälzbare, dem sie im Jahr zuvor erlegen waren, nicht wiederholen. Die Tarifparteien haben sich abermals geirrt, doch diesmal über das Verteilbare. Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit sind etwas stärker gestiegen als diejenigen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Die beabsichtigte Korrektur der Verteilung steht also noch aus.

Wie weit die Korrektur gehen muß, kann nicht einfach aus einer gesamtwirtschaftlichen Analyse abgeleitet werden. Dies muß vielmehr von den Tarifvertragsparteien herausgefunden werden.

453. Auch wenn die Auslandsnachfrage auf ihren alten Trend vor dem Exportboom 1973/74 wieder zurückkehren sollte, ist bis zur Vollbeschäftigung noch ein weiter Weg. Ziel der Kontrahenten muß es sein, auf diesem Wege so rasch wie möglich voran zu kommen. Da dies ebenso unstreitig sein dürfte wie die Notwendigkeit einer Korrektur in der Einkommensverteilung, bleibt zu fragen,

— ob es der Annäherung an das Beschäftigungsziel dienlicher ist, die Korrektur auf einmal vorzunehmen oder sie zeitlich zu strecken, und

— wie die Bereitschaft zur Korrektur gegen neue Irrtümer abgeschirmt werden kann.

454. Für zeitliche Streckung könnte sprechen, daß die Korrektur für die Arbeitnehmer weniger spürbar ist, wenn sie auf mehrere Etappen verteilt wird. Andererseits bleibt es dann möglicherweise für die Unternehmer zu unsicher, ob der Korrekturbedarf noch ein Argument in Tarifverhandlungen ist, sobald der konjunkturelle Aufschwung Kraft gewonnen hat. Die mittelfristigen Erwartungen der Unternehmer, auf die es jetzt zuallererst ankommt, würden wohl eher verbessert, wenn gleich ein größerer Schritt getan wird.

455. Löhne bedeuten nicht nur Kosten für die Unternehmen, sondern auch Kaufkraft für deren Produkte. In diesem Jahr wurde der Anstieg der verfügbaren Einkommen durch die Steuer- und Kindergeldreform begünstigt. Das wird weiter wirken (Ziffer 435). Auch die vom Staat übertragenen Einkommen werden nochmals kräftig steigen, wenn auch weniger als in diesem Jahr. Trotzdem könnte man meinen, eine größere Korrektur der Verteilung würde 1976 dem privaten Verbrauch zu wenig Expansionsspielraum lassen und damit dem Konjunkturaufschwung abträglich sein. Das dürfte nicht zutreffen. Der private Verbrauch muß aus marktgerechten Löhnen kommen, sonst verliert man bei den Investitionen mehr, als man kurzfristig an Einkommen bei der Produktion von Konsumgütern gewinnt. Zudem ist nicht ausgemacht, daß der private Verbrauch bei größeren Lohnsteigerungen für diejenigen, die ihren Arbeitsplatz behalten haben, ebenso steigen würde wie dadurch, daß diese eine geringere Einkommenserhöhung hinnehmen, die Ertragsaussichten der Unternehmen damit verbessern und so dazu beitragen, daß wieder mehr investiert wird und wieder mehr Arbeitskräfte beschäftigt werden und die Summe des verfügbaren Einkommens größer ist als sonst. Selbst wenn das verfügbare Einkommen in beiden Fällen das gleiche wäre, so wäre doch im zweiten Fall damit zu rechnen, daß wegen der größeren Sicherheit der Arbeitsplätze die Verbraucher mehr ausgeben als im ersten. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß bei schwächerer Kostensteigerung auch der Preisauftrieb geringer ausfallen kann, so daß mit einer gegebenen Ausgabensumme mehr Güter nachgefragt werden. Freilich gilt aus solchen Gründen nun nicht ohne weiteres durchgehend, daß eine Lohnsteigerungsrate um so besser ist, je niedriger sie ist. Es mag eine optimale Rate geben, bei deren Unterschreiten der günstige Einfluß auf die Investitionen abnimmt, weil die Gewinne, obwohl sie je Produkteinheit steigen, im ganzen doch wieder aus

Mangel an kaufbereiter Nachfrage sinken und dies dann auch auf die Gewinnerwartungen durchschlägt. Daß es 1976 dahin kommt, halten wir allerdings für nicht wahrscheinlich.

456. Für die Bereitschaft, eine größere Korrektur gleich im Jahre 1976 zuzulassen, spricht auch die Unsicherheit über den konjunkturellen Aufschwung. Denn bei gegebenen Lohnsteigerungen muß sich die Korrektur ja dadurch vollziehen, daß der Produktivitätszuwachs in den Unternehmen größer ausfällt als der Anstieg der Reallöhne. Wenn es schlechter kommt als in der Prognose angenommen, dann wird die Produktivität weniger zunehmen, denn der prognostizierte Produktivitätsanstieg stammt zu einem guten Teil aus der höheren Kapazitätsauslastung. Kommt es dagegen besser, dann würde sich auf diese Weise schon ein um so größerer Teil der notwendigen Korrektur erledigen. Außerdem dürfte es dem sozialen Frieden zuträglicher sein, erledigte man recht viel der Korrektur, solange deren Notwendigkeit unumstritten ist, statt sich auf eine Entwicklung einzustellen, bei der die Arbeitseinkommen über mehrere Jahre beträchtlich langsamer steigen müßten als die Gewinneinkommen.

457. Außer dem einfachsten Weg, nämlich zu den gegebenen Fälligkeitsterminen Tarifverträge mit niedrigen Lohnsteigerungsraten abzuschließen, wird auch die Möglichkeit erörtert, die laufenden Tarifverträge nicht zum frühesten Termin durch neue zu ersetzen, sondern einige Monate zuzuwarten. Wenn sich die konjunkturellen Auftriebstendenzen gefestigt haben, werden dann aber vermutlich Verträge mit entsprechend höheren Zuwachsraten abgeschlossen. Das kann aufs Jahr gerechnet auf die gleiche Lohnsumme hinauslaufen. Die Basis für die übernächste Lohnrunde ist dann aber größer als im Falle eines mäßigen Abschlusses, der mit Ablauf des alten Tarifvertrages oder schon bald danach beginnt. Auch wäre für die Gewöhnung an niedrigere Steigerungsraten, die hier wie anderswo unumgänglich ist, soll die Inflationsrate weiter abnehmen, weniger getan.

Nicht viel spricht auch für die Vereinbarung kürzerer Laufzeiten von Tarifverträgen. Es kann in diesem Falle ja nur darum gehen, für einen Teil der üblichen einjährigen Laufzeit einen vergleichsweise geringen Lohnzuschlag zu vereinbaren, der dann, wenn mehr Sicherheit über den Aufschwung herrscht, in einem neuen Tarifvertrag aufgestockt werden soll. Damit wird zwar der konjunkturellen Unsicherheit Rechnung getragen, zugleich aber die Möglichkeit beschränkt, daß sich während der Laufzeit der Verträge die allseits gewollte Normalisierung der Unternehmenserträge vollziehen kann.

458. Auf der anderen Seite steht den Gewerkschaften die Erfahrung des Jahres 1968 vor Augen. So wenig sie derzeit gegen eine Erholung der Unternehmenserträge einwenden, so sehr fürchten sie doch eine Entwicklung wie damals, die ihnen von den Arbeitnehmern im nachhinein als Folge unzureichender Wahrung ihrer Interessen vorgehalten wird. Das kann auch den Unternehmern nicht gleichgültig sein. Für einen solchen Fall Vorkehrungen treffen zu wollen, ist also im Prinzip verständlich. Von daher mögen verzögerte Tarifabschlüsse und verkürzte Laufzeiten in einem günstigeren Licht stehen, allerdings müßte dann in Kauf genommen werden, daß sich der Korrekturbedarf hinsichtlich der Einkommensverteilung weniger schnell erledigte. Das gleiche würde für Nachverhandlungsklauseln gelten, durch die die effektive Laufzeit eines Tarifsvertrages unter einen Vorbehalt gestellt wird. Wir glauben nicht, daß die tatsächliche Gewinnentwicklung 1976 die notwendige Korrektur überziehen wird. Die Risiken hinsichtlich des sozialen Friedens vermögen wir jedoch weniger gut abzuschätzen. Wenn es den Beteiligten irgend möglich erscheint, sollten sie aber dahin kommen, für die Tarifverträge eine normale Laufzeit festzulegen (Ziffer 457).

459. Die Tarifvertragsparteien werden — zu den unterschiedlichen Zeitpunkten ihrer Verhandlungen — das Risiko selbst abzuschätzen haben, das in der unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung liegt. Ein Abschlag, der die allmähliche Rückkehr zu einem hohen Beschäftigungsstand wahrscheinlich macht, dürfte nirgends zu vermeiden sein. Er mag von Branche zu Branche verschieden ausfallen. Auch der öffentliche Dienst kann, obwohl es für ihn keine Beschäftigungsrisiken gibt, davon nicht ausgenommen werden; denn auch seine Zurückhaltung würde dem Abbau der Arbeitslosigkeit förderlich sein, weil er Platz schaffte für Ausgaben des Staates, die konjunkturell wirksamer sind als eine zusätzliche Anhebung der Einkommen.

460. Welchen Weg man auch immer beschreitet, es wird bei den Lohnverhandlungen auf Ergebnisse ankommen, die auch in die Zukunft ausstrahlen, die also Vertrauen schaffen, daß neue Investitionen wieder lohnend erscheinen, daß der Lohnkostendruck bald gemildert wird und sich auch später in Grenzen hält. Wie wichtig dieser mittelfristige Aspekt ist, darf nicht schon morgen wieder aus dem Auge verloren werden, wenn es aufwärts geht.

Agrarpreise

461. Im Durchschnitt der letzten Jahre hat die Entwicklung der Einkommen in der deutschen Landwirtschaft mit denen in der übrigen Wirtschaft Schritt gehalten. Für das Wirtschaftsjahr 1975/76 zeichnet sich wieder eine Zunahme der landwirtschaftlichen Einkommen ab, die zumindest nicht hinter der durchschnittlichen Einkommenssteigerung in der übrigen Wirtschaft zurückbleiben dürfte, auch wenn der Teil des Aufwertungsausgleichs, den die Landwirte bisher über die Mehrwertsteuer erhielten, von Anfang 1976 an allmählich abgebaut wird. Insofern besteht also wenig Anlaß, einem allfälligen Drängen der Landwirtschaft auf höhere

Einkommen durch preispolitische Maßnahmen nachzugeben.

Da aber die wichtigsten preispolitischen Beschlüsse, die die Einkommen der Landwirte betreffen, von der Europäischen Gemeinschaft getroffen werden, ist anzunehmen, daß es wegen der teilweise wesentlich höheren Inflationsraten in anderen Gemeinschaftsländern zu einer nicht unerheblichen Erhöhung bei vielen Marktordnungspreisen kommen wird. Widerstand hiergegen dient dem binnenwirtschaftlichen Stabilisierungsprozeß, dient dem Stabilisierungsprozeß in der Gemeinschaft, dient dem Abbau struktureller Überschüsse bei wichtigen Agrarprodukten — kommt jedoch in Konflikt mit den Bedürfnissen der Partnerländer, die noch immer hohe Inflationsraten haben. Mag auch eine Anhebung einzelner Marktordnungspreise unumgänglich sein; die daraus für die Bundesrepublik resultierenden inflatorischen Anstöße können jedenfalls abgefangen werden, indem der Grenzausgleich, der in der Vergangenheit die Wirkung von Wechselkursänderungen für die Landwirtschaft neutralisiert hat, inzwischen aber nicht mehr erforderlich ist, weiter abgebaut wird.

Geht man beim Abbau des Grenzausgleichs stetig voran, so wird die deutsche Landwirtschaft nicht überfordert, zumal wenn die Marktordnungspreise in der Europäischen Gemeinschaft stärker angehoben werden, als es für die deutschen Landwirte, die in einer Volkswirtschaft mit vergleichsweise niedriger Inflationsrate leben, erforderlich ist. Es wäre also in der Bundesrepublik ein geringerer Anstieg der Agrarpreise als in einigen Partnerländern der Gemeinschaft hinzunehmen, was bei dauerhaft niedrigerer Inflationsrate auch gar nicht anders sein kann.

III. Varianten

462. Mit einer Strategie, bei der die monetäre Politik Spielraum für mehr Produktion und Beschäftigung gibt und die Finanzpolitik die Nachfrage stützt, zugleich aber glaubhaft macht, daß die Ansprüche des Staates und der sozialen Gruppen künftig bei besserer Kapazitätsauslastung einander nicht im Wege stehen, schafft die Wirtschaftspolitik zwar die Voraussetzungen für einen möglicherweise kräftigen und noch stabilitätskonformen Aufschwung, sie kann ihn jedoch nicht gewährleisten. Sie muß ihre Entscheidungen vielmehr bei Ungewißheit über den Erfolg treffen. Wahrscheinlich ist, und die Wirtschaftspolitik sollte aus heutiger Sicht darauf setzen, daß sich die Aufwärtsentwicklung, die sich in den letzten verfügbaren Informationen ankündigt, im Jahre 1976 zu einem Aufschwung verstärkt, bei dem die Beschäftigung zwar noch niedrig bleibt aber zunimmt und der Preisauftrieb zwar noch hoch bleibt aber abnimmt. Gleichwohl muß die Wirtschaftspolitik auch vorbereitet sein, wenn es anders kommt, als wir in unserer Prognose angenommen haben, wonach das reale Sozialprodukt um 4½ vH höher sein wird als 1975. Wegen der großen Risiken, die insbesondere bei der Vorausschätzung der Auslandsnachfrage und der Investitionen bestehen, sollten Abweichungen von dem, was gegenwärtig unsere beste Setzung ist, nicht unerwartet kommen.

463. Es könnte sein,

— daß die Belebung der Weltkonjunktur auf sich warten läßt oder daß sie vorzeitig an Kraft verliert, weil die Stabilisierung des Kostenniveaus in den Partnerländern nicht gelingt und die Investitionsnachfrage deshalb nicht nachzieht oder weil die Wirtschaftspolitik mit Rücksicht auf den Geldwert wieder auf Restriktionskurs schaltet,

— daß im Inland die Investitionsneigung noch ganz von Skepsis beherrscht bleibt.

Für diesen Fall muß sich die Wirtschaftspolitik fragen, inwieweit sie dem Aufschwung voranhelfen soll.

Es könnte aber auch sein,

— daß sich die Auftriebskräfte in allen Ländern frühzeitig durchsetzen und sich wechselseitig rasch verstärken,

— daß die Investoren dadurch, aber auch aus anderen Gründen, schneller, als jetzt erwartet wird, wieder Vertrauen in ihre künftigen Absatz- und Ertragschancen fassen.

Für diesen Fall muß sich die Wirtschaftspolitik fragen, inwieweit sie den Aufschwung zügeln soll, damit er sich später nicht zu einem Boom übersteigert.

464. Sollte in den nächsten Monaten ein anderer Konjunkturverlauf wahrscheinlicher werden, als der, den wir in unserer Prognose zugrunde gelegt haben, so besteht im Interesse der Stetigkeit der Wirtschaftspolitik nicht in jedem Fall auch Anlaß für einen Kurswechsel. Zusätzlicher Maßnahmen bedarf es erst, wenn sich die Aussichten für die Beschäftigung oder für den Geldwert verschlechtern. Um eine Vorstellung davon zu bekommen, ob dies im Jahre 1976 der Fall sein könnte, haben wir unsere Prognose um zwei Varianten ergänzt, die im Bereich dessen bleiben, was noch als wahrscheinlich gelten kann (Tabelle 34).

465. Bei der unteren Variante gehen wir zwar nach wie vor davon aus, daß in den Industrieländern, im ganzen gesehen, Nachfrage und Produktion steigen, doch nehmen wir hier an, daß der Anstieg schwächer ist, als wir bei der Prognose angesetzt haben. Die Auslandsnachfrage wird sich dann nicht mehr im Ausmaß der letzten Monate beleben; die Ausfuhr wird zwar zunehmen, sich aber nicht beschleunigen (Schaubild 38). Daß wir dennoch auch bei dieser Variante die stärksten Impulse bei der Ausfuhr erwarten, liegt nicht zuletzt daran, daß die Unternehmen jede Absatzchance im Ausland nutzen werden, solange die Kapazitäten schlecht ausgelastet sind, und daß sie im übrigen auch weiterhin von der Nachfrage aus den Ölförderländern profitieren.

Tabelle 34

Zur wirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1976

Prognose und Varianten

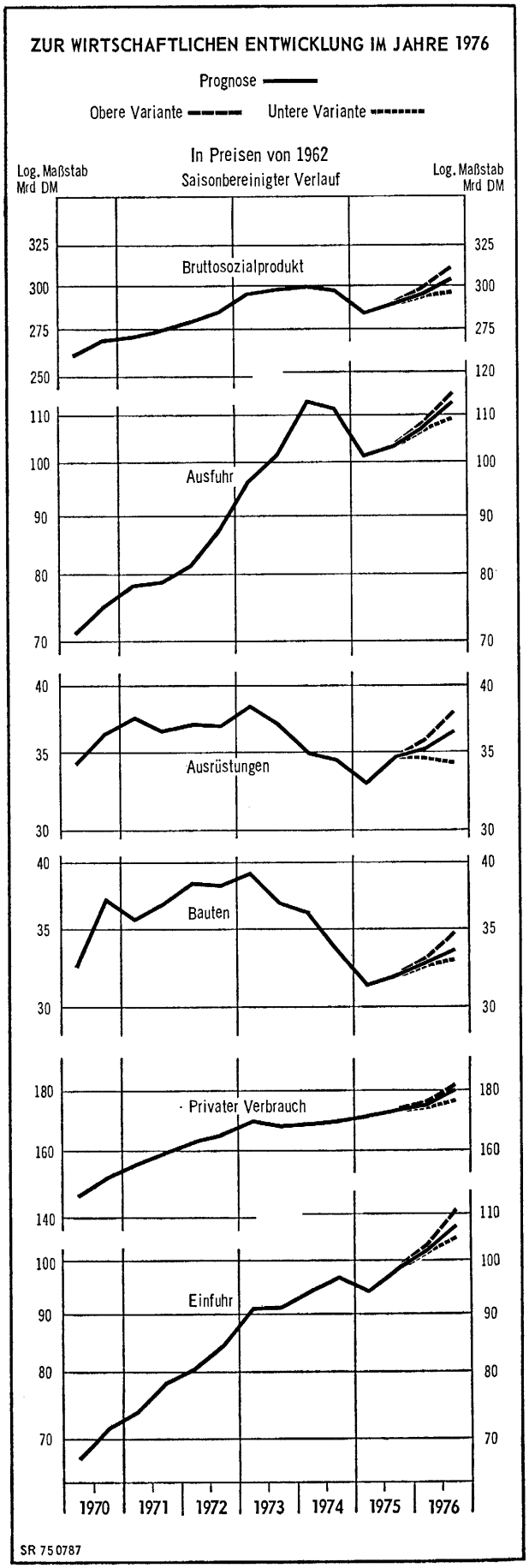
Veränderung gegenüber 1975 in vH

	Obere Variante			Prognose			Untere Variante		
	1. Hj.	2. Hj.	Jahr	1. Hj.	2. Hj.	Jahr	1. Hj.	2. Hj.	Jahr
Entstehung des Sozialprodukts									
Arbeitsvolumen [1]	− ½	+ 2½	+ 1	− 1	+ 1	+ 0	− 1	− ½	− ½
Produktivität	+ 5½	+ 5	+ 5	+ 4½	+ 4	+ 4	+ 4	+ 3	+ 3½
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	+ 4½	+ 7½	+ 6	+ 3½	+ 5	+ 4½	+ 3	+ 2½	+ 3
Verwendung des Sozialprodukts									
In Preisen von 1962:									
Ausfuhr	+ 7	+11	+ 9	+ 6	+ 9	+ 7½	+ 5½	+ 6	+ 6
Bruttoanlageinvestitionen	+ 7	+ 9½	+ 8½	+ 5½	+ 5½	+ 5½	+ 4½	+ 1½	+ 3
Ausrüstungen	+ 9½	+ 9½	+ 9½	+ 7	+ 5	+ 6	+ 5½	− 1½	+ 2
Bauten	+ 4	+10	+ 7½	+ 3½	+ 6	+ 4½	+ 3	+ 4	+ 3½
Privater Verbrauch	+ 2½	+ 5	+ 4	+ 2	+ 4	+ 3	+ 1½	+ 2	+ 2
Staatsverbrauch	+ 1½	+ 1½	+ 1½	+ 1½	+ 1½	+ 1½	+ 1½	+ 1½	+ 1½
Einfuhr	+ 9½	+12	+11	+ 9	+ 9	+ 9	+ 8½	+ 6	+ 7
Bruttosozialprodukt	+ 4½	+ 7½	+ 6	+ 3½	+ 5	+ 4½	+ 3	+ 2½	+ 3
Verteilung des Volkseinkommens									
Bruttoeinkommen									
aus unselbständiger Arbeit	+ 6½	+ 9½	+ 8	+ 6	+ 8	+ 7	+ 5½	+ 6½	+ 6
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+16½	+19	+17½	+12½	+14	+13½	+11½	+ 7½	+ 9½
Volkseinkommen	+ 9	+12½	+11	+ 8	+ 9½	+ 9	+ 7½	+ 7	+ 7
Nettoeinkommen [2]									
aus unselbständiger Arbeit	+ 3	+ 6½	+ 4½	+ 2½	+ 4½	+ 3½	+ 2½	+ 3	+ 3
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+19	+19½	+19½	+14½	+14	+14½	+14	+ 7	+10½

[1] Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.
[2] Einschließlich der Erhöhung des Kindergeldes.

Für die Investitionsneigung haben wir bei dieser Variante unterstellt, daß sie sich aufgrund von ungünstigen Ertragserwartungen im Verlauf des Jahres 1976 kaum belebt. Zwar wird im ersten Halbjahr 1976 ein Schub von Investitionsgütern ausgeliefert, die die Unternehmen wegen der Investitionszulage bestellt haben; danach müssen die Investitionsgüterhersteller ihre Produktion aber wieder drosseln. Viele Konsumenten, die auf eine nachhaltige Besserung der Konjunkturlage warten, werden dann ebenfalls zurückhaltend bleiben. Bei dieser Nachfrageentwicklung wird das reale Sozialprodukt nur um 3 vH zunehmen; das ist nur wenig mehr als das Produktionspotential wächst. Die Unternehmen können die Produktion dann steigern, ohne mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen. Die Anzahl der Arbeitslosen wird, von Saisoneinflüssen abgesehen, nur abnehmen, weil Arbeitslose die Suche nach einem Arbeitsplatz aufgeben oder weil arbeitslose Ausländer abwandern.

Schaubild 38



466. Gerät die Belebung der Nachfrage gemäß der unteren Variante im Verlauf des Jahres 1976 ins Stocken, so darf die monetäre Politik nicht den für eine größere Ausgabenexpansion gedachten Finanzierungsspielraum kürzen, wenn sie die Selbstheilungskräfte nicht behindern will. Aufgabe der Finanzpolitik wäre es, vermehrt stützend einzugreifen, wenn sie dabei auch zu berücksichtigen hat, daß sich die Wirtschaft nicht mehr in der Rezession befindet, sondern in einem Aufschwung, freilich in einem schwachen. Expansion und Konsolidierung zugleich wären dann am ehesten zu erreichen, wenn der Staat Ausgaben, die er für später plant, zeitlich vorzöge und damit Spielraum gewänne, kurzfristig mehr für die Beschäftigung zu tun und später dann um so mehr für die Konsolidierung. Sollen zusätzliche Ausgaben nicht aus Mangel an vergabereifen Projekten scheitern, müssen die Gebietskörperschaften ihre mittelfristigen Investitionspläne möglichst bald mit Nachdruck aktualisieren und die Projekte soweit vorbereiten, daß sie gegebenenfalls kurzfristig in Auftrag gegeben werden können. Für Bund und Länder ist dies im Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft bereits vorgesehen. Es sollte aber auch für die Gemeinden, zumindest für die großen, verbindlich gemacht werden.

Erfordert die konjunkturelle Lage ein Vorziehen von zusätzlichen Ausgaben, so darf es nicht daran scheitern, daß die Gebietskörperschaften aus finanzwirtschaftlichen Gründen vor einer zusätzlichen Kreditaufnahme zurückschrecken. Dies wäre vor allem bei den Gemeinden zu befürchten, den wichtigsten öffentlichen Investoren. Bund und Länder sollten dann mit Zuschüssen aushelfen. Daß dabei die Verteilung der staatlichen Einnahmen beiläufig zugunsten der Gemeinden geändert wird, können Bund und Länder in Kauf nehmen, zumal sie durch mehr Beschäftigung Arbeitslosengeld einsparen, und ihnen durch höhere Umsätze und Einkommen mehr Steuern zufließen.

467. Für die obere Variante haben wir angenommen, daß bei einem raschen Konjunkturgleichschritt der Industrieländer schon frühzeitig neben Vorprodukten und Konsumgütern auch wieder mehr Investitionsgüter vom Ausland nachgefragt werden. Die Ausfuhr wird dann noch kräftiger und nachhaltiger steigen, als in unserer Prognose angenommen, ohne daß sie indessen schon das Niveau des Jahres 1974 erreicht. Die inländischen Investoren werden dann ebenfalls ihre Absatzmöglichkeiten in günstigerem Licht sehen. Kommt hinzu, daß sie die Chancen, die ihnen die Lohnabschlüsse für die Verbesserung ihrer Erträge einräumen, als dauerhaft werten, so sind die wichtigsten Faktoren für ihre Skepsis beseitigt. Die Unternehmen werden dann nicht nur vertagte Investitionen nachholen und ohnehin geplante Projekte vorziehen, sondern auch zusätzliche Investitionsvorhaben in Angriff nehmen. Um für einen nachhaltigen Aufschwung gerüstet zu sein, werden sie sich vorsorglich mit Rohstoffen und Vorprodukten eindecken und zudem mehr auf Lager produzieren. Sobald die Belebung der Produktion die Einkommenserwartun-

gen wieder steigen läßt, etwa weil Kurzarbeit abgebaut wird, dürfte die Ausgabeneignung der Konsumenten deutlich zunehmen und die Auftriebskräfte spürbar verstärken. Da es vorerst kaum zu Angebotsengpässen kommen wird, kann die Produktion zügig an die Nachfrage angepaßt werden. Das reale Sozialprodukt könnte bei dieser Variante im Jahre 1976 um bis zu 6 vH höher als 1975 sein. Die Unternehmen benötigen für die zusätzliche Produktion allerdings auch in diesem Fall nicht entsprechend mehr Arbeitskräfte, weil sie bei zunehmender Kapazitätsauslastung die Produktion je Beschäftigten steigern können. Die Arbeitslosigkeit wird daher auch bei dieser Variante noch hoch bleiben. Im Vergleich zu unserer Prognose wird sich jedoch die Anzahl der Arbeitslosen nach Erreichen des saisonalen Höhepunkts im Winter von Monat zu Monat deutlich verringern.

468. Daß die Stärke eines solchen Aufschwungs die Stabilisierungserfolge schon bald wieder zunichte machen würde, halten wir nicht für wahrscheinlich. Von der Kostenseite werden die Stabilisierungschancen eher gefördert, da infolge des größeren Produktivitätszuwachses die Stückkosten langsamer steigen. Solange die Unterauslastung hoch bleibt und keine Lieferengpässe auftreten, verhindert überdies der Wettbewerb zwischen den Unternehmen, daß die Preiserhöhungsspielräume mit der Nachfrage zunehmen. Auch bei der oberen Variante bleibt die Auslastung des Produktionspotentials noch niedriger, als sie es im Jahre 1967 war. Besorgnisse könnten sich daraus ergeben, daß hinter einem Zuwachs des Sozialprodukts um 6 vH im Jahresdurchschnitt eine hohe Beschleunigung im Verlauf des Jahres steht, da die Zuwachsraten zu Jahresbeginn noch niedrig sind. Dies ist jedoch für den Beginn eines Aufschwungs nach einer tiefen Rezession nicht überraschend, denn die normale Belebung der Nachfrage wird zunächst dadurch verstärkt, daß Ausgaben, die in der Rezession aufgeschoben wurden, nun nachgeholt werden. Diese Einflußfaktoren verlieren im weiteren Verlauf des Aufschwungs an Gewicht.

469. Setzt die Wirtschaftspolitik auf das, was gegenwärtig am wahrscheinlichsten ist und sorgt sie im übrigen für einen Vorrat an vergabereifen Projekten, so halten wir weitere Maßnahmen nicht für erforderlich. Denn stellt sie sich von vornherein auf die obere Variante ein, und macht sie aus Sorge, der Aufschwung könne sich übersteigern, den Finanzierungsspielraum enger, so geht sie das Risiko ein, daß es zu einem Aufschwung erst gar nicht kommt. Richtet sie sich von vornherein auf die untere Variante ein und beschließt sofort zusätzliche Konjunkturprogramme, die dann Mitte nächsten Jahres wirksam werden, so läuft sie Gefahr, daß sich der Aufschwung, wenn er kräftig kommt, übersteigert. In beiden Fällen könnte die mangelnde Stetigkeit der Wirtschaftspolitik die Stabilisierung der mittelfristigen Erwartungen behindern. Stabilisierung der Erwartungen — darauf kommt es vor allem an.

Anhang

Seite

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 183

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 185

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 186

IV. Sondergutachten vom 17. August 1975: Zur konjunkturpolitischen Lage im August 1975 187

V. Methodische Erläuterungen 202

VI. Statistischer Anhang 207

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzblatt I S. 582) — § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

II.

Auszug aus Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1967, Teil I S. 582

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft

Vom 8. Juni 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

§ 2

(1) Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält:

1. die Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633);
2. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion); die Jahresprojektion bedient sich der Mittel und der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, gegebenenfalls mit Alternativrechnungen;
3. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(2) Maßnahmen nach § 6 Abs. 2 und 3 und nach den §§ 15 und 19 dieses Gesetzes sowie nach § 51 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und nach § 19 c des Körperschaftsteuergesetzes dürfen nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat begründet, daß diese Maßnahmen erforderlich sind, um eine Gefährdung der Ziele des § 1 zu verhindern.

§ 3

(1) Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.

§ 4

. . .

III.

Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates

Als Veröffentlichungen des Sachverständigenrates sind bisher erschienen:

Jahresgutachten 1964/65: „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum" (am 11. Januar 1965).

Jahresgutachten 1965/66: „Stabilisierung ohne Stagnation" (am 13. Dezember 1965).

Jahresgutachten 1966/67: „Expansion und Stabilität" (am 30. November 1966).

Jahresgutachten 1967/68: „Stabilität im Wachstum" (am 6. Dezember 1967); darin enthalten: Sondergutachten vom März 1967: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967".

Jahresgutachten 1968/69: „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung (am 4. Dezember 1968).

Jahresgutachten 1969/70: „Im Sog des Booms" (am 3. Dezember 1969); darin enthalten: Sondergutachten vom 30. Juni 1969 und 3. Juli 1968: „Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht"; Sondergutachten vom 25. September 1969: „Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969"; Sondergutachten vom 4. Oktober 1969: „Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969".

Jahresgutachten 1970/71: „Konjunktur im Umbruch — Risiken und Chancen —" (am 3. Dezember 1970); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Mai 1970: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970".

Jahresgutachten 1971/72: „Währung, Geldwert, Wettbewerb — Entscheidungen für morgen —" (am 22. November 1971); darin enthalten: Sondergutachten vom 24. Mai 1971: „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971".

Jahresgutachten 1972/73: „Gleicher Rang für den Geldwert" (am 6. Dezember 1972); darin enthalten: Sondergutachten vom 3. Juli 1972: „Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972".

Jahresgutachten 1973/74: „Mut zur Stabilisierung" (am 22. November 1973); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Mai 1973: „Zur konjunkturpolitischen Lage im Mai 1973".

Jahresgutachten 1974/75: "Vollbeschäftigung für morgen" (am 22. November 1974); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. Dezember 1973: „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise".

Das Sondergutachten vom 17. August 1975: „Zur konjunkturpolitischen Lage im August 1975" ist im Anhang dieses Jahresgutachtens enthalten.

Alle Veröffentlichungen sind im W. Kohlhammer-Verlag Stuttgart — Mainz erschienen.

IV.

Zur konjunkturpolitischen Lage im August 1975

Sondergutachten vom 17. August 1975

Das Jahr 1975 sollte bei Wahrung der zurückgewonnenen Chance auf mehr Stabilität auch wieder mehr Beschäftigung bringen. Die Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Das „Programm zur Förderung von Beschäftigung und Wachstum bei Stabilität" vom 12. Dezember 1974 ist im wesentlichen ausgelaufen.

Der Sachverständigenrat legt gemäß § 6 Abs. 2 des Sachverständigenratsgesetzes ein Sondergutachten vor, das den stabilisierungspolitischen Fragen gewidmet ist, die sich gegenwärtig stellen.

I. Die Lage

1. Obwohl die Wirtschaftspolitik schon frühzeitig versucht hat, den Weg für einen Aufschwung frei zu machen, ist dieser bislang ausgeblieben. Ein großer Teil der Produktionskapazitäten liegt auch nach der Jahresmitte brach, über eine Million Arbeitskräfte sind ohne Arbeit, und 650 000 Beschäftigte sind von Kurzarbeit betroffen. Allenthalben herrscht Unsicherheit über die weitere Entwicklung. Daß die Situation auch positive Elemente enthält — die Stabilisierung des Kostenniveaus ist eingeleitet und wieder mehr Vertrauen in den Geldwert begründet —, tritt dahinter zurück.

2. Bereits Anfang Dezember 1974 erklärte die Bundesbank, die Menge des Zentralbankgeldes im Verlauf des Jahres 1975 um 8 vH ausweiten zu wollen, um so den notwendigen Finanzierungsspielraum für eine stabilitätsgerechte Expansion zu schaffen. An diese Ankündigung hat sie sich auch gehalten. Sie hat den Banken Zentralbankgeld freigegeben, indem sie mehrmals die Mindestreservesätze senkte, und sie hat zusätzlich Zentralbankgeld billiger angeboten, indem sie in mehreren Schritten den Diskontsatz auf 4 % und den Lombardsatz auf 5 % senkte; seit Juli hat sie auch die Offenmarktpolitik eingesetzt, um die angestrebte Geldmengenexpansion zu sichern.

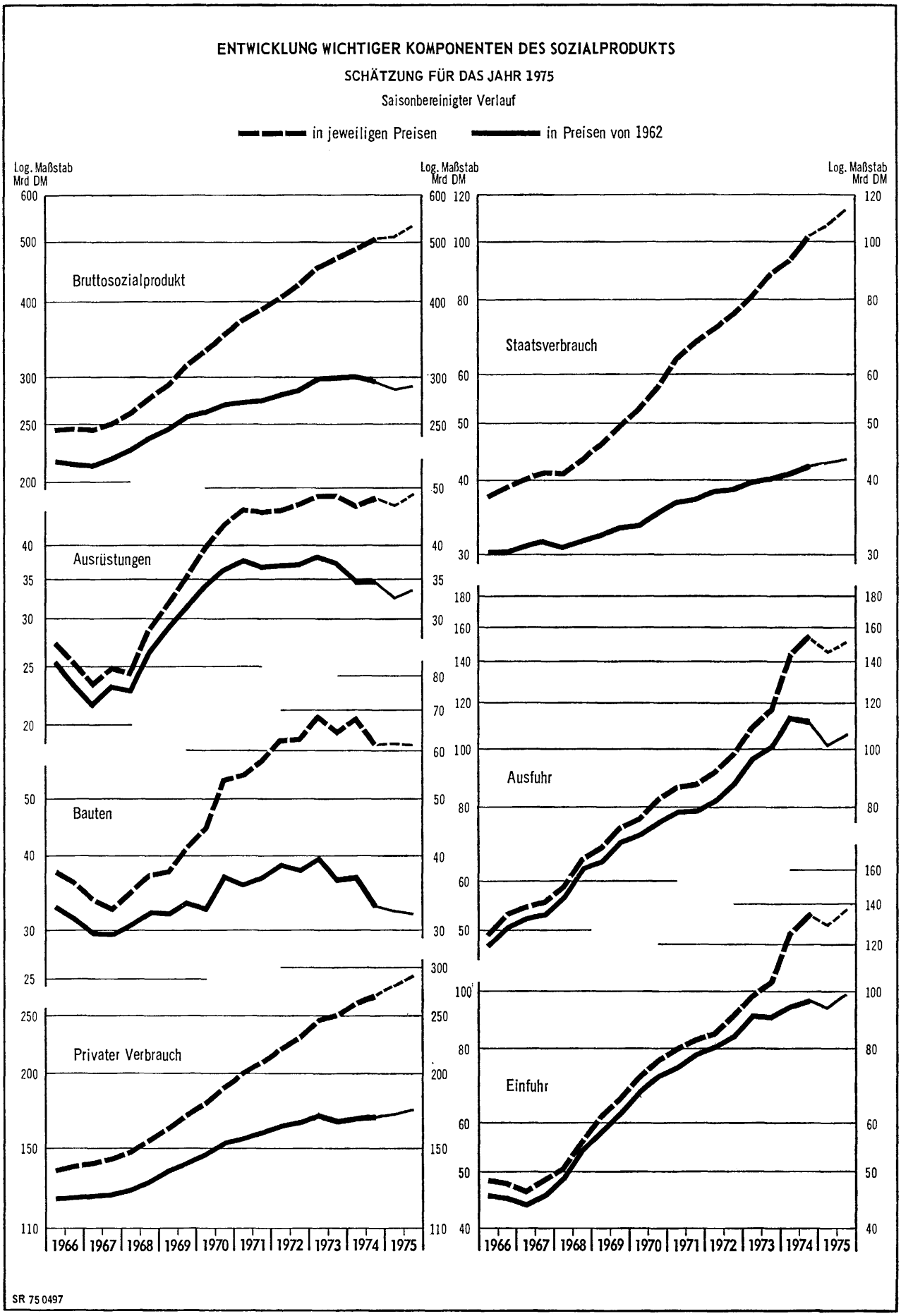
Die Finanzpolitik war ebenfalls von vornherein darauf gerichtet, die Wirtschaft auf breiter Front zu stützen. Allein die Steuerreform zum 1. Januar 1975 entlastet die Privaten in diesem Jahr um mindestens 16 Mrd DM. Um die in den Haushalten angelegten expansiven Impulse zu verstärken, beschloß die Bundesregierung noch vor der Jahreswende ein zusätzliches Expansionsprogramm. Neben Ausgaben von 1,73 Mrd DM für öffentliche Investitionen und für gezielte Arbeitsmarkthilfen hatte es eine Zulage von 7,5 vH für alle privaten Investitionen zum Kernstück, die bis zum 30. Juni 1975 in Auftrag gegeben wurden. Zudem waren Bund, Länder und Gemeinden bestrebt, ihre Investitionsvorhaben für 1975 in die erste Jahreshälfte vorzuziehen.

3. Die Investoren, die als erste auf einen neuen Aufschwung setzen sollten, haben trotz rückläufiger Zinsen bis zur Jahresmitte gezögert, mehr Ausrüstungen zu bestellen und mehr Bauvorhaben in Angriff zu nehmen. In der Bauwirtschaft hat dies dazu geführt, daß die Kapazitäten nur noch etwa zur Hälfte ausgelastet sind. Die Investitionszulage, die als Anreiz für eine möglichst frühe Auftragsvergabe gedacht war, haben die Unternehmen überwiegend erst unmittelbar vor Ablauf der Begünstigungsfrist genutzt, dann allerdings in beachtlichem Maße. Wieviel davon noch in diesem Jahr produktionswirksam wird, ist ungewiß, solange die Investoren nicht auf Lieferung drängen und die Hersteller aus Unsicherheit über den Umfang der Anschlußaufträge die Produktion strecken. Ein erster und noch keineswegs vollständiger Überblick über den Auftragseingang bei den Investitionsgüterindustrien im Juli läßt die vielfach gehegten Befürchtungen eher als zu pessimistisch erscheinen.

4. Daß Produzenten und Investoren bislang zurückhaltend blieben, ist vor dem Hintergrund des Einbruchs in der Auslandsnachfrage zu sehen, der in seiner Stärke weit über eine erwünschte Normalisierung nach dem Exportboom der Jahre 1973 und 1974 hinausging (Schaubild 1). Im ersten Halbjahr 1975 erhielt die verarbeitende Industrie dem Volumen nach über 20 vH weniger Aufträge aus dem Ausland als ein Jahr zuvor. Der Rückschlag wäre angesichts der Rezession in den Industrieländern noch deutlicher ausgefallen, wenn nicht die Nachfrage aus den Ölförderländern und aus den Staatshandelsländern, die inzwischen ein Siebtel unserer Warenausfuhr aufnehmen, weiter kräftig gestiegen wäre. Mittlerweile mehren sich die Zeichen, daß die Konjunktur in einigen wichtigen Industrieländern ihren Tiefpunkt erreicht, wenn nicht hinter sich gelassen hat. Dies gilt vor allem für die Vereinigten Staaten mit ihrem großen Gewicht für den Welthandel.

5. Zurückhaltung herrscht auch noch bei den Verbrauchern. An Einkommen fehlt es diesen zwar nicht, zumindest hätte der Anstieg des verfügbaren Einkommens einen größeren Verbrauch zugelassen; was fehlt, ist offenbar das Vertrauen in die weitere Entwicklung der Wirtschaft und nicht zuletzt die Sicherheit, das heutige Einkommen auch morgen

Schaubild 1


ENTWICKLUNG WICHTIGER KOMPONENTEN DES SOZIALPRODUKTS
SCHÄTZUNG FÜR DAS JAHR 1975
Saisonbereinigter Verlauf
in jeweiligen Preisen
in Preisen von 1962
Log. Maßstab Mrd DM
Bruttosozialprodukt
Staatsverbrauch
Ausrüstungen
Ausfuhr
Bauten
Einfuhr
Privater Verbrauch
1966 1967 1968 1969 1970 1971 1972 1973 1974 1975
SR 75 0497

beziehen zu können. So scheuen viele Haushalte vor größeren Ausgaben zurück, zumal wenn sie sich dafür verschulden müssen. Immerhin ist die private Verbrauchsnachfrage im bisherigen Jahresverlauf nicht zurückgegangen, sondern leicht gestiegen.

6. Die Gesamtnachfrage dürfte in der zweiten Jahreshälfte höher als in der ersten sein. Dies wird, wenn auch verzögert, zu einer Zunahme der Produktion führen, jedoch nicht verhindern, daß das reale Sozialprodukt im Jahresdurchschnitt um etwa 3 vH niedriger sein wird als im Vorjahr (siehe Tabelle). Die Auslastung des Produktionspotentials wird dabei bis zum Jahresende noch sinken und die Anzahl der Beschäftigten noch zurückgehen. Zwar wird sich dies nicht in vollem Umfang in einer Zunahme der Arbeitslosigkeit niederschlagen, schon allein, weil ausländische Arbeitskräfte abwandern; dennoch muß damit gerechnet werden, daß die Anzahl der Arbeitslosen im kommenden Winter größer sein wird als im vergangenen.

7. Die Lohnabschlüsse zu Beginn des Jahres haben den Beschäftigungsrisiken zwar deutlich Rechnung getragen; der Kostendruck hat sich aber kaum gemildert, weil der Rückgang der Nachfrage das Produktionsergebnis je Beschäftigten geringer ausfallen ließ als erwartet. Konnte man zu Beginn der Tarifrunde noch mit einem Produktivitätszuwachs von etwa 4 vH rechnen, so ist jetzt absehbar, daß die Produktivität 1975 nur um 1½ vH zunehmen wird. Die Ertragslage der Unternehmen wird daher erst besser werden, wenn sich die Produktion mit steigender Nachfrage belebt und die Rationalisierungserfolge wirksam werden, die unter dem Druck der Rezession vielerorts erzielt worden sind.

8. Als erfolgreich kann das Jahr 1975 — und auch dies nur mit Einschränkungen — allein im Hinblick auf das Stabilitätsziel gelten. Der Wettbewerb um die verbliebene Nachfrage läßt Preiserhöhungen immer weniger zu. Auf der industriellen Erzeugerstufe hat sich die Preissteigerungsrate gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum — nicht zuletzt unter dem Druck der Auslandskonkurrenz — von 14½ vH im Herbst 1974 auf 3½ vH im Juli 1975 vermindert. Einfuhrgüter sind inzwischen sogar um reichlich 3 vH billiger als vor Jahresfrist. Auf der Verbraucherstufe ist die Preisberuhigung bei industriell erzeugten Gütern ebenfalls sichtbar. Die Nahrungsmittelpreise und die Mieten steigen aber rascher als erwartet, nicht zuletzt wegen Anhebungen administrierter Preise. So wird sich die Lebenshaltung im Jahresdurchschnitt noch um knapp 6 vH verteuern, wenn die Teuerungsrate zum Jahresende hin auch auf 5½ vH sinken dürfte.

II. Die durchkreuzte Strategie

9. Die konjunkturelle Entwicklung ist 1975 also sehr viel ungünstiger verlaufen, als Ende 1974 vom Sachverständigenrat und anderen vorausgesehen worden war. Unsere Lageanalyse war davon bestimmt gewesen, daß eine aus guten Gründen konsequent restriktive Wirtschaftspolitik einen Stabilisierungsprozeß eingeleitet hatte, in dessen Verlauf vorübergehend eine Beeinträchtigung von Produktion und Beschäftigung unvermeidlich war, daß aber eine erfolgreiche Bekämpfung der Inflationsgewöhnung sowie der überzogenen Ansprüche im Verteilungskampf der Gruppen untereinander — und mit dem Staat — eine kräftige Erholung noch im Verlauf des Jahres 1975 wahrscheinlich sein ließ. Sinn der Stabilisierungsphase war es, Verzerrungen in den Relationen wichtiger ökonomischer Größen aufzulösen: im Verhältnis der für die Zukunft erwarteten zu den gegenwärtigen Preisen, im Verhältnis der Löhne zu den Unternehmenserträgen, im Verhältnis der Investitionen zu den übrigen Verwendungskomponenten des Sozialprodukts, im Verhältnis zwischen staatlichen Ausgabewünschen einerseits und dem volkswirtschaftlichen Leistungsvermögen andererseits, im Verhältnis der Unternehmen und Branchen mit guten zu denen mit schlechten Wachstumsaussichten.

Daß die Wiederbelebung der Binnennachfrage auf sich warten ließ, mag mit darauf beruhen, daß der Zeitbedarf solcher Normalisierungsvorgänge größer ist, als angenommen wurde. Entscheidend war aber gewiß, daß in einem allenthalben unvorhergesehenen Maße rezessive Tendenzen in der Welt sich wechselseitig verstärkten und eine drastische Schrumpfung des Welthandels bewirkten. Die Bundesrepublik hatte zwar bis 1974 einen konjunkturellen (besser: stabilisierungspolitischen) Vorlauf und schien vor einem neuen Aufschwung zu stehen, wurde dann aber von der Weltrezession eingeholt, aus der sie sich kaum allein befreien kann.

10. Um mehr als 40 Mrd DM wird die Ausfuhr der Bundesrepublik 1975 voraussichtlich hinter dem zurückbleiben, was im Herbst 1974 im allgemeinen erwartet worden war. Angesichts eines so massiven kontraktiven Impulses erscheint die Summe dessen, was im ganzen an volkswirtschaftlich wirksamer Nachfrage unvorhergesehen ausfällt — rund 60 Mrd DM — nicht einmal besonders hoch.

Will man das, was hier geschehen ist, richtig einordnen und erkennen, wie vollständig dadurch die deutsche Stabilisierungsstrategie der beiden vergangenen Jahre durchkreuzt worden ist, so muß man an dem Grundmuster der Entwicklung seit 1973 anknüpfen. Dies Muster bestand darin, daß frühzeitig die Binnenkonjunktur unter scharfe Restriktion genommen wurde, zugleich aber die Expansion der Ausfuhr neue Rekorde erreichte. Beides stand im Zusammenhang: „Die Restriktionspolitik mußte, wenn sie eine bestimmte Gesamtwirkung erzielen wollte, die Binnennachfrage so stark und so nachhaltig treffen, weil großen Teilbereichen der Volkswirtschaft die Aussicht offen stand, mehr zu exportieren oder Importangebote zu verdrängen..." (JG 74 Ziffer 303). Geheilt werden sollte diese Verwerfung in der Verwendung des Sozialprodukts, die nicht angestrebt, aber hingenommen worden war, sobald mit Erreichen der Stabilisierungsziele eine Normalisierung der Binnennachfrage in Gang kommen und so das Konjunkturgefälle zum Ausland mit seinem Exportdruck wegfallen würde. Dies war eindeu-

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Schätzung für das Jahr 1975

	Einheit	Absolute Werte			Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in vH			
		1974			1974	1975		
		Jahr	1. Hj.	2. Hj.		Jahr	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
In jeweiligen Preisen:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	532,9	252,8	280,2	+ 7,5	+ 8	+ 8	+ 8
Staatsverbrauch	Mrd DM	196,3	89,8	106,5	+16,7	+11½	+13	+10½
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd DM	223,9	107,2	116,7	− 2,1	− 2	− 5	+ ½
Ausrüstungen	Mrd DM	94,8	45,4	49,4	− 1,8	+ ½	+ ½	+ 1
Bauten	Mrd DM	129,1	61,8	67,3	− 2,3	− 4½	− 9	− ½
Vorratsveränderungen	Mrd DM	+ 1,1	+ 7,6	− 6,5	.	.	.	.
Außenbeitrag	Mrd DM	+39,8	+19,7	+20,1	.	.	.	.
Ausfuhr	Mrd DM	298,9	143,2	155,7	+31,4	− 1	± 0	− 1½
Einfuhr	Mrd DM	259,1	123,5	135,6	+27,9	+ 2½	+ 3	+ 2
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	994,0	477,0	517,0	+ 7,2	+ 5½	+ 4½	+ 6½
In Preisen von 1962:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	337,8	162,3	175,5	+ 0,2	+ 2	+ 2	+ 2
Staatsverbrauch	Mrd DM	83,9	39,9	44,0	+ 4,7	+ 2½	+ 3½	+ 2½
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd DM	139,1	67,6	71,4	− 8,1	− 6	− 9	− 3
Ausrüstungen	Mrd DM	69,4	34,0	35,3	− 7,9	− 4½	− 6	− 3
Bauten	Mrd DM	69,7	33,6	36,1	− 8,3	− 7½	−12	− 3
Ausfuhr	Mrd DM	224,4	112,8	111,6	+13,3	− 8	−11	− 4½
Einfuhr	Mrd DM	190,9	93,8	97,1	+ 4,8	+ 1	− 1	+ 3
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	595,0	294,2	300,8	+ 0,4	− 3	− 5	− 1
Preisentwicklung								
Privater Verbrauch	1962 = 100	157,8	155,8	159,6	+ 7,3	+ 6	+ 6	+ 5½
Bruttosozialprodukt	1962 = 100	167,1	162,1	171,9	+ 6,8	+ 8½	+10	+ 7½
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige	1 000	26 164	26 287	26 014	− 1,9	− 3	− 3½	− 3
Arbeitszeit [1])	Stunden	.	.	.	− 1,3	− 1	− 1½	− ½
Arbeitsvolumen	Mrd Std.	.	.	.	− 3,2	− 4½	− 5	− 3½
Produktivität	DM je Std.	.	.	.	+ 3,9	+ 1½	± 0	+ 2½
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	Mrd DM	596,7	295,0	301,7	+ 0,6	− 3	− 5	− 1
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	546,3	261,2	285,1	+ 9,6	+ 4½	+ 4½	+ 4½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	217,6	103,8	113,8	+ 1,1	+ 6½	+ 3	+ 9½
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	Mrd DM	763,9	364,9	398,9	+ 7,0	+ 5	+ 4	+ 6
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	Mrd DM	625,4	292,7	332,7	+ 8,4	+10	+11½	+ 8

[1]) Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.

tig eine Stabilisierungsstrategie des Alleingangs. Ihre Erfolgschance hing daran, daß wir den Alleingang würden zu Ende gehen können. Die Zeit reichte jedoch nicht.

Obwohl die Neigung zu energischen Stabilisierungsanstrengungen in unseren Partnerländern über viele Jahre hinweg wenig ausgeprägt war, kam es unter dem Druck einer starken, sich selbst beschleunigenden Inflation und — zumeist im Zusammenhang mit dem jeweiligen Tempo der Inflation — unter dem Druck akuter oder drohender schwerer Zahlungsbilanzprobleme im Nachgang zur weltweiten Rohstoffteuerung in wichtigen Ländern zu der Bereitschaft, die Risiken einer wirksamen Inflationsbekämpfung in Kauf zu nehmen. Daß diese sich gegenseitig zu einer Weltrezession verstärken würden, wurde wohl nirgends vorausgesehen. Die Wirkungen der Weltrezession mußten die Bundesrepublik doppelt treffen: Die deutsche Ausfuhr schrumpfte nicht nur deshalb, weil der Welthandel schrumpfte, sondern außerdem, weil das Konjunkturgefälle zum Ausland wegfiel und damit der Teil der Exporte, der zuvor als Korrelat einer übermäßig gedrückten Binnennachfrage aufgebaut worden war, aber nun auch benötigt wurde, solange die Binnennachfrage sich noch nicht erholt hatte. Tatsächlich dürfte das Welthandelsvolumen 1975 gegenüber 1974 um 5 vH, das deutsche Ausfuhrvolumen um mehr als 9 vH abnehmen.

So steht die Bundesrepublik nun vor den Friktionsverlusten einer Politik, deren Mut schneller und verbreiteter Nachahmung fand, als sich in das Ablaufkalkül einbeziehen ließ, und insoweit mehr, als zuträglich bleiben konnte.

11. Das kalkulierte Risiko einer „übermäßigen" Dämpfung der Binnennachfrage erwies sich als besonders hoch bei der Investitionstätigkeit. Die Investitionsneigung stand schon vor der Rezession unter dem Druck enger werdender Ertragsmargen, vor allem als Folge forcierter Reallohnsteigerungen. Sie wurde sodann Zentrum der Direktwirkungen einer Politik der monetären Restriktion. Und als diese Restriktion endlich entbehrlich schien, wich der Teil der Nachfrage, der die Investitionen in wichtigen Bereichen noch am längsten hochgehalten hatte, eben die Auslandsnachfrage.

12. Die Gesamtwirkungen der außenwirtschaftlichen Störung auf Produktion und Kapazitätsauslastung überschatteten schließlich den greifbaren Erfolg der Stabilisierungspolitik selbst an der Stelle, wo ihr strategisch wichtiges Zwischenziel lag, die Stabilisierung des Kostenniveaus. Die Bedeutung der Wende in der Lohnpolitik Anfang 1975 wird verdunkelt durch den negativen Einfluß der sinkenden Kapazitätsauslastung auf die Stückkostenentwicklung; er läßt auch den gemessenen Zuwachs der Arbeitsproduktivität als minimal erscheinen. Immerhin: Hier sollte man sich vom bloßen Anschein nicht täuschen lassen. Mit wieder zunehmender Kapazitätsauslastung wird sich zeigen — und in einzelnen Branchen ist das schon der Fall —, daß derzeit große Möglichkeiten der Produktivitätssteigerung bestehen, zu deren Nutzung nichts fehlt außer einer Normalisierung der Nachfrageexpansion.

Ähnliches gilt für den Einfluß auf das Kostenniveau, der von der jüngsten Bewegung des Wechselkurses für die Mark ausgeht. Die Tendenz zur Abwertung der Mark ist unter den gegebenen Umständen zwar wohltätig für die Ausfuhrseite des deutschen Außenhandels. Sie verteuert aber zugleich die Einfuhr und könnte damit Anlaß zur Sorge hinsichtlich des Stabilisierungsziels geben. Zu rechtfertigen wäre solche Sorge allenfalls, wenn man in der Abwärtsbewegung des DM-Kurses etwas Endgültiges zu sehen hätte, was uns nicht begründet erscheint. Auch könnte es sich hier um die Korrektur einer vorher überzogenen Höherbewertung der D-Mark handeln.

13. Wohlgemerkt: All dies sind der Art nach Risiken einer jeden energischen Stabilisierungspolitik. Sie werden freilich akut nur dann, wenn diese Politik überzogen wird. Die deutsche Stabilisierungspolitik war im Prinzip nicht überzogen. Wohl hat sie ihre Möglichkeiten ausgereizt, bis hin zur Inkaufnahme einer Spitzenarbeitslosigkeit von rund 1 Million Arbeitslosen. Aber der späteste Zeitpunkt zur konjunkturellen Umkehr schien noch rechtzeitig gefunden. Danach erst, mit dem Wegfall der Auslandsnachfrage, entfiel die Geschäftsgrundlage.

14. Auch eine andere **Geldpolitik** hätte die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen des Nachfrageausfalls aus dem Ausland kaum mildern können. Die Richtschnur für die monetäre Expansion an der Geldbasis — 8 vH — war richtig gewählt; nach der scharfen Restriktion der Jahre 1973/74 war die Geldversorgung nun so programmiert, daß die spannungsfreie Finanzierung eines angemessen wachsenden Sozialprodukts einschließlich der noch für unvermeidlich zu haltenden, jedoch weiterhin abnehmenden Preissteigerungen möglich war. Bei normalen außenwirtschaftlichen Bedingungen wäre dies Angebot wohl auch genutzt worden. Nun aber waren von dem Einbruch der Auslandsnachfrage direkt und indirekt so viele Investitions- und Konsumpläne in ihrer Grundlage getroffen, daß eine Menge Geld in vermehrter Kassenhaltung hängenblieb. Ob dies in vollem Umfange unvermeidlich war, mag streitig sein. Zugeben sollte jeder, daß allenfalls bei mäßig schrumpfender Auslandsnachfrage ein Ausweichen auf verstärkte Befriedigung des inländischen Bedarfs ausreichend rasch möglich ist, daß aber im Falle eines sehr starken Einbruchs der Exporte die private Inlandsnachfrage eines Landes wie der Bundesrepublik bis hin zum privaten Verbrauch wohl unausweichlich zunächst einmal in den Abwärtssog des Auslandes kommt. Hier dürften die nationalen Selbstheilungskräfte auch bei funktionierender Transmission über die monetären Märkte nicht ausreichen. Fragen kann man gleichwohl, ob es nicht auf dem Wege von denen, die Geld haben, zu denen, die es brauchen können, Hindernisse gab und gibt, die unnötig hoch erscheinen (Ziffern 31 ff.).

Immerhin: Jetzt könnte der Punkt erreicht sein, an dem — verdeckt noch für viele durch die Finanznot des Staates und dessen riesigen Kreditbedarf — das Geldangebot im Verhältnis zur Kreditnachfrage bei den gegenwärtigen Konditionen so reichlich geworden ist, daß die Geldanleger (einschließlich der Banken) in die unterlegene Marktposition kommen. Auch die Kapitalausfuhr bietet hieraus keinen Ausweg, da dabei Geld nur den Besitzer wechselt, nicht aber verschwindet, solange die Bundesbank nicht D-Mark gegen Devisen hereinnimmt (und damit vernichtet). Wie schnell die in glänzender Gewinnsituation stehenden Banken jetzt das Geld an die Stellen bringen werden, wo es bei günstigeren Konditionen ökonomisch sinnvoll eingesetzt werden kann, das zu verfolgen, wird von hohem gesamtwirtschaftlichen Interesse sein.

15. Unter den gegebenen außenwirtschaftlichen Umständen war die **Finanzpolitik** in einer Hinsicht besser in der Lage, auf die anstehenden Probleme einzuwirken, als die Geldpolitik: Sie ist nicht darauf angewiesen, sich auf die Anregung privater Nachfrage zu beschränken — dies kann die Geldpolitik im Zweifel besser und mit Sicherheit billiger —, sondern vermag auch selbst Nachfrage oder Einkommen zu schaffen.

Das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte von über 70 Mrd DM gibt zwar eine falsche Vorstellung von deren expansiven Impulsen, da die konjunkturbedingten Steuerausfälle (rund 15 Mrd DM) das Bild verzeichnen, und überdies die Normalverschuldung des Staates zu berücksichtigen ist (etwa 16 Mrd DM), von der keine konjunkturellen Wirkungen ausgehen. Doch was übrigbleibt — 40 Mrd DM (einschließlich 8 Mrd DM Finanzhilfen an die Bundesanstalt für Arbeit und knapp 2 Mrd DM aus den Konjunkturprogrammen des Vorjahres) — sprengt noch immer jeden von früher her bekannten Rahmen. Weniger als die Hälfte dieser Impulse geht von der Einnahmenseite aus (rund 16 Mrd DM Mindereinnahmen aufgrund der Steuer- und Kindergeldreform); der Schwerpunkt liegt also auf der Ausgabenseite.

Mag es vor dem Einbruch der Auslandsnachfrage noch zweifelhaft gewesen sein, ob so massive expansive Impulse der Finanzpolitik konjunkturgerecht waren und ob nicht zumal eine Zügelung der Ausgaben die angestrebte Wiederbelebung der privaten Nachfrage, namentlich der Investoren, eher gefördert hätte (bei zugleich gelockerter monetärer Politik) — heute sollte unstrittig sein, daß die Defizite der öffentlichen Hand, so beklagenswert sie im übrigen sein mögen, konjunkturpolitisch gerechtfertigt sind.

Als ein unverhältnismäßig teurer Weg zur Wiederbelebung der privaten Investitionsneigung ist von Anfang an die Investitionszulage kritisiert worden. Man wird ihre ursprünglichen Wirkungschancen möglicherweise nie gerecht beurteilen können. Auch hier hat der Einbruch bei den Exporten gleichsam die Geschäftsgrundlage verändert. Danach konnte man kaum noch hoffen, das Steuergeschenk werde in größerem Umfang zusätzliche Investitionen hervorlocken, sondern mußte froh sein, wenn es Investoren davon abhielt, ihre Investitionspläne aufzugeben oder zu vertagen, eine Wirkung, die sich vermutlich empirisch noch schlechter erfassen läßt als eine prämienbedingte Erweiterung von Investitionsplänen.

16. Angesichts der Größe des unvorhergesehenen, von außen bestimmten Nachfrageausfalls, muß sogar gefragt werden, ob nicht frühzeitig eine Aufstokkung der staatlichen Ausgabenprogramme angezeigt gewesen wäre. Man muß jedoch sehen: Voll kompensieren kann und darf auch eine flexible Finanzpolitik eine so große Nachfragelücke nicht.

— Der Staat entfaltet oder bewirkt zusätzliche Nachfrage nicht vorwiegend dort, wo sie ausgefallen ist. Obwohl dies die angestrebte expansive Globalwirkung auf den Einkommenskreislauf nicht behindern muß, darf die Gefahr nicht übersehen werden, daß durch staatliche Konjunkturprogramme auf mittlere Sicht im Zweifel falsche Signale gesetzt werden; diese Gefahr hat vor allem dann Bedeutung, wenn — wie gegenwärtig — die Anpassung oder Rückgewöhnung an mittelfristig richtige Strukturen ein Gebot der Stunde ist und unter Opfern eingeleitet wurde.

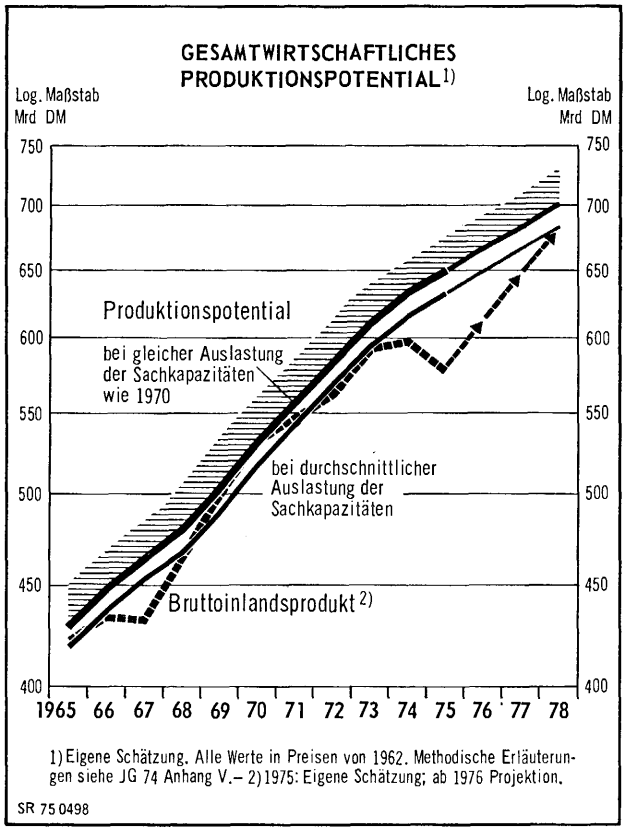
— Eine Rezession kommt den Staat teuer zu stehen. Zwar darf man die volkswirtschaftlichen Kosten eines Konjunkturprogramms nicht an der unmittelbar dadurch entstehenden zusätzlichen Haushaltsbelastung messen, nicht einmal die fiskalischen Kosten, da alsbald an anderer Stelle Ausgaben gespart werden (etwa beim Arbeitslosengeld) und auch zusätzliche Steuereinnahmen erwartet werden können, so daß die effektive Belastung erheblich niedriger ausfallen mag; doch die Furcht vor einer zu hohen Vorbelastung künftiger Haushalte aufgrund der dauernden Zinslasten hat durchaus gute Gründe für sich, wenn die Defizite riesig zu werden beginnen. (In den rezessionsbestimmten Jahren 1974 bis 1976 zusammen werden sie die Größenordnung von über 150 Mrd DM erreichen.)

Aus diesen Gründen war es vertretbar, daß die Bundesregierung mit der Verabschiedung eines neuen Konjunkturprogramms zögerte, solange begründete Hoffnung bestand, der erwartete konjunkturelle Aufschwung werde bald einsetzen und eine konjunkturelle Wende am Arbeitsmarkt vor Beginn der Winterarbeitslosigkeit bringen.

III. Spielraum und Tendenzen

17. Daß die Hoffnungen auf einen baldigen Aufschwung so stark enttäuscht wurden, sollte nicht dazu verleiten, das Expansionspotential der deutschen Wirtschaft zu unterschätzen und sich für die Zukunft zu wenig vorzunehmen. Produktionsreserven, die genutzt werden können, sind allenthalben reichlich vorhanden. Allein um 9 vH kann die gesamtwirtschaftliche Produktion gesteigert werden,

Schaubild 2



bis die derzeit brachliegenden Kapazitäten wieder normal ausgelastet sind. Wird zudem berücksichtigt, daß die Produktionskapazitäten noch weiter wachsen — wenngleich wegen der niedrigen Investitionen der Vergangenheit vorerst nur um 2 vH bis 3 vH im Jahr —, so wird sichtbar, welche Wachstumsraten künftig möglich sind: Drei Jahre lang könnte das reale Bruttosozialprodukt um jeweils fast 6 vH zunehmen, ohne daß die volkswirtschaftlichen Ressourcen dadurch überfordert werden (Schaubild 2).

Berechtigte Skepsis?

18. Die Vorstellung, daß es so kommt, wird gegenwärtig auf Skepsis stoßen. Die jüngsten Erfahrungen haben die Zweifel an der Steuerbarkeit der Konjunktur verstärkt. Besonders schwierig erscheint es, Beginn und Tempo eines konjunkturellen Aufschwungs in einer vornehmlich auslandsbedingten Rezession zu beeinflussen. Vor allem aber: Wie schon früher in Zeiten ungünstiger Wirtschaftslage wird weithin aus den tatsächlichen oder vermeintlichen Gründen der gegenwärtigen Malaise ein düsteres Bild der Zukunftschancen hergeleitet.

Der Sachverständigenrat verkennt nicht die schweren Aufgaben, denen sich die Volkswirtschaft in den nächsten Jahren zu stellen haben wird, doch wendet er sich gegen die zunehmend pessimistische Grundeinstellung. Insbesondere hält er den derzeit weitverbreiteten Wachstumspessimismus für nicht ausreichend begründet; er sieht daher keinen Anlaß, einer Strategie für magere Jahre das Wort zu reden.

— Einzuräumen ist, daß die Industrie seit Monaten erheblichen Belastungen auf allen Märkten standzuhalten hat. Doch sollte der konjunkturbedingte Einbruch der Auslandsnachfrage nicht vergessen lassen, als wie erfolgreich sich das deutsche Produktionsprogramm in den vergangenen Jahren international erwiesen hat. Dieser Erfolg und nicht der gegenwärtige Auftragsmangel sollte die Zukunftserwartungen bestimmen. Für eine dauerhafte Weltrezession sehen wir keine Gründe.

— Richtig ist, daß das im internationalen Vergleich stark gestiegene Lohnniveau den Zwang zum Strukturwandel verschärft hat — bis hin zum Verzicht auf Produktionstätigkeiten, für die die Bundesrepublik kein guter Standort mehr ist. Gegenwärtig bleiben auch aus diesem Grunde Kapazitäten ungenutzt. Auf Dauer muß aber der Strukturwandel in einer funktionsfähigen Marktwirtschaft nicht mit Wachstumseinbußen verbunden sein, im Gegenteil. Doch selbst bei einer zeitweiligen Überforderung der Flexibilität des Marktsystems gibt es Korrekturmöglichkeiten; das deutsche Lohnniveau, zumindest das der betroffenen Branchen, könnte vorübergehend weniger stark steigen als das der ausländischen Konkurrenten. Im Jahre 1975 wird das jedenfalls so sein.

— Zuzugeben ist, daß der Spielraum für einen im Inland über den Markt verteilbaren Realeinkommenszuwachs zeitweise geschmälert sein kann, sei es, weil im internationalen Verteilungskampf die Rohstoffländer eine Verbesserung ihrer relativen Preise durchsetzen, sei es, weil die Unternehmen einen Teil ihrer Investitionen für den Umweltschutz verwenden. Werden die Rohstoffpreise einseitig angehoben, so löst dies, wie das Beispiel des Ölpreisdiktats zur Jahreswende 1973/74 lehrt, Prozesse aus, die den erzwungenen Vorteil verringern. Investitionen für den Umweltschutz beschneiden zwar den Realeinkommenszuwachs, doch nur dann, wenn sie erstmals vorgenommen werden. Zudem bedeutet hier die Minderung der Markteinkommen nicht zugleich eine Minderung des Wohlstandes; das Gegenteil sollte die Regel sein. Es muß jedenfalls nicht zu einer dauerhaften Beeinträchtigung des Produktionswachstums kommen.

— Verbreitet ist die Sorge, der verschärfte Verteilungskampf der Gruppen, die Haushalts- und Steuerpolitik des Staates sowie die gesellschaftspolitische Diskussion der vergangenen Jahre hätten die Investitionsneigung der Wirtschaft so nachhaltig getroffen, daß nicht alsbald mit einer Gesundung gerechnet werden dürfte. Das Niveau der Unternehmensinvestitionen ist schon vor Beginn der Rezession für angemessenes Wirtschaftswachstum unzureichend gewesen. Die forcierte Zunahme der Exporte (seit Ende 1972) und die expansive Ausgabentätigkeit des Staates haben diese Fehlentwicklung eine Zeitlang überdeckt. Die Notwendigkeit, daß hier eine Änderung eintritt, und zwar eine dauerhafte Änderung, bestreitet indes kaum jemand mehr.

Der Weg ist es, über den eine Einigung noch gefunden werden muß.

19. Zweifellos stellen nicht nur die kurzfristigen, im engeren Sinne konjunkturellen Probleme, sondern vor allem die mittelfristigen Aufgaben eine Herausforderung für die Wirtschaftspolitik dar. Aber es gibt Möglichkeiten, diese Herausforderung zu bestehen. Keine Erfahrung, auch nicht die der jüngsten Vergangenheit, belegt, daß der soziale Konsensus nicht mehr ausreiche, wieder Bedingungen herzustellen, die zu Vollbeschäftigung und angemessenem Wirtschaftswachstum passen. All dies soll nicht einem Optimismus das Wort reden, der zur Untätigkeit verleiten würde, weil in Ordnung erscheint, was nur durch zielstrebiges Handeln zu haben ist. Zu fürchten ist jedoch auch ein übertriebener Pessimismus, der daran hindert, gegebene Chancen richtig einzuschätzen und zu nutzen.

Eine Zielprojektion

20. Auch was die Perspektiven für 1976 angeht, ist Verzagtheit nicht am Platze. Wir halten es nicht für vermessen, schon für 1976 eine Zunahme des realen Bruttosozialprodukts um 6 vH als Ziel zu setzen. Die Wirtschaft würde dann nicht mehr, aber auch nicht weniger produzieren, als nach den Prognosen vom Herbst 1974 schon für 1975 in Aussicht war.

Niedriger darf der Produktionszuwachs nicht sein, wenn im Durchschnitt des Jahres 1976 nicht weniger Arbeitnehmer beschäftigt sein sollen als 1975. Denn die Unternehmen benötigen nicht sofort neue Arbeitskräfte, um mehr produzieren zu können; zunächst werden sie die Arbeitnehmer wieder voll beschäftigen, die sie trotz unzureichender Produktionsmöglichkeiten bislang nicht entlassen haben. Im Verlauf des Jahres wird dann allerdings die Anzahl der Arbeitslosen, zumal wenn weiterhin ausländische Arbeitnehmer in ihre Heimat zurückkehren, merklich abnehmen, bis zum Jahresende möglicherweise auf die Hälfte des Standes vom Winter 1975/76.

Der Vorschlag, eine starke Ausdehnung der Produktion anzustreben, bedeutet indessen nicht, beim Stabilitätsziel weniger ehrgeizig zu sein. Der Preisauftrieb kann und muß sich weiter abschwächen, wenn das, was je Arbeitnehmer mehr produziert wird, nicht voll für Reallohnsteigerungen in Anspruch genommen wird, sondern den Kostendruck verringern hilft. Da infolge der Unterauslastung der Preiswettbewerb rege bleibt, werden die Unternehmen die Kostenentlastung dazu nutzen, unter Preiszugeständnissen ihre Erträge durch eine Mengenkonjunktur aufzubessern. Auf der Verbraucherstufe sollten die Preise 1976 nur noch zwischen 4 vH und 5 vH steigen.

21. Die gewünschte Produktion kommt allerdings nur zustande, wenn für eine ausreichende Expansion der Nachfrage gesorgt ist. Diese müßte real gesehen sogar über 6 vH hinausgehen, da wegen der fortschreitenden Verflechtung der Märkte der Marktanteil der ausländischen Anbieter im Trend steigt. Stark genug wird der Aufschwung nur, wenn alle Nachfragekomponenten daran beteiligt sind. Die Unternehmen werden nur dann genügend investieren und Vorräte bilden, wenn bald ein steigender Absatz im Ausland und im Inland ihre Erwartungen rechtfertigt und weiter stimuliert. Die privaten Haushalte ihrerseits werden nur bei zunehmender Beschäftigung wieder mehr ausgeben. Im einzelnen liegt die Verwendungsstruktur, die zu den Zielen paßt, nicht fest. Sicher ist, daß der Anteil der Investitionen steigen sollte. Damit es dazu kommt, werden die Unternehmer einen stärkeren Zuwachs des Einkommens erhalten müssen als die Arbeitnehmer.

22. Ob die im Ausland und im Inland angelegten Tendenzen für die Nachfrage sorgen werden, die zu der vorgeschlagenen Zielprojektion paßt, vermag heute verläßlich niemand zu sagen. Aber die Wirtschaftspolitik muß auch bei Ungewißheit handeln. Sie benötigt bei ihren Entscheidungen Anhaltspunkte dafür, auf welche Entwicklung sie bei den von ihr nicht kontrollierten Größen am ehesten setzen kann. Wir haben daher zu fragen, was an Anhaltspunkten für die Entwicklung der Nachfrage derzeit sichtbar ist.

23. Unsicher ist insbesondere die Entwicklung der Auslandsnachfrage. Nachdem die Weltrezession ihren Tiefpunkt erreicht hat, spricht indes vieles dafür, daß die Erholungstendenzen, die in den Vereinigten Staaten bereits eingesetzt haben, unter dem Einfluß von expansiven Maßnahmen auch in anderen Ländern die Oberhand gewinnen. Der Welthandel dürfte 1976 wieder zunehmen, zumal die Nachfrage aus den Ölförderländern weiter steigen wird, wenn auch wesentlich schwächer als bisher. Beleben wird sich jedoch zunächst vor allem die Verbrauchsneigung und die Vorratsbildung, so daß das deutsche Exportangebot mit seinem Schwerpunkt auf Ausrüstungsgütern noch nicht wie bisher in überdurchschnittlichem Maße zum Zuge kommen wird. Daß die Unternehmer selbst ihre Exportaussichten weniger pessimistisch sehen, läßt aber erwarten, daß die Ausfuhr zunimmt: nach dem starken Rückschlag möglicherweise nicht schwächer als der Welthandel.

24. Eine kräftige Stütze dürfte der Aufschwung in den Vorratsinvestitionen finden. Die Läger an Vorprodukten sind inzwischen soweit geräumt, daß allein die Erfordernisse einer ungestörten Produktion bald wieder eine größere Lagerhaltung notwendig machen. Hinzu kommt, daß sich die Vorratsbildung mit einem Wiederanstieg der Weltmarktpreise für Rohstoffe, wie er sich gegenwärtig abzeichnet, spekulativ verstärken dürfte. Auch ihre Fertigwarenläger werden die Unternehmen 1976 wieder aufstocken, schon deshalb, weil sie bei steigender Nachfrage nicht in Lieferschwierigkeiten geraten und Kunden verlieren wollen. Nach den Erfahrungen aus früheren Zyklen zu schließen, kann alles in allem für 1976 mit Vorratsinvestitionen in einer Größenordnung von 20 Mrd DM gerechnet werden.

25. Je mehr die Unternehmen sehen werden, daß ihre Absatzchancen viel größer sind, als die weltweite Rezession sie zeitweilig glauben machte, und je mehr sich ihre Ertragslage mit dem Produktivitätsfortschritt bessert, um so mehr wird auch ihre Bereitschaft wieder zunehmen, in neue Produktionsanlagen zu investieren. An Finanzierungsmitteln fehlt es ihnen nicht, weder an eigenen noch an fremden. Im Gegenteil, die Liquidität der Wirtschaft ist groß und der Anlagebedarf drängend. Daß sich die Investitionsneigung wie in früheren Zyklen rasch kumulativ verstärkt, ist allerdings nicht sicher. Vieles spricht dafür, daß die Unternehmen nach den Erfahrungen in den vergangenen Jahren ihre Gewinnaussichten eher zu pessimistisch als zu optimistisch einschätzen. Einer raschen Zunahme der Investitionsbereitschaft dürfte vielfach der niedrige Auslastungsgrad der vorhandenen Kapazitäten im Wege stehen. Rationalisierung wird daher fürs erste noch vor Kapazitätserweiterung gehen. Die Belebung der Investitionstätigkeit dürfte deshalb die Nachfrage nach Ausrüstungen stärker steigen lassen als die Nachfrage nach Bauten. Im Wohnungsbau ist angesichts der umfangreichen Haldenbestände ein rasches Anspringen der Nachfrage am wenigsten zu erwarten; ein Kapazitätsausbau über das mittelfristig erwünschte Ausmaß hinaus ist daher in der Bauwirtschaft nicht auszuschließen.

26. Erkennen die privaten Haushalte, daß es wieder aufwärts geht, und können sie für die Zukunft wieder mit einem sicheren und steigenden Einkommen rechnen, entfällt für sie ein gewichtiges Motiv für ihre Zurückhaltung. Die Verbrauchsnachfrage wird dann ihrerseits zu einer Stütze der Konjunktur, wenn auch kaum zu erwarten ist, daß sich die hohe Sparquote schon gänzlich normalisiert. Dennoch wird der private Verbrauch mengenmäßig kräftig zunehmen, und zwar um so mehr, je mehr der Kostendruck nachläßt und die Preisberuhigung auf der Erzeugerstufe auf die Verbraucherpreise durchwirkt.

27. Was sich an spontanen Aufschwungskräften derzeit abzeichnet, läßt also im Verlauf des Jahres 1976 eine deutliche Zunahme von Produktion und Beschäftigung erwarten. Daß sie aufs ganze Jahr gerechnet genügen werden, damit das, was Ziel sein sollte, erreicht wird, ist möglich, aber noch nicht gesichert. Auf keinen Fall können sie verhindern, daß die Arbeitslosigkeit im kommenden Winter gravierend steigen wird.

IV. Konjunkturpolitische Erfordernisse

28. Kann man nicht mehr hoffen, der konjunkturelle Aufschwung werde rechtzeitig genug vor den Wintermonaten einsetzen, so sind jetzt Anstrengungen dringlich geworden, die für die ersten Monate des nächsten Jahres zu erwartende Arbeitslosigkeit einzudämmen. Eingebunden in überzeugend dargelegte Vorstellungen zur Lösung auch der mittelfristigen Probleme, namentlich der unter den gegenwärtigen Umständen überaus komplizierten Aufgaben der Haushalts- und Steuerpolitik, könnte ein neues Konjunkturprogramm dazu beitragen, die Wende in den allgemeinen wirtschaftlichen Erwartungen herbeizuführen, die wohl Voraussetzung dafür ist, daß die Lage dann alsbald auch von selbst besser wird.

29. Im einzelnen halten wir dies für die wirtschaftspolitischen Forderungen des Tages:

— Die Bundesbank sollte ihren gegenwärtigen Kurs bei der Steuerung der Geldbasis konsequent fortsetzen, im Verein mit der Schuldenpolitik des Staates jedoch eindeutiger der Gefahr begegnen, daß das Durchwirken der vorhandenen expansiven monetären Impulse verzögert wird (Ziffern 30 ff.).

— Die Finanzpolitik hat eine dreiteilige Aufgabe (Ziffern 40 ff.):

  Sie sollte mit einem konjunkturpolitischen Sofortprogramm, dessen erste Wirkungen schon zur Jahreswende erwartet werden können, die Arbeitslosigkeit in der ersten Hälfte des Jahres 1976 dämpfen helfen.

  Sie sollte in der Planung der Haushalte für das Jahr 1976 trotz der vorläufig unbefriedigenden Konjunkturlage die entscheidenden Schritte für eine dauerhafte Konsolidierung der öffentlichen Finanzen tun oder verbindlich vorbereiten.

  Sie sollte (und dürfte) in ergänzenden, unter Vorbehalt stehenden Planungen für 1976 dem Umstand Rechnung tragen, daß weitere expansive Impulse der Finanzpolitik möglicherweise konjunkturgerecht sein werden.

— Die Wirtschafts- und Sozialpolitik sollte ebensowohl wie die autonomen Gruppen die Ernüchterung der gegenwärtigen Stabilisierungskrise (bei uns und in der Welt) in der Einsicht nutzen, daß der Beginn eines konjunkturellen Aufschwungs zwar nahe sein mag, daß er rasch und nachhaltig zu Vollbeschäftigung und befriedigendem Wachstum des wirtschaftlichen Wohlstandes aber nur führen wird, wenn alle ihre Rolle richtig sehen und ihre Ziele illusionsfrei verfolgen.

Geldpolitik

30. Was die Grundlinie der monetären Politik angeht, muß sie ihren derzeitigen Kurs beibehalten und, damit sich die Konjunktur 1976 so entwickelt, wie wir als Ziel zur Diskussion gestellt haben, eine nahezu unveränderte Expansion der Zentralbankgeldmenge gegenüber 1975 anstreben. Denn das um $2^1/_2$ vH größere Produktionspotential soll um $3^1/_2$ Prozentpunkte besser ausgelastet sein als 1975. Als unvermeidliche Preissteigerungsrate wäre ein Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus von 4 vH anzusehen. Es müssen 1976 also 10 vH mehr Ausgaben finanziert werden können als in diesem Jahr. Stellt man in Rechnung, daß die Neigung zur Kassenhaltung abnimmt, wenn es zum Aufschwung kommt, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes also

steigt, und bringt man dafür einen Satz von 2 vH in Abschlag, dann ergäben sich 8 vH als jene Zuwachsrate der bereinigten Geldbasis gegenüber 1975, die den konjunktur- und stabilitätspolitischen Erfordernissen entspräche. Noch brauchen freilich die Weichen für 1976 nicht gestellt zu werden. Es genügt zu bekunden, daß auch im nächsten Jahr eine Steuerung der Zentralbankgeldmenge beibehalten wird, die bei einem weiteren Rückgang der Geldentwertung zum angestrebten Beschäftigungsgrad paßt.

31. Die Erfahrung des Jahres 1975 mag irritieren: Die Zentralbankgeldmenge expandierte mit der angekündigten Rate und doch — ein Durchwirken auf den realwirtschaftlichen Bereich, also vor allem auf Investitionen und Konsum, ist bislang nicht so recht sichtbar.

Dies sollte jedoch, wie erwähnt, nicht überraschen. Zu stark war der Einbruch der Nachfrage aus dem Ausland, als daß dessen Folgen für die Rentabilitätserwartungen der Investoren und für die Einkommenserwartungen fast aller durch eine Veränderung der monetären Bedingungen hätten überspielt werden können. Der Frage ist nachzugehen, ob nicht auch unnötig hohe Hindernisse im Spiel waren.

Bei einem Sinken der Neigung zum Geldausgeben hängt die Wirkung auf die Gesamtausgaben, die sich am Ende ergibt, nicht zuletzt davon ab, wie reibungslos das Geld von denen, die Kassenüberschüsse haben, zu jenen gelangt, die bei entsprechend günstigen Konditionen durchaus bereit sind, es zu nehmen und auszugeben. Aus zwei Gründen, scheint uns, blieb die Neigung zur Kassenhaltung größer als sie hätte sein müssen.

32. Erstens: Die Funktionsweise des Bankensystems war nicht voll befriedigend.

Der größte Teil aller Kreditbeziehungen muß wegen der Vermittlungsfunktion, der Fristentransformation sowie der Übernahme und Mischung von Gläubigerrisiken über die Banken laufen. Wie effizient dieser Weg ist, hängt nicht zuletzt von der Intensität des Wettbewerbs unter den Banken ab. Bei scharfem Wettbewerb werden die Habenzinsen höher, die Sollzinsen niedriger, die Zinsmarge der Banken also kleiner sein als etwa bei Parallelverhalten in einem Oligopol. Daher wird selbst bei gegebenem Geldangebot an der Geldbasis (der Zentralbankgeldmenge) das Volumen der von den Banken gewährten Kredite variieren mit der Intensität des Wettbewerbs zwischen Banken (JG 73 Ziffer 184).

Zweifel daran, daß sich die Banken ausreichend Konkurrenz machen, werden zunächst dadurch genährt, daß trotz niedriger Habenzinsen und sehr niedriger Geldmarktzinsen das Niveau der Sollzinsen nur sehr langsam sank und noch immer recht hoch erscheint. Zur Erklärung der großen Zinsmargen wird immer wieder darauf verwiesen, daß die Banken wegen der ungünstigen Wirtschaftslage mit gesteigerten Risiken rechnen mußten. Das mag so sein. Ungewöhnlich hohe Bankgewinne legen jedoch den Schluß nahe, daß die Risiken, die die Banken erwarten und kalkulieren, den Kontakt verloren haben mit den Risiken, die eintreten.

33. Zweitens: Es kam zu störenden Zinsänderungserwartungen.

Nicht störend wären Zinserhöhungserwartungen, wenn sie etwa auf der Erwartung eines konjunkturellen Aufschwungs beruhen. In diesem Falle dürfte sich kaum eine erhöhte Neigung zur Kassenhaltung ergeben, sondern eher eine Neigung zum Umsteigen auf diejenigen Aktiva, Aktien etwa, mit denen sich die gestiegenen Ertragserwartungen verbinden.

Störend hingegen sind Zinserhöhungserwartungen, wenn sie, wie offenbar gegenwärtig, auf der Furcht beruhen, ein übermäßiger und möglicherweise weiter zunehmender Kreditbedarf des Staates könne anders als bei steigenden Zinsen überhaupt nicht befriedigt werden. Solche Furcht überspielt derzeit anscheinend die Faktoren, die eigentlich Kraft genug haben müßten, eher eine entgegengesetzte Tendenz hervorzubringen. Der Rückgang der langfristigen Zinsen ist auf dem Niveau von mehr als 8 % zum Stillstand gekommen; seit einigen Wochen besteht sogar eine Tendenz zum Anstieg des Zinses für festverzinsliche Anleihen, dem die Bundesbank durch Offenmarkt-Käufe von Staatspapieren begegnet. Die bloße Menge des Verschuldungsbedarfs der öffentlichen Hand für 1975 erklärt die Zinswende nicht. Denn die Mittel für den Kreditbedarf des Staates müßten auch für den Rest des Jahres angesichts des unerwarteten Nachfrageausfalls, der von der öffentlichen Nachfrage bei weitem nicht kompensiert wird, im Rahmen des von der Bundesbank vorgegebenen Spielraums bei eher noch sinkenden Marktzinsen aufzubringen sein. Überdies berechtigen die Erfolge in der Inflationsbekämpfung zu der Erwartung, die Inflationsrate werde weiter sinken. Zieht man all dies ins Bild, so muß ein Kapitalmarktzins von über 8 % als sehr hoch erscheinen, nicht zuletzt auch die darin enthaltene Realzinskomponente.

34. *Mit der Zunahme der Zinsdifferenzen im Vergleich mit dem Ausland machte sich auch im Inland die Tendenz zum Zinsanstieg bemerkbar. Kapital strebte vermehrt ins Ausland. Läßt man die sich daraus ergebenden Bewegungen des Wechselkurses zu, dann kommt die Anlage im Ausland bald zum Stillstand, allerdings bei einem höheren Kassakurs der Auslandswährungen, jetzt vor allem des Dollars. Nur wenn die Bundesbank die Abwertung der D-Mark durch Dollarabgaben zu bremsen trachtet, fließt Kapital weiter ab und der Zins droht zu steigen. Zur Stützung der D-Mark besteht jedoch kein Anlaß, auch wenn sich das Verhältnis von Inlands- zu Auslandspreisen (die terms of trade) verschlechtert. Daß sich die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Güter im Ausland durch die Abwertung der D-Mark verbessert, dürfte gegenwärtig schwerer wiegen.*

35. Zusammengefaßt: Obwohl die Zentralbankgeldmenge normgerecht ist, und obwohl die mit der Kreditexpansion einhergehende Einlagenexpansion dieses Zentralbankgeld, soweit es nicht als Bargeld gehalten wird, voll in der Mindestreserve bindet, ist das Kreditvolumen kleiner, als es unter gün-

stigeren Umständen bei gleicher Geldbasis sein könnte.

Diesen Problemen trägt die Bundesbank Rechnung, wenn sie (immer im Rahmen ihres auf Mengensteuerung ausgerichteten Konzepts)

— hinsichtlich der Zinserwartungen mehr Führung gibt,

— hinsichtlich des Bankenverhaltens dafür sorgt, daß der Konditionenwettbewerb lebendig bleibt.

Beides sollte die Kombination der Maßnahmen mitbestimmen, welche die Bundesbank anwendet, um die angestrebte Expansion der Zentralbankgeldmenge zu bewirken (Ziffer 30).

In die gleiche Richtung wirkt die staatliche Schuldenpolitik,

— wenn sie die auf Zinssenkung gerichteten Erwartungen des Staates den auf Zinssteigerung gerichteten Erwartungen der Privaten entgegenstellt und dementsprechend eine Zeitlang die kurzfristige öffentliche Verschuldung gegenüber der langfristigen bevorzugt, und

— wenn sie die starke Marktposition der Banken unterläuft (und damit schwächt), indem sie verstärkt Anstrengungen unternimmt, Nichtbanken als unmittelbare Gläubiger zu gewinnen, nötigenfalls durchaus auf der Basis kurzfristiger Papiere.

Einen dauerhaften Erfolg wird der Staat dabei allerdings wohl nur haben, wenn glaubwürdig dargelegt wird, daß er nach Auslaufen des konjunkturbedingten Finanzierungsbedarfs die Kreditmärkte nicht länger auch nur annähernd so stark wie gegenwärtig in Anspruch nehmen wird, die Konsolidierung der Staatsfinanzen also umgehend und energisch anpackt.

36. Erwirbt die Bundesbank langfristige Wertpapiere auf dem offenen Markt, so drückt dies, anders als eine Senkung der Mindestreservesätze, unmittelbar auf den langfristigen Zins. Die häufig geäußerte Sorge, die Bundesbank würde durch den Kauf von Staatstiteln das Defizit der öffentlichen Kassen inflationär finanzieren, ist unbegründet, solange sie insgesamt, also unter Einschluß ihrer Offenmarkt-Politik, nur so viel Zentralbankgeld entstehen läßt, daß dessen Menge mit der angekündigten Rate zunimmt.

Mindestreservesatzsenkungen sind gegenwärtig noch aus einem anderen Grund einer expansiven Offenmarkt-Politik unterlegen, denn sie wirken einer Ausweitung der Kreditbeziehungen zwischen Nichtbanken entgegen, indem sie die Kosten der Banken vermindern, die ohnehin durch das Privileg der Fristentransformation einen Vorteil haben. Eine Ausweitung der Kreditbeziehungen zwischen Nichtbanken, also vor allem die Zunahme der Verschuldung von Nichtbanken beim Publikum durch Ausgabe von festverzinslichen Wertpapieren, ist aber gerade erwünscht, weil hier Kredite aufgenommen werden, aber nicht bei Banken, die Banken gleichwohl kaum Liquidität einbüßen und so der Anlagedruck zunimmt.

37. Auch wenn die Geldbasis nicht mehr durch Senkung der Mindestreservesätze, sondern stattdessen durch Offenmarkt-Operationen ausgedehnt wird, besteht die Gefahr, daß die Banken den Abbau der Refinanzierung fortsetzen. Dieser Gefahr wäre durch frühzeitige Senkung des Diskontsatzes zu begegnen, zumal dies auch auf die Habenzinsen drückt und damit den Anreiz für Besitzer von Bankeinlagen verstärkt, auf längerfristige Wertpapiere und Sachanlagen umzusteigen. Das wäre erwünscht, weil es den auf den Banken lastenden Liquiditätsdruck bei unveränderter Zentralbankgeldmenge erhöht und damit auch Druck auf die Sollzinsen ausübt.

Ist die Refinanzierung so weit vermindert, daß die Banken den noch verbleibenden Rest als notwendig ansehen, dann sinken die Geldmarktsätze nachhaltig unter den Diskontsatz. Dieser verliert dann auch für die Habenzinsen seine Bedeutung. Es würde der Konjunkturlage nicht gerecht, böte die Bundesbank in dieser Situation den Kreditinstituten Geldmarktpapiere für deren überschüssiges Zentralbankgeld an, statt die Überschußreserven auf die Rentabilität der Banken drücken zu lassen. Mit dem Erwerb von Geldmarktpapieren würden die Banken ihre durch den Abbau der Refinanzierung schon kräftig angeschwollenen Liquiditätsreserven weiter vergrößern und dem Wettbewerb im Aktivgeschäft auszuweichen versuchen.

38. Die öffentliche Hand ist mit ihrer Schuldenpolitik in ein Dilemma geraten. Sie hat möglicherweise den Kapitalmark für langfristige Wertpapiere zu stark belastet. Nimmt sie den Markt für langfristiges Kapital weiter mit hohen, womöglich wachsenden Beträgen in Anspruch, so muß sie damit rechnen, daß sie die Tendenz zur Erhöhung der langfristigen Zinsen selbst unterstützt. Es liegt für sie deshalb nahe, sich stärker kurzfristig zu verschulden, indem sie Papiere mit kurzen Laufzeiten begibt und auch vermehrt unverbriefte Kredite bei den Banken aufnimmt. Zwar werden die Banken versuchen, für sich ähnlich günstige Zinskonditionen durchzusetzen wie für die bisherigen langfristigen Mittel. Wenn jedoch die Bundesbank die soeben beschriebene Politik verfolgt, ist die Position der öffentlichen Hand nicht so schwach. Zwar braucht sie das Geld, sogar viel Geld, sehr rasch. Doch haben die Banken nur die Wahl, das ihnen zufließende Geld entweder dem Staat zu geben oder um private Kreditnehmer zu werben. Das erste Angebot der Banken für kurzfristige Kredite an den Staat braucht deshalb durchaus nicht das letzte Wort zu sein.

Das Ausweichen auf kürzere Fristen kann für die öffentliche Hand lohnend sein, wenn sie — wie beabsichtigt — gemeinsam mit der Bundesbank für einen weiteren Rückgang der Inflation sorgt und auch bei Normalbeschäftigung und dementsprechend höherer privater Kreditnachfrage den Kapitalmarkt nicht über Gebühr beansprucht, so daß der Zins sinkt. Der Staat kann den Einwand, er werde im Boom nur schlechter dastehen, wenn er sich schon in

der Rezession kurzfristig finanzieren muß, gelassen hinnehmen, vorausgesetzt, daß er nicht nur weiß, was er mittelfristig will, sondern dies auch tut.

39. Schließlich sollte es mit genügend Phantasie gelingen, mehr Staatsschuldverschreibungen an das breite Publikum zu verkaufen. Auch soweit dies über Banken geschieht, müssen die Käufer unmittelbar angesprochen und informiert werden. Daneben könnten kurzfristige Papiere, die freilich klein gestückelt und einfach ausgestattet sein müßten, also etwa den Zins im Rückzahlungsbetrag enthalten, nicht am Bankschalter, sondern über andere Vertriebswege verkauft werden. Die Einführung solcher Methoden würde den Wettbewerb fördern, weil den im Wertpapiergeschäft weniger Versierten Alternativen zum Kontensparen geboten würden. Der Staat könnte, wenn solche Vertriebsformen einmal populär geworden sind, seinen Verschuldungsbedarf leichter und billiger decken.

Finanzpolitik

40. Mit Hilfe eines **Konjunkturprogramms** soll die Finanzpolitik für zusätzliche Ausgaben sorgen, um die Arbeitslosigkeit im kommenden Winter so niedrig wie möglich zu halten. Der Staat kann und darf mit einem solchen Programm die fehlende Auslands- und Investitionsnachfrage allerdings nicht voll ersetzen. Die zusätzliche Nachfrage, die er entfaltet, ist nur zu einem geringen Teil auf diejenigen Dienste und Sachgüter gerichtet, die von Ausländern und Investoren gekauft werden. Je mehr der Staat die Nachfragelücke schließt, um so mehr besteht die Gefahr, daß es zu Änderungen in der Produktionsstruktur kommt, die sich nach Erholung der Auslands- und der Investitionsnachfrage als Fehlanpassungen erweisen können.

41. Darüber hinaus ergeben sich für das Volumen des Konjunkturprogramms Begrenzungen aus folgenden Gründen:

— Die Haushaltslage der Gebietskörperschaften ist zur Zeit äußerst angespannt. Den Bund erwartet — auch ohne das Konjunkturprogramm — im Jahre 1975 ein Finanzierungsdefizit von über 40 Mrd DM. Einige Länder haben bereits jetzt einen beunruhigend hohen Schuldenstand; sie scheuen künftige Zinslasten und werden sich kaum über ihren Anteil an der Konjunkturausgleichsrücklage hinaus an der Finanzierung des Programms beteiligen wollen. Noch schlechter ist die Lage bei vielen Gemeinden; sie sind finanziell so beengt, daß es massiver Hilfen von Bund und Ländern bedürfen wird, um sie zur Mitwirkung an dem Konjunkturprogramm zu bewegen.

— Der Vorrat an Projekten, die bei staatlichen und kommunalen Stellen vorhanden sind, ist vermutlich groß. Die Begrenzung ergibt sich daraus, daß sie auch vergabereif sein müssen. Da der größte Teil der öffentlichen Sachinvestitionen im kommunalen Bereich vorgenommen wird, ist es wahrscheinlich, daß die Gemeinden die meisten Projekte präsentieren können. Der Umfang der Anmeldungen hängt indes auch davon ab, welche Auflagen den Gemeinden dabei gemacht werden.

42. Die Auswahl der zu fördernden Projekte sollte nach den folgenden Merkmalen bestimmt werden:

— Die bereitgestellten Mittel müssen für beschäftigungswirksame Projekte verwendet werden; denn es kommt darauf an, daß die Arbeitslosigkeit, die für die nächsten Monate zu erwarten ist, gemildert wird.

— Die Aufträge müssen kurzfristig vergeben werden können, damit die beschäftigungsstützende Wirkung bald eintritt. Deshalb ist auch darauf zu drängen, daß die Projekte zügig vorangetrieben werden. Bei einer Verschleppung besteht zudem die Gefahr, daß sie im nächsten Aufschwung stören.

— Die Projekte müssen aus Programmen vorgezogen werden, die für zukünftige Planungsperioden vorgesehen sind. Weniger günstig, aber vertretbar ist, wenn sie lediglich an die Stelle von solchen Vorhaben treten, die wegen Kürzungen in den laufenden Haushalten fortgefallen sind; daher ist anzustreben, daß die öffentlichen Haushalte wie geplant, das heißt ohne Kürzungen, vollzogen werden.

— Die Folgekosten müssen gering sein, damit sie in den ohnehin für die Zukunft stark belasteten öffentlichen Haushalten untergebracht werden können. Diese Forderung ist auch insofern von Bedeutung, als wegen des Vorziehens von Projekten Folgekosten früher als geplant eintreten.

43. Aufgrund der genannten Merkmale könnten öffentliche Investitionen und die Förderung privater Baumaßnahmen die Schwerpunkte des Konjunkturprogramms bilden. Beim Bund ist dabei an Ausgaben für Bahn und Post sowie für den Straßenbau, bei den Ländern an Tief-, mehr noch an Hochbauprojekte zu denken. Im kommunalen Bereich kommen vor allem Ausgaben zur Verbesserung der Infrastruktur und wiederum Hochbaumaßnahmen in Betracht.

Der Förderung des privaten Wohnungsbaus steht entgegen, daß es in der Bundesrepublik zur Zeit mindestens 200 000 ungenutzte Wohnungen gibt. Angesichts dieses Angebotsüberschusses (auch beim sozialen Wohnungsbau) ist eine generelle Unterstützung des Neubaus von Wohnungen nicht gerechtfertigt. Der Staat könnte aber in jenen Regionen Hilfe leisten, die in der Wohnungsversorgung zurückgeblieben sind.

Näher liegt, die Modernisierung von Altbauwohnungen in das Konjunkturprogramm einzubeziehen. Bestehende Programme könnten den Rahmen hierfür abgeben. Im übrigen ist anzustreben, daß die administrative Abwicklung beschleunigt wird, und es sollte auch geprüft werden, was an Auflagen (zum Beispiel in Form von Mietpreisbindungen und Verwendungsvorschriften) geändert werden kann.

44. Ein solcherart ausgestaltetes Konjunkturprogramm würde vor allem der Bauwirtschaft zugute

kommen. Gegen beschäftigungsfördernde Maßnahmen in diesem Bereich dürfte jedoch eingewendet werden, daß hier Überkapazitäten abgebaut werden müssen und daß Stützungsmaßnahmen daher unangebracht seien. Andererseits ist zu bedenken, daß dieser Rückbildungsprozeß durch den Konjunktureinbruch beschleunigt wurde und daß das anstehende Konjunkturprogramm auf eine Verstetigung des Kapazitätsabbaus sowie auf eine Sicherung der mittelfristig benötigten Baukapazität hinwirkt.

45. Von den Trägern des Konjunkturprogramms werden der Bund und die Länder ihre Projekte selbst finanzieren. Das ist den Gemeinden nicht möglich. Bund und Länder werden vielmehr dafür sorgen müssen, daß der Finanzierungsanteil der Kommunen klein gehalten wird; wahrscheinlich sind außerdem Zinsverbilligungsmaßnahmen nötig, damit die Gemeinden am Konjunkturprogramm mitwirken.

Bund und Länder werden auch die Hilfen für den (gezielten) Neubau von Wohnungen und für die Altbaumodernisierung bereitstellen müssen. Aus Finanzierungsgründen sind dabei Maßnahmen zur Zinsverbilligung den sogenannten verlorenen Zuschüssen vorzuziehen.

Es sollte auch erwogen werden, die Förderung auf den Ersatz von Zinskosten zu begrenzen, die den privaten Bauwilligen für die Zeitspanne des Vorziehens von Projekten entstehen. Ebenso könnte der Bund zum Beispiel gegenüber der Bahn verfahren und auch gegenüber den Ländern, die infolge ihres geringen Anteils an der Konjunkturausgleichsrücklage Schwierigkeiten haben, die ihnen aus dem Konjunkturprogramm entstehenden Ausgaben zu finanzieren. Der Vorteil dieser Förderungsmaßnahme besteht nicht nur darin, daß sie vergleichsweise billig ist. Man darf auch sicher sein, daß die zu fördernden Projekte von den Begünstigten sorgfältig ausgesucht werden, weil diese — abgesehen von den Beschleunigungskosten — für die Finanzierung selber aufkommen müssen.

46. Über das Volumen des Konjunkturprogramms sind in der Öffentlichkeit sehr unterschiedliche Meinungen geäußert worden. Innerhalb der Bundesregierung wird ein Programm diskutiert, das in seiner Größe (etwa 4,8 Mrd DM) im wesentlichen durch die Höhe der Konjunkturausgleichsrücklage begrenzt wird. Trotz der Finanzierungsprobleme, die mittelfristig schwerer wiegen als kurzfristig, sollte das Volumen des Programms dadurch bestimmt werden, in welchem Umfang Projekte vergabereif sind, die den oben genannten Merkmalen genügen. Wenn Projekte dieser Art in ausreichendem Maße vorgelegt werden können, sollte man sich nicht scheuen, das Programm zu erweitern. Daß der innerhalb der Bundesregierung diskutierte Umfang bei Beachtung aller Kriterien allzuweit überschritten werden könnte, halten wir für wenig wahrscheinlich.

47. Auf mittlere Sicht Ausgabenpläne kürzen und auf kurze Sicht für zusätzliche sorgen, das ist eine schwierige Aufgabenkombination, die hohe Ansprüche an das politische Handeln stellt. Die wachsende Sorge um ein Ausufern der Verschuldung der öffentlichen Hand erfordert, daß bei der **Planung der Haushalte für 1976** ein entscheidender Schritt in Richtung auf eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen getan wird. Trotz der unbefriedigenden konjunkturellen Lage muß es 1976 gelingen, den Ausgabenzuwachs des Staates so einzuschränken, daß ein Ansteigen der Haushaltsdefizite verhindert wird. Das ist freilich nur der erste Schritt eines Konsolidierungsprozesses, unter dem heute — oft etwas unklar — das Abtragen von als zu hoch empfundenen Defiziten in den öffentlichen Haushalten verstanden wird. Nach der Konzeption des konjunkturneutralen Haushalts läßt sich Konsolidierung — genauer — als der Abbau desjenigen Teils des Haushaltsdefizits beschreiben, der über das hinausgeht, was von der laufenden Verschuldung als mittelfristig normal gelten kann und was konjunkturbedingt ist. Es handelt sich, anders ausgedrückt, um denjenigen Teil des Defizits, der über das konjunkturneutrale Kreditvolumen hinausgeht.

48. Wie groß die Konsolidierungsaufgabe des Staates ist, wird deutlich, wenn man den öffentlichen Gesamthaushalt des Jahres 1975 betrachtet. Der konjunkturelle Impuls in Höhe von 40 Mrd DM (Ziffer 15) ist um einen Betrag von 10 Mrd DM zu bereinigen; dieser steht für die konjunkturbedingten Sonderprogramme aus dem Vorjahr und Finanzhilfen an die Bundesanstalt für Arbeit. Es bleibt dann ein Betrag von 30 Mrd DM, den man als strukturelles Defizit bezeichnen kann und der konsolidiert werden muß. Selbst wenn man unterstellt, daß sich die Privaten an eine höhere Verschuldungsquote des Staates gewöhnt haben oder daß sie gewöhnt werden können und daß deshalb die dauerhafte Normalverschuldung höher angesetzt werden kann, so wird das doch nur für einen Teil des strukturellen Defizits in Betracht kommen, und es bleibt ein großer Rest, der nur durch Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen zu decken ist.

49. Soll im Jahre 1976 ein wesentlicher Teil der Konsolidierungsaufgabe bewältigt werden, dann muß das strukturelle Defizit im Verhältnis zu demjenigen des Jahres 1975 deutlich abnehmen. Selbst wenn bei der Planung der öffentlichen Haushalte für 1976 ganz außergewöhnliche Anstrengungen unternommen werden, um den Ausgabenanstieg zu bremsen, wird sich die Expansionsrate kaum unter 6 vH bis 7 vH drücken lassen. Daraus ergibt sich, wenn man für 1975 ein Ausgabenvolumen von 360 Mrd DM unterstellt, ein konjunktureller Impuls (einschließlich Sonderfaktoren), der etwas niedriger ist als in diesem Jahr und der im nächsten Jahr zu der erwünschten konjunkturellen Belebung beträchtlich beitragen kann. Da die Sonderfaktoren (das oben beschriebene Sonderprogramm, der größere Teil der Investitionszulage und abermals Finanzhilfen an die Bundesanstalt für Arbeit) 1976 noch stärker zu Buche schlagen werden als 1975, verbleibt für das nächste Jahr ein strukturelles Defizit in der Größe von 20 bis 25 Mrd DM. Das wäre der Betrag, für den die Konsolidierung auf das nachfolgende Jahr vertagt werden müßte.

50. Die Begrenzung auf einen Ausgabenzuwachs der öffentlichen Haushalte im Jahre 1976 auf 6 vH bis 7 vH wird rigorose Kürzungen bei den laufenden Ausgaben erfordern. Insbesondere bei den Personalausgaben, aber auch bei den Zuweisungen und Zuschüssen muß es wohl zu schmerzhaften Beschränkungen kommen, zumal von den öffentlichen Investitionen aus konjunkturellen Gründen expansive Impulse ausgehen sollen.

51. Über die konjunkturelle Entwicklung im Jahr 1976 besteht noch ein erhebliches Maß an Unsicherheit. Daher empfiehlt es sich, auch andere Varianten der wirtschaftlichen Entwicklung in die Überlegungen zu möglichen Strategien der Finanzpolitik einzubeziehen. So ist nicht auszuschließen, daß sich die Konjunktur besser entwickelt, als wir oben beschrieben haben. Die Steuereinnahmen würden dementsprechend zunehmen, die öffentlichen Haushalte kämen mit einer geringeren Verschuldung aus. Sorge bereitet vor allem, daß die konjunkturelle Belebung nicht so kräftig wie oben aufgezeigt vorankommen könnte. Für diesen ungünstigen Fall muß die Finanzpolitik gerüstet sein. Daher sollten die Gebietskörperschaften, die ihre vergabereifen Investitionsprojekte infolge der Konjunkturprogramme für 1974 und 1975 in beträchtlichem Umfang abgebaut haben, die Planungen ihrer Projekte für die folgenden Haushaltsjahre beschleunigen. Denn in einem Bedarfsfall muß ein ausreichender Vorrat an vergabereifen Projekten zur Verfügung stehen. Um noch weiter für einen solchen Fall vorzusorgen, könnte der Bund den Ländern und (über die Länder) insbesondere den Gemeinden versprechen, für vorsorglich vorbereitete Projekte Finanzhilfen zu leisten, falls zur Stützung der Konjunktur zusätzliche Maßnahmen erforderlich sein sollten. Das wäre zugleich ein Beitrag zur Erweiterung des konjunkturpolitischen Instrumentariums im föderativen Staat.

Einkommenspolitik

52. Die Lohnpolitik der kommenden Tarifrunde steht vor einer Situation, die viel Einfühlung erfordert. Denn was an Lohnerhöhungen angesichts des großen Kapazitätsspielraums leicht zu verkraften sein wird, wenn der Aufschwung einmal begonnen hat und das Verhältnis von Produktion und eingesetzten Ressourcen sich wieder verbessert, das kann sich, solange die Produktion stagniert, lähmend auf die noch unsicheren Erwartungen legen. Es nützt also zunächst nur wenig, daß 1976 das unausgenutzte Produktionspotential für beide Tarifpartner Expansionschancen bereithält; solange sich die Aufschwungstendenzen nicht durchgesetzt haben, wirkt sich auch ein mäßiger Lohnabschluß primär in einer weiteren Verschlechterung der Ertragslage aus, und die Kaufkraftwirkung steigender Einkommen, die bei aufwärtsgerichteten Erwartungen im Vordergrund stünde, kommt nicht zum Zuge.

53. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß diese Situation von den Tarifparteien nicht anders eingeschätzt wird. Die Gewerkschaften haben wohl erkannt, daß es nicht nur angesichts der stagnierenden Ertragserwartungen in den Unternehmen, sondern auch angesichts ihrer eigenen Verteilungserfolge zu rechtfertigen ist, bei den Lohnforderungen der nächsten Runde Zurückhaltung zu üben. Zugleich aber steht ihnen die Erfahrung des Jahres 1968 vor Augen. So wenig sie gegen eine Erholung der Gewinne einwenden können, so sehr müssen sie eine erneute Gewinnexplosion fürchten, die dann einer im nachhinein unnötig erscheinenden Lohnzurückhaltung zugerechnet wird. Die Folgen können auch der Unternehmerseite nicht gleichgültig sein. Zwar braucht für 1976 die Wahrscheinlichkeit einer Gewinnexplosion nicht hoch eingeschätzt zu werden. Aber schon ihre Möglichkeit kann die Lohnverhandlungen stören. Es liegt bei den Tarifpartnern, für diesen Fall Vorkehrungen zu treffen, die den Beginn des Aufschwungs nicht belasten.

54. Was die Tarifverhandlungen ergeben, mag je nach der Situation der Branche über den erwartbaren Kaufkraftschwund hinausgehen oder auch nicht — auf der Unternehmerseite wird man sicherlich erkennen, daß es kurzsichtig wäre, den Versuchungen nachzugeben, die in der durch die Unterbeschäftigung geschaffenen Machtposition liegen. Bei der nächsten Lohnrunde maßvolle Lohnsteigerungen zu haben, ist gesamtwirtschaftlich sicherlich von großer Bedeutung. Die Zielvorstellung, diese sollten so niedrig wie irgend möglich gehalten werden, hat jedoch weniger Anziehungskraft als die Hoffnung, die Tarifpartner möchten jetzt einen Weg finden, der auf mittlere Sicht die Chancen für Vollbeschäftigung wieder verbessert.

55. Mehrere Gründe sprechen dafür, daß die Investitionen einen größeren Anteil am Sozialprodukt erreichen müssen als in den letzten Jahren:

- Bei sinkender Kapitalproduktivität kann eine gleichbleibende Wachstumsrate nur durch zunehmende Investitionen gesichert werden (JG 74 Ziffer 222).
- Zusätzliche Arbeitsplätze müssen geschaffen werden, um denjenigen Teil der derzeitigen Erwerbslosigkeit dauerhaft wieder zu beseitigen, der nicht auf konjunkturell bedingter Freisetzung beruht, und um darüber hinaus Beschäftigungsmöglichkeiten für den in den kommenden Jahren zu erwartenden Zuwachs an Erwerbspersonen zu schaffen.
- Der investive Aufwand wird vielfach auch dadurch erhöht, daß Produktionsprozesse weniger umweltschädlich gestaltet, Arbeits- und Lernbedingungen verbessert, knappe Ressourcen sparsamer verwendet, neue Energiequellen erschlossen werden müssen.

Der Zuwachs des privaten und öffentlichen Konsums wird durch die Notwendigkeit, Produktivkräfte zur Erfüllung dieser Aufgaben bereitzustellen, dauerhaft nur insoweit beeinträchtigt, als die erforderlichen Aufwendungen nicht von einmaliger Art sind oder nicht mit produktivitätserhöhenden Effekten einhergehen. Vorübergehend aber könnte es unumgänglich sein, daß sich das Verhältnis von

Konsum und Investitionen zugunsten dieser verschiebt, selbst wenn man berücksichtigt, daß ein nicht unerheblicher Betrag für zusätzliche Investitionen zur Verfügung steht, wenn sich der Außenbeitrag normalisiert.

56. In der öffentlichen Diskussion überwiegt zur Zeit die Befürchtung, den Unternehmen könnten die Grundlagen der Investitionstätigkeit — Ertragsaussichten und Risikobereitschaft — dauerhaft entzogen werden. Zum Beleg wird auf die Lohnkosten und die staatlich verordneten Leistungen und Abgaben verwiesen, die in den letzten Jahren ein ungewöhnliches Steigerungstempo und — im Vergleich zu anderen Industrienationen — ein hohes Niveau erreicht haben. Diese wurden im Zusammentreffen mit verringertem Wachstum und geldpolitisch immer enger gezogenen Grenzen der Überwälzung zu gravierenden Belastungen, und es spricht vieles dafür, daß ihre Steigerung geringer gewesen wäre, hätten sich alle Beteiligten zeitiger darauf eingestellt, daß ihre Ansprüche das Erfüllbare überstiegen und der Ausweg in die Inflation eine Sackgasse ist.

Die Diskussion dieses Sachverhalts hat die nützliche Funktion, die Begrenztheit der Mittel wieder sichtbar zu machen, die in einer gegebenen Zeitspanne zur Hebung des Wohlstandes einsetzbar sind. Das Streben nach mehr Verteilungsgerechtigkeit hebt sich selber auf, wenn es die Produktion des Verteilbaren gefährdet. Die öffentliche Verarbeitung dieses Erfahrungssatzes wird den Unternehmern den Spielraum zurückgeben, den sie zum Investieren brauchen. Freilich besteht kein Grund, diesen Spielraum weiter zu ziehen, als es der gesamtwirtschaftlichen Funktion der Gewinne entspricht.

57. Die öffentliche Diskussion hat sich auch einer zweiten Dimension des Problems bereits angenommen, nämlich der Frage, unter welchen Bedingungen Arbeitnehmer motiviert sein könnten, sich in ihren Ansprüchen an das Verteilbare zurückzuhalten. Eine wichtige Bedingung besteht zweifellos darin, daß den Arbeitnehmern die Furcht genommen werden müßte, ihre Zurückhaltung werde dazu mißbraucht, Streben nach mehr Verteilungsgerechtigkeit zu suspendieren. Diese Befürchtung gründet sich vor allem darauf, daß der Zuwachs an Vermögen, der durch die Investitionen entsteht, allein den Kapitaleignern zufällt. Das muß nicht so sein. Die Arbeitnehmer können durchaus am Ertrag des Sachkapitals beteiligt werden und damit ihre Verteilungsposition wahren, ja sie sogar verbessern, wenn sie bereit sind, in begrenztem Umfange auch Risiko zu übernehmen. Eine der denkbaren Methoden solcher Beteiligung hat der Sachverständigenrat vor einiger Zeit (JG 72 Ziffern 501 ff.) zur Diskussion gestellt, um zu veranschaulichen, daß auf diese Weise dem Verteilungskampf eine neue Dimension gewonnen wird, die zugleich die Investitionen und damit die Produktion des Verteilbaren nicht gefährdet. Die Chance der kommenden Jahre, durch investive Verwendung der aufschwungsbedingten Gewinne ein hohes Beschäftigungsniveau bei Wachstum und Stabilität zurückzugewinnen und zu sichern, wird schwerlich genutzt, wenn die Tarifpartner darauf beharren, die Vermögenspolitik auch weiterhin aus ihren Verhandlungen auszuklammern.

V.
Methodische Erläuterungen

Zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)

1. Verwendete Symbole für die Jahre t, t + 1, . . ., t + n:

K_t	Bruttoanlagevermögen am Jahresanfang
$\frac{1}{2}(K_t+K_{t+1})$	jahresdurchschnittliches Bruttoanlagevermögen
Y_t	reales Bruttoinlandsprodukt
Y_t^*	gesamtwirtschaftliches Produktionspotential
P_t^*	Produktionspotential des Sektors Unternehmen
k_t	statistisch gemessene Kapitalproduktivität
$\hat{k}_t$	trendmäßige Kapitalproduktivität
k_t^*	trendmäßige Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten
u_t	Zufallsvariable
λ_t	Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials

2. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential setzt sich additiv zusammen aus dem potentiellen Produktionsvolumen des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) und den Beiträgen des Staates, der Wohnungsvermietung und der privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter zum realen Bruttoinlandsprodukt. Beim Staat und den übrigen Bereichen außerhalb des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) wird dabei angenommen, daß deren Produktionspotential stets voll ausgelastet und damit mit ihren Beiträgen zum Bruttoinlandsprodukt identisch ist.

   Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials errechnet sich nach der Relation:

$$\lambda_t = \frac{Y_t}{Y_t^*}$$

3. Das Produktionspotential des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) ist das Produkt des jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögens und der von Auslastungsschwankungen bereinigten trendmäßigen Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten:

$$P_t^* = \frac{k_t^*}{2}(K_t + K_{t+1})$$

4. Die Berechnung der in die Potentialschätzung eingehenden Kapitalproduktivitäten erfolgt in zwei Schritten. Zunächst werden trendmäßige Kapitalproduktivitäten mit Hilfe einer logarithmisch-linearen Trendfunktion errechnet:

$$\log \hat{k}_t = \log a + t \log b + u_t$$

   Darauf erhält man die Kapitalproduktivität für die Potentialberechnung dadurch, daß der Trend parallel durch denjenigen Wert der empirisch gemessenen Kapitalproduktivität im jeweiligen Stützbereich verschoben wird, der von seinem Trendwert am weitesten nach oben abweicht:

$$\log k_t^* = a_0 + \log \hat{k}_t,$$
$$\text{wobei } a_0 = \max [\log k_t - \log \hat{k}_t] \text{ ist.}$$

   Als Stützbereich für die Trendberechnung wird eine Periode von konstanter Länge angenommen, die die Dauer von etwa zwei Konjunkturzyklen umfaßt und die jeweils um das abgelaufene Jahr aktualisiert wird, um den Trendverlauf möglichst gegenwartsnah zu bestimmen. Der so berechnete Trend geht ausschließlich in die Potentialschätzung des Berichtszeitraumes ein.

5. Das Produktionspotential bei Normalauslastung der Sachkapazitäten des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) wurde ermittelt als Produkt des jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögens und der von Auslastungsschwankungen bereinigten trendmäßigen Kapitalproduktivität bei einer Auslastung der Sachanlagen wie im langfristigen Durchschnitt, der zwischen 97 vH und 97½ vH liegt. Hinzugefügt wurden, um das Produktionspotential bei durchschnittlicher Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Sachkapazitäten zu bestimmen, die Beiträge des Staates, der Wohnungsvermietung und der privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter zum realen Bruttoinlandsprodukt. Für diese Bereiche wurde folglich angenommen, daß ihre Sachkapazitäten stets voll ausgelastet waren.

   Um zu vermeiden, daß das Produktionspotential bei Normalauslastung Jahr für Jahr allein deshalb schwankt, weil sich der durchschnittliche Auslastungsgrad ändert, gehen wir künftig bei unseren Rechnungen von einem festen Wert für die Normalauslastung aus (97,25).

6. Über die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Potentialwachstums wurden folgende Annahmen gemacht:

— Bei der Fortschreibung des vom Statistischen Bundesamt geschätzten Bruttoanlagevermögens bis zum Jahresende 1976 wurde davon ausgegangen, daß die realen Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen 1975 um 4 vH abnehmen und 1976 um knapp 6 vH zunehmen.

— Die rechnerischen Abgänge wurden nach einem Verfahren geschätzt, das einer quasilogistischen Verteilungsfunktion ähnelt.

— Für die Berechnung der trendmäßigen Kapitalproduktivität in den Jahren 1975 und 1976 wurde als Stützbereich die Periode 1965 bis 1974 zugrunde gelegt. Der Trend wurde durch die empirisch gemessene Kapitalproduktivität des Jahres 1970 verschoben.

Zur Berechnung der bereinigten Zentralbankgeldmenge

1. Die Zentralbankgeldmenge ist in der von uns verwendeten Abgrenzung definiert als

(1) $Z_t = BG_t + MR_t + \ddot{U}R_t$

Die Symbole haben folgende Bedeutung:

Z Zentralbankgeldmenge

BG Bargeldumlauf

MR Mindestreserven

ÜR Überschußreserven

t Zeitindex

Die Bereinigung der Mindestreserven um den Effekt von Reservesatzänderungen erfolgt mit Hilfe eines Korrekturpostens

(2) $MR_t^b = MR_t + K_t$

Dabei bedeuten:

MR^b Bereinigte Mindestreserven

K Korrekturposten

Es ist

(3) $K_t = \sum_{\tau=t_o}^{t} \triangle K_\tau$

mit

(4) $\triangle K_\tau = -(r_\tau - r_{\tau-1})\, E_{\tau-1}$

Dabei bedeuten

r Reservesatz

E Reservepflichtige Bankeinlagen

τ Zeitindex für die Kumulation des Korrekturpostens

t_o Zeitpunkt, zu welchem die Kumulation des Korrekturpostens begonnen wird

Die bereinigte Zentralbankgeldmenge Z^b ergibt sich dann als

(5) $Z_t^b = BG_t + (MR_t + K_t) + \ddot{U}R_t$

2. Gelten für unterschiedliche Einlagearten verschiedene Reservesätze, so ist r ein durchschnittlicher Reservesatz (Reserve-Soll in vH der reservepflichtigen Einlagen), welcher nicht nur auf mindestreservepolitische Maßnahmen, sondern auch auf vom Publikum und von den Banken bewirkte Verschiebungen in der Einlagenstruktur reagiert. Da die Zentralbankgeldmenge nur um die reinen Effekte mindestreservepolitischer Maßnahmen bereinigt werden soll, muß die Bereinigung nach einzelnen Einlagearten getrennt vorgenommen werden. Für die Mindestreserven gilt

(6) $MR_t = \sum_{i=1}^{n} r_{it}\, E_{it}$

Dabei ist

i Index der Einlagearten, für die unterschiedliche Reservesätze gelten

Die Bereinigung erfolgt getrennt für jede Einlagenart nach den Formeln (2) bis (4). Die nach einzelnen Einlagearten bereinigte Zentralbankgeldmenge ist dann

(7) $Z_t^b = BG_t + \sum_{i=1}^{n} (r_{it}E_{it} + K_{it}) + \ddot{U}R_t$

Nach Ausdruck (7) wird die Zentralbankgeldmenge nur um den reinen Effekt mindestreservepolitisch bewirkter Reservesatzänderungen bereinigt, denn für den Korrekturposten gilt

(8) $\triangle K_\tau = \sum_{i=1}^{n} -(r_{i\tau} - r_{i\tau-1})\, E_{i\tau-1}$

Dieser Ausdruck ist nur dann ungleich Null, wenn die Bundesbank wenigstens einen der Reservesätze zwischen zwei Zeitpunkten ändert.

3. Die „Zentralbankgeldmenge bei konstanten Reservesätzen", wie sie die Bundesbank berechnet, ist zu jedem Zeitpunkt t wie folgt definiert:

$Z_t^{KR} = BG_t + \sum_{i=1}^{n} r_i^o\, E_{it}^I$

Dabei ist

E_{it}^I Reservepflichtige Verbindlichkeiten gegenüber Inländern

r_i^o Reservesatz für die Einlagenart i in der Basisperiode.

Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushaltes

A. Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

P_t^* Produktionspotential in Preisen von 1962 im Jahr t

p_t „konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus (Deflator des Bruttosozialproduktes) im Jahr t (in vH)

P_t^n Produktionspotential, inflationiert mit dem Deflator des Bruttosozialproduktes im Vorjahr (t — 1) und der „konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus (p_t) im Jahr t

P_t^i Produktionspotential in jeweiligen Preisen (Deflator des Bruttosozialproduktes) im Jahr t

l_v Normalauslastungsgrad des Produktionspotentials (in vH)

G_t^i tatsächliche Staatsausgaben im Jahr t

g_o Anteil der Staatsausgaben am Produktionspotential (Staatsquote) im Basisjahr (in vH)

G_t^n Staatsausgaben im Jahr t bei gleichem Staatsanteil am Produktionspotential wie im Basisjahr: $\frac{(g_o \cdot P_t^n)}{100}$

Y_t^i Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen im Jahr t

Y_t^v Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials (P_t^n) im Jahr t

Y_t^n Bruttosozialprodukt bei „konjunkturneutralem" Preisniveau im Jahr t

t_o volkswirtschaftliche Steuerquote (Anteil der tatsächlichen Steuereinnahmen am Bruttosozialprodukt) im Basisjahr (in vH)

t_t volkswirtschaftliche Steuerquote im Jahr t (in vH)

T_t^v Vollbeschäftigungssteuereinnahmen im Jahr t bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr

T_t^n Vollbeschäftigungssteuereinnahmen im Jahr t bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr: $\frac{(t \cdot Y_t^v)}{100}$

H_t^n konjunkturneutrales Haushaltsvolumen im Jahr t

n_t konjunkturneutrale Staatsquote im Jahr t (in vH)

b_t beanspruchte Staatsquote im Jahr t (in vH)

i_t realisierte Staatsquote im Jahr t (in vH)

S_o sonstige Einnahmen im Basisjahr

S_t sonstige Einnahmen im Jahr t

K_o^n potentialorientierte Kreditaufnahme im Basisjahr

K_t^n potentialorientierte Kreditaufnahme im Jahr t

F_o^i tatsächlicher Finanzierungssaldo im Basisjahr

B. Definitionen

$$Y_t^v = \frac{l_v \cdot P_t^n}{100}$$

$$Y_t^n = Y_t^i \frac{P_t^n}{P_t^i}$$

$$T_t^v = \frac{t_t \cdot Y_t^v}{100}$$

$$T_t^n = \frac{t_o \cdot Y_t^v}{100}$$

$$H_t^n = \frac{g_o \cdot P_t^n}{100} + \frac{(t_t - t_o)\, Y_t^v}{100}$$

Die Differenz der Steuerquoten des laufenden Jahres (t_t) und des Basisjahres (t_o) — als Maß für Veränderungen in den Entzugseffekten des Steuersystems — gewichten wir seit 1974, anders als bei den Rechnungen in früheren Gutachten, nicht mehr mit dem Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen (Y_t^i), sondern mit dem Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen (Y_t^v). Hierdurch sollen konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen im Steueraufkommen besser als bisher bei der Ermittlung des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens ausgeschaltet werden. Konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen in den Steuerquoten vermögen wir allerdings nach wie vor nicht hinreichend genau zu erfassen (siehe JG 70 Ziffer 341).

Konjunktureller Impuls:

$H_t^n > G_t^i$: kontraktiv

$H_t^n = G_t^i$: konjunkturneutral

$H_t^n < G_t^i$: expansiv

konjunkturneutrale Staatsquote: $n_t = \frac{H_t^n}{P_t^n} \cdot 100$

beanspruchte Staatsquote: $b_t = \frac{G_t^i}{P_t^n} \cdot 100$

realisierte Staatsquote: $i_t = \frac{G_t^i}{P_t^i} \cdot 100$

potentialorientierte Kreditaufnahme im Basisjahr:

$$K_o^n = F_o^i + \frac{t_o}{100} \cdot (y_o^n - Y_o^v)$$

C. Zur Berechnung der Steigerungsrate für eine konjunkturneutrale Ausweitung der Staatsausgaben (bezogen auf die Ist-Ausgaben des Vorjahres)

$$\left(\frac{H^n_{t+1}}{G^i_t} - 1\right) \cdot 100 = \left[\frac{\left(\frac{H^n_t}{G^i_t} \cdot \frac{P^i_t}{P^n_t}\right) \cdot \left(\frac{P^r_{t+1}}{P^r_t}\right) \cdot (100 + p_{t+1})}{100} + \frac{(t_{t+1} - t_t)\, Y^v_{t+1}}{G^i_t \cdot 100} - 1\right] \cdot 100 =$$

$$= \left[\frac{\left(\frac{P^r_{t+1}}{P^r_t} \cdot \frac{(100 + p_{t+1})}{100}\right)}{\frac{i_t}{n_t}} + \frac{(t_{t+1} - t_t)\, Y^v_{t+1}}{G^i_t \cdot 100} - 1\right] \cdot 100$$

Zwischen den Werten der konjunkturneutralen Steigerungsrate in Zeile (b) der Tabelle 27 und den Werten in den Zeilen (c), (d), (e) und (f) besteht folgender Zusammenhang:

$$b = \left[\frac{\frac{[100 + (c)]}{100} \cdot \frac{[100 + (d)]}{100}}{\frac{100 - (f)}{100}} + \frac{(e)}{100} - 1\right] \cdot 100$$

Die Größe (f) ist eine Zusammenfassung der in Tabelle 18 des Jahresgutachtens 1971 ausgewiesenen Größen (f) und (g).

D. Zur Berechnung des konjunkturneutralen Finanzierungssaldos

(a) potentialorientierte Kreditaufnahme:

$$K^n_t = K^n_0 \cdot \frac{P^n_t}{P^n_0}$$

Diese Größe tritt an die Stelle der früher ausgewiesenen „konjunkturneutralen längerfristigen Kreditaufnahme" zuzüglich der auslastungs- und inflationsbedingten Änderung im Deckungsbeitrag dieser Größe (früher zusammen mit (d)).

(b) auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. Mindereinnahmen:

$$\frac{t_o}{100} \cdot (Y^n_t - Y^v_t)$$

(c) inflationsbedingte Steuermehreinnahmen:

$$\frac{t_o}{100} \cdot (Y^i_t - Y^n_t)$$

(d) Änderung im Deckungsbeitrag der „Sonstigen Einnahmen":

$$\left(S_t - S_o \frac{P^n_t}{P^i_o}\right)$$

Der konjunkturneutrale Finanzierungssaldo ergibt sich als Summe der Komponenten (a) bis (d).

VI.
Statistischer Anhang

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland	Seite	208
Tabellenteil	Seite	211
Teil A, Internationale Tabellen	Tabellen	1 * — 11 *
Teil B, Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland	Tabellen	12 * — 58 *

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland

1. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat und private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft oder mindestens die Kosten deckt. Hierzu gehören unter anderem auch landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe und Freie Berufe, ferner Bundesbahn, Bundespost und sonstige öffentliche Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform. Einbezogen in den Unternehmenssektor ist auch die Wohnungsvermietung einschließlich der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Der **Staat** umfaßt folgende öffentliche Körperschaften: Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschließlich Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände, und zwar Hoheits- und Kämmereiverwaltungen (also nicht ihre Unternehmen), ferner Zweckverbände, soweit sie Aufgaben erfüllen, die denen der Gebietskörperschaften entsprechen, und die Sozialversicherung einschließlich der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst. In die Sozialversicherung einbezogen ist ein fiktiver Pensionsfonds für Beamte, der unterstellt werden muß, damit das Einkommen der Beamten mit dem anderer Arbeitnehmergruppen vergleichbar dargestellt werden kann.

In den Sektor der **privaten Haushalte** sind die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle und wissenschaftliche Organisationen, politische Parteien, Gewerkschaften, Sportvereine, gesellige Vereine usw., die wie der Staat ihre Leistungen überwiegend ohne Entgelt „verkaufen".

2. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Umsatz, Bestandsveränderungen an Halb- und Fertigfabrikaten, selbsterstellte Anlagen) der Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die sogenannten Vorleistungen (Materialeinsatz usw.) ab, erhält man den Beitrag der Bereiche zum **Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen.**

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Institutionen von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt gezahlt worden sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen.**

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus dem (Privaten und Staats-) Verbrauch, den Investitionen und den Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus der übrigen Welt) nach Abzug der Einfuhren von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen für die übrige Welt).

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen.** Hieraus leitet sich durch Kürzung um die indirekten (bei der Gewinnermittlung abzugsfähigen) Steuern und durch Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten** ab. Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

Die einzelnen Begriffe hängen, schematisch dargestellt, wie folgt zusammen:

	Bruttoinlandsprodukt
+	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt
=	Bruttosozialprodukt
—	Abschreibungen
=	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
—	Indirekte Steuern
+	Subventionen
=	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen

3. Verteilung des Volkseinkommens

Das Volkseinkommen ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern zugeflossen sind.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Das **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfaßt die Bruttolohn- und -gehaltssumme, die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und die zusätzlichen Sozialaufwendungen der Arbeitgeber für Krankheitsfälle, Altersvorsorge u. ä.

Das **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthält das Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Nettopachten, Einkommen aus immateriellen Werten, Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie Einkommen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf die öffentliche Schuld. Dazu kommen die nicht ausgeschütteten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.).

Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten noch die direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Beiträge zur Sozialversicherung.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte usw. vom Staat und von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen sowie die an die übrige Welt geleisteten laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschließlich als auch ohne nichtentnommene Gewinne der Einzelunternehmen und Personengesellschaften dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den Privaten Verbrauch abzieht.

4. Verwendung des Sozialprodukts

In der Verwendungsrechnung werden der Private Verbrauch, der Staatsverbrauch, die Investitionen und der Außenbeitrag unterschieden.

Der **Private Verbrauch** umfaßt die Güter- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke sowie den Eigenverbrauch (Käufe minus Verkäufe, ohne Investitionsgüter) der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen und ähnliches. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum Privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Investitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** entspricht den Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Zu den Aufwendungen für Verwaltungsleistungen zählen die Waren- und Dienstleistungskäufe des Staates (ohne Käufe von Investitionsgütern für zivile Zwecke), die Einkommen der im Staatsdienst Beschäftigten, ferner unterstellte Nettomieten für die vom Staat benutzten eigenen Gebäude und Abschreibungen auf diese Anlagen und das bewegliche Sachvermögen. Um den Staatsverbrauch zu ermitteln, wird von den Aufwendungen der Wert der Staatsleistungen abgesetzt, die verkauft oder für die Gebühren erhoben werden. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke zählen auch die Käufe von Rüstungsgütern und militärischen Bauten. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum Privaten Verbrauch.

Die **Investitionen** setzen sich aus Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die gesamten privaten und staatlichen Käufe dauerhafter Produktionsmittel sowie die selbsterstellten Anlagen. Als dauerhaft werden in diesem Zusammenhang diejenigen Produktionsmittel angesehen, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, sonstige gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** ist zu Wiederbeschaffungspreisen bewertet und damit frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus den preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Als **Außenbeitrag** wird die Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen bezeichnet. Erfaßt werden die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt. Einbezogen in die Ausfuhr sind Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben; in der Einfuhr sind die an die übrige Welt geflossenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen enthalten.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die DDR und Berlin (Ost) umfaßt.

5. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1962) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindizes auf der Basis 1962. Diese

Preisindizes haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb" des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1962; die Entwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Weitere Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe werden in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen gegeben.

Tabellenteil

Tabelle 1*

Bevölkerung und Erwerbstätige in den EG-Ländern

1 000

Jahr	EG insgesamt [1]	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
					Gesamtbevölkerung					
1960	172 232	55 433	45 684	50 198	11 483	9 119	315	52 559	2 832	4 581
1961	173 983	56 175	46 163	50 523	11 637	9 166	319	52 956	2 818	4 617
1962	176 020	56 837	46 998	50 843	11 801	9 218	323	53 414	2 830	4 647
1963	177 976	57 389	47 816	51 198	11 964	9 283	326	53 691	2 850	4 684
1964	179 703	57 971	48 310	51 600	12 125	9 367	330	54 033	2 864	4 720
1965	181 438	58 619	48 758	51 987	12 293	9 448	333	54 377	2 876	4 758
1966	182 942	59 148	49 164	52 332	12 455	9 508	335	54 653	2 884	4 797
1967	183 990	59 286	49 548	52 667	12 597	9 557	335	54 933	2 900	4 839
1968	185 053	59 500	49 914	52 987	12 726	9 590	337	55 157	2 913	4 867
1969	186 523	60 067	50 315	53 317	12 873	9 613	339	55 372	2 926	4 891
1970	188 100	60 651	50 778	53 661	13 032	9 638	340	55 522	2 950	4 929
1971	189 750	61 284	51 249	54 005	13 194	9 673	345	55 712	2 978	4 960
1972	191 172	61 669	51 703	54 411	13 330	9 711	348	55 882	3 014	4 994
1973	256 647	61 976	52 143	54 898	13 438	...	353	56 021	3 051	5 027
					Erwerbstätige					
1960	74 117	26 092	19 600	20 630	4 182	3 481	135	24 313	1 055	2 054
1961	74 617	26 453	19 601	20 677	4 243	3 510	133	24 598	1 053	2 084
1962	74 687	26 545	19 664	20 450	4 328	3 566	134	24 770	1 060	2 116
1963	74 702	26 608	19 843	20 139	4 387	3 592	133	24 800	1 066	2 142
1964	74 994	26 630	20 060	20 066	4 464	3 641	134	25 083	1 071	2 186
1965	74 867	26 780	20 123	19 680	4 502	3 648	135	25 320	1 069	2 226
1966	74 658	26 698	20 246	19 377	4 537	3 665	135	25 479	1 066	2 264
1967	74 046	25 829	20 312	19 596	4 523	3 654	133	25 106	1 060	2 312
1968	74 073	25 850	20 291	19 585	4 565	3 650	132	24 927	1 063	2 320
1969	75 027	26 251	20 615	19 676	4 641	3 711	133	24 938	1 066	2 342
1970	75 780	26 582	20 905	19 686	4 696	3 774	137	24 777	1 053	2 374
1971	76 032	26 650	21 033	19 669	4 724	3 816	140	24 427	1 055	2 382
1972	75 771	26 592	21 169	19 376	4 677	3 814	144	24 437	1 046	2 388
1973	104 687	26 659	21 452	19 487	4 673	...	147	24 963	1 052	2 407

[1] Bis 1972 EG der Sechs, 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 2*

Beschäftigte Arbeitnehmer [1]) und Arbeitslose [2]) in den EG-Ländern

1 000

Jahr	EG insgesamt [3])	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
	Beschäftigte Arbeitnehmer									
1960	52 272	20 102	13 944	12 257	3 296	2 579	94	22 547	650	1 580
1961	53 360	20 592	14 092	12 588	3 369	2 623	96	22 839	650	1 613
1962	54 319	20 887	14 297	12 885	3 465	2 688	97	23 024	659	1 647
1963	55 196	21 125	14 607	13 093	3 536	2 738	98	23 067	669	1 668
1964	55 927	21 361	14 942	13 088	3 623	2 813	100	23 363	680	1 710
1965	56 163	21 650	15 113	12 780	3 676	2 842	102	23 614	702	1 741
1966	56 362	21 662	15 337	12 669	3 722	2 868	104	23 785	702	1 754
1967	56 034	20 933	15 503	12 918	3 718	2 859	103	23 335	705	1 803
1968	56 465	21 065	15 587	13 076	3 775	2 858	104	23 149	715	1 839
1969	57 952	21 647	16 022	13 388	3 865	2 924	106	23 090	726	1 856
1970	59 187	22 160	16 431	13 552	3 933	3 000	110	22 919	725	1 902
1971	59 839	22 339	16 683	13 671	3 972	3 059	114	22 560	737	1 909
1972	60 131	22 372	16 939	13 688	3 936	3 077	119	22 545	732	1 947
1973	86 687	22 511	17 341	13 863	3 940	...	123	23 072	743	1 969
	Arbeitslose									
1960	1 381	271	130	836	30	114	.	377	31	31
1961	1 113	181	111	710	22	89	.	347	27	24
1962	983	155	123	611	23	71	.	467	27	22
1963	914	186	140	504	25	59	.	558	30	32
1964	904	169	114	549	22	50	.	404	29	19
1965	1 085	147	142	714	27	55	.	347	29	16
1966	1 167	161	148	759	37	62	.	361	32	18
1967	1 498	459	196	679	79	85	.	559	36	22
1968	1 436	323	254	684	72	103	.	586	37	39
1969	1 195	179	223	655	53	85	.	581	36	31
1970	1 137	149	262	609	46	71	.	618	42	24
1971	1 265	185	338	609	62	71	.	799	42	30
1972	1 522	246	384	697	108	87	.	885	48	30
1973	2 231	273	394	668	110	92	.	630	44	20
1974	2 604	582	498	560	135	105	.	631	48	45

[1]) Quelle: SAEG.
[2]) Quelle: UN-Monthly Bulletin, ILO-Bulletin of Labour Statistics, ILO-International Labour Review.
[3]) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun.

Tabelle 3*

Bruttoinlandsprodukt in den EG-Ländern [1])

Mrd Eur

Jahr	EG insgesamt [2])	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
					in jeweiligen Preisen und Wechselkursen					
1960	188,3	71,3	59,7	34,6	11,0	11,1	0,5	71,4	1,8	5,9
1961	210,0	81,9	65,1	38,6	12,1	11,8	0,5	76,1	1,9	6,6
1962	231,7	89,4	72,6	43,4	13,1	12,7	0,5	79,7	2,1	7,4
1963	254,8	95,2	81,4	49,7	14,3	13,6	0,6	84,7	2,2	7,9
1964	281,5	104,4	90,1	54,3	16,8	15,3	0,6	92,3	2,5	9,0
1965	306,7	114,3	97,9	58,4	18,7	16,6	0,7	99,1	2,7	10,1
1966	328,8	121,7	104,9	63,2	20,4	17,9	0,7	105,6	2,8	11,1
1967	347,7	122,8	113,1	69,6	22,4	19,1	0,7	109,4	3,0	12,0
1968	378,9	133,7	124,0	75,1	24,8	20,5	0,8	103,2	3,0	12,3
1969	421,7	151,9	135,3	82,7	28,1	22,7	0,9	110,0	3,5	14,1
1970	477,2	185,5	141,0	92,7	31,6	25,3	1,1	120,6	3,9	15,6
1971	528,2	206,2	157,0	100,5	35,8	27,7	1,1	134,4	4,4	17,0
1972	594,8	235,7	176,0	108,4	41,8	31,7	1,2	142,4	5,0	19,1
1973	836,0	276,1	199,8	110,0	47,7	...	1,5	137,9	5,1	21,9
					in Preisen und Wechselkursen von 1970					
1960	287,5	116,3	81,7	54,1	.	15,6	0,8	92,6	.	9,7
1961	304,4	122,8	86,4	58,5	.	16,4	0,8	95,6	.	10,3
1962	320,4	128,0	91,9	62,1	.	17,3	0,8	96,5	.	10,9
1963	334,6	132,3	96,9	65,6	21,0	18,0	0,8	100,4	.	11,0
1964	354,2	141,0	103,0	67,3	22,8	19,3	0,9	106,0	.	12,0
1965	372,1	148,7	109,1	69,4	24,0	20,0	0,9	108,2	.	12,6
1966	385,9	152,8	113,5	73,4	24,7	20,6	0,9	110,3	.	12,9
1967	398,0	152,3	118,9	78,6	26,0	21,4	0,9	112,9	.	13,5
1968	421,4	162,4	124,5	83,6	27,7	22,3	0,9	116,8	.	14,0
1969	450,9	175,1	133,1	88,3	29,6	23,8	1,0	118,1	.	15,2
1970	477,2	185,5	141,0	92,7	31,6	25,3	1,1	120,6	3,9	15,6
1971	494,6	191,3	148,6	94,4	33,0	26,2	1,1	123,3	4,0	16,2
1972	515,2	198,0	156,7	97,5	34,4	27,5	1,1	127,2	4,2	16,9
1973	699,9	208,3	165,8	103,5	35,9	...	1,2	134,0	4,5	17,6

[1]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).

[2]) Bis 1972 EG der Sechs, 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 4*

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in den EG-Ländern [1])

Eur

Jahr	EG insgesamt [2])	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
					in jeweiligen Preisen und Wechselkursen					
1960	2 541	2 735	3 047	1 678	2 633	3 201	3 833	2 936	1 685	2 875
1961	2 814	3 095	3 319	1 866	2 851	3 376	3 751	3 095	1 817	3 144
1962	3 103	3 367	3 693	2 122	3 035	3 554	3 977	3 219	1 952	3 489
1963	3 411	3 580	4 103	2 467	3 249	3 793	4 212	3 415	2 086	3 669
1964	3 753	3 922	4 490	2 706	3 757	4 189	4 824	3 681	2 363	4 109
1965	4 096	4 267	4 867	2 970	4 160	4 551	5 003	3 915	2 520	4 533
1966	4 404	4 558	5 181	3 263	4 495	4 872	5 185	4 147	2 667	4 892
1967	4 696	4 754	5 567	3 553	4 947	5 232	5 341	4 357	2 869	5 199
1968	5 115	5 172	6 112	3 836	5 435	5 604	5 872	4 140	2 821	5 310
1969	5 621	5 788	6 565	4 203	6 054	6 119	6 769	4 411	3 247	6 012
1970	6 297	6 978	6 744	4 709	6 740	6 712	7 763	4 867	3 681	6 560
1971	6 947	7 735	7 463	5 108	7 588	7 265	7 698	5 502	4 199	7 156
1972	7 851	8 863	8 314	5 597	8 938	8 311	8 468	5 825	4 771	7 994
1973	7 986	10 358	9 313	5 643	10 206	...	9 931	5 524	4 859	9 103
					in Preisen und Wechselkursen von 1970					
1960	3 879	4 459	4 169	2 622	.	4 495	5 666	3 809	.	4 731
1961	4 079	4 642	4 406	2 830	.	4 681	5 855	3 885	.	4 961
1962	4 290	4 821	4 675	3 038	.	4 847	5 937	3 898	.	5 163
1963	4 479	4 971	4 884	3 256	4 784	5 021	6 086	4 047	.	5 132
1964	4 724	5 294	5 136	3 354	5 105	5 299	6 471	4 225	.	5 495
1965	4 970	5 552	5 421	3 528	5 329	5 476	6 581	4 272	.	5 642
1966	5 170	5 725	5 604	3 790	5 438	5 633	6 653	4 329	.	5 700
1967	5 376	5 896	5 853	4 010	5 746	5 862	6 787	4 497	.	5 818
1968	5 689	6 284	6 134	4 266	6 076	6 110	7 163	4 686	.	6 019
1969	6 010	6 669	6 458	4 487	6 381	6 405	7 663	4 736	.	6 474
1970	6 297	6 978	6 744	4 709	6 740	6 712	7 763	4 867	3 681	6 560
1971	6 505	7 179	7 065	4 800	6 993	6 862	7 632	5 049	3 815	6 781
1972	6 800	7 447	7 402	5 030	7 357	7 218	7 740	5 203	4 002	7 090
1973	6 685	7 812	7 729	5 310	7 673	...	8 151	5 368	4 248	7 329

[1]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).

[2]) Bis 1972 EG der Sechs, 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 5*

Verfügbares Nettovolkseinkommen [1]) und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in den EG-Ländern [2])

Mrd Eur in jeweiligen Wechselkursen

Jahr	EG insgesamt [3])	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
					Verfügbares Nettovolkseinkommen [1])					
1960	169,9	64,5	52,7	32,0	10,1	10,1	0,5	65,8	1,8	5,4
1961	189,0	73,5	57,4	35,7	11,1	10,8	0,4	70,1	1,9	6,0
1962	208,3	79,7	64,4	40,2	12,0	11,5	0,5	73,5	2,0	6,8
1963	228,9	84,6	72,4	46,0	13,1	12,4	0,5	78,2	2,2	7,2
1964	252,6	92,6	80,0	50,1	15,4	13,9	0,6	85,0	2,5	8,2
1965	274,7	100,8	87,0	54,0	17,2	15,1	0,6	91,4	2,6	9,2
1966	294,2	107,1	93,0	58,6	18,7	16,2	0,6	96,9	2,7	10,1
1967	310,7	107,5	100,2	64,5	20,5	17,4	0,6	100,2	2,9	11,0
1968	338,7	117,3	109,7	69,7	22,7	18,6	0,7	94,3	2,9	11,2
1969	377,1	133,4	119,8	76,7	25,8	20,5	0,7	100,5	3,3	12,9
1970	424,5	162,2	124,4	85,2	29,0	22,8	0,9	110,0	3,7	14,2
1971	468,7	179,3	138,3	92,5	32,7	25,0	0,9	122,2	4,2	15,5
1972	527,5	204,7	154,9	99,9	38,3	28,7	1,0	128,7	4,8	17,3
1973	743,4	240,0	175,8	100,5	44,0	...	1,2	124,1	4,9	20,1
					Einkommen aus unselbständiger Arbeit					
1960	85,4	33,6	26,7	14,5	5,2	5,1	0,2	42,6	0,8	2,8
1961	96,9	39,4	29,8	16,1	6,0	5,4	0,2	46,1	0,9	3,2
1962	109,4	44,0	33,8	18,8	6,6	5,9	0,3	48,6	1,0	3,6
1963	122,8	47,3	38,5	22,8	7,4	6,5	0,3	51,1	1,1	3,8
1964	136,7	51,8	42,8	25,6	8,8	7,3	0,3	55,4	1,2	4,4
1965	148,9	57,2	46,2	27,0	10,0	8,1	0,4	59,8	1,3	5,1
1966	161,0	61,6	50,0	28,9	11,3	8,9	0,4	64,0	1,4	5,6
1967	169,8	61,7	54,0	31,9	12,3	9,6	0,4	65,3	1,5	6,1
1968	185,3	66,3	60,1	34,8	13,5	10,2	0,4	61,0	1,5	6,3
1969	208,5	76,0	66,8	38,3	15,7	11,2	0,4	65,2	1,7	7,2
1970	241,7	96,3	69,5	44,8	18,0	12,6	0,5	72,8	2,0	8,2
1971	274,2	109,3	78,0	51,3	20,6	14,4	0,6	80,6	2,3	9,3
1972	310,8	125,5	87,5	56,5	23,7	16,9	0,7	86,0	2,6	10,3
1973	455,8	149,9	100,8	58,8	27,4	...	0,8	84,2	2,6	12,0

[1]) Nettosozialprodukt zu Marktpreisen.
[2]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).
[3]) Bis 1972 EG der Sechs, 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 6*

Privater Verbrauch in den EG-Ländern [1])

Mrd Eur

Jahr	EG insgesamt [2])	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
					in jeweiligen Preisen und Wechselkursen					
1960	117,6	43,2	37,2	22,8	6,4	7,7	0,3	47,1	1,4	3,9
1961	130,3	49,1	40,7	25,0	7,2	8,0	0,3	49,6	1,5	4,3
1962	143,9	53,7	45,5	28,1	7,9	8,4	0,3	52,6	1,6	4,8
1963	159,5	57,3	51,4	32,7	8,8	9,1	0,3	55,8	1,7	5,1
1964	173,0	61,7	56,0	35,4	9,9	9,7	0,4	59,5	1,9	5,7
1965	187,8	67,9	60,0	38,0	11,0	10,6	0,4	63,2	2,0	6,3
1966	203,5	73,3	64,7	41,8	11,9	11,3	0,4	67,0	2,1	7,0
1967	216,9	75,5	70,1	46,0	12,9	11,9	0,4	69,1	2,2	7,6
1968	232,9	80,0	76,5	48,9	14,0	13,0	0,5	65,0	2,2	7,7
1969	256,3	89,5	82,9	53,4	16,0	14,1	0,5	68,9	2,5	8,7
1970	285,3	106,6	84,9	60,3	18,0	15,1	0,6	74,7	2,8	9,4
1971	316,7	119,1	95,0	65,2	20,2	16,6	0,6	83,1	3,1	10,1
1972	357,1	137,1	106,4	70,7	23,3	18,9	0,7	89,7	3,3	10,9
1973	503,0	158,8	120,5	72,1	26,3	...	0,8	87,1	3,3	12,3
					in Preisen und Wechselkursen von 1970					
1960	172,4	67,6	50,1	33,7	.	10,4	0,4	59,9	.	6,1
1961	182,0	71,2	53,0	36,1	.	10,6	0,4	61,2	.	6,6
1962	192,5	74,6	56,7	38,4	.	11,0	0,4	62,5	.	6,9
1963	203,6	77,3	60,7	41,6	12,1	11,5	0,4	65,1	.	6,9
1964	212,7	80,9	63,9	42,8	12,8	11,8	0,5	67,0	.	7,5
1965	223,2	85,7	66,8	44,3	13,7	12,3	0,5	68,0	.	7,7
1966	233,8	89,2	70,0	47,4	14,1	12,7	0,5	69,2	.	8,1
1967	242,9	90,4	73,7	50,7	14,7	13,0	0,5	70,8	.	8,3
1968	252,9	93,7	76,4	53,0	15,6	13,7	0,5	72,7	.	8,5
1969	269,4	100,4	81,2	56,2	16,7	14,4	0,5	73,0	.	9,3
1970	285,3	106,6	84,9	60,3	18,0	15,1	0,6	74,7	2,8	9,4
1971	298,8	112,0	90,0	62,0	18,6	15,6	0,6	76,7	2,8	9,6
1972	312,0	116,3	95,1	64,0	19,3	16,5	0,6	81,3	2,9	9,9
1973	424,5	119,5	100,7	67,7	19,7	...	0,6	85,1	3,1	10,3

[1]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).

[2]) Bis 1972 EG der Sechs, 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 7*

Staatsverbrauch in den EG-Ländern [1])

Mrd Eur

Jahr	EG insgesamt [2])	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
	in jeweiligen Preisen und Wechselkursen									
1960	22,3	7,3	7,9	4,2	1,5	1,4	0,0	11,8	0,2	0,7
1961	25,1	8,7	8,6	4,6	1,7	1,4	0,0	12,7	0,2	0,9
1962	28,8	10,2	9,7	5,4	1,9	1,6	0,1	13,6	0,3	1,0
1963	32,9	11,4	10,9	6,6	2,2	1,8	0,1	14,4	0,3	1,1
1964	35,6	11,7	11,9	7,5	2,6	1,9	0,1	15,3	0,3	1,3
1965	39,3	13,1	12,6	8,5	2,9	2,1	0,1	16,8	0,4	1,5
1966	42,1	14,1	13,4	9,0	3,2	2,3	0,1	18,2	0,4	1,8
1967	44,9	14,8	14,4	9,5	3,6	2,6	0,1	19,8	0,4	2,0
1968	48,4	15,2	16,2	10,2	3,9	2,8	0,1	18,4	0,4	2,2
1969	53,6	17,4	17,5	11,0	4,5	3,1	0,1	19,2	0,5	2,4
1970	60,1	21,6	18,1	11,7	5,2	3,4	0,1	21,6	0,6	3,1
1971	70,3	25,8	20,3	14,2	6,0	3,9	0,1	24,6	0,7	3,7
1972	79,8	29,7	22,4	15,9	7,0	4,6	0,1	26,7	0,8	4,1
1973	121,5	35,8	25,1	15,9	7,9	...	0,2	25,9	0,8	4,8
	in Preisen und Wechselkursen von 1970									
1960	41,2	14,1	13,2	8,1	.	2,0	0,1	17,5	.	1,6
1961	43,2	15,2	13,6	8,5	.	2,0	0,1	18,0	.	1,7
1962	46,2	17,0	14,1	8,8	.	2,2	0,1	18,7	.	1,9
1963	48,5	18,2	14,3	9,2	4,2	2,5	0,1	19,0	.	1,9
1964	49,6	18,2	14,8	9,7	4,3	2,6	0,1	19,3	.	2,1
1965	51,5	19,1	15,1	10,1	4,4	2,7	0,1	19,8	.	2,1
1966	52,4	19,2	15,4	10,5	4,5	2,8	0,1	20,4	.	2,3
1967	54,1	19,7	16,0	10,8	4,6	3,0	0,1	21,6	.	2,4
1968	55,5	19,6	16,7	11,3	4,7	3,1	0,1	21,6	.	2,6
1969	57,8	20,5	17,5	11,6	4,9	3,3	0,1	21,3	.	2,8
1970	60,1	21,6	18,1	11,7	5,2	3,4	0,1	21,6	0,6	3,1
1971	63,3	23,3	18,8	12,3	5,3	3,6	0,1	22,2	0,6	3,3
1972	65,7	24,3	19,2	12,9	5,5	3,8	0,1	23,2	0,7	3,5
1973	96,4	25,3	19,7	13,3	5,5	...	0,1	24,1	0,7	3,7

[1]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).

[2]) Bis 1972 EG der Sechs, 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 8*

Bruttoanlageinvestitionen in den EG-Ländern [1])

Mrd Eur

Jahr	EG insgesamt [2])	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
					in jeweiligen Preisen und Wechselkursen					
1960	41,3	17,3	11,3	7,7	2,6	2,2	0,1	11,8	0,3	1,2
1961	48,4	20,8	13,1	8,8	3,0	2,4	0,1	13,2	0,3	1,4
1962	54,4	23,4	14,8	10,1	3,2	2,7	0,1	13,5	0,4	1,5
1963	59,7	24,8	16,8	11,7	3,4	2,8	0,2	14,1	0,4	1,6
1964	68,1	28,4	19,9	11,9	4,3	3,4	0,2	16,8	0,5	2,0
1965	73,4	30,6	23,1	11,1	4,7	3,7	0,2	18,1	0,6	2,2
1966	77,3	31,6	24,4	11,7	5,3	4,1	0,2	19,2	0,6	2,4
1967	79,1	28,6	26,7	13,4	5,9	4,4	0,2	20,5	0,6	2,7
1968	86,8	31,2	29,3	15,2	6,6	4,4	0,2	19,4	0,6	2,6
1969	98,8	37,1	32,4	17,3	6,9	4,8	0,2	20,3	0,8	3,1
1970	117,5	49,5	34,2	19,7	8,1	5,7	0,3	22,2	0,9	3,4
1971	129,8	55,6	38,2	20,4	9,2	6,1	0,3	24,5	1,1	3,7
1972	143,6	62,1	42,9	21,4	10,0	6,8	0,3	26,2	1,2	4,2
1973	194,7	69,1	48,8	23,5	11,4	...	0,4	27,2	1,3	5,1
					in Preisen und Wechselkursen von 1970					
1960	63,1	28,9	14,5	12,2	.	3,2	0,2	14,0	.	1,7
1961	70,1	31,7	16,6	13,6	.	3,6	0,2	15,3	.	1,9
1962	75,1	33,5	18,2	14,9	.	3,9	0,2	15,3	.	2,1
1963	78,6	34,3	19,5	16,1	4,6	3,9	0,3	15,5	.	2,0
1964	85,9	38,3	22,2	15,1	5,5	4,4	0,3	18,1	.	2,5
1965	89,8	40,1	25,1	13,9	5,8	4,6	0,2	18,8	.	2,6
1966	92,3	40,5	25,9	14,4	6,3	4,9	0,2	19,3	.	2,7
1967	93,1	37,2	27,7	16,1	6,8	5,1	0,2	20,6	.	2,9
1968	100,3	40,0	29,6	17,9	7,5	5,0	0,2	21,6	.	2,9
1969	109,0	44,6	32,3	19,2	7,4	5,3	0,2	21,8	.	3,3
1970	117,5	49,5	34,2	19,7	8,1	5,7	0,3	22,2	0,9	3,4
1971	121,6	51,7	36,5	19,1	8,4	5,6	0,3	22,4	1,0	3,5
1972	126,1	53,2	39,3	19,2	8,2	5,9	0,3	23,0	1,0	3,8
1973	161,6	53,8	41,9	21,1	8,8	...	0,3	24,1	1,1	4,2

[1]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).

[2]) Bis 1972 EG der Sechs, 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 9*

Außenhandel der EG-Länder [1])

Mrd Eur in jeweiligen Preisen und Wechselkursen

Jahr	EG insgesamt [2])	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
					Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen					
1960	36,0	12,9	8,6	4,5	5,3	4,2	0,4	14,5	0,5	1,9
1961	38,8	14,1	9,1	5,1	5,6	4,6	0,4	15,1	0,5	1,9
1962	41,4	14,9	9,4	5,7	5,9	5,1	0,4	15,5	0,5	2,1
1963	45,3	16,2	10,3	6,3	6,4	5,6	0,4	16,3	0,6	2,3
1964	51,1	18,1	11,4	7,3	7,3	6,4	0,5	17,2	0,7	2,6
1965	57,0	19,9	12,8	8,7	8,1	6,9	0,5	18,4	0,7	2,9
1966	63,1	22,4	14,1	9,7	8,6	7,7	0,5	19,7	0,9	3,1
1967	67,8	24,1	15,2	10,6	9,2	8,1	0,5	20,0	1,0	3,2
1968	76,2	27,3	16,5	12,3	10,3	9,1	0,6	21,2	1,0	3,3
1969	88,9	31,6	19,2	14,2	12,2	11,0	0,7	23,5	1,1	3,8
1970	104,6	37,4	22,7	16,0	14,4	12,8	0,9	26,8	1,3	4,2
1971	116,6	41,0	26,5	17,8	16,4	13,9	0,9	30,0	1,4	4,8
1972	132,1	46,7	29,8	20,1	18,8	15,8	0,9	30,1	1,6	5,3
1973	197,8	57,9	36,2	20,9	22,8	...	1,2	32,0	1,8	6,4
					Einfuhr von Waren und Dienstleistungen					
1960	33,7	11,4	7,3	5,2	5,2	4,2	0,4	15,4	0,6	1,9
1961	36,6	12,4	7,8	5,8	5,7	4,7	0,4	15,3	0,7	2,0
1962	40,6	13,9	8,6	6,6	6,0	5,1	0,4	15,5	0,7	2,3
1963	45,8	14,7	9,9	8,2	6,7	5,7	0,5	16,3	0,8	2,3
1964	50,8	16,6	11,4	8,0	7,8	6,5	0,5	18,4	1,0	2,8
1965	55,4	19,7	11,9	8,2	8,4	6,9	0,5	18,7	1,1	3,0
1966	61,1	20,5	13,8	9,5	9,0	7,8	0,5	19,5	1,1	3,2
1967	63,7	20,0	15,0	10,8	9,4	7,9	0,5	20,9	1,2	3,4
1968	70,5	22,8	16,3	11,5	10,3	8,9	0,6	21,9	1,3	3,5
1969	85,2	27,8	20,1	13,9	12,1	10,7	0,6	23,0	1,5	4,1
1970	100,1	33,6	22,1	16,7	14,8	12,1	0,8	25,7	1,7	4,7
1971	100,3	36,9	25,1	18,0	16,4	13,1	0,8	28,0	1,8	5,1
1972	123,5	41,2	28,4	20,6	17,7	14,8	0,9	30,2	1,9	5,2
1973	192,4	48,3	34,8	24,7	21,6	...	1,1	35,3	2,2	6,8

[1]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).

[2]) Bis 1972 EG der Sechs, 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 10*

Industrielle Produktion in den EG-Ländern

1970 = 100

Zeitraum	EG insgesamt [1]	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark
1955	41	43	42	33	36	54	67	67	45	.
1956	44	46	45	35	39	58	72	67	44	.
1957	47	48	49	38	40	58	72	68	43	.
1958	48	50	51	39	40	55	69	67	44	.
1959	51	53	52	44	45	57	73	70	49	.
1960	58	61	57	51	49	62	79	76	52	.
1961	61	64	60	56	51	65	81	76	57	.
1962	64	66	63	61	54	69	78	77	61	.
1963	67	69	67	67	57	74	79	80	64	.
1964	72	74	72	67	63	79	86	86	69	.
1965	75	78	73	71	66	81	87	89	71	.
1966	79	79	79	79	70	82	84	90	75	.
1967	79	77	81	85	73	84	84	90	81	.
1968	85	84	84	91	81	88	88	95	90	.
1969	94	94	94	94	91	97	100	100	97	.
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	.
1971	102	102	104	100	106	103	99	100	104	.
1972	107	106	112	104	111	109	103	102	109	.
1973	114	113	120	114	118	116	115	111	120	.
1974	115	112	123	120	121	121	119	108	123	.
1973 1. Vj.	113	109	125	106	117	116	113	114	112	.
2. Vj.	118	118	125	120	118	119	119	110	124	.
3. Vj.	105	106	103	108	108	107	112	103	119	.
4. Vj.	122	120	129	124	128	122	117	114	123	.
1974 1. Vj.	117	111	132	124	124	124	123	108	120	.
2. Vj.	122	120	130	130	123	129	126	110	129	.
3. Vj.	105	103	106	109	111	111	117	103	120	.
4. Vj.	116	113	125	115	128	122	111	112	122	.
1975 1. Vj.	109	103	120	111	119	116	102	108	109	.
2. Vj.	109	107	115	112	113	112	97	103	...	.

[1] Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Acht; zusammengewogen mit den Anteilen an der Industrieproduktion der EG im Jahre 1970.

Quelle: OECD; Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle

Tabelle 11*

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1970 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Großbritannien	Schweden	Schweiz	Vereinigte Staaten	Kanada	Japan
					Verbraucherpreise [1]						
1960	78	.	68	.	74	67	67	72	76	76	.
1961	80	.	69	.	75	69	69	73	77	77	.
1962	82	73	73	.	76	72	72	76	78	78	.
1963	84	76	78	.	78	74	74	79	79	79	69
1964	86	79	83	.	81	76	77	82	80	81	72
1965	89	81	86	.	84	80	80	84	81	83	77
1966	92	83	88	.	88	83	86	88	84	86	81
1967	93	85	92	.	90	85	89	92	86	89	84
1968	95	89	93	.	93	89	91	94	90	93	88
1969	97	95	95	96	96	94	93	97	94	97	93
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105	106	105	108	104	109	107	107	104	103	106
1972	111	112	111	116	110	117	114	114	108	108	111
1973	119	120	123	126	118	128	121	124	114	116	124
1974	127	137	146	138	133	148	134	136	127	129	154
1975 1. Hj.	133	149	167	148	146	175	143	144	136	139	169
					Erzeuger- bzw. Großhandelspreise [1]						
1960	88	76	77	79	82	73	.	83	86	.	88
1961	89	78	78	78	82	75	.	83	86	84	89
1962	90	78	80	79	83	77	.	86	86	85	87
1963	90	80	84	81	85	78	81	90	86	86	89
1964	91	83	87	86	89	80	86	91	86	87	89
1965	94	84	88	89	90	82	87	91	88	88	90
1966	95	86	90	93	92	85	89	93	90	90	92
1967	94	85	89	93	91	86	89	93	91	92	94
1968	94 a)	84	90	94	91	90	90 a)	93	93	94	94
1969	95 a)	93	93	94 a)	95	93	94 a)	96	97	98	97
1970	100 a)	100	100	100 a)	100	100	100 a)	100	100	100	100
1971	104 a)	102	103	101 a)	99 a)	109	103 a)	102	103	102	99
1972	107 a)	107	108	105 a)	104 a)	115	107 a)	106	108	107	100
1973	114 a)	123	126 a)	118 a)	116 a)	123 a)	120 a)	117	122	120	116
1974	129 a)	158	177 a)	134 a)	136 a)	152 a)	148 a)	136	145	144	152
1975 1. Hj.	135 a)	151	190 a)	140 a)	136 a)	181 a)	177 a)	135	156	158	156

[1]) Nationale Quellen.
a) Ohne Mehrwertsteuer.

noch Tabelle 11*

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1970 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Großbritannien	Schweden	Schweiz	Vereinigte Staaten	Kanada	Japan
					Durchschnittswerte der Ausfuhr [2]						
1967	95	85	93	95	92	84	89	92	90	93	91
1968	95	84	92	94	91	90	89	95	92	95	91
1969	97	91	96	96	96	93	92	96	95	97	95
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	103	106	105	102	97	105	105	104	103	100	100
1972	103	107	109	103	99	110	109	109	107	103	99
1973	107	118	127	110	108	125	120	112	124	118	107
1974	123	147	180	141	136	159	153	127	159	156	148
1975 1. Hj.	132	...	...	...	...	187	...	132	178	...	155
					Durchschnittswerte der Einfuhr [2]						
1967	100	88	96	93	93	83	90	89	90	94	96
1968	98	85	96	91	93	93	91	92	91	96	95
1969	100	90	97	93	96	96	93	94	93	98	95
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	99	104	106	104	102	105	106	101	105	102	102
1972	97	104	109	103	101	109	107	103	113	104	94
1973	103	112	139	111	109	138	121	110	134	112	107
1974	129	166	241	154	142	210	165	132	199	138	188
1975 1. Hj.	127	...	...	...	...	231	...	129	225	...	210
					Bruttostundenverdienste in der Industrie [3]						
1969	87	91	82	90	92	91	88	94	95	92	85
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	111	111	114	112	111	113	108	110	106	109	114
1972	121	124	125	126	126	128	124	119	113	118	132
1973	134	139	156	143	147	145	134	130	121	128	163
1974	147	165	191	168	178	170	149	144	131	145	206
1975 1. Hj.	156	187	234	186	204	206	161	154	140	163	183
					Anteil am Warenhandel [4] der Bundesrepublik Deutschland in vH						
1970—1974	×	*12,6*	*8,9*	*11,8*	*8,7*	*4,1*	*3,0*	*4,3*	*8,7*	*1,0*	*1,8*

[2] Quelle: IMF; Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle.
[3] Quelle: OECD; Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle. — Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien, Großbritannien, Schweiz: Tarifliche Stundenlöhne. — Japan: Bruttomonatsverdienste.
[4] Einfuhr + Ausfuhr.

Tabelle 12*

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Zeitraum	Einwohner (Wohnbevölkerung)	Erwerbspersonen	Erwerbsquote [1]	Erwerbstätige			Offene Stellen	Arbeitslose	Arbeitslosenquote [3]
				insgesamt	darunter Abhängige				
					zusammen	darunter nichtdeutsche Arbeitnehmer [2]			
	1 000		vH	1 000					vH
1950	46 908	21 577	*46,0*	19 997	13 674	.	116	1 580	*10,4*
1951	47 413	21 952	*46,3*	20 520	14 286	.	116	1 432	*9,1*
1952	47 728	22 289	*46,7*	20 910	14 754	.	115	1 379	*8,5*
1953	48 172	22 684	*47,1*	21 425	15 344	.	123	1 259	*7,6*
1954	48 710	23 216	*47,7*	21 995	15 968	73	137	1 221	*7,1*
1955 [4]	49 203	23 758	*48,3*	22 830	16 840	80	200	928	*5,2*
1956	49 797	24 196	*48,6*	23 435	17 483	99	219	761	*4,2*
1957	50 434	24 602	*48,8*	23 940	17 992	108	217	662	*3,5*
1958	51 056	24 807	*48,6*	24 124	18 188	127	216	683	*3,6*
1959	51 634	24 857	*48,1*	24 381	18 508	167	280	476	*2,5*
1960	52 183	25 027	*48,0*	24 792	19 005	.	449	235	*1,2*
1960	55 433	26 518	*47,8*	26 247	20 257	279	465	271	*1,3*
1961	56 175	26 772	*47,7*	26 591	20 730	507	552	181	*0,9*
1962	56 837	26 845	*47,2*	26 690	21 032	629	574	155	*0,7*
1963	57 389	26 930	*46,9*	26 744	21 261	773	555	186	*0,9*
1964	57 971	26 922	*46,4*	26 753	21 484	902	609	169	*0,8*
1965	58 619	27 034	*46,1*	26 887	21 757	1 119	649	147	*0,7*
1966	59 148	26 962	*45,6*	26 801	21 765	1 244	540	161	*0,7*
1967	59 286	26 409	*44,5*	25 950	21 054	1 014	302	459	*2,1*
1968	59 500	26 291	*44,2*	25 968	21 183	1 019	488	323	*1,5*
1969	60 067	26 535	*44,2*	26 356	21 752	1 366	747	179	*0,8*
1970	60 651	26 817	*44,2*	26 668	22 246	1 807	795	149	*0,7*
1971	61 284	26 910	*43,9*	26 725	22 414	2 128	648	185	*0,8*
1972	61 669	26 901	*43,6*	26 655	22 435	2 285	546	246	*1,1*
1973	61 976	26 985	*43,5*	26 712	22 564	2 520	572	273	*1,2*
1974	62 054	26 797	*43,2*	26 215	22 152	2 250	315	582	*2,6*
1969 1. Hj.	59 888	26 421	*44,1*	26 179	21 528	1 241	689	242	*1,1*
2. Hj.	60 247	26 648	*44,2*	26 533	21 977	1 490	805	115	*0,5*
1970 1. Hj.	60 532	26 690	*44,1*	26 504	22 036	1 684	806	186	*0,8*
2. Hj.	60 889	26 944	*44,3*	26 832	22 456	1 930	784	112	*0,5*
1971 1. Hj.	61 141	26 847	*43,9*	26 646	22 316	2 048	680	201	*0,9*
2. Hj.	61 427	26 972	*43,9*	26 803	22 512	2 208	616	169	*0,7*
1972 1. Hj.	61 575	26 823	*43,6*	26 542	22 292	2 225	525	281	*1,2*
2. Hj.	61 763	26 981	*43,7*	26 768	22 578	2 344	567	213	*0,9*
1973 1. Hj.	61 881	26 917	*43,5*	26 636	22 482	.	591	281	*1,2*
2. Hj.	62 071	27 055	*43,6*	26 788	22 646	2 595	553	267	*1,2*
1974 1. Hj.	62 074	26 880	*43,3*	26 339	22 250	2 490	342	541	*2,4*
2. Hj.	62 034	26 715	*43,1*	26 091	22 054	...	290	624	*2,8*
1975 1. Hj.	61 916	26 547	*42,9*	25 458	21 460	...	247	1 089	*4,8*

[1]) Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung.
[2]) Jahreszahlen: Bis 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni, ab 1973 Stand Ende Dezember. Halbjahreszahlen ab 2. Hj. 1973: 1. Hj. Stand Ende März, 2. Hj. Stand Ende September.
[3]) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (abhängige Erwerbstätige + Arbeitslose).
[4]) Ohne Saarland und Berlin.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 13*

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Anteil in vH

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche		Land- und Forstwirtschaft [1]		Produzierendes Gewerbe [2]		Handel und Verkehr [3] [4]		Übrige Bereiche [4] [5]	
			Erwerbstätige							
	Selbständige [6]	Abhängige	insgesamt	darunter Abhängige	insgesamt	darunter Abhängige	insgesamt	darunter Abhängige	insgesamt	darunter Abhängige
1950 [7]	31,6	68,4	24,8	5,0	42,6	37,3	16,0	11,6	16,6	14,5
1951	30,4	69,6	23,4	4,5	43,3	38,2	16,8	12,5	16,5	14,4
1952	29,4	70,6	22,2	4,2	43,8	38,7	17,5	13,2	16,6	14,5
1953	28,4	71,6	21,0	3,9	44,5	39,6	18,1	13,8	16,5	14,3
1954	27,4	72,6	19,8	3,6	45,6	40,9	18,1	13,9	16,4	14,3
1955 [7]	26,2	73,8	18,6	3,2	46,7	42,2	18,5	14,3	16,2	14,1
1956	25,4	74,6	17,7	3,0	47,5	43,1	18,7	14,5	16,2	14,0
1957	24,8	75,2	17,0	2,8	47,4	43,0	19,3	15,1	16,4	14,2
1958	24,6	75,4	16,3	2,6	47,5	43,2	19,4	15,1	16,7	14,5
1959	24,0	76,0	15,5	2,4	47,7	43,4	19,6	15,2	17,2	15,0
1960	23,0	76,9	14,4	2,2	48,2	43,9	19,9	15,7	17,5	15,2
1960	22,8	77,2	13,6	1,9	47,6	43,9	17,5	13,1	21,2	18,3
1961	22,0	78,0	13,0	1,7	48,2	44,6	17,4	13,2	21,4	18,5
1962	21,2	78,8	12,4	1,6	48,4	44,8	17,3	13,4	21,9	19,1
1963	20,5	79,5	11,8	1,5	48,4	44,9	17,6	13,7	22,2	19,4
1964	19,7	80,3	11,2	1,5	48,4	45,0	17,6	13,9	22,7	20,0
1965	19,1	80,9	10,7	1,4	48,9	45,4	17,6	14,0	22,9	20,2
1966	18,8	81,2	10,4	1,3	48,6	45,2	17,7	14,0	23,3	20,6
1967	18,9	81,1	10,2	1,2	47,3	44,0	18,0	14,3	24,5	21,6
1968	18,4	81,6	9,7	1,2	47,6	44,5	17,8	14,3	24,8	21,7
1969	17,5	82,5	9,1	1,1	48,5	45,5	17,6	14,2	24,8	21,7
1970	16,6	83,4	8,5	1,1	48,8	45,8	17,5	14,2	25,2	22,3
1971	16,1	83,9	8,0	1,1	48,6	45,7	17,7	14,4	25,7	22,7
1972	15,8	84,2	7,6	1,0	48,1	45,1	18,0	14,7	26,3	23,3
1973	15,5	84,5	7,3	1,0	48,0	45,1	18,0	14,8	26,6	23,6
1974	15,7	84,3	7,4	1,0	47,3	44,3	18,0	14,7	27,3	24,3

[1] Einschließlich Tierhaltung und Fischerei.
[2] Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe.
[3] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[4] Ab 1960 geänderte Abgrenzung durch Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik von 1961.
[5] Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, sonstige Dienstleistungen und Wohnungsvermietung, Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung, ohne Angabe des Wirtschaftsbereiches.
[6] Einschließlich Mithelfende Familienangehörige.
[7] Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 14*

Beiträge zusammengefaßter Wirtschafts

a) Mrd

Zeitraum	Bruttoinlandsprodukt [1]	Land- und Forstwirtschaft [2]	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [4]	Dienstleistungen [5]	Staat [6]	Private Haushalte usw. [7]
			insgesamt	Energiewirtschaft [3] und Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	in jeweiligen Preisen									
1950	98,05	9,98	48,68	5,08	38,30	5,30	19,99	10,00	7,63	1,77
1951	120,01	12,04	61,81	6,27	49,03	6,51	23,75	11,61	8,76	2,04
1952	136,97	13,06	69,80	7,38	54,93	7,49	28,53	13,12	10,14	2,32
1953	147,72	13,16	76,89	8,61	59,35	8,93	29,34	14,68	10,98	2,67
1954	159,06	13,47	83,58	9,25	64,67	9,66	31,01	16,39	11,74	2,87
1955 [8]	182,00	14,23	97,16	9,98	75,28	11,90	36,03	18,57	12,86	3,15
1956	200,95	14,65	107,27	11,36	82,75	13,16	40,04	21,14	14,35	3,50
1957	218,89	15,27	116,04	12,36	89,90	13,78	44,40	23,38	15,99	3,81
1958	234,37	16,16	123,87	12,93	96,00	14,94	47,16	25,60	17,44	4,14
1959	255,14	16,47	136,59	13,51	105,34	17,74	51,28	28,45	17,97	4,38
1960	284,77	17,11	154,72	14,67	120,06	19,99	56,07	32,10	20,06	4,71
1960	302,55	17,31	164,69	15,95	127,55	21,19	59,31	34,44	21,84	4,96
1961	333,45	17,48	182,05	16,04	141,36	24,65	64,17	39,50	24,95	5,30
1962	360,91	17,76	196,16	16,58	151,68	27,90	70,91	43,04	27,33	5,71
1963	384,77	18,91	205,83	17,45	158,34	30,04	76,07	47,47	30,33	6,16
1964	422,14	20,39	227,39	18,07	174,75	34,57	82,40	52,27	33,18	6,51
1965	462,02	19,69	250,07	18,93	194,52	36,62	88,96	58,56	37,76	6,98
1966	492,10	20,71	262,12	19,60	203,12	39,40	94,71	64,71	42,22	7,63
1967	496,86	20,97	257,56	19,29	201,38	36,89	95,82	69,72	44,74	8,05
1968	540,54	20,76	287,70	21,34	226,52	39,84	103,18	76,21	47,85	8,64
1969	605,68	22,45	326,29	22,51	258,63	45,15	112,62	86,10	54,23	9,79
1970	686,96	21,53	375,13	25,95	293,28	55,90	124,84	98,07	63,28	11,11
1971	762,54	22,26	408,29	27,83	315,89	64,57	137,42	114,38	75,24	12,95
1972	834,63	24,78	439,97	30,06	337,85	72,06	150,00	130,35	84,93	14,30
1973 [9]	927,58	26,71	485,85	32,31	378,25	75,29	165,60	147,09	97,67	16,16
1974 [9]	996,66	26,95	505,63	36,37	396,12	73,14	179,57	164,95	112,75	18,41
1969 1. Hj.	283,43	11,26	150,96	10,97	120,74	19,25	52,39	41,76	25,27	4,59
2. Hj.	322,25	11,19	175,33	11,54	137,89	25,90	60,23	44,34	28,96	5,20
1970 1. Hj.	323,62	10,79	175,57	12,75	139,40	23,42	58,10	47,01	30,10	5,25
2. Hj.	363,34	10,74	199,56	13,20	153,88	32,48	66,74	51,06	33,18	5,86
1971 1. Hj.	362,68	10,44	195,02	13,65	152,82	28,55	64,43	55,45	35,51	6,13
2. Hj.	399,86	11,82	213,27	14,18	163,07	36,02	72,99	58,93	39,73	6,82
1972 1. Hj.	397,91	11,48	210,65	14,71	163,39	32,55	69,93	63,75	40,05	6,75
2. Hj.	436,72	13,30	229,32	15,35	174,46	39,51	80,07	66,60	44,88	7,55
1973 1. Hj.	446,18	12,90	236,02	15,89	184,96	35,17	79,45	71,59	45,21	7,51
2. Hj.	481,40	13,81	249,83	16,42	193,29	40,12	86,15	75,50	52,46	8,65
1974 1. Hj. [9]	478,17	13,48	244,35	17,35	192,76	34,24	85,18	80,05	52,18	8,53
2. Hj.	518,49	13,47	261,28	19,02	203,36	38,90	94,39	84,90	60,57	9,88
1975 1. Hj.	497,65	13,56	244,13	...	...	...	91,74	87,24	66,08	

[1] Die Summen der Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen sind ab 1968 größer als das Bruttoinlandsprodukt insgesamt. Die Differenz ergibt sich aus der unterschiedlichen Buchung der Umsatzsteuer auf Investitionsgüter bzw. der Investitionsteuer in der Entstehungs- und Verwendungsrechnung des Sozialprodukts.

[2] Einschließlich Tierhaltung und Fischerei.

[3] Einschließlich Wasserversorgung.

[4] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

Tabelle 14*

bereiche zum Bruttoinlandsprodukt

DM

Bruttoinlandsprodukt	Land- und Forstwirtschaft [2]	Produzierendes Gewerbe insgesamt	Energiewirtschaft [3] und Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel und Verkehr [4]	Dienstleistungen [5]	Staat [6]	Private Haushalte usw. [7]	Zeitraum	
in Preisen von 1962											
143,49	13,01	63,85	8,64	45,08	10,13	29,65	17,58	15,00	4,40	1950	
158,56	14,97	72,76	9,78	51,72	11,26	31,96	18,90	15,57	4,40	1951	
172,58	15,10	81,50	10,26	58,68	12,56	33,97	20,99	16,38	4,64	1952	
186,85	16,18	90,83	10,23	65,45	15,15	36,23	23,02	16,68	4,91	1953	
201,30	15,52	99,91	10,73	73,08	16,10	38,75	24,67	17,47	4,98	1954	
225,57	15,37	115,96	11,81	85,49	18,66	43,68	26,91	18,42	5,23	1955	[8]
241,77	15,27	125,10	12,83	92,41	19,86	48,11	28,96	18,93	5,40	1956	
255,39	15,75	131,40	13,17	98,71	19,52	51,39	30,91	20,32	5,62	1957	
264,42	16,71	136,74	12,95	103,66	20,13	52,11	32,14	21,01	5,71	1958	
283,91	17,25	148,79	13,45	112,99	22,35	56,31	34,26	21,55	5,75	1959	
309,37	17,92	165,47	14,62	127,56	23,29	61,43	36,46	22,51	5,58	1960	
328,59	18,17	176,09	15,90	135,50	24,69	64,96	39,05	24,46	5,86	1960	
347,06	18,35	188,01	16,07	145,06	26,88	67,77	41,35	25,91	5,67	1961	
360,91	17,76	196,16	16,58	151,68	27,90	70,91	43,04	27,33	5,71	1962	
373,28	18,68	202,29	17,20	156,51	28,58	72,98	44,99	28,54	5,80	1963	
398,50	20,13	220,20	17,93	170,59	31,68	76,14	46,87	29,36	5,80	1964	
421,03	17,88	236,20	18,28	185,03	32,89	80,69	49,72	30,74	5,80	1965	
433,01	18,33	242,16	18,89	188,58	34,69	82,50	52,07	32,06	5,89	1966	
432,09	20,50	236,06	18,15	184,41	33,50	82,65	53,86	33,07	5,95	1967	
462,89	21,11	259,11	18,83	205,58	34,70	86,78	55,59	34,24	6,06	1968	
500,94	20,38	286,89	20,10	230,19	36,60	94,00	58,26	35,22	6,19	1969	
530,59	20,63	304,86	22,04	243,81	39,01	99,78	61,90	37,08	6,34	1970	
545,78	21,46	312,26	22,80	248,41	41,05	101,84	64,95	38,80	6,47	1971	
564,14	21,19	322,87	23,55	255,99	43,33	104,13	68,44	40,91	6,60	1972	
592,95	22,80	340,48	24,72	272,66	43,10	109,03	71,36	42,53	6,75	1973	[9]
596,67	24,35	336,32	25,37	270,87	40,08	110,27	74,49	44,34	6,90	1974	[9]
238,35	10,29	135,12	9,85	109,32	15,95	43,73	28,66	17,48	3,07	1969 1. Hj.	
262,59	10,09	151,77	10,25	120,87	20,65	50,27	29,60	17,74	3,12	2. Hj.	
255,37	9,84	146,06	11,00	118,40	16,66	47,45	30,49	18,38	3,15	1970 1. Hj.	
275,22	10,79	158,80	11,04	125,41	22,35	52,33	31,41	18,70	3,19	2. Hj.	
265,14	10,37	151,65	11,40	121,89	18,36	48,61	32,05	19,25	3,21	1971 1. Hj.	
280,64	11,09	160,61	11,40	126,52	22,69	53,23	32,90	19,55	3,26	2. Hj.	
273,60	10,15	156,27	11,77	124,79	19,71	49,68	33,95	20,27	3,28	1972 1. Hj.	
290,54	11,04	166,60	11,78	131,20	23,62	54,45	34,49	20,64	3,32	2. Hj.	
290,11	10,62	166,65	12,38	134,10	20,17	53,02	35,38	21,09	3,35	1973 1. Hj.	
302,84	12,18	173,83	12,34	138,56	22,93	56,01	35,98	21,44	3,40	2. Hj.	
294,95	11,90	166,76	12,63	135,18	18,95	53,82	37,00	22,05	3,42	1974 1. Hj.	[9]
301,72	12,45	169,56	12,74	135,69	21,13	56,45	37,49	22,29	3,48	2. Hj.	[9]
280,20	12,07	152,98	...	...	...	51,20	37,88	26,07		1975 1. Hj.	[9]

[5] Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung und Freie Berufe.
[6] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
[7] Häusliche Dienste und private Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[8] Ohne Saarland und Berlin.
[9] Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 14*

Beiträge zusammengefaßter Wirtschafts

b) Anteil

Zeitraum	Land- und Forstwirtschaft [1]	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [3]	Dienstleistungen [4]	Staat [5]	Private Haushalte usw. [6]
		insgesamt	Energiewirtschaft [2] und Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	in jeweiligen Preisen								
1950	10,2	49,6	5,2	39,1	5,4	20,4	10,2	7,8	1,8
1951	10,0	51,5	5,2	40,9	5,4	19,8	9,7	7,3	1,7
1952	9,5	51,0	5,4	40,1	5,5	20,8	9,6	7,4	1,7
1953	8,9	52,1	5,8	40,2	6,0	19,9	9,9	7,4	1,8
1954	8,5	52,5	5,8	40,7	6,1	19,5	10,3	7,4	1,8
1955 [7]	7,8	53,4	5,5	41,4	6,5	19,8	10,2	7,1	1,7
1956	7,3	53,4	5,7	41,4	6,5	19,9	10,5	7,1	1,7
1957	7,0	53,0	5,6	41,1	6,3	20,3	10,7	7,3	1,7
1958	6,9	52,9	5,5	41,0	6,4	20,1	10,9	7,4	1,8
1959	6,5	53,5	5,3	41,3	7,0	20,1	11,2	7,0	1,7
1960	6,0	54,3	5,2	42,2	7,0	19,7	11,3	7,0	1,7
1960	5,7	54,4	5,3	42,2	7,0	19,6	11,4	7,2	1,6
1961	5,2	54,6	4,6	42,4	7,4	19,2	11,8	7,5	1,6
1962	4,9	54,4	4,6	42,0	7,7	19,6	11,9	7,6	1,6
1963	4,9	53,5	4,5	41,2	7,8	19,8	12,3	7,9	1,6
1964	4,8	53,9	4,3	41,4	8,2	19,5	12,4	7,9	1,5
1965	4,3	54,1	4,1	42,1	7,9	19,3	12,7	8,2	1,5
1966	4,2	53,3	4,0	41,3	8,0	19,2	13,1	8,6	1,6
1967	4,2	51,8	3,9	40,5	7,4	19,3	14,0	9,0	1,6
1968	3,8	52,9	3,9	41,6	7,3	19,0	14,0	8,8	1,6
1969	3,7	53,4	3,7	42,3	7,4	18,4	14,1	8,9	1,6
1970	3,1	54,1	3,7	42,3	8,1	18,0	14,1	9,1	1,6
1971	2,9	53,0	3,6	41,0	8,4	17,8	14,8	9,8	1,7
1972	2,9	52,1	3,6	40,0	8,5	17,8	15,4	10,1	1,7
1973 [8]	2,8	51,7	3,4	40,3	8,0	17,6	15,7	10,4	1,7
1974 [8]	2,7	50,1	3,6	39,3	7,3	17,8	16,4	11,2	1,8
1969 1. Hj.	3,9	52,7	3,8	42,2	6,7	18,3	14,6	8,8	1,6
2. Hj.	3,4	53,9	3,5	42,4	8,0	18,5	13,6	8,9	1,6
1970 1. Hj.	3,3	53,7	3,9	42,7	7,2	17,8	14,4	9,2	1,6
2. Hj.	2,9	54,4	3,6	41,9	8,8	18,2	13,9	9,0	1,6
1971 1. Hj.	2,8	53,1	3,7	41,6	7,8	17,6	15,1	9,7	1,7
2. Hj.	2,9	52,8	3,5	40,4	8,9	18,1	14,6	9,8	1,7
1972 1. Hj.	2,9	52,3	3,7	40,6	8,1	17,4	15,8	9,9	1,7
2. Hj.	3,0	51,9	3,5	39,5	8,9	18,1	15,1	10,2	1,7
1973 1. Hj. [8]	2,8	52,1	3,5	40,9	7,8	17,6	15,8	10,0	1,7
2. Hj. [8]	2,8	51,4	3,4	39,7	8,2	17,7	15,5	10,8	1,8
1974 1. Hj. [8]	2,8	50,5	3,6	39,8	7,1	17,6	16,5	10,8	1,8
2. Hj. [8]	2,6	49,8	3,6	38,8	7,4	18,0	16,2	11,5	1,9
1975 1. Hj. [8]	2,7	49,1	...	...	...	18,4	17,5	13,3	

[1] Einschließlich Tierhaltung und Fischerei.
[2] Einschließlich Wasserversorgung.
[3] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[4] Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung und Freie Berufe.

noch Tabelle 14*

bereiche zum Bruttoinlandsprodukt

in vH

Land- und Forstwirtschaft [1]	Produzierendes Gewerbe insgesamt	Energiewirtschaft [2] und Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel und Verkehr [3]	Dienstleistungen [4]	Staat [5]	Private Haushalte usw. [6]	Zeitraum
				in Preisen von 1962					
9,1	44,5	6,0	31,4	7,1	20,7	12,3	10,5	3,1	1950
9,4	45,9	6,2	32,6	7,1	20,2	11,9	9,8	2,8	1951
8,7	47,4	5,9	34,0	7,3	19,7	12,2	9,5	2,7	1952
8,1	48,6	5,5	35,0	8,1	19,4	12,3	8,9	2,6	1953
7,7	49,6	5,3	36,3	8,0	19,2	12,3	8,7	2,5	1954
6,8	51,4	5,2	37,9	8,3	19,4	11,9	8,2	2,3	1955 [7]
6,3	51,7	5,3	38,2	8,2	19,9	12,0	7,8	2,2	1956
6,2	51,5	5,2	38,7	7,6	20,1	12,1	8,0	2,2	1957
6,3	51,7	4,9	39,2	7,6	19,7	12,2	7,9	2,2	1958
6,1	52,4	4,7	39,8	7,9	19,8	12,1	7,6	2,0	1959
5,8	53,5	4,7	41,2	7,5	19,9	11,8	7,3	1,8	1960
5,5	53,6	4,8	41,2	7,5	19,8	11,9	7,4	1,8	1960
5,3	54,2	4,6	41,8	7,7	19,5	11,9	7,5	1,6	1961
4,9	54,4	4,6	42,0	7,7	19,6	11,9	7,6	1,6	1962
5,0	54,2	4,6	41,9	7,7	19,6	12,1	7,6	1,6	1963
5,1	55,3	4,5	42,8	7,9	19,1	11,8	7,4	1,5	1964
4,2	56,1	4,3	43,9	7,8	19,2	11,8	7,3	1,4	1965
4,2	55,9	4,4	43,6	8,0	19,1	12,0	7,4	1,4	1966
4,7	54,6	4,2	42,7	7,8	19,1	12,5	7,7	1,4	1967
4,6	56,0	4,1	44,4	7,5	18,7	12,0	7,4	1,3	1968
4,1	57,3	4,0	46,0	7,3	18,8	11,6	7,0	1,2	1969
3,9	57,5	4,2	46,0	7,4	18,8	11,7	7,0	1,2	1970
3,9	57,2	4,2	45,5	7,5	18,7	11,9	7,1	1,2	1971
3,8	57,2	4,2	45,4	7,7	18,5	12,1	7,3	1,2	1972
3,8	57,4	4,2	46,0	7,3	18,4	12,0	7,2	1,1	1973 [8]
4,1	56,4	4,3	45,4	6,7	18,5	12,5	7,4	1,2	1974 [8]
4,3	56,7	4,1	45,9	6,7	18,3	12,0	7,3	1,3	1969 1. Hj.
3,8	57,8	3,9	46,0	7,9	19,1	11,3	6,8	1,2	2. Hj.
3,9	57,2	4,3	46,4	6,5	18,6	11,9	7,2	1,2	1970 1. Hj.
3,9	57,7	4,0	45,6	8,1	19,0	11,4	6,8	1,2	2. Hj.
3,9	57,2	4,3	46,0	6,9	18,3	12,1	7,3	1,2	1971 1. Hj.
4,0	57,2	4,1	45,1	8,1	19,0	11,7	7,0	1,2	2. Hj.
3,7	57,1	4,3	45,6	7,2	18,2	12,4	7,4	1,2	1972 1. Hj.
3,8	57,3	4,1	45,2	8,1	18,7	11,9	7,1	1,1	2. Hj.
3,7	57,4	4,3	46,2	7,0	18,3	12,2	7,3	1,2	1973 1. Hj.
4,0	57,4	4,1	45,8	7,6	18,5	11,9	7,1	1,1	2. Hj.
4,0	56,5	4,3	45,8	6,4	18,2	12,5	7,5	1,2	1974 1. Hj. [8]
4,1	56,2	4,2	45,0	7,0	18,7	12,4	7,4	1,2	2. Hj.
4,3	54,6	...	...	...	18,3	13,5	9,3		1975 1. Hj.

[5] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
[6] Häusliche Dienste und private Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[7] Ohne Saarland und Berlin.
[8] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 15*

Sozialprodukt und

Mrd

Zeitraum	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Indirekte Steuern [1] abzüglich Subventionen [2]	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)
	in jeweiligen Preisen						
1950	98,05	+0,05	98,10	8,32	89,78	12,84	76,94
1951	120,01	−0,01	120,00	10,12	109,88	16,64	93,24
1952	136,97	+0,03	137,00	11,55	125,45	19,74	105,71
1953	147,72	−0,02	147,70	11,99	135,71	21,80	113,91
1954	159,06	−0,46	158,60	12,65	145,95	23,42	122,53
1955 [3]	182,00	−0,60	181,40	14,05	167,35	26,37	140,98
1956	200,95	−0,45	200,50	15,79	184,71	28,17	156,54
1957	218,89	−0,39	218,50	17,74	200,76	29,47	171,29
1958	234,37	−0,07	234,30	19,59	214,71	31,43	183,28
1959	255,14	−0,24	254,90	21,47	233,43	34,94	198,49
1960	284,77	−0,07	284,70	24,27	260,43	38,17	222,26
1960	302,55	−0,25	302,30	25,73	276,57	40,87	235,70
1961	333,45	−0,85	332,60	29,26	303,34	45,33	258,01
1962	360,91	−0,81	360,10	33,48	326,62	49,17	277,45
1963	384,77	−0,77	384,00	37,19	346,81	51,05	295,76
1964	422,14	−1,24	420,90	41,17	379,73	55,48	324,25
1965	462,02	−1,62	460,40	46,21	414,19	58,94	355,25
1966	492,10	−1,40	490,70	50,68	440,02	62,93	377,09
1967	496,86	−1,36	495,50	53,80	441,70	65,71	375,99
1968	540,54	−0,54	540,00	57,40	482,60	65,74	416,86
1969	605,68	−0,48	605,20	63,95	541,25	80,60	460,65
1970	686,96	−1,36	685,60	74,78	610,82	81,63	529,19
1971	762,54	−0,64	761,90	85,11	676,79	91,11	585,68
1972	834,63	−0,73	833,90	93,55	740,35	101,16	639,19
1973 [4]	927,58	−0,68	926,90	103,09	823,81	109,90	713,91
1974 [4]	996,66	−2,66	994,00	115,75	878,25	114,39	763,86
1969 1. Hj.	283,43	−0,33	283,10	30,72	252,38	36,63	215,75
2. Hj.	322,25	−0,15	322,10	33,23	288,87	43,97	244,90
1970 1. Hj.	323,62	−0,62	323,00	36,08	286,92	38,71	248,21
2. Hj.	363,34	−0,74	362,60	38,70	323,90	42,92	280,98
1971 1. Hj.	362,68	+0,72	363,40	41,43	321,97	44,23	277,74
2. Hj.	399,86	−1,36	398,50	43,68	354,82	46,88	307,94
1972 1. Hj.	397,91	+0,09	398,00	45,62	352,38	49,17	303,21
2. Hj.	436,72	−0,82	435,90	47,93	387,97	51,99	335,98
1973 1. Hj.	446,18	−0,38	445,80	50,07	395,73	54,34	341,39
2. Hj.	481,40	−0,30	481,10	53,02	428,08	55,56	372,52
1974 1. Hj. [4]	478,17	−1,17	477,00	56,15	420,85	55,91	364,94
2. Hj.	518,49	−1,49	517,00	59,60	457,40	58,48	398,92
1975 1. Hj.	497,65	−1,15	596,50	61,87	434,63	56,55	378,08

[1] Einschließlich der Einnahmen des Staates aus dem Preisausgleich, der Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung, der von Unternehmen gezahlten Verwaltungsgebühren und der von der EGKS erhobenen Umlagen.
[2] Einschließlich der Ausgaben des Staates für den Preisausgleich und der Zahlungen der EGKS.

Tabelle 15*

Volkseinkommen

DM

Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Zeitraum
		in Preisen von 1962			
143,49	+0,11	143,60	12,70	130,90	1950
158,56	+0,04	158,60	13,34	145,26	1951
172,58	+0,12	172,70	14,06	158,64	1952
186,85	+0,05	186,90	14,91	171,99	1953
201,30	−0,50	200,80	15,93	184,87	1954
225,57	−0,67	224,90	17,36	207,54	1955 [3]
241,77	+0,47	241,30	19,00	222,30	1956
255,39	−0,39	255,00	20,69	234,31	1957
264,42	+0,08	264,50	22,37	242,13	1958
283,91	−0,11	283,80	24,25	259,55	1959
309,37	+0,03	309,40	26,51	282,89	1960
328,59	−0,19	328,40	28,09	300,31	1960
347,06	−0,86	346,20	30,65	315,55	1961
360,91	−0,81	360,10	33,48	326,62	1962
373,28	−0,78	372,50	36,36	336,14	1963
398,50	−1,20	397,30	39,35	357,95	1964
421,03	−1,53	419,50	42,66	376,84	1965
433,01	−1,31	431,70	46,05	385,65	1966
432,09	−1,29	430,80	49,11	381,69	1967
462,89	−0,59	462,30	52,20	410,10	1968
500,94	−0,54	500,40	55,84	444,56	1969
530,59	−1,19	529,40	59,73	469,67	1970
545,78	−0,58	545,20	64,08	481,12	1971
564,14	−0,64	563,50	68,42	495,08	1972
592,95	−0,55	592,40	72,70	519,70	1973 [4]
596,67	−1,67	595,00	76,58	518,42	1974 [4]
238,35	−0,35	238,00	27,45	210,55	1969 1. Hj.
262,59	−0,19	262,40	28,39	234,01	2. Hj.
255,37	−0,57	254,80	29,37	225,43	1970 1. Hj.
275,22	−0,62	274,60	30,36	244,24	2. Hj.
265,14	+0,46	265,60	31,48	234,12	1971 1. Hj.
280,64	−1,04	279,60	32,60	247,00	2. Hj.
273,60	±0,00	273,60	33,67	239,93	1972 1. Hj.
290,54	−0,64	289,90	34,75	255,15	2. Hj.
290,11	−0,31	289,80	35,82	253,98	1973 1. Hj.
302,84	−0,24	302,60	36,88	265,72	2. Hj.
294,95	−0,75	294,20	37,82	256,38	1974 1. Hj. [4]
301,72	−0,92	300,80	38,76	262,04	2. Hj.
280,20	−0,70	279,50	39,53	239,97	1975 1. Hj.

[3]) Ohne Saarland und Berlin.
[4]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 16*

Verteilung des Volkseinkommens

Mrd DM

Zeitraum	Volks-einkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen				
				insgesamt		der privaten Haushalte [3]	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit [4] = unverteilte Gewinne	des Staates [5]
		brutto [1]	netto [2]	brutto	netto			
1950	76,94	44,97	35,76	31,97	25,23	26,42	5,04	0,51
1951	93,24	54,53	42,77	38,71	30,90	32,22	5,59	0,90
1952	105,71	60,80	47,31	44,91	34,95	35,75	7,75	1,41
1953	113,91	67,14	52,32	46,77	35,16	36,72	8,55	1,50
1954	122,53	73,37	57,47	49,16	37,21	38,77	8,85	1,54
1955 [6]	140,98	83,67	65,29	57,31	45,26	44,68	10,48	2,15
1956	156,54	93,79	72,91	62,75	49,52	49,22	11,35	2,18
1957	171,29	102,87	79,39	68,42	53,45	53,32	12,49	2,61
1958	183,28	111,63	84,55	71,65	56,66	56,16	12,95	2,54
1959	198,49	119,56	90,92	78,93	61,47	61,99	14,65	2,29
1960	222,26	134,16	100,72	88,10	68,14	68,89	16,47	2,74
1960	235,70	142,83	107,25	92,87	71,98	72,54	17,49	2,84
1961	258,01	160,51	119,92	97,50	73,44	76,46	17,65	3,39
1962	277,45	177,48	132,04	99,97	73,66	79,00	17,39	3,58
1963	295,76	190,44	140,97	105,32	78,01	84,25	17,34	3,73
1964	324,25	208,42	154,19	115,83	87,12	92,70	19,20	3,93
1965	355,25	229,99	171,56	125,26	96,07	102,42	19,03	3,81
1966	377,09	247,56	181,65	129,53	99,32	106,95	18,87	3,71
1967	375,99	247,90	180,78	128,09	98,23	106,95	18,04	3,10
1968	416,86	266,31	190,76	150,55	118,16	123,23	23,70	3,62
1969	460,65	300,14	210,52	160,51	124,42	131,04	25,41	4,06
1970	529,19	353,19	241,65	176,00	141,04	148,26	23,58	4,16
1971	585,68	400,22	267,49	185,46	148,34	159,33	21,38	4,75
1972	639,19	439,15	291,85	200,04	160,42	174,15	22,64	3,25
1973 [7]	713,91	498,60	317,98	215,31	165,54	188,85	23,27	3,19
1974 [7]	763,86	546,28	343,14	217,58	166,28	195,22	19,79	2,57
1969 1. Hj.	215,75	140,69	100,71	75,06	57,80	.	.	1,86
2. Hj.	244,90	159,45	109,81	85,45	66,62	.	.	2,20
1970 1. Hj.	248,21	166,06	116,13	82,15	65,46	.	.	1,68
2. Hj.	280,98	187,13	125,52	93,85	75,58	.	.	2,48
1971 1. Hj.	277,74	191,11	129,25	86,63	68,55	.	.	2,20
2. Hj.	307,94	209,11	138,24	98,83	79,79	.	.	2,55
1972 1. Hj.	303,21	209,30	142,72	93,91	76,41	.	.	1,23
2. Hj.	335,98	229,85	149,13	106,13	84,01	.	.	2,02
1973 1. Hj. [7]	341,39	237,08	154,04	104,31	81,85	.	.	1,27
2. Hj. [7]	372,52	261,52	163,94	111,00	83,69	.	.	1,92
1974 1. Hj. [7]	364,94	261,17	168,13	103,77	78,86	.	.	1,30
2. Hj. [7]	398,92	285,11	175,01	113,81	87,42	.	.	1,27
1975 1. Hj. [7]	378,08	273,21	175,63	104,87	82,28	.	.	0,31

[1] Bruttolöhne und -gehälter und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung (einschließlich der Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst und der fiktiven Pensionsfonds für Beamte) sowie zusätzliche Sozialaufwendungen der Arbeitgeber.
[2] Bruttoeinkommen minus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung und minus Lohnsteuer.
[3] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter; nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.
[4] Einschließlich der netto im Haushalt verbuchten öffentlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit und der Einzelunternehmen u. ä. im Bereich „Kreditinstitute".
[5] Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden.
[6] Ohne Saarland und Berlin.
[7] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 17*

Volkseinkommen und Produktivität

Zeitraum	Volkseinkommen je Einwohner		Brutto- / Netto-einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Abhängigen [1]				Bruttoinlandsprodukt [2] je Erwerbstätigen [3] (Produktivität)		Lohnkosten je Produkteinheit [4]
	DM	1960 = 100	DM	1960 = 100	DM	1960 = 100	DM	1960 = 100	
1950 [5]	1 640	38,5	3 289	46,6	2 615	49,3	7 183	57,1	81,5
1951 [5]	1 967	46,2	3 817	54,1	2 994	56,5	7 737	61,5	87,7
1952 [5]	2 215	52,0	4 121	58,4	3 207	60,5	8 267	65,8	88,6
1953 [5]	2 365	55,5	4 376	62,0	3 410	64,3	8 737	69,5	89,1
1954 [5]	2 515	59,1	4 595	65,1	3 599	67,9	9 168	72,9	89,1
1955 [5]	2 865	67,3	4 969	70,4	3 877	73,2	9 898	78,7	89,3
1956 [5]	3 144	73,8	5 365	76,0	4 170	78,7	10 338	82,2	92,3
1957 [5]	3 396	79,7	5 718	81,0	4 413	83,3	10 694	85,1	95,2
1958 [5]	3 590	84,3	6 138	87,0	4 649	87,7	11 034	87,8	98,9
1959 [5]	3 844	90,3	6 460	91,5	4 912	92,7	11 740	93,4	98,0
1960 [5]	4 259	100	7 059	100	5 300	100	12 571	100	100
1960	4 252	100	7 051	100	5 294	100	12 594	100	100
1961	4 593	108,0	7 743	109,8	5 785	109,3	13 120	104,2	105,4
1962	4 882	114,8	8 439	119,7	6 278	118,6	13 596	108,0	110,9
1963	5 154	121,2	8 957	127,0	6 630	125,2	14 029	111,4	114,1
1964	5 593	131,5	9 701	137,6	7 177	135,6	14 964	118,8	115,9
1965	6 060	142,5	10 571	149,9	7 885	148,9	15 722	124,8	120,2
1966	6 375	149,9	11 374	161,3	8 346	157,7	16 219	128,8	125,4
1967	6 342	149,2	11 774	167,0	8 586	162,2	16 729	132,8	125,7
1968	7 006	164,8	12 572	178,3	9 005	170,1	17 907	142,2	125,5
1969	7 669	180,4	13 798	195,7	9 678	182,8	19 083	151,5	129,3
1970	8 725	205,2	15 877	225,2	10 863	205,2	19 960	158,5	142,1
1971	9 557	224,8	17 856	253,2	11 934	225,4	20 480	162,6	155,9
1972	10 365	243,8	19 574	277,6	13 009	245,7	21 215	168,5	165,0
1973 [6]	11 519	270,9	22 097	313,4	14 092	266,2	22 242	176,6	177,5
1974 [6]	12 310	289,5	24 661	349,8	15 490	292,6	22 805	181,1	193,2
1969 1. Hj.	3 603	169,5	6 535	185,3	4 678	176,7	9 143	145,2	127,7
2. Hj.	4 065	191,2	7 255	205,8	4 997	188,8	9 934	157,8	130,5
1970 1. Hj.	4 100	192,9	7 536	213,8	5 270	199,1	9 669	153,5	139,3
2. Hj.	4 615	217,1	8 333	236,4	5 590	211,2	10 288	163,4	144,8
1971 1. Hj.	4 543	213,7	8 564	242,9	5 792	218,8	9 980	158,5	153,4
2. Hj.	5 013	235,8	9 289	263,5	6 141	232,0	10 498	166,7	158,0
1972 1. Hj.	4 924	231,6	9 389	266,3	6 402	241,9	10 334	164,1	162,3
2. Hj.	5 440	255,7	10 180	288,8	6 605	249,5	10 878	172,7	167,3
1973 1. Hj. [6]	5 517	259,5	10 545	299,1	6 852	258,9	10 914	173,3	172,7
2. Hj. [6]	6 002	282,3	11 548	327,6	7 239	273,5	11 327	179,9	182,3
1974 1. Hj. [6]	5 879	276,5	11 738	332,9	7 556	285,5	11 220	178,2	187,0
2. Hj. [6]	6 431	302,5	12 928	366,7	7 936	299,8	11 586	184,0	208,9
1975 1. Hj. [6]	6 106	287,2	12 731	361,1	8 184	309,2	11 027	175,1	206,4

[1] Inländerkonzept (nach dem Wohnort).
[2] Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962.
[3] Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort).
[4] Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit;
berechnet als $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Abhängigen (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$.
[5] Ohne Saarland und Berlin.
[6] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 18*

Verwendung des

a) Mrd

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]
				insgesamt	Ausrüstungen	Bauten				
	in jeweiligen Preisen									
1950	98,10	62,88	14,23	18,74	8,63	10,11	+ 3,60	11,16	12,51	− 1,35
1951	120,00	73,08	17,60	22,90	10,97	11,93	+ 4,30	18,51	16,39	+ 2,12
1952	137,00	81,17	20,77	26,83	12,79	14,04	+ 5,10	21,84	18,71	+ 3,13
1953	147,70	88,74	21,42	30,44	13,78	16,66	+ 1,90	25,08	19,88	+ 5,20
1954	158,60	94,63	22,30	34,09	15,88	18,21	+ 2,60	30,47	25,49	+ 4,98
1955 [3]	181,40	106,09	24,15	42,63	20,06	22,57	+ 4,60	36,23	32,30	+ 3,93
1956	200,50	117,96	25,70	47,38	21,67	25,71	+ 3,00	43,57	37,11	+ 6,46
1957	218,50	128,53	27,86	48,77	21,77	27,00	+ 4,80	51,86	43,32	+ 8,54
1958	234,30	138,40	31,27	52,38	23,44	28,94	+ 3,60	53,46	44,81	+ 8,65
1959	254,90	147,74	34,26	60,07	26,02	34,05	+ 3,70	60,24	51,11	+ 9,13
1960	284,70	161,18	38,28	68,96	30,99	37,97	+ 7,90	69,48	61,10	+ 8,38
1960	302,30	172,43	41,12	72,66	32,54	40,12	+ 8,70	62,67	55,28	+ 7,39
1961	332,60	189,02	46,39	84,05	38,30	45,75	+ 6,60	65,16	58,62	+ 6,54
1962	360,10	205,20	53,47	93,77	41,89	51,88	+ 4,00	68,37	64,71	+ 3,66
1963	384,00	218,20	59,55	99,06	43,06	56,00	+ 2,10	74,49	69,40	+ 5,09
1964	420,90	234,95	62,24	113,49	47,25	66,24	+ 5,20	82,91	77,89	+ 5,02
1965	460,40	258,67	70,03	122,24	52,00	70,24	+10,00	90,87	91,41	− 0,54
1966	490,70	277,85	76,49	126,31	52,62	73,69	+ 3,60	102,29	95,84	+ 6,45
1967	495,50	285,31	81,14	114,43	48,02	66,41	− 1,30	110,12	94,20	+15,92
1968	540,00	301,77	84,34	124,78	52,87	71,91	+11,50	123,83	106,22	+17,61
1969	605,20	333,09	95,12	146,20	66,90	79,30	+16,00	141,85	127,06	+14,79
1970	685,60	369,01	109,04	181,08	82,90	98,18	+15,30	158,58	147,41	+11,17
1971	761,90	410,51	130,63	203,14	91,12	112,02	+ 5,40	174,23	162,01	+12,22
1972	833,90	450,92	146,50	217,41	92,49	124,92	+ 4,40	190,15	175,48	+14,67
1973 [4]	926,90	495,71	168,29	228,58	96,45	132,13	+ 9,60	227,36	202,64	+24,72
1974 [4]	994,00	532,94	196,32	223,89	94,75	129,14	+ 1,10	298,86	259,11	+39,75
1969 1. Hj.	283,10	156,09	43,33	64,70	30,57	34,13	+12,80	66,80	60,62	+ 6,18
2. Hj.	322,10	177,00	51,79	81,50	36,33	45,17	+ 3,20	75,05	66,44	+ 8,61
1970 1. Hj.	323,00	172,22	49,62	79,28	38,44	40,84	+17,20	75,31	70,63	+ 4,68
2. Hj.	362,60	196,79	59,42	101,80	44,46	57,34	− 1,90	83,27	76,78	+ 6,49
1971 1. Hj.	363,40	193,29	60,47	94,25	44,66	49,59	+ 8,60	85,34	78,55	+ 6,79
2. Hj.	398,50	217,22	70,16	108,89	46,46	62,43	− 3,20	88,89	83,46	+ 5,43
1972 1. Hj.	398,00	212,71	68,10	101,71	44,81	56,90	+ 9,30	90,27	84,09	+ 6,18
2. Hj.	435,90	238,21	78,40	115,70	47,68	68,02	− 4,90	99,88	91,39	+ 8,49
1973 1. Hj. [4]	445,80	236,91	77,49	109,38	47,12	62,26	+10,60	108,26	96,84	+11,42
2. Hj. [4]	481,10	258,80	90,80	119,20	49,33	69,87	− 1,00	119,10	105,80	+13,30
1974 1. Hj. [4]	477,00	252,75	89,79	107,20	45,36	61,84	+ 7,60	143,17	123,51	+19,66
2. Hj. [4]	517,00	280,19	106,53	116,69	49,39	67,30	− 6,50	155,69	135,60	+20,09
1975 1. Hj. [4]	496,50	273,53	101,29	100,65	45,74	54,91	+ 6,30	143,29	128,56	+14,73

[1] Waren- und Dienstleistungsverkehr.
[2] Ausfuhr ./. Einfuhr.

Tabelle 18*

Sozialprodukts

DM

Bruttosozialprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]	Zeitraum	
				in Preisen von 1962							
143,60	80,57	24,73	30,27	12,05	18,22	+ 4,00	15,50	11,47	+ 4,03	1950	[3]
158,60	86,90	27,12	31,86	13,20	18,66	+ 4,00	21,03	12,31	+ 8,72	1951	
172,70	94,92	29,74	34,63	14,13	20,50	+ 5,00	23,73	15,32	+ 8,41	1952	
186,90	105,33	29,82	40,53	15,55	24,98	+ 1,90	27,55	18,23	+ 9,32	1953	
200,80	111,78	30,60	45,63	18,38	27,25	+ 2,70	34,15	24,06	+10,09	1954	
224,90	123,36	32,00	55,12	22,98	32,14	+ 4,70	39,87	30,15	+ 9,72	1955	
241,30	134,25	32,18	59,87	24,21	35,66	+ 3,10	45,95	34,05	+11,90	1956	
255,00	142,64	33,73	59,81	23,66	36,15	+ 4,80	53,30	39,28	+14,02	1957	
264,50	149,87	36,53	62,31	25,12	37,19	+ 3,60	55,88	43,69	+12,19	1958	
283,80	158,41	39,81	69,65	28,13	41,52	+ 3,80	62,93	50,80	+12,13	1959	
309,40	171,14	42,20	76,76	33,07	43,69	+ 8,00	71,14	59,84	+11,30	1960	
328,40	183,15	45,26	80,87	34,72	46,15	+ 8,80	64,11	53,79	+10,32	1960	
346,20	194,70	48,12	88,88	39,64	49,24	+ 6,70	65,97	58,17	+ 7,80	1961	
360,10	205,20	53,47	93,77	41,89	51,88	+ 4,00	68,37	64,71	+ 3,66	1962	
372,50	212,53	57,19	96,04	42,74	53,30	+ 2,10	74,00	69,36	+ 4,64	1963	
397,30	223,51	56,79	107,36	46,45	60,91	+ 5,10	81,82	77,28	+ 4,54	1964	
419,50	238,50	59,53	112,33	49,44	62,89	+ 9,50	87,93	88,29	− 0,36	1965	
431,70	247,39	60,80	113,36	49,01	64,35	+ 3,40	97,36	90,61	+ 6,75	1966	
430,80	249,55	62,71	103,84	44,60	59,24	− 1,20	105,25	89,35	+15,90	1967	
462,30	258,98	62,68	112,10	49,30	52,80	+11,60	119,40	102,46	+16,94	1968	
500,40	279,00	65,76	125,70	60,45	65,25	+15,30	134,45	119,81	+14,64	1969	
529,40	298,45	68,95	140,12	70,53	69,59	+14,20	146,51	138,83	+ 7,68	1970	
545,20	315,14	73,98	146,47	73,91	72,56	+ 4,80	157,02	152,21	+ 4,81	1971	
563,50	328,21	76,88	150,43	73,86	76,57	+ 3,80	169,30	165,12	+ 4,18	1972	
592,40	337,23	80,07	151,35	75,33	76,02	+ 7,90	197,98	182,13	+15,85	1973	[4]
595,00	337,78	83,87	139,05	69,37	69,68	+ 0,80	224,40	190,90	+33,50	1974	
238,00	131,25	30,81	57,11	28,17	28,94	+12,30	63,72	57,19	+ 6,53	1969	1. Hj.
262,40	147,75	34,95	68,59	32,28	36,31	+ 3,00	70,73	62,62	+ 8,11		2. Hj.
254,80	140,07	32,21	62,89	33,30	29,59	+15,90	70,36	66,63	+ 3,73	1970	1. Hj.
274,60	158,38	36,74	77,23	37,23	40,00	− 1,70	76,15	72,20	+ 3,95		2. Hj.
265,60	149,64	35,25	69,15	36,54	32,61	+ 7,50	77,52	73,46	+ 4,06	1971	1. Hj.
279,60	165,50	38,73	77,32	37,37	39,95	− 2,70	79,50	78,75	+ 0,75		2. Hj.
273,60	156,74	36,87	71,39	36,15	35,24	+ 7,90	80,98	80,28	+ 0,70	1972	1. Hj.
289,90	171,47	40,01	79,04	37,71	41,33	− 4,10	88,32	84,84	+ 3,48		2. Hj.
289,80	163,63	38,39	73,62	37,43	36,19	+ 8,70	96,13	90,67	+ 5,46	1973	1. Hj
302,60	173,60	41,68	77,73	37,90	39,83	− 0,80	101,85	91,46	+10,39		2. Hj
294,20	162,25	39,86	67,64	34,03	33,61	+ 5,50	112,77	93,82	+18,95	1974	1. Hj [4]
300,80	175,53	44,01	71,41	35,34	36,07	− 4,70	111,63	97,08	+14,55		2. Hj
279,50	165,40	41,22	61,12	32,05	29,07	+ 4,30	100,59	93,13	+ 7,46	1975	1. Hj

[3]) Ohne Saarland und Berlin.
[4]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 18*

Verwendung des

b) Anteil

Zeitraum	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]
			insgesamt	Ausrüstungen	Bauten				
	in jeweiligen Preisen								
1950	64,1	14,5	19,1	8,8	10,3	+3,7	11,4	12,8	−1,4
1951	60,9	14,7	19,1	9,1	9,9	+3,6	15,4	13,7	+1,8
1952	59,2	15,2	19,6	9,3	10,2	+3,7	15,9	13,7	+2,3
1953	60,1	14,5	20,6	9,3	11,3	+1,3	17,0	13,5	+3,5
1954	59,7	14,1	21,5	10,0	11,5	+1,6	19,2	16,1	+3,1
1955 [3]	58,5	13,3	23,5	11,1	12,4	+2,5	20,0	17,8	+2,2
1956	58,8	12,8	23,6	10,8	12,8	+1,5	21,7	18,5	+3,2
1957	58,8	12,8	22,3	10,0	12,4	+2,2	23,7	19,8	+3,9
1958	59,1	13,3	22,4	10,0	12,4	+1,5	22,8	19,1	+3,7
1959	58,0	13,4	23,6	10,2	13,4	+1,5	23,6	20,1	+3,6
1960	56,6	13,4	24,2	10,9	13,3	+2,8	24,4	21,5	+2,9
1960	57,0	13,6	24,0	10,8	13,3	+2,9	20,7	18,3	+2,4
1961	56,8	13,9	25,3	11,5	13,8	+2,0	19,6	17,6	+2,0
1962	57,0	14,8	26,0	11,6	14,4	+1,1	19,0	18,0	+1,0
1963	56,8	15,5	25,8	11,2	14,6	+0,5	19,4	18,1	+1,3
1964	55,8	14,8	27,0	11,2	15,7	+1,2	19,7	18,5	+1,2
1965	56,2	15,2	26,6	11,3	15,3	+2,2	19,7	19,9	−0,1
1966	56,6	15,6	25,7	10,7	15,0	+0,7	20,8	19,5	+1,3
1967	57,6	16,4	23,1	9,7	13,4	−0,3	22,2	19,0	+3,2
1968	55,9	15,6	23,1	9,8	13,3	+2,1	22,9	19,7	+3,3
1969	55,0	15,7	24,2	11,1	13,1	+2,6	23,4	21,0	+2,4
1970	53,8	15,9	26,4	12,1	14,3	+2,2	23,1	21,5	+1,6
1971	53,9	17,1	26,7	12,0	14,7	+0,7	22,9	21,3	+1,6
1972	54,1	17,6	26,1	11,1	15,0	+0,5	22,8	21,0	+1,8
1973 [4]	53,5	18,2	24,7	10,4	14,3	+1,0	24,5	21,9	+2,7
1974 [4]	53,6	19,8	22,5	9,5	13,0	+0,1	30,1	26,1	+4,0
1969 1. Hj.	55,1	15,3	22,9	10,8	12,1	+4,5	23,6	21,4	+2,2
2. Hj.	55,0	16,1	25,3	11,3	14,0	+1,0	23,3	20,6	+2,7
1970 1. Hj.	53,3	15,4	24,5	11,9	12,6	+5,3	23,3	21,9	+1,4
2. Hj.	54,3	16,4	28,1	12,3	15,8	−0,5	23,0	21,2	+1,8
1971 1. Hj.	53,2	16,6	25,9	12,3	13,6	+2,4	23,5	21,6	+1,9
2. Hj.	54,5	17,6	27,3	11,7	15,7	−0,8	22,3	20,9	+1,4
1972 1. Hj.	53,4	17,1	25,6	11,3	14,3	+2,3	22,7	21,1	+1,6
2. Hj.	54,6	18,0	26,5	10,9	15,6	−1,1	22,9	21,0	+1,9
1973 1. Hj.	53,1	17,4	24,5	10,6	14,0	+2,4	24,3	21,7	+2,6
2. Hj.	53,8	18,9	24,8	10,3	14,5	−0,2	24,8	22,0	+2,8
1974 1. Hj. [4]	53,0	18,8	22,5	9,5	13,0	+1,6	30,0	25,9	+4,1
2. Hj.	54,2	20,6	22,6	9,6	13,0	−1,3	30,1	26,2	+3,9
1975 1. Hj.	55,1	20,4	20,3	9,2	11,1	+1,3	28,9	25,9	+3,0

[1] Waren- und Dienstleistungsverkehr.
[2] Ausfuhr ./. Einfuhr.

noch Tabelle 18*

Sozialprodukts

in vH

Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]	Zeitraum	
				in Preisen von 1962						
56,1	17,2	21,1	8,4	12,7	+2,8	10,8	8,0	+2,8	1950	
54,8	17,1	20,1	8,3	11,8	+2,5	13,3	7,8	+5,5	1951	
55,0	17,2	20,1	8,2	11,9	+2,9	13,7	8,9	+4,9	1952	
56,4	16,0	21,7	8,3	13,4	+1,0	14,7	9,7	+5,0	1953	
55,7	15,2	22,7	9,2	13,6	+1,3	17,0	12,0	+5,0	1954	
54,9	14,2	24,5	10,2	14,3	+2,1	17,7	13,4	+4,3	1955	[3]
55,6	13,3	24,8	10,0	14,8	+1,3	19,0	14,1	+4,9	1956	
55,9	13,2	23,5	9,3	14,2	+1,9	20,9	15,4	+5,5	1957	
56,7	13,8	23,6	9,5	14,1	+1,4	21,1	16,5	+4,6	1958	
55,8	14,0	24,5	9,9	14,6	+1,3	22,2	17,9	+4,3	1959	
55,3	13,6	24,8	10,7	14,1	+2,6	23,0	19,3	+3,7	1960	
55,8	13,8	24,6	10,6	14,1	+2,7	19,5	16,4	+3,1	1960	
56,2	13,9	25,7	11,5	14,2	+1,9	19,1	16,8	+2,3	1961	
57,0	14,8	26,0	11,6	14,4	+1,1	19,0	18,0	+1,0	1962	
57,1	15,4	25,8	11,5	14,3	+0,6	19,9	18,6	+1,2	1963	
56,3	14,3	27,0	11,7	15,3	+1,3	20,6	19,5	+1,1	1964	
56,9	14,2	26,8	11,8	15,0	+2,3	21,0	21,0	−0,1	1965	
57,3	14,1	26,3	11,4	14,9	+0,8	22,6	21,0	+1,6	1966	
57,9	14,6	24,1	10,4	13,8	−0,3	24,4	20,7	+3,7	1967	
56,0	13,6	24,2	10,7	13,6	+2,5	25,8	22,2	+3,7	1968	
55,8	13,1	25,1	12,1	13,0	+3,1	26,9	23,9	+2,9	1969	
56,4	13,0	26,5	13,3	13,1	+2,7	27,7	26,2	+1,5	1970	
57,8	13,6	26,9	13,6	13,3	+0,9	28,8	27,9	+0,9	1971	
58,2	13,6	26,7	13,1	13,6	+0,7	30,0	29,3	+0,7	1972	
56,9	13,5	25,5	12,7	12,8	+1,3	33,4	30,7	+2,7	1973	[4]
56,8	14,1	23,4	11,7	11,7	+0,1	37,7	32,1	+5,6	1974	
55,1	12,9	24,0	11,8	12,2	+5,2	26,8	24,0	+2,7	1969	1. Hj.
56,3	13,3	26,1	12,3	13,8	+1,1	27,0	23,9	+3,1		2. Hj.
55,0	12,6	24,7	13,1	11,6	+6,2	27,6	26,1	+1,5	1970	1. Hj.
57,7	13,4	28,1	13,6	14,6	−0,6	27,7	26,3	+1,4		2. Hj.
56,3	13,3	26,0	13,8	12,3	+2,8	29,2	27,7	+1,5	1971	1. Hj.
59,2	13,9	27,7	13,4	14,3	−1,0	28,4	28,2	+0,3		2. Hj.
57,3	13,5	26,1	13,2	12,9	+2,9	29,6	29,3	+0,3	1972	1. Hj.
59,1	13,8	27,3	13,0	14,3	−1,4	30,5	29,3	+1,2		2. Hj.
56,5	13,2	25,4	12,9	12,5	+3,0	33,2	31,3	+1,9	1973	1. Hj.
57,4	13,8	25,7	12,5	13,2	−0,3	33,7	30,2	+3,4		2. Hj.
55,1	13,5	23,0	11,6	11,4	+1,9	38,3	31,9	+6,4	1974	1. Hj. [4]
58,4	14,6	23,7	11,7	12,0	−1,6	37,1	32,3	+4,8		2. Hj.
59,2	14,7	21,9	11,5	10,4	+1,5	36,0	33,3	+2,7	1975	1. Hj.

[3] Ohne Saarland und Berlin.
[4] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 19*

Investitionen

Mrd DM

Jahr	Insgesamt	Ausrüstungsinvestitionen			Bauinvestitionen				Vorratsveränderung
		zusammen	Unternehmen	Staat	zusammen	Unternehmen [1]	Staat	Wohnbauten	
1950	22,34	8,63	8,26	0,37	10,11	3,47	1,67	4,97	+ 3,60
1951	27,20	10,97	10,47	0,50	11,93	3,89	1,88	6,16	+ 4,30
1952	31,93	12,79	12,23	0,56	14,04	4,70	2,00	7,34	+ 5,10
1953	32,34	13,78	13,17	0,61	16,66	5,51	2,49	8,66	+ 1,90
1954	36,69	15,88	15,25	0,63	18,21	5,87	3,02	9,32	+ 2,60
1955 [2]	47,23	20,06	19,35	0,71	22,57	7,47	4,11	10,99	+ 4,60
1956	50,38	21,67	20,89	0,78	25,71	8,92	4,77	12,02	+ 3,00
1957	53,57	21,77	20,90	0,87	27,00	9,40	4,96	12,64	+ 4,80
1958	55,98	23,44	22,51	0,93	28,94	9,87	5,18	13,89	+ 3,60
1959	63,77	26,02	24,94	1,08	34,05	11,50	6,79	15,76	+ 3,70
1960	76,86	30,99	29,87	1,12	37,97	13,80	7,92	16,25	+ 7,90
1960	81,36	32,54	31,37	1,17	40,12	14,56	8,32	17,24	+ 8,70
1961	90,65	38,30	36,97	1,33	45,75	16,41	9,90	19,44	+ 6,60
1962	97,77	41,89	40,34	1,55	51,88	17,63	12,47	21,78	+ 4,00
1963	101,16	43,06	41,29	1,77	56,00	18,40	14,49	23,11	+ 2,10
1964	118,69	47,25	45,28	1,97	66,24	21,59	17,54	27,11	+ 5,20
1965	132,24	52,00	49,79	2,21	70,24	22,97	17,98	29,29	+10,00
1966	129,91	52,62	50,40	2,22	73,69	24,03	18,80	30,86	+ 3,60
1967	113,13	48,02	45,88	2,14	66,41	21,23	16,29	28,89	− 1,30
1968	136,28	52,87	50,82	2,05	71,91	23,33	18,55	30,03	+11,50
1969	162,20	66,90	64,57	2,33	79,30	26,84	21,05	31,41	+16,00
1970	196,38	82,90	79,94	2,96	98,18	34,49	26,55	37,14	+15,30
1971	208,54	91,12	87,53	3,59	112,02	39,55	27,79	44,68	+ 5,40
1972	221,81	92,49	88,84	3,65	124,92	42,93	27,35	54,64	+ 4,40
1973 [3]	238,18	96,45	92,39	4,06	132,13	44,56	28,73	58,84	+ 9,60
1974 [3]	224,99	94,75	89,71	5,04	129,14	42,13	34,36	52,65	+ 1,10

[1] Ohne Wohnbauten.
[2] Ohne Saarland und Berlin.
[3] Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 19*

Investitionen

Anteil in vH

Jahr	Insgesamt	Ausrüstungsinvestitionen			Bauinvestitionen				Vorratsveränderung
		zusammen	Unternehmen	Staat	zusammen	Unternehmen [1]	Staat	Wohnbauten	
1950 [2]	100	38,6	37,0	1,7	45,3	15,5	7,5	22,2	+16,1
1951 [2]	100	40,3	38,5	1,8	43,9	14,3	6,9	22,6	+15,8
1952 [2]	100	40,1	38,3	1,8	44,0	14,7	6,3	23,0	+16,0
1953 [2]	100	42,6	40,7	1,9	51,5	17,0	7,7	26,8	+ 5,9
1954 [2]	100	43,3	41,6	1,7	49,6	16,0	8,2	25,4	+ 7,1
1955 [2]	100	42,5	41,0	1,5	47,8	15,8	8,7	23,3	+ 9,7
1956 [2]	100	43,0	41,5	1,5	51,0	17,7	9,5	23,9	+ 6,0
1957 [2]	100	40,6	39,0	1,6	50,4	17,5	9,3	23,6	+ 9,0
1958 [2]	100	41,9	40,2	1,7	51,7	17,6	9,3	24,8	+ 6,4
1959 [2]	100	40,8	39,1	1,7	53,4	18,0	10,6	24,7	+ 5,8
1960 [2]	100	40,3	38,9	1,5	49,4	18,0	10,3	21,1	+10,3
1960	100	40,0	38,6	1,4	49,3	17,9	10,2	21,2	+10,7
1961	100	42,3	40,8	1,5	50,5	18,1	10,9	21,4	+ 7,3
1962	100	42,8	41,3	1,6	53,1	18,0	12,8	22,3	+ 4,1
1963	100	42,6	40,8	1,7	55,4	18,2	14,3	22,8	+ 2,1
1964	100	39,8	38,1	1,7	55,8	18,2	14,8	22,8	+ 4,4
1965	100	39,3	37,7	1,7	53,1	17,4	13,6	22,1	+ 7,6
1966	100	40,5	38,8	1,7	56,7	18,5	14,5	23,8	+ 2,8
1967	100	42,4	40,6	1,9	58,7	18,8	14,4	25,5	− 1,1
1968	100	38,8	37,3	1,5	52,8	17,1	13,6	22,0	+ 8,4
1969	100	41,2	39,8	1,4	48,9	16,5	13,0	19,4	+ 9,9
1970	100	42,2	40,7	1,5	50,0	17,6	13,5	18,9	+ 7,8
1971	100	43,7	42,0	1,7	53,7	19,0	13,3	21,4	+ 2,6
1972	100	41,7	40,1	1,6	56,3	19,4	12,3	24,6	+ 2,0
1973 [3]	100	40,5	38,8	1,7	55,5	18,7	12,1	24,7	+ 4,0
1974 [3]	100	42,1	39,9	2,2	57,4	18,7	15,3	23,4	+ 0,5

[1] Ohne Wohnbauten.
[2] Ohne Saarland und Berlin.
[3] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 20*

Einkommen und Ersparnis

Mrd

Jahr	Erwerbs- und Vermögenseinkommen insgesamt	Einkommen aus unselbständiger Arbeit [2]	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Empfangene laufende Übertragungen [3]	Gesamtes Einkommen (brutto)	Geleistete laufende Übertragungen [4]	Verfügbares Einkommen
1950	71,48	44,97	26,51	12,19	83,67	14,00	69,67
1951	86,88	54,53	32,35	13,57	100,45	17,22	83,23
1952	96,73	60,80	35,93	15,96	112,69	20,74	91,95
1953	104,11	67,14	36,97	17,70	121,81	23,31	98,50
1954	112,48	73,37	39,11	18,70	131,18	24,57	106,61
1955 [7]	128,78	83,67	45,11	20,95	149,73	27,29	122,44
1956	143,51	93,79	49,72	23,34	166,85	30,54	136,31
1957	156,77	102,87	53,90	28,44	185,21	34,27	150,94
1958	168,47	111,63	56,84	32,05	200,52	37,66	162,86
1959	182,33	119,56	62,77	33,08	215,41	41,66	173,75
1960	203,92	134,16	69,76	34,49	238,41	48,45	189,96
1960	216,29	142,83	73,46	40,63	256,92	54,17	202,75
1961	237,94	160,51	77,43	44,43	282,37	62,48	219,89
1962	257,54	177,48	80,06	48,89	306,43	70,36	236,07
1963	275,82	190,44	85,38	52,29	328,11	76,70	251,41
1964	302,36	208,42	93,94	57,73	360,09	83,93	276,16
1965	333,86	229,99	103,87	64,59	398,45	90,75	307,70
1966	356,22	247,56	108,66	70,77	426,99	101,42	325,57
1967	356,43	247,90	108,53	78,02	434,45	103,48	330,97
1968	391,22	266,31	124,91	82,34	473,56	113,83	359,73
1969	433,22	300,14	133,08	89,14	522,36	131,63	390,73
1970	504,63	353,19	151,44	97,49	602,12	159,74	442,38
1971	563,19	400,22	162,97	109,16	672,35	188,02	484,33
1972	617,48	439,15	178,33	124,27	741,75	210,16	531,59
1973 [8]	693,35	498,60	194,75	138,42	831,77	254,79	576,98
1974 [8]	748,65	546,28	202,37	158,16	906,81	282,71	624,10

[1] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[2] Bruttolöhne und -gehälter und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung (einschließlich der Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst und der fiktiven Pensionsfonds für Beamte) sowie zusätzliche Sozialaufwendungen der Arbeitgeber.
[3] Leistungen der Sozialversicherung, öffentliche Pensionen, Leistungen der Gebietskörperschaften, laufende Übertragungen von Versicherungsunternehmen und der übrigen Welt.

Tabelle 20*

der privaten Haushalte [1])

DM

Privater Verbrauch	Ersparnis	Nichtentnommene Gewinne der Einzelunternehmen u. ä. [5])	Ersparnis ohne nichtentnommene Gewinne [5])	Sparquote [5]) [6])	Empfangene Vermögensübertragungen	Geleistete Vermögensübertragungen	Finanzierungssaldo [5])	Jahr
62,88	6,79	4,71	2,08	2,99	0,01	0,09	2,00	1950
73,08	10,15	7,79	2,36	2,84	0,02	0,18	2,20	1951
81,17	10,78	6,28	4,50	4,89	0,06	0,26	4,30	1952
88,74	9,76	4,05	5,71	5,80	0,68	0,39	6,00	1953
94,63	11,98	4,97	7,01	6,58	1,34	0,55	7,80	1954
106,09	16,35	9,13	7,22	5,90	0,55	0,77	7,00	1955 [7])
117,96	18,35	11,04	7,31	5,36	0,47	1,18	6,60	1956
128,53	22,41	10,98	11,43	7,57	0,45	1,58	10,30	1957
138,40	24,46	11,30	13,16	8,08	0,98	1,94	12,20	1958
147,74	26,01	11,35	14,66	8,44	1,22	2,38	13,50	1959
161,18	28,78	13,07	15,71	8,27	1,92	2,83	14,80	1960
172,43	30,32	14,21	16,11	7,95	2,08	2,91	15,28	1960
189,02	30,87	12,71	18,16	8,26	2,48	3,59	17,05	1961
205,20	30,87	11,00	19,87	8,42	2,50	4,33	18,04	1962
218,20	33,21	9,33	23,88	9,50	2,56	4,74	21,70	1963
234,95	41,21	11,91	29,30	10,61	3,10	5,61	26,79	1964
258,67	49,03	13,27	35,76	11,62	3,44	6,27	32,93	1965
277,85	47,72	12,68	35,04	10,76	3,00	6,94	31,10	1966
285,31	45,66	10,35	35,31	10,67	3,58	8,29	30,60	1967
301,77	57,96	16,87	41,09	11,42	3,75	9,35	35,49	1968
333,09	57,64	9,90	47,74	12,22	4,36	10,07	42,03	1969
369,01	73,37	13,57	59,80	13,52	4,70	12,72	51,78	1970
410,51	73,82	8,24	65,58	13,54	6,97	15,07	57,48	1971
450,92	80,67	1,47	79,20	14,90	7,70	19,09	67,81	1972
495,71	81,27	−0,08	81,35	14,10	8,10	20,26	69,19	1973 [8])
532,94	91,16	−1,30	92,46	14,81	8,76	23,60	77,62	1974 [8])

[4]) Direkte Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, Rückerstattungsbeträge u. ä., laufende Übertragungen an Versicherungsunternehmen und die übrige Welt; einschließlich Zinsen auf Konsumentenschulden.

[5]) Wegen Revision der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank sind die Angaben ab 1970 mit denen der vorangegangenen Jahre nicht voll vergleichbar.

[6]) Ersparnis ohne nichtentnommene Gewinne in vH des verfügbaren Einkommens.

[7]) Ohne Saarland und Berlin.

[8]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 21*

Käufe der inländischen privaten

nach Verwen

Jahr	Insgesamt		Nahrungs- und Genußmittel [2]		Kleidung, Schuhe		Wohnungs-mieten u. ä. [3]		Elektrizität, Gas, Brennstoffe	
	Mrd DM	vH	Mrd DM	vH	Mrd DM	vH	Mrd DM	vH	Mrd DM	vH
										in jeweiligen
1960	170,18	100	64,94	38,2	21,84	12,8	12,22	7,2	5,62	3,3
1961	186,44	100	69,52	37,3	23,88	12,8	14,48	7,8	6,03	3,2
1962	202,38	100	73,53	36,3	26,00	12,8	15,74	7,8	7,28	3,6
1963	215,24	100	76,38	35,5	27,08	12,6	17,69	8,2	8,64	4,0
1964	231,97	100	80,95	34,9	28,97	12,5	20,02	8,6	8,39	3,6
1965	255,51	100	86,92	34,0	32,28	12,6	22,56	8,8	9,05	3,5
1966	274,46	100	91,54	33,4	33,94	12,4	26,11	9,5	9,51	3,5
1967	281,84	100	92,37	32,8	33,86	12,0	29,47	10,5	10,19	3,6
1968	298,00	100	94,73	31,8	35,15	11,8	33,24	11,2	11,30	3,8
1969	328,59	100	101,22	30,8	38,24	11,6	37,98	11,6	12,30	3,7
1970	363,84	100	109,08	30,0	41,55	11,4	40,97	11,3	13,86	3,8
1971	404,50	100	118,10	29,2	46,95	11,6	44,87	11,1	15,37	3,8
1972	444,86	100	128,48	28,9	51,67	11,6	49,28	11,1	17,31	3,9
1973 [5]	489,11	100	140,04	28,6	54,50	11,1	54,87	11,2	21,91	4,5
1974 [5]	525,71	100	148,20	28,2	58,01	11,0	60,52	11,5	25,03	4,8
										in Preisen
1960	180,58	100	67,85	37,6	22,83	12,6	14,00	7,8	5,88	3,3
1961	192,01	100	71,55	37,3	24,47	12,7	14,88	7,7	6,25	3,3
1962	202,38	100	73,53	36,3	26,00	12,8	15,74	7,8	7,28	3,6
1963	209,76	100	74,55	35,5	26,54	12,7	16,63	7,9	8,46	4,0
1964	220,89	100	77,13	34,9	28,00	12,7	17,67	8,0	8,32	3,8
1965	235,97	100	79,84	33,8	30,49	12,9	18,77	8,0	8,89	3,8
1966	244,87	100	81,66	33,3	31,28	12,8	19,91	8,1	9,25	3,8
1967	247,08	100	82,39	33,3	30,96	12,5	21,13	8,6	9,51	3,8
1968	256,43	100	84,12	32,8	32,16	12,5	22,32	8,7	10,26	4,0
1969	276,28	100	87,86	31,8	34,60	12,5	23,46	8,5	11,21	4,1
1970	295,67	100	91,95	31,1	36,26	12,3	24,44	8,3	11,97	4,0
1971	312,25	100	95,76	30,7	38,82	12,4	25,35	8,1	12,81	4,1
1972	325,49	100	98,23	30,2	40,49	12,4	26,43	8,1	14,11	4,3
1973 [5]	334,55	100	99,83	29,8	40,03	12,0	27,73	8,3	16,04	4,8
1974 [5]	335,14	100	101,31	30,2	39,67	11,8	29,17	8,7	16,16	4,8

[1] Hauptgruppen des Systematischen Güterverzeichnisses (1963) für den Privaten Verbrauch.
[2] Einschließlich Verzehr in Gaststätten.
[3] Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen.

Tabelle 21*

Haushalte für den Privaten Verbrauch

dungszwecken [1])

Übrige Haushaltsführung		Verkehr, Nachrichtenübermittlung		Körper- und Gesundheitspflege		Bildung und Unterhaltung		Persönliche Ausstattung u. ä. [4])		Jahr
Mrd DM	vH	Mrd DM	vH	Mrd DM	vH	Mrd DM	vH	Mrd DM	vH	
Preisen										
23,75	*14,0*	15,05	*8,8*	6,84	*4,0*	11,93	*7,0*	7,99	*4,7*	1960
25,85	*13,9*	17,11	*9,2*	7,44	*4,0*	12,99	*7,0*	9,14	*4,9*	1961
28,01	*13,8*	19,62	*9,7*	8,00	*4,0*	13,93	*6,9*	10,27	*5,1*	1962
29,21	*13,6*	21,82	*10,1*	8,59	*4,0*	14,69	*6,8*	11,14	*5,2*	1963
31,85	*13,7*	24,16	*10,4*	9,49	*4,1*	15,93	*6,9*	12,21	*5,3*	1964
34,93	*13,7*	27,59	*10,8*	10,52	*4,1*	17,63	*6,9*	14,03	*5,5*	1965
37,32	*13,6*	30,41	*11,1*	11,38	*4,1*	18,74	*6,8*	15,51	*5,7*	1966
37,49	*13,3*	30,68	*10,9*	11,97	*4,2*	19,62	*7,0*	16,19	*5,7*	1967
38,56	*12,9*	33,78	*11,3*	12,82	*4,3*	20,82	*7,0*	17,60	*5,9*	1968
42,95	*13,1*	38,83	*11,8*	13,88	*4,2*	23,00	*7,0*	20,19	*6,1*	1969
49,08	*13,5*	45,29	*12,4*	15,21	*4,2*	26,20	*7,2*	22,60	*6,2*	1970
55,54	*13,7*	50,37	*12,5*	17,37	*4,3*	29,22	*7,2*	26,71	*6,6*	1971
61,77	*13,9*	54,38	*12,2*	18,96	*4,3*	32,73	*7,4*	30,28	*6,8*	1972
66,33	*13,6*	60,26	*12,3*	21,04	*4,3*	35,30	*7,2*	34,86	*7,1*	1973 [5])
69,66	*13,3*	63,53	*12,1*	23,34	*4,4*	38,58	*7,3*	38,84	*7,4*	1974 [5])
von 1962										
25,71	*14,2*	15,46	*8,6*	7,26	*4,0*	12,80	*7,1*	8,79	*4,9*	1960
26,91	*14,0*	17,31	*9,0*	7,69	*4,0*	13,38	*7,0*	9,57	*5,0*	1961
28,01	*13,8*	19,62	*9,7*	8,00	*4,0*	13,93	*6,9*	10,27	*5,1*	1962
28,74	*13,7*	21,29	*10,1*	8,36	*4,0*	14,43	*6,9*	10,76	*5,1*	1963
30,86	*14,0*	23,24	*10,5*	8,96	*4,1*	15,26	*6,9*	11,45	*5,2*	1964
33,12	*14,0*	26,42	*11,2*	9,47	*4,0*	16,37	*6,9*	12,60	*5,3*	1965
34,53	*14,1*	28,13	*11,5*	9,65	*3,9*	17,04	*7,0*	13,42	*5,5*	1966
34,62	*14,0*	27,41	*11,1*	9,93	*4,0*	17,46	*7,1*	13,67	*5,5*	1967
35,41	*13,8*	29,32	*11,4*	10,26	*4,0*	18,25	*7,1*	14,33	*5,6*	1968
38,78	*14,0*	33,85	*12,3*	10,68	*3,9*	19,97	*7,2*	15,87	*5,7*	1969
42,58	*14,4*	38,31	*13,0*	11,19	*3,8*	21,68	*7,3*	17,29	*5,8*	1970
45,73	*14,7*	40,19	*12,9*	11,93	*3,8*	23,12	*7,4*	18,54	*5,9*	1971
48,44	*14,9*	40,98	*12,6*	12,17	*3,7*	24,97	*7,7*	19,67	*6,0*	1972
49,52	*14,8*	41,98	*12,5*	12,63	*3,8*	25,79	*7,7*	21,00	*6,3*	1973 [5])
48,52	*14,5*	39,62	*11,8*	12,95	*3,9*	26,29	*7,8*	21,45	*6,4*	1974 [5])

[4]) Einschließlich Dienstleistungen der Kreditinstitute, der Versicherungsunternehmen, des Beherbergungsgewerbes u. ä.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 22*

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu den anderen

Mrd

Jahr	Einnahmen				
	insgesamt	Steuern u. ä., Übertragungen [2]	Erwerbs- und Vermögens-einkommen [3]	Gebühren u. ä., Verkäufe von Land und gebrauchten Anlagen	Veränderung der Verbind-lichkeiten [4]
					Staat insgesamt (einschließ
1963	154,34	136,41	5,92	5,32	+ 6,69
1964	166,71	148,52	6,32	5,94	+ 5,93
1965	180,20	159,10	6,51	6,42	+ 8,17
1966	193,11	171,74	7,06	7,16	+ 7,15
1967	205,84	175,89	7,42	7,59	+14,94
1968	218,38	189,73	8,07	8,16	+12,42
1969	244,11	223,57	9,08	8,95	+ 2,51
1970	276,94	248,76	9,91	9,65	+ 8,62
1971	318,75	283,00	11,27	11,04	+13,44
1972	353,68	315,32	10,85	12,74	+14,77
1973 [8]	416,37	372,91	12,31	14,20	+16,95
1974 [8]	459,73	403,66	13,47	16,04	+26,56
					Gebietskör
1963	110,99	94,63	3,91	5,28	+ 7,17
1964	120,55	103,72	4,03	5,90	+ 6,90
1965	130,01	109,83	4,12	6,38	+ 9,68
1966	137,07	117,26	4,34	7,13	+ 8,34
1967	148,84	119,98	4,62	7,57	+16,67
1968	153,41	128,19	5,36	8,12	+11,74
1969	169,59	152,46	6,22	8,88	+ 2,03
1970	189,84	164,71	6,53	9,58	+ 9,02
1971	219,97	186,40	7,30	10,99	+15,28
1972	240,66	204,30	6,43	12,68	+17,25
1973 [8]	283,93	241,34	6,44	14,11	+22,04
1974 [8]	307,69	258,28	7,18	15,87	+26,36
					Sozialver
1963	43,35	41,78	2,01	0,04	− 0,48
1964	46,17	44,80	2,29	0,04	− 0,96
1965	50,19	49,27	2,39	0,04	− 1,51
1966	56,04	54,48	2,72	0,03	− 1,19
1967	57,01	55,91	2,80	0,02	− 1,72
1968	64,97	61,54	2,71	0,04	+ 0,68
1969	74,52	71,11	2,86	0,07	+ 0,48
1970	87,10	84,05	3,38	0,07	− 0,40
1971	98,79	96,60	3,97	0,05	− 1,83
1972	113,02	111,02	4,42	0,06	− 2,48
1973 [8]	132,44	131,57	5,87	0,09	− 5,09
1974 [8]	152,04	145,38	6,29	0,17	+ 0,20

[1] Dargestellt nach den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Vorgänge zwischen den einzelnen Gruppen von Gebietskörperschaften des Staatssektors sind im Prinzip ausgeschlossen. Ausführliche Erläuterungen siehe Statistisches Bundesamt, Fachserie N, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1/1974, S. 60.

[2] Unterstellte Einzahlungen in „Pensionsfonds" für Beamte sind als Einnahmen der Sozialversicherung dargestellt.

[3] Einkommen aus öffentlichen Unternehmen und Vermögen.

Tabelle 22*

Sektoren der Volkswirtschaft und zur übrigen Welt [1])

DM

Ausgaben							Jahr
insgesamt	Käufe für den laufenden Bedarf	Investitionen [5])	Löhne, Gehälter u. ä. [6])	Zinsen auf öffentliche Schulden	Renten u. ä., Übertragungen, Subventionen [7])	Veränderung der Forderungen [4])	
lich Sozialversicherung)							
154,34	34,56	16,39	28,54	2,19	61,66	+11,00	1963
166,71	34,99	19,71	31,14	2,39	67,78	+10,70	1964
180,20	38,64	20,44	35,46	2,70	76,59	+ 6,37	1965
193,11	41,35	21,33	39,59	3,35	80,87	+ 6,62	1966
205,84	43,91	18,76	42,02	4,32	88,24	+ 8,59	1967
218,38	44,55	20,98	44,83	4,45	95,74	+ 7,83	1968
244,11	49,69	23,84	50,89	5,02	105,16	+ 9,51	1969
276,94	55,20	30,05	59,28	5,75	114,75	+11,91	1970
318,75	66,22	31,97	70,53	6,52	128,54	+14,97	1971
353,68	74,05	31,70	79,51	7,60	147,24	+13,58	1972
416,37	84,55	33,54	91,67	9,12	166,85	+30,64	1973 [8])
459,73	99,42	40,12	105,95	10,90	188,47	+14,87	1974 [8])
perschaften							
101,06	25,79	16,21	26,91	2,19	21,73	+ 8,23	1963
109,63	25,39	19,54	29,38	2,39	25,18	+ 7,75	1964
118,35	27,50	20,28	33,51	2,70	30,36	+ 4,00	1965
124,52	28,15	21,12	37,42	3,35	30,10	+ 4,38	1966
135,12	29,74	18,52	39,71	4,32	31,49	+11,34	1967
139,79	28,92	20,81	42,42	4,45	35,40	+ 7,79	1968
155,65	32,06	23,65	48,17	5,02	38,95	+ 7,80	1969
176,06	35,19	29,88	56,03	5,75	43,68	+ 5,53	1970
205,66	41,74	31,75	66,82	6,52	49,30	+ 9,53	1971
224,15	45,23	31,43	75,38	7,60	57,32	+ 7,19	1972
266,34	50,61	33,00	86,97	9,12	64,71	+21,93	1973 [8])
289,29	58,94	39,05	100,64	10,90	69,50	+10,26	1974 [8])
sicherung							
53,28	8,77	0,18	1,63	—	39,93	+ 2,77	1963
57,09	9,60	0,17	1,76	—	42,60	+ 2,96	1964
61,85	11,14	0,16	1,95	—	46,23	+ 2,37	1965
68,59	13,20	0,21	2,17	—	50,77	+ 2,24	1966
70,73	14,17	0,24	2,31	—	56,75	− 2,74	1967
78,59	15,63	0,17	2,41	—	60,34	+ 0,04	1968
88,46	17,63	0,19	2,72	—	66,21	+ 1,71	1969
100,88	20,01	0,17	3,25	—	71,07	+ 6,38	1970
113,10	24,48	0,22	3,71	—	79,24	+ 5,45	1971
129,53	28,82	0,27	4,13	—	89,92	+ 6,39	1972
150,03	33,94	0,54	4,70	—	102,14	+ 8,71	1973 [8])
170,44	40,48	1,07	5,31	—	118,97	+ 4,61	1974 [8])

[4]) Quelle: Deutsche Bundesbank.
[5]) Einschließlich Käufe von Land.
[6]) Löhne und Gehälter sowie Arbeitgeberbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung.
[7]) Die Versorgungsleistungen für Beamte sind als Ausgaben der Sozialversicherung dargestellt.
[8]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 23*

Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Finanzierungssalden

Mrd DM

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Übrige Welt	Finanzielle Sektoren [2]	Insgesamt
	private Haushalte	Unternehmen: ohne Wohnungsvermietung	Unternehmen: Wohnungsvermietung	Unternehmen: zusammen [1]	Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	zusammen [1]			
					I. Vermögensbildung [3]					
1963	21,41	17,27	3,58	20,85	15,87	3,47	61,60	— 0,25	2,62	63,97
1964	27,32	20,19	5,04	25,23	18,43	4,04	75,02	— 0,08	2,58	77,52
1965	32,75	21,23	5,15	26,38	12,26	3,99	75,38	6,87	3,78	86,03
1966	32,15	19,39	6,46	25,85	14,27	3,78	76,05	— 0,40	3,58	79,23
1967	31,22	17,65	7,12	24,77	10,41	—0,84	65,56	— 9,88	3,65	59,33
1968	36,99	27,66	8,13	35,79	13,85	—0,60	86,03	—10,95	3,80	78,88
1969	44,86	25,14	3,99	29,13	25,92	1,44	101,35	— 7,65	4,55	98,25
1970	51,78	32,53	5,04	37,57	22,28	6,86	118,49	— 2,42	5,53	121,60
1971	57,48	23,11	7,81	30,92	21,08	7,65	117,13	— 0,73	7,03	123,43
1972	67,81	25,46	5,09	30,55	15,98	8,60	122,94	— 2,27	7,59	128,26
1973 [4]	69,19	26,56	0,44	27,00	26,83	14,24	137,26	— 9,75	7,58	135,09
1974 [4]	77,42	16,95	8,23	25,18	15,95	5,60	124,15	—24,66	9,75	109,24
1974 1. Hj. [4]	32,61	17,47	4,61	22,08	10,00	3,23	67,92	—12,68	3,41	58,65
1974 2. Hj. [4]	44,81	—0,52	3,62	3,11	5,95	—2,37	56,24	—11,98	6,34	30,59
1975 1. Hj. [4]	47,35	13,48	1,88	15,36	—14,68	—0,03	48,00	— 6,70	3,78	45,08
					II. Sachvermögensbildung					
1963	—	30,97	17,50	48,47	14,41	0,21	63,09	—	0,88	63,97
1964	—	38,02	20,90	58,92	17,47	0,19	76,58	—	0,94	77,52
1965	—	44,37	22,44	66,81	17,88	0,21	84,90	—	1,13	86,03
1966	—	35,90	23,40	59,30	18,35	0,27	77,92	—	1,31	79,23
1967	—	20,89	21,15	42,04	15,67	0,29	58,00	—	1,33	59,33
1968	—	37,76	21,64	59,40	17,66	0,20	77,26	—	1,62	78,88
1969	—	53,78	22,11	75,89	20,13	0,22	96,24	—	2,01	98,25
1970	—	67,66	25,83	93,49	25,56	0,28	119,33	—	2,28	121,60
1971	—	62,22	31,63	93,85	26,78	0,27	120,90	—	2,53	123,43
1972	—	59,36	40,08	99,44	25,72	0,30	125,46	—	2,80	128,26
1973 [4]	—	62,06	42,49	104,55	26,66	0,61	131,82	—	3,27	135,09
1974 [4]	—	38,36	34,39	72,75	32,60	0,53	105,88	—	3,36	109,24
1974 1. Hj. [4]	—	26,15	16,62	42,77	14,46	0,34	57,57	—	1,08	58,65
1974 2. Hj. [4]	—	12,21	17,77	29,98	18,14	0,19	48,31	—	2,28	50,59
1975 1. Hj. [4]	—	17,40	11,75	29,15	14,50	0,32	43,97	—	1,11	45,08
					III. Veränderung der Forderungen					
1963	22,86	7,94	0,22	7,74	7,90	3,26	41,17	7,24	41,37	89,78
1964	28,63	9,82	0,45	9,79	7,88	3,85	49,14	8,12	42,78	100,03
1965	34,60	10,72	—0,04	10,22	4,06	3,81	51,19	10,59	47,76	109,54
1966	32,65	7,95	0,33	7,71	4,69	3,54	47,13	7,85	46,13	101,11
1967	32,47	17,15	0,28	16,92	10,82	—0,99	57,58	5,00	59,90	122,48
1968	39,95	16,91	0,62	17,25	8,34	—0,90	65,32	13,61	78,30	157,24
1969	48,79	19,21	—0,32	18,53	7,12	1,15	76,20	12,44	81,13	169,77
1970	55,15	24,09	—0,56	23,29	5,53	6,56	90,35	33,92	102,16	226,42
1971	63,32	30,00	0,11	29,76	9,53	7,46	108,06	22,24	113,27	243,57
1972	76,06	34,79	0,28	34,52	7,19	8,38	124,15	19,48	136,86	280,49
1973 [4]	73,08	25,03	0,17	24,69	20,19	13,50	127,54	27,87	130,62	286,03
1974 [4]	77,36	37,88	—0,25	37,10	8,75	5,09	126,80	17,45	115,59	259,84

noch Tabelle 23*

Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Finanzierungssalden

Mrd DM

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Übrige Welt	Finanzielle Sektoren [2]	Insgesamt
	private Haushalte	Unternehmen: ohne Wohnungsvermietung	Unternehmen: Wohnungsvermietung	Unternehmen: zusammen [1]	Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	zusammen [1]			
				noch: III. Veränderung der Forderungen						
1974 1. Hj.	32,51	13,90	— 0,10	13,53	— 0,05	2,95	48,56	14,01	41,11	103,68
2. Hj. [4]	44,85	23,99	— 0,15	23,58	8,81	2,15	78,24	3,44	74,48	156,16
1975 1. Hj. [4]	48,11	8,74	— 0,10	8,37	— 2,94	—0,28	51,02	10,50	55,59	117,11
				IV. Veränderung der Verpflichtungen						
1963	1,45	21,64	14,14	35,36	6,44	—	42,66	7,49	39,63	89,78
1964	1,31	27,65	16,31	43,48	6,92	—	50,71	8,20	41,13	100,03
1965	1,85	33,85	17,25	50,64	9,68	0,03	60,71	3,72	45,12	109,54
1966	0,50	24,46	17,27	41,17	8,77	0,03	49,00	8,25	43,86	101,11
1967	1,25	20,39	14,31	34,20	16,08	0,14	50,02	14,88	57,58	122,48
1968	2,96	27,01	14,13	40,86	12,15	—0,10	56,55	24,56	76,12	157,24
1969	3,93	47,85	17,80	65,29	1,33	—0,07	71,09	20,09	78,59	169,77
1970	3,37	59,22	20,23	79,20	8,81	—0,02	91,18	36,34	98,90	226,42
1971	5,84	69,11	23,93	92,69	15,23	0,08	111,82	22,97	108,77	243,57
1972	8,25	68,69	35,27	103,41	16,93	0,08	126,67	21,75	132,07	280,49
1973 [4]	3,89	60,52	42,22	102,23	20,02	—0,13	122,10	37,62	126,32	286,03
1974 [4]	— 0,06	59,29	25,91	84,67	25,40	0,02	108,53	42,11	109,20	259,84
1974 1. Hj.	— 0,10	22,58	11,91	34,22	4,41	0,06	38,21	26,69	38,78	103,68
2. Hj. [4]	0,04	36,72	14,00	50,45	21,00	—0,03	70,32	15,42	70,43	156,16
1975 1. Hj. [4]	0,76	12,66	9,77	22,16	26,24	0,07	46,99	17,20	52,92	117,11
				V. Finanzierungssaldo (= I ./. II oder III ./. IV)						
1963	21,41	—13,70	—13,92	— 27,62	1,46	3,26	—1,49	— 0,25	1,74	—
1964	27,32	—17,83	—15,86	— 33,69	0,96	3,85	—1,56	— 0,08	1,64	—
1965	32,75	—23,14	—17,29	— 40,43	— 5,62	3,78	—9,52	6,87	2,65	—
1966	32,15	—16,51	—16,94	— 33,45	— 4,08	3,51	—1,87	— 0,40	2,27	—
1967	31,22	— 3,25	—14,03	— 17,28	— 5,26	—1,13	7,56	— 9,88	2,33	—
1968	36,99	—10,10	—13,51	— 23,61	— 3,81	—0,80	8,77	—10,95	2,18	—
1969	44,86	—28,64	—18,12	— 46,76	5,79	1,22	5,11	— 7,65	2,54	—
1970	51,78	—35,13	—20,79	— 55,92	— 3,28	6,58	—0,84	— 2,42	3,26	—
1971	57,48	—39,11	—23,82	— 62,93	— 5,70	7,38	—3,77	— 0,73	4,50	—
1972	67,81	—33,90	—34,99	— 68,89	— 9,74	8,30	—2,52	— 2,27	4,79	—
1973 [4]	69,19	—35,49	—42,05	— 77,54	0,17	13,63	5,45	— 9,75	4,30	—
1974 [4]	77,42	—21,41	—26,16	— 47,57	—16,65	5,07	18,27	—24,66	6,39	—
1974 1. Hj.	32,61	— 8,68	—12,01	— 20,69	— 4,46	2,89	10,35	—12,68	2,33	—
2. Hj. [4]	44,81	—12,73	—14,15	— 26,88	—12,19	2,18	7,92	—11,98	4,06	—
1975 1. Hj. [4]	47,35	— 3,92	— 9,87	— 13,79	—29,18	—0,35	4,03	— 6,70	2,67	—

[1] Bei der Summenbildung wurden intersektorale Ströme nicht mitaddiert.
[2] Banken, Bausparkassen, Versicherungen.
[3] Ersparnis und Vermögensübertragungen.
[4] Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 24*

Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften

Mio DM

Zeitraum	Einnahmen			Ausgaben					Finanzierungssaldo [3]	Kredite [4] (netto)
	insgesamt [1]	darunter: Steuern [2]	darunter: Zuweisungen	insgesamt [1]	darunter für: Personalausgaben	darunter für: laufende Zuschüsse	darunter für: Sachinvestitionen	darunter für: darunter Baumaßnahmen		
				Insgesamt [5]						
1965	130 307	106 159	.	140 581	37 122	.	23 214	18 790	−10 274	.
1966	138 118	112 708	.	146 722	41 075	.	23 117	18 982	− 8 604	.
1967	142 379	114 976	.	155 944	43 649	.	22 642	18 366	−13 565	.
1968	151 811	122 019	.	159 190	46 364	.	23 137	18 694	− 7 379	.
1969	177 191	145 588	.	174 723	52 918	42 971	26 415	21 262	+ 2 469	+ 2 459
1970	188 305	153 850	.	196 330	61 484	46 694	32 315	25 797	− 7 982	+ 6 302
1971	209 819	171 412	.	225 182	73 457	50 827	37 617	30 395	−15 704	+13 711
1972	237 114	195 442	.	251 271	81 974	59 224	39 243	31 929	−14 155	+16 291
1973 [6]	268 525	222 727	.	276 874	94 007	.	40 529	32 011	− 8 148	+11 547
1974 [7]	285 313	237 120 [a] [b]	.	313 231	107 238	71 899	45 719	35 897	−27 772	+22 155
1974 [8] 1. Vj	64 344	53 139	.	70 505	25 748	19 880	7 481	5 626	− 5 719	+ 152
2. Vj	65 383	54 733	.	72 060	26 155	16 517	9 871	7 916	− 6 594	+ 4 804
3. Vj	71 773	59 205	.	76 591	25 520	17 969	12 141	9 806	− 5 220	+ 7 331
4. Vj	83 689	70 107	.	93 629	29 818	17 537	16 199	12 556	− 9 913	+ 9 425
1975 1. Vj	66 479	53 907	.	84 524	28 715	24 825	8 710	6 455	−18 150	+ 9 664
2. Vj	64 683	...	.	83 311	...	...	...	...	...	...
				Bund [9]						
1965	63 060	59 031	265	64 995	8 858	20 404	3 429	2 849	− 1 940	+ 1 044
1966	65 887	62 253	234	67 961	9 735	23 468	3 487	2 925	− 2 060	+ 1 844
1967	67 148	63 118	224	75 979	10 428	25 718	4 159	3 306	− 8 823	+ 7 754
1968	70 612	66 193	231	75 276	10 915	25 737	3 860	3 138	− 4 664	+ 5 950
1969	83 084	78 587	241	81 380	12 905	30 492	4 457	3 682	+ 1 704	− 517
1970	87 725	83 693	289	86 704	14 614	32 413	4 950	3 895	+ 959	+ 501
1971	96 768	92 226	251	97 534	17 118	34 758	5 899	4 563	− 1 076	+ 1 061
1972	105 792	101 706	302	111 172	19 060	40 354	6 156	4 872	− 5 373	+ 4 496
1973	118 877	114 958	303	121 178	21 385	43 073	5 915	4 658	− 2 119	+ 2 204
1974 [7]	122 839	119 424 [a]	163	133 303	24 031	46 897	7 101	5 624	−10 345	+ 9 475
1974 [8] 1. Vj.	27 817	26 811	24	31 158	6 401	13 316	835	598	− 3 046	− 307
2. Vj.	28 303	27 631	36	30 102	5 719	10 847	1 536	1 278	− 1 719	+ 2 802
3. Vj.	30 458	29 662	47	32 634	5 680	11 845	1 824	1 583	− 2 459	+ 3 217
4. Vj.	36 236	35 318	56	39 389	6 231	10 889	2 906	2 165	− 3 119	+ 3 763
1975 1. Vj.	27 552	26 529	21	38 812	6 679	16 915	1 064	685	−11 323	+ 6 012
2. Vj.	26 640	26 079	44	37 204	6 322	15 109	1 458	1 206	−10 606	+11 413

[1] Netto, d. h. Einnahmen und Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge (abzüglich der Zahlungen von anderen Verwaltungen).
[2] Bei Gebietskörperschaften „insgesamt": einschließlich Lasenausgleichsabgaben.
[3] Einschließlich Saldo der Zu- und Absetzungen sowie Verrechnungen.
[4] Vom Kreditmarkt.
[5] Bund, Üffa, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände.
[6] Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 24*

Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften

Mio DM

Zeitraum	Einnahmen			Ausgaben					Finanzierungssaldo [3]	Kredite [4] (netto)
	insgesamt [1]	darunter: Steuern [2]	darunter: Zuweisungen	insgesamt [1]	darunter für: Personalausgaben	laufende Zuschüsse	Sachinvestitionen	darunter Baumaßnahmen		
					Länder					
1965	40 513	33 659	8 785	44 585	19 016	5 452	4 683	3 503	−4 072	+2 666
1966	43 593	36 260	9 243	47 351	21 019	5 463	4 660	3 566	−3 758	+2 622
1967	46 062	37 595	9 397	48 502	22 316	5 625	4 523	3 375	−3 441	+3 884
1968	48 925	40 923	10 811	50 058	23 861	6 680	4 531	3 421	−1 134	+2 269
1969	57 177	48 348	10 801	55 500	26 880	6 129	4 940	3 759	+1 677	− 339
1970	61 879	51 978	9 572	64 759	31 649	7 277	6 397	4 930	−2 956	+1 969
1971	68 905	58 563	10 727	74 442	38 076	7 925	6 958	5 274	−5 569	+4 666
1972	80 669	69 226	13 018	82 108	42 380	9 310	6 727	5 059	−1 445	+3 454
1973	91 710	79 217	14 936	93 689	48 940	10 756	7 369	5 297	−1 956	+2 579
1974 [7]	100 062	86 791 [a]	16 611	108 928	55 762	12 026	8 261	6 122	−8 846	+7 713
1974 1. Vj.	22 888	20 130	3 610	23 937	13 542	3 225	1 089	787	− 925	− 140
2. Vj.	22 623	19 697	4 070	24 956	13 776	2 738	1 677	1 275	−2 329	+1 454
3. Vj.	25 166	21 927	3 977	26 316	12 991	2 819	2 014	1 570	−1 269	+2 440
4. Vj.	29 259	25 104	4 783	33 297	15 455	3 235	3 448	2 490	−4 024	+3 536
1975 1. Vj.	23 705	20 771	4 253	27 106	14 900	4 190	1 174	894	−3 399	+2 137
2. Vj.	22 932	19 576	4 519	28 160	15 101	3 535	1 767	1 384	−5 229	+3 632
					Gemeinden/Gv.					
1965	23 389	11 809	11 291	27 714	9 248	3 603	15 018	12 355	−4 325	+4 340
1966	25 536	12 662	12 262	28 899	10 321	4 172	14 813	12 334	−3 363	+3 317
1967	26 813	12 697	12 770	28 346	10 906	4 333	13 593	11 318	−1 532	+2 497
1968	28 496	13 324	13 322	30 204	11 587	4 353	14 358	11 748	−1 708	+2 401
1969	33 747	17 159	14 144	33 993	13 132	4 729	16 440	13 242	− 246	+2 705
1970	35 299	16 597	15 671	40 954	15 221	5 385	20 203	16 207	−5 652	+3 452
1971	40 925	19 183	18 067	49 871	18 264	6 495	24 202	20 000	−8 946	+7 733
1972	47 726	23 130	20 729	54 625	20 534	8 100	25 770	21 409	−6 897	+7 986
1973 [6]	54 912	27 256	25 863	59 194	23 681	.	27 244	22 055	−4 294	+7 118
1974 [7]	59 207	29 606 [a]	26 939	68 274	27 446	11 346	30 357	24 151	−9 067	+5 394
1974 1. Vj.	12 694	5 875	5 758	14 571	5 805	2 794	5 552	4 235	−1 878	+ 664
2. Vj.	13 941	7 088	6 016	16 485	6 660	2 515	6 658	5 363	−2 544	+ 701
3. Vj.	15 109	7 320	7 728	16 973	6 849	2 902	8 303	6 653	−1 864	+1 707
4. Vj.	17 463	9 322	7 437	20 245	8 132	3 134	9 845	7 901	−2 782	+2 322
1975 1. Vj.	14 327	6 332	6 170	17 722	7 136	3 176	6 472	4 876	−3 441	+1 121
2. Vj.	14 455	...	...	17 324	...	...	...	...	...	...

[7]) Aus der Vierteljahresstatistik; bei den Beträgen der Länder einschließlich der Auslaufperiode.
[8]) Einschließlich 750 Mio DM Umsatzsteuereinnahmen, die als Ergänzungszuweisungen des Bundes an leistungsschwache Länder gezahlt werden.
[9]) Ohne Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen; ab 1974 einschließlich Öffa.
a) Einschließlich steuerähnlicher Abgaben.
b) Abweichungen, die sich bei der Zusammenfassung der Vierteljahre gegenüber den Ergebnissen des Rechnungsjahres ergeben, sind auf nachträgliche Umsetzungen der Berichtsstellen zurückzuführen.

Tabelle 25*

Kassenmäßige Steuereinnahmen

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	darunter						
		Lohnsteuer	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Steuern vom Umsatz [1] insgesamt	Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Einfuhrumsatzsteuer	Mineralölsteuer
1950 [2]	18 802	1 807	2 087	1 449	4 987	.	.	73
1951	25 183	2 797	2 303	2 273	7 148	.	.	463
1952	31 215	3 658	3 925	2 780	8 736	.	.	590
1953	34 320	3 740	4 870	2 990	9 104	.	.	734
1954	35 894	3 875	4 588	3 071	9 766	.	.	781
1955	39 736	4 402	4 352	3 111	11 337	.	.	1 136
1956	44 530	5 402	4 728	3 637	12 437	.	.	1 415
1957	47 935	5 289	5 879	4 506	12 882	.	.	1 642
1958	50 188	5 932	5 473	5 190	13 506	.	.	1 665
1959	56 644	5 855	7 323	5 118	14 943	.	.	2 145
1960	66 627	8 102	8 963	6 510	16 917	.	.	2 664
1961	76 705	10 453	10 817	7 473	18 670	.	.	3 325
1962	84 480	12 315	12 218	7 790	20 036	.	.	3 699
1963	89 735	13 844	13 451	7 688	20 922	.	.	4 139
1964	98 061	16 092	14 101	8 018	22 845	.	.	6 071
1965	104 460	16 738	14 798	8 170	25 103	.	.	7 428
1966	111 154	19 055	16 075	7 687	25 989	.	.	8 016
1967	113 350	19 558	15 782	7 061	25 628	.	.	9 423
1968	120 378	22 080	16 272	8 553	25 779	18 786	6 994	9 875
1969	146 928	27 057	16 989	10 895	37 141	26 816	10 324	10 601
1970	152 318	35 086	16 001	8 716	38 125	26 791	11 334	11 512
1971	170 811	42 803	18 340	7 167	42 897	30 869	12 028	12 417
1972	195 510	49 770	23 140	8 495	46 981	34 153	12 828	14 227
1973	223 489	61 255	26 452	10 887	49 486	34 922	14 563	16 589
1974	238 179	76 690	26 793	10 403	51 170	32 852	18 317	16 052
1974 1. Vj.	53 245	15 163	6 995	2 624	13 389	9 325	4 064	2 601
2. Vj.	55 139	15 567	5 817	2 127	12 596	7 887	4 709	3 875
3. Vj.	59 377	18 480	6 553	2 739	11 996	7 336	4 660	4 167
4 Vj.	70 414	22 750	7 428	2 914	13 189	8 304	4 885	5 409
1975 1.Vj.	54 607	16 150	6 939	2 651	13 936	9 540	4 396	2 832
2. Vj.	54 535	14 413	5 716	2 095	12 726	8 181	4 545	4 236
3. Vj.	...	18 065	7 020	2 405	12 811	8 407	4 405	4 410

[1] Bis 1967: Umsatzsteuer, Umsatzausgleichsteuer, Beförderungsteuer; ab 1968: Mehrwertsteuer einschließlich Umsatzsteuer alt, Einfuhrumsatzsteuer einschließlich Reste Umsatzausgleichsteuer, Beförderungsteuer; 1969: wie 1968 einschließlich Straßengüterverkehrsteuer; ab 1970: Mehrwertsteuer einschließlich Umsatzsteuer alt, Einfuhrumsatzsteuer einschließlich Reste Umsatzausgleichsteuer sowie ohne durchlaufende Posten.

[2] Ohne Saarland.

Tabelle 26*

Verschuldung der öffentlichen Haushalte [1])

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Insgesamt [2])	nach Kreditnehmern			nach ausgewählten Schuldarten			
		Bund	Länder	Gemeinden	Anleihen [3])	Bankkredite	Darlehen von Nichtbanken	
							Sozialversicherungen [4])	Sonstige
1950	20 634	7 290	12 844	500	—	465	150	140
1951	22 365	8 220	13 294	850	49	745	290	205
1952	24 044	8 897	13 717	1 430	419	1 280	435	335
1953	33 901	16 726	14 563	2 320	1 126	2 120	1 323	657
1954	38 699	17 894	15 018	3 600	1 678	2 880	1 787	1 059
1955	40 943	17 868	15 523	4 670	2 022	3 660	2 019	1 371
1956	41 892	17 614	15 741	5 610	1 726	4 340	2 239	1 623
1957	43 614	19 723	13 963	7 010	1 780	5 410	2 433	1 835
1958	46 122	20 077	14 708	8 370	2 303	7 575	2 483	1 883
1959	49 084	20 986	14 920	9 630	3 058	9 450	2 472	1 998
1960	52 182	22 572	14 695	11 169	3 528	10 600	2 667	2 604
1961	56 564	25 941	13 903	12 805	4 810	11 693	4 687	2 811
1962	59 984	27 256	13 402	15 068	5 700	13 227	4 880	3 235
1963	66 687	30 136	13 329	17 686	7 712	15 582	5 066	4 399
1964	73 107	31 338	14 291	21 264	8 974	19 656	5 657	5 121
1965	82 981	33 017	17 401	25 844	11 195	24 749	6 591	6 339
1966	92 291	35 581	20 328	29 465	12 092	29 519	7 245	7 868
1967	107 175	43 468	24 188	31 986	14 230	34 114	8 387	8 690
1968	115 870	47 192	26 339	34 186	16 074	42 536	6 957	9 221
1969	116 141	45 360	25 771	36 663	16 266	50 051	6 101	9 884
1970	125 890	47 323	27 786	40 295	17 491	59 523	5 725	11 104
1971	140 399	48 764	33 037	47 927	20 249	70 665	6 511	12 592
1972	156 063	55 299	36 963	55 984	24 971	81 874	7 374	14 667
1973	163 348	61 356	39 462	55 494	27 377	87 946	7 522	12 824
1974	187 288	72 138	47 323	61 280	30 938	102 946	8 694	14 951
1974 Mär	163 673	60 961	39 519	56 350	27 297	88 024	7 900	13 161
Jun	167 612	62 869	40 847	57 200	27 525	91 601	8 629	13 570
Sep	175 157	66 150	43 496	58 850	28 414	96 536	9 056	14 238
Dez	187 288	72 138	47 323	61 280	30 938	102 946	8 694	14 951
1975 Mär	197 576	77 649	50 043	62 980	34 711	106 826	8 291	15 025
Jun	211 557	86 496	53 644	65 000	39 212	114 297	10 528	15 382

[1]) Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander.
[2]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Auftragsfinanzierung Öffa, Länder, Gemeinden.
[3]) Ohne die im Bestand der Emittenten befindlichen Stücke, einschließlich Bundesschatzbriefe.
[4]) Einschließlich Schuldbuchforderungen und Schatzbriefe.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 27*

Konsolidierte Bilanz des

Veränderung gegenüber dem

Zeitraum	I. Kreditgewährung an inländische Nichtbanken					II. Netto-Forderungssaldo gegenüber dem Ausland [3]			
			durch Kreditinstitute [2]					Kreditinstitute	
	insgesamt	durch Deutsche Bundesbank	zusammen	an inländische Unternehmen und Privatpersonen	an inländische öffentliche Haushalte	insgesamt	Deutsche Bundesbank	zusammen	darunter mittel- und langfristig
1963	+26,84	+0,98	+25,87	+22,32	+ 3,54	+ 3,29	+ 2,75	+ 0,55	+ 1,25
1964	+30,19	−1,03	+31,23	+25,16	+ 6,07	+ 1,70	+ 0,43	+ 1,27	+ 1,32
1965	+34,17	−0,43	+34,60	+27,54	+ 7,06	+ 0,03	− 1,30	+ 1,33	+ 1,14
1966	+28,20	+0,29	+27,91	+21,56	+ 6,36	+ 3,42	+ 1,89	+ 1,53	+ 1,14
1967	+32,89	+0,67	+32,22	+18,33	+13,89	+ 4,67	− 0,17	+ 4,84	+ 1,64
1968	+39,99	−2,07	+42,06	+30,90	+11,17	+10,70	+ 6,81	+ 3,89	+ 6,83
1969	+53,48	+0,67	+52,81	+51,22	+ 1,59	− 2,87	−10,52	+ 7,65	+11,97
1970	+50,53	−0,24	+50,77	+43,81	+ 6,97	+14,23	+21,60	− 7,36	− 0,29
1971	+69,05	−0,63	+69,68	+59,52	+10,16	+11,52	+15,91	− 4,40	− 3,28
1972	+86,41	−2,07	+88,48	+78,22	+10,26	+ 8,66	+15,49	− 6,83	− 6,39
1973	+67,55	+2,37	+65,18	+54,59	+10,59	+23,98	+26,49	− 2,51	− 7,21
1974	+59,77	−1,48	+61,25	+41,18	+20,07	+13,69	− 1,90	+15,59	+ 6,04
1971 1. Vj.	+ 6,04	−2,41	+ 8,45	+ 6,83	+ 1,62	+11,93	+ 7,56	+ 4,37	− 0,42
2. Vj.	+16,49	+0,34	+16,15	+13,93	+ 2,22	+ 6,06	+ 3,28	+ 2,79	− 1,39
3. Vj.	+18,76	−0,08	+18,84	+16,56	+ 2,28	− 1,23	+ 1,78	− 3,01	− 1,14
4. Vj.	+27,77	+1,52	+26,25	+22,20	+ 4,05	− 5,24	+ 3,30	− 8,54	− 0,33
1972 1. Vj.	+12,78	−2,41	+15,19	+12,78	+ 2,41	+ 7,52	+ 3,18	+ 4,35	− 2,29
2. Vj.	+23,37	+0,01	+23,37	+20,73	+ 2,64	+ 4,56	+ 9,92	− 5,36	− 2,54
3. Vj.	+17,53	−0,16	+17,69	+15,04	+ 2,65	+ 2,99	+ 4,41	− 1,42	− 0,67
4. Vj.	+32,73	+0,49	+32,24	+29,68	+ 2,56	− 6,41	− 2,02	− 4,39	− 0,89
1973 1. Vj.	+15,04	−0,63	+15,67	+12,71	+ 2,96	+12,73	+19,93	− 7,19	− 1,51
2. Vj.	+18,03	+0,44	+17,59	+16,58	+ 1,01	+ 6,14	+ 2,73	+ 3,41	− 2,38
3. Vj.	+13,86	—	+13,86	+12,49	+ 1,36	+ 4,73	+ 8,27	− 3,55	− 2,67
4. Vj.	+20,62	+2,55	+18,07	+12,81	+ 5,26	+ 0,38	− 4,45	+ 4,83	− 0,66
1974 1. Vj.	+ 6,03	−1,31	+ 7,34	+ 5,74	+ 1,60	+ 0,33	− 0,53	+ 0,86	+ 0,41
2. Vj.	+17,15	−1,23	+18,38	+13,59	+ 4,80	+ 5,58	+ 3,43	+ 2,16	+ 0,56
3. Vj.	+14,75	−0,04	+14,79	+ 9,38	+ 5,41	− 1,03	− 6,43	+ 5,40	+ 1,94
4. Vj.	+21,84	+1,11	+20,73	+12,47	+ 8,26	+ 8,82	+ 1,64	+ 7,18	+ 3,13
1975 1. Vj.	+ 4,00	+0,74	+ 3,27	− 1,69	+ 4,95	+ 9,03	+ 4,99	+ 4,03	+ 2,84
2. Vj.	+14,75	−2,13	+16,88	+ 6,60	+10,28	+ 5,15	− 3,95	+ 9,10	+ 4,89
3. Vj.	+22,05	+5,19	+16,86	+ 4,01	+12,85	+ 2,70	− 2,69	+ 5,39	+ 4,80

[1]) Kreditinstitute einschließlich Bundesbank.
[2]) Einschließlich Wertpapiere.
[3]) Einschließlich Wertpapiere ausländischer Emittenten im Besitz des Bankensystems sowie einschließlich Entwicklungshilfekredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Tabelle 27*

Bankensystems (Geldvolumenrechnung) [1])

vorangegangenen Zeitraum in Mrd DM

III. Geldkapitalbildung				IV.	V.	VI. Geld- und Quasigeldbestände (M2) (Saldo: I + II + V − III − IV)				
	darunter						Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren			
insgesamt [4])	Termingelder mit Befristung von 4 Jahren und darüber	Spareinlagen [5])	Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf (netto)	Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Haushalte	Sonstige Positionen [6])	insgesamt	zusammen	darunter unter 3 Monaten	Bargeldumlauf [7]) und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken	Zeitraum
+22,93	+ 4,77	+11,55	+ 4,99	−0,61	− 1,85	+ 5,96	+ 1,56	+ 0,47	+ 4,41	1963
+25,71	+ 4,61	+12,53	+ 6,60	−0,85	− 0,61	+ 6,43	+ 1,03	+ 0,66	+ 5,40	1964
+28,12	+ 3,75	+16,26	+ 5,99	−1,11	− 1,06	+ 6,12	+ 0,55	− 0,07	+ 5,57	1965
+24,54	+ 3,25	+16,27	+ 3,28	−0,53	− 1,15	+ 6,47	+ 5,37	− 0,58	+ 1,09	1966
+23,92	+ 2,55	+17,65	+ 1,80	+0,29	+ 0,83	+14,19	+ 5,88	+ 3,22	+ 8,30	1967
+30,95	+ 1,49	+22,02	+ 4,65	+1,19	− 0,41	+18,15	+12,62	+ 1,69	+ 5,53	1968
+34,64	+ 5,52	+21,59	+ 4,92	+0,44	− 0,98	+14,55	+ 8,59	+ 5,24	+ 5,96	1969
+35,40	+ 4,26	+20,51	+ 7,90	+4,09	− 8,87	+16,41	+ 7,72	+13,61	+ 8,69	1970
+46,40	+ 7,07	+28,48	+ 8,15	+4,20	− 5,00	+24,97	+11,72	+ 8,91	+13,24	1971
+60,64	+ 8,68	+34,25	+13,49	−3,85	− 4,78	+33,51	+15,96	+ 6,58	+17,55	1972
+48,20	+10,22	+19,57	+14,85	+4,22	− 7,17	+31,94	+29,37	+22,83	+ 2,57	1973
+56,46	+ 7,95	+34,85	+10,59	+0,44	− 2,88	+13,68	− 1,82	+ 7,22	+15,50	1974
+ 9,22	+ 1,21	+ 6,11	+ 1,28	+4,62	− 8,19	− 4,06	+ 2,30	+ 1,90	− 6,36	1971 1. Vj.
+ 7,36	+ 1,01	+ 3,85	+ 1,42	+1,02	− 4,07	+10,10	+ 1,88	− 1,64	+ 8,23	2. Vj.
+ 9,18	+ 2,42	+ 3,37	+ 2,91	+0,92	− 5,18	+ 2,25	+ 0,08	+ 1,66	+ 2,16	3. Vj.
+20,65	+ 2,44	+15,15	+ 2,55	+2,36	+12,44	+16,68	+ 7,46	+ 6,98	+ 9,21	4. Vj.
+14,20	+ 1,56	+ 7,41	+ 4,19	+4,44	− 8,22	− 6,56	− 2,18	− 3,34	− 4,38	1972 1. Vj.
+13,40	+ 1,72	+ 6,99	+ 3,37	−2,50	− 4,51	+12,52	+ 3,77	+ 1,44	+ 8,75	2. Vj.
+11,79	+ 1,97	+ 5,32	+ 3,62	−0,72	− 3,74	+ 5,70	+ 3,50	+ 0,79	+ 2,20	3. Vj.
+21,24	+ 3,43	+14,53	+ 2,31	−5,06	+11,69	+21,84	+10,86	+ 7,69	+10,97	4. Vj.
+12,19	+ 2,52	+ 3,68	+ 4,76	+5,47	−11,18	− 1,06	+ 4,92	− 8,47	+ 5,98	1973 1. Vj.
+ 8,06	+ 2,19	− 0,93	+ 5,47	+0,05	− 5,70	+10,36	+10,40	+17,49	− 0,04	2. Vj.
+ 5,26	+ 2,68	− 1,23	+ 3,37	+4,01	− 4,07	+ 5,25	+ 9,53	+ 4,08	− 4,28	3. Vj.
+22,69	+ 2,83	+18,05	+ 1,26	−5,30	+13,77	+17,39	+ 4,52	+ 9,72	+12,87	4. Vj.
+ 7,57	+ 2,52	+ 2,59	+ 1,74	+3,56	− 5,34	−10,12	− 0,11	+ 7,71	−10,01	1974 1. Vj.
+ 9,30	+ 1,61	+ 3,58	+ 3,17	−0,33	− 7,29	+ 6,48	− 1,43	− 8,21	+ 7,90	2. Vj.
+ 9,54	+ 2,07	+ 3,75	+ 3,10	+3,65	− 4,76	− 4,23	− 4,91	− 1,19	+ 0,67	3. Vj.
+30,04	+ 1,75	+24,93	+ 2,59	−6,43	+14,51	+21,56	+ 4,62	+ 8,92	+16,94	4. Vj.
+23,70	+ 2,83	+14,70	+ 4,92	+1,18	− 7,63	−19,47	−10,36	−14,50	− 9,11	1975 1. Vj.
+25,42	+ 1,85	+19,46	+ 2,43	−2,34	− 2,10	− 5,29	−16,58	− 9,44	+11,29	2. Vj.
+17,05	+ 2,18	+11,78	+ 2,75	+4,71	− 3,74	− 0,74	− 4,50	− 2,15	+ 3,75	3. Vj.

[4]) Einschließlich Kapital und Rücklagen; ohne Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren.
[5]) Einschließlich Sparbriefe.
[6]) Saldo der übrigen Positionen der konsolidierten Bilanz des Bankensystems.
[7]) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 28*

Zahlungsmittelbestände und Kredite

Mrd DM

Ende des Zeitraumes	Geldvolumen			Termingelder [3]		Kredite der Kreditinstitute an inländische Unternehmen und Privatpersonen			
	insgesamt	Bargeldumlauf [1]	Sichteinlagen [2]	insgesamt	darunter mit einer Befristung unter 3 Monaten	insgesamt	kurzfristig [4]	mittel- und langfristig	Wertpapiere [5]
1955 [6]	31,48	14,04	17,44	11,20	2,01	63,27	.	.	.
1956 [6]	33,89	14,88	19,01	13,56	2,78	71,23	.	.	.
1957 [6]	37,81	16,46	21,35	17,13	3,27	78,31	.	.	.
1958 [6]	42,58	17,94	24,64	17,94	3,19	85,92	.	.	.
1959	47,61	19,34	28,26	19,97	3,31	101,16	.	.	.
1960	51,08	20,83	30,25	21,62	3,61	116,25	.	.	.
1961	58,71	23,20	35,52	23,47	3,94	135,76	.	.	.
1962	63,28	24,25	39,03	25,19	4,10	154,83	.	.	.
1963	67,77	25,51	42,26	26,75	4,57	173,92	.	.	.
1964	73,05	27,89	45,16	27,78	5,23	231,81	60,67	163,74	7,40
1965	78,53	29,65	48,87	28,40	5,16	259,27	67,31	183,91	8,05
1966	79,62	30,88	48,74	33,77	4,58	280,74	72,32	200,35	8,08
1967	87,92	31,51	56,41	39,65	7,80	298,88	74,29	216,18	8,42
1968	93,47	32,59	60,88	48,86	9,58	334,55	81,00	242,80	10,75
1969	99,43	34,69	64,74	57,45	14,82	385,95	101,56	272,35	12,03
1970	108,22	36,89	71,33	65,16	28,43	430,54	113,62	304,10	12,83
1971	121,52	40,29	81,23	77,07	37,34	490,57	131,73	345,43	13,41
1972	139,30	45,77	93,53	93,03	43,92	569,33	155,94	399,66	13,73
1973	142,86	47,43	95,43	123,00	67,08	631,28	166,95	449,70	14,63
1974	158,43	51,52	106,91	121,17	74,30	672,12	179,67	477,82	14,64
1971 1. Vj.	101,88	35,96	65,92	67,47	30,33	437,39	114,66	310,06	12,68
2. Vj.	110,15	37,41	72,73	69,34	28,70	451,45	120,41	318,40	12,64
3. Vj.	112,39	38,46	73,93	69,42	30,36	468,21	123,78	331,30	13,13
4. Vj.	121,52	40,29	81,23	77,07	37,34	490,57	131,73	345,43	13,41
1972 1. Vj.	117,18	40,42	76,76	74,89	34,00	503,42	134,98	354,49	13,95
2. Vj.	126,00	42,72	83,28	78,67	35,43	524,33	145,17	365,68	13,49
3. Vj.	128,26	43,33	84,94	82,17	36,23	539,54	146,30	379,76	13,48
4. Vj.	139,30	45,77	93,53	93,03	43,92	569,33	155,94	399,66	13,73
1973 1. Vj.	133,35	44,67	88,68	97,96	35,45	585,12	154,95	416,13	14,05
2. Vj.	133,36	46,23	87,13	108,37	52,94	601,82	159,62	428,44	13,76
3. Vj.	129,10	45,81	83,29	117,82	57,02	614,39	163,08	437,51	13,79
4. Vj.	142,86	47,43	95,43	123,00	67,08	631,28	166,95	449,70	14,63
1974 1. Vj.	132,87	46,22	86,65	122,89	74,79	637,02	169,07	453,90	14,06
2. Vj.	140,80	48,39	92,40	121,43	66,58	650,21	176,74	459,43	14,05
3. Vj.	141,48	49,43	92,05	116,53	65,39	659,62	177,85	467,80	13,97
4. Vj.	158,43	51,52	106,91	121,17	74,30	672,12	179,67	477,82	14,64
1975 1. Vj.	149,34	51,14	98,20	110,81	59,81	670,47	174,97	481,18	14,31
2. Vj.	160,64	52,90	107,74	94,25	50,37	677,12	173,42	488,88	14,82
3. Vj.	164,43	53,59	110,83	89,77	48,22	681,23	166,59	500,80	13,84

[1] Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen.
[2] Ohne Zentralbankeinlagen öffentlicher Haushalte.
[3] Mit einer Befristung bis unter 4 Jahren (Quasigeldbestände).
[4] Einschließlich Schatzwechsel und U-Schätze der Bundesbahn und Bundespost.
[5] Ohne Bankschuldverschreibungen, einschließlich Anleihen der Bundesbahn und der Bundespost.
[6] Ohne Saarland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 29*

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie [1])

a) Insgesamt (1970 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-
		industrien				industrien		
	Wertindex				Volumenindex			
1962	53,3	56,7	47,0	62,4	57,7	58,6	53,1	66,8
1963	55,9	58,6	50,4	64,7	60,4	61,0	56,8	68,3
1964	64,1	67,8	58,0	72,5	68,2	69,6	64,4	75,1
1965	68,2	69,5	62,8	78,7	71,0	69,6	68,0	80,2
1966	68,1	72,0	61,5	77,6	69,7	71,5	65,1	77,5
1967	67,7	72,1	61,1	76,5	70,4	73,8	65,2	77,2
1968	78,0	80,8	72,7	86,1	85,4	87,8	81,3	91,4
1969	95,4	94,7	95,7	96,0	101,2	99,6	102,9	99,9
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	102,5	101,2	100,0	110,4	98,3	99,5	93,9	106,6
1972	110,6	110,2	107,1	119,6	103,4	107,3	97,7	110,8
1973	128,3	129,2	129,0	125,0	115,0	120,3	113,5	109,8
1974	139,0	153,7	133,8	127,7	109,1	116,0	108,1	100,0
1970 1. Vj.	98,0	96,4	101,7	91,7	99,1	96,3	103,6	92,7
2. Vj.	100,3	102,0	98,9	101,5	100,7	101,7	99,5	101,9
3. Vj.	97,5	100,3	97,5	92,9	97,4	100,4	97,4	92,6
4. Vj.	104,1	101,2	102,0	113,9	102,8	101,5	99,5	112,9
1971 1. Vj.	101,3	96,9	103,2	104,2	97,9	95,6	97,9	101,8
2. Vj.	104,9	104,2	101,7	113,7	100,6	101,9	95,7	110,2
3. Vj.	99,9	102,4	97,6	101,2	95,3	100,1	91,2	97,3
4. Vj.	103,9	101,6	97,6	122,6	99,2	100,3	90,9	117,1
1972 1. Vj.	105,6	103,7	102,9	115,1	99,8	102,4	94,4	108,4
2. Vj.	110,3	112,0	105,0	120,1	103,3	109,0	95,7	112,1
3. Vj.	104,8	107,4	101,3	108,9	97,6	103,8	92,2	100,6
4. Vj.	121,8	117,8	119,3	134,1	113,0	113,9	108,5	122,2
1973 1. Vj.	132,4	125,8	137,2	131,9	121,2	121,2	122,4	118,5
2. Vj.	131,6	129,0	134,4	129,2	118,4	121,2	118,3	114,2
3. Vj.	120,9	127,8	121,1	109,2	107,9	118,3	106,1	95,3
4. Vj.	128,2	134,3	123,5	129,6	112,4	120,6	107,5	111,0
1974 1. Vj.	143,6	154,0	141,5	131,5	117,8	123,8	118,4	106,7
2. Vj.	144,1	164,1	135,0	133,1	112,8	122,8	109,3	104,8
3. Vj.	134,9	157,6	128,5	113,1	103,4	115,2	102,3	86,8
4. Vj.	133,6	139,1	130,1	132,9	102,3	102,2	102,4	101,9
1975 1. Vj.	132,3	133,8	136,7	119,4	100,3	100,5	103,8	91,5
2. Vj.	143,0	135,7	153,5	130,1	108,4	103,9	114,9	100,2
3. Vj. [2])	129,3	128,3	137,2	112,2	98,4	99,8	102,4	86,5

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien; ab 1968 ohne Umsatzsteuer.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.

n o c h Tabelle 29*

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie [1])

b) Inland (1970 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-
		industrien				industrien		
	Wertindex				Volumenindex			
1962	57,5	61,2	50,4	65,5	61,4	62,5	55,8	70,3
1963	58,9	61,6	52,4	67,2	62,6	63,2	57,8	71,0
1964	67,8	72,5	60,1	75,3	71,3	73,7	65,8	78,2
1965	72,0	73,2	65,8	81,9	73,8	72,3	70,0	83,3
1966	69,7	73,8	61,3	79,7	70,3	72,3	63,8	79,6
1967	67,2	71,5	58,4	77,7	69,0	72,2	61,6	78,3
1968	77,0	80,4	69,1	86,9	84,3	87,1	77,7	92,5
1969	94,5	95,3	93,3	95,8	100,8	100,9	101,2	100,0
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	102,1	100,6	99,0	110,2	97,7	98,0	92,9	106,2
1972	109,1	107,7	105,0	119,1	101,6	103,3	95,7	110,2
1973	120,4	123,2	117,5	121,9	107,9	113,8	103,8	106,8
1974	124,7	138,7	114,3	123,7	98,2	106,3	92,8	96,6
1970 1. Vj.	97,5	95,6	102,1	91,5	98,5	95,7	103,8	92,5
2. Vj.	100,8	102,5	99,1	101,6	101,2	102,4	99,9	102,0
3. Vj.	97,8	101,3	97,5	93,0	97,7	101,4	97,5	92,7
4. Vj.	104,0	100,6	101,3	113,9	102,6	100,5	98,8	112,8
1971 1. Vj.	99,1	93,6	101,1	103,5	95,6	91,9	95,7	101,1
2. Vj.	104,3	103,7	100,2	113,2	99,9	100,7	94,1	109,6
3. Vj.	100,4	103,9	97,1	101,6	95,6	100,7	90,8	97,4
4. Vj.	104,5	101,3	97,5	122,5	99,5	98,8	90,8	116,8
1972 1. Vj.	104,4	100,3	101,9	115,1	98,3	97,8	93,4	108,2
2. Vj.	110,2	111,3	104,4	119,7	102,7	106,5	95,1	111,6
3. Vj.	104,6	106,1	101,2	108,8	97,0	101,0	92,0	100,3
4. Vj.	117,3	113,3	112,4	132,7	108,4	107,9	102,3	120,9
1973 1. Vj.	126,5	121,3	129,0	129,6	115,7	115,4	115,4	116,4
2. Vj.	125,8	125,4	126,5	125,4	113,0	116,5	111,6	110,6
3. Vj.	112,0	122,8	106,0	107,5	99,8	112,5	93,3	93,5
4. Vj.	117,3	123,5	108,4	125,0	103,0	110,8	94,9	106,7
1974 1. Vj.	129,4	137,9	124,6	126,0	106,5	112,2	104,5	101,9
2. Vj.	129,6	147,8	115,7	128,9	101,8	112,2	94,0	101,2
3. Vj.	119,4	141,0	107,5	110,0	92,0	105,2	85,9	84,2
4. Vj.	120,5	128,0	109,6	130,0	92,6	95,6	86,8	99,3
1975 1. Vj.	123,6	123,8	127,0	116,9	93,9	93,4	96,6	89,3
2. Vj.	139,1	127,9	154,0	127,4	105,5	97,7	115,6	97,8
3. Vj. [2])	120,6	122,0	125,2	110,0	92,3	94,7	94,4	84,7

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien; ab 1968 ohne Umsatzsteuer.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 29*

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie [1])

c) Ausland (1970 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-
		industrien				industrien		
	Wertindex				Volumenindex			
1962	40,0	41,8	39,4	38,3	45,8	45,4	46,9	40,3
1963	46,8	48,5	46,2	45,6	53,6	53,9	54,5	47,7
1964	52,8	52,0	53,1	50,8	59,0	55,5	61,7	52,3
1965	56,3	57,2	56,1	54,6	61,9	60,8	63,4	55,7
1966	63,0	65,8	62,1	61,0	68,1	69,7	68,4	61,4
1967	69,4	74,4	67,5	66,9	75,4	80,5	74,2	68,2
1968	81,2	82,3	81,0	79,4	89,1	90,7	89,5	82,5
1969	98,9	92,8	101,8	97,9	103,3	95,7	107,6	98,8
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	103,4	103,4	102,0	112,1	99,9	105,2	96,0	109,3
1972	115,1	118,6	112,3	123,3	109,4	122,3	102,5	115,8
1973	153,6	149,5	156,2	148,9	138,1	142,7	136,7	133,5
1974	184,5	204,5	179,5	158,1	143,6	147,5	144,5	127,0
1970 1. Vj.	99,9	99,3	101,2	93,5	100,8	98,6	102,9	94,2
2. Vj.	98,8	100,6	97,8	100,1	99,0	99,4	98,6	100,5
3. Vj.	97,0	97,0	97,8	92,2	96,9	97,0	97,6	92,0
4. Vj.	104,3	103,2	103,2	114,1	103,3	105,1	100,9	113,2
1971 1. Vj.	108,2	108,1	108,1	108,9	105,1	109,1	103,0	107,0
2. Vj.	106,5	105,8	105,1	117,4	102,8	106,5	99,2	114,7
3. Vj.	97,8	97,3	97,9	98,8	94,0	98,6	91,5	96,1
4. Vj.	101,1	102,5	97,0	123,1	97,7	106,4	90,2	119,6
1972 1. Vj.	109,2	115,0	105,5	115,8	104,8	120,0	96,9	110,9
2. Vj.	110,5	114,6	106,5	123,3	105,3	118,8	97,3	116,9
3. Vj.	105,0	111,3	101,4	109,6	99,8	114,6	92,5	102,6
4. Vj.	135,9	133,3	135,7	144,5	127,9	136,0	123,3	133,0
1973 1. Vj.	151,9	141,2	157,1	149,5	139,5	141,4	139,3	135,6
2. Vj.	150,6	141,2	153,7	158,7	136,3	137,6	134,6	142,9
3. Vj.	149,6	144,8	156,2	121,9	134,2	138,5	136,1	109,6
4. Vj.	162,2	170,8	157,8	165,4	142,3	153,5	136,6	145,9
1974 1. Vj.	188,7	208,6	181,9	174,4	153,8	161,4	151,7	144,8
2. Vj.	189,5	219,0	179,8	165,8	147,6	157,3	145,4	133,1
3. Vj.	184,4	213,6	178,5	136,6	139,9	147,0	141,7	107,5
4. Vj.	175,3	176,7	177,8	155,5	133,2	124,2	139,0	122,8
1975 1. Vj.	161,0	167,6	161,5	138,3	121,4	124,7	121,9	108,6
2. Vj.	155,5	162,1	153,2	151,1	117,6	124,9	114,0	119,1
3. Vj. [2])	157,0	149,6	164,9	129,0	118,1	117,1	121,2	100,9

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 30*

Auftragsbestand in der Verarbeitenden Industrie [1])

Wertindex 1970 = 100

Zeitraum	Verarbeitende Industrie			Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien		
	insgesamt [2])	Inland [2])	Ausland	zusammen [2])	Inland [2])	Ausland
1971	93,7	91,9	100,4	71,5	68,7	82,4
1972	92,3	90,2	100,2	76,5	69,4	104,4
1973	116,1	110,7	136,0	130,7	121,9	176,8
1974	129,4	112,8	189,5	170,3	142,9	312,8
1970 1. Vj.	102,4	102,5	102,1	113,4	113,6	112,8
2. Vj.	104,9	105,5	103,0	109,5	109,3	110,2
3. Vj.	96,6	96,1	98,3	96,7	96,0	97,0
4. Vj.	96,0	96,0	96,6	80,4	80,6	80,1
1971 1. Vj.	93,1	91,6	98,4	79,2	77,1	87,6
2. Vj.	98,4	96,6	104,6	74,5	70,4	90,6
3. Vj.	91,6	89,1	100,9	69,3	66,1	81,9
4. Vj.	91,8	90,2	97,7	63,0	61,4	69,4
1972 1. Vj.	89,4	87,0	98,1	70,2	66,4	85,2
2. Vj.	95,3	94,2	99,3	77,9	72,6	98,7
3. Vj.	89,0	86,7	97,4	78,1	70,0	110,2
4. Vj.	95,6	92,7	105,9	79,7	68,6	123,3
1973 1. Vj.	108,6	105,7	119,6	116,6	110,8	146,9
2. Vj.	121,9	118,9	132,2	133,9	128,3	163,1
3. Vj.	116,9	110,8	139,6	136,2	127,7	180,1
4. Vj.	117,1	107,4	152,5	136,3	120,8	216,9
1974 1. Vj.	125,5	110,6	179,4	165,0	140,1	294,8
2. Vj.	138,2	122,7	194,5	187,3	160,1	328,9
3. Vj.	131,1	112,1	199,9	182,6	149,3	356,0
4. Vj.	122,9	105,7	184,4	146,3	122,2	271,4
1975 1. Vj.	111,4	95,9	167,0	120,5	106,9	190,9
2. Vj.	118,1	106,2	160,5	109,6	101,3	152,7
3. Vj. [3])	118,9	109,3	153,3	105,8	98,2	145,5

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien.
[2]) Ohne Umsatzsteuer.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 30*

Auftragsbestand in der Verarbeitenden Industrie [1])

Wertindex 1970 = 100

Zeitraum	Investitionsgüterindustrien			Verbrauchsgüterindustrien		
	zusammen [2])	Inland [2])	Ausland	zusammen [2])	Inland [2])	Ausland
1971	97,9	95,6	103,9	108,2	107,3	115,6
1972	88,8	87,1	93,7	117,3	115,5	132,6
1973	103,5	98,0	117,3	125,0	119,4	172,0
1974	110,7	93,7	150,6	115,4	107,9	178,3
1970 1. Vj.	100,3	100,9	98,8	95,3	94,6	101,1
2. Vj.	101,2	101,5	100,4	108,6	109,1	104,7
3. Vj.	99,7	99,5	100,4	89,4	89,6	87,6
4. Vj.	98,8	98,1	100,4	106,6	106,6	106,7
1971 1. Vj.	100,2	99,8	101,5	91,8	90,7	100,9
2. Vj.	100,6	98,3	106,5	119,0	118,6	121,6
3. Vj.	97,4	94,2	105,9	102,5	101,7	108,6
4. Vj.	93,2	90,0	101,8	119,4	118,0	131,3
1972 1. Vj.	92,5	90,3	98,5	102,9	100,5	122,4
2. Vj.	88,8	87,2	93,6	128,6	127,6	136,8
3. Vj.	85,4	84,1	89,5	108,6	107,2	120,9
4. Vj.	88,3	86,7	93,2	129,3	126,7	150,4
1973 1. Vj.	99,9	97,6	106,0	117,9	113,9	151,3
2. Vj.	105,7	102,0	115,2	142,5	138,2	178,5
3. Vj.	104,4	97,0	122,4	119,2	113,6	165,9
4. Vj.	104,2	95,3	125,5	120,4	111,9	192,2
1974 1. Vj.	109,7	97,2	139,7	106,1	96,1	190,7
2. Vj.	111,7	95,6	149,8	131,0	123,1	196,9
3. Vj.	110,2	91,4	154,3	107,0	100,7	160,3
4. Vj.	111,1	90,8	158,6	117,3	111,6	165,4
1975 1. Vj.	115,4	94,3	164,3	89,1	93,9	132,2
2. Vj.	123,4	106,2	163,4	117,6	112,7	158,6
3. Vj. [3])	135,5	125,8	158,1	98,2	93,4	138,2

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien.
[2]) Ohne Umsatzsteuer.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 31*

Umsatz in der Industrie [1])

a) Insgesamt

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1950	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954 [2])	140 943	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 526
1956	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 523
1959	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 459	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 347	40 166
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1966	388 029	10 099	377 930	111 592	138 685	72 355	55 299
1967	380 659	9 473	371 186	111 178	133 020	69 012	57 976
1968	405 599	9 565	396 034	122 041	141 806	73 118	59 070
1969	470 537	10 080	460 457	141 145	173 772	82 724	62 815
1970	528 867	11 669	517 198	156 255	203 498	90 056	67 390
1971	563 033	12 105	550 928	159 284	221 074	97 977	72 593
1972	596 014	12 210	583 804	166 947	233 278	106 480	77 099
1973	666 933	13 387	653 546	195 385	258 499	114 199	85 462
1974	749 997	18 532	731 464	243 975	276 104	120 947	90 438
1973 1. Vj.	159 037	3 235	155 802	45 173	61 491	28 990	20 148
2. Vj.	165 048	3 184	161 864	48 399	64 465	27 837	21 163
3. Vj.	163 257	3 145	160 112	49 383	61 690	27 654	21 385
4. Vj.	179 592	3 824	175 767	52 431	70 853	29 717	22 766
1974 1. Vj.	179 088	4 382	174 707	57 663	65 089	30 279	21 675
2. Vj.	189 101	4 349	184 752	63 213	69 135	29 725	22 679
3. Vj.	186 713	4 651	182 061	63 216	66 742	29 762	22 341
4. Vj.	195 094	5 150	189 944	59 882	75 138	31 181	23 743
1975 1. Vj.	175 136	4 982	170 154	54 336	63 780	29 342	22 696
2. Vj.	181 464	4 264	177 199	54 388	71 203	28 089	23 519

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 31*

Umsatz in der Industrie [1])

b) Inland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1953 [2])	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954	122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955	144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956	159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957	169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958	174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959	189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960	225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961	244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962	259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963	266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964	292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965	315 772	8 426	307 346	90 772	90 779	64 413	52 382
1966	312 720	8 026	313 694	91 897	101 177	66 390	54 229
1967	309 301	7 494	301 807	88 935	93 655	62 553	56 665
1968	325 238	7 458	317 780	98 342	96 190	65 664	57 584
1969	377 570	8 051	369 518	113 945	120 771	73 786	61 016
1970	426 794	9 278	417 516	126 194	145 105	80 741	65 477
1971	453 036	9 541	443 495	128 054	157 239	87 739	70 464
1972	476 612	9 697	466 916	133 227	163 617	95 387	74 685
1973	523 700	10 555	513 145	153 020	176 842	100 951	82 333
1974	568 834	14 169	554 666	181 053	182 160	105 408	86 045
1973 1. Vj.	125 448	2 560	122 888	35 332	42 344	25 731	19 482
2. Vj.	129 988	2 518	127 470	38 228	44 256	24 591	20 394
3. Vj.	128 884	2 451	126 433	38 999	42 349	24 467	20 618
4. Vj.	139 380	3 025	136 355	40 461	47 892	26 163	21 839
1974 1. Vj.	135 884	3 402	132 481	42 884	42 679	26 208	20 710
2. Vj.	143 270	3 303	139 967	47 063	45 564	25 757	21 583
3. Vj.	142 090	3 497	138 593	46 788	44 606	25 952	21 247
4. Vj.	147 590	3 966	143 623	44 317	49 311	27 490	22 505
1975 1. Vj.	133 590	3 737	129 853	40 549	41 900	25 779	21 625
2. Vj.	138 207	3 239	134 969	41 529	46 301	24 700	22 439

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

n o c h Tabelle 31*

Umsatz in der Industrie [1])

c) Ausland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1953	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954	18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955	21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956 [2])	26 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957	30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958	30 868	1 820	29 048	8 804	17 110	2 662	472
1959	33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960	40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961	43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962	44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963	48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964	54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	953
1965	58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1966	66 309	2 074	64 236	19 694	37 508	5 964	1 069
1967	71 358	1 979	69 379	22 243	39 366	6 459	1 311
1968	80 361	2 107	78 254	23 699	45 616	7 454	1 485
1969	92 967	2 028	90 939	27 201	53 001	8 938	1 799
1970	102 073	2 391	99 682	30 060	58 393	9 315	1 913
1971	109 997	2 564	107 433	31 230	63 836	10 238	2 129
1972	119 401	2 513	116 888	33 721	69 660	11 094	2 414
1973	143 233	2 833	140 401	42 366	81 657	13 248	3 130
1974	181 163	4 364	176 800	62 922	93 944	15 540	4 394
1973 1. Vj.	33 589	675	32 914	9 842	19 147	3 259	666
2. Vj.	35 060	665	34 395	10 170	20 209	3 246	769
3. Vj.	34 372	693	33 679	10 384	19 341	3 187	767
4. Vj.	40 212	799	39 413	11 970	22 961	3 555	927
1974 1. Vj.	43 205	980	42 225	14 779	22 410	4 071	965
2. Vj.	45 831	1 046	44 785	16 151	23 571	3 968	1 096
3. Vj.	44 623	1 155	43 469	16 428	22 136	3 811	1 094
4. Vj.	47 505	1 184	46 321	15 565	25 827	3 690	1 239
1975 1. Vj.	41 546	1 245	40 302	13 787	21 881	3 562	1 072
2. Vj.	43 257	1 025	42 231	12 859	24 902	3 390	1 080

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ohne Umsatzsteuer.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 32*

Industrielle Produktion [1])

1970 = 100

Zeitraum	Index der industriellen Nettoproduktion								Index der industriellen Bruttoproduktion [2])	
	Industrie insgesamt		Bergbau	Verarbeitende Industrie						
	einschl. öffentliche Energiewirtschaft und Bauindustrie	ohne öffentliche Energiewirtschaft und Bauindustrie		zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien	Nahrungs- und Genußmittelindustrien	Investitionsgüter [3])	Verbrauchsgüter [3])
1962	66,2	66,6	106,7	65,0	58,9	64,2	72,8	72,2	68,6	66,5
1963	68,5	68,7	108,1	67,2	61,1	66,5	74,2	75,7	69,3	69,6
1964	73,9	74,1	108,9	72,7	68,7	71,1	78,9	79,9	73,0	74,8
1965	77,7	78,0	104,4	77,0	72,3	75,9	83,8	83,2	76,9	80,0
1966	78,7	78,8	99,5	78,0	74,3	76,0	84,4	85,9	78,0	79,9
1967	76,5	76,5	92,0	75,9	75,6	71,4	80,1	88,1	73,7	74,7
1968	83,6	83,7	90,7	83,4	85,3	77,9	87,7	92,1	78,2	83,3
1969	94,3	94,4	93,4	94,5	95,1	91,9	97,7	97,0	91,0	95,1
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	101,5	101,2	102,1	101,1	100,7	99,3	103,6	105,2	100,9	102,4
1972	105,9	104,3	93,3	105,2	106,0	102,3	109,6	107,2	104,7	106,5
1973	113,1	111,9	92,3	112,6	116,3	110,3	112,2	111,9	108,7	110,7
1974	111,5	109,9	91,4	110,6	116,0	107,2	107,7	113,7	107,3	102,9
1971 1. Vj.	99,3	99,4	108,7	99,1	97,4	99,6	101,4	97,6	99,0	103,7
2. Vj.	106,8	106,6	100,8	106,8	106,2	107,3	107,4	106,1	107,9	108,0
3. Vj.	95,7	94,9	95,2	94,9	99,3	90,0	94,8	102,1	92,8	91,8
4. Vj.	104,7	103,9	104,1	103,9	100,2	101,3	111,3	112,8	104,8	106,7
1972 1. Vj.	100,8	100,1	95,4	100,3	99,2	98,3	106,8	99,8	98,5	107,3
2. Vj.	109,6	108,7	93,4	109,3	109,9	107,4	112,4	109,7	109,2	110,5
3. Vj.	98,9	97,6	86,1	98,1	104,5	91,3	100,2	102,6	95,5	94,5
4. Vj.	114,6	113,2	98,7	113,7	110,9	112,9	119,6	114,9	116,3	115,7
1973 1. Vj.	109,3	108,2	99,8	108,6	111,3	106,4	112,6	102,5	103,3	114,2
2. Vj.	118,3	117,4	90,3	118,4	121,7	116,6	118,7	115,5	114,3	117,7
3. Vj.	105,5	104,1	84,3	104,9	114,5	98,3	101,6	109,0	97,9	96,7
4. Vj.	119,7	118,3	95,0	119,2	118,4	120,8	116,9	118,9	120,4	115,1
1974 1. Vj.	111,1	109,7	97,0	110,2	115,5	107,2	109,7	107,7	103,3	106,8
2. Vj.	119,5	118,4	90,3	119,5	125,4	116,7	116,8	118,3	115,3	111,0
3. Vj.	103,2	101,8	84,3	102,4	114,1	95,3	96,0	108,1	96,5	89,8
4. Vj.	113,1	110,6	94,4	111,2	109,7	111,1	109,8	118,7	115,4	105,3
1975 1. Vj.	102,7	100,3	92,6	100,6	99,7	98,4	102,5	109,0	98,3	98,3
2. Vj.	106,5	104,9	85,6	105,6	103,4	106,1	103,3	114,1	106,0	102,8
3. Vj.	94,8	93,2	76,0	93,8	95,5	90,1	91,3	108,3	92,7	87,7

[1]) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.
[2]) Die Zuteilung von Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen zum jeweiligen Güterbereich erfolgt annäherungsweise nach der Zulassungsstatistik für Kraftfahrzeuge.
[3]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 33*

Beschäftigte

in

Zeitraum	Insgesamt		Bergbau		Ver zusammen	
	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter
1950 [1]	4 797	4 054	571	528	4 226	3 526
1951	5 332	4 509	593	548	4 739	3 961
1952	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956	6 991	5 820	653	594	6 338	5 226
1957	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960	8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961	8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962	8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963	8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964	8 301	6 491	497	432	7 804	6 059
1965	8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1966	8 385	6 452	435	373	7 949	6 079
1967	7 843	5 927	378	321	7 465	5 606
1968	7 899	5 967	337	285	7 562	5 682
1969	8 308	6 284	318	266	7 991	6 018
1970	8 603	6 471	310	259	8 293	6 211
1971	8 538	6 342	306	254	8 232	6 088
1972	8 340	6 129	283	233	8 058	5 896
1973	8 368	6 117	261	214	8 107	5 903
1974	8 144	5 892	253	207	7 891	5 686
1973 1. Vj.	8 330	6 094	269	221	8 062	5 873
2. Vj.	8 351	6 106	263	216	8 088	5 891
3. Vj.	8 407	6 151	258	211	8 149	5 940
4. Vj.	8 386	6 117	255	209	8 131	5 908
1974 1. Vj.	8 250	5 991	252	206	7 998	5 785
2. Vj.	8 188	5 936	251	205	7 937	5 731
3. Vj.	8 145	5 895	253	207	7 893	5 688
4. Vj.	7 991	5 746	255	209	7 735	5 538
1975 1. Vj.	7 769	5 555	254	208	7 515	5 347
2. Vj.	7 641	5 450	254	208	7 388	5 242

[1] Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 33*

in der Industrie

1 000

arbeitende Industrie								Zeitraum
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien		Investitionsgüterindustrien		Verbrauchsgüterindustrien		Nahrungs- und Genußmittelindustrien		
Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 160	338	226	1950 [1]
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 303	357	282	1951
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	389	304	1953
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965
1 771	1 339	3 617	2 683	2 040	1 679	521	379	1966
1 670	1 237	3 385	2 461	1 902	1 544	507	364	1967
1 682	1 243	3 466	2 530	1 908	1 549	505	359	1968
1 750	1 288	3 741	2 750	1 990	1 619	510	361	1969
1 810	1 323	3 959	2 901	2 010	1 626	515	361	1970
1 785	1 287	3 957	2 856	1 976	1 586	514	358	1971
1 741	1 243	3 857	2 745	1 953	1 559	506	350	1972
1 747	1 242	3 931	2 789	1 925	1 526	505	346	1973
1 716	1 209	3 892	2 738	1 793	1 406	490	333	1974
1 728	1 226	3 886	2 757	1 947	1 548	500	342	1973 1. Vj.
1 745	1 241	3 911	2 775	1 933	1 534	498	340	2. Vj.
1 762	1 256	3 951	2 806	1 924	1 525	512	353	3. Vj.
1 753	1 244	3 975	2 819	1 894	1 496	509	350	4. Vj.
1 718	1 211	3 944	2 787	1 843	1 450	494	336	1974 1. Vj.
1 724	1 218	3 915	2 760	1 811	1 422	487	331	2. Vj.
1 726	1 217	3 892	2 736	1 781	1 397	494	338	3. Vj.
1 698	1 188	3 819	2 667	1 735	1 354	483	329	4. Vj.
1 648	1 144	3 716	2 577	1 687	1 313	464	313	1975 1. Vj.
1 633	1 132	3 642	2 516	1 655	1 285	458	309	2. Vj.

[1] 1)

Tabelle 34*

Geleistete Arbeiterstunden in der Industrie [1])

Mio

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1950	9 240	1 152	8 088	2 146	2 723	2 594	624
1951	10 218	1 204	9 014	2 348	3 156	2 851	659
1952	10 501	1 203	9 273	2 398	3 317	2 861	695
1953	10 885	1 258	9 627	2 388	3 433	3 085	721
1954 [2])	11 516	1 218	10 298	2 541	3 777	3 234	746
1955	12 484	1 213	11 271	2 738	4 319	3 436	778
1956	12 952	1 218	11 734	2 809	4 557	3 560	807
1957	12 624	1 188	11 436	2 714	4 478	3 430	813
1958	12 377	1 134	11 242	2 624	4 545	3 272	801
1959	12 231	1 014	11 217	2 654	4 558	3 221	783
1960	13 393	1 026	12 368	2 900	5 230	3 407	831
1961	13 403	962	12 441	2 923	5 352	3 345	821
1962	12 998	889	12 109	2 802	5 219	3 269	819
1963	12 579	833	11 746	2 713	5 070	3 154	810
1964	12 609	795	11 814	2 758	5 133	3 130	793
1965	12 654	738	11 916	2 764	5 250	3 123	779
1966	12 221	656	11 565	2 632	5 090	3 071	772
1967	10 986	545	10 441	2 391	4 521	2 787	742
1968	11 322	497	10 826	2 444	4 792	2 860	730
1969	11 946	465	11 481	2 546	5 247	2 960	728
1970	12 246	441	11 804	2 590	5 534	2 948	733
1971	11 726	423	11 303	2 448	5 283	2 850	722
1972	11 210	373	10 837	2 351	5 001	2 787	698
1973	11 144	347	10 798	2 345	5 077	2 688	687
1974	10 445	341	10 103	2 223	4 802	2 427	651
1973 1. Vj.	2 846	92	2 754	587	1 291	707	169
2. Vj.	2 789	84	2 705	586	1 273	679	167
3. Vj.	2 686	84	2 602	580	1 212	636	174
4. Vj.	2 823	86	2 737	592	1 302	666	178
1974 1. Vj.	2 711	88	2 623	565	1 255	639	164
2. Vj.	2 638	81	2 557	562	1 222	614	159
3. Vj.	2 522	85	2 438	550	1 146	579	163
4. Vj.	2 573	87	2 486	547	1 179	595	165
1975 1. Vj.	2 358	86	2 272	491	1 077	554	150
2. Vj.	2 350	84	2 267	492	1 082	543	150

[1]) Von Arbeitern (einschließlich gewerblich Auszubildende) geleistete Stunden.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 35*

Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde in der Industrie

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt [1]	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1962	66,0	56,9	66,5	57,2	71,2	68,2	68,4
1963	69,7	61,4	69,9	60,7	74,8	71,4	71,6
1964	75,1	64,6	75,6	67,4	79,4	76,9	77,3
1965	78,5	66,3	79,1	70,2	82,7	82,0	81,8
1966	81,1	70,0	81,6	74,7	84,0	83,3	84,9
1967	85,8	76,5	86,1	82,2	86,7	85,4	89,1
1968	90,8	81,9	91,1	90,7	89,6	90,8	93,7
1969	97,0	89,3	97,2	96,7	96,9	97,3	98,2
1970	100	100	100	100	100	100	100
1971	104,9	105,8	104,9	105,4	103,0	106,8	106,4
1972	112,0	108,6	112,1	114,4	109,8	114,5	111,1
1973	119,3	114,5	119,6	124,6	116,0	120,9	116,5
1974	123,3	115,1	123,7	129,1	117,8	126,6	123,6
1971 1. Vj.	100,8	107,2	100,5	100,3	100,3	102,6	101,0
2. Vj.	104,7	105,1	104,8	107,2	103,7	105,1	104,0
3. Vj.	105,3	102,9	105,5	107,5	101,6	107,0	107,3
4. Vj.	108,2	108,9	108,2	105,4	106,6	112,9	113,0
1972 1. Vj.	106,9	107,5	106,9	108,2	105,4	110,6	105,8
2. Vj.	111,9	107,1	112,1	114,5	110,2	112,9	111,3
3. Vj.	111,9	105,7	112,3	116,6	107,1	114,3	110,0
4. Vj.	116,9	115,4	117,1	116,5	116,1	120,6	116,3
1973 1. Vj.	115,3	117,2	115,3	119,3	113,0	118,8	110,6
2. Vj.	119,6	112,6	119,9	126,2	116,2	120,9	117,1
3. Vj.	119,2	110,6	119,4	126,9	112,7	120,5	117,0
4. Vj.	122,9	118,5	123,2	124,3	121,9	124,8	120,7
1974 1. Vj.	120,2	117,8	120,3	126,4	115,0	124,5	117,6
2. Vj.	124,7	115,8	125,1	133,2	118,4	127,6	123,0
3. Vj.	124,3	110,8	124,8	133,1	116,5	125,3	124,4
4. Vj.	124,5	117,0	124,7	122,7	121,9	129,4	128,6
1975 1. Vj.	120,6	113,0	120,9	120,9	116,2	128,1	124,3
2. Vj.	125,6	107,8	126,3	124,8	123,4	130,5	130,4

[1] Ohne öffentliche Energiewirtschaft und Bauindustrie.

Tabelle 36*

Baugenehmigungen

Zeitraum	Genehmigungen für Hochbauten [1]								Öffentliche Aufträge für Tiefbauten
	umbauter Raum [2]				veranschlagte reine Baukosten [3]				
	insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude		insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude		
			von Unternehmen und Freien Berufen [4]	von Gebietskörperschaften [5]			von Unternehmen und Freien Berufen [4]	von Gebietskörperschaften [5]	
	1 000 cbm				Mio DM				1970 = 100
1950 [6]	.	140 665	.	.	.	5 243	.	.	.
1951 [6]	.	139 448	.	.	.	5 337	.	.	.
1952 [6]	230 108	135 652	94 456		9 693	6 216	3 478		.
1953 [6]	245 968	163 649	82 319		11 370	7 860	3 510		.
1954 [6]	282 134	185 592	96 542		13 375	9 062	4 313		.
1955 [6]	309 971	195 519	114 452		15 488	10 063	5 425		.
1956 [6]	304 198	180 298	123 900		16 129	10 061	6 060		.
1957 [6]	286 391	174 078	88 877	23 436	16 404	10 459	3 877	2 068	.
1958 [6]	311 254	193 297	89 514	28 443	19 208	12 386	4 209	2 612	.
1959 [6]	343 689	210 904	103 353	29 432	22 136	14 321	4 940	2 875	.
1960	392 427	234 427	124 073	33 927	27 491	17 253	6 624	3 614	.
1961	422 657	248 592	135 029	39 046	31 685	19 851	7 527	4 307	.
1962	427 301	253 459	133 795	40 047	34 675	22 176	7 445	5 055	57,5
1963	383 726	229 774	113 144	40 808	34 189	21 836	6 768	5 586	60,4
1964	429 635	246 181	136 895	46 559	40 738	25 397	8 676	6 665	63,0
1965	441 163	259 257	134 819	47 087	44 879	28 534	9 140	7 205	70,7
1966	421 309	245 143	135 531	40 635	44 680	28 555	9 617	6 508	65,1
1967	378 533	219 319	119 593	39 621	41 483	26 062	8 898	6 523	70,4
1968	400 265	226 408	131 122	42 736	43 187	27 031	9 351	6 805	85,9
1969	470 178	242 236	183 995	43 947	49 521	29 541	12 992	6 988	102,3
1970	497 264	266 573	182 286	48 405	59 058	35 529	14 874	8 655	100
1971	542 783	313 124	178 844	50 815	73 588	47 011	16 620	9 957	88,0
1972	567 237	343 057	176 569	47 611	87 234	57 221	19 421	10 592	107,9
1973	520 450	303 315	171 785	45 350	85 939	55 732	19 362	10 846	111,0
1974	388 207	209 250	122 615	56 342	72 217	41 964	15 128	15 125	125,8
1974 1. Vj.	81 888	42 609	27 430	11 848	14 874	8 394	3 369	3 111	81,4
2. Vj.	103 847	59 679	30 293	13 875	19 487	11 911	3 741	3 835	138,2
3. Vj.	110 652	60 645	35 048	14 959	20 671	12 190	4 462	4 019	158,9
4. Vj.	91 304	46 127	29 766	15 411	17 121	9 448	3 575	4 098	124,1
1975 1. Vj.	75 811	39 691	23 886	12 235	14 577	8 243	3 077	3 257	88,7
2. Vj.	91 483	49 019	29 189	13 275	17 994	10 426	3 998	3 570	132,2
3. Vj.	107 659	51 868	40 256	15 535	20 555	11 189	5 062	4 304	138,1

[1] Aus erhebungstechnischen Gründen (insbesondere durch Nachmeldungen am Jahresende) stimmt die jeweilige Summe der Vierteljahresergebnisse nicht immer mit den entsprechenden Jahressummen überein.
[2] Ab 1963 nur Neu- und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer Gebäude).
[3] Alle Baumaßnahmen.
[4] Einschließlich privater Bauherren.
[5] Alle Anstaltsgebäude und die von Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter geplanten Nichtwohngebäude.
[6] Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 37*

Auftragseingang und Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe

Wertindex 1971 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau	
		zusammen	davon			zusammen	darunter Straßenbau
			Wohnungsbau	sonstiger Hochbau			
				private [1]	öffentliche [2]		
				Auftraggeber			
				Auftragseingang			
1972	104,9	109,6	121,4	100,7	99,9	97,1	98,1
1973	104,6	108,2	101,2	109,2	122,0	98,4	102,6
1974	95,0	92,0	81,5	84,4	129,5	100,0	111,0
1972 1. Vj.	93,9	101,5	118,0	93,4	80,3	81,4	75,2
2. Vj.	117,2	119,3	131,5	107,0	114,9	113,9	123,2
3. Vj.	114,5	117,9	125,2	113,1	110,8	108,8	120,6
4. Vj.	93,7	99,5	110,7	89,1	93,8	84,2	73,4
1973 1. Vj.	102,5	114,0	116,7	114,4	107,6	83,4	74,8
2. Vj.	123,7	126,4	126,3	130,0	119,9	119,2	124,2
3. Vj.	111,0	111,0	89,8	119,3	142,2	111,0	132,4
4. Vj.	81,9	81,5	72,0	72,9	118,5	80,2	78,8
1974 1. Vj	80,3	85,2	78,5	85,9	98,4	72,3	69,1
2. Vj.	108,6	103,2	101,0	94,5	124,2	117,7	132,7
3. Vj.	104,2	94,3	79,7	80,2	152,5	120,6	145,3
4. Vj.	87,0	85,5	66,6	77,1	142,6	89,4	96,8
1975 1. Vj.	82,1	81,9	67,5	91,1	96,5	82,4	76,6
2. Vj.	116,7	107,1	88,8	109,8	142,4	132,8	148,2
3. Vj.	109,1	103,9	82,2	115,4	130,4	117,7	148,8
				Auftragsbestand			
1972	105,0	110,8	126,4	101,1	93,8	93,8	98,8
1973	104,6	107,2	114,7	103,2	98,4	99,3	108,8
1974	89,7	83,4	70,0	85,3	106,3	102,1	120,2
1972 Mär	101,7	106,0	120,6	96,0	91,5	93,5	98,1
Jun	106,6	110,6	128,1	98,5	93,2	98,8	105,2
Sep	107,8	114,2	129,1	104,8	98,2	95,4	101,9
Dez	103,8	112,2	127,7	105,0	92,3	87,4	89,9
1973 Mär	114,5	122,8	141,6	114,7	97,7	98,5	107,0
Jun	114,9	119,1	135,1	112,7	97,1	106,7	115,1
Sep	98,7	98,6	98,8	100,0	96,1	98,9	109,6
Dez	90,1	88,4	83,1	85,3	102,8	93,2	103,3
1974 Mär	89,9	86,2	79,1	83,1	104,0	97,0	110,5
Jun	92,7	86,1	72,5	89,4	107,8	105,4	124,6
Sep	91,6	82,8	66,7	89,4	104,8	108,6	133,0
Dez	84,7	78,3	61,8	79,2	108,5	97,2	112,7
1975 Mär	85,3	78,9	57,2	87,6	108,4	97,8	111,2
Jun	92,3	85,3	66,8	95,7	106,8	106,0	120,4

[1]) Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.
[2]) Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbscharakter, sonstige öffentliche Auftraggeber.

Tabelle 38*

Umsatz, Beschäftigung und Produktion im Bauhauptgewerbe [1])

Zeitraum	Umsatz [2])				Beschäftigte [3])	Geleistete Arbeitsstunden [4])	Nettoproduktionsindex [5])
	Insgesamt	Wohnungsbau	landwirtschaftlicher und gewerblicher Bau	öffentlicher und Verkehrsbau			
	Mio DM				1 000	Mio	1970 = 100
1950 [6])	6 182	.	.	.	913	1 811	.
1951	7 783	.	.	.	922	1 862	.
1952	9 237	.	.	.	945	1 899	.
1953	10 690	.	.	.	1 051	2 179	.
1954	11 722	5 470	2 827	3 424	1 095	2 262	.
1955	14 172	6 236	3 582	4 354	1 209	2 498	.
1956	15 638	6 695	4 026	4 918	1 217	2 551	.
1957	15 978	6 811	4 078	5 089	1 201	2 379	.
1958	17 172	7 366	4 101	5 705	1 206	2 340	.
1959	21 057	8 479	4 969	7 609	1 287	2 494	.
1960	25 018	9 706	6 411	8 882	1 406	2 604	.
1961	28 650	10 860	7 212	10 564	1 447	2 668	.
1962	33 359	12 149	7 665	13 532	1 526	2 706	76,0
1963	36 420	13 016	7 738	15 654	1 604	2 660	76,7
1964	42 617	15 097	8 872	18 649	1 643	2 908	84,9
1965	44 375	15 906	9 717	18 753	1 643	2 800	86,4
1966	46 878	16 896	10 312	19 670	1 619	2 793	87,2
1967	44 329	16 414	8 921	18 994	1 467	2 475	82,9
1968	28 417	10 391	6 317	11 709	1 487	2 472	86,7
1969	42 751	15 069	9 816	17 866	1 505	2 440	94,8
1970	55 229	18 232	13 441	23 556	1 529	2 526	100
1971	67 034	23 196	17 428	26 410	1 544	2 554	103,0
1972	74 040	28 094	18 165	27 782	1 533	2 524	110,2
1973	77 339	29 912	19 401	28 026	1 508	2 352	111,6
1974	75 356	27 209	18 013	30 134	1 352	2 070	104,1
1974 1. Vj.	14 719	5 537	3 806	5 377	1 359	469	91,2
2. Vj.	17 039	6 400	4 165	6 474	1 382	560	119,9
3. Vj.	19 762	6 960	4 870	7 932	1 367	538	104,8
4. Vj.	23 835	8 312	5 172	10 351	1 301	503	101,4
1975 1. Vj.	13 814	4 661	3 552	5 600	1 167	384	78,3
2. Vj.	15 039	5 074	3 798	6 167	1 188	467	98,9
3. Vj.	17 332	5 339	4 258	7 735	1 211	474	94,0

[1]) Nur Betriebe des Hoch-, Tief- und Spezialbaus, des Stukkateur- und Gipsergewerbes sowie der Zimmerei und Dachdeckerei.
[2]) Nur baugewerblicher Umsatz. Ab 1968 ohne Umsatzsteuer; bis 1967 vorwiegend Zahlungseingang, ab 1968 vorwiegend vereinbarte Entgelte.
[3]) Ohne Mithelfende Familienangehörige.
[4]) Von Inhabern, Angestellten und Arbeitern (einschließlich Auszubildende) auf Bauhöfen und Baustellen geleistete Stunden; ohne Mithelfende Familienangehörige.
[5]) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.
[6]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 39*

Einzelhandelsumsatz

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt [1]	darunter Einzelhandel mit								
		Waren verschiedener Art [2]	Nahrungs- und Genußmitteln, Gemischtwaren	Bekleidung, Wäsche, Schuhen	Hausrat und Wohnbedarf	elektrotechnischen und optischen Erzeugnissen, Uhren	Papierwaren und Druckerzeugnissen	pharmazeutischen, kosmetischen u. ä. Erzeugnissen	Kohle und Mineralölerzeugnissen	Fahrzeugen, Maschinen, Büroeinrichtungen
	in jeweiligen Preisen									
1964	66,6	56,0	70,1	70,6	64,9	66,7	64,4	60,9	72,4	66,7
1965	73,3	65,1	76,0	77,4	70,8	73,8	71,8	67,4	74,7	73,9
1966	77,2	70,9	80,0	80,2	75,8	77,2	77,5	73,6	75,8	74,5
1967	78,1	73,4	82,3	78,8	75,8	75,7	81,6	79,0	77,2	70,3
1968	81,5	80,2	86,1	80,6	77,7	78,6	85,2	85,1	83,8	68,5
1969	89,8	87,2	92,5	89,7	87,4	87,5	93,8	93,6	88,1	84,9
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	110,4	113,4	109,7	111,2	114,9	111,9	110,8	110,3	105,2	106,0
1972	121,0	126,4	120,0	122,7	130,0	126,1	119,9	119,6	107,0	110,9
1973	129,9	137,8	130,1	127,4	138,2	134,5	129,3	130,2	148,9	110,2
1974	136,8	151,4	137,3	134,4	143,0	145,9	139,7	141,9	161,3	103,0
1974 1. Vj.	121,1	129,0	124,5	113,2	124,8	119,9	120,6	132,7	165,5	92,9
2. Vj.	134,2	139,7	138,6	127,5	136,3	130,4	120,4	140,3	160,0	115,7
3. Vj.	132,2	139,7	136,5	124,2	140,0	133,6	141,3	140,6	160,6	103,5
4. Vj.	160,4	197,9	149,8	173,4	174,1	200,2	178,1	155,8	162,4	101,8
1975 1. Vj.	131,7	142,7	135,4	123,1	128,9	123,6	132,4	147,7	149,1	112,0
2. Vj.	146,1	154,0	147,7	138,9	141,8	130,9	131,2	152,0	159,0	144,6
3. Vj. [3]	143,1	150,2	147,8	129,9	142,8	139,6	154,2	151,7	173,5	126,4
	in Preisen von 1970									
1964	73,0	59,9	75,5	78,1	71,7	68,8	80,5	72,1	90,4	73,9
1965	78,8	68,7	79,8	83,9	76,2	75,7	85,5	78,6	91,0	80,9
1966	81,4	73,8	82,5	84,9	80,1	78,8	88,7	81,6	91,3	80,3
1967	82,0	76,3	84,7	82,7	79,9	78,2	89,6	86,4	90,7	75,5
1968	85,6	83,8	89,6	84,6	82,1	81,1	92,2	91,0	94,6	72,7
1969	93,0	90,2	94,2	93,2	91,6	89,5	98,8	98,3	97,4	89,0
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,1	108,0	105,3	104,8	108,5	108,2	103,4	105,4	97,3	100,2
1972	109,8	115,2	109,7	109,4	118,0	118,7	109,2	109,1	93,4	100,6
1973	110,8	118,2	111,6	105,9	119,1	118,4	112,2	113,6	115,1	95,8
1974	108,3	119,9	111,1	103,9	113,2	118,0	111,0	116,4	106,2	83,0
1974 1. Vj.	99,0	106,1	103,2	90,2	102,7	100,8	100,8	112,4	111,8	78,5
2. Vj.	107,0	111,8	111,7	99,6	109,1	106,2	97,5	116,6	108,1	94,1
3. Vj.	104,1	110,4	110,3	95,5	109,6	107,1	111,2	114,1	104,5	81,8
4. Vj.	123,9	152,4	119,2	130,8	133,7	158,3	135,5	124,1	102,5	79,3
1975 1. Vj.	99,9	108,3	105,3	91,7	97,5	96,6	98,7	115,9	89,4	85,7
2. Vj.	109,1	115,8	111,4	102,8	106,4	101,4	96,4	118,3	96,7	108,7
3. Vj. [3]	106,4	112,0	111,8	95,2	106,2	107,2	112,8	118,0	103,5	94,5

[1] Einschließlich Einzelhandel mit sonstigen Waren.
[2] Ohne Gemischtwaren; überwiegend Warenhausunternehmen und Versandhandelsunternehmen mit warenhausähnlichem Sortiment (Wirtschaftsklasse 43 00 0).
[3] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 40*

Zahlungs

Mio

Zeitraum	Devisenbilanz [1]	Leistungsbilanz				
		insgesamt	Waren- und Dienstleistungsverkehr			Übertragungsbilanz [4]
			zusammen	Handelsbilanz [2]	Dienstleistungsbilanz [3]	
1950	− 564	− 427	− 2 492	− 3 012	+ 520	+ 2 065
1951	+ 2 038	+ 2 301	+ 772	− 149	+ 921	+ 1 529
1952	+ 2 900	+ 2 478	+ 2 318	+ 706	+1 612	+ 160
1953	+ 3 646	+ 3 873	+ 4 324	+ 2 516	+1 808	− 451
1954	+ 2 971	+ 3 669	+ 4 143	+ 2 698	+1 445	− 474
1955	+ 1 851	+ 2 235	+ 3 069	+ 1 245	+1 824	− 834
1956	+ 5 010	+ 4 459	+ 5 680	+ 2 897	+2 783	− 1 221
1957	+ 5 122	+ 5 901	+ 7 783	+ 4 083	+3 700	− 1 882
1958	+ 3 444	+ 5 998	+ 7 998	+ 4 954	+3 044	− 2 000
1959	− 1 692	+ 4 152	+ 7 431	+ 5 361	+2 070	− 3 279
1960	+ 8 019	+ 4 783	+ 8 271	+ 5 223	+3 048	− 3 488
1961	− 2 297	+ 3 193	+ 7 623	+ 6 615	+1 008	− 4 430
1962	− 877	− 1 580	+ 3 630	+ 3 477	+ 153	− 5 210
1963	+ 2 740	+ 991	+ 6 086	+ 6 032	+ 54	− 5 095
1964	+ 435	+ 524	+ 5 835	+ 6 081	− 246	− 5 311
1965	− 1 283	− 6 223	+ 154	+ 1 203	−1 049	− 6 377
1966	+ 1 952	+ 488	+ 6 783	+ 7 958	−1 175	− 6 295
1967	− 140	+10 006	+16 428	+16 862	− 434	− 6 422
1968	+ 7 009	+11 856	+19 168	+18 372	+ 796	− 7 312
1969	−14 361	+ 7 498	+16 248	+15 584	+ 664	− 8 750
1970	+22 650	+ 3 183	+12 942	+15 670	−2 728	− 9 759
1971	+10 989	+ 3 081	+14 578	+15 892	−1 314	−11 497
1972	+15 194	+ 2 474	+16 483	+20 278	−3 795	−14 009
1973	+16 149	+11 496	+27 338	+32 979	−5 641	−15 842
1974	− 9 137	+24 851	+41 564	+50 846	−9 282	−16 713
1974 1. Vj.	− 509	+ 7 493	+11 181	+13 271	−2 090	− 3 688
2. Vj.	+ 3 401	+ 5 465	+ 9 249	+11 999	−2 750	− 3 784
3. Vj.	− 6 432	+ 2 169	+ 6 492	+11 725	−5 233	− 4 323
4. Vj.	− 5 597	+ 9 725	+14 644	+13 851	+ 793	− 4 919
1975 1. Vj.	+ 4 999	+ 5 145	+ 9 093	+10 546	−1 453	− 3 948
2. Vj.	− 3 953	+ 2 127	+ 6 351	+ 9 155	−2 804	− 4 224
3. Vj.	− 2 686	− 1 226	+ 3 147	+ 8 225	−5 078	− 4 373

[1] Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank einschließlich der deutschen Reserveposition im IWF und der Sonderziehungsrechte (Zunahme: +).
[2] Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.
[3] Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten; jedoch einschließlich des Saldos des Transithandels sowie einschließlich sonstiger, den Warenverkehr betreffender Ergänzungen.
[4] Eigene Leistungen: —.

Tabelle 40*

bilanz

DM

Kapitalbilanz [5]			Saldo der statistisch erfaßten Transaktionen	Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen [6]	Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Bundesbank [7]	Zeitraum
Saldo des gesamten Kapitalverkehrs	langfristiger Kapitalverkehr	kurzfristiger Kapitalverkehr				
+ 637	+ 488	+ 149	+ 210	− 774	—	1950
− 543	− 79	− 464	+ 1 758	+ 280	—	1951
+ 6	− 357	+ 363	+ 2 484	+ 416	—	1952
− 698	− 378	− 320	+ 3 175	+ 471	—	1953
− 106	− 438	+ 332	+ 3 563	− 592	—	1954
− 640	− 271	− 369	+ 1 595	+ 256	—	1955
− 162	− 365	+ 203	+ 4 297	+ 713	—	1956
− 2 655	− 390	− 2 265	+ 3 246	+1 876	—	1957
− 2 329	− 1 437	− 892	+ 3 669	− 225	—	1958
− 6 398	− 3 629	− 2 769	− 2 246	+ 554	—	1959
+ 1 272	− 81	+ 1 353	+ 6 055	+1 964	—	1960
− 5 009	− 4 053	− 956	− 1 816	+ 994	− 1 475	1961
− 597	− 183	− 414	− 2 177	+1 300	—	1962
+ 620	+ 1 806	− 1 186	+ 1 611	+1 129	—	1963
− 1 325	− 894	− 431	− 801	+1 236	—	1964
+ 2 142	+ 1 137	+ 1 005	− 4 081	+2 798	—	1965
− 599	− 342	− 257	− 111	+2 063	—	1966
−11 848	− 2 930	− 8 918	− 1 842	+1 702	—	1967
− 6 125	−11 201	+ 5 076	+ 5 731	+1 278	—	1968
−18 679	−23 040	+ 4 361	−11 181	+ 919	− 4 099	1969
+15 113	− 934	+16 047	+18 296	+3 616	+ 738	1970
+10 616	+ 6 293	+ 4 323	+13 697	+2 661	− 5 369	1971
+12 009	+15 545	− 3 536	+14 483	+1 207	− 496	1972
+12 714	+12 437	+ 277	+24 210	+2 218	−10 279	1973
−25 318	− 6 265	−19 053	− 467	−1 439	− 7 231	1974
−10 350	− 704	− 9 646	− 2 857	+2 348	—	1974 1. Vj.
− 2 320	− 484	− 1 836	+ 3 145	+ 256	—	2. Vj.
− 7 320	− 2 120	− 5 200	− 5 151	−1 281	—	3. Vj.
− 5 328	− 2 957	− 2 371	+ 4 397	−2 763	− 7 231	4. Vj.
− 1 802	− 3 397	+ 1 595	+ 3 343	+1 656	—	1975 1. Vj.
− 7 328	− 5 390	− 1 938	− 5 201	+1 248	—	2. Vj.
− 3 460	− 5 227	+ 1 767	− 4 686	+2 000	—	3. Vj.

[5] Kapitalexport: —.
[6] Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).
[7] Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Hauptsächlich Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten und Änderungen des DM-Wertes der Auslandsposition der Bundesbank auf Grund von Paritätsänderungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 41*

Kapitalverkehr

Mio

Zeitraum	Langfristiger Kapitalver							
		privat						
			deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: −)			ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)		
	insgesamt [2]	zusammen [2]	zusammen [2]	Direktinvestitionen und privater Grundbesitz	Kredite und Darlehen, Portfolioinvestitionen	zusammen [2]	Direktinvestitionen und privater Grundbesitz	Kredite und Darlehen, Portfolioinvestitionen
1960	− 81	+ 1 230	− 1 494	− 733	− 783	+ 2 724	+ 807	+ 2 033
1961	− 4 053	+ 1 035	− 1 268	−1 002	− 268	+ 2 303	+1 178	+ 1 253
1962	− 183	+ 1 107	− 1 740	−1 335	− 374	+ 2 847	+1 338	+ 1 541
1963	+ 1 806	+ 3 253	− 1 663	−1 033	− 633	+ 4 916	+1 931	+ 3 009
1964	− 894	+ 421	− 2 377	−1 372	− 1 022	+ 2 798	+2 444	+ 367
1965	+ 1 137	+ 2 428	− 2 199	−1 448	− 741	+ 4 627	+3 557	+ 1 087
1966	− 342	+ 2 189	− 2 815	−1 616	− 1 187	+ 5 004	+3 953	+ 1 064
1967	− 2 930	− 1 440	− 3 663	−1 502	− 2 150	+ 2 223	+3 285	− 1 010
1968	−11 201	− 9 872	−12 223	−2 185	−10 020	+ 2 351	+2 087	+ 323
1969	−23 040	−21 203	−22 706	−3 142	−19 541	+ 1 503	+1 989	− 465
1970	− 934	+ 1 454	− 8 648	−3 580	− 5 048	+10 102	+2 073	+ 8 064
1971	+ 6 293	+ 8 458	− 4 027	−4 230	+ 219	+12 485	+3 827	+ 8 666
1972	+15 545	+17 029	+ 315	−5 760	+ 6 115	+16 714	+6 054	+10 703
1973	+12 437	+14 653	− 710	−5 186	+ 4 470	+15 363	+5 465	+ 9 911
1974	− 6 265	− 5 380	− 9 459	−5 457	− 3 918	+ 4 078	+6 709	+ 2 623
1973 1. Vj.	+ 3 280	+ 3 789	+ 139	−1 255	+ 1 382	+ 3 650	+ 577	+ 3 080
2. Vj.	+ 4 653	+ 5 335	+ 1 301	− 984	+ 2 291	+ 4 034	+1 647	+ 2 389
3. Vj.	+ 3 435	+ 3 938	+ 64	−1 237	+ 1 301	+ 3 874	+1 512	+ 2 364
4. Vj.	+ 1 069	+ 1 590	− 2 214	−1 710	− 504	+ 3 805	+1 729	+ 2 080
1974 1. Vj.	− 704	− 487	− 1 985	−1 288	− 671	+ 1 498	+1 459	+ 41
2. Vj.	− 484	− 161	− 1 874	−1 185	− 671	+ 1 713	+1 664	+ 48
3. Vj.	− 2 120	− 2 100	− 2 390	−1 468	− 903	+ 289	+1 516	− 1 225
4. Vj.	− 2 957	− 2 632	− 3 210	−1 515	− 1 671	+ 578	+2 070	− 1 487
1975 1. Vj.	− 3 397	− 3 021	− 4 257	−1 549	− 2 686	+ 1 236	+1 097	+ 139
2. Vj.	− 5 390	− 5 175	− 5 305	−1 312	− 3 987	+ 129	+ 906	− 775
3. Vj.	− 5 227	− 5 286	− 5 552	...	− 4 411	+ 266	...	− 577

[1] Kapitalexport: —.
[2] Einschließlich „sonstige Nettokapitalanlagen".

Tabelle 41*

mit dem Ausland [1])

DM

kehr	Kurzfristiger Kapitalverkehr					Zeitraum
		privat				
öffentlich	insgesamt	zusammen	Kreditinstitute	Wirtschaftsunternehmen und Private	öffentlich	
−1 311	+ 1 353	+ 2 359	+2 369	− 10	−1 006	1960
−5 088	− 956	− 735	− 380	− 355	− 221	1961
−1 290	− 414	− 254	− 259	+ 5	− 160	1962
−1 447	− 1 186	− 1 177	+ 684	−1 861	− 9	1963
−1 315	− 431	+ 610	+ 85	+ 525	−1 041	1964
−1 291	+ 1 005	− 47	− 478	+ 431	+1 052	1965
−2 531	− 257	− 594	− 574	− 20	+ 337	1966
−1 490	− 8 918	− 8 557	−4 823	−3 734	− 361	1967
−1 329	+ 5 076	+ 3 891	+2 455	+1 436	+1 185	1968
−1 837	+ 4 361	+ 4 390	+4 325	+ 65	− 29	1969
−2 388	+16 047	+16 344	+7 927	+8 417	− 297	1970
−2 166	+ 4 323	+ 3 181	+1 174	+2 007	+1 142	1971
−1 483	− 3 536	− 4 012	− 420	−3 592	+ 476	1972
−2 216	+ 277	+ 26	−5 149	+5 175	+ 251	1973
− 884	−19 053	−19 022	−9 733	−9 289	− 31	1974
− 509	+10 799	+ 9 406	+5 580	+3 826	+1 393	1973 1. Vj.
− 682	− 4 077	− 4 540	−5 930	+1 390	+ 463	2. Vj.
− 504	+ 759	+ 1 151	+ 682	+ 469	− 392	3. Vj.
− 521	− 7 204	− 5 991	−5 481	− 510	−1 213	4. Vj.
− 217	− 9 646	−10 066	− 523	−9 543	+ 420	1974 1. Vj.
− 323	− 1 836	− 2 512	−1 553	− 959	+ 676	2. Vj.
− 20	− 5 200	− 4 845	−3 580	−1 265	− 355	3. Vj.
− 325	− 2 371	− 1 599	−4 077	+2 478	− 772	4. Vj.
− 377	+ 1 595	+ 1 424	−1 077	+2 501	+ 171	1975 1. Vj.
− 214	− 1 938	− 3 186	−4 238	+1 052	+1 248	2. Vj.
+ 59	+ 1 767	+ 2 257	− 307	+2 564	− 490	3. Vj.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 42*

Außenhandel (Spezialhandel)

Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum	Tatsächliche Werte		Volumen [1]		Index der Durchschnittswerte		Terms of Trade [2]
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Mio DM				1970 = 100		
1950 [3]	8 362	11 374	.	.	.	.	.
1951 [3]	14 577	14 726	.	.	.	.	.
1952 [3]	16 909	16 203	20 198	13 620	83,7	119,0	70,3
1953 [3]	18 526	16 010	22 337	14 933	82,9	107,2	77,3
1954 [3]	22 035	19 337	26 725	18 750	83,5	103,1	80,0
1955 [3]	25 717	24 472	30 986	23 346	83,0	104,8	79,2
1956 [3]	30 861	27 964	35 820	25 908	86,2	107,9	79,9
1957 [3]	35 968	31 697	40 706	28 798	88,4	110,1	80,3
1958 [3]	36 998	31 133	42 603	31 341	86,8	99,3	87,4
1959 [3]	41 184	35 823	47 147	37 082	87,4	96,6	90,5
1960	47 946	42 723	53 895	43 155	89,0	99,0	89,9
1961	50 978	44 363	57 063	46 185	89,3	96,1	92,9
1962	52 975	45 498	58 874	52 158	90,0	94,9	94,8
1963	58 310	52 277	63 972	55 381	91,1	94,4	96,5
1964	64 920	58 839	70 659	62 060	91,9	94,8	96,9
1965	71 651	70 448	76 301	71 936	93,9	97,9	95,9
1966	80 628	72 670	84 308	72 304	95,6	100,5	95,1
1967	87 045	70 183	91 465	70 289	95,2	99,8	95,4
1968	99 551	81 179	104 873	82 749	94,9	98,1	96,7
1969	113 557	97 972	116 634	97 971	97,4	100,0	97,4
1970	125 276	109 606	125 276	109 606	100	100	100
1971	136 011	120 119	132 642	121 278	102,5	99,0	103,5
1972	149 023	128 744	144 343	133 471	103,2	96,5	106,9
1973	178 396	145 417	166 995	141 646	106,8	102,7	104,0
1974	230 578	179 733	187 789	139 636	122,8	128,7	95,4
1974 1. Vj.	54 681	41 410	47 429	33 313	115,3	124,3	92,8
2. Vj.	57 191	45 192	47 111	35 392	121,4	127,7	95,1
3. Vj.	57 475	45 750	45 393	34 575	126,6	132,3	95,7
4. Vj.	61 232	47 381	47 857	36 356	127,9	130,3	98,2
1975 1. Vj.	52 681	42 135	40 091	33 072	131,4	127,4	103,1
2. Vj.	55 743	46 588	42 339	36 733	131,7	126,8	103,9
3. Vj.	53 021	44 797	40 160	34 838	132,0	128,6	102,6

[1] Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1970.
[2] Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.
[3] Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 43*

Aus- und Einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik [1])

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [2])	Bergbauliche Erzeugnisse	Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Erzeugnisse der Investitionsgüter-industrien	Erzeugnisse der Verbrauchsgüter-industrien	Erzeugnisse der Nahrungs- und Genußmittel-industrien	Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Investitionsgüter [3])	Verbrauchsgüter [3])
				Ausfuhr					
1963	58 310	2 715	15 167	32 118	5 969	981	596	16 242	8 930
1964	64 920	2 551	17 082	35 576	6 872	1 212	682	17 942	9 989
1965	71 651	2 464	19 272	38 883	7 618	1 504	779	19 863	10 185
1966	80 628	2 361	22 138	43 853	8 589	1 556	783	22 907	10 801
1967	87 045	2 282	24 813	46 434	9 248	1 974	874	24 714	11 039
1968	99 551	2 536	27 840	53 525	10 736	2 385	989	28 338	13 504
1969	113 557	2 416	31 040	61 620	12 753	2 792	1 257	32 531	14 312
1970	125 276	2 839	33 813	67 867	13 993	3 069	1 664	31 746	17 252
1971	136 011	3 008	35 248	75 479	15 581	3 975	1 505	34 877	19 388
1972	149 023	2 964	37 392	82 775	17 261	4 449	1 959	40 165	20 898
1973	178 396	3 308	47 340	96 121	20 705	6 145	2 491	45 527	24 428
1974	230 578	5 243	73 902	113 460	24 350	8 406	2 290	53 706	26 120
1974 1. Vj.	54 681	1 146	16 742	27 203	6 266	2 018	689	12 360	7 219
2. Vj.	57 191	1 226	18 518	28 033	6 117	2 046	515	13 021	6 643
3. Vj.	57 475	1 419	19 736	26 895	6 035	2 134	492	12 901	5 722
4. Vj.	61 232	1 451	18 907	31 329	5 932	2 208	595	15 424	6 536
1975 1. Vj.	52 681	1 540	15 920	26 382	5 380	2 125	573	12 930	5 538
2. Vj.	55 743	1 192	15 497	30 033	5 510	2 045	523	14 763	6 157
3. Vj.	53 021	1 000	14 108	28 599	5 642	2 058	606	14 560	5 929
				Einfuhr					
1963	52 277	5 109	13 422	7 161	6 326	4 763	11 042	3 293	3 431
1964	58 839	6 205	16 518	8 453	7 251	5 023	12 275	3 671	4 271
1965	70 448	6 602	18 905	11 089	9 118	6 245	13 932	4 820	5 892
1966	72 670	6 891	19 343	12 284	9 891	6 603	14 186	5 168	6 992
1967	70 183	7 432	19 406	12 047	8 461	6 328	13 134	5 333	6 433
1968	81 179	8 832	24 503	14 090	10 613	7 015	13 281	5 809	7 879
1969	97 972	9 424	30 346	18 526	13 293	7 968	14 788	7 614	10 250
1970	109 606	10 166	32 824	24 556	14 744	9 034	14 953	9 873	14 576
1971	120 119	11 502	32 244	28 075	17 821	10 169	15 627	11 304	18 602
1972	128 744	11 396	33 756	30 013	21 556	11 481	16 637	11 655	21 349
1973	145 417	13 894	40 911	31 855	23 561	12 951	18 508	11 236	24 940
1974	179 733	29 942	52 985	33 114	25 773	13 335	19 638	11 413	27 772
1974 1. Vj.	41 410	6 904	12 182	7 348	6 036	3 230	4 618	2 650	6 244
2. Vj.	45 192	7 293	13 632	8 426	6 237	3 052	5 492	2 797	6 746
3. Vj.	45 750	7 762	14 207	8 081	6 734	3 255	4 458	2 744	7 428
4. Vj.	47 381	7 984	12 963	9 259	6 765	3 798	5 069	3 222	7 355
1975 1. Vj.	42 135	6 130	11 542	8 447	6 762	3 282	4 897	2 863	7 350
2. Vj.	46 588	6 711	12 347	10 302	6 732	3 479	5 414	3 453	7 875
3. Vj.	44 797	6 553	12 143	9 516	7 041	3 394	4 550	3 366	8 487

[1]) In der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik ab 1970 nach dem revidierten Stand von 1970.
[2]) Einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.
[3]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert; ab 1970 geänderter Warenkorb.

Tabelle 44*

Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	Ernährungswirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950 [2]	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951 [2]	14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952 [2]	16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953 [2]	18 526	376	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954 [2]	22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955 [2]	25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956 [2]	30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957 [2]	35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958 [2]	36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959 [2]	41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964	64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965	71 651	1 981	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1966	80 628	1 968	78 301	2 835	7 152	68 314	14 727	53 587
1967	87 045	2 476	84 166	2 880	7 573	73 713	16 570	57 143
1968	99 551	2 985	96 098	3 163	8 563	84 373	18 264	66 109
1969	113 557	3 657	109 308	3 080	8 900	97 328	21 141	76 187
1970	125 276	4 380	120 194	3 188	9 577	107 430	23 034	84 395
1971	136 011	5 097	130 145	3 258	10 480	116 407	23 874	92 533
1972	149 023	5 946	142 184	3 388	10 445	128 351	25 861	102 490
1973	178 396	8 016	169 392	4 071	13 244	152 078	33 334	118 744
1974	230 578	9 953	219 387	5 516	20 596	193 275	51 133	142 142
1974 1. Vj.	54 681	2 485	51 940	1 354	4 859	45 727	11 620	34 107
2. Vj.	57 191	2 357	54 532	1 401	5 238	47 893	12 926	34 967
3. Vj.	57 475	2 458	54 691	1 439	5 380	47 872	13 636	34 236
4. Vj.	61 232	2 653	58 224	1 322	5 120	51 783	12 951	38 832
1975 1. Vj.	52 681	2 559	49 793	1 292	4 406	44 095	10 616	33 479
2. Vj.	55 743	2 420	52 978	1 401	3 912	47 665	10 324	37 342
3. Vj.	53 021	2 540	50 152	1 241	3 582	45 329	9 146	36 184

[1] Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2] Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 45*

Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	Ernährungswirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950 [2]	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951 [2]	14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952 [2]	16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953 [2]	16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954 [2]	19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955 [2]	24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956 [2]	27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957 [2]	31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958 [2]	31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959 [2]	35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960	42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961	44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962	49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963	52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964	58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965	70 448	16 852	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1966	72 670	17 451	54 425	11 819	10 814	31 792	10 556	21 236
1967	70 183	16 599	52 648	11 828	10 961	29 859	9 454	20 406
1968	81 179	17 083	63 035	13 645	13 630	35 761	12 649	23 111
1969	97 972	19 331	77 404	14 487	16 720	46 196	15 767	30 429
1970	109 606	20 924	87 233	14 809	17 660	54 763	16 999	37 764
1971	120 119	22 829	95 636	15 868	16 327	63 442	18 686	44 755
1972	128 744	24 959	102 162	15 857	16 439	69 865	20 726	49 139
1973	145 417	28 029	115 702	18 754	21 578	75 370	22 873	52 498
1974	179 733	29 348	148 300	34 653	30 406	83 241	25 703	57 538
1974 1. Vj.	41 410	6 844	34 150	8 135	7 016	18 998	6 015	12 983
2. Vj.	45 192	7 546	37 148	8 676	7 694	20 779	6 631	14 148
3. Vj.	45 750	6 850	38 383	8 937	8 253	21 193	6 583	14 610
4. Vj.	47 381	8 107	38 619	8 905	7 442	22 271	6 474	15 497
1975 1. Vj.	42 135	7 360	34 273	6 870	6 495	20 908	5 988	14 920
2. Vj.	46 588	8 105	37 882	7 469	6 796	23 618	6 476	17 141
3. Vj.	44 797	7 273	36 895	7 370	6 850	22 675	5 923	16 752

[1] Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2] Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 46*

Warenausfuhr nach Ländergruppen

Verbrauchsländer

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	EG-Länder [2]	EFTA-Länder [2] [3]	Übrige europäische Länder [4]	Staatshandelsländer [5]	Außereuropäische Industrieländer zusammen [6]	Außereuropäische Industrieländer Vereinigte Staaten	Übrige Länder [7]
1950 [8]	8 362	3 102	2 213	703	361	714	433	1 244
1951	14 577	4 326	4 109	1 190	284	1 611	992	3 027
1952	16 909	4 782	5 046	1 797	223	1 609	1 048	3 415
1953	18 526	5 528	5 187	1 449	330	2 028	1 249	3 928
1954	22 035	6 432	6 381	1 439	430	2 167	1 237	5 053
1955	25 717	7 409	7 419	1 829	623	2 723	1 625	5 531
1956	30 861	9 095	8 656	1 930	1 081	3 446	2 089	6 422
1957	35 968	10 502	9 803	1 954	1 192	4 332	2 521	7 944
1958	36 998	10 102	10 162	2 145	1 847	4 603	2 699	7 937
1959	41 184	11 463	11 107	2 477	1 868	5 914	3 835	8 119
1960	47 946	14 148	13 436	2 873	2 255	6 111	3 767	8 979
1961	50 978	16 180	14 422	3 178	2 072	5 875	3 497	9 103
1962	52 975	18 012	14 712	3 367	2 143	6 334	3 858	8 241
1963	58 310	21 754	15 795	3 518	1 813	6 862	4 195	8 383
1964	64 920	23 630	17 686	3 998	2 317	7 873	4 785	9 194
1965	71 651	25 220	19 342	4 779	2 676	9 070	5 741	10 331
1966	80 628	29 281	20 303	5 494	3 309	10 744	7 178	11 245
1967	87 045	32 007	20 623	5 922	4 377	12 191	7 859	11 670
1968	99 551	37 368	22 587	6 154	4 512	15 759	10 835	12 900
1969	113 557	45 177	25 602	7 201	5 081	16 201	10 633	14 037
1970	125 276	50 259	28 344	8 364	5 400	17 747	11 437	14 904
1971	136 011	54 530	30 428	8 988	5 825	19 578	13 140	16 347
1972	149 023	59 441	34 333	10 045	7 660	20 222	13 798	17 004
1973	178 396	84 066	28 062	11 392	10 814	23 174	15 089	20 532
1974	230 578	103 516	34 380	15 513	15 878	28 454	17 343	32 113
1974 1. Vj.	54 681	25 769	8 159	3 479	3 190	7 192	4 506	6 747
2. Vj.	57 191	26 348	8 484	3 812	3 677	7 183	4 498	7 521
3. Vj.	57 475	25 706	8 662	3 933	4 124	6 702	3 868	8 150
4. Vj.	61 232	25 693	9 075	4 289	4 887	7 377	4 470	9 695
1975 1. Vj.	52 681	22 953	7 985	3 951	3 933	5 358	3 169	8 336
2. Vj.	55 743	24 311	8 211	4 069	4 464	5 291	2 953	9 229
3. Vj.	53 021	22 842	7 423	3 669	4 263	5 281	3 049	9 370

[1] Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder".
[2] Ab 1973 neuer Gebietsstand.
[3] Ab März 1970 einschließlich Island.
[4] Ohne Staatshandelsländer.
[5] Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Nord-Vietnam, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik China, Nord-Korea.
[6] Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.
[7] Außereuropäische Entwicklungsländer.
[8] Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 47*

Wareneinfuhr nach Ländergruppen

Herstellungsländer

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	EG-Länder [2]	EFTA-Länder [2] [3]	Übrige europäische Länder [4]	Staatshandelsländer [5]	Außereuropäische Industrieländer zusammen [6]	Außereuropäische Industrieländer Vereinigte Staaten	Übrige Länder [7]
1950 [8]	11 374	3 031	2 390	537	352	2 372	1 811	2 677
1951	14 726	2 986	2 644	1 012	429	3 636	2 722	4 019
1952	16 203	3 686	3 121	1 340	313	3 667	2 507	4 076
1953	16 010	4 027	3 205	1 148	419	2 931	1 658	4 259
1954	19 337	4 724	3 903	1 212	511	3 444	2 237	5 522
1955	24 472	6 317	4 687	1 418	729	4 683	3 209	6 613
1956	27 964	6 590	5 550	1 519	1 117	5 798	3 997	7 351
1957	31 697	7 404	6 019	1 584	1 226	7 789	5 671	7 642
1958	31 133	7 969	6 487	1 597	1 445	6 191	4 219	7 413
1959	35 823	10 334	7 420	1 771	1 647	6 421	4 595	8 193
1960	42 723	12 708	8 392	1 989	1 998	8 034	5 977	9 500
1961	44 363	13 778	8 592	2 249	2 042	8 241	6 100	9 367
1962	49 498	15 966	9 396	2 277	2 159	9 379	7 033	10 235
1963	52 277	17 342	9 646	2 285	2 155	10 206	7 941	10 565
1964	58 839	20 393	10 686	2 612	2 412	10 609	8 066	12 043
1965	70 448	26 648	12 133	2 905	2 917	12 296	9 196	13 451
1966	72 670	27 774	11 955	2 993	3 150	12 576	9 177	14 124
1967	70 183	27 636	10 993	2 694	3 015	12 055	8 556	13 702
1968	81 179	33 453	12 666	3 186	3 410	12 790	8 850	15 582
1969	97 972	42 431	15 222	4 139	3 973	15 115	10 253	16 995
1970	109 606	48 437	16 634	4 422	4 394	17 934	12 066	17 684
1971	120 119	56 017	16 987	4 707	4 767	18 363	12 420	19 151
1972	128 744	62 598	17 669	5 837	5 323	17 569	10 765	19 635
1973	145 417	75 539	12 748	6 657	6 617	19 801	12 223	23 939
1974	179 733	86 147	15 058	7 170	8 403	22 590	13 972	40 193
1974 1. Vj.	41 410	19 874	3 366	1 671	1 772	5 330	3 510	9 364
2. Vj.	45 192	22 287	3 663	1 692	2 144	5 431	3 448	9 935
3. Vj.	45 750	21 623	3 811	1 760	2 164	5 718	3 396	10 639
4. Vj.	47 381	22 363	4 218	2 047	2 322	6 111	3 617	10 256
1975 1. Vj.	42 135	20 660	3 695	1 791	1 886	5 676	3 483	8 370
2. Vj.	46 588	23 611	4 002	1 819	2 000	5 976	3 530	9 133
3. Vj.	44 797	22 089	3 872	1 798	2 120	5 758	3 319	9 098

[1] Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder".
[2] Ab 1973 neuer Gebietsstand.
[3] Ab März 1970 einschließlich Island.
[4] Ohne Staatshandelsländer.
[5] Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Nord-Vietnam, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik China, Nord-Korea.
[6] Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.
[7] Außereuropäische Entwicklungsländer.
[8] Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 48*

Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1962 = 100

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Einfuhr [1]	Letzte Verwendung	Ausfuhr [1]	Letzte inländische Verwendung					
					insgesamt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Bruttoanlageinvestitionen		
								zusammen	Ausrüstungen	Bauten
1950 [2]	68,3	109,1	71,3	72,0	71,3	78,0	57,5	61,9	71,6	55,5
1951 [2]	75,7	133,1	79,8	88,0	78,6	84,1	64,9	71,9	83,1	63,9
1952 [2]	79,3	122,1	82,8	92,0	81,5	85,5	69,8	77,5	90,5	68,5
1953 [2]	79,0	109,1	81,7	91,0	80,2	84,2	71,8	75,1	88,6	66,7
1954 [2]	79,0	105,9	81,9	89,2	80,6	84,7	72,9	74,7	86,4	66,8
1955 [2]	80,7	107,1	83,8	90,9	82,5	86,0	75,5	77,3	87,3	70,2
1956 [2]	83,1	109,0	86,3	94,8	84,6	87,9	79,9	79,1	89,5	72,1
1957 [2]	85,7	110,3	89,0	97,3	87,1	90,1	82,6	81,5	92,0	74,7
1958 [2]	88,6	102,6	90,6	95,7	89,4	92,3	85,6	84,1	93,3	77,8
1959 [2]	89,8	100,6	91,5	95,7	90,5	93,3	86,1	86,2	92,5	82,0
1960 [2]	92,0	102,1	93,7	97,7	92,7	94,2	90,7	89,8	93,7	86,9
1960	92,1	102,8	93,6	97,8	92,7	94,1	90,9	89,8	93,7	86,9
1961	96,1	100,8	96,7	98,8	96,4	97,1	96,4	94,6	96,6	92,9
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	103,1	100,1	102,6	100,7	103,0	102,7	104,1	103,1	100,7	105,1
1964	105,9	100,8	105,1	101,3	105,9	105,1	109,6	105,7	101,7	108,8
1965	109,7	103,5	108,7	103,3	109,8	108,5	117,6	108,8	105,2	111,7
1966	113,7	105,8	112,3	105,1	114,0	112,3	125,8	111,4	107,4	114,5
1967	115,0	105,4	113,4	104,6	115,6	114,3	129,4	110,2	107,7	112,1
1968	116,8	103,7	114,4	103,7	117,3	116,5	134,6	111,3	107,2	114,5
1969	120,9	106,1	118,1	105,5	121,5	119,4	144,6	116,3	110,7	121,5
1970	129,5	106,2	124,7	108,2	129,3	123,6	158,1	129,2	117,5	141,1
1971	139,7	106,4	132,5	111,0	138,7	130,3	176,6	138,7	123,3	154,4
1972	148,0	106,3	138,5	112,3	146,5	137,4	190,6	144,5	125,2	163,1
1973 [3]	156,5	111,3	145,8	114,8	156,5	147,0	210,2	151,0	128,0	173,8
1974 [3]	167,1	135,7	159,4	133,3	169,9	157,8	234,1	161,0	136,6	185,3
1968 1. Hj.	115,7	104,1	113,6	104,0	116,2	116,3	131,7	110,5	106,6	113,7
2. Hj.	117,8	103,3	115,1	103,5	118,3	116,7	137,1	111,9	107,8	115,2
1969 1. Hj.	118,9	106,0	116,4	104,8	119,6	118,9	140,6	113,3	108,5	117,9
2. Hj.	122,8	106,1	119,5	106,1	123,3	119,8	148,2	118,8	112,5	124,4
1970 1. Hj.	126,8	106,0	122,5	107,0	126,8	123,0	154,1	126,1	115,4	138,0
2. Hj.	132,0	106,3	126,7	109,4	131,6	124,3	161,7	131,8	119,4	143,4
1971 1. Hj.	136,8	106,9	130,3	110,1	136,4	129,2	171,5	136,3	122,2	152,1
2. Hj.	142,5	106,0	134,5	111,8	141,0	131,3	181,2	140,8	124,3	156,3
1972 1. Hj.	145,5	104,7	136,2	111,5	143,6	135,7	184,7	142,5	124,0	161,5
2. Hj.	150,4	107,7	140,7	113,1	149,2	138,9	196,0	146,4	126,4	164,6
1973 1. Hj.	153,8	106,8	142,6	112,6	152,8	144,8	201,8	148,6	125,9	172,0
2. Hj.	159,0	115,7	148,9	116,9	160,1	149,1	217,9	153,4	130,2	175,4
1974 1. Hj. [3]	162,1	131,6	154,8	127,0	166,2	155,8	225,3	158,5	133,3	148,0
2. Hj. [3]	171,9	139,7	164,0	139,5	173,6	159,6	242,1	163,4	139,8	186,6
1975 1. Hj. [3]	177,6	138,0	167,7	142,4	177,1	165,4	245,7	164,7	142,7	188,9

[1] Waren- und Dienstleistungsverkehr.
[2] Ohne Saarland und Berlin.
[3] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 49*

Index der Grundstoffpreise [1])

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse, Erzeugnisse der Energiewirtschaft, Wasser	Grundstoffe des Verarbeitenden Gewerbes							Grundstoffe des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes
			zusammen	darunter						
				Steine und Erden	Eisen, Stahl, NE-Metalle und -Metallhalbzeug	chemische Erzeugnisse	bearbeitetes Holz	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	Textilien	
1964	93,1	91,8	93,1	94,3	84,8	103,3	93,5	95,3	102,5	98,6
1965	95,3	92,6	95,4	95,4	89,7	103,6	95,8	97,2	101,7	102,7
1966	96,5	92,8	97,0	96,2	93,4	102,0	95,0	96,6	101,1	104,1
1967	93,8	94,8	93,1	95,2	87,2	100,9	89,6	95,5	97,7	98,4
1968	93,8	95,1	93,2	93,2	89,1	99,6	87,9	94,2	98,6	94,8
1969	96,0	93,4	96,4	93,6	95,2	99,6	94,0	95,7	99,5	99,3
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	101,5	109,0	99,3	109,6	94,8	100,7	101,3	100,9	99,9	99,3
1972	102,9	110,1	100,5	114,4	94,0	100,0	100,8	96,5	105,5	103,8
1973	113,9	120,0	111,6	118,3	106,5	105,4	120,0	100,1	126,0	116,4
1974	142,3	177,7	132,9	128,5	131,2	137,7	138,2	135,3	137,7	126,6
1970 1. Vj.	100,2	96,1	101,3	97,3	104,1	99,9	98,4	98,9	100,4	102,1
2. Vj.	100,3	97,9	101,0	99,1	102,8	99,7	100,1	99,5	100,2	100,1
3. Vj.	99,9	101,8	99,4	101,1	98,3	99,8	100,8	100,4	99,9	99,2
4. Vj.	99,6	104,2	98,2	102,5	94,7	100,5	100,8	101,2	99,4	98,5
1971 1. Vj.	100,8	107,0	99,2	107,0	95,5	100,6	101,5	101,9	99,0	98,2
2. Vj.	102,1	109,8	100,1	109,4	96,5	100,9	101,8	101,4	99,5	98,7
3. Vj.	101,9	110,1	99,4	110,8	94,5	100,8	101,2	100,7	100,3	100,3
4. Vj.	101,0	108,9	98,6	111,3	92,6	100,4	100,6	99,5	100,7	100,1
1972 1. Vj.	101,4	108,9	99,2	112,5	93,1	99,9	99,9	96,8	102,7	100,2
2. Vj.	102,3	109,3	100,0	114,7	93,5	99,8	100,2	96,2	104,0	102,7
3. Vj.	103,2	110,3	100,8	115,2	94,4	99,8	100,6	96,2	105,6	104,7
4. Vj.	104,7	111,7	102,0	115,3	94,6	100,7	102,7	97,0	109,5	107,7
1973 1. Vj.	108,2	113,9	106,0	116,5	99,6	101,7	107,7	98,7	116,4	111,4
2. Vj.	111,3	115,3	109,6	118,2	104,3	102,1	117,3	99,3	123,1	115,2
3. Vj.	114,5	118,2	112,8	119,1	107,3	106,3	125,3	99,7	128,4	118,4
4. Vj.	121,5	132,6	118,2	119,4	114,6	111,6	129,7	102,8	136,0	120,6
1974 1. Vj.	137,3	166,9	129,2	123,4	129,0	128,7	137,8	114,3	141,9	126,4
2. Vj.	143,7	174,6	136,2	128,5	138,7	137,5	142,0	127,5	140,1	124,4
3. Vj.	144,2	182,2	134,2	131,2	130,0	142,5	139,8	147,1	137,1	126,0
4. Vj.	144,1	187,3	132,1	131,0	127,0	142,1	133,0	152,0	131,8	129,6
1975 1. Vj.	142,8	192,9	129,1	132,4	122,8	139,1	127,1	156,5	125,4	124,4
2. Vj.	141,0	192,2	126,8	134,4	118,3	137,8	123,3	154,3	124,1	124,2
3. Vj.	141,2	195,0	125,8	134,8	117,2	135,9	121,7	150,1	123,9	127,4

[1]) Grundstoffe industrieller Herkunft aus inländischer und ausländischer Produktion; ohne Umsatzsteuer; umbasiert aus Originalbasis 1962 = 100.

Tabelle 50*

Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte

(Inlandsabsatz) [1])

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse	Elektrischer Strom, Gas, Wasser	Erzeugnisse der Verarbeitenden Industrie					Investitionsgüter [2])	Verbrauchsgüter [2])
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-		
					industrien					
1962	89,9	81,3	95,2	89,8	95,0	85,1	87,8	92,1	81,3	90,2
1963	90,3	82,7	95,1	90,2	94,3	85,4	89,3	93,1	82,1	91,2
1964	91,3	82,4	95,9	91,2	95,0	86,5	91,0	93,9	83,6	92,0
1965	93,5	85,8	98,5	93,4	97,0	89,0	93,1	95,2	86,1	94,2
1966	95,1	85,6	99,7	95,1	98,1	90,7	95,5	97,3	88,3	96,3
1967	94,3	85,5	100,7	94,1	95,6	89,8	94,9	98,1	88,1	96,8
1968	93,6	85,6	101,0	93,3	94,4	89,8	94,6	96,9	88,2	95,9
1969	95,3	88,2	99,7	95,2	95,8	92,7	96,4	97,8	91,7	95,8
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	104,3	110,7	103,3	104,2	102,5	106,2	103,8	103,6	107,9	104,7
1972	107,0	117,0	110,3	106,6	102,5	109,1	107,5	107,7	111,9	108,4
1973	114,1	123,1	115,1	113,9	111,5	113,7	115,5	116,6	117,0	116,7
1974	129,4	158,0	124,3	129,1	137,7	124,3	129,0	123,4	127,6	130,4
1971 1. Vj.	103,5	106,5	101,4	103,6	102,9	105,4	102,7	102,2	107,0	104,5
2. Vj.	104,3	108,2	102,2	104,4	103,5	106,0	103,6	103,4	107,7	104,9
3. Vj.	104,6	113,3	103,2	104,5	102,5	106,5	104,4	104,3	108,2	104,6
4. Vj.	104,7	114,9	106,3	104,3	101,1	106,8	104,7	104,6	108,9	104,8
1972 1. Vj.	105,8	115,7	108,8	105,3	101,2	108,6	106,0	105,3	111,2	106,9
2. Vj.	106,6	113,7	110,0	106,2	102,6	109,1	107,0	105,7	111,8	108,1
3. Vj.	107,2	118,6	110,5	106,8	102,6	109,3	107,9	107,7	112,2	108,7
4. Vj.	108,5	119,8	111,6	108,0	103,7	109,3	109,1	112,2	112,3	109,9
1973 1. Vj.	111,1	121,4	114,1	110,7	106,4	111,7	112,3	114,5	115,0	113,0
2. Vj.	113,1	119,7	114,6	112,9	109,3	113,5	114,7	116,3	116,9	114,9
3. Vj.	115,1	123,6	115,1	114,9	112,6	114,4	116,7	117,7	117,7	117,7
4. Vj.	117,2	127,8	116,6	117,0	117,8	115,1	118,3	118,0	118,5	121,0
1974 1. Vj.	124,5	134,5	118,4	124,7	132,5	119,9	124,3	121,1	122,9	127,5
2. Vj.	128,8	146,4	121,2	128,9	138,7	124,1	128,0	122,1	127,0	128,8
3. Vj.	131,3	171,0	125,0	130,9	139,7	126,1	131,4	123,6	129,4	131,8
4. Vj.	133,0	180,2	132,5	132,0	139,8	127,3	132,5	126,6	131,3	133,5
1975 1. Vj.	134,6	195,7	139,1	133,0	138,3	131,4	132,8	126,6	136,5	134,9
2. Vj.	135,4	195,1	147,8	133,2	136,3	133,7	132,5	127,2	138,8	136,6
3. Vj.	135,7	197,9	151,2	133,3	135,6	134,1	132,2	128,8	139,4	138,7

[1]) Ohne Umsatzsteuer.
[2]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 51*

Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise [1])

1962 = 100

Zeitraum	Neubau						Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden [2])	Baureifes Land
	Bauleistungen am Gebäude für					Straßenbauleistungen insgesamt		
	Wohngebäude	gemischt genutzte Gebäude	Bürogebäude	gewerbliche Betriebsgebäude	landwirtschaftliche Betriebsgebäude			
1960	85,8	86,5	86,8	87,4	86,7	89,2	.	.
1961	92,3	92,5	92,7	93,0	92,7	93,7	.	.
1962 [3])	100	100	100	100	100	100	100	100
1963 [3])	105,2	105,1	105,0	104,5	105,1	103,8	104,4	114,1
1964 [3])	110,0	109,7	109,5	108,6	109,5	102,9	109,2	124,5
1965 [3])	114,6	114,3	113,6	112,8	113,5	97,5	114,6	147,6
1966	118,5	118,2	117,4	115,9	117,2	96,3	119,0	159,2
1967	115,9	115,2	114,5	110,3	114,7	91,8	117,6	173,4
1968	120,8	120,2	119,0	116,1	119,3	96,2	122,7	191,3
1969	127,2	126,9	126,3	126,1	125,8	100,5	128,0	201,3
1970	147,4	147,4	147,7	149,2	146,9	115,6	143,3	207,3
1971	162,7	162,8	162,4	165,2	162,3	124,8	158,1	226,3
1972	174,3	173,7	172,8	173,3	173,4	126,7	168,1	271,3
1973	187,1	186,3	185,1	183,6	185,5	130,9	180,0	274,9
1974	200,8	199,7	197,9	194,7	198,4	143,5	197,4	266,6
1971 Feb	155,8	156,2	155,7	159,5	154,9	120,3	153,0	227,3
Mai	163,6	163,7	163,4	166,6	163,5	126,6	158,6	223,8
Aug	165,3	165,2	164,8	167,3	164,9	126,5	159,9	227,0
Nov	166,2	166,2	165,5	167,5	165,7	125,7	160,9	236,9
1972 Feb	169,4	169,1	168,3	169,5	168,4	125,2	164,2	265,3
Mai	174,6	174,1	173,2	173,9	174,0	126,9	168,1	261,6
Aug	175,9	175,3	174,4	174,8	175,2	127,1	169,6	269,5
Nov	177,1	176,4	175,3	175,0	176,0	127,5	170,4	282,5
1973 Feb	180,3	179,7	178,8	177,7	178,5	127,7	173,5	274,5
Mai	188,5	187,6	186,6	185,4	187,0	132,0	180,5	286,9
Aug	189,9	188,9	187,7	186,1	188,5	132,1	182,4	253,0
Nov	189,8	188,8	187,3	185,0	187,9	131,6	183,5	257,7
1974 Feb	193,9	192,9	191,1	187,5	191,7	139,2	188,8	255,6
Mai	202,2	201,3	199,4	197,1	200,0	144,6	198,5	264,2
Aug	203,6	202,5	200,7	197,1	201,1	145,5	200,9	263,3
Nov	203,4	202,2	200,2	197,1	200,6	144,8	201,4	283,2
1975 Feb	203,7	202,6	199,9	196,8	200,1	145,5	203,2	266,8
Mai	207,0	205,8	202,6	200,3	203,5	147,9	207,2	...
Aug	207,4	206,1	202,6	201,0	203,6	147,4	208,2	...

[1]) Einschließlich Umsatzsteuer.
[2]) Einschließlich Schönheitsreparaturen.
[3]) Ohne Berlin.

Tabelle 52*

Index der Ausfuhrpreise

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft [1]	Güter der gewerblichen Wirtschaft [1]				Investitionsgüter [2]	Verbrauchsgüter [2]
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
1962	88,2	88,3	88,1	98,2	88,1	87,8	81,9	88,1
1963	88,3	96,7	88,1	99,1	87,0	87,8	82,8	88,6
1964	90,4	97,4	90,1	103,0	90,4	89,7	84,6	90,1
1965	92,4	98,1	92,2	102,8	92,7	91,9	87,3	92,3
1966	94,4	100,5	94,1	102,9	95,2	93,8	89,8	95,5
1967	94,3	98,9	94,1	99,3	95,2	93,9	90,8	96,9
1968	93,3	96,9	93,2	97,7	94,6	92,9	90,3	96,5
1969	97,0	98,8	97,0	98,6	97,1	96,9	95,1	98,2
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	103,4	102,5	103,4	107,3	99,8	103,6	106,8	104,7
1972	105,5	107,4	105,5	112,7	96,3	106,1	111,3	108,0
1973	112,3	119,5	112,1	118,3	113,0	111,8	116,8	113,8
1974	131,4	132,1	131,4	138,4	167,4	127,8	127,1	128,2
1971 1. Vj.	103,0	102,8	103,0	104,6	100,7	103,2	105,7	103,4
2. Vj.	103,5	102,6	103,5	107,2	102,1	103,6	106,1	104,4
3. Vj.	103,6	101,9	103,7	108,2	99,9	103,9	107,3	105,4
4. Vj.	103,4	102,6	103,4	109,1	96,3	103,9	108,3	105,6
1972 1. Vj.	104,5	103,2	104,5	110,3	95,5	105,2	110,4	106,8
2. Vj.	105,1	105,1	105,1	110,5	95,2	105,8	111,2	107,5
3. Vj.	105,8	108,3	105,7	112,5	96,4	106,4	111,6	108,4
4. Vj.	106,8	112,8	106,6	117,6	98,0	107,0	112,2	109,4
1973 1. Vj.	109,6	116,4	109,4	119,2	103,7	109,6	115,1	111,8
2. Vj.	111,6	119,3	111,3	116,8	109,3	111,3	116,6	113,3
3. Vj.	112,6	119,9	112,3	117,5	113,4	112,0	117,4	113,6
4. Vj.	115,5	122,6	115,3	119,7	125,5	114,2	118,2	116,3
1974 1. Vj.	125,6	132,6	125,4	125,6	160,5	122,1	122,7	124,9
2. Vj.	130,7	125,3	130,9	133,9	169,9	127,2	126,3	127,7
3. Vj.	134,1	131,2	134,2	144,3	171,4	130,4	128,6	129,1
4. Vj.	135,1	139,0	135,0	149,8	167,7	131,5	130,8	130,9
1975 1. Vj.	135,9	130,6	136,1	155,7	161,2	133,2	135,5	133,7
2. Vj.	136,2	128,8	136,5	157,5	156,6	134,0	137,6	134,6
3. Vj.	136,5	133,5	136,6	158,0	154,2	134,4	138,8	136,5

[1] Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[2] Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendungsart gruppiert.

Tabelle 53*

Index der Einfuhrpreise

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft [1]	Güter der gewerblichen Wirtschaft [1]				Investitionsgüter [2]	Verbrauchsgüter [2]
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
1962	94,6	94,4	94,5	104,7	84,5	95,8	94,1	97,7
1963	96,4	98,6	95,3	105,2	85,1	96,9	96,4	99,8
1964	98,1	100,0	97,2	106,2	88,2	98,4	97,9	96,4
1965	100,6	104,6	98,6	105,6	92,2	99,4	99,7	94,8
1966	102,3	104,6	101,1	107,3	96,2	101,5	102,6	96,8
1967	100,1	101,1	99,6	104,4	94,7	100,6	101,3	99,6
1968	99,4	97,4	99,9	104,7	96,5	99,6	102,0	101,3
1969	101,0	100,6	101,1	102,8	100,1	101,0	102,3	100,3
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	100,4	98,4	100,9	109,5	93,9	100,8	102,2	103,7
1972	99,8	101,1	99,5	106,4	89,6	100,9	102,0	104,3
1973	112,6	121,7	110,4	125,0	114,5	104,7	102,4	119,7
1974	144,8	132,6	147,8	234,4	161,1	118,0	108,0	137,3
1971 1. Vj.	101,9	102,7	101,7	107,1	98,4	101,3	102,9	105,6
2. Vj.	102,2	101,1	102,5	112,4	97,3	101,3	102,7	104,7
3. Vj.	99,5	94,7	100,6	111,1	91,8	100,6	101,8	102,5
4. Vj.	98,1	95,2	98,8	107,4	88,1	99,9	101,4	101,8
1972 1. Vj.	98,5	99,3	98,3	105,2	87,8	99,9	101,4	102,7
2. Vj.	98,8	98,9	98,8	105,5	88,1	100,6	101,5	103,1
3. Vj.	99,2	98,4	99,4	105,0	89,5	101,2	102,2	104,3
4. Vj.	102,7	107,7	101,5	109,7	93,0	101,9	102,9	107,1
1973 1. Vj.	108,2	118,0	105,8	116,0	100,7	104,6	104,1	112,6
2. Vj.	111,2	125,1	107,7	116,8	108,0	105,0	103,1	115,8
3. Vj.	110,6	120,0	108,2	118,6	112,0	103,8	100,4	116,0
4. Vj.	120,6	123,8	119,9	148,5	137,2	105,5	102,1	134,3
1974 1. Vj.	144,1	137,0	145,9	236,6	164,3	113,1	105,1	140,3
2. Vj.	144,0	128,4	147,9	233,1	166,0	116,9	105,7	135,0
3. Vj.	145,2	129,1	149,2	235,1	160,3	120,3	109,4	136,6
4. Vj.	145,6	135,9	148,1	232,8	153,6	121,5	111,6	137,1
1975 1. Vj.	141,1	127,0	144,6	222,0	143,5	122,4	114,9	135,8
2. Vj.	139,2	120,7	143,8	217,9	143,6	122,2	117,4	138,7
3. Vj.	142,5	124,5	147,0	225,3	150,1	123,1	120,0	145,1

[1] Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[2] Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendungsart gruppiert.

Tabelle 54*

Preisindex für die Lebenshaltung

Alte Systematik

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [1])

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung		Ernährung	Getränke und Tabakwaren	Wohnung [2])	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung, Unterhaltung und Erholung	Verkehr
	einschl. Ernährung	ohne Ernährung									
1950 [3])	64,5	65,7	64,6	103,5	41,4	56,0	84,2	76,4	65,2	55,2	61,2
1951 [3])	69,6	70,2	70,6	101,5	42,1	60,6	93,1	84,7	70,1	59,8	68,6
1952 [3])	71,0	70,1	73,7	103,1	42,8	65,1	92,3	78,9	69,6	61,4	71,6
1953 [3])	69,8	68,8	72,5	96,6	44,3	67,2	87,6	74,8	67,7	60,6	72,2
1954 [3])	69,9	68,2	73,4	89,6	44,3	70,9	86,1	73,8	42,1	59,6	72,7
1955 [3])	71,0	69,1	74,9	88,8	45,6	72,6	86,7	73,8	43,2	60,9	73,1
1956 [3])	72,8	70,7	77,1	88,6	48,6	74,0	88,5	74,5	44,0	62,5	72,4
1957 [3])	74,4	72,3	78,4	88,5	49,2	75,9	91,8	77,3	71,6	64,5	73,0
1958 [3])	75,9	73,9	80,0	88,3	50,0	79,1	92,3	79,6	73,2	66,2	78,5
1959 [3])	76,7	74,2	81,4	87,4	51,3	79,8	91,1	79,3	74,0	67,3	79,7
1960 [4])	77,8	75,7	81,9	87,3	54,4	80,7	91,0	80,8	75,1	69,1	80,9
1961 [4])	79,6	78,1	82,8	87,3	59,1	82,1	92,9	82,6	77,1	71,6	83,2
1962	81,9	80,1	86,1	88,1	61,1	83,6	94,4	84,8	79,9	74,8	84,2
1963	84,4	82,3	88,9	88,9	64,6	85,8	94,8	86,8	81,8	77,6	87,8
1964	86,4	84,2	91,0	89,5	68,6	87,0	95,5	88,5	83,3	80,2	88,7
1965	89,3	86,5	95,2	89,7	72,6	88,6	97,2	90,9	85,9	83,3	89,6
1966	92,4	90,1	97,5	93,3	79,2	89,7	98,4	93,8	89,7	86,6	93,1
1967	93,8	92,4	96,9	95,9	84,1	90,6	97,8	95,1	91,1	89,6	96,0
1968	95,0	95,0	95,0	97,5	89,5	96,9	96,6	95,1	95,7	93,9	97,9
1969	96,9	96,6	97,7	97,4	96,1	97,1	96,7	96,0	96,9	95,5	97,5
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,1	105,4	104,3	102,5	105,9	103,4	104,1	106,0	105,0	104,4	109,2
1972	110,7	110,9	110,3	108,0	112,1	107,3	107,8	112,5	109,7	108,9	115,9
1973	118,2	118,1	118,5	115,4	119,4	120,1	111,7	121,1	115,0	115,6	123,2
1974	126,3	126,6	125,4	118,2	126,3	137,0	119,5	130,0	122,7	126,3	134,0
1974 1. Vj.	123,7	123,7	123,6	116,9	124,2	137,3	116,6	126,6	118,9	122,1	129,4
2. Vj.	125,8	125,7	126,0	117,8	125,7	132,4	118,7	129,2	121,5	124,6	133,9
3. Vj.	126,9	127,5	125,1	118,6	126,9	136,9	119,6	130,8	124,1	127,8	136,3
4. Vj.	128,7	129,4	126,8	119,5	128,1	141,3	123,1	133,5	126,4	130,6	136,2
1975 1. Vj.	131,2	131,7	129,7	119,9	131,0	147,7	125,4	135,1	128,3	132,8	138,7
2. Vj.	133,7	133,7	133,9	120,9	135,7	150,2	125,8	136,1	129,8	134,2	140,6
3. Vj.	134,8	135,2	133,8	122,8	137,7	156,4	125,1	136,8	130,7	136,5	141,5

[1]) Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.
[2]) Bis einschließlich 1967 bei Neubau-Wohnungen nur sozialer Wohnungsbau.
[3]) Ohne Saarland und Berlin.
[4]) Ohne Berlin.

Tabelle 55*

Preisindex für die Lebenshaltung

Neue Systematik

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [1])

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Nahrungs- und Genußmittel [2])	Gesamtlebenshaltung ohne Nahrungs- und Genußmittel [2])	Nahrungs- und Genußmittel [2])	Kleidung, Schuhe	Wohnungsmiete [3])	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Haushaltsführung	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Körper- und Gesundheitspflege	Bildung und Unterhaltung	Persönliche Ausstattung u. ä.
1962	81,9	78,9	86,4	85,0	60,7	83,3	89,4	84,1	75,7	82,0	78,4
1963	84,4	81,4	88,9	86,9	64,1	85,5	91,1	87,9	77,9	83,2	81,0
1964	86,4	83,4	90,7	88,6	68,0	86,8	92,4	88,9	80,0	84,8	83,7
1965	89,3	86,0	94,2	91,0	71,9	88,4	94,9	89,8	82,7	87,1	86,1
1966	92,4	89,5	96,8	93,9	78,6	89,6	96,8	93,5	87,2	89,5	88,9
1967	93,8	91,8	96,8	95,3	83,9	90,4	96,8	96,1	89,1	91,5	92,4
1968	95,0	94,6	95,7	95,1	89,5	96,9	96,4	98,0	94,8	94,3	96,3
1969	96,9	96,5	97,6	96,1	96,2	97,1	96,6	97,3	96,2	95,3	98,0
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,1	105,8	103,8	106,1	105,8	103,4	104,6	106,3	105,6	104,7	110,6
1972	110,7	111,3	109,7	112,5	112,0	107,3	108,6	112,9	111,0	108,5	115,8
1973	118,2	118,6	117,7	120,9	119,4	120,4	112,6	120,6	117,5	114,3	122,3
1974	126,3	127,9	123,5	129,9	126,1	137,5	120,8	132,6	126,1	124,3	128,8
1971 1. Vj.	103,4	104,0	102,2	103,7	103,4	104,2	104,0	104,1	103,8	102,9	108,0
2. Vj.	104,8	105,2	104,0	105,3	105,3	103,0	104,4	105,8	105,3	104,4	108,4
3. Vj.	105,6	106,3	104,3	106,5	106,6	102,5	104,1	107,3	106,2	105,2	112,0
4. Vj.	106,7	107,7	104,8	108,7	108,0	103,6	106,0	107,9	107,0	106,2	113,9
1972 1. Vj.	108,7	109,6	107,2	110,4	109,6	106,7	108,3	110,5	108,9	107,3	114,5
2. Vj.	109,8	110,6	108,4	111,7	111,0	106,2	108,4	112,2	110,5	108,1	114,8
3. Vj.	111,2	111,7	110,3	112,8	112,7	106,7	107,9	114,2	111,8	108,8	116,5
4. Vj.	113,2	113,4	112,8	115,2	114,8	109,7	109,8	114,8	113,0	110,0	117,5
1973 1. Vj.	115,6	115,7	115,4	117,6	117,0	113,4	112,0	117,1	115,0	112,2	118,6
2. Vj.	117,7	117,3	118,3	120,0	118,6	114,7	112,5	119,4	116,8	113,7	119,1
3. Vj.	118,8	119,3	117,9	121,7	120,1	119,4	111,9	122,5	118,3	114,9	124,9
4. Vj.	120,9	121,9	119,3	124,3	121,7	133,8	114,1	123,2	119,8	116,3	126,2
1974 1. Vj.	123,7	124,7	121,8	126,4	124,1	137,9	117,6	126,8	121,9	120,4	127,3
2. Vj.	125,8	126,8	123,9	129,0	125,6	132,9	119,8	132,2	124,8	123,3	128,2
3. Vj.	126,9	128,9	123,4	130,6	126,8	137,3	120,9	135,5	127,6	125,5	129,4
4. Vj.	128,7	130,9	124,9	133,4	128,0	111,8	124,9	135,8	130,0	128,0	130,4
1975 1. Vj.	131,2	133,6	127,1	134,9	130,9	148,3	127,4	138,6	132,2	130,2	131,3
2. Vj.	133,7	135,7	130,5	135,9	135,5	150,9	127,9	140,8	133,7	131,6	132,0
3. Vj.	134,8	137,1	130,9	136,6	137,6	157,1	127,3	141,8	134,7	132,8	134,2

[1]) Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.
[2]) Einschließlich Verzehr in Gaststätten.
[3]) Bis einschließlich 1967 bei Neubau-Wohnungen nur sozialer Wohnungsbau.

Tabelle 56*

Preisindex für die Lebenshaltung

Neue Systematik

Alle privaten Haushalte

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Nahrungs- und Genußmittel [1]	Gesamtlebenshaltung ohne Nahrungs- und Genußmittel [1]	Nahrungs- und Genußmittel [1]	Kleidung, Schuhe	Wohnungsmiete	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Haushaltsführung	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Körper- und Gesundheitspflege	Bildung und Unterhaltung	Persönliche Ausstattung u. ä.
1962	81,6	79,1	86,0	86,5	61,9	82,4	88,9	84,1	71,0	78,1	84,2
1963	84,0	81,5	88,4	88,4	65,3	85,0	90,6	86,9	73,2	80,3	85,9
1964	85,9	83,5	90,3	89,6	69,0	86,5	91,5	87,8	75,9	83,2	87,3
1965	88,7	85,9	93,6	91,6	72,9	88,2	93,2	88,5	79,7	86,1	89,3
1966	91,9	89,3	96,4	94,0	78,7	89,3	95,2	92,1	84,8	89,0	91,6
1967	93,4	91,9	96,4	95,2	84,0	90,5	95,2	95,0	87,7	92,0	93,8
1968	94,9	94,6	95,5	95,2	90,1	95,8	95,5	97,7	92,5	94,4	96,5
1969	96,7	96,2	97,7	96,2	95,8	95,7	96,0	97,1	94,7	95,4	98,1
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,3	106,0	103,8	105,9	106,1	105,4	105,3	106,7	106,9	104,5	107,3
1972	111,1	111,7	109,7	112,3	112,5	110,1	109,7	114,0	113,8	108,1	111,9
1973	118,8	119,2	118,0	120,7	119,2	128,2	114,3	122,6	121,6	113,7	117,8
1974	127,1	128,9	123,6	129,7	125,1	149,8	123,1	134,9	131,8	123,4	124,4
1971 1. Vj.	103,5	104,2	102,1	103,6	103,5	106,8	104,4	104,4	104,6	102,9	105,3
2. Vj.	105,0	105,4	104,2	105,2	105,5	105,1	105,0	106,0	106,5	104,2	105,7
3. Vj.	105,7	106,4	104,3	106,3	106,9	104,2	104,9	107,8	107,7	105,0	108,3
4. Vj.	106,8	107,9	104,5	108,4	108,5	105,5	106,8	108,5	108,8	105,9	109,7
1972 1. Vj.	109,0	109,9	107,1	110,1	110,3	109,4	109,3	110,8	110,9	106,9	110,5
2. Vj.	110,2	110,9	108,7	111,5	111,8	108,7	109,4	112,8	113,0	107,7	110,8
3. Vj.	111,6	112,2	110,5	112,6	113,2	109,1	109,1	115,9	114,9	108,4	112,6
4. Vj.	113,4	113,9	112,7	115,0	114,8	113,1	111,1	116,4	116,3	109,5	113,6
1973 1. Vj.	116,0	116,2	115,6	117,3	117,0	118,1	113,5	119,0	118,6	111,7	114,7
2. Vj.	118,2	117,9	119,0	119,9	118,6	119,8	114,1	121,4	120,8	113,1	115,6
3. Vj.	119,3	119,9	118,3	121,5	119,8	126,7	113,6	124,5	122,7	114,2	119,8
4. Vj.	121,7	122,9	119,0	124,1	121,2	148,3	116,2	125,3	124,4	115,7	121,0
1974 1. Vj.	124,6	125,9	121,8	126,3	123,2	153,2	119,8	129,1	127,2	119,8	122,4
2. Vj.	126,6	127,8	124,2	128,9	124,6	144,4	122,1	134,5	130,5	122,5	123,5
3. Vj.	127,8	129,9	123,6	130,5	125,8	148,6	123,3	138,0	133,5	124,4	125,3
4. Vj.	129,5	131,9	124,7	133,3	126,8	153,2	127,2	137,9	135,9	126,8	126,5
1975 1. Vj.	132,0	134,4	127,1	134,9	129,4	158,2	129,9	140,8	138,4	128,9	127,7
2. Vj.	134,5	136,2	131,0	135,8	132,9	160,1	130,9	143,1	140,7	130,2	128,3
3. Vj.	135,5	137,7	131,1	136,5	134,6	168,1	130,5	144,2	142,2	131,4	130,3

[1] Einschließlich Verzehr in Gaststätten.

Tabelle 57*

Preisindex für die Lebenshaltung

Alte Systematik, Zusatzdarstellung

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel [1]	Wohnungsnutzung [2]	Dienstleistungen [3]	Sonstige Waren [4]	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel [1]	Wohnungsnutzung [2]	Dienstleistungen [3]	Sonstige Waren [4]
	alle privaten Haushalte					4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [5]				
1962	81,6	86,9	62,2	71,1	90,0	81,9	87,0	61,0	73,2	88,7
1963	84,0	89,6	65,6	74,7	91,2	84,4	89,9	64,4	76,8	89,9
1964	85,9	91,7	69,3	77,6	92,0	86,4	91,9	68,3	79,5	90,9
1965	88,7	95,6	73,2	80,7	93,2	89,3	96,1	72,2	82,2	92,6
1966	91,9	98,1	79,0	85,9	95,0	92,4	98,3	79,0	86,7	94,7
1967	93,4	97,2	84,2	88,9	96,0	93,8	97,5	84,1	89,2	96,0
1968	94,9	95,0	90,3	93,6	96,8	95,0	95,2	89,8	93,9	96,9
1969	96,7	98,1	95,8	95,6	96,8	96,9	97,9	96,2	95,7	97,0
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,3	104,0	106,0	107,6	104,6	105,1	104,2	105,7	108,1	104,4
1972	111,1	110,2	112,4	115,0	109,3	110,7	110,1	111,8	115,3	109,2
1973	118,8	119,0	118,9	123,1	116,3	118,2	118,3	119,0	123,3	116,2
1974	127,1	125,4	124,8	132,5	126,2	126,3	125,1	125,6	132,7	124,9
1971 1. Vj.	103,5	102,2	103,5	104,7	103,6	103,4	102,6	103,4	105,2	103,3
2. Vj.	105,0	104,7	105,4	106,3	104,4	104,8	104,5	105,2	106,8	104,2
3. Vj.	105,7	104,6	106,8	108,9	104,6	105,6	104,7	106,5	109,5	104,5
4. Vj.	106,8	104,6	108,4	110,4	105,7	106,7	105,1	107,9	111,1	105,7
1972 1. Vj.	109,0	107,4	110,2	112,2	107,9	108,7	107,7	109,5	112,9	107,7
2. Vj.	110,2	109,5	111,6	113,4	108,6	109,8	109,1	110,8	113,9	108,4
3. Vj.	111,6	111,2	113,0	116,6	109,2	111,2	110,8	112,4	116,6	109,2
4. Vj.	113,4	112,6	114,6	117,8	111,6	113,2	112,6	114,6	117,8	111,6
1973 1. Vj.	116,0	116,2	116,8	120,1	113,8	115,6	115,6	116,7	120,1	113,6
2. Vj.	118,2	120,7	118,4	121,8	115,4	117,7	119,3	118,3	121,9	115,2
3. Vj.	119,3	119,1	119,6	124,5	117,2	118,8	118,4	119,7	124,9	116,7
4. Vj.	121,7	119,9	120,9	126,1	120,7	120,9	120,1	121,3	126,3	119,4
1974 1. Vj.	124,6	123,7	122,9	128,8	123,6	123,7	123,5	123,6	129,1	121,9
2. Vj.	126,6	126,6	124,3	131,2	125,1	125,8	125,9	125,2	131,4	124,0
3. Vj.	127,8	125,1	125,5	134,2	126,9	126,9	124,7	126,3	134,2	125,8
4. Vj.	129,5	126,3	126,5	135,8	129,2	128,7	126,4	127,5	135,8	128,1
1975 1. Vj.	132,0	129,7	129,0	138,1	131,2	131,2	129,5	130,3	138,0	130,2
2. Vj.	134,5	134,9	132,5	140,2	132,2	133,7	133,8	134,9	139,7	131,4
3. Vj.	135,5	134,2	134,1	142,2	133,5	134,8	133,6	136,8	141,7	132,6

[1] Ohne Gaststättenleistungen.
[2] Einschließlich Garagenbenutzung. Für 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte: Bis einschließlich 1967 bei Neubau-Wohnungen nur sozialer Wohnungsbau.
[3] Einschließlich Reparaturen, Gaststätten- und Beherbergungsleistungen.
[4] Verbrauchs- und Gebrauchsgüter ohne Nahrungsmittel.
[5] Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.

Tabelle 58*

Löhne und Gehälter

1970 = 100

Zeitraum	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Abhängigen	Brutto- stundenverdienste Industrie [1]	Brutto- wochenverdienste Industrie [1]	Brutto- monatsverdienste Industrie [1] und Handel [2]	Tarifliche Stundenlöhne Produzierendes Gewerbe [1]	Tarifliche Stundenlöhne gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Tarifliche Wochenlöhne Produzierendes Gewerbe [1]	Tarifliche Wochenlöhne gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Tarifliche Monatsgehälter Produzierendes Gewerbe [1]	Tarifliche Monatsgehälter gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften
1960	44,6	44,3	45,3	48,7	48,6	48,7	53,0	52,8	54,4	55,4
1961	49,2	48,8	49,9	52,9	52,5	52,6	57,1	56,9	59,0	59,7
1962	53,7	54,4	55,0	57,4	58,0	57,9	61,9	61,7	64,0	64,2
1963	57,0	58,5	58,7	61,2	61,8	61,7	65,4	65,2	67,4	67,9
1964	62,1	63,4	63,4	65,2	66,0	65,8	68,6	68,4	70,6	71,0
1965	67,8	69,6	69,8	70,6	71,0	70,9	73,4	73,2	75,4	75,7
1966	72,7	74,2	73,8	75,7	76,0	76,1	78,2	78,2	80,1	80,3
1967	75,1	76,6	73,4	78,7	79,6	79,4	80,6	80,5	82,2	82,8
1968	79,8	80,0	78,4	82,4	83,0	82,7	83,7	83,6	84,9	85,5
1969	87,1	87,1	86,9	88,9	88,4	88,3	89,0	88,9	90,4	90,7
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	111,8	111,0	108,8	110,2	113,0	113,7	112,8	113,2	111,7	111,3
1972	121,8	120,9	117,4	119,9	122,8	124,5	122,5	123,6	120,9	121,0
1973	136,4	133,5	129,7	132,1	134,5	136,9	134,0	135,7	132,4	132,9
1974	151,9	147,1	140,0	145,7	150,4	153,2	149,7	151,4	147,5	148,1
1972 Jan	116,9	117,1	111,3	116,3	119,7	121,0	119,5	120,2	118,0	117,6
Apr		119,7	116,9	118,8	121,5	123,1	121,1	122,2	120,1	120,6
Jul	126,5	122,9	120,0	121,7	124,6	126,3	124,2	125,4	122,6	122,6
Okt		123,7	121,2	122,7	125,5	127,6	125,1	126,7	123,0	123,0
1973 Jan	130,2 [a]	128,2	123,5	126,7	130,2	132,6	129,8	131,5	128,4	128,6
Apr		131,9	128,7	130,8	132,6	135,3	132,1	134,2	131,4	132,8
Jul	142,5 [a]	136,6	133,1	134,6	136,9	139,3	136,4	138,0	134,3	134,7
Okt [3]		137,3	133,6	136,1	138,2	140,5	137,6	139,1	135,4	135,3
1974 Jan	144,7 [a]	138,7	131,1	137,7	144,5	147,2	143,9	145,7	142,5	142,5
Apr		146,4	139,8	145,1	148,1	151,0	147,5	149,5	146,4	147,5
Jul	159,3 [a]	151,6	145,2	149,5	153,8	156,4	153,0	154,7	150,1	150,7
Okt		151,8	143,9	150,3	155,0	158,2	154,2	155,8	151,1	151,5
1975 Jan	156,1 [a]	153,5	138,8	152,0	160,4	163,6	159,4	161,1	157,1	156,9
Apr		158,0	145,9	157,4	162,4	165,9	161,4	163,4	159,7	160,0
Jul		161,5	150,5	160,1	166,2	169,4	165,2	166,9	162,2	161,8

[1] Einschließlich Hoch- und Tiefbau.
[2] Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
[3] Für Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Abhängigen: Halbjahre.
[a] Vorläufige Ergebnisse.

SACHREGISTER

(Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Textziffern)

Agrarpolitik 461
— in der EG 36

Aktienmarkt 201

Arbeitsbedingungen 276

Arbeitskräfte
— ausländische 116, 322 ff.

Arbeitslosenunterstützung 112, 449

Arbeitslosigkeit 109 ff., 267, 329, 385, 399
— Differenzierung nach Branchen und Personengruppen 114 ff.
— in der EG 16
— in den wichtigsten Industrieländern 4
— Jugendarbeitslosigkeit 115, 451

Arbeitsmarkt 109 f., 114
— Arbeitsmarktpolitik 448 ff.
— in der EG 16

Arbeitsproduktivität 107 f., 267, 456

Auftragseingang
— aus dem Ausland 86, 88, 388
— bei den Investitionsgüterindustrien 89, 91

Ausfuhr 81, 154 ff., 258
— der EG 18
— regionale Unterschiede 156
— Struktur 155

Ausfuhrpreise 80, 160 f.
— in der EG 21

Ausgabenexpansion, gesamtwirtschaftliche 182 ff., 187 ff., 400, 402 ff.

Auslandsnachfrage 85 ff., 257, 391, 399, 462 f., 465, 467

Auslastungsgrad des Produktionspotentials
s. Produktionspotential

Ausrüstungsinvestitionen 96, 261

Außenbeitrag 162, 388

Außenhandel 152 ff.
— in der EG 18, 20 ff.

Außenwirtschaftliche Absicherung 73

Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte 11 ff., 41 ff., 69, 253

Bauwirtschaft 102
— Nachfrage 79, 93 ff., 262

Belgien 27

Beschäftigung 111, 167
— von Ausländern 116, 322 ff.

Binnennachfrage 79, 89 ff., 98 ff.

Bruttoinlandsprodukt, Bruttosozialprodukt 62, 104, 248, 266, 328, 386 f., 404, 462, 465, 467
— in der EG 15
— in der Welt 3

Bundesbahn 344 ff.

Dänemark 27

Devisenzuflüsse, -abflüsse 73, 170, 177 f.

Einfuhr 103, 157 f.

Einfuhrpreise 139, 159
— in der EG 21

Einkommen
— aus unselbständiger Arbeit 130, 132

— aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 128, 132, 271
— in der EG 17
— Umverteilung 112 f., 136 f., 281, 342
— Verteilungsgerechtigkeit 280 ff., 368 f.

Einkommenspolitik 120 ff., 360 ff., 401, 452 ff.

Einlagenstruktur 185 f.

Entwicklungsländer 46 ff.

Euromarkt 169, 200

Europäische Gemeinschaften 13 ff.
— Gemeinschaftshaushalt 36 f.
— konjunkturelle Entwicklung 13 ff.
— Rechnungseinheit 40
— Regionalfonds 39
— voraussehbare Entwicklung 250
— Wirtschaftspolitik 28 ff.

Finanzpolitik 205 ff., 245, 284 ff., 309 ff., 333 ff., 401, 423 ff., 406
— in der EG 32 ff.
— Konsolidierung der Staatshaushalte 229 ff., 392 f., 424 ff., 437 f.
— Revision der Staatstätigkeit 287 f., 333 ff., 438
s. auch öffentliche Finanzen

Frankreich 26

Geldbasis
s. Zentralbankgeldmenge

Geldpolitik 73, 78, 175 ff., 245, 401 ff.
— in der EG 28 ff.
— mengenorientierte 175 ff., 180, 182, 202 ff., 402 ff.
— staatliche Schuldenpolitik 189, 194 f., 197 ff., 218, 230 ff., 408 ff., 437

Geldwertstabilität und Vollbeschäftigung 75 f., 81, 83, 375 ff.

Gewinne 127 f.
— Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer 263, 312, 370 ff.
— Gewinne und Investitionsneigung 67 f., 90, 303 f.

Globalsteuerung 380 ff.

Großbritannien 24

Handelsbilanz 11, 159
— der EG 21

Industrieproduktion 102
— in den wichtigsten Industrieländern 3
— in der EG 15

Inflation
— Bekämpfung der Inflation 64, 71, 77 f., 375 ff.
— Geld und Inflation 73, 78, 187 f., 190, 193, 203, 402 ff.
— Inflationsgewöhnung 63 f., 74, 187 f., 190, 193, 203, 364, 396
— Kosten der Inflation 63, 75 f., 83, 375 ff.

Investitionen 292, 296 ff.
— Investitionsneigung 68, 79, 89 ff., 225 ff., 393 ff., 399, 436
— Investitionstätigkeit 92, 96, 302, 314
— und Vollbeschäftigung 68, 298 f.
— und Wachstum 297, 325 ff.
— voraussehbare Entwicklung 259 ff., 463, 465, 467

Investitionsförderung 208, 440 ff.
— Investitionszulage 84, 89 ff., 208, 225

Irland 27

Italien 25

Japan 10

Kapitalmarkt 179, 189 f., 193 ff., 203, 407

Kapitalverkehr 165 ff., 200

Kassenhaltung 83, 182 ff., 403 f., 406

Konjunkturverbund 1 ff., 7 ff., 18 ff., 80, 87, 390

Kreditvergabe der Banken 184, 198
— in der EG 29
— Konsumentenkredite 99

Lagerdispositionen 97, 263

Leistungsbilanz 11, 22, 161 ff.

Liquiditätsreserven der Banken 177 ff., 191, 204

Löhne
— Effektivverdienste 124
— in den wichtigsten Industrieländern 5
— in der EG 17
— kostenniveauneutrale 125
— Lohndrift 124
— Lohnstückkosten 65, 126, 268
— Reallöhne 125, 456
— Tariflöhne 65, 81, 123
— voraussichtliche Entwicklung 268

Lohnpolitik 122 ff., 305 ff., 455 ff.

Lohnquote 130 f.

Marktpolitik 277

Mindestreservepolitik 178, 204

Monetäre Politik
s. Geldpolitik

Niederlande 27

Öffentliche Finanzen 205 ff., 333 ff., 401, 423 ff.
— Ausgaben 70, 210 ff., 335 ff., 359, 426, 434, 466, 469
— Finanzierungssaldo 218, 220, 424, 437
— Finanzplanung 206 f., 432, 434, 439
— in der EG 32 ff.
— Investitionen 213, 262
— konjunkturelle Wirkungen 70, 78, 84, 220 ff., 423, 435 f.
— konjunkturneutrales Haushaltsvolumen 220 f., 434
— Kreditaufnahme 184, 194, 197 ff., 218, 428 f.
— Personalausgaben 70, 213, 338 ff.
— Schuldenpolitik 189, 194 f., 197 ff., 218, 230 ff., 408 ff., 437
— Sondereinlagen bei der Bundesbank 219
— Steuereinnahmen 214 ff., 434
— Steuerquote 72, 215, 427, 434
— Steuerverteilung 217
— Struktur der öffentlichen Ausgaben 213, 338 ff.
— voraussehbare Entwicklung 272, 423, 433 ff.

Ölkrise 41 ff., 44 f., 81

Offen-Markt-Politik 179, 195 ff., 203 f.

Preisentwicklung 138 ff., 389
— Ausfuhrpreise 139, 159
— Bauten 142
— Dienstleistungen 148
— Einfuhrpreise 139, 159
— Grundstoffe und Produktionsgüter 140
— in den wichtigsten Industrieländern 6
— in der EG 23 ff.
— Industrieerzeugnisse 66, 139
— industriell erzeugte Verbrauchsgüter 147
— Investitionsgüter 141
— landwirtschaftliche Produkte 144
— Nahrungsmittel 150
— Öl und Mineralöl 140
— unvermeidlicher Preisanstieg 398, 402 ff.
— Verbraucherpreise 66, 77, 145 ff.
— voraussichtliche Entwicklung 252, 270, 397 f.

Produktionspotential
— Auslastung 104, 106, 386, 400, 402 ff.
— Wachstum 104 f., 325 ff., 387

Reallohnposition 125

Realzins 188, 193, 407

Recycling 44

Refinanzierungspolitik 177 ff., 191, 204

Sonderprogramme, konjunkturpolitische 58, 62, 84, 208, 213, 228, 466

Sozialversicherung 112 f., 210, 350 ff., 430

Sparquote 98, 100, 189, 265, 415

Staatsverschuldung 230 ff.

Stabilisierungspolitik 55 ff., 63 ff., 71, 73, 77 f., 228, 375 ff., 390 ff., 469

Steuerreform 132 f., 205, 215 f., 342

Strukturpolitik 291 f., 316 ff.

Terms of Trade 125, 159
— der EG 21
— der wichtigsten Industrieländer 11, 43

Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes 185, 402 f.

Umweltschutz 278

Verbraucherpolitik 277

Verbrauchskonjunktur 98 ff., 265, 399

Vereinigte Staaten
— konjunkturelle Entwicklung 9
— voraussichtliche Entwicklung 249

Verteilungskampf 65 ff., 72, 81, 295, 305 ff., 360 ff.

Vollbeschäftigung 294 ff.

Wachstum 274 f., 293 ff.
— und Investitionen 296 f., 325 ff.

Währungspolitik 245, 401, 417 ff.
— Reform des Weltwährungssystems 54

Wechselkursentwicklung 52 ff., 69, 80, 87, 170 ff.

Wechselkurspolitik 170 ff., 421 f.
— Block-Floating 53, 77, 417 ff.
— flexible Wechselkurse 49 ff., 166 f., 422

Welthandel 12, 154, 254

Wettbewerbsposition gegenüber dem Ausland 80, 87, 155, 257, 319 ff.

Zahlungsbilanz
s. außenwirtschaftliche Ungleichgewichte, Handelsbilanz, Leistungsbilanz

Zentralbankgeldmenge 176 ff., 185, 202 ff., 402 ff.
— bei konstanten Reservesätzen 181
— bereinigte 181
— Bestimmungsgründe 177 ff.
— Expansion 176, 180 ff., 402 ff.
— in der EG 30
— Steuerung 176 ff., 202 ff., 402 ff.

Zinsen 78, 178, 182 f., 185, 187 ff., 195 f., 198, 203
— in der EG 31